

# **Die Westukrainische Volksrepublik**



Torsten Wehrhahn

## **Die Westukrainische Volksrepublik**

Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem  
der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923

## **Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Als Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades Dr. phil. am Fachbereich  
Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin im Jahre 2001 eingereicht  
von Torsten Wehrhahn, geb. in Hannover.  
Disputation am 18. Juli 2001

### **Gutachter:**

Prof. Dr. Drs.h.c. Klaus Zernack

Prof. Dr. Gerhard Simon

Gedruckt auf holz- und säurefreiem Papier, 100 % chlorfrei gebleicht.

© Weißensee Verlag, Berlin 2004  
Kreuzbergstraße 30, 10965 Berlin  
Tel. 0 30 / 91 20 7-100  
[www.weissensee-verlag.de](http://www.weissensee-verlag.de)  
e-mail: [mail@weissensee-verlag.de](mailto:mail@weissensee-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagbilder: Adam Mickiewicz-Denkmal und städtisches Rathaus  
im heutigen L'viv, Ukraine (Privatphotos von Olena Wehrhahn)

Printed in Germany

ISBN 3-89998-045-X

UNIVERSITY LIBRARY  
UNIVERSITY OF ALBERTA

## ***Meiner Familie***

11. 11. 1954

## Vorwort

---

Die vorliegende Arbeit ist die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die ich am 18. Juli 2001 am Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin disputierte.

Herrn Prof. Hans-Joachim Torke bin ich in Dank dafür verbunden, daß er mich förderte, mein Interesse an der ukrainischen Geschichte weckte und dieses Promotionsvorhaben bis zu seinem Tode wissenschaftlich betreute. Herrn Prof. Klaus Zernack danke ich für die Anregungen, die er mir während meines Studiums in Berlin gab, sowie dafür, daß er trotz einer bereits großen Anzahl von Doktoranden die weitere Betreuung meiner Dissertation übernahm. Herrn Prof. Gerhard Simon sei dafür gedankt, daß er kurzfristig als Zweitgutachter zu Verfügung stand.

Mein Dank gilt meiner Familie: Meiner Frau Olena Wehrhahn, die mir wesentliche Ratschläge für die Strukturierung der Arbeit gab und eigenes Bildmaterial zur Verfügung stellte, meinem Sohn Jan für seine Nachsicht meinen wissenschaftlichen Eskapaden gegenüber, meinen Eltern Inge und Ewald Wehrhahn, die mir mein Studium und ein konzentriertes Arbeiten an der Promotion ermöglichten, meiner Schwiegermutter Ol'ha Strassberger und meinem Schwager Kostjantyn, die mich während Forschungsaufenthalten in Lemberg umsorgten.

Ohne die Hilfe einer Vielzahl von Wissenschaftlern in der Ukraine und in Polen wäre die Suche nach Materialien in den verschlungenen Wegen der örtlichen Archive ungleich schwieriger ausgefallen; hierfür und für den wissenschaftlichen Gedankenaustausch danke ich vor allem Herrn Prof. Jaroslav Isajevyč, der mir in der Ukraine viele Wege ebnete, Herrn Dr. Jaroslav Hrycak, Herrn Vasyl' Rasevyč, Herrn Oleh Pavlyšyn, Herrn Prof. Andrzej Ajnenkiel, Prof. Andrzej Chojnowski und Herrn Prof. Michał Klimecki. Mit Herrn Dr. Armin Mitter führte ich in Wien und in Berlin anregende Gespräche über die Geschichte Galiziens.

Dank gebührt außerdem Deborah Dusse und Christian Himmighoffen, die trotz Zeitmangels große Teile der ersten Textfassung korrigierten. Der eingearbeitete Forschungsstand entspricht dem des Jahres 2001, in dem die Dissertation abgeschlossen wurde.

*Torsten Wehrhahn*

# Inhalt

---

Abkürzungen	11
I. Einleitung	
1. Schwerpunkte und Gliederung	13
2. Forschungsstand	18
3. Quellen	24
4. Annäherung an Ostgalizien vor 1914	29
II. Ostgalizien und der Erste Weltkrieg: Austropolnische Lösung oder die Einrichtung eines ukrainischen Kronlands	
1. Ukrainische und polnische politische Bestrebungen von 1914 bis Ende 1917	
1.1 Vom Kriegsausbruch bis zur „Allerhöchsten Ankündigung“ der Erweiterung der galizischen Autonomie am 5. November 1916	41
1.2 Ostgalizien und die Internationalisierung der ukrainischen Frage im russischen Revolutionsjahr 1917	56
2. Der Brester Frieden zwischen den Mittelmächten und dem ukrainischen Zentralrat vom 9. Februar 1918 als Ursache für die Verschärfung des Ostgalizienproblems	
2.1 Der Brester Frieden als vierte Teilung Polens	67
2.2 Der Brester Frieden als Grundlage der ostgalizisch-ukrainischen Politik: Die Forderung nach einer eigenen ukrainischen staatlichen Formation in Österreich	72
3. Die Zuspitzung des Ostgalizienkonflikts: Ukrainisches Kronland oder Anschluß an das Königreich Polen von März bis August 1918	
3.1 Der politische Kampf der ostgalizischen Ukrainer für die Umsetzung des Brester Friedens	82
3.2 Der politische Widerstand der galizischen Polen gegen den Brester Frieden	94
4. Am Vorabend der bewaffneten Konfrontation um Lemberg und Ostgalizien: August bis Ende Oktober 1918	
4.1 Der Abschied der galizischen Polen von Österreich	102
4.2 Der Verbleib in einem reorganisierten Österreich als dominante politische Bestrebung der ukrainischen Politik in Ostgalizien	110

III. Zwischen national-ukrainischen und galizisch-provinziellen Bestrebungen: Die Westukrainische Volksrepublik bis zur militärischen Niederlage gegen Polen Mitte Juli 1919	
1. Die ukrainische Machtübernahme in Ostgalizien und der Novemberaufstand der Polen	
1.1 Die ukrainische Machtübernahme in Lemberg	127
1.2 Die Aufrichtung der ukrainischen Herrschaft in der ostgalizischen Provinz	134
1.3 In Erwartung militärischer Verstärkung: Ukrainisch-polnische Verhandlungen in Lemberg	141
1.4 Die polnische Offensive	151
1.5 Der Novemberpogrom	153
2. Die westukrainische Initiative im ukrainisch-polnischen Krieg um Lemberg und Ostgalizien von Ende November 1918 bis März 1919	
2.1 Das ostgalizische Judentum zwischen Hammer und Amboß: Nach dem Pogrom	157
2.2 Zum Verhältnis von West- und Ostukraine bis zur Proklamation ihrer Vereinigung auf dem Sophienplatz in Kyjiv am 22. Januar 1919	161
2.3 Die innere Entwicklung in Ostgalizien im November und Dezember 1918	
2.3.1 Staatsaufbau in der ostgalizischen Provinz	172
2.3.2 Kampf und Verhandlungen bis Ende Januar 1919	
2.3.2.1 Lemberg: In einer belagerten Stadt	176
2.3.2.2 Militärische Entwicklung bis Ende Januar 1919	181
2.4 Entente-Missionen vor Ort	
2.4.1 Erste Vermittlungsversuche bis Ende Januar 1919	184
2.4.2 Die Barthélemy-Gesandtschaft Februar 1919	188
2.4.3 Kernans Vermittlungsinitiative	196
3. Der ukrainisch-polnische Krieg bis zur vollständigen Besetzung Ostgaliziens durch polnische Streitkräfte Mitte Juli 1919	
3.1 Die innere Entwicklung in der ZUNR	200
3.2 Die militärische Vorentscheidung im Krieg um Lemberg und Ostgalizien zugunsten Polens	208
3.3 Ostgalizien als Streitobjekt der ukrainischen und polnischen Diplomatie auf der Pariser Friedenskonferenz	218
3.4 Das Ende der ukrainischen Staatlichkeit in Ostgalizien	223
3.5 Ein Bündnis mit den Bolševiki oder die Vertiefung der Vereinigung mit der UNR?	228



IV. Ostgalizien in der ukrainischen und polnischen Politik von Juli 1919 bis zum Abschluß des Vorfriedens von Riga am 12. Oktober 1920	
1. Die Regierung Petruševyč in der Ostukraine: Juli- November 1919	
1.1 Zwischen Polen und Rußland. Politische Gegensätze zwischen UNR und ZUNR im ostukrainischen Kamjanec'-Podil's'kyj und in Paris	235
1.2 Die Zuspitzung der militärischen und politischen Lage bis zum offenen politischen Bruch zwischen UNR und ZUNR im November 1919	239
1.3 Die Warschauer Gespräche im November 1919	243
2. Ostgalizien und die ostgalizisch-ukrainische Emigration in Wien von Juli 1919-März 1920	
2.1 Die Aufnahme des Ostgalizienstatuts des Obersten Rats bei den Polen und den Ukrainern	248
2.2 Die ukrainische Herrschaft und ihre Folgen für das Zusammenleben von Ukrainern und Polen aus der Sicht polnischer Staroste	250
2.3 Neutralität: Jüdische Politik zwischen Ukrainern und Polen	255
2.4 Die Warschauer Regierung und die politische Situation in Ostgalizien nach der Besetzung durch polnische Streitkräfte	257
3. Ostgalizien und der polnisch-sovetische Krieg: April bis Oktober 1920	
3.1 Die Haltung politischer Parteien der ostgalizischen Polen und die Position der Warschauer Regierung in der Ostgalizienfrage	261
3.2 Zwischen taktischer Annäherung an Polen und dem Beharren auf Eigenständigkeit: Die Haltung der ukrainischen Politik im Lande	265
4. Zur Entstehung der westukrainischen Exilregierung unter Jevhen Petruševyč in Wien und deren Politik dem polnisch-sovetischen Krieg gegenüber	
4.1 Zwischen Annäherung und Ablehnung: Das Verhältnis der ostgalizischen Ukrainer in Wien zu Polen	271
4.2 Ein Bündnis mit den Bolševiki gegen Polen?	279
4.3 Ohnmächtige Beobachter: Die ostgalizische Delegation auf der Friedenskonferenz in Riga vom 21. September-12. Oktober 1920	283
V. „De facto“, aber nicht „de jure“ Bestandteil des polnischen Staates: Ostgalizien vom Vorfrieden von Riga bis zur Anerkennung der polnischen Ostgrenze durch die Botschafterkonferenz am 14 März 1923	
1. Vom Vorfrieden von Riga bis in den September 1921	
1.1 Eingliederung in den polnischen Staat: Die Ostgalizienpolitik der Warschauer Regierung	287
1.1.1 Reform oder Kolonisierung: Zur Parzellierung des Großgrundbesitzes	289
1.1.2 Rekrutenaushebung zur polnischen Armee	290

1.1.3	Volkszählung	291
1.1.4	Die Aufnahme ukrainischer und jüdischer Beamter in den Staatsdienst	293
1.2	Die Wiener Exilregierung um Petruševyč	
1.2.1	Neuorientierung: Ostgalizien als „Schweiz des Ostens“	294
1.2.2	Agitation für eine ostgalizische Eigenstaatlichkeit bis August 1921	297
1.2.3	West- und Ostukrainer im Wiener Exil	302
1.2.4	Die Haltung der ČSR in der Ostgalizienfrage	306
1.3	Ukrainische, polnische und jüdische politische Bestrebungen in Ostgalizien	
1.3.1	Die ukrainische Einheitsfront gegen den polnischen Staat	309
1.3.2	Der Wiederaufbau des Polentums	318
1.3.3	Zwischen der Annäherung an Polen und Neutralität	320
1.4	Tyt Vojnarovs'kyjs Vermittlungsversuch	322
2.	Zwischen Ausgleich und Konfrontation: Von Oktober 1921 bis Juli 1922	
2.1	Autonomieprojekte der Warschauer Regierung	328
2.2	Zur Aufnahme von Autonomieprojekten vor Ort	333
2.3	Petruševyč' Kampf für eine ostgalizische Eigenstaatlichkeit	343
3.	Vor der internationalen Anerkennung der Ostgrenzen der Zweiten Polnischen Republik: August 1922 bis März 1923	
3.1	Unter dem Primat der Außenpolitik: Warschau und Ostgalizien	347
3.2	Polnische und jüdische politische Positionen vor Ort gegenüber den Sejm- und Senatswahlen	352
3.3	Der Widerstand der Ukrainer gegen die Integration Ostgaliziens in den polnischen Staat	
3.3.1	Zur politischen Haltung ukrainischer Parteien in Ostgalizien	355
3.3.2	Petruševyč' politisches Scheitern	364
VI.	Zusammenfassung	373
VII.	Quellen- und Literaturverzeichnis	389

## Abkürzungsverzeichnis

---

AAN	Archivum Akt Nowych, Warszawa
AdR	Archiv der Republik, Wien
AOK	Armeeoberkommando
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien
CAW	Centralne Archiwum Wojskowe, Warszawa
CDAVOV	Central'nyj Deržavnyj Archiv Vyščych Orhaniv Vlady i Orhaniv Deržavnoho Upravlinnja Ukrainy, Kyjiv
CVK	Central'nyj Vijs'kovyj Komitet
CDIA	Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv, L'viv
DALO	Deržavnyj Archiv L'vivs'koji Oblasti, L'viv
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien
HURada	Holovna Ukrainjs'ka Rada
KA	Kriegsarchiv, Wien
KBiODP	Komitet bezpieczeństwa i ochrony dobra publicznego
KOD	Kolekcja opracowań i odpisów dokumentów dotyczących stosunków Polski z Litwą, Łotwą, Rosyjską Republiką Radziecką, Ukrainą, AAN
KMPräs	Präsidium des Kriegsministeriums, KA
MKSM	Militärkanzlei Seiner Majestät, KA
NKN	Naczelny Komitet Narodowy
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
PKL	Polska Komisja Likwidacyjna
PKN	Polski Komitet Narodowy
POW	Polska Organizacja Wojskowa
PPS	Polska Partia Socjalistyczna
PPSD	Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe
RURP	Rus'ko-Ukrajins'ka Radykal'na Partija
SRS	Seljans'ko-Robitnyčyj Sojuz
SVU	Sojuz Vyzvolennja Ukrainy
TKR	Tymczasowy Komitet Rządzący
UGK	Ukrajins'kyj General'nyj Komitet
UGVK	Ukrajins'kyj General'nyj Vijs'kovyj Komitet
UNDP	Ukrajins'ka Nacional'no-Demokratyčna Partija
UNR	Ukrajins'ka Narodna Respublika
UNRada	Ukrajins'ka Nacional'na Rada
UNTP	Ukrajins'ka Narodno-Trudova Partija
UPR	Ukrajins'ka Parlamentarna Rerezentacija
URP	Ukrajins'ka Radykal'na Partija
USDP	Ukrajins'ka Social'no-Demokratyčna Partija

USS	Ukrajins'ki Sičovi Stril'ci
VUNRada	Vseukrains'ka Nacional'na Rada
WBH	Wojskowe biuro historyczne, CAW
ZUNR	Zachidno-Ukrajins'ka Narodna Respublika
ZURada	Zahal'na Ukrajins'ka Rada
ZUTLN	Zachidno-Ukrajins'ke Tovarystvo Ligi Nacij

# I. Einleitung

---

## 1. Schwerpunkte und Gliederung

Die Jahre nach 1918 bildeten in dem ethnisch gemischten Ostgalizien eine Zeit der offenen Konfrontation zwischen Ukrainern und Polen mit weitreichenden Folgen für das Verhältnis beider Völker. Um dieses Territorium führten zwei sich nach dem Zerfall der Vielvölkerreiche der Zaren und der Habsburger im Ersten Weltkrieg bildende Staaten, die Westukrainische Volksrepublik (Zachidno-Ukrajins'ka Narodna Respublika – ZUNR) und der nach 123 Jahren Teilung wiedererrichtete polnische Staat, die Zweite Polnische Republik (Druga Rzeczpospolita Polska), bis in den Juli 1919 einen Krieg, der tiefe Spuren im Zusammenleben von Ukrainern, Polen und Juden in Ostgalizien hinterließ. Erst am 14. März 1923 erkannte der Botschafterrat die polnischen Ostgrenzen – und damit die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen – international an. Auch polnische Historiker benennen das Scheitern einer ukrainisch-polnischen Verständigung in Ostgalizien nach dem Ersten Weltkrieg als eine wesentliche Ursache für die angespannten polnisch-ukrainischen Beziehungen im Polen der Zwischenkriegszeit, die Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und Polen in Wolhynien von 1943 bis 1945 und die Kämpfe zwischen der polnischen Landesarmee und der ukrainischen Aufstandsarmee von 1945 bis 1947.<sup>1</sup> Von der Tiefe des Konflikts zeugt, daß erst die Westverschiebung Polens und die Vertreibung von Polen und Ukrainern aus ihren angestammten Territorien und die Einverleibung Ostgaliziens in die Sowjetunion, für beide Nationen erneut mit großen Traumata verbundene Ereignisse, diesen Konflikt allmählich zur Ruhe kommen ließen. Hierzu trug bei, daß nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs für Polen und Ukrainer der Gegensatz zu Rußland bestimmend wurde.<sup>2</sup>

Ivan Lysjak-Rudnyc'kyj, der „Nestor“ der ukrainischen Geschichtswissenschaft in Nordamerika und einer der bedeutendsten ukrainischen Historiker des 20. Jahrhunderts, maß der polnisch-ukrainischen Problematik nach 1945 Schlüsselbedeutung bei.<sup>3</sup> Mit Blick auf die konfliktreichen polnisch-ukrainischen Beziehungen

---

<sup>1</sup> Vgl. Maciej Kozłowski, *Zapomniana wojna. Walki o Lwów i Galicję Wschodnią 1918-1919*. 2. Auflage Bydgoszcz 1999, S. 332: „Und wenn wir uns heute mit Bitterkeit daran erinnern, was in den Jahren des Zweiten Weltkriegs in Galizien und in Wolhynien geschah, dann müssen wir uns dessen bewußt sein, daß dies in hohem Maße Folgen des siegreichen polnischen Zuges an den Zbruch waren“. Die erste Auflage erschien 1990 in Krakau unter dem Titel: *Między Sanem a Zbruczem. Walki o Lwów i Galicję Wschodnią 1918-1919*. Zitate aus im Original ukrainisch- oder polnischsprachigen Quellentexten und Literatur wurden von mir ins Deutsche übersetzt.

<sup>2</sup> Vgl. Kerstin S. Jobst, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich* (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas 2), Hamburg 1996, S. 8.

<sup>3</sup> Vgl. den Auszug eines Briefes Lysjak-Rudnyc'kyjs an Bohdan Cymbalistyj vom 2.4.1975 in dem Kommentar von Jaroslav Hrycak zu dem Artikel: *Pol's'ko-ukrajins'ki vzajemnyj: Tjaha istoriji*, in:

im 20. Jahrhundert erscheint es keineswegs selbstverständlich, daß Polen einer der wichtigsten politischen Partner des heutigen ukrainischen Staates in Europa ist. Darum setzen sich Historiker in beiden Staaten, insbesondere aber in Polen, in den letzten Jahren verstärkt mit den ukrainisch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert auseinander. Besondere Bedeutung kommt in den Historiographien beider Nationen dem ukrainisch-polnischen Krieg von 1918/19 um Ostgalizien und Lemberg zu.

Das polnisch-westukrainische Verhältnis von 1918 bis 1923 bildet zwar den Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit, kann aber ohne eine Betrachtung der Beziehungsgeschichte von West- und Ostukraine nach dem Ersten Weltkrieg nicht hinreichend beschrieben werden. Entgegen einer herkömmlichen Perspektive auf die ukrainische Revolution als Problem der russisch-ukrainischen Beziehungen schrieb Ivan Lysjak-Rudnyc'kyj, daß, gemessen an dem vergleichsweise hohen Maß an Nationalbewußtsein und der Disziplin der dortigen Bevölkerung, das kleine Ostgalizien den „harten Kern“ der gesamten ukrainischen Nation repräsentierte.<sup>4</sup> Die vor allem in der ukrainischen Historiographie verbreitete Meinung vom hohen Nationalbewußtsein der ostgalizischen Ukrainer verdient allerdings hinterfragt zu werden. Eine zentrale Frage lautet in diesem Zusammenhang, warum die österreichisch-ungarischen Ukrainer überhaupt einen eigenen Staat gründeten, mit einer eigenen Regierung, Verwaltung und Armee. Warum kam es nicht zum unmittelbaren Anschluß der ukrainischen Gebiete Österreich-Ungarns an den ostukrainischen Staat, warum wurde die Vereinigung beider Staaten schließlich doch am 22. Januar 1919 in Kyjiv proklamiert, woran scheiterte letztendlich eine gesamtukrainische Staatsgründung? Bestanden nach 1918 Chancen auf eine Behauptung der ukrainischen Staatlichkeit? Diese für die ukrainische Nationswerdung zentralen Fragestellungen werden in der vorliegenden Arbeit behandelt, indem regionale Besonderheiten des Nationsbildungsprozesses der ostgalizischen Ukrainer, ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen im Ersten Weltkrieg, ihres Staatsbildungsversuchs und ihr Verhältnis dem gleichfalls nach 1918 neu errichteten polnischen Staat gegenüber untersucht werden.

Im Mittelpunkt meiner Untersuchung steht aber eine Darstellung der Auseinandersetzung zwischen Ukrainern und Polen um Ostgalizien. Angesichts der austrophilen Orientierung der politischen Führungsschicht der Westukrainer ist von Interesse, welchen innen- und außenpolitischen Stellenwert diplomatische und militärische Kreise des Habsburgerreiches dem ukrainisch-polnischen Konflikt während des Ersten Weltkriegs, vor allem aber im Jahre 1918 beimaßen und wie sie die weitere Entwicklung wahrnahmen. Sahen beide Seiten Verhandlungen überhaupt als „Chancen“, den Krieg 1918/19 mit politischen Mitteln zu beenden beziehungsweise, mit Blick auf einen späteren Zeitraum der Untersuchung, eine Versöhnung der ukrainischen Intelligencija mit dem polnischen Staat herbeizuführen? Wann

---

Ivan Lysjak-Rudnyc'kyj, *Istoryčni ese (Centr doslidžen' istoriji im. Petra Jacyka kanads'koho instytutu ukrajins'kych studij al'berts'koho universytetu. Zachidna istorija Ukrajinj I)*, Bd. I, Kyjiv 1994, S. 498-500, S. 500: „In der Perspektive des Zukünftigen könnte die Achse Warschau-Kyjiv das Fundament für eine neue internationale Ordnung in Osteuropa bilden“.

<sup>4</sup> Vgl. Ivan Lysjak-Rudnyc'kyj, *Polish-Ukrainian Relations: The Burden of History*, in: Ders., *Essays in Modern Ukrainian History*, hg. von Peter L. Rudnyc'kyj, Edmonton 1987, S. 49-76, S. 66.

zeigten sich Bestrebungen zu einer ukrainisch-polnischen Annäherung, wodurch waren sie bedingt und woran scheiterten sie? Im Einzelnen kann es dabei interessant sein, zu fragen, wann und ob die Protagonisten beider Seiten den Abschluß einer ukrainisch-polnischen Übereinkunft für möglich hielten. Handelte es sich bei Autonomieprojekten der polnischen Regierung vorrangig um taktische Manöver, wodurch wurde die zumindest zeitweilige Bereitschaft einzelner ukrainischer Politiker zu einer Beilegung der angespannten Beziehungen in Ostgalizien hervorgerufen? Zentrale Bedeutung kommt der Suche nach einer Antwort auf die Frage zu, worin die Bedeutung des kurzzeitigen Bestehens der ZUNR zum einen für die Entwicklung des ukrainischen Nationalbewußtseins, zum anderen für die ukrainisch-polnischen Beziehungen bestand. Weder in der zeitgenössischen Publizistik noch in der Historiographie hat diese Frage bislang eine vertiefte Bearbeitung gefunden. Hinsichtlich der oben umrissenen Thematik des Verhältnisses von West- und Ostukrainern und vor allem angesichts der konfliktreichen polnisch-ukrainischen Beziehungen im 20. Jahrhundert erscheint es lohnend, zu untersuchen, welche Chancen nach 1918 zu einer politischen Verständigung zwischen beiden Nationen bestanden. Ergänzend wurde die Haltung der jüdischen Bevölkerung dem ukrainisch-polnischen Konflikt gegenüber berücksichtigt.

Die Untersuchung gliedert sich in vier Abschnitte, deren Beginn und Ende jeweils durch wesentliche Ereignisse bestimmt sind, die das politische Handeln der Ukrainer und Polen maßgeblich bestimmten.

Die sukzessive Zuspitzung des polnisch-ukrainischen Konflikts in Ostgalizien im Ersten Weltkrieg steht im Mittelpunkt von Teil II der Arbeit. In diesem Zeitabschnitt kommt wiederum dem Krisenjahr 1918, an dessen Anfang ein ostukrainischer Staat seine volle politische Unabhängigkeit von Rußland erklärte und im Brester Frieden vom 9. Februar 1918 von den Mittelmächten als souveräner Staat anerkannt wurde, besonderes Gewicht zu. Zentral ist hier die Untersuchung konkreter von den Mittelmächten sowie von den führenden politischen Gruppierungen der Ukrainer und Polen in (Ost)Galizien verfolgter politischer Konzepte, deren Modifizierung beziehungsweise Scheitern: Die austropolnische Lösung, die Bildung eines polnischen Pufferstaates aus Kongreßpolen ohne Galizien, dessen Autonomie erweitert werden sollte, sowie die Teilung des Kronlands Galiziens und anschließende Einrichtung eines ukrainischen Kronlands aus den überwiegend von Ukrainern bewohnten Territorien der Habsburgermonarchie. Nach dem Abschluß des Brester Friedens der Mittelmächte mit der Ukraine stand für die ostgalizischen Ukrainer der Kampf für eine Umsetzung, für die galizischen Polen hingegen der Kampf gegen eine Realisierung der Friedensbestimmungen im Mittelpunkt ihrer politischen Tätigkeit. Darum habe ich für das Jahr 1918 eine die konkurrierenden Bestrebungen der ukrainischen und der polnischen Politik getrennt darstellende Struktur gewählt. Der Machtverfall der Wiener Zentralgewalt ab dem Sommer 1918 bedeutete das schleichende Ende einer Periode, in der beide Nationen ihre politischen Ziele in einem Wettstreit um die Gunst Wiens durchzusetzen versucht hatten.

Die Ergebnisse von Teil II, der von einem starken, sich 1918 verschärfenden Gegensatz zwischen Ukrainern und Polen bestimmt war, sind von großer Bedeutung für Teil III der Arbeit. Gerade das Fehlen von politischen Verhandlungen zwischen Ukrainern und Polen bedingte, daß es Ende Oktober 1918 mit dem Wegfall

der Wiener Zentralgewalt als einer zwischen beiden Seiten vermittelnden Instanz zum Ausbruch eines ukrainisch-polnischen Krieges um Lemberg und Ostgalizien gleichsam kommen mußte: Es bedurfte nur eines Anlasses. In diesem Teil werden in einem ersten Abschnitt vorrangig die dreiwöchigen Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen in Lemberg untersucht. Neben der ukrainischen Machtübernahme in Ostgalizien werden der sich formierende Widerstand durch polnische Militäreinheiten in der Region und die Haltung führender politischer Parteien in Warschau thematisiert. Dabei geht es hier wie im gesamten Teil III darum, welche Möglichkeiten zu einer politischen Beilegung des Konflikts um Lemberg und Ostgalizien diskutiert wurden. Außerdem muß der Pogrom an der jüdischen Bevölkerung in Lemberg vom 22. bis 24. November 1918 besprochen werden. Auf diesen ersten Abschnitt folgt ein zweiter, der im wesentlichen von der ukrainischen Initiative im Kampf um Ostgalizien bestimmt wurde. Die Vereinigungsbemühungen von UNR und ZUNR in einen Staat sowie die weitere militärische und politische Entwicklung im ukrainisch-polnischen Krieg werden gesondert untersucht. Dabei nimmt die Frage einer ukrainisch-polnischen Verständigung über die Vermittlungstätigkeit von Offizieren der Entente von Januar bis März in Ostgalizien selbst breiten Raum ein. Ein dritter Abschnitt behandelt die Zeit nach dem Scheitern der ukrainischen Offensive Ende März 1919 und dem militärischen Erstarken der polnischen Seite. Im Vordergrund stehen hier die politische Entwicklung in Ostgalizien, die Verschlechterung der Beziehungen zwischen West- und Ostukrainern, die Haltung der Pariser Friedenskonferenz sowie diplomatische Bestrebungen der Ukrainer und der Polen. Der Sieg der polnischen Streitkräfte Mitte Juli und damit das faktische Ende der westukrainischen Staatlichkeit in Ostgalizien beschließen diesen Untersuchungsabschnitt.

Die Abschnitte IV und V der Arbeit erforderten in gliederungstechnischer Hinsicht ein Abgehen von einer streng chronologischen Aufteilung, da nunmehr neben Ostgalizien selbst andere Zentren westukrainischer Politik außerhalb des eigenen Territoriums entstanden.

Darum sollen in Abschnitt IV zunächst das endgültige Zerwürfnis zwischen West- und Ostukrainern in Kamjanec'-Podil's'kyj und die Entwicklung in Ostgalizien nach dessen Besetzung durch polnische Streitkräfte bis in den November 1919 geschildert werden. Im folgenden steht die Suche der ostgalizischen Ukrainer nach einer neuen politischen Linie, sowohl im Lande selbst als auch in der Wiener Emigration, wo Jevhen Petruševyč im Juli 1920 eine westukrainische Exilregierung bildete, im Mittelpunkt. Besondere Bedeutung kommt der Frage zu, welche politischen Hoffnungen das Wiener Lager der ostgalizischen Ukrainer um Petruševyč mit dem polnisch-sovetischen Krieg verband. Außerdem ist die Entwicklung in Ostgalizien selbst darzustellen, wo polnische politische Organisationen eine Eingliederung dieses Territoriums in den polnischen Staat einforderten, ukrainische Gruppierungen hingegen aus dem Fehlen einer internationalen Anerkennung der Zugehörigkeit dieses Territoriums zu Polen dem Programm einer ostgalizischen Eigenständigkeit zuneigten. Der Abschluß des Vorfriedens von Riga beendet diesen Untersuchungsabschnitt, da der hier zwischen Polen und den Sovetstaaten Rußland und Ukraine festgelegte Grenzverlauf Ostgalizien auf der polnischen Seite be-  
ließ.



Es kennzeichnet die stark antipolnische Grundhaltung der ostgalizischen Ukrainer, wenn sie trotz der damit *de facto* festgeschriebenen Zugehörigkeit ihres Territoriums zu Polen auf eine für sie selbst positive Regelung der Ostgalizienfrage durch die Entente, *de jure* der Souverän Ostgaliziens, vertrauten. Diese politische Grundhaltung der ostgalizischen Ukrainer im Lande selbst und der Regierung Petruševyč in Wien bildet einen wichtigen Gegenstand des Abschnitts V meiner Untersuchung. Außerdem müssen politische Bestrebungen der galizischen Polen, die eine vorbehaltlose Einbindung Ostgaliziens in den polnischen Staat forderten, der Juden, die zunehmend eigene politische Anliegen formulierten, sowie die Politik der polnischen Regierung, die Integration Ostgaliziens in den polnischen Staat über eine Reihe von Verwaltungsakten unumkehrbar zu machen, einbezogen werden. Vor diesem Hintergrund entstanden diverse Autonomieprojekte der polnischen Regierung für dieses zwischen Ukrainern und Polen umstrittene Territorium. Einen wesentlichen Untersuchungsgegenstand bildet eine Analyse der Haltung der nationalen Gesellschaften der Ukrainer, Polen und Juden in Ostgalizien diesen Projekten gegenüber. Erst so erscheint eine differenzierte Antwort auf die Frage möglich, ob die Einführung einer Territorialautonomie beziehungsweise Selbstverwaltung in Ostgalizien möglich gewesen wäre und den ukrainisch-polnischen Gegensatz hätte ausgleichen können. Die internationale Anerkennung der Ostgrenzen des polnischen Staates am 14. März 1923 durch die Botschafterkonferenz, aus Sicht der ostgalizischen Ukrainer ihr „Versailles“, bezeichnet den logischen Endpunkt der Untersuchung. Sie mußten zwangsläufig eine Neuorientierung ihrer Politik vornehmen, da Ostgalizien nun einen Gegenstand der polnischen Innenpolitik bildete. Ein Schlußkapitel, das zentrale Ergebnisse der Untersuchung zusammenfaßt, rundet die Arbeit ab.

## 2. Forschungsstand

Die Historiographien der Ukrainer und der Polen wurden stark von Mythenbildungen geprägt, so daß eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte Ostgaliziens von 1918 bis 1923 wesentlich erschwert wurde. Zu erklären ist dies wohl, neben der tiefgreifenden Erfahrung des ukrainisch-polnischen Krieges, durch die Tatsache, daß die Ereignisse nach 1918 für beide Nationen mit der Frage des Scheiterns beziehungsweise des Gelingens der eigenen Staatsbildung verbunden waren. Die Auseinandersetzung um Ostgalizien prägte zur Zeit der Entstehung der Zweiten Polnischen Republik die öffentliche Meinung maßgeblich.<sup>5</sup> Für die Ukrainer hingegen ist das kurzzeitige Bestehen der ZUNR bis in die Gegenwart hinein ein wesentlicher historischer Bezugspunkt.

Der polnische Historiker Eugeniusz Koko sah 1993 folgende Gründe für die unbefriedigende geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der polnisch-ukrainischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg: In der sovetukrainischen Historiographie habe nur eine beschränkte Möglichkeit zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Themen wie dem der konfliktreichen ukrainisch-polnischen Beziehungsgeschichte bestanden. Die ukrainische Historiographie außerhalb der Sowetunion hingegen habe sich auf die Darstellung der heimatlichen Unabhängigkeitsbestrebungen konzentriert und die Problematik der polnisch-ukrainischen Beziehungen eher beiläufig behandelt. Auch in der polnischen Historiographie sei das Thema lange Zeit vernachlässigt worden. Im Unterschied zu ihren ukrainischen Kollegen besaßen polnische Historiker jedoch guten Zugang zu Quellenmaterial. Polnisch-ukrainische Themen konnten darum in Polen besser bearbeitet werden.<sup>6</sup>

Exilveröffentlichungen sind von großer Wichtigkeit, weil in der Sowetunion allein zur Geschichte der revolutionären Bewegung und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen geforscht werden konnte. Die Folge war eine Verlagerung der ukrainischen Historiographie nach Nordamerika. Die dortige Forschung besaß jedoch kaum Zugang zu den für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den ukrainisch-polnischen Beziehungen von 1918 bis 1923 erforderlichen Quellen und konzentrierte sich seit Beginn der 1980er Jahre vorrangig auf die Erforschung der Geschichte Ostgaliziens bis 1914, insbesondere auf die ukrainische Nationalbewegung im 19. Jahrhundert. Zu nennen sind hier Arbeiten von John-Paul Himka. Die Geschichte der wichtigsten politischen Parteien der Ukrainer in Ostgalizien hingegen ist bislang nahezu unerforscht. Nur zur Genese der Ruthenisch-Ukrainischen Radikalen Partei (Rus'ko-Ukrajins'ka Radykal'na Partija - RURP) und der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei (Ukrajins'ka Social'no-Demokratyčna Partija – USDP) liegen im Rahmen der Beziehungsgeschichte von polnischen und ukrainischen sozia-

---

<sup>5</sup> Vgl. Zofija Zaks, Radziecka Rosja i Ukraina wobec sprawy państwowej przynależności Galicji Wschodniej 1920-1923, in: Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Studia i materiały VI (1970), S. 69-95, S. 69.

<sup>6</sup> Vgl. Eugeniusz Koko, Przed ryskimi preliminarzami. Z dziejów stanowiska Ukraińców Galicyjskich w 1920 r., in: Polacy o Ukraińcach, Ukraińcy o Polakach. Materiały z sesji naukowej pod redakcją Tadeusza Stignera, Gdańsk 1993, S. 118-138, S. 118.

listischen Bewegungen beziehungsweise Parteien bis 1914<sup>7</sup> Arbeiten vor. Bei der Darstellung der politischen Bestrebungen der Ukrainer des Habsburgerreiches bis einschließlich 1918 kommt darum auch für meine Arbeit den memoirenhaften Arbeiten des nationaldemokratischen Reichsratsabgeordneten, Rechtsanwalts und ersten Regierungschefs der ZUNR Kost' Levyč'kyj<sup>8</sup> zentrale Bedeutung zu.

Bis vor kurzem lag zur ZUNR nur eine stark subjektiv gefärbte Literatur von Autoren vor, die an den ukrainischen Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg beteiligt waren. Eine frühe Bearbeitung stammt von Mychajlo Lozyns'kyj<sup>9</sup>, der unter anderem als Staatssekretär der ZUNR für Äußeres und ihr Delegierter auf der Pariser Friedenskonferenz fungierte.<sup>10</sup> Eine frühe kritische Darstellung veröffentlichte 1934 Vasyľ Kučabs'kyj.<sup>11</sup> Der Westukrainer Kučabs'kyj zählte 1918 zu den Mitbegründern und Offizieren der ostukrainischen Sič-Schützen, die sich dezidiert für die Idee eines ukrainischen Staates einsetzten. In seinem Werk übt er aus einer national-konservativen Perspektive scharfe Kritik an der Führung beider ukrainischer Staaten wegen der Vernachlässigung einer gesamtukrainischen Politik und an der Prägung westukrainischer Politiker durch österreichische Herrschaft und Parlamentarismus. Deutlich schwächer ist dagegen Matvyj Stachivs stark positivistisches Werk<sup>12</sup>, das vor allem die außenpolitischen und diplomatischen Aktivitäten der ZUNR thematisiert.

Die ZUNR findet in der heutigen Historiographie in der Ukraine selbst starkes Interesse, ohne jedoch bereits zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Abhandlung geworden zu sein. Dieser Tatbestand erklärt sich vor allem aus den folgenden Gründen. Erstens verfügte die ukrainische Bevölkerung nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine vom August 1991 kaum über tiefere Kenntnisse der westukrainischen Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg, so daß zunächst nur populärwissenschaftliche Darstellungen erschienen.<sup>13</sup> Zweitens betrachtet der heu-

---

<sup>7</sup> Dazu vor allem Himka, *Socialism in Galicia. The Emergence of Ukrainian Radicalism and Polish Social Democracy (1860-1890)*, Cambridge (Mass.) 1983, sowie die oben angeführte Arbeit von Jobst.

<sup>8</sup> Kost' Levyč'kyj, *Istorija polityčnoji dumky halyč'kych ukrajinciv 1848-1914*, 2 Bde L'viv 1926; Ders., *Istorija vyzvol'nych zmahanj halyč'kych ukrajinciv z času svitovoji vjny 1914-1918*, 2 Bde L'viv 1928; Ders., *Velykyj zryv. Do istoriji ukrajins'koji deržavnosti vid bereznja do lystopada 1918 r.*, L'viv 1931.

<sup>9</sup> Mychajlo Lozyns'kyj, *Halyčyna v rr. 1918-1920 (Ukrajins'ka revoljucija. Rozvidky i materialy 5)*, Viden' 1922 (Reprint New York 1970).

<sup>10</sup> Die Ostgalizienfrage auf der Pariser Friedenskonferenz behandelt am besten: Kay Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study of the Policies of the Great Powers and the Poles* (Odense University Studies in History and Social Sciences 59), Odense 1979; siehe dazu außerdem Laurence J. Orzell, A "Hotly disputed" Issue: Eastern Galicia at the Paris Peace Conference, 1919, in: *Polish Review* 25 (1980), S. 49-68. Beide Arbeiten verwenden kaum ukrainischsprachiges Quellenmaterial. Neuerdings liegt eine geraffte Darstellung zur ukrainischen Frage auf der Pariser Friedenskonferenz von Przemysław Piotr Żurawski vor: *Sprawa ukraińska na konferencji pokojowej w Paryżu w roku 1919*, Warszawa 1995.

<sup>11</sup> W[asył'] Kutschabsky, *Die Westukraine im Kampfe mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918 bis 1923* (Schriften der kriegsgeschichtlichen Abteilung im Historischen Seminar der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, Allgemeine Reihe, Bd. 8), Berlin 1934.

<sup>12</sup> Stachiv, *Zachidnja Ukrajina. Narys istoriji deržavnoho budivnyctva ta zbrojnoji i dyplomatyčnoji oborony v 1918-1923*, 5 Bde (num. als III-VI,2) Skrenton 1959-61. Stachiv diente von 1918 bis 1920 als Offizier in der Ukrainischen Galizischen Armee.

<sup>13</sup> Mykola Lytvyn, Kim Naumenko, *Istorija ZUNR*, L'viv 1995; S.A. Makarčuk, *Ukrajins'ka Respublika Halyčan*, L'viv 1997.

tige ukrainische Staat die ukrainischen Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg als einen wichtigen historischen Bezugspunkt, der dazu beitragen soll, die ukrainische Nationsbildung zu einem Abschluß zu bringen. Ukrainische Darstellungen tendieren darum allgemein zu einer gewissen Monumentalisierung der ukrainischen Staatlichkeit. Von dieser Tendenz konnte sich auch eine kürzlich von Lytvyn vorgelegte Arbeit zum ukrainisch-polnischen Krieg 1918/19 nicht lösen.<sup>14</sup> Eine Studie von Orest Krasivs'kyj, die sich direkt mit der Problematik der ukrainisch-polnischen Beziehungen in Ostgalizien befaßt,<sup>15</sup> weist eine deutlich den Ukrainern zuneigende Tendenz auf. Außerdem liegt eine Arbeit von Oleksandr Pavljuk zur Politik der Vereinigten Staaten gegenüber den ukrainischen Staatsbildungsversuchen von 1917 bis 1923 vor.<sup>16</sup> Eine Reihe junger ukrainischer Historiker wie Vasyľ Rasevyč, Lana Hentoš und Oleh Pavlyšyn befassen sich auf breiter Quellengrundlage mit Themen wie der Rolle Galiziens in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Kaiserreich und Österreich-Ungarn, dem Verhältnis des Vatikans gegenüber der Westukraine in den Jahren 1918 bis 1923 und dem Ukrainischen Nationalrat. Leider konnten ihre Forschungsergebnisse bislang noch nicht in Form einer Monographie publiziert werden. Pavlyšyns Arbeit erscheint demnächst in englischer Sprache.

Die polnische Historiographie der Zwischenkriegszeit sah den Novemberaufstand der Polen in Lemberg überwiegend als ersten Schritt zur Vereinigung des ganzen Galiziens mit anderen historischen polnischen Landen zu einem erneuerten unabhängigen Polen. Eine Auseinandersetzung mit den polnisch-ukrainischen Beziehungen erfolgte auch in der Volksrepublik Polen nur punktuell und wurde durch die bis 1947 andauernden Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen zusätzlich belastet. Für die polnische Emigration nach 1945 standen die Ostgrenzen des polnischen Staates der Zwischenkriegszeit aus einer revisionistischen und nationalpolnischen Perspektive im Mittelpunkt, so daß erst in jüngster Zeit vor allem durch Historiker in Polen eine kritische Erforschung des ukrainisch-polnischen Verhältnisses erfolgt.<sup>17</sup> Die polnischen Historiker befaßten sich weitgehend mit der Schilderung der erfolgreichen militärischen Operation der polnischen Armee zur Wiedergewinnung Ostgaliziens und Lembergs für den damaligen polnischen Staat. Einen besonderen Stellenwert bei der Behandlung des ukrainisch-polnischen Krieges nimmt eine Arbeit Maciej Kozłowski ein. Kozłowski's Buch bildete aufgrund seiner ausgeglichener Schilderung eine Durchbrechung von in der polnischen Historiographie fest ausgebildeten stereotypen Sichtweisen bezüglich der von ihm behandelten Ereignisse.

---

<sup>14</sup> Vgl. Mykola Lytvyn, *Ukrajins'ko-pol's'ka vijnja 1918-1919 rr.*, L'viv 1998.

<sup>15</sup> Orest Krasivs'kyj, *Schidna Halyčyna i Pol's'ča v 1918-1923 rr.*, Kyjiv 1998; Ders., *Halyčyna u peršij čverti XX. st. Problemy pol's'ko-ukrajins'kich stosunkiv*, L'viv 2000.

<sup>16</sup> Vgl. Oleksandr Pavljuk, *Borot'ba Ukrajinj za nezaležnist' i polityka SŠA (1917-1923)*, Kyjiv 1997. Die Arbeit ist auch darum von Bedeutung, da der Verfasser amerikanisches Archivmaterial einbezog und die Möglichkeit besaß, auf die Materialien des Archivs der Regierung der ZUNR an der Katholischen Ukrainischen Universität in Rom zurückzugreifen.

<sup>17</sup> Vgl. Paul-Robert Magocsi, *Galicja: A Historical Survey and Bibliographical Guide*, Toronto 1983, S. 182, sowie: Bömelburg, *polnisch-ukrainische Beziehungen*, S. 83-86.

Die beste Darstellung zu dieser Thematik stammt von Michał Klimecki, der auch politische Aspekte des ukrainisch-polnischen Krieges behandelt.<sup>18</sup>

Außerdem liegen Arbeiten zur polnischen Nationalitätenpolitik in der Zwischenkriegszeit von Andrzej Chojnowski und zur ukrainischen Frage von 1922 bis 1926 von Mirosława Papierzyńska-Turek vor.<sup>19</sup> Beziehungsgeschichtliche Aspekte wurden vorrangig bezüglich der Haltung der PPS zur ukrainischen Frage untersucht, insbesondere von Eugeniusz Koko.<sup>20</sup> Eine gute Skizze zur Auseinandersetzung um Ostgalizien in den Jahren 1914 bis 1923 stammt von Ludwik Mroczka, der allerdings weitgehend auf der Basis der vorliegenden Literatur arbeitete und kaum Archivmaterialien in seine Darstellung einbezog.<sup>21</sup> Internationale Aspekte der Ostgalizienfrage von 1918 bis 1923 wurden vor allem von Zofija Zaks behandelt, die aus ihrer Dissertation verschiedene Kapitel veröffentlichte. Eine Arbeit von Krzysztof Lewandowski befaßte sich mit der Ostgalizienfrage in der tschechoslowakischen Außenpolitik.<sup>22</sup> Neuerdings liegt eine auf breitem Quellenmaterial basierende Publikation von Jan Jacek Bruski zur ostukrainischen Exilregierung Petljuras vor. Eine Darstellung zur Haltung der Gesellschaft Polens im polnisch-sovietischen Krieg ist wegen der breiten Darstellung von Quellenmaterial interessant, tendiert aber zu einer unkritischen Übernahme von in vorhandenen oder von der Forschung vertretenen antiukrainischen Urteilen.<sup>23</sup>

Ukrainische Themen finden in der deutschsprachigen Historiographie seit der Konstituierung eines unabhängigen ukrainischen Staates verstärkt Interesse. Der Nachholbedarf ist auch daraus ersichtlich, daß innerhalb kurzer Zeit zwei Bü-

---

<sup>18</sup> Kozłowski, *Zapomniana wojna*; als Chronologie der militärischen Ereignisse ist von Interesse: *Wojna polsko-ukraińska 1918-1919: Działania bojowe - aspekty polityczne - kalendarium*, hg. von Grzegorz Lukomski, Czesław Partacz, Bogusław Polak, Koszalin, Warszawa 1994; Michał Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna o Lwów i Wschodnią Galicję 1918-1919 r. Aspekty polityczne i wojskowe*, Warszawa 1997.

<sup>19</sup> Andrzej Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939* (Polska myśl polityczna XIX. i XX. wieku 3), Wrocław u.a. 1979; Mirosława Papierzyńska-Turek, *Sprawa ukraińska w Drugiej Rzeczypospolitej 1922-1926*, Kraków 1979; Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929*, Kraków 1989, der allerdings auf die Zeit vor 1923 nicht eingeht.

<sup>20</sup> Neben den oben zitierten Arbeiten von Eugeniusz Koko siehe vor allem: *Wolni z wolnymi. PPS wobec kwestii ukraińskiej w latach 1918-1925* (Uniwersytet Gdański. Rozprawy i monografie 165), Gdańsk 1991. Der Autor befaßte sich außerdem mit der USDP in der Zwischenkriegszeit: *Ukraińscy socjaldemokraci galicyjscy w okresie międzywojennym (1918-1939)*, in: *Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego MLXXXVIII, Prace Historyczne z. 103* (1993), S. 125-141.

<sup>21</sup> Ludwik Mroczka, *Spór o Galicję Wschodnią 1914-1923* (Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Komisji Edukacji Narodowej w Krakowie. Prace monograficzne 242), Kraków 1998.

<sup>22</sup> Zofija Zaks, *Galicja Wschodnia w polityce Zachodnio-Ukraińskiej Republiki Ludowej i Ukraińskiej Republiki Ludowej w drugiej połowie 1919 r.*, in: *Naród i państwo. Prace ofiarowane Henrykowi Jabłońskiemu w rocznicę urodzin*, Warszawa 1969, S. 387-405; Dies., *Galicja Wschodnia w polskiej polityce zagranicznej (1921-1923)*, in: *Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Studia i materiały VIII* (1971), S. 3-37; Dies., *Radziecka Rosja i Ukraina wobec sprawy państwowej przynależności Galicji Wschodniej 1920-1923*, in: *Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Studia i materiały VI* (1970), S. 69-95; Krzysztof Lewandowski, *Sprawa ukraińska w polityce zagranicznej Czechosłowacji w latach 1918-1932*, Wrocław u.a. 1974.

<sup>23</sup> Jan Jacek Bruski, *Centrum państwowe Ukraińskiej Republiki Ludowej na wychodźstwie (1919-1924)*, Kraków 2000; Janusz Szczepański, *Spółczesność Polski w walce z najazdem bolszewickim 1920 roku*, Warszawa, Pułtusk 2000.

cher veröffentlicht wurden, die einen Gesamtabriß der ukrainischen Geschichte unternahmen.<sup>24</sup> Rudolf A. Mark verfaßte eine Arbeit zu Symon Petljura und der Ukrainischen Volksrepublik (Ukrains'ka Narodna Respublika – UNR) bis zu dessen Exil in Polen.<sup>25</sup> Außerdem liegen eine Reihe von Publikationen zur Politik der Mittelmächte der Ukraine und Polen<sup>26</sup> gegenüber sowie zur Cholmer Frage und der Galizienproblematik vor 1914 vor.<sup>27</sup> „Galizien ist in“, wie Christoph Mick bezüglich der deutschen Geschichtswissenschaft feststellte.<sup>28</sup> Neben Aufsätzen von Mick sind Arbeiten von Kai Struve von Interesse, der auf komparativer Grundlage den Nationsbildungsprozeß ruthenischer und polnischer Bauern in Galizien untersucht.<sup>29</sup>

In der ukrainischen und polnischen Historiographie wurde die ukrainisch-polnische Auseinandersetzung um Ostgalizien von 1918 bis 1923 bislang vorrangig im Kontext des ukrainisch-polnischen Krieges behandelt. Je nach Perspektive wer-

---

<sup>24</sup> Geschichte der Ukraine. Hg. von Frank Golczewski, Göttingen 1993; Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994.

<sup>25</sup> Rudolf A. Mark, Symon Petljura und die UNR. Vom Sturz des Hetmans Pavlo Skoropadskyj bis zum Exil in Polen, in: Forschungen zur Geschichte Osteuropas 40 (1988), S. 7-228. Mark blendet die Ostgalizienproblematik jedoch weitgehend aus. Er befaßte sich außerdem mit der Geschichte der ukrainischen Staatsbildungsversuche im 20. Jahrhundert: Das Problem einer ukrainischen Nationalstaatsbildung im 20. Jahrhundert, in: Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, hg. von Guido Hausmann und Andreas Kappeler, Baden-Baden 1993, S. 82-99; Die gescheiterten Staatsversuche, in: Geschichte der Ukraine, S. 172-201.

<sup>26</sup> Ein Standardwerk bildet: Wolfdieter Bihl, Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk, Wien, Köln, Graz 1970. Vom selben Autor liegen vor: Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 14 (1966), S. 51-62; Österreich-Ungarn und der „Bund zur Befreiung der Ukraine“, in: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag, Graz, Wien, Köln 1965, S. 505-526; Die Tätigkeit des ukrainischen Revolutionärs Mykola Zaliznjak in Österreich-Ungarn, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 13 (1965), S. 226-230. Außerdem ist relevant: Helga Grebing, Österreich-Ungarn und die „Ukrainische Aktion“ 1914-1918. Zur österreichisch-ungarischen Ukrainepolitik im Ersten Weltkrieg, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 7 (1959), S. 270-296; Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litovsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien, München 1966; Peter Borowski, Deutsche Ukrainepolitik, Lübeck 1970.

<sup>27</sup> Neben der oben angeführten Dissertation von Jobst zur Beziehungsgeschichte von polnischen und ukrainischen Sozialdemokraten in Galizien von 1890 bis 1914 sind zu nennen: Klaus Kindler, Die Cholmer Frage 1905-1918 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 424), Frankfurt/Main, Bern, New York, Paris 1990; außer dem Aufsatz von Armin Mitter, Galizien – Krisenherd in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (1910-1914), in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 28 (1984), S. 207-233, siehe Heinz Lemkes Standardwerk zur Polenpolitik des deutschen Kaiserreichs und der Habsburgermonarchie im Ersten Weltkrieg: Allianz und Rivalität. Zur Polenpolitik der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1977.

<sup>28</sup> Vgl. Christoph Mick, Nationalisierung in einer multiethnischen Stadt. Interethnische Konflikte in Lemberg 1890-1920, in: Archiv für Sozialgeschichte 40 (2000), S. 113-146, S. 113. Von demselben Autor: „Wer verteidigte Lemberg?“ Totengedenken, Kriegsdeutungen und nationale Identität in einer multiethnischen Stadt, in: Der Krieg in religiösen und nationalen Deutungen der Neuzeit, hg. von Dietrich Beyrau, Tübingen 2001, S. 189-216, sowie: Ethnische Gewalt und Pogrome in Lemberg 1914 und 1941, in: Osteuropa 2003 (Dezember), S. 1810-1829.

<sup>29</sup> Kai Struve, Bauern und Nation in Ostmitteleuropa: Soziale Emanzipation und nationale Identität der galizischen Bauern im 19. Jahrhundert, in: Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich. Hg. von Ulrike v. Hirschhausen und Jörn Leonhard, Göttingen 2001, S. 347-371, dessen Dissertation zu diesem Themenkomplex demnächst publiziert wird.

den diese Ereignisse überwiegend entweder als Demonstration nationalen Selbstbewußtseins der Ukrainer oder aber als Verteidigung der Polen gegen den ukrainischen Staatsstreich geschildert. Der Zeitabschnitt von Juli 1919 bis März 1923 hingegen ist vor allem hinsichtlich der von mir gewählten Fragestellung kaum bearbeitet worden. Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag dazu leisten, diese Forschungslücke zu schließen.

### 3. Quellen

Insofern, als die Forschung bislang kaum über hinreichenden Quellenzugang verfügte, basiert meine Untersuchung überwiegend auf Archiv- und Zeitungsmaterial. Diese empirische Vorgehensweise erwies sich als notwendig, weil bisherige Arbeiten zwangsläufig auf Erinnerungsliteratur basieren mußten, die in faktographischer Hinsicht vielfach wenig verlässlich ist. Von den gedruckten Quellen ist zunächst eine Edition aus polnischen Archiven zur Pariser Friedenskonferenz des Jahres 1919 relevant, sowie Materialien aus dem politischen Archiv Paderewskis. Darüber hinaus kann auf eine Quellenpublikation aus dem New Yorker Pilsudski-Archiv zurückgegriffen werden. Außerdem liegt eine größere Dokumentensammlung aus den Wiener Archiven zur ukrainischen Frage von 1914 bis 1923 vor.<sup>30</sup> In den Krisenzeiten der ukrainisch-polnischen Beziehungen ist eine umfangreiche Propaganda- und Pamphletliteratur entstanden, die für mein Vorhaben ebenso relevant ist, wie polnische und ukrainische Memoiren- und Gedächtnisliteratur zu verschiedenen Phasen des polnisch-ukrainischen Krieges und diplomatischen Aktivitäten.

Neben der Memoiristik bildet die Tagespresse eine wichtige Quelle. Um die politischen Bestrebungen der ostgalizischen Ukrainer im Jahre 1918 vertieft darstellen zu können, hat sich eine Analyse der dem Nationalkomitee der UNDP nahestehenden Zeitung „Dilo“ und des Organs der Ukrainischen Parlamentarischen Repräsentation (Ukrajins'ka Parlamentar'na Rerezentacija – UPR) „Ukrajins'ke Slovo“ für den Zeitraum als unumgänglich erwiesen. Zentrale Bedeutung kommt dem Organ der westukrainischen Regierung „Republyka“ zu. Ergänzend wurden andere Zeitungen herangezogen: die Presseorgane der URP „Narod“ und der USDP „Vpered“, das in Ternopil' erscheinende „Ukrajins'kyj Holos“ und das Stanislauer „Nove Žyttja“. Als die vorrückende polnische Armee im Mai 1919 die Westukrainer auf einen Bruchteil ihres Territoriums zurückdrängte, konnten diese Zeitungen nicht weiter erscheinen. Auch die Besetzung Ostgaliziens wirkte sich auf das Zeitungswesen aus, denn das politische Leben der Ukrainer wurde stark eingeschränkt. Bedeutsam ist für diesen Untersuchungsabschnitt der weiter erscheinende „Vpered“ sowie die der UNDP nahestehenden, in ihrem Erscheinen einander ablösenden Zeitungen „Ukrajins'ka Dumka“ (1920), „Hromads'ka Dumka“ (1920), „Ukrajins'kyj Vistnyk“ (1921) und „Hromads'kyj Vistnyk“ (1922); ab Ende 1922 erschien erneut „Dilo“, das von den zuvor genannten Organen substituiert worden war. Während die der UNDP nahestehende Presse dem polnischen Staat und der polnischen Gesellschaft gegenüber eine deutlich negative Position bezog, vertrat der „Ridnyj Kraj“ als einzige ukrainische Tageszeitung einen polonophilen Standpunkt. In dem seit August 1919 in Wien erscheinenden „Ukrajins'kyj Prapor“ konnten antipolnische Positionen ohne Zensurrücksichten vertreten werden. Ab Ende Juli 1920 fungierte

---

<sup>30</sup> Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały, Bd. II, Warszawa 1967, S. 213-376; Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. II. 1919-1921. Bearbeitet von Witold Stankiewicz und Andrzej Biber. Wrocław, Warszawa, Kraków, Gdańsk 1974; Ukraine and Poland in Documents 1918-1922 (Sources for the History of Rus'-Ukraine 12), hg. von Taras Hunczak, 2 Bde New York 1983; Ereignisse in der Ukraine 1914-1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe, hg. von Theophil Hornykiewicz, 4 Bde Horn (Öst.-)Philadelphia 1966-1969.



die Zeitung als offizielles Organ der ostgalizischen Exilregierung unter Jevhen Petruševyč.

Polnische Presseorgane brauchten nicht in demselben Umfang wie das ukrainische Pressewesen bearbeitet zu werden, weil sie in der polnischen Historiographie bereits umfassend ausgewertet worden sind. Kokos Arbeit zur Haltung der PPS gegenüber der ukrainischen Frage in den Jahren 1918 bis 1925 liegt eine umfassende Analyse der Parteiorgane in Warschau („Robotnik“) sowie in Lemberg („Dziennik Ludowy“) und in Krakau („Naprzód“) zugrunde. Wichtig war hingegen die Einbeziehung des Organs der Lemberger Nationaldemokratie „Słowo Polskie“. Die Zeitung vertrat einen akzentuiert antiukrainischen und nationalpolnischen Standpunkt. Eine gemäßigte Position bezog das Organ der Krakauer Konservativen „Czas“, das gleichfalls auf relevantes Material durchgesehen wurde. Zur Darstellung der Position der ostgalizischen Juden im ukrainisch-polnischen Konflikt war die Bearbeitung der in Lemberg erscheinenden Tageszeitung „Chwila“ von Interesse, die eine neutrale Position der jüdischen Bevölkerung gegenüber dieser Auseinandersetzung propagierte.

Materialien zur ukrainisch-polnischen Beziehungsgeschichte sind aufgrund der wechselvollen Geschichte der Ukrainer und Polen im 20. Jahrhundert auf zahlreiche Archive in Europa und Nordamerika verstreut. Meine Arbeit stützt sich im wesentlichen auf Archivmaterialien, die im Laufe von Forschungsaufenthalten in Lemberg, Kyjiv, Warschau, Wien und Bonn eingesehen werden konnten. Da es mir vorrangig um eine Neubetrachtung der ukrainisch-polnischen Beziehungen von 1918 bis 1923 ging, schien es besser, polnische Archivmaterialien neu zu befragen und erst seit kurzem zugängliche Archivalien in Lemberg und Kyjiv einzubeziehen, als in weiteren Archiven in Moskau, Paris, London, Rom und New York nach ukrainischen oder polnischen Materialien zu suchen. Eine kritische Brechung ukrainischer oder polnischer Sichtweisen wurde durch die Auswertung österreichischer und bundesdeutscher Archivbestände wesentlich erleichtert, da die hier vorhandenen Materialien den ukrainisch-polnischen Konflikt von einer Außenperspektive aus betrachten.

In Lemberg habe ich Bestände des dortigen historischen Staatsarchiv der Ukraine (Central’nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukrajinu u L’vovi - CDIA Ukrajinu u L’vovi) und des Staatlichen Archivs des Lemberger Gebiets (Deržavnyj Archiv L’vivs’koi Oblasti – DALO) bearbeitet. Die Materialien spiegeln überwiegend die Zuspitzung der nationalen Gegensätze zwischen Ukrainern und Polen in Ostgalizien von 1918 bis 1923 aus ukrainischer Perspektive wider, sind aber außerdem von Relevanz für eine tiefere Analyse der diplomatischen Bestrebungen der westukrainischen Exilregierung in Wien unter Jevhen Petruševyč bis zum März 1923. Im CDIA Ukrajinu u L’vovi wurden die Bestände der galizischen Statthalterei, der westukrainischen Gesellschaft der Liga der Nationen und Materialien zur Tätigkeit der UNR und der ZUNR ausgewertet, sowie die Nachlässe Volodymyr Ochrymovyčs, Mychajlo Tyškevyčs, Stepan Tomašivs’kyjs und Osyp Nazaruks. Vor allem die beiden letztgenannten Fonds waren von großer Bedeutung. Der Nachlaß Tomašivs’kyj beinhaltet eine Vielzahl von Materialien zu dessen Tätigkeit als Delegierter auf der Pariser Friedenskonferenz und als diplomatischer Vertreter von Petruševyč in London. Im Fond Nazaruk sind dessen Notizbücher in faktographischer Hinsicht von zentralem Wert. Hier finden sich teilweise detaillierte Mitschriften von politischen Diskussionen aus

dem direkten Umfeld von Petruševyč, zu dessen engen Vertrauten Nazaruk zählte. Im DALO wurde der Fond der Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Verteidigung Lembergs und der südöstlichen Wojewodschaften (Towarzystwo Badania Historii Obrony Lwowa i Województw Południowo-Wschodnich) herangezogen. Aus diesem Bestand habe ich vor allem Materialien zur ukrainischen Machtübernahme in Ostgalizien im November 1918, Sitzungsprotokolle der westukrainischen Regierung sowie Materialien zum Program an der jüdischen Bevölkerung in Lemberg vom 22. bis 24. November 1918 ausgewertet.

In Kyjiv wurden insbesondere Materialien zur Beziehungsgeschichte von ZUNR und Ukrainischer Volksrepublik (Ukrajins'ka Narodna Respublika – UNR) gesucht, die im dortigen Zentralen Staatlichen Archiv der Obersten Organe der Staatsgewalt und der Staatsverwaltung der Ukraine (Central'nyj Deržavnyj Archiv Vyščych Orhaniv Vlady i Orhaniv Deržavnoho Upravlinnja Ukrainy – CDAVOV) vorhanden sind. Im CDAVOV habe ich die folgenden Aktenbestände bearbeitet: das Außenministerium des Hetmanstaates und der UNR, den Rat der Volksminister der UNR, das Innenministerium der UNR, das Ministerium für galizische Angelegenheiten der UNR sowie die Nachlässe des bukowinischen Sozialdemokraten Osyp Bezpalko und Isaak Mazepas. Außerdem habe ich den Aktenbestand der diplomatischen Vertretung der ZUNR in Prag herangezogen, sowie das Oberkommando der galizischen Armee des westlichen Bezirks der UNR.

Weitere wichtige Archivmaterialien zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen lagern in den Warschauer Archiven, vor allem im Archiv der Neuen Akten (Archiwum Akt Nowych – AAN), dem Zentralen Militärarchiv (Centralne Archiwum Wojskowe – CAW) und der Biblioteka Narodowa.

Im Archiwum Akt Nowych befinden sich viele Fonds mit Materialien zum Ostgalizienkonflikt von 1918 bis 1923, wobei als die wichtigsten hervorgehoben werden können: Das Außenministerium, die Protokolle des Ministerrats der Republik Polen sowie des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen, deren diplomatische Vertretungen in Paris, London, Wien und Moskau, das Komitee der Grenzschutz (Komitet Straży Kresowej), das politische Archiv Ignacy Paderewskis, außerdem eine Sammlung mit Bearbeitungen und Abschriften von Dokumenten, die sich auf die Beziehungen Polens mit Litauen, Lettland, der Russischen Sowjetrepublik und der Ukraine beziehen. Der überwiegende Teil der Bestände des Warschauer Innenministeriums zur ukrainischen Problematik in Ostgalizien für den Zeitraum meiner Untersuchung ist im Zweiten Weltkrieg zerstört worden. Vor allem in den Botschaftsbeständen befinden sich jedoch, neben die Ostgalizienproblematik auf internationalem Gebiet betreffenden Angelegenheiten, viele Berichte zum politischen Leben der Ukrainer und Polen in Ostgalizien. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Rapporte des Lemberger Polizeidirektors Reinlender an das Warschauer Innenministerium. Reinlender verfolgte die Haltung führender ostgalizisch-ukrainischer Organisationen dem polnischen Staat gegenüber mit großer Aufmerksamkeit.

In der Handschriftenabteilung der Biblioteka Narodowa befindet sich das „Archiwum Towarzystwa im. Tarasa Szewczenki“, dessen Materialien zu den politischen Bestrebungen der ostgalizischen Ukrainer sowie der Westukrainischen Volksrepublik von 1914 bis 1923 gleichfalls einbezogen wurden.

Außerdem relevant sind einzelne Sammlungen des Centralne Archiwum Wojskowe, wie beispielsweise der Nachlaß Laudañski, sowie Bestände der I. Abteilung des Oberkommandos der polnischen Armee, des Kommandos der polnischen Armee in Ostgalizien, der verbündeten ukrainischen Armee und des Militärhistorischen Büros.

In Wien wurden die Bestände des österreichischen Staatsarchivs bearbeitet, die für den gesamten Untersuchungszeitraum, insbesondere aber für die Zeit des Ersten Weltkriegs, einen hohen Wert besitzen. Im Kriegsarchiv wurden Materialien aus der Militärkanzlei Seiner Majestät (MKSM) und dem Präsidium des Kriegsministeriums (KMPräs) durchgesehen. Hier sind vorrangig Berichte diverser Militärkommandos über die politische Entwicklung unter den Ukrainern und den Polen in Ostgalizien im Jahr 1918 von Interesse. Weiter habe ich im Allgemeinen Verwaltungsarchiv (AVA) die im Bestand des Staatsarchivs des Innern und der Justiz vorhandenen Protokolle des österreichischen Ministerrats einbezogen, sowie Bestände des Präsidiums des Ministeriums des Innern, die interessante Berichte ziviler und militärischer Verwaltungsbehörden enthalten, denen die Zuspitzung des ukrainisch-polnischen Gegensatzes im Jahre 1918 zu entnehmen ist. Außerdem wurde das Politische Archiv des Ministeriums des Äußern im Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) herangezogen. Für die Zeit nach 1918 enthält das Archiv der Republik (AdR) für eine Untersuchung des ukrainisch-polnischen Konflikts von 1918 bis 1923 relevante Materialien.

Abschließend wurden die Bestände des politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PA AA), das jetzt in Berlin zugänglich ist, durchgesehen. Eine Einbeziehung dieser Materialien in die Untersuchung erwies sich als gewinnbringend: Erstens dürfte die Mehrzahl der hier von mir bearbeiteten Dokumente erstmals in Bezug auf die ukrainisch-polnischen Beziehungen gesichtet worden sein. Zweitens eignet den hier eingesehenen Quellen, ebenso wie denen des österreichischen Staatsarchivs, eine Außenperspektive, die sich vor allem für eine Darstellung der Bestrebungen von Ukrainern und Polen während des Ersten Weltkriegs als von großem Nutzen erwies. Für die Zeit bis 1918 ist der Bestand „Die Angelegenheiten Galiziens“ wichtig, der unter anderem Berichte des deutschen Generalkonsuls in Lemberg sowie der Wiener Dependance des deutschen Kaiserreichs enthält, für die Zeit nach 1918 ein Aktenbestand zur Rolle Galiziens in der auswärtigen Politik Polens.

Geographische Bezeichnungen werden überwiegend entsprechend der heute am jeweiligen Ort gültigen Schreibweise gemäß der ISO-Norm transliteriert, außer in Fällen, wo deutsche Bezeichnungen bestehen. Dies gilt insbesondere für Lemberg (ukr. L'viv, poln. Lwów). Die einzigen Ausnahmen bilden Stanislaw, das heute Ivano-Frankivs'k heißt, und die Verwendung der ukrainischen Bezeichnung Kyjiv anstelle des im Deutschen geläufigeren, aus dem Russischen entlehnten Kiew. Statt der ukrainischen Bezeichnung Peremyśl wird das polnische Przemysł verwendet.<sup>31</sup> Ein weiteres Problem bildet die Bezeichnung „Ostgalizien“, worunter in der Forschung allgemein der östliche Teil des Kronlandes Galizien zwischen den Flüssen San und Zbruč verstanden wird. In diesem Sinne wird der Terminus in der vorliegenden Arbeit verwandt. In der zeitgenössischen ukrainischen Publizistik und

---

<sup>31</sup> Dieses Verfahren wurde verwendet bei Golczewski, Geschichte der Ukraine.

heutigen ukrainischen Publikationen wird eben dieses Territorium als „Galizien“ (Halyčyna) bezeichnet. Um Irritationen vorzubeugen, verwende ich auch in Bezug auf diese Arbeiten und Quellen den Terminus „Ostgalizien“. Im Polnischen wird unterschieden zwischen dem geographischen Begriff „Wschodnia Galicja“ und dem politischen Terminus „Galicja Wschodnia“. Außerdem finden sich die Bezeichnungen „südöstliche Wojewodschaften“ und „östliches Kleinpolen“, die, da sie zugleich eine bedingt negative Haltung den Ukrainern gegenüber widerspiegeln, von mir jeweils beibehalten wurden.

#### 4. Annäherung an Ostgalizien vor 1914

Trotz seiner relativ geringen territorialen Größe kam Galizien in der ostmitteleuropäischen Geschichte eine wichtige und oft zentrale Bedeutung zu.<sup>32</sup> Zu Anfang des 20. Jahrhunderts lebte mit etwa 80 Prozent die Mehrheit der Ukrainer auf Territorien, die zum Zarenreich gehörten. Nur knapp ein Fünftel siedelte im Habsburgerreich, vornehmlich in Galizien, in dessen östlicher Hälfte sie im Jahre 1910 mit 3,2 Millionen die Mehrheit gegenüber 25 Prozent polnischer und 12 Prozent jüdischer Bevölkerung stellten. Angesichts der repressiven zarischen Ukrainepolitik konnten ukrainische Bestrebungen sich am ehesten in Ostgalizien entfalten, dem in Analogie zur Einigungsbewegung Italiens im 19. Jahrhundert die Rolle eines ukrainischen Piemonts beigemessen wurde. Dennoch unterschieden eben dort sogar nationalbewußte „Ukrainer“ noch bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zwischen „Rusyny“ und „Ukrajincy“, wenn sie sich auf Angehörige des österreichisch-ungarischen oder russischen Staates bezogen. Erst um 1900 kamen die Selbstbezeichnungen „Rusyny-Ukrajincy“ und „Ukrajincy“ zunehmend in Gebrauch.<sup>33</sup> Die Ukrainer der Donaumonarchie siedelten überwiegend in der cisleithanischen Reichshälfte, neben dem Kronland „Königreich Galizien und Lodomerien“ in der Bukowina. Außerdem lebten Ukrainer in nordostungarischen Komitaten der transleithanischen Reichshälfte.<sup>34</sup>

Wichtige Impulse für die neuere Nationalismusforschung gingen von Miroslav Hroch aus, der die soziale Zusammensetzung nationaler Befreiungsbewegungen untersuchte.<sup>35</sup> Eine allgemein anerkannte Definition des Begriffs „Nation“ gibt es nicht; es ist sogar bezweifelt worden, daß eine wissenschaftlich befriedigende Begriffs-

<sup>32</sup> Vgl. Paul-Robert Magocsi, *Galicia: A Historical Survey and Bibliographical Guide*, Toronto 1983, S. XIII.

<sup>33</sup> John-Paul Himka spricht von einer „identical crisis“ der ostgalizischen Ukrainer im 19. Jahrhundert. Vgl. Himka, *Socialism*, S. 7, sowie Kost' Levyc'kyj, *Istorija polityčnoji dumky*, Bd.1, S. 306-310 und Ders., *Istorija vyzvol'nych zmahanj*, S. 222. Ich verwende im folgenden die Termini „Ukrainer“ und „ukrainisch“. Wenn hingegen Quellen zitiert oder wiedergegeben werden, die die alte Terminologie „Ruthenen“ und „ruthenisch“ verwenden, dann habe ich jeweils diese Bezeichnungen übernommen, um den Charakter der Texte weitestgehend wiedergeben zu können.

<sup>34</sup> Vgl. Wolfdieter Bihl, *Die Ruthenen, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918*. Hg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch. Bd. III: *Die Völker des Reiches*, 1. Teilband, Wien 1980, S. 555-584, S. 555, 560f. Statistische Erhebungen basierten auf Angaben zur Konfessionszugehörigkeit und zur Umgangssprache, wobei das Jiddische nicht anerkannt war. Angehörige der jüdischen Bevölkerung tendierten dazu, das Polnische als Sprache anzugeben. Zwischen Polen und Ukrainern bildeten die sogenannten *Latynnyky* eine umstrittene Gruppe, da sie zwar dem römisch-katholischen Ritus angehörten, aber ukrainischsprachig waren. Hinzu kamen mögliche Mißbräuche bei der Zahlenerhebung durch örtliche Behörden. Detailliert zur Problematik der österreichischen Nationalitätenstatistiken siehe Rudolf A. Mark, *Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 13)*, Marburg 1994, S. 82-85.

<sup>35</sup> Miroslav Hroch, *Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine komparative Untersuchung der sozialen Zusammensetzung der patriotischen Gruppen* (*Acta Universitatis Carolinae, Monographia, XXIV*), Prag 1968. Vgl. weiter Hroch, *Nationales Bewußtsein zwischen Nationalismustheorie und der Realität der nationalen Bewegungen*, in: Eva Schmidt-Hartmann (Hg.), *Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien* (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 20), München 1994), S. 39-52; Hroch, *How much does Nation Formation depend on Nationalism?*, in: *East European Politics and Societies* 4 (1990), S. 101-115.

bestimmung überhaupt möglich ist.<sup>36</sup> Unter „Nation“ verstehe ich im Anschluß an Hroch eine „soziale Großgruppe, die durch eine Kombination von austauschbaren und auch ihrer Bedeutung nach unterschiedlichen Beziehungen zusammengehalten wird, darunter das Nationalbewußtsein eines variierenden Anteils der Bevölkerung“.<sup>37</sup> Während Nationalisten und auch die frühe Nationalismusforschung meinten, den Begriff „Nation“ über objektive Kriterien, wie zum Beispiel Sprache, Kultur oder auch historische Traditionen bestimmen zu können, betont die neuere Forschung eher den schöpferischen Aspekt des Nationalismus, der diese Charakteristika erst hervorbringt und zur allgemeinen Norm erhebt:

„Aber der Nationalismus ist *nicht* das Erwachen einer uralten, schlafenden Kraft, wenn er sich auch gerne so darstellt. ... Der Nationalismus, der manchmal bereits bestehende Kulturen in Nationen umwandelt, erfindet manchmal Kulturen und vernichtet häufig genug bestehende Kulturen.“<sup>38</sup>

Die Entstehung der gesellschaftlichen Formation der Nation wird meist auf das ausgehende 18. beziehungsweise den Beginn des 19. Jahrhundert datiert.<sup>39</sup> Im Europa des 19. Jahrhunderts lassen sich mit Hroch<sup>40</sup> zwei grundverschiedene Nationsbildungstypen unterscheiden:

1. Die neue bürgerliche Gesellschaft formierte sich als „Staatsnation“, der eine weitgehende Einheitlichkeit von Sprache und nationaler Kultur eignete und die eine „vollständige“ Sozialstruktur besaß.
2. Am Ausgangspunkt der anderen Variante dieses Formationsprozesses stand eine *non dominant ethnic group*, der zu einer „vollständigen“ Nation drei wesentliche Eigenschaften fehlten: eine ununterbrochene Tradition von Literatur und Kultur in der eigenen Schriftsprache, eine voll ausgebildete Sozialstruktur mit eigener herrschender Klasse sowie eine kontinuierliche Eigenstaatlichkeit.<sup>41</sup>

---

<sup>36</sup> Hugh Seton-Watson, Nations and States. An Inquiry into the Origins of Nations and the Politics of Nationalism, London 1977, S. 5.

<sup>37</sup> Hroch, Nationales Bewußtsein, S. 42.

<sup>38</sup> Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991, S. 76. Bei der Ausbildung einer eigenen, nationalen Kultur werden Bestandteile einer eigenen ethnischen Kultur ausgewählt und mit Elementen einer allgemein-europäischen Hochkultur verschmolzen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es keine „ukrainische Sprache“ in Ostgalizien, wo die Mehrheit der Bevölkerung in ukrainischen Dialekten kommunizierte. Erst durch eine Kodifizierung über Wörterbücher und Grammatiken, durch Übersetzungen aus fremden Literaturen, wissenschaftliche Forschungen und schriftstellerische Tätigkeit wurde eine ukrainische Literatursprache geschaffen. Vgl. Ivan-Pavlo Chymka [John-Paul Himka], *Ukrajins'kyj nacional'nyj ruch XIX. stolittja v svitli novych teoretyčnych prac' pro nacionalizm i nacional'ni ruchy*, in: *Formuvannja ukrajins'koji naciji: Istorija ta interpretaciji. Materialy kruhloho stolu istorykiv Ukrainy (L'viv-Brijuchovyči, 27. serpnja 1993 r.)*. Ich beziehe mich auf Auszüge, die mir Jaroslav Hrycak als Organisator der Konferenz freundlicherweise zur Verfügung stellte.

<sup>39</sup> Hugh Seton-Watson zufolge ist Nationalismus eine Theorie der politischen Legitimität, die erstmals 1789 im revolutionären Frankreich formuliert wurde. Die Loyalität sollte nicht mehr traditionellen Gewalten wie Monarch und Kirche, sondern der Nation gelten, die als Gemeinschaft der Bürger eines Staates aufgefaßt wurde. Vgl. Ders., Nationalism and Multi-national Empires, in: Ders., Nationalism and Communism. Essays, 1946-1963, London 1964, S. 3-35, S. 4.

<sup>40</sup> Zu „Nationsbildungstypen“ und „nationalen Bewegungen“ vgl. Hroch, Nationales Bewußtsein, S. 42ff.

<sup>41</sup> Seton-Watson bezeichnete die Nationen der ersten als „alte“ und die der zweiten Kategorie als „neue

„Nationale Bewegungen“ der *non dominant ethnic groups* verfolgten laut Hroch das Ziel, die Defizite, die im Vergleich zu voll entwickelten Nationen bestanden, auszugleichen, und so die zur nationalen Eigenständigkeit fehlenden Attribute zu erlangen. Hroch unterteilt die Entwicklung nationaler Bewegungen dieser Völker in drei Phasen: In einer Phase A des „gelehrten Patriotismus“ werden Volkslieder und Bräuche aufgezeichnet, die Volkssprache wiederentdeckt und normiert. Auf diese Zeit der Bestimmung einer „ethnischen Identität“ folgt die Phase B, in der „Vorkämpfer der nationalen Bewegung“ nationale Agitation betreiben, um möglichst viele Mitglieder ihrer Ethnizität für die eigene Sache zu gewinnen. In Phase C werden Anweisungen aus dem Zentrum der nationalen Bewegung nun allgemein befolgt.

Die ukrainische Nationalbewegung in Ostgalizien kann eingeschränkt dem Typus nationaler Bewegungen von *non dominant ethnic groups* zugerechnet werden.<sup>42</sup> Eine gewisse „Ersatzfunktion“ für eine repräsentative Oberschicht der eigenen Ethnizität übte in Ostgalizien die griechisch-katholische Geistlichkeit aus, die nicht dem Zölibat unterworfen war und den Lebensstil des kleinen Landadels pflegte. Die einzigartige Bedeutung der griechisch-katholischen Kirche in Ostgalizien als „Nationalkirche“ der Ruthenen resultierte unter anderem daraus, daß die Anbindung an Rom einen Schutz gegen den russischen Einfluß bildete, während andererseits der östliche Ritus eine klare Distanz zu den römisch-katholischen Polen schuf.<sup>43</sup> Unierte Geistliche konnten schon darum nicht römisch-katholische Priester werden, weil sie verheiratet waren.

Neuere Nationalismustheoretiker betonen den politischen Aspekt des Nationalismus und legen den Schwerpunkt bei der Untersuchung nationaler Bewegungen auf die Phase C, in der erst nationalistische Programme die Unterstützung der Massen erlangen.<sup>44</sup> Eric J. Hobsbawm zufolge ist die Nation eine gesellschaftliche Einheit nur insofern, als sie sich auf den "Nationalstaat" bezieht. Von 1880 bis 1914 forderte nach Ansicht Hobsbawms jede menschliche Gemeinschaft, die sich als Nation verstand, das Recht auf Selbstbestimmung, letztlich in der Form eines eigenen, unabhängigen und souveränen Staates auf dem eigenen Territorium.<sup>45</sup> Die Habsburgermonarchie

---

Nationen“, in bewußter Zurückweisung der älteren Unterscheidung in „historische“ und „unhistorische Nationen“: „All nations have a history. ... However, continuity has been broken by conquest. The basic difference then, is between old continuous nations and new nations ...“ Vgl. Seton-Watson, *Nations and States*, S. 7f.

<sup>42</sup> Gemäß der Klassifizierung von Theodor Schieder müssen die Ukrainer außerdem dem Typus der „sezessionistischen“ und „unifizierenden“ Nationen zugerechnet werden. Vgl. Theodor Schieder, *Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaats in Europa*, in: *Historische Zeitschrift* 202 (1966), S. 58-81, S. 63-66; Rudolf A. Mark, *Das Problem einer ukrainischen Nationalstaatsbildung im 20. Jahrhundert*, in: *Ukraine: Geschichte und Gegenwart eines neuen Staates (Nationen und Nationalitäten in Osteuropa 1)*, hg. von Guido Hausmann und Andreas Kappeler, Baden-Baden 1993, S. 82-99, S. 83.

<sup>43</sup> Ivan L. Rudnytsky, *The Role of Ukraine in Modern History*, in: *Ders., Essays*, S. 11-28, S. 23; Lysiak-Rudnyckyj, *Struktura ukrajins'koho istoriji v XIX stolitti*, in: *Ders., Istoryčni ese*, S. 193-202, S. 199.

<sup>44</sup> Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, 2. Aufl. Frankfurt/M.-New York 1992 (im folgenden: Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus*), S. 23f.

<sup>45</sup> Vgl. ebenda, S. 20f. Dagegen Hroch, dem zufolge die meisten Nationalbewegungen bis 1918 keine volle Selbständigkeit, sondern politische Autonomie anstrebten: „Der Trend zur politischen Autonomie, jedoch nicht zur vollen Unabhängigkeit, war für die Nationalbewegungen charakteristisch“ (Hroch, *Nationales Bewußtsein*, S. 49).

scheiterte vor allem an der besonderen Völkerlagerung im ostmitteleuropäischen Raum und zerfiel in einem historischen Prozeß,

„in dem jede nationale Gruppe in kultureller, wirtschaftlicher, und innen- und außenpolitischer Entwicklung zu einem kleinen Kosmos wurde, der unaufhaltsam und unabdingbar, entweder innerhalb des alten Reiches oder in Verbindung mit Konnationalen jenseits der Reichsgrenzen, auf dem Wege zur Staatlichkeit, das heißt zu Souveränität, fortschritt.“<sup>46</sup>

Gellner beschrieb den Nationalismus als politisches Prinzip, dem zufolge politische und nationale Einheiten deckungsgleich sein sollten.<sup>47</sup> In Osteuropa existierte aber ein bunter Flickenteppich von Kulturen und Sprachen, so daß „der Schrecken des Nationalismus östlich von Triest aus der dramatischen Situation selbst [entstand]“.<sup>48</sup>

Die ukrainische Nationalbewegung in Ostgalizien trat um 1848 in die Phase B ein; während in der Phase A die nationalen „Erwecker“ griechisch-katholische Geistliche waren, die selbst Geistlichenfamilien entstammten, übernahm die weltliche Intelligencija in den 1860er Jahren die politische Führungsrolle in L'viv und Wien, den intellektuellen Zentren der ukrainischen Nationalbewegung im Habsburgerreich. Die Geistlichkeit behauptete ihre zentrale Bedeutung insofern, als ihr eine Art „Brückenfunktion“ zwischen städtischer Intelligencija und Bauernschaft zukam. Geistliche, Küster und Lehrer ermöglichten eine Institutionalisierung der Nationalbewegung auf dem Lande. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts bestand dort eine Vielzahl von bäuerlichen Gesellschaften und Vereinen. Sie waren mit der Zentrale in L'viv verbunden, so daß man sagen kann, daß die Phase C der Bewegung um diese Zeit begann. Die dominante Rolle übernahm nun die weltliche Intelligencija - vor allem Rechtsanwälte -, wohingegen die Geistlichkeit an Bedeutung einbüßte.<sup>49</sup> Das dörfliche Leben erfuhr über die Verbreitung von Printmedien einen grundlegenden Wandel, weil die „Nation“ vorstellbar wurde.<sup>50</sup>

Von zentraler Bedeutung für die Ukrainer war die zarische Nationalitätenpolitik, die ihnen gegenüber ungleich repressiver war als im Verhältnis zu den Polen. Während die Polen als Nation anerkannt waren, negierte die zarische Regierung das Bestehen der Ukrainer: Im Valuev-Ukaz von 1863 wurde die Existenz einer ukrainischen Sprache bestritten und ihre Verwendung in religiösen sowie pädagogischen Schriften verboten. Noch weiter ging das Emser Dekret von 1876, das nicht nur den Druck und die Aufführung von Werken im „kleinrussischen Dialekt“, sondern auch

<sup>46</sup> Vgl. Robert A. Kann, Zur Problematik der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie 1848-1918. Eine Zusammenfassung, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch, Bd. III, 2. Teilband, Wien 1980, S. 1304-1338, S. 1337f.

<sup>47</sup> Gellner, Nationalismus, S. 8.

<sup>48</sup> Ders., Die Ehe zwischen Staat und Kultur, in: Ders., Nationalismus. Kultur und Macht, Berlin 1999, S. 89-102, S. 98f.

<sup>49</sup> Vgl. Ivan-Pavlo Chymka [Himka], Ukrajin's'kyj nacional'nyj ruch u Halyčyni v svitli novych teoretyčnych prac' pro nacionalizm i nacional'ni ruchy, in: Druhij mižnarodnyj konhres ukrajinistiv (L'viv, 22-28 serpnja 1993 r.). Dopovidi i povidomlennja. Istorija. Častyna I, L'viv 1994, S. 215-220, S. 219; Ders., Priests and Peasants: The Greek-catholic Pastor and the Ukrainian National Movement in Austria, 1867-1900, in: Canadian Slavonic Papers 21 (1979), S. 1-14, S. 5f.

<sup>50</sup> Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Geschichte eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/M., New York 1993, beschreibt die Nation als „vorgestellte Gemeinschaft“; zentrale Bedeutung mißt er dem Druckmarkt bei. Vgl. ebenda, S. 14-17, 81, passim, sowie Struve, Bauern und Nation.



die bloße Verwendung der Termini „Ukraine“ und „ukrainisch“ untersagte.<sup>51</sup> Leon Wasilewski erkannte an, daß (Ost)Galizien für Ukrainer und Polen „als die einzige Zufluchtstätte einer allseitigen Entfaltung der nationalen Kultur“ eine außerordentliche Rolle spielte.<sup>52</sup> Von größerer Bedeutung war Ostgalizien jedoch im ukrainischen Kontext. Die Ukrainer des Russischen Reichs unterstützten die Konnationalen in Ostgalizien in erheblichem Umfang, sowohl finanziell als auch ideell. Zu einer Vertiefung der kulturellen Beziehungen der Ukrainer des Zaren- und des Habsburgerreichs in Richtung einer politischen Zusammenarbeit kam es aber nicht. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte sein, daß sich die Nationalbewegungen beider Vielvölkerreiche im 19. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht voneinander unterschieden. Im Zarenreich bildete der Ukrainismus im 19. Jahrhundert eine rein säkulare Bewegung, weil die ukrainische Geistlichkeit russifiziert war und die orthodoxe Konfession der Ukrainer anders als in Ostgalizien einen in den Staatsverband integrierenden Faktor bildete. Ukrainophile im Russischen Reich und in der Emigration störten sich häufig an der zentralen Bedeutung, die der griechisch-katholischen Kirche im gesellschaftlichen Leben in Ostgalizien zukam,<sup>53</sup> das zwar die Aufgabe eines kulturellen, nicht aber die eines politischen Piemonts der Ukraine ausfüllte.

Die Verlagerung der ukrainischen Bewegung nach Ostgalizien trug wesentlich zu einer weiteren Zunahme des ukrainisch-polnischen Konflikts bei, der bereits im galizischen Ausgleich von 1868, der die Herrschaft in Galizien dem polnischen Adel übergab, angelegt war und durch konfessionelle, vor allem aber durch soziale Gegensätze eine zusätzliche Verschärfung erfuhr. Polnischer Adel und Stadtbürgertum sahen sich von einer zunehmend an Einfluß gewinnenden ukrainischen Nationalbewegung bedrängt.<sup>54</sup> Es war der in den Städten konzentrierten ukrainischen Intelligencija gelungen, über die Unterstützung der griechisch-katholischen Geistlichkeit ihre Bewegung auf dem Lande zu institutionalisieren. Das Entstehen von Lesehallen, Enthaltungsamkeitsgesellschaften, kirchlichen Bruderschaften, kommunalen Kornspeichern, Kooperativgeschäften, Kreditfonds, Schulen, Chören, Laienschauspielgruppen, Turn- und Schützenvereinen neben traditionellen Institutionen wie der Kirche und der Schenke bedingte eine fundamentale Veränderung der bäuerlichen Welt.<sup>55</sup> Die Schnelligkeit der ukrainischen Nationsbildung und der damit

---

<sup>51</sup> Vgl. Kerstin S. Jobst, Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917, in: Geschichte der Ukraine, hg. von Frank Golczewski, Göttingen 1993, S. 158-171, S. 161.

<sup>52</sup> Vgl. Leon Wasilewski, Die Ostprovinzen des alten Polenreichs, Krakau 1916, S. 250-251. Insbesondere in Ostgalizien wirkten viele Akademiker aus dem russischen oder preußischen Teilungsgebiet.

<sup>53</sup> Vgl. Andreas Kappeler, Nacional'nyj ruch Ukrajiniv u Rossiji ta Halyčyni: Sproba porivnjannja, in: Ukrajinna: Kul'turna spadščyna, nacional'na svidomist', deržavnist', Kyjiv 1992, S. 104-119, vor allem S. 116-118; Himka, Socialism, S. 44f.

<sup>54</sup> Vgl. Hans-Jürgen Bömelburg, Die polnisch-ukrainischen Beziehungen 1922-1939. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: Jahrbücher zur Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 81-102, S. 85.

<sup>55</sup> Vgl. John-Paul Himka, Galician Villagers and the Ukrainian National Movement, New York 1988, S. 86-97; Ders., Socialism, S. 44-45; Ders., Priests and Peasants: The Greek-catholic Pastor and the Ukrainian National Movement in Austria, 1867-1900, in: Canadian Slavonic Papers 21 (1979), S. 1-14, S. 5-6.

verbundene tiefgreifende Wandel des dörflichen Lebens in Ostgalizien wurden auch von den Zeitgenossen mit Staunen wahrgenommen.<sup>56</sup>

Der Modernisierungsprozeß des ukrainischen politischen Lebens in den 1890er Jahren bedrohte die in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Kultur dominante Position der galizischen Polen. Den äußeren Ausdruck dieser Entwicklung bildete die Konstituierung politischer Parteien der ostgalizischen Ukrainer. 1890 wurde die RURP gebildet, die im Jahre 1899 zum Nukleus für weitere Parteigründungen wurde: der USDP und der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei (Ukrajins'ka Nacional'no-Demokratyčna Partija – UNDP). Die UNDP entstand durch einen Zusammenschluß von progressiven Ukrainophilen<sup>57</sup> und Politikern der RURP wie Ivan Franko, Volodymyr Ochrymovyč und Jevhen Levyc'kyj, die in ihrer Einschätzung der ukrainischen Frage einen Wandel von einer Priorität sozialer hin zu einer Priorität nationaler Aspekte durchlaufen hatten. Im stark konservativ geprägten politischen Leben der ostgalizischen Ukrainer entwickelte sich die UNDP, nicht zuletzt aufgrund ihrer Parteistruktur, zur dominanten Kraft, gefolgt von der RURP. Die USDP nahm nur eine Außenseiterrolle ein. Legitimus, Pragmatismus und Loyalismus Wien gegenüber kennzeichneten das Selbstverständnis und die politische Tätigkeit der UNDP.<sup>58</sup> Neben diesen Parteien mit ukrainischer Orientierung bestand eine russophile Partei, die noch bis zum Ersten Weltkrieg politischen Einfluß besaß.<sup>59</sup>

Die UNDP bekannte sich zwar zur Vereinigung aller ukrainischen Gebiete in einen Staat, jedoch handelte es sich dabei eher „um ein weites Ideal als um eine reale Forderung“<sup>60</sup>; nationalpolitisches Hauptziel blieb bis 1918 die – seit 1848 (sic!) postulierte – Teilung Galiziens in einen westlichen polnischen und einen östlichen Teil, der zusammen mit anderen überwiegend ukrainischen Gebieten der Habsburgermonarchie zu einem autonomen ukrainischen Kronland zusammengeschlossen werden sollte. Im Mittelpunkt der politischen Tätigkeit der ostgalizischen Ukrainer standen zunächst andere Zielsetzungen, wie beispielsweise die Ersetzung

---

<sup>56</sup> Vgl. den zeitgenössischen Historiker Wilhelm Feldman, der 1906 zur ukrainischen Bewegung schrieb: „Seit 1848 wandelten die Verhältnisse sich so sehr, daß sie nicht wiederzuerkennen waren. Das ostgalizische Dorf hat sich grundlegend verändert (Wilhelm Feldman, *Stronniczwa i programy polityczne w Galicji 1846-1906*, Bd. 2 Kraków 1906, S. 316)“.

<sup>57</sup> Ukrainophile und Russophile bildeten Nationalbewegungen der Ruthenen des Habsburgerreiches nach 1848. Die intellektuelle Weltsicht der ruthenischen Intelligencija blieb jedoch in erster Linie österreichisch und galizisch-provinzionell. Bis zum Beginn der 1880er Jahre behaupteten die Russophilen ihre dominante Position den Ukrainophilen gegenüber. Vgl. Ivan-Pavlo Chymka [John-Paul Himka], *Ukrajins'kyj nacional'nyj ruch u Halyčyni v svitli novych teoretyčnych prac' pro nacionalizm i nacional'ni ruchy*, in: *Druhij mižnarodnyj konhres ukrajiniativ (L'viv, 22.-28. serpnja 1993 r.)*. *Dopovidi i povidomlennja*. *Istorija*. Častyna I, L'viv 1994, S. 215-220, S. 216; Ivan L. Rudnytsky, *The Ukrainians in Galicia under Austrian Rule*, in: *Ders., Essays*, S. 315-352, S. 329-330.

<sup>58</sup> Vgl. Vasyľ Rasevyč, *Ukrajins'ka Nacional'no-Demokratyčna Partija (1899-1918)*. *Dysertacija na zdobuttja naukovocho stupenja kandydata istoryčnych nauk*. *Na pravach rukopysu*. *Nacional'na Akademiya Nauk Ukrajinj*, Instytut Ukrajinoznavstva im. I. Kryp'jakevyča, L'viv 1996, S. 102-103.

<sup>59</sup> Zu den Russophilen von 1848 bis 1914 verfaßte Anna Veronika Wendland eine Dissertation, deren Ergebnisse als Artikel vorliegen: *Die Rückkehr der Russophilen in die ukrainische Geschichte: Neue Aspekte der ukrainischen Nationsbildung in Galizien, 1848-1914*, in: *Jahrbücher für Geschichte Ost-europas* 49 (2001), S. 178-199.

<sup>60</sup> Vgl. *Lozyns'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920*, S. 8.

des Kurienwahlsystems zum österreichischen Parlament und galizischen Landtag durch die Einführung des demokratischen Wahlrechts, die Durchführung einer Agrarreform und die Gründung einer ukrainischen Universität.<sup>61</sup> Das Ausgreifen der ukrainischen Bewegung auf das Land bewirkte, daß die vorher politisch eher indifferente bäuerliche Bevölkerung zunehmend für nationalpolitische Anliegen mobilisierbar wurde. Um die Wende zum 20. Jahrhundert hatte sich das politische Leben seiner einzelnen nationalen Gesellschaften über die Gründung von politischen Parteien mit sozialer und nationaler Orientierung deutlich intensiviert.

Während im Falle der Ukrainer in Ostgalizien die „Nation“ gewissermaßen „von unten“ errichtet wurde, sahen sich die Polen als „Adelsnation“, die trotz des Fehlens eines polnischen Staates viele Züge der Staatsnationen trugen, mit der umgekehrten Aufgabe konfrontiert,

„the extension of the national community from a pre-existing elite to the common people. (Magyar-speaking and polish-speaking peasants stood outside the pale of, respectively, the historical Hungarian and Polish nations; these nations coincided with the corporatively organized nobility.) The process of social democratization made it imperative to endow the nation with a broad popular base and to transform the former serf into a citizen.“<sup>62</sup>

Robert A. Kann bezeichnete die Polen als „herrschende Nation“ in Galizien, gegen deren Herrschaft die „weitgehend unterdrückten Ruthenen“ ankämpften. Trotz großer sozialer Unterschiede sei das Parteiwesen der Polen ungleich besser entwickelt gewesen und habe die sozialen Interessen der herrschenden Volksgruppe des Landes wiedergegeben. In ihrem Falle waren Nationalbewußtsein und das Streben danach weiter entwickelt, da die Nation dem gesamten politischen Spektrum Raum gab und soziale Konflikte im Rahmen der eigenen ethnischen Gemeinschaft abgehandelt werden konnten: „Politisches und soziales Spektrum ergänzen einander notwendigerweise“.<sup>63</sup> Dennoch blieb für „polnische“ Bauern der Begriff „polnisch“ noch lange mit den „Herren“ (poln. panowie) verbunden; sie standen im Gegensatz zu der vom Adel dominierten polnischen Nationalpolitik. Erst die polnische Bauernbewegung, der „ruch ludowy“, integrierte die Bauern in die polnische Nation, die nicht mehr historisch-politisch, sondern ethnisch definiert wurde.<sup>64</sup>

Galizien verfügte nach dem galizischen Ausgleich von 1868 über weitreichende Selbstverwaltungsrechte, die es fast in den Status eines polnischen Surrogatstaats erhoben. Der k. k. Statthalter rekrutierte sich, ebenso wie ein nach 1871 der österreichischen Regierung angehörender Minister für Galizien, immer aus der polnischen Nation. Die Herrschaft übten in Galizien der adlige Großgrundbesitz

---

<sup>61</sup> Rudnytsky, Ukrainians, S. 341-345.

<sup>62</sup> Ivan L. Rudnytsky, Observations on the Problem of „Historical“ and „Non-historical“ Nations, in: Ders., Essays, S. 37-48, S. 43f.

<sup>63</sup> Kann, Zur Problematik der Nationalitätenfrage S. 1330. Vgl. ebenda, S. 1328-1330 zu Polen und Ruthenen.

<sup>64</sup> Vgl. Struve, Bauern und Nation, S. 363f, 371. Ebenda, S. 371: „Auch in den Jahren 1918/19 standen viele polnische Bauern der Wiederherstellung Polens gleichgültig oder gar feindlich gegenüber. Die polnischen Bauernparteien unterstützten jedoch das Ziel der nationalen Unabhängigkeit, da sie von dem neuen polnischen Staat nun eine weitere Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und soziale Reformen erwarteten“.

und, weniger zahlreich, das Großbürgertum aus. Den Mittelpunkt dieser konservativen Bewegung bildete die Redaktion der in Krakau erscheinenden Zeitung „Czas“. In politischem Gegensatz zu den Konservativen, die seit 1896 mit dem Polenklub eine eigene Vertretung (Kolo Polskie) im österreichischen Parlament besaßen, standen die in verschiedene Parteien zersplitterten bürgerlichen Demokraten. Einen nationalistischen Standpunkt bezog die 1904 gegründete Nationaldemokratische Partei (Stronnictwo Demokratyczno-Narodowe) mit dem Lemberger „Słowo Polskie“ als Hauptorgan. Als Parteien der Linken galten die 1892 entstandene Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Teschener Schlesiens (Polska Partia Social'no-Demokratyczna Galicji i Śląska – PPSD) und die drei Jahre später gebildete Bauernpartei (Stronnictwo Ludowe). Die Partei änderte ihren Namen 1903 in Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL). Nur die Nationaldemokraten konnten aufgrund ihres allpolnischen Programms als tendentiell Wien-feindlich eingestuft werden. Ein echtes Unabhängigkeitsprogramm gab es nicht, da die Monarchie als ein wesentlicher Verbündeter im Kampf gegen den Hauptfeind Rußland angesehen wurde.<sup>65</sup>

Die polnische Nationaldemokratie, die der Wahrung des nationalen Besitzstandes zentrale Bedeutung beimaß, verfolgte nationalukrainischen Bestrebungen gegenüber eine kompromißlose Linie. Dabei wurde die Frage der überwiegend von Ukrainern bewohnten Territorien Rußlands und Österreich-Ungarns verschieden beurteilt. Nicht einmal einen provisorischen Verzicht auf Ostgalizien durch einen eventuell entstehenden polnischen Staat sah man als als möglich an. Ostgalizien wurde nicht als Teil der sogenannten „Kresy“, der ehemaligen Ostgebiete des polnischen Staates mit ethnisch gemischter Bevölkerung, sondern als unbestritten polnisches Territorium angesehen. Jan Ludwik Popławski, einer der Führer der Nationaldemokraten, konstatierte zwar die zunehmende politische Bedeutung der Ukrainer in Ostgalizien, strebte jedoch die Polonisierung dieser Gebiete an. Eine Kolonisierung durch Bauern polnischer Nationalität sollte den polnisch-ruthenischen Charakter Ostgaliziens betonen und so den separatistischen Bestrebungen der Ukrainer entgegenwirken. Die Stärke der ukrainischen Nationalbewegung wurde unterschätzt, ihre ethnische Verschiedenheit jedoch realisiert.<sup>66</sup>

Im Unterschied dazu vertrat die Schwesterpartei der PPSD im Russischen Reich, die Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna – PPS) die Idee des Bündnisses der polnischen Unabhängigkeitsbewegung mit einer unabhängigen Ukraine im Kampf gegen den gemeinsamen Feind Rußland. Es ist jedoch charakteristisch, daß die PPSD zwar das Programm der PPS zur ukrainischen Frage in Rußland anerkannte, eine Konkretisierung des Grundsatzes des Selbstbestim-

---

<sup>65</sup> Vgl. Henryk Batowski, Die Polen, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, hg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch. Bd. III: Die Völker des Reiches, I. Teilband, Wien 1980, S. 522-554, S. 534-536.

<sup>66</sup> Vgl. Roman Wapiński, Endecja koncepcja polityki wschodniej w latach II Rzeczypospolitej, in: Studia z dziejów ZSRR i Europy Środkowej 5 (1969), S. 55-102, S. 59; Ders., Endecja wobec kwestii ukraińskiej i białoruskiej, in: Słowanie w dziejach Europy. Studia Historyczne ku uczczeniu 75 rocznicy urodzin i 50-lecia pracy naukowej Profesora Henryka Łowmiańskiego (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, Wydział filozoficzno-historyczny, Seria historia 58), Poznań 1974, S. 301-308, S. 303.

mungsrechts der Völker auf dem Territorium Ostgaliziens wegen der dortigen komplizierten ethnischen Struktur jedoch unterließ.<sup>67</sup>

Innere Widersprüche der ukrainischen Frage gegenüber enthielt auch das Programm der polnischen Bauernpartei. Einerseits wurde auf die Ruthenen der Grundsatz der Gleichberechtigung angewandt, andererseits Galizien als ein polnisches Territorium behandelt.<sup>68</sup> Die PSL zählte jedoch, zusammen mit den Konservativen und den Demokraten, zu den Parteien, die die Bestrebungen der galizischen Statthalter Graf Andrzej Potocki und Michał Bobrzyński zu einem ukrainisch-polnischen Ausgleich unterstützten. In der Partei gab es zwei Strömungen, von denen eine erste die auf gleichen sozialen und politischen Interessen beruhende Solidarität von ukrainischen und polnischen Bauern dem durch die Konservativen repräsentierten polnischen Großgrundbesitz gegenüber in den Vordergrund stellte. Eine zweite hingegen bezog eine nationale Position und betrachtete das Gutsbesitzerland als polnisches Eigentum, das bevorzugt an Bauern polnischer Identität vergeben werden sollte. 1913 zerfiel die Partei in die Gruppierungen PSL Piast und PSL Wyzwolenie: Die Erstere nahm einen nationalpolnischen Standpunkt ein, die Letztere betonte eher die gemeinsame Interessenlage ukrainischer und polnischer Bauern.<sup>69</sup>

Wie sehr nationalpolitische Erwägungen das politische Leben der Ukrainer und der Polen mittlerweile bestimmten, läßt sich daraus ersehen, daß auch die Zusammenarbeit von Linksparteien beider Nationen gegen die Vorherrschaft des galizischen Adels durch den zunehmenden ukrainisch-polnischen Gegensatz wesentlich erschwert wurde.<sup>70</sup> Die Reichsratswahlen des Jahres 1897 wurden als „blutige Wahlen“ bekannt. Ivan Franko, der selbst bis Anfang der 1890er Jahre eine ruthenisch-polnische Kooperation linksgerichteter Kräfte befürwortet hatte und an diesen Wahlen als Kandidat teilnahm, zeigte sich zutiefst erschüttert:

„Ich sah, wie um mich die ganze Welt von Ideen und Illusionen zusammenbrach, für deren Realisierung ich gearbeitet hatte, und in diesem Moment der Verzweiflung warf ich den Stein in die Kluft und trat beiseite, hörte für immer auf mit der Arbeit in zwei Lagern [dem polnischen und dem ukrainischen, T.W.] zu experimentieren, und gelobte mir, meine Arbeit meinem eigenen Volk zu weihen.“<sup>71</sup>

---

<sup>67</sup> Vgl. Eugeniusz Koko, *Polkie partie socjalistyczne wobec walk polsko-ukraińskich (październik-grudzień 1918 r.)*, in: *Z pola walk 1988, Rocznik XXXI, Nr. 3 (123)*, S. 81-92, S. 81; Ders., *W nadziei na zgodę. Polski ruch socjalistyczny wobec kwestii narodowościowej w Polsce (1918-1939)* (Uniwersytet Gdański. Rozprawy i monografie 207), Gdańsk 1995, S. 19.

<sup>68</sup> Vgl. Feldman, *Stronictwa*, Bd. 2, S. 74-75.

<sup>69</sup> Vgl. Kai Struve, „Chłopi z chłopami“ albo „Ziemia polska dla Polaków. Das Verhältnis des russischen Bauern zur Weißrussen und Ukrainern bis 1939“, in: *Oblicza wschodu w kulturze wschodu*. Hg. von Grzegorz Kotlarski und Marek Figura. Poznań 1999, S. 99-122, S. 104, 108.

<sup>70</sup> Vgl. hierzu die Dissertation von Jobst, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus*.

<sup>71</sup> Ivan Franko, *Rus'ko-pol's'ka uhoda i ukrajins'ko-pol's'ke bratannja*, in: *Literaturnyj Naukovyj Vistnyk 1906*, Bd. 1, S. 168, zitiert bei Jaroslav Hrycak, „*Molodi*“ *Radikaly v suspil'no-polityčnomu žytti Halycyny*, in: *Zapysky Naukovoho Tovarystva imeni Ševčenko*, Bd. CCXXII, *Praci istoriko-filosofs'koji sekciji*, L'viv 1991, S. 71-110, S. 98f.

Ein anderes Beispiel für die zunehmende Nationalisierung in Ostgalizien ist die Geschichte von Jugendbewegungen, die von 1890 bis 1914 eine deutliche Radikalisierung in nationalistischer Hinsicht durchliefen. Noch Anfang der 1890er Jahre trafen sich ukrainische, polnische und jüdische Studenten in der „Czytelnia Naukowa“, in der Vorträge gehalten und Teenachmittage (herbatky) veranstaltet wurden. Die nationale Frage, so meinte man allgemein, werde sich von selbst lösen, wenn sich nur die sozialen Verhältnisse änderten. Osep Nazaruk und Olena Ochrymowycz glorifizierten dagegen 1908 die aggressiveren Aktionen der Studenten ihrer eigenen Zeit, die ungleich effektiver seien und die ganze ukrainische Gesellschaft unter Spannung versetzten.<sup>72</sup>

Wilhelm Feldman sah es noch 1906 als möglich an, daß eine konsequente Demokratisierung Galiziens mit der Zeit zu einem ruhigen und kultivierten Zusammenleben beider Völker führen könne. Dazu sollte auch die Agrarfrage im Sinne derer entschieden werden, die das Land bearbeiteten, um so den Hauptgegenstand des ukrainisch-polnischen Streits beizulegen. Die Problematik der Auseinandersetzung verdeutlicht die Tatsache, daß er allein eine nationale Autonomie auf nichtterritorialer Grundlage für möglich ansah, eine etwaige Kronlandsteilung aber für völlig undurchführbar: „Die Teilung Galiziens kann gegenwärtig nicht in Betracht gezogen werden. Kein Pole gibt dem seine Zustimmung, weil kein Pole dazu das Recht besitzt. Darüber kann nur der Sejm entscheiden: in Warschau“.<sup>73</sup>

Wirkliche Bedeutung erlangte die ukrainische Frage für die österreichische Regierung erst nach der Russischen Revolution des Jahres 1905. Der nun zögerlich einsetzende Aufschwung des politischen und kulturellen Lebens der Ukrainer im Zarenreich bedingte eine Internationalisierung der ukrainischen Frage, der auch Wiener Regierungskreise über eine stärkere Berücksichtigung der politischen Zielsetzungen der Ukrainer des eigenen Reichsverbands Rechnung tragen mußten. Nach der Einführung des gleichen und geheimen Wahlrechts zum österreichischen Reichsrat im Jahre 1907 konnten die ukrainischen Abgeordneten mehr Druck auf die Wiener Regierung ausüben. Ein polnisch-ukrainischer Ausgleich wurde damit zu einem der wichtigsten innenpolitischen Probleme, von dem die Handlungsfähigkeit des Wiener Parlaments in erheblichem Maße abhing. Wesentliche ukrainische Anliegen bildeten die Errichtung einer ukrainischen Universität in Lemberg und die Erhöhung der Zahl der ukrainischen Abgeordnetenmandate zum galizischen Landtag. Die Bemühungen des galizischen Statthalters und Historikers Michał Bobrzyński für eine ukrainisch-polnische Verständigung scheiterten, nachdem eine Einigung beider Seiten im Februar möglich schien, an der entschiedenen Ablehnung des polnischen Epikopats mit dem Fürstbischof von Krakau Fürst Adam Sapieha an der Spitze. Die polnischen Bischöfe sahen in dem Wahlreformentwurf zum galizischen Landtag eine ernste Gefahr für die Religion, die Ethik und die na-

---

<sup>72</sup> Vgl. Osep Nazaruk, Olena Ochrymowycz, *Chronika ruchu ukrajins'koji akademičnoji molodiży u L'vovi*, in: „Sič“ (1868-1908). *Al'manach v pamjat' 40-ych rokovyn osnovannja tovarystva „Sič“ u Vidni*, hg. von Zenon Kuzela und Čajkivs'kyj, L'viv 1908, S. 387-435, 416f; Torsten Wehrhahn, *Die „Junge Ukraine“*. Nationalismus und Sozialismus als Aspekte eines Generationskonflikts im politischen Leben Ostgaliziens (1899-1903), in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), S. 213-229.

<sup>73</sup> Feldman, *Stronnictwa*, Bd. 2, S. 358.

tionale Kultur. Insbesondere befürchteten sie eine Förderung des Radikalismus und eine Trennung von Polen und Ruthenen, die dem Zusammenleben beider Völker nicht förderlich sein könne.<sup>74</sup> Nach dem Scheitern des galizischen Ausgleichs im Jahre 1913, der den Rücktritt Bobrzyńskis vom Statthalterposten nach sich zog, wurde ein solcher dann im folgenden Jahr auf Druck der Wiener Zentralregierung erreicht.<sup>75</sup> Es ist bezeichnend für die Schärfe der ukrainisch-polnischen Auseinandersetzung, daß erst die verstärkte Einflußnahme Wiens auf führende Repräsentanten der Polen, vor allem aber der Ukrainer Modifikationen des politischen Kräfteverhältnisses zum österreichischen Reichsrat und zum galizischen Landtag ermöglichte. Bereits im März berichtete der kaiserlich-deutsche Generalkonsul Karl Heinze aus Lemberg jedoch von einer erneuten Trübung der ukrainisch-polnischen Beziehungen. Während die Ruthenen erste Enttäuschungen hinsichtlich der Umsetzung von Konzessionen auf dem bildungspolitischen und in anderen Bereichen erlebten, richtete die Gesamtheit der polnischen Landtagsparteien am 1. März 1914 eine Tadel- und Mißtrauenkundgebung an die Ruthenen.<sup>76</sup> Vergegenwärtigt man sich, daß es nun um eine Neuordnung der politischen Verhältnisse in Galizien selbst ging, dann wird verständlich, eine wie schwierige Aufgabe die Umsetzung der mühsam herbeigeführten Einigung vor Ort bilden mußte.

Rußland begann gleichfalls die ukrainische Bewegung in Ostgalizien zunehmend als Bedrohung der eigenen territorialen Integrität aufzufassen. Die Bedeutung der ukrainischen Frage wuchs neben der innenpolitischen Problematik vor allem wegen der zunehmenden außenpolitischen Gegensätze zwischen dem Russischen Reich und Österreich-Ungarn in der Balkanproblematik, weil damit ein militärischer Konflikt nicht mehr ausgeschlossen erschien.<sup>77</sup>

Die ukrainisch-polnischen Beziehungen in Ostgalizien erfuhren eine wesentliche Zuspitzung durch die komplizierte ethnische Struktur dieses Territoriums, in dem eine überwiegend ukrainische Landbevölkerung polnischen und jüdischen Majoritäten in den Städten und Kleinstädten gegenüberstand. Das Fehlen geschlossener Sprachgebiete bedeutete nicht nur ein wesentliches Erschwernis für die Lösung dieses nationalen Konflikts. Vielmehr mußte die nationale Agitation ukrainischer und polnischer Parteien auf dem ethnisch gemischten Gebiet Ostgaliziens zwangsläufig zur Ursache erbitterter Konflikte werden. Besonders deutlich zeigte

---

<sup>74</sup> Kaiserlich Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 175. Inhalt: Zur inneren Lage in Österreich. Heinrich Leonhard von Tschirschky und Bögendorf an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg. 22. Mai 1913. PA AA, R. 8972.

<sup>75</sup> Die Ruthenen hätten in der Gestaltung des Entwurfs fast überall nachgeben müssen, angeblich unter äußerstem Drucke von Seiten der Krone und in der Erkenntnis, „daß mehr zur Zeit absolut nicht zu erreichen sei und daß sie in einem Jahre sich zur Annahme des nämlichen Ausgleichs – nur unter viel ungünstigeren Begleitumständen – verstehen müßten“. Für ihr Entgegenkommen hätten die Ruthenen die Ernennung von Jevhen Olesnyc'kyj zum Sektionschef im Wiener Ackerbaumministerium erwirkt. Weiter sei die Errichtung der ruthenischen Universität in Lemberg grundsätzlich bewilligt worden. Die Staatssubventionierung ruthenischer Schulverbände sollte erhöht und Einschränkungen des ruthenischen Schulwesens gemildert werden. Kaiserlich-Deutsches Konsulat. Nr. G. 11. Betr.: Polnisch-ruthenischer Ausgleich. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 14. Januar 1914. PA AA 8973.

<sup>76</sup> Abschrift A. 4493. pr. 5. März 1914. p.m. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 4. März 1914 (Konsulat). PA AA R 8973.

<sup>77</sup> Vgl. Mitter, Galizien, S. 232-233.

sich der ukrainisch-polnische Gegensatz bei Wahlen zum österreichischen Reichsrat und zum galizischen Landtag. Dies verdeutlicht ein Bericht des kaiserlich-deutschen Generalkonsuls von Reden in Lemberg an das Auswärtige Amt bezüglich der Reichsratswahlen vom Juni 1911. Lemberg erinnerte an eine Stadt unter Belagerungszustand. Während die Wahlen dort angesichts eines massiven Militäraufgebots ruhig verliefen, kam es in Drohobyč aufgrund von Stimmenkäufen und anderen Unregelmäßigkeiten zu Ausschreitungen:

„Die Wahl war ferner nach bekanntem galizischem Muster so eingerichtet, um den Gegnern der herrschenden Parteien das Wählen zu vereiteln. Für 7000 Wähler war nur ein Wahllokal eingerichtet; das Lokal wird erst im letzten Augenblick bekanntgegeben oder überhaupt nicht, ist seit abends zuvor rundum besetzt und der Gegner, der wählen will, wird abgedrängt oder verhaufen.“<sup>78</sup>

Das Aufbegehren von Demonstranten wurde in Drohobyč von Kavallerie, Gendarmerie und Infanterie, die mit dem Bajonett vorging und schließlich das Feuer eröffnete, gewaltsam unterdrückt.<sup>79</sup> Die Anspannung, unter der die einzelnen nationalen Gesellschaften in Ostgalizien lebten, brauchte letztlich nur einen Anlaß, der das feindselige Verhältnis von Ukrainern und Polen einer weiteren Belastungsprobe aussetzen sollte. Diese Rolle kam dem Ersten Weltkrieg zu, der führenden Organisationen beider Nationen ermöglichte, ihre gegensätzlichen politischen Programme nun verstärkt und mit mehr politischem Druck der Wiener Zentralgewalt gegenüber vorzutragen zu können.

In dem ethnisch stark gemischten Ostgalizien kam es mit dem Wegfall einer übernationalen Einheit wie dem Habsburgerreich Ende 1918 zu einer Katastrophe, da ethnische Grenzen mit politischen nicht in Übereinstimmung zu bringen waren: Konkurrierende Staatsgründungen und der polnisch-ukrainische Krieg von 1918/19 um Ostgalizien und Lemberg – für die Westukrainer die Hauptstadt ihres Staates, für die Polen eine urpolnische Stadt – waren die Folge, mit weitreichenden Konsequenzen für das Zusammenleben von Ukrainern, Polen und Juden vor Ort, da auch die Nationsbildung im Krieg einen erneuten Schub erfahren mußte.<sup>80</sup>

---

<sup>78</sup> Kaiserliches Konsulat. G.Nr. 46. Betrifft: Galizische Wahlen. Reden an Bethmann Hollweg. [Durchdruck des Berichts geht an Kaiserliche Botschaft in Wien]. Lemberg, den 22. Juni 1911. PA AA, R8971.

<sup>79</sup> Vgl. ebenda: Den Statthalter Bobrzyński könne man für die Vorgänge nicht verantwortlich machen, im Gegenteil gebe er sich die größte Mühe, den anderen Nationalitäten gegenüber gerecht zu sein: „Aber die polnische Szlachta pfeift eben auf den Geschichtspräsidenten a.D. und wenn er einmal dazwischenfahren würde, wie es nötig wäre um die wahlfälschenden polnischen Bezirkshauptleute usw. in die Ordnung zu bekommen, so würden seine Tage als Statthalter von Galizien wohl sehr schnell gezählt sein.“

<sup>80</sup> Mick, Nationalisierung in einer multiethnischen Stadt, S. 128f: „Der Krieg ist der Ort und die Zeit, in der eine vorgestellte Gemeinschaft besonders intensiv erfahrbar wird. Zum einen wird die Bevölkerung für den Krieg mobilisiert und im Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht auch massenhaft zur Kriegsteilnahme gezwungen. In der k. k. Armee, besonders in den ukrainischen und polnischen Legionen, kamen zum ersten Mal potentielle Konnationale aus weit auseinanderliegenden Gegenden zusammen, die sich sonst nie begegnet wären. [...] Voll zum Tragen kam dieser Zusammenhang aber erst in den Nationsbildungskriegen nach 1918, als Krieg im Namen der nationalen Interessen geführt wurde.“



## II. Ostgalizien und der Erste Weltkrieg: Austropolnische Lösung oder die Einrichtung eines ukrainischen Kronlands

---

### 1. Ukrainische und polnische politische Bestrebungen von 1914 bis Ende 1917

#### *1.1 Vom Kriegsausbruch bis zur „Allerhöchsten Ankündigung“ der Erweiterung der galizischen Autonomie am 5. November 1916*

Lemberg bildete am 27. und 28. Juni 1914 den Schauplatz einer Hundertjahrfeier zu Ehren des ukrainischen Dichters Taras Ševčenko. Das Gros der Teilnehmer kam aus der Provinz: Mit 21 Sonderzügen trafen in Lemberg über 14.000 Personen ein, fast ausschließlich Landbevölkerung, größtenteils Mitglieder der Sokil- und Sič-Vereine. Nach einer Inaugurierung auf einem Abend mit musikalischem und literarischem Programm versammelten sich die ruthenischen Turn- und Sportvereine sowie die übrigen Teilnehmer am Vormittag des 28. Juni auf dem ruthenischen Sportplatz und zogen in einer Stärke von etwa 17.000 durch die Stadt. Einem nachmittäglichen Schauturnen wohnten der k. k. Statthalter und der k. u. k. Korpskommandant bei. Am Abend traf aus Wien die Nachricht ein, daß Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo ermordet worden war. Die Feierlichkeiten wurden abgebrochen und auch am nächsten Tag nicht fortgesetzt.<sup>1</sup> Der kaiserlich-deutsche Generalkonsul in Lemberg Heinze beschrieb die ruthenischen Straßendemonstrationen als die eindrucksvollste und prächtigste Veranstaltung dieser Art, die Lemberg jemals gesehen habe: „Die Ruthenen erstarken, und ihr Selbstgefühl hebt sich sichtbar.“<sup>2</sup>

Die Verschärfung der internationalen Beziehungen im Jahre 1914 zwang die ostgalizischen Ukrainer, konkrete Schritte zur Schaffung einer überparteilichen Organisation zu unternehmen, um eigene Interessen konzentrierter artikulieren zu können.<sup>3</sup> Im Juli 1914 stand der Ausbruch eines Krieges, der sich aufgrund bestehender Bündnisverpflichtungen schnell ausweiten konnte, unmittelbar bevor. Die Ukrainer wollten den Krieg nutzen, um sich bei einer späteren Neustrukturierung des Habsburgerreiches von der polnischen Suprematie in Galizien zu befreien. Es entsprach ihrer traditionellen, aus einer starken inneren Anbindung an das Habsburgerreich resultierenden Politik, wenn sie ein autonomes Kronland aus Ostgalizi-

---

<sup>1</sup> Vgl. k. k. Regierungsrat und Polizeidirektor zu Lemberg in Galizien. Tagesrapport vom 29.6.1914. AVA, Min. d. Innern Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2116.

<sup>2</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat. Betrifft: Straßendemonstrationen. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 1.7.1914. PA AA, R. 8973.

<sup>3</sup> Vgl. Vasyľ Rasevyč, Djal'nist' ukrajins'kych polityčnych orhanizacij u Vidni pid čas peršoju svitovoi viny, in: Visnyk L'vivs'koho universytetu. Serija istoryčna, vyp. 34 (1999), S. 317-330, S. 317f. Mychajlo Pavlyk und Lonhyn Cehels'kyj traten mit dem Gedanken der Bildung eines vereinten Rates an den Vorsitzenden der UNDP Kost' Levyč'kyj heran. Zum folgenden ebenda.

en und der Bukowina bei Österreich einforderten, gleichzeitig aber die Befreiung der Ostukrainer von der russischen Herrschaft postulierten. Die ostgalizisch-ukrainischen Ukrainer blieben auch wegen der repressiven Ukrainerpolitik im Russischen Reich, wo die Ukrainer nicht als Nation anerkannt waren, einseitig ihrer Loyalität der Habsburgerdynastie gegenüber verhaftet. Zur Propagierung ihrer Ziele konstituierte sich als überparteiliche Organisation aus Nationaldemokraten, Radikalen und Sozialdemokraten am 1. August 1914 in Lemberg der Ukrainische Hauptrat (Holovna Ukrajins'ka Rada – HURada); Mitglieder des sich aus ostukrainischen Emigranten zusammensetzenden Bundes zur Befreiung der Ukraine (Sojuz Vyzvolennja Ukrajiny – SVU) besaßen eine beratende Stimme. Ein vorrangiges Anliegen bildete insbesondere die Schaffung einer ukrainischen Militäreinheit des k. u. k. Heeres, der ukrainischen Sič-Schützen (Ukrajins'ki Sičovi Stril'cy – USS), deren sogenannte Kampfleitung (bojeva uprava) als Unterabteilung der HURada organisiert war.<sup>4</sup>

Der k. u. k. Diplomat Emanuel Urbas verhandelte während seines Aufenthalts in Lemberg vom 2. bis 15. August 1914 mit Vertretern der HURada über die Bildung einer ukrainischen Legion. Urbas bewertete ein national-ukrainisches Korps wegen der positiven Wirkung auf die russischen Ukrainer als wünschenswert. Zwar ginge es den Ukrainern ebenso wie den Polen vorrangig um eine möglichst große Selbstständigkeit. Die politische Ambition der Ukrainer, die von Rußland nichts außer der vollständigen Russifizierung zu gewärtigen hätten, sah er als rein österreichische Angelegenheit an. Die Polen hingegen erwarteten nach seinen Worten die Wiedererrichtung eines polnischen Staates und hätten sich von Wien und von Petersburg Versprechungen machen lassen.<sup>5</sup> Ukrainer und Polen in Galizien verfolgten im Krieg weitreichende politische Konzeptionen. Beide verbanden ihr politisches Geschick mit dem der Mittelmächte, wobei sich jedoch insbesondere die polnische Nationaldemokratie in ihrer Orientierung auf das Russische Reich für den Fall eines Sieges der Entente eine Alternative offenhielt. Ukrainern und Polen ging es darum, weite Teile der Bevölkerung für die „eigene Sache“ zu mobilisieren. Im Krieg wurden nationalpolitische Maximalforderungen formuliert, deren Realisierung man erst für den Fall eines Sieges erwartete, gleichsam als Belohnung für die der österreichischen Sache erwiesene Treue. Die Umsetzung des 1914 erst auf massiven Druck aus Wien hin erreichten Ausgleichs in Galizien, mit dem Ukrainer und Polen gleichermaßen unzufrieden waren, war nun obsolet geworden.

Am 3. September 1914 legten etwa 2.000 ukrainische Freiwillige den österreichischen Landwehraid ab.<sup>6</sup> Mit der Bildung einer ukrainisch geprägten Armeeeinheit im Rahmen der österreichisch-ungarischen Armee verbanden ukrainische Politiker eine Loyalitätserklärung gegenüber der Habsburgerdynastie.<sup>7</sup> Ebenso wie

<sup>4</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nich zmahanj*, S. 10f.

<sup>5</sup> Vgl. Urbas an Alexander Graf Hoyos. Über die Frage der Bildung einer ukrainischen Legion und der Schaffung eines ukrainischen Staates. Lemberg, den 6.8.1914, in: *Ereignisse in der Ukraine I*, S. 4-7.

<sup>6</sup> Vertreter des k.u. k. Min. d. Äußern beim k. u. k. Armeee-Oberkommando (AOK). Vladimir Freiherr von Giesling an Ministerium des Äußern. Przemysł, den 5.9.1914, in: *Ereignisse in der Ukraine I*, S. 133.

<sup>7</sup> Vgl. Mychajlo Haluščyns'kyj an die Kabinettskanzlei. Hoftelegramm aus Munkács, den 18. September 1914, in: *Ereignisse in der Ukraine I*, S. 130f. Schwieriger gestaltete sich die Eidesfrage bei den

andere Nationen des Reiches auch hofften sie, eigene politische Anliegen mit mehr Nachdruck vortragen zu können. Für k. u. k. Regierungskreise bot das Bestehen sowohl polnischer als auch ukrainischer Militäreinheiten Vor- und Nachteile: auf der einen Seite ließen sich so die politischen Bestrebungen beider Nationen in Grenzen halten. Auf der anderen Seite schuf man Kriegsminister Krobotin zufolge Freiwilligenformationen, deren Ziele nach den Worten ihrer Führer unklar seien und deren Wirkungsbereiche ineinander griffen.<sup>8</sup>

Die ruthenische Gesellschaft des Habsburgerreiches zeigte sich noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs gespalten in eine ukrainische Bewegung, deren Mitglieder als „Tiroler des Ostens“ für ihre Treue gegenüber der Habsburgerdynastie bekannt waren, und eine russophile Richtung, die ihre politischen Hoffnungen mit dem Zarenreich verband. Schon Ende August 1914 nahm die zarische Armee weite Teile Ostgaliziens mit der Kronlandszentrale Lemberg ein. Angesichts dessen blieben die Erwartungen der ostgalizischen Ukrainer zunächst nicht nur unerfüllt, sondern kehrten sich ins Gegenteil, da neben den Russophilen der dortigen ukrainischen Bevölkerung insgesamt eine Zusammenarbeit mit dem Feind unterstellt wurde. Kriegsgerichte verurteilten die vermeintlichen „Verräter“ häufig zum Tode, tausende wurden interniert.<sup>9</sup> Gegenüber dieser militärischen und politischen Entwicklung sah sich die ukrainische Politik in Ostgalizien zunächst in der Defensive und war bemüht, die gegen sie erhobenen Anschuldigungen zu entkräften und eine Entlassung unschuldig Internierter zu erreichen.

Ein Verzicht auf das ganze Ostgalizien mit der Kronlandshauptstadt Lemberg war aus Sicht politischer Parteien der galizischen Polen unmöglich, die sich, da ein Sieg der Mittelmächte die Rekonstituierung eines polnischen Staates zu eröffnen schien, auf das Ziel der austropolnischen Lösung einigten. Hierfür suchte man die kongreßpolnische Bevölkerung zu gewinnen. Am 16. August 1914 wurde aus Vertretern aller politischen Parteien der galizischen Polen das Oberste Nationalkomitee (Naczelny Komitet Narodowy – NKN) gegründet, das die Bildung polnischer Legionen durchführen sollte. Zwar schien die Losung von Anhängern der polnischen Unabhängigkeitsparteien, denen zufolge Galizien das polnische Piemont sei, von dem aus sich die Vereinigung Polens vollziehen werde, nun allgemein Anerkennung zu finden. Jedoch trug das NKN bereits von Beginn an den Keim politischer Gegensätze in sich, da die in dieser Organisation geeinten Gruppierungen ihr aus jeweils eigenen Beweggründen beigetreten waren.<sup>10</sup>

Die von den galizischen Polen favorisierte austropolnische Lösung in Form des sogenannten Trialismus sah eine Reichsstruktur vor, die dem erst noch zu

---

polnischen Legionen, die nach langen Verhandlungen auf Kaiser Franz Josef, König von Polen, vereidigt wurden. Vgl. Kaiserlich Deutsche Botschaft in Wien. Tschirschky an Bethmann Hollweg. A 1370. Wien, den 25.2.1915. PA AA, R 8974.

<sup>8</sup> Vgl. Lemke, Allianz und Rivalität, S. 42. Ebenda die Äußerung Krobotins: „Meiner Ansicht nach besteht die Gefahr, daß diese zwei Organisationen vielleicht weniger gegen den Feind, als gegeneinander kämpfen werden“.

<sup>9</sup> Vgl. ebenda, S. 106. Zu häufig willkürlich aufgrund von Denunziationen durchgeführten Hinrichtungen und Internierungen siehe die Ausführungen Kost' Levyč'kyjs, der das vom Kriegsausbruch bis 1917 bestehende Interniertenlager von Talerhof als „Synonym Golgathas“ des ukrainischen Volkes beschrieb. Vgl. ders., Istorija vyzvol'nych zmahan', S. 72-80, S. 76.

<sup>10</sup> Vgl. Leon Biliński, Wspomnienia i dokumenty, Bd. 1: 1846-1914, Warszawa 1924, S. 296f.

schaffenden polnischen Reichsdrittel die gleiche Bedeutung beimaß, wie dem österreichischen und dem ungarischen. Diese politische Konzeption stieß aber nicht nur auf den Widerstand der Ungarn. Wien argwöhnte, daß Verständigungsschwierigkeiten zwischen Österreich, Ungarn und Polen über Wirtschafts- und andere gemeinsame Angelegenheiten gleichsam automatisch zu einem Auseinanderstreben und einer Verselbständigung der drei Reichsteile führen müsse. Andere Lösungsformen der polnischen Frage, etwa in Gestalt eines polnischen Pufferstaates, riefen hingegen die Befürchtung hervor, daß dann wenigstens die westliche Hälfte der Provinz verloren gehe. Der österreichisch-ungarische Außenminister Berchtold vertrat darum bereits im August 1914 die Auffassung, Galizien zusammen mit Kongreßpolen innerhalb der Doppelmonarchie zu vereinen. Damit verbundene Fragen wie die genaue Festlegung der Grenzen dieser Gebiete, deren staatsrechtliche Stellung innerhalb der Monarchie, die eventuelle Abtrennung Ostgaliziens und die Bildung eines ukrainischen Kronlands waren hingegen zweitrangige Probleme. Im Vergleich zum negativen Ziel, die Gründung eines unabhängigen Polens zu verhindern, bildete die ukrainische Frage im Habsburgerreich kaum mehr als einen Neben aspekt. Die Grundtendenz zu einer austropolnischen Lösung bestimmte die österreichisch-ungarische Politik in Polen bis zum Zusammenbruch des Habsburgerreiches.<sup>11</sup> Neben der trialistischen Variante der austropolnischen Lösung gab es eine subdualistische Konzeption, die das an die Habsburgermonarchie angegliederte Polen mit der österreichischen Reichshälfte verbunden sehen wollte. Dazu sollte die dualistische Struktur der Donaumonarchie lediglich durch die Schaffung einer polnisch-österreichischen und einer ungarischen Reichshälfte modifiziert werden.

Rußland hatte die ukrainische Bewegung in Ostgalizien bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs wegen der unvermeidlichen Rückwirkungen auf die Ukrainer des eigenen Reichsverbands als Bedrohung der eigenen territorialen Integrität aufgefaßt. Der Vizedirektor des diplomatischen Büros des russischen Hauptquartiers Nikolaj Alexandrovič Basili trat dafür ein, die Bevölkerung, die er als zu 65 % aus russischen Bauern bestehend ansah, durch Hilfsmaßnahmen für die russische Herrschaft zu gewinnen. Das Ukrainertum sei eine von Wien gegen Rußland „geschmiedete Waffe“ ohne wirkliche Stütze in der russischen Bevölkerung. Dementsprechend verfolgten die neuen Machthaber eine repressive Politik gegen die ukrainische Bewegung. Der griechisch-katholische Metropolit Graf Andrij Šeptyc'kyj und andere vor Ort verbliene führende Persönlichkeiten des ukrainischen politischen Lebens wurden festgenommen und nach Rußland verbannt.<sup>12</sup> Eine ukrainische Frage wurde nicht wahrgenommen, der polnischen hingegen breite Aufmerk-

---

<sup>11</sup> Vgl. Lemke, Allianz und Rivalität, S. 26-29, 43-47.

<sup>12</sup> Vgl. Vortragsaufzeichnung des Vizedirektors des diplomatischen Büros des russischen Hauptquartiers Nikolaj Aleksandrovič Basili für den Oberkommandierenden Großfürst Nikolaj Aleksandrovič, 29./16. September 1914, in: Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung, hg. von Otto Hoetzsch, Reihe II: Vom Kriegsausbruch bis zum Herbst 1915, 6. Band, 2. Halbband: 5. August bis 1. November 1914, Berlin 1934, S. 259-261.

samkeit beigemessen. Ostgalizien und die Lemkivščyna wurden als „altrussisches Land“, Westgalizien jedoch als polnisch bezeichnet.<sup>13</sup>

Die Einnahme Ostgaliziens durch die russische Armee bedingte eine Verlagerung der politischen Bewegungen der Polen, Ukrainer und Juden von Lemberg nach Wien. Heinze, der ebenfalls mit dem Lemberger Konsulat nach Wien übersiedelt war, berichtete an Bethmann Hollweg, daß ganz Galizien nach Wien „invasiert“ habe und dem Straßenbild sein Gepräge gebe. In den Hauptstraßen hielten die Galizier nach Lemberger Art ihren Korso ab, Hotels und Kaffeehäuser „wimmelten“ von östlichen Erscheinungen mit ihren Damen. Das „liebliche Milieu der Lemberger Intrigen“ fände in Wien einen dankbaren Nährboden. Der „Verdächtigungsfeldzug“ der Polen gegen die Ukrainer werde mit allen Mitteln fortgesetzt. Bezeichnend für die schlechten Beziehungen zwischen Ukrainern und Polen in Galizien war, daß sie sich nicht einmal auf dem Gebiet der Flüchtlingshilfe einigen konnten: In der Wiener Presse erschienen gesonderte Aufrufe zu Hilfsaktionen zunächst der Polen und Juden, dann auch der Ukrainer.<sup>14</sup> Zwar erfolgte eine Entschuldigung durch mehrere Mitglieder der von dem Vorsitzenden des Polenklubs und Konservativen Leon Biliński geleiteten „Hilfsaktion für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina“. Die ukrainischen Reichsratsabgeordneten nahmen die Ausgrenzung der Ukrainer zum Anlaß, eine gesonderte Hilfsaktion für die ukrainische Bevölkerung zu organisieren.<sup>15</sup> Der einem Ausgleich mit den ostgalizischen Ukrainern positiv gegenüberstehende Biliński sah in der ablehnenden Haltung des Polenklubs später einen schweren Fehler, der diesen eine effektive Agitation ermöglichte.

Wien wurde für die nächsten zwei Jahre zum Zentrum des ukrainischen politischen Lebens. Seit September 1914 erschienen in der Reichshauptstadt „Dilo“ und das „Ukrainische Korrespondenzblatt“. Die politischen Aufgaben der HURada nahm im wesentlichen das Präsidium der ukrainischen Parlamentsabgeordneten wahr. Eine Schlüsselrolle in der ukrainischen Politik des Habsburgerreiches kam dem bukowinischen Reichsratsabgeordneten Mykola Vasyľko zu, der als wohl einziger direkten Zugang zu Ministerkreisen besaß, was unter den Bedingungen eines außerparlamentarischen Regimes sehr wichtig war, sowie Kost' Levč'kyj, der als Präses des Nationalkomitees der UNDP und Obmann der HURada zwei wesentliche Positionen gleichzeitig ausfüllte. Gemeinsam mit Jevhen Olesnyč'kyj bildeten diese beiden Politiker eine Art Triumvirat, gegen dessen Dominanz sich unter den ukrainischen Parlamentsabgeordneten, die im ukrainischen parlamentarischen

---

<sup>13</sup> Vgl. Generalstabschef Nikolaj Nikolajevyč Januševyč an den russischen Ministerpräsidenten Ivan Loginovič Goremykin, 2. Oktober, 19. September 1914, in: Die internationalen Beziehungen, 6. Band, 2. Halbband, S. 270-272.

<sup>14</sup> Kaiserlich Deutsches Generalkonsulat in Lemberg. Z. Zt. in Wien, den 19.9.1914: „Die Hinzuziehung der Ruthenen zu der polnisch-jüdischen Aktion ist unterblieben, da man diese als Verräter hinstellen will. Für die unterrichtslos gewordenen galizischen Schulkinder werden jetzt in Wien unentgeltliche Schulkurse eingerichtet. Für die ruthenischen Kinder geschieht nichts.“ Heinze zufolge schwankte die Zahl der galizischen Flüchtlinge zwischen 80.000 und 160.000. Vgl. PA AA, R. 8973.

<sup>15</sup> Vgl. Von der ukrainischen parlamentarischen Vertretung, in: Ukrainisches Korrespondenzblatt, Nr. 2, 24.9.1914.

Klub geeint waren, eine oppositionelle Gruppe um Jevhen Petruševyč, Lonhyn Cehels'kyj und Jevhen Levyc'kyj formierte.<sup>16</sup>

Die wichtigste Frage, mit der die Mitglieder der HURada sich befaßten, bildete der Umbau dieser Organisation. Gemäß den ukrainischen Sozialdemokraten und Abgeordneten des SVU sollten in ihr alle politischen Parteien und Abgeordnetenklubs Galiziens und der Bukowina sowie Parteien der Ostukraine vertreten sein. Einen zweiten Plan entwickelte der linke Flügel der UNDP um Sydir Holubovyč, Petruševyč und Josyf Folyš, die für eine Delegation ukrainischer Abgeordneter in die HURada als Interessenvertretung der ostgalizischen Ukraine eintraten. Diese Gruppe wollte Vasył'ko ganz aus der ukrainischen Politik entfernen und an die Stelle Kost' Levyc'kyjs Petruševyč setzen. Eine dritte Variante befürworteten die bukowinischen Abgeordneten, die die HURada als eine gemeinsame Vertretung Galiziens und der Bukowina verstanden, ohne Partizipation von politischen Vertretern der Ostukraine. Den Differenzen lagen eher persönliche Gegensätze zugrunde, was eine Einigung erheblich erschwerte.<sup>17</sup>

Die ukrainischen Abgeordneten des Wiener Parlaments sowie des galizischen und bukowinischen Landtags beschlossen am 15. Dezember 1914, eine eigene Presse in ukrainischer und deutscher Sprache herauszugeben und eine Propagandatätigkeit in österreichisch-ungarischen und deutschen Kreisen zu entfalten. Von der österreichischen Regierung wurde verlangt, alle unschuldig Festgenommenen und Internierten unverzüglich freizulassen. Weitere Verfolgungen des ukrainischen Volkes seien zu unterlassen, alle Flüchtlinge bis zur Rückkehr auf Staatskosten zu versorgen. Weitere Forderungen zielten auf die Durchführung der Kronlandsteilung ab; außerdem sollte die ukrainische Bevölkerung über den Wiederaufbau Ostgaliziens und der Bukowina für die erlittenen Kriegsschäden Wiedergutmachung erhalten.

Es spricht für den ausgeprägten Legitimismo der ukrainischen Parlamentarier, wenn sie die Bildung einer allgemeinukrainischen Vertretung für die Kriegszeit mehrheitlich mit dem Argument ablehnten, daß die unter russischer Herrschaft stehenden Ukrainer keine legitimen Repräsentanten entsenden könnten. Stattdessen bildeten sie eine Vertretung der österreichischen Ukrainer. Gegen diese Entscheidung protestierten Vertreter der ukrainischen Studentenschaft in einem Schreiben an Kost' Levyc'kyj vom 27. Dezember 1914: Es sei zwingend notwendig, einen allgemeinukrainischen Nationalrat in Wien zu bilden. Nur dann könne eine einheitliche nationalpolitische Aktion durchgeführt und die ukrainische Nation maßgeblichen Kreisen gegenüber besser repräsentiert werden.

Die ostgalizischen Ukrainer traten in der ersten Hälfte des Jahres 1915 für eine grundlegende Verwaltungsreform ein. Dabei gingen sie über die vor Kriegsausbruch gestellten Postulate hinaus. Dies schien insofern sinnvoll, als auch in Wien Tendenzen bestanden, den Krieg zu einer administrativen Neuordnung in Galizien zu nutzen. Diese Frage beschäftigte die österreichisch-ungarische Politik seit der Entsetzung Przemysls Ende September 1914 durch die österreichisch-

---

<sup>16</sup> Vgl. zu dem Machtkampf innerhalb der ukrainischen Politik des Haburgerreiches: Rasevyč, *Djal'nist'*. Hier S. 317f.

<sup>17</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmahanj'*, S. 71f.

ungarische Armee. Am weitesten gingen die Vorschläge des k. u. k. Armeekorpskommandos (AOK), das sich schon im Oktober für eine weitgehende Beseitigung der galizischen Autonomie einsetzte: An die Spitze der galizischen Verwaltung sollte ein General gestellt, ein Teil der polnischen Beamten nach Kongreßpolen, ein anderer in verschiedene österreichische Kronländer versetzt werden. Stattdessen sollten deutsche und tschechische Beamte in Galizien administrieren. Um die Entlassung des galizischen Statthalters Witold von Korytowski entwickelte sich eine Auseinandersetzung zwischen dem AOK, das einen Militärgouverneur einsetzen wollte, der österreichischen Regierung und den galizischen Polen mit dem Polenklub, die auf der Beibehaltung des Status quo und der Ernennung eines Polen zum Statthalter beharrten. Außerdem bestanden für den Fall einer austropolnischen Lösung Überlegungen, Ostgalizien als ukrainisches Kronland zu konstituieren.<sup>18</sup>

Die vom AOK Ende Februar 1915 beantragte und vom Chef des AOK Franz Graf Conrad von Hötzendorf im Juni desselben Jahres erneut vorgeschlagene Teilung Galiziens und die Einrichtung einer von der galizischen Statthalterei unabhängigen politischen Landesbehörde für Ostgalizien und die Bukowina unter militärischer Leitung lehnte der Kaiser ohne Begründung ab. Wenn konservative polnische Politiker in vergleichbaren Anträgen auf eine besondere Vorliebe des AOK für die Ukrainer schlossen, so waren dies am ehesten Übertreibungen, in denen sich die Gereiztheit der Polen gegenüber der österreichisch-ungarischen Heeresleitung widerspiegelte.<sup>19</sup> Die ostgalizischen Ukrainer forderten, daß sofort nach der Rückeroberung der von Rußland besetzten Gebiete ein neuer Gouverneur an die Spitze der ostgalizischen Verwaltung gestellt werden sollte, mit nationalen Beiräten aus Ukrainern und Polen. Vom Krieg erhoffte man sich eine Neuordnung der politischen Beziehungen in Ostgalizien, das von Westgalizien getrennt werden sollte. Beide Teile sollten nicht nur eine eigene Verwaltung, sondern auch gesonderte Landtage in Krakau und Lemberg erhalten, gewählt nach dem allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrecht. Weitere Forderungen betrafen die Einführung des Ukrainischen als innerer Verwaltungssprache, die Durchführung einer Schulreform und die Einrichtung einer ukrainischen Universität in Lemberg. Die bis zu diesem Zeitpunkt in Ostgalizien dominierende polnische Nation sollte mit Minderheitsrechten zufrieden gestellt werden.<sup>20</sup>

Tatsächlich sahen sich Anfang 1915 wegen der Vorgänge bei der russischen Eroberung Ostgaliziens sowohl Ukrainer als auch Polen entweder weit von einem Erreichen der eigenen Forderungen entfernt oder aber traditionelle nationale Errungenschaften gefährdet. Insbesondere die dort sehr einflußreichen polnischen Nationaldemokraten standen in dem Ruf, die österreichische Sache verraten zu haben. Stanisław Grabski trat offen für die russische Orientierung ein. Hinzu kam, daß Propaganda seitens nationaldemokratischer Politiker, die das Ende Österreichs nahe glaubten, während des Rückzugs des österreichisch-ungarischen Heeres Ende Au-

<sup>18</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G.74. Betrifft: Politische Gestaltung in Galizien. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 4.8.1915. PA AA, R 8975.

<sup>19</sup> Vgl. Lemke, Allianz und Rivalität, S. 101, 111; Text eines Vortrags Conrads an Kaiser Franz Joseph I. über die Betrauung eines höheren Generals mit der Leitung der Verwaltung Ostgaliziens und der Bukowina. Teschen, Juni 1916, in: Ereignisse in der Ukraine I, S. 25f.

<sup>20</sup> Vgl. Levyč'kyj, Istorija vyzvol'nnych zmahanj, S. 93f, 100, 146-149.

gust 1914 Angehörige der polnischen Militärorganisationen verleitete, in großer Zahl die Reihen zu verlassen. Der Nationaldemokrat Tadeusz Cieński, vormaliger Vorsitzender des Zentralen Nationalkomitees und Vizepräsident der östlichen Sektion des NKN, wurde von den österreichischen Militärbehörden einige Jahre in Südtirol interniert, sein Parteigenosse Graf Aleksander Skarbek, Leiter des Militärdepartements der östlichen Sektion des NKN, entzog sich der Verhaftung durch eine Flucht in die Schweiz. Nationaldemokraten und ostgalizische Konservative traten wegen der Kritik der Mehrzahl der in der NKN organisierten Parteien aus dieser politischen Organisation aus.<sup>21</sup>

Unter den Bedingungen des Krieges verschärfen die Gegensätze sich nicht nur zwischen Ukrainern und Polen, sondern auch innerhalb der Politik beider Nationen. Am 22. November 1914 wurde auf der Sitzung des NKN in Wien das Zusammengehen mit der Polnischen Nationalorganisation beschlossen. Durch die Aufnahme kongreßpolnischer Politiker und die Bereitschaft zu einer politischen Betätigung in Kongreßpolen streifte das NKN seinen rein galizischen Charakter ab. Wenn sich trotz der vordergründigen Einigung innerhalb der polnischen Politik daraus nicht zwingend eine Stärkung ihres Einflusses ergab, dann vor allem aus zwei Gründen. Zum einen mißtrauten maßgebliche politische Kreise Österreich-Ungarns dem NKN, das auf einer trialistischen Konzeption der austropolnischen Lösung beharrte. Wien meinte aus Standeserwägungen heraus, mehr Verständnis für das Staatsinteresse der Habsburgermonarchie unter Aristokratie und Klerus finden zu können, die beide in der kongreßpolnischen Polnischen Nationalorganisation nicht vertreten waren. Zum anderen maß man in Wien politischen Wünschen der galizischen Polen in den ersten Kriegsjahren allgemein kaum Bedeutung bei, weil das Parlament nicht einberufen wurde und auf den Polenklub keine Rücksicht genommen werden mußte. Hinzu kam, daß, ähnlich den Verhältnissen in der ukrainischen Politik, ein einsetzender Machtkampf zwischen dem Polenklub und dem NKN den Einfluß der Polen bei der Wiener Regierung und dem AOK verringerte.<sup>22</sup>

Tschirschky meldete am 26. Juli 1915 nach Berlin, daß der bisherige Statthalter Korytowski seines Amtes enthoben und zu seinem Nachfolger der im ostgalizischen Stanislau geborene General der Infanterie Hermann von Colard ernannt worden sei. Colard entstammte einer alten österreichischen Offiziersfamilie, war sowohl des Polnischen als auch des Ukrainischen mächtig und hatte den größten Teil seiner Dienstzeit in Galizien verbracht. Zuletzt fungierte er als Präsident des Obersten Gerichtshofs in Wien. Der Kaiser teilte dem Obmann des Polenklubs Biłński mit, daß es sich nur um eine durch die Kriegereignisse nötig gewordene Einzelmaßregel handele, von der die bestehenden verfassungsmäßigen und autonomen Einrichtungen Galiziens nicht betroffen seien.<sup>23</sup> Colard war zwar mit einer Polin verheiratet, selbst aber kein Pole. Seine Ernennung wich von der seit 1868 üblichen Praxis ab, das Statthalteramt mit einem Polen zu besetzen, der das Vertrauen des Polenklubs besaß.

---

<sup>21</sup> Vgl. Lemke, *Allianz und Rivalität*, S. 51f.

<sup>22</sup> Vgl. ebenda, S. 94f, 125, 128f. Zum folgenden ebenda, S. 108-112.

<sup>23</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 231. Inhalt: Statthalterwechsel in Galizien. Tschirschky an Bethmann Hollweg. Wien, den 26.7.1915. PA AA, R. 8974.



Die Ernennung Colards fand Zustimmung bei Legationsrat Leopold Freiherr von Andrian-Werburg, nach dessen Ansicht das System der polnischen Hegemonie in Ostgalizien während der russischen Okkupationszeit versagt habe; Andrian empfahl, einen „österreichischen, über den Nationen des Landes stehenden, womöglich der Generalität angehörenden Statthalter“ an die Spitze der ostgalizischen Verwaltung zu stellen. Als Ziel schwebte ihm die Konstituierung Ostgaliziens zu einem Kronland unter einem westösterreichischen Statthalter mit selbständigem Landtag vor. Anstelle einer ukrainischen Verwaltung befürwortete er

„die Einschaltung unparteiischer westösterreichischer Elemente als Faktoren, welche die drei, das Land bewohnenden Hauptelemente zu kontrollieren und das Gleichgewicht zwischen ihnen zu regulieren hätten“.<sup>24</sup>

Schon wegen der gegenseitigen Ressentiments unter Ruthenen und Polen sowie der bestehenden politischen Korruption sah er hierin die einzige Möglichkeit, die nationale Gleichberechtigung der drei Landesnationen der Ruthenen, Polen und Juden und die Sicherheit im Staate zu wahren. Besonders gravierend war aus Sicht Andrians die bewußte Förderung der Russophilen durch das herrschende polnische Regime, etwa bei der Besetzung von Pfarreien oder im Justizdienst. Der durch den Krieg wirtschaftlich ruinierte polnische Adel sollte über finanzielle Anreize diszipliniert werden; seine Vernichtung sei nicht im österreichischen Staatsinteresse.

Colard bestätigte in einem Bericht an den österreichischen Innenminister Karl Freiherr Heingold von Udyński vom 11. November 1915 die Wahrnehmungen Andrians über die Verhältnisse in Ostgalizien während der russischen Invasion. „Verräter“ habe es sowohl bei den Polen als auch bei den Ukrainern gegeben. Jedoch sei die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung „in der Anhänglichkeit an Dynastie und Reich verharrt“, was insbesondere für die im großen und ganzen politisch indifferente Bauernschaft gelte. Anders als Andrian trat Colard jedoch nicht für eine Teilung Galiziens ein. Colard sah es zwar als ein Gebot der Gerechtigkeit an, den Ukrainern in größerem Maße als bisher die Beamtenlaufbahn offen zu halten, betonte aber, daß das Staatsinteresse die Durchsetzung der ostgalizischen Beamtschaft mit westösterreichischen Elementen erfordere. Seine Vorstellungen deckten sich nur vordergründig mit denen der ostgalizischen Ukrainer. Dies zeigt seine Überlegung, den einheitlichen Staatsgedanken unter den Ruthenen durch einen bei voller Wahrung der nationalen Eigenart des ruthenischen Volkes herbeigeführten Übergang von der kyrillischen zur lateinischen Schrift zu begünstigen. Latinisierende Tendenzen wurden von den ukrainischen Politikern aber zumeist als drohende Polonisierung aufgefaßt. Im Sinne der Ukrainer war es schon eher, wenn er die Notwendigkeit einer ruthenischen Hochschule, „womöglich mit deutschem Einschlag“, betonte, und feststellte, daß „den Ruthenen [...] in Ostgalizien jene Stellung und jener Einfluß eingeräumt werden [muß], welcher diesem Volke nach

---

<sup>24</sup> Vgl. Bericht des Legationsrats Andrian über seine Informationsreise nach Ostgalizien. Krakau, den 26.7.1915. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2116. Zum folgenden ebenda.

seiner tatsächlichen Kopffzahl und Bedeutung zukommt“.<sup>25</sup> Insgesamt dachte er aber mehr an ein über den Nationen stehendes, gerechtes und dem österreichischen Staatsgedanken streng verpflichtetes Regime im ungeteilten Galizien. Während Colard bei den galizischen Polen auf Ablehnung stieß, begrüßten die Ukrainer seine Ernennung. Mit dem Ziel, die galizischen Polen nicht gegen die Regierung aufzubringen, suchte der österreichische Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh über Kost' Levyc'kyj auf die ukrainische Presse einzuwirken, die Ersetzung Korytowskis durch Colard als Selbstverständlichkeit aufzunehmen.<sup>26</sup>

Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten Österreich-Ungarns beriet am 6. Oktober 1915 über Stürgkhs Projekt „Grundzüge der verfassungs- und verwaltungspolitischen Einrichtung des künftigen Königreichs Polen“. Nach Ansicht des österreichischen Ministerpräsidenten sollte Westgalizien zusammen mit Kongreßpolen einen festen Bestandteil des österreichischen Staates bilden und aus Ostgalizien ein eigenes Kronland geschaffen werden. Polen und Ukrainer dürften mit den politischen Absichten Stürgkhs kaum zufrieden gewesen sein. Erstere hätten zwar eine Vereinigung Kongreßpolens mit Westgalizien erreicht, mit einer Autonomie, die sich kaum von der Galiziens unterschied. Außerdem hätten sie auf Ostgalizien mit der Kronlandshauptstadt Lemberg verzichten müssen. Letztere hätten sich zwar saturiert fühlen können, da sie ihr traditionelles Ziel, aus Ostgalizien ein eigenes Kronland zu bilden, verwirklicht hätten. In Wien verband man damit jedoch weniger die Übergabe der Administration an die Ukrainer, sondern eher die Einführung einer deutschen Verwaltung.<sup>27</sup>

Lemberg spielte in der Kriegszeit infolge der Abwesenheit der Landesbehörden und der politischen Vertreter in politischen Fragen nicht die frühere Rolle, sondern richtete sich noch im März 1917 nach den aus Wien, Krakau und Warschau als den Zentren des damaligen polnischen politischen Lebens kommenden Nachrichten.<sup>28</sup> Heinze konstatierte im Juni 1915 sogar, daß manche Lemberger polnische Kreise begännen, den künftigen Verlust Ostgaliziens an die Ukrainer als etwas Unabwendbares anzusehen. Als Ersatz erhofften sich gemäßigte Polen den Zusammenschluß Westgaliziens mit den Rußland abzunehmenden polnischen, möglichst auch litauischen und ukrainischen (wolyhynisch-podolischen) Landesteilen zu einem Territorium. Dieses Gebiet sollte bei beschränkter Souveränität in das Habsburgerreich integriert werden, das gegen ungarischen Widerstand eine trialistische Struktur erhalten sollte. Namhafte Persönlichkeiten in Lemberg wie der Verweser des Stadtmagistrats Grabowski und Polizeipräsident Józef Reinlender vertraten die-

---

<sup>25</sup> Vgl. Denkschrift des galizischen Statthalters Colard über die Verhältnisse in Lemberg während der russischen Invasion. An den österreichischen Innenminister Karl Freiherr Heinold von Udyński. Biala, den 11.11.1915. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117.

<sup>26</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmahan'*, S. 214f.

<sup>27</sup> Vgl. zu den Auseinandersetzungen um Stürgkhs Projekt im gemeinsamen Ministerrat: Lemke, *Allianz und Rivalität*, S. 234-238. Die Ansicht, daß eine vernünftige Regelung der Verhältnisse in Ostgalizien die Germanisierung der Verwaltung erfordere, die ganz unparteiisch sein solle, vertrat Stürgkh dezidiert auf der Sitzung des gemeinsamen Ministerrats vom 7.1.1916. Vgl. ebenda, S. 274. Gesondert dazu siehe: Heinz Lemke, *Die Regierung Stürgkh und die Pläne zur Teilung Galiziens*, in: *Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918*, Berlin (Ost) 1965, S. 267-283.

<sup>28</sup> Vgl. Reinlender an das k. k. Statthaltereipräsidium in Biala. Lemberg, den 3.3.1917. AVA, Min. d. Innern Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117.

se Auffassung, ebenso verschiedene sozialistische Abgeordnete. Angesichts dessen, daß führende polnische und ukrainische Politiker nicht vor Ort waren<sup>29</sup>, spiegelt sich in diesen Beobachtungen eher ein atypischer Moment wider, in dem die Stadt der ihr eigenen nationalpolitischen Anspannung entbehrte. Dennoch ist es bemerkenswert, daß im Sommer 1915 Lemberger polnische Kreise die Teilung Galiziens akzeptierten, wenn auch nur für den Fall einer anderweitigen Kompensation. Kennzeichnend für die politische Stimmung unter galizisch-polnischen Politikern war es schon eher, wenn der Sekretär des NKN Mieczysław Szerer in einem Artikel ausdrücklich der Auffassung widersprach, daß das ukrainische Element in Ostgalizien das herrschende werden müsse.<sup>30</sup>

Die ostgalizischen Ukrainer erhofften sich Unterstützung für ihre Anliegen von reichsdeutschen Kreisen. Der deutsche Botschafter in Wien Tschirschky überstellte an Bethmann Hollweg eine Anlage mit dem Titel „Die galizischen Polen und der Krieg“. Dort hieß es, daß die Polen in Galizien ihre Regierungsunfähigkeit bewiesen hätten. In Galizien, dem zukünftigen Kriegsschauplatz gegen Rußland, habe es zwar immer Geld für weitere aus Sicht des Verfassers unnötige polnische Gymnasien gegeben. Mit Ausnahme der Hauptbahn von Wien nach Lemberg aber seien alle Eisenbahnstrecken nur einspurig, die Landstraßen in einem skandalösen Zustand. Polnische Beamte hätten vielfach Verrat geübt, und die polnischen Legionen kämpften nur für ein unabhängiges Polen, nicht aber für Österreich. Gerade die Abhängigkeit der Ukrainer von deutscher Hilfe sowie die zentrale Bedeutung der an Bodenschätzen reichen Ukraine für Rußland weckten das deutsche Interesse.<sup>31</sup> Einen wirklichen Partner bildeten die Ukrainer aus der Sicht deutscher Diplomaten nicht, eher schon ein weniger unbequemes Objekt der Beherrschung als die Polen. Die Überlegungen sowohl Heinzes als auch Tschirschkys waren wegen der militärischen Besetzung Ostgaliziens durch die russische Armee kaum mehr als Gedankenspiele ohne größere Bedeutung für unmittelbar bevorstehende politische Aufgaben.

Die Umbildung der HURada zum Allgemeinen Ukrainischen Rat (Zahal'na Ukrajins'ka Rada – ZURada) am 5. Mai 1915 bildete eine Etappe in dem Machtkampf in der ostgalizisch-ukrainischen Politik. Die ZURada sollte die gesamte ukrainische Bevölkerung nicht nur des österreichisch-ungarischen, sondern auch des russischen Vielvölkerreiches repräsentieren. Eine grundlegende Revision der eigenen politischen Zielsetzungen fand nicht statt.<sup>32</sup> Das im wesentlichen maximalistische Programm der Ukrainer konnte zumindest in Kriegszeiten kaum umgesetzt werden. Erstens wäre dadurch eine offene politische Konfrontation mit den galizi-

---

<sup>29</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. 74. Betrifft: Politische Gestaltung in Galizien. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 4.8.1915. PA AA, R. 8975.

<sup>30</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr.G.14. Betrifft: Politische Gestaltung in Galizien. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 3.9.1915. PA AA, R. 8975.

<sup>31</sup> Vgl. Kaiserliche Deutsche Botschaft in Wien. Tschirschky an Bethmann Hollweg. A 1370. Wien, den 25. Februar 1915. Anlage: Die galizischen Polen und der Krieg. Ebenda: „Da Galizien auch nur durch die Hilfe der Deutschen wiedergewonnen werden kann, so hat Deutschland nicht nur das Recht, sondern geradezu auch die Pflicht, sich dort bestimmenden Einfluß zu sichern und dazu gehört, daß der Einfluß der Polen in Galizien völlig gebrochen wird.“ Tschirschky merkte an, daß die Ausführungen in der Anlage seinen eigenen Beobachtungen entsprächen. PA AA, R 8974.

<sup>32</sup> Vgl. Levyč'kyj, Istorija vyzvol'nych zman', S. 151f, 156ff.

schen Polen provoziert, zweitens über die Weckung politischer Begehrlichkeiten anderer Nationen des Reiches dessen innere Struktur zur Disposition gestellt worden. Die Arbeit der ZURada entwickelte sich darum eher entlang der Linie einer politischen Propaganda unter maßgeblichen österreichischen und reichsdeutschen Kreisen mit dem Ziel, die polnische Politik zu paralysieren.<sup>33</sup> In einer dem k. u. k. Kriegsministerium am 14. August 1915 übergebenen Denkschrift protestierte die ZURada gegen die von ihr befürchtete Angliederung Ostgaliziens sowie neu erobeter ukrainischer Gebiete an Polen.<sup>34</sup> Diese Gefahr bestand, da mittlerweile beinahe das gesamte polnische Nationalterritorium von den Armeen der Mittelmächte besetzt worden war. Ein Anschluß ukrainischer Territorien an einen künftigen polnischen Staat oder an ein autonomes polnisches Gebiet sei vollkommen unannehmbar, da die Ukrainer den „schwerfälligen Druck Rußlands“ dem „extrem chauvinistischen Regime Polens“ vorzögen. Damit fiel mit der ukrainischen Frage der letzte Damm gegen den Panslavismus, so daß die Mittelmächte ihre „große historische Mission“ der nachhaltigen Schwächung Rußlands nicht erfüllen könnten und sich den Weg in den Orient verlegten. Vielmehr entstünde in ihrer direkten Nachbarschaft ein feindlicher Staat, der niemals auf seine westlichen, zum deutschen Reich gehörigen Territorien wie Schlesien, Posen und Westpreußen verzichte.

Die ukrainische Tageszeitung „Dilo“ sah in einem Leitartikel vom 14. Oktober 1915 die Ukraine als ein zwischen Ost und West stehendes Gebiet, dessen Besitz eine wesentliche Grundlage der russischen Macht bedeutete. Die maßgebliche Vorbedingung für eine Orientierung der Ukrainer auf den Westen sah „Dilo“ in einer „Fundierung“ ihrer westlichen Siedlungen gegenüber den Polen. Zwar verstand man auch in Wien die ukrainische Frage als Hebel zur Destabilisierung Rußlands. K. u. k. Regierungskreise konnten sich der ukrainischen Loyalität aber sicher sein. Es ist daher fraglich, ob sie der abschließend formulierten Drohung, daß die Ukrainer bei einer Angliederung des ungeteilten Galiziens an ein zu errichtendes polnisches Reich eine russophile politische Orientierung einschlägen, allzuviel Bedeutung beimaßen.<sup>35</sup> Wie sehr die ostgalizischen Ukrainer sich dem Habsburgerreich innerlich verbunden sahen, ist daraus ersichtlich, daß das Präsidium der ZURada im Juli 1915 erstmals die Einführung der Termini „ukrainisch“ und „Ukrainer“ anstelle von „Ruthenen“ und „ruthenisch“ in die Verwaltungssprache forderte.<sup>36</sup>

Während des Krieges stand eine grundlegende Verwaltungsreform, oder sogar die Schaffung eines Kronlands aus den überwiegend von Ukrainern besiedelten Gebieten des Habsburgerreiches, nicht ernsthaft zur Diskussion, da nach der Rückeroberung die Wiedereinsetzung der vormaligen Administration wesentlich einfacher schien. Eher wären eine Militärdiktatur und die Übernahme administrativer Aufgaben durch die k. u. k. Armee im Kommandobereich für Ostgalizien und die

---

<sup>33</sup> Vgl. Stanisław Baczyński, *Akcja Ukraińców galicyjskich przeciw Polsce w czasie wojny światowej i konferencji pokojowej (1914-1923)*. AAN, KOD, sygn. 56, s. 51.

<sup>34</sup> Vgl. Denkschrift des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrats an das k. u. k. Kriegsministerium. Wien, August 1915, in: *Ereignisse in der Ukraine I*, S. 84-92, S. 92f. Im folgenden ebenda.

<sup>35</sup> Vgl. die deutsche Übersetzung in: *Ereignisse in der Ukraine I*, S. 94-97. Zum folgenden ebenda.

<sup>36</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nnych zmahan'*, S. 222.

Bukowina denkbar gewesen, allerdings nur um den Preis eines schwelenden Dauerkonflikts mit den galizischen Polen.

Die Eroberung ethnisch gemischter Territorien des Zarenreiches warf dagegen unmittelbar die Frage auf, wie die Verwaltung vor Ort einzusetzen war, ganz abgesehen von der Zugehörigkeit dieser Gebiete zu einem zukünftigen polnischen respektive ukrainischen Staat. Polen und Ukrainer machten gleichermaßen ihre Ansprüche auf Gebiete wie das Cholmer Land geltend.<sup>37</sup> Die ZURada kennzeichnete in einer Denkschrift vom 29. Oktober 1915 das Cholmer Land als „seit Urzeiten“ von Ukrainern bewohntes Gebiet mit mehrheitlich ukrainischer Bevölkerungsstruktur vor dem Krieg. Die Grenzen des im Jahre 1912 eingerichteten Gouvernements Cholm deckten sich mit den ethnographischen Siedlungsverhältnissen der Polen und Ukrainer und seien darum beizubehalten. Bedingt durch die Aufhebung des griechisch-katholischen Episkopats von Cholm im Jahre 1875 fänden Ukrainer sich sowohl unter der römisch-katholischen als auch unter der orthodoxen Konfession. Die Denkschrift regte eine Restituierung der Unierten Kirche im Cholmer Land an. Das Ukrainische sollte im römisch-katholischen Ritus zum Nebengottesdienst zugelassen und Predigten auch in ukrainischer Sprache gehalten werden.<sup>38</sup> Der österreichisch-ungarische Außenminister Ottokar Graf Czernin hielt allein die Entsendung von Priestern zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der ukrainischen Bevölkerung für beachtenswert.<sup>39</sup>

Der Stanislauer Bischof Hryhorij Chomyšyn traf für seine Diözese in einem Hirtenbrief Anordnungen, deren Umsetzung den Gegensatz der griechisch-katholischen Kirche gegenüber der orthodoxen stärker zugunsten einer Annäherung an die römisch-katholische Kirche betont hätte. Vorgesehen war etwa, in allen Gebeten für den Monarchen anstelle der Worte „Zar“ und „pravoslavnyj“ die Ausdrücke „Imperator“ und „pravovirnyj“ zu verwenden; außerdem sei in Gebeten nun an erster Stelle der Papst, und erst an zweiter Stelle der Kaiser zu nennen. Weittragender war, daß ab dem 25. März 1916 für die Diözese Stanislau eine Ersetzung des Julianischen durch den Gregorianischen Kalender vorgesehen war, womit alle Feiertage gleichzeitig mit der römisch-katholischen Kirche gefeiert worden wären. Von der nichtklerikalen ukrainischen sowie einem Großteil der polnischen Presse wurde die Initiative Chomyšyns begrüßt, abgelehnt hingegen vom Nationalkomitee der UNDP, das für den Fall einer Kalenderänderung während des Krieges Verfolgungen der Ukrainer des Russischen Reiches befürchtete.<sup>40</sup> Ebenso maßgeblich für den in dieser Angelegenheit seitens des Nationalkomitees an die österreichische Regierung gerichteten Protest dürfte der Wunsch gewesen sein, eine größtmögliche Distanz gegenüber den römisch-katholischen Polen zu wahren. Chomyšyns Anord-

---

<sup>37</sup> Vgl. zu russischer Politik und der Okkupation der Mittelmächte im Cholmer Land: Kindler, Cholmer Frage, S. 281-295.

<sup>38</sup> Vgl. Denkschrift des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrates über die National- und Religionsfrage im Cholmer Land, in: Ereignisse in der Ukraine I, S. 97-107.

<sup>39</sup> Vgl. Czernin an Duglas Graf von Thurn und Valsässina, Wien, den 4.11.1915, in: Ereignisse in der Ukraine I, S. 97.

<sup>40</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G. 48. Betrifft: Einführung des Gregorianischen Kalenders bei den galizischen Ukrainern. Heinze an Bethmann Hollweg, Lemberg, den 24.3.1916. PA AA, R 8975.

nung hätte nicht etwa nur die Distanz der griechisch-katholischen Ukrainer des Habsburgerreiches zu Rußland, sondern auch zu den dortigen orthodoxen Ukrainern vertieft. Die österreichisch-ungarischen Ukrainer wären dann noch enger an das Habsburgerreich gebunden gewesen.

Die austropolnische Lösung nahm während des Ersten Weltkriegs in den Überlegungen Wiens einen deutlich höheren politischen Stellenwert als eine etwaige Expansion in die Ukraine ein. Wenn österreichisch-ungarische politische Kreise im Falle eines Konflikts von ukrainischen und polnischen Interessen in der Regel den Polen entgegenkamen, dann auch wegen der Kriegsergebnisse, die seit dem Sommer 1915 ganz Kongreßpolen in den Besitz der Mittelmächte brachten. Nach der Einnahme Warschaus am 8. August 1915 hatte das NKN einen Aufruf veröffentlicht, in dem eine gemeinsame politische Vertretung der galizischen Polen und der Polen des Königreichs den Mittelmächten gegenüber gefordert wurde. Aus dem ganzen Kongreßpolen und dem ungeteilten Galizien sollte ein unabhängiges Polen konstituiert werden, dessen nicht näher bestimmte staatsrechtliche Anbindung an die Habsburgermonarchie sich wenigstens in Form des Trialismus vollziehen sollte. Auf Beratungen in Wien und Krakau kam es zu einer Einigung zwischen dem NKN und dem Polenklub, dem nun auch die galizischen Sozialdemokraten unter Führung Ignacy Daszyńskis beitraten. Heinze vermutete sogar eine baldige Verschmelzung beider Organisationen und stellte fest, daß es trotz der Einigung innerhalb des politischen Spektrums der Polen Gegensätze gebe, aber die nationale Komponente stets ausschlaggebend sein werde. Bei allem Kampf gegen den Polenklub sei den polnischen Sozialisten von Anbeginn an ein ausgesprochenes Nationalgefühl zu eigen gewesen.<sup>41</sup> Die weitgehenden politischen Forderungen der Polen riefen, neben Widerspruch bei Österreichern und Ungarn, Proteste von ukrainischer Seite hervor.<sup>42</sup>

Jevhen Levyc'kyj versuchte reichsdeutsche diplomatische Kreise für die ukrainischen politischen Ziele zu gewinnen. Dabei sah er eine Teilung des polnischen Territoriums zwischen den Bündnispartnern und die Annexion des abgetrennten Teils durch die österreichisch-ungarische Regierung als die ungünstigste Variante an. Die zu Westgalizien hinzukommenden Polen bildeten dann allmählich eine Macht, gegen die die ukrainischen Bestrebungen nicht aufkämen. Eine großpolnische Bewegung führe zu einem Aufsaugen der ostgalizischen Landesteile, so daß die Polen eine führende Rolle in der Monarchie spielten. Unausgesprochen blieb, daß dann Österreich-Ungarn in größerem Maße die preußische Polenpolitik beeinflussen werde. Die Aussichten ukrainischer Politik, deren Förderung gemäß der Logik seiner Argumentation im Interesse Deutschlands lag, beurteilte er bei der Schaffung eines polnischen Pufferstaates als erfolgversprechender. Für den Fall, daß Westgalizien in diesen Staat mit einbegriffen werde, fiel dem dann geographisch vollkommen von Österreich getrennten Ostgalizien die Rolle eines Vorpostens gegen Rußland zu und sollte darum mit Lodomerien zu einer einheitlich verwalteten Provinz zusammengefaßt werden. Vor allem im Falle eines Pufferstaats

---

<sup>41</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat. Nr. G.14. Betrifft: Einigung zwischen dem österreichischen Polenklub und dem polnischen Obersten Nationalkomitee und Eintritt der polnischen sozialdemokratischen Partei in den österreichischen Polenklub. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 24.1.1916. PA AA, R. 8975.

<sup>42</sup> Vgl. Lemke, Allianz und Rivalität, S. 103, 214.

Polen ohne Westgalizien läge es im Interesse der Monarchie, die ukrainischen Bestrebungen zu stärken. Einer dort einsetzenden polnischen Irredenta könne so eine starke ukrainische Provinz entgegengesetzt werden.<sup>43</sup>

Angesichts dessen, daß die Polen sowohl von Berlin als auch von Wien erworben wurden, dürften die Ausführungen Jevhen Levyc'kyjs jedoch keinen großen Eindruck hinterlassen haben. Der Streit zwischen polnischen und ukrainischen Politikern des Habsburgerreiches um ethnisch gemischte, ehemals russische Territorien wie das Cholmer Land und Wolhynien drehte sich letztlich um die Zugehörigkeit dieser Gebiete zu einem zukünftigen polnischen oder ukrainischen Staat. Im Vergleich zur unwahrscheinlichen Bildung eines ukrainischen Staatswesens war die neuerliche Entstehung Polens eine reale Variante deutscher und österreichisch-ungarischer Politik. Politische Forderungen der Polen besaßen daher sehr viel mehr Gewicht als die der ostgalizischen Ukrainer.

Österreich-Ungarn mußte schon angesichts der Konkurrenzsituation, in der es sich dem Deutschen Reich gegenüber befand, im eigenen Interesse den Polen weit entgegenkommen.<sup>44</sup> Wenn man, so führte der österreichisch-ungarische Außenminister Stefan Graf Burián von Rajecz im Mai 1916 aus, die Mißstimmung unter den ihnen bislang treu ergebenen Polen im k. u. k. Okkupationsgebiet und in Galizien nicht noch weiter anwachsen lassen wolle, dürften sie sich „in Polenfreundlichkeit von den Deutschen nicht überbieten lassen“<sup>45</sup>. Der von Vertretern des AOK am 3. Juni 1916 in Teschen beschlossene „neue Kurs“ für das Generalgouvernement Lublin kam den Wünschen des k. u. k. Ministeriums des Äußern weitestgehend entgegen: Vorgesehen waren etwa eine stärkere Förderung des Schulwesens, eine umfassendere Beteiligung der örtlichen Bevölkerung an der Verwaltung, die Einlösung von Requisitionsscheinen der Armee und eine Lockerung der Zensur. Gegen den Widerstand von Vertretern der 1. und 4. Armee, zu deren Etappengebiet das Gouvernement Cholm gehörte, verfügte man dessen sofortige Angliederung an das Militärgouvernement. Auf die Einwände beider Armeen hin kam es zunächst nur zu einer „politischen“ Angliederung, wogegen die „wirtschaftliche“ erst im Sommer 1916 vollzogen wurde. Ferner stimmte das AOK einer Erweiterung der Machtbefugnisse des Militärgeneralgouverneurs zu und sprach sich für eine Förderung des polnischen Legionswesens aus.

Die ZURada legte gegen die Einverleibung des Cholmer Landes in das polnische Generalgouvernement Protest ein. In einer Denkschrift an Burián vom 15. August 1916 stand die Forderung, kein einheitlich ukrainisches Gebiet an Polen anzugliedern, im Vordergrund. Ein weiteres Anliegen der ZURada bildete die Garantie von Minderheitsrechten für in zerstreuten Kolonien lebende Ukrainer westlich einheitlich ukrainischer Gebiete. Vielmehr sei aus den von den Mittelmächten bereits eroberten ukrainischen Gebieten des Gouvernements Cholm, Südwest-Grodnos, Südwest-Minsk und Wolhyniens entweder ein selbständiges ukraini-

<sup>43</sup> Vgl. G.A. Berlin, den 22. Juli 1916. PA AA, R. 8976.

<sup>44</sup> Die politische Maxime, in dem zu errichtenden polnischen Staat Deutschland die beherrschende Stellung streitig machen zu wollen, bestimmte vom Sommer 1916 bis Kriegsende die Polenpolitik der Habsburgermonarchie. Vgl. Lemke, Allianz und Rivalität, S. 282f, *passim*.

<sup>45</sup> Burián an das AOK, Wien den 29. Mai 1916. Zitiert bei Lemke, Allianz und Rivalität, S. 287. Zum folgenden ebenda, S. 282-290.

ches Staatswesen oder eine gesonderte autonome staatsrechtliche Einheit im engen Anschluß an Deutschland und Österreich-Ungarn zu bilden.<sup>46</sup>

Ein Bericht des deutschen Generalkonsulats in Lemberg während der Brussilovoffensive verdeutlicht die angespannte militärische und innenpolitische Situation Ostgaliziens, dessen Bevölkerung eine abermalige russische Okkupation fürchtete. Der Zuzug von Flüchtlingen aus Brody und Südostgalizien, Nachrichten über die Räumung Kolomyjas, Stanislaus und Brodys sowie die Rückverlegung des II. Armeekommandos von Brody nach Lemberg führten dort und auf dem flachen Lande zu einer an Hoffnungslosigkeit grenzenden Stimmung. Wie schon in den Augusttagen 1914 kann es aus Panik zu einem Run auf die Sparkassen. Zwar zögerte man noch, die Kronlandszentrale offiziell in das engere Kriegsgebiet einzubeziehen. Jedoch wurde die Einreise nach Lemberg schon vielfach behindert. Um eine abermalige „Überflutung“ Innerösterreichs durch galizische Flüchtlinge zu verhindern, erhielt die Bevölkerung keine Pässe mehr für die Ausreise nach Wien. Auch die Landeshauptstadt Lemberg und das Petroleumgebiet von Boryslav sah die deutsche Seite bereits als bedroht an.<sup>47</sup> Erst angesichts dieser militärischen Entwicklung stimmte Wien der Bildung eines polnischen Pufferstaates zu. Galizien sollte diesem Staat nicht angehören, dafür aber eine erweiterte Autonomie erhalten.

## *1.2 Ostgalizien und die Internationalisierung der ukrainischen Frage im russischen Revolutionsjahr 1917*

Der Polenklub nahm die Konzeption eines polnischen Pufferstaates sehr zurückhaltend auf und übte auf der Sitzung vom 4. Oktober 1916 scharfe Kritik an Außenminister Burián. Während die polnischen Parlamentarier sich entschieden für die austropolnische Lösung aussprachen, reagierten die Polen Galiziens auf die Proklamation der zwei Kaiser über die Schaffung eines Königreichs Polen vom 4. November 1916 sowie auf ein kaiserliches Handschreiben an den österreichischen Ministerpräsidenten, das die Erweiterung der galizischen Autonomie in Aussicht stellte, mit großer Zustimmung. Das von Bobrzyński ausgearbeitete und vom Polenklub gebilligte Projekt eines kaiserlichen Handschreibens wurde jedoch von der österreichischen Regierung um den Passus „auf gesetzlichem Wege“ erweitert. Die dazu im Parlament erforderliche Zweidrittelmehrheit war aber wegen des zu erwartenden Widerstands der Tschechen, Südslawen und Ukrainer, die sich für den Fall des Ausscheidens der galizischen Vertreter entweder der Suprematie der Deutschen in Österreich, oder aber der Polen im galizischen Landtag ausgesetzt sahen, nicht zu erlangen. Das kaiserliche Handschreiben bildete kaum mehr als eine politische Geste gegenüber den galizischen Polen. Auch Kost' Levyč'kyj interpretierte die Abänderung von Bobrzyńskis Entwurf als faktische Rücknahme des Zugesagten.<sup>48</sup>

Verhandlungen zwischen der österreichischen Regierung unter Heinrich Graf Clam-Martinic, die die galizische Autonomie auch durch einen Oktroi einzuführen

---

<sup>46</sup> Vgl. Ereignisse in der Ukraine I, S. 127f.

<sup>47</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat. Nr. G. 63. Betrifft: Militärische Lage in Ostgalizien. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 17.6.1916. PA AA, R. 8976.

<sup>48</sup> Vgl. Kost' Levyč'kyj, Istorija vyzvol'nych zmahan', S. 425.



bereit war, und dem Polenklub scheiterten im Februar 1917. Die polnische Seite stellte weitreichende Forderungen in staatsrechtlicher, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. Die Polen besaßen allem Anschein nach Kenntnis davon, daß der neue österreichisch-ungarische Außenminister Czernin erneut die austropolnische Lösung anstrebte und betrachteten die Verhandlungen als Probestein für die künftige Stellung des Königreichs Polen im Rahmen der Habsburgermonarchie.<sup>49</sup> Auch der Lemberger Polizeidirektor stellte fest, daß Gerüchten zufolge maßgebende Kreise der Monarchie erneut zur politischen Idee des NKN zurückgekehrt seien und daß diese allen Austrophilen am besten entsprechende Idee über eine Personalunion Polens mit der Monarchie verwirklicht werde. Der Enthusiasmus, mit dem die polnische Bevölkerung die angekündigte Erweiterung der galizischen Autonomie aufgenommen hatte, sei hingegen ebenso gewichen, wie das Interesse leitender politischer Kreise, die zunehmend Hindernisse bei der Umsetzung des Projekts befürchteten.<sup>50</sup>

Die russische Februarrevolution bedeutete für die Entwicklung der polnischen Frage einen markanten Einschnitt. Zweifel hinsichtlich der avisierten Sonderstellung Galiziens waren unter den galizischen Polen weit verbreitet: Sie meinten, daß Österreich weder die europäische Bedeutung der Angelegenheit verstehe noch die vitale Bedeutung der polnischen Frage für die Donaumonarchie hinreichend würdige. Außerdem fürchtete man den Einfluß der Ruthenen, deren Bedeutung die österreichische Regierung überschätze. Der Bericht spiegelt das gewachsene Selbstbewußtsein polnischer Politiker wider, denen zufolge ein etwaiges Scheitern der Sonderstellung Galiziens die Position des Kabinetts Clam-Martinic beeinflusse.<sup>51</sup> Ein in Krakau am 9. Mai 1917 verfaßter Polizeibericht konstatierte zwei gegensätzliche Hauptrichtungen innerhalb der galizisch-polnischen Politik: Eine erste nationaldemokratische setze ihre Hoffnungen auf die Entente, eine zweite vom NKN dominierte auf die Mittelmächte. Beide lehnten die Sonderstellung Galiziens entweder ab oder sahen sie, wie das NKN, „nur als eine Übergangsform und als erster und vorbereitender Schritt zur Vereinigung Galiziens mit Polen, die künftighin erfolgen soll“. Allgemein wurde eine „sehr aufgeregte Stimmung“ in Galizien festgestellt, die sich durch Approvisionierungsmaßnahmen österreichischer Truppen in Galizien und andere Kriegsfolgen steigere.<sup>52</sup>

Die Krise im Polenklub erreichte auf Beratungen am 15. und 16. Mai 1917 ihren Höhepunkt, als Biliński wegen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Sonderstellung Galiziens und eines eigenmächtigen Vortrags vor dem Kaiser am 12. des Monats seinen Rücktritt erklärte. Der Polenklub konstatierte, daß mangels Vorschlägen seitens der Regierung kein Anlaß vorliege, über die Sonderstellung Galiziens zu beraten. Das alleinige Ziel der polnischen Nation sei vielmehr der Wieder-

<sup>49</sup> Vgl. Lemke, Allianz und Rivalität, S. 337f, 365-367, 430.

<sup>50</sup> Vgl. Reinlender an das k. k. Statthaltereipräsidium in Biala. Lemberg, den 3.3.1917. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117.

<sup>51</sup> Vgl. Polizeidirektion der k. k. Polizeidirektion in Krakau an das k. k. Statthaltereipräsidium in Biala. Krakau, den 10.4.1917. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117.

<sup>52</sup> Vgl. Bericht über die Stimmung und politische Situation in der Frage der Sonderstellung Galiziens bzw. All.Manifest vom 5.11.1916. Krakau, den 9.5.1917. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117.

aufbau eines vereinten und unabhängigen Polens, das freien Zugang zum Meer haben müsse. Der Polenklub ging in Opposition zur Regierung. Die Ursachen für die zunehmend kritische Haltung galizisch-polnischer Politiker waren sowohl wirtschaftlicher Natur, wie etwa Probleme beim Wiederaufbau Galiziens, als auch politischer Art, beispielsweise die schon zum dritten Mal erfolgte Ernennung eines Generals zum Statthalter und die nicht umgesetzte Erweiterung der galizischen Autonomie.<sup>53</sup> Beratungen des Polenklubs vom 28. Mai bestätigten einem Bericht der Polizeidirektion in Krakau zufolge dieses Bild: Der Gedanke der Wiederherstellung des Königreichs Polen in seinen alten Grenzen ergeife unter dem Einfluß der polnischen Nationaldemokratie immer weitere Kreise. Diese faßten die Sonderstellung Galiziens als Vorstufe zu seiner Vereinigung mit dem zukünftigen polnischen Staat auf.<sup>54</sup>

Der deutsche Botschafter in Wien Botho Graf von Wedel äußerte am 22. Juli 1917 sogar, daß sich bei einer Volksabstimmung in Österreich – nicht in Ungarn – eine Mehrheit für einen Aufmarsch gegen das Deutsche Reich an der Seite der Entente finden ließe. Seit dem Zusammenbruch Rußlands sei die Gründung des polnischen Staats in jedem Fall gesichert:

„Empfangen die Polen ihn aus den Händen der Entente nach Deutschlands Zertrümmerung, so wird ihr Traum der Vereinigung aller Polen, auch der preußischen, und Zugang zum Meere in Erfüllung gehen. Erhalten sie ihn aus den Händen der Mittelmächte, so werden sie sich bescheiden müssen“.<sup>55</sup>

Wedel favorisierte die austropolnische Lösung, die er allerdings an Bedingungen geknüpft sehen wollte: den Abschluß einer Militärkonvention und die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets für Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen. Einer Anbindung des Königreichs Polen an Österreich-Ungarn über eine Personalunion zog er den Trialismus vor. Für das Deutsche Reich böte die austropolnische Lösung eine stärkere Verankerung des Bündnisses im Reichsrat, aus dem die Polen dann ausschieden.<sup>56</sup> Polen, ob als Pufferstaat oder aber als Teil der Habsburgermonarchie, sollte keinen gleichwertigen Partner des Deutschen Reichs bilden. Wien brachte der ukrainischen Bewegung in Rußland weniger Interesse als Berlin entgegen, da es eine Irredenta der Ukrainer in Österreich und Ungarn befürchtete. Wedel empfahl eine Förderung der ukrainischen und der finnischen Bewegung in

---

<sup>53</sup> Vgl. Polizeidirektor in Krakau. Bericht über die politische Lage. Krakau, den 26.5.1917. Die Mehrheit des Polenklubs war dem Bericht zufolge bereit, für ein Entgegenkommen der Regierung in der Statthalterfrage die Opposition aufzugeben; die Sozialdemokraten wollten aus dem Polenklub austreten, um so freie Hand in der Agitation gegen Approvisionierungsmaßnahmen zu haben, ihre politische Organisation zu stärken und sich auf die nach Beendigung des Krieges bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen vorzubereiten. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117.

<sup>54</sup> Vgl. Präsidium des k. k. Ministeriums des Innern, Protokoll Nr. 9438 M.I. ex 1917. Datum 30.5., Präs. 6. 6.1917. Beratungen der polnischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten. Eingelangt von Polizeidirektion Krakau. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117.

<sup>55</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 228. Botho Graf von Wedel an Reichskanzler Georg Michaelis, 22.7.1917. PA AA, R. 8977.

<sup>56</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 228. Wedel an Michaelis, 22.7.1917. PA AA, R. 8977.

Rußland eher aus kurzfristigen taktischen Überlegungen heraus. Zum einen werde so die gegenwärtige Verwirrung in Rußland erhöht und eine Fortführung des Krieges erschwert, zum anderen versetze man dem wachsenden Übermut der Polen einen Dämpfer: „Nichts würde den Polen mehr erschrecken, als wenn ihm damit gedroht würde, bei zu weitgehender Unbotmäßigkeit den Ruthenen gegen ihn auszuspielen“.<sup>57</sup>

Die vorgesehene Erweiterung der galizischen Autonomie fand unter den österreichischen Nationalitäten eine geteilte Aufnahme. Die Deutschen nahmen es positiv auf, daß die Polen aus dem Reichsrat ausschieden. Insbesondere industrielle Kreise äußerten sich jedoch besorgt darüber, daß in Galizien eine leistungsfähige Industrie entstehen könne. Weiter fürchtete man den Verlust eines in wirtschaftlicher Hinsicht an Bodenschätzen wertvollen Kronlands. Die Tschechen forderten verstärkt nationale Sonderrechte und die Bildung eines böhmischen Kronlands; sie befürchteten eine für sie selbst ungünstige Kräfteverschiebung im österreichischen Parlament. Bei den österreichischen Polen gab es zwar vor allem unter der Aristokratie auch solche mit „schwarz-gelber Gesinnung“, die Mehrheit hingegen sah die angekündigte Regelung nur als Schritt auf dem Weg zu einer Vereinigung mit dem Königreich Polen.

Mit Entsetzen reagierten die ostgalizischen Ukrainer, die sich den Polen ausgeliefert und von Österreich verraten sahen. Kost' Levyckyj ersuchte mehrfach die deutsche Botschaft in Wien um Unterstützung. Er erhielt jedoch die Antwort, daß es sich um einen Hoheitsakt der österreichischen Regierung handele, in den die reichsdeutsche Seite sich nicht einmischen könne. Wilhelm Prinz zu Stolberg-Wernigerode, der nach dem Tode Tschirschkys kurzzeitig die Botschaft leitete, zeigte sich letztlich ratlos: Einerseits dürfe man die Ukrainer nicht schutzlos der polnischen Herrschaft überantworten, andererseits könne man den Polen eine Abtrennung Ostgaliziens nicht zumuten, da eine Regelung der polnischen Frage im österreichischen Sinne nicht mehr möglich sei. Angesichts dessen wirkt sein Hinweis, daß es nicht im Interesse der Mittelmächte liege, sich die Sympathien der österreichischen Ukrainer zu verscherzen und sie Rußland in die Arme zu treiben, ebenso halbherzig, wie die Feststellung: „Denn wir müssen jedenfalls wünschen, daß das Zentrum der ukrainischen Anziehungskraft in Lemberg liegt, und nicht in Kiew.“<sup>58</sup>

Der deutsche Bündnispartner reagierte auf das kaiserliche Handschreiben vom 5. November 1916 brüskiert, beließ es jedoch bei einer Beschwerde in Wien, von der Erweiterung der galizischen Autonomie zu spät in Kenntnis gesetzt worden zu sein.<sup>59</sup> Hinzu kamen Befürchtungen, denen zufolge das vermeintliche Entgegenkommen der österreichischen Regierung den galizischen Polen gegenüber den Prozeß der allmählichen Loslösung Galiziens von der Monarchie noch beschleunige. Darüber hinaus fürchtete man, daß die österreichisch-ungarischen Ukrainer nun zu

---

<sup>57</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 235. Wedel an Michaelis, 5.8.1917. PA AA, R. 8977.

<sup>58</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 318. Stolberg an Bethmann Hollweg. Wien, den 11.11.1916. PA AA, R. 8976.

<sup>59</sup> Vgl. Telegramm Hughes Nr. 1350. Bethmann Hollweg an Werner Freiherr von Grünau. Berlin, den 6.11.1916. PA AA, R. 8981.

Rußland abschwenkten oder aber selbst mit weitergehenden politischen Forderungen aufträten. Neben all diesen Gefahren fiel die Stärkung des deutschen Elements in Österreich aus reichsdeutscher Sicht kaum noch ins Gewicht.<sup>60</sup>

Die ukrainischen Parlamentarier legten bereits am 4. November 1916 unterschiedenen Protest gegen die unmittelbar bevorstehende Promulgierung eines die Sonderstellung Galiziens begründenden Staatsaktes ein, der mit der Preisgabe der viertgrößten Nation des Staates an ihren Erfeind, die Polen, gleichbedeutend sei. Das ukrainische Volk habe während seiner ganzen Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn den Standpunkt vertreten, nur in der engsten Anlehnung an die „Allerhöchste Habsburgerdynastie“ seine nationale Entwicklung erwarten zu können. Dazu hätte jedoch Ostgalizien als überwiegend ukrainisches Land der nationalen ukrainischen Verwaltung vorbehalten und in die engste Verbindung mit dem Gesamtstaat als reichsunmittelbares Land gebracht werden sollen.<sup>61</sup> Ein von der UPR angedrohter und von deutschen diplomatischen Kreisen befürchteter Paradigmenwechsel von einer austrophilen zu einer verstärkt russophilen Orientierung vollzog sich jedoch nicht. Nur Vertreter der jüngeren Generation meinten, daß die Ukrainer sich ihren ärgsten Feinden, den Polen, durch eine Schwenkung in Richtung Osten entziehen sollten. Die ostgalizischen Ukrainer seien dann mit ihren Konnationalen im Russischen Reich vereint und würden aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke „immer noch etwas bedeuten“ und sich national durchsetzen. Für den Entschluß der besonneneren Mehrheit, vorerst abwarten zu wollen, sei deren Mißtrauen Rußland gegenüber ausschlaggebend gewesen. Im Falle eines russischen Sieges erwarte man eine noch stärkere Unterdrückung der ukrainischen Bewegung, im Falle einer Niederlage hingegen eine Revolution, die sich gegen die Autokratie richten werde. Kost' Levyc'kyj beklagte sich, daß Stürgkh ihm die Errichtung eines ukrainischen Kronlandes verbindlich zugesagt habe, und vermutete hinter dem kaiserlichen Handschreiben die Absicht eines Friedensschlusses mit Rußland:

„Er [Kost' Levyc'kyj, T.W.] könne die Opferung seines Volkes nur dann begreifen, wenn die Kundmachungen vom 5. November auf geheimem Einverständnis mit Rußland beruhten, und also den Weg zu einer Verständigung über einen Friedensschluss mit dieser Macht eröffnen sollten.“<sup>62</sup>

Die für Galizien vorgesehene Sonderstellung trug nach Ansicht des deutschen Generalkonsuls in Lemberg den Keim „wildester innerer Kämpfe mit den Ukrainern“ und „illoyaler Flucht aus dem österreichischen zum polnischen Reichsverbande“.<sup>63</sup>

Es spricht für die Dynastietreue der ostgalizischen Ukrainer, wenn sogar ein dem nahezu völligen Fiasko ihrer politischen Bestrebungen gleichkommender Akt

<sup>60</sup> Vgl. Telegramm Nr. 1365. Abschrift nebst Randbemerkungen an den Chef des Generalstabes des Feldheeres Paul von Beneckendorf und von Hindenburg. Gottlieb von Jagow an Grünau. Pleß, den 9.11.1916. PA AA, R. 8981.

<sup>61</sup> Vgl. PA AA, R. 8976: Vom Präsidium der Ukrainischen Parlamentarischen Vertretung. Wien, den 4.11.1916.

<sup>62</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G. 200. Betrifft: Aufnahme der Kundmachung vom 5.11. in Galizien. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 16.11.1916. PA AA, R. 8976.

<sup>63</sup> Ebenda.

wie das kaiserliche Handschreiben über die Erweiterung der galizischen Autonomie letztlich nur einen personellen Wechsel an der Spitze, aber keine grundlegende Revision der eigenen Politik herbeiführte. Das von Kost' Levyc'kyj geleitete Präsidium der ZURada trat am 6. November 1916 geschlossen zurück und übernahm nur bis auf weiteres die Führung der laufenden Angelegenheiten. Zwei Tage später wurde der ukrainische parlamentarische Klub aufgelöst und die Ukrainische Parlamentarische Repräsentation (Ukrajins'ka Parlamentarna Reprerentacija – UPR) aus den ukrainischen Abgeordneten Ostgaliziens unter Führung des Ältesten Julijan Romančuk gebildet. Die Opposition war damit ihrem Ziel, Kost' Levyc'kyj und Vasyľ'ko von der Führung zu verdrängen, bedeutend nähergekommen. Zu einer Revision der eigenen politischen Bestrebungen kam es jedoch nicht: Vielmehr traten die ukrainischen Abgeordneten allein aus taktischen Gründen schärfer gegen die Regierung auf.<sup>64</sup> Anfang 1917 initiierte die UPR eine Vielzahl von Volksversammlungen gegen die Erweiterung der galizischen Autonomie. Die Versammelten richteten an die kaiserliche Regierung eine Petition, in der erneut um die Teilung des Kronlandes Galizien in zwei nationale Provinzen ersucht wurde. Die Schaffung eines ukrainischen Kronlandes stärke die nationale Entwicklung der Ukrainer, die in enger Verbindung mit Österreich eine Verteidigungsmauer gegen Rußland bildeten:

„Erst eine gesonderte, eng mit den zentralen österreichischen Institutionen verbundene ukrainische Provinz Ostgalizien macht aus Ostgalizien ein wirkliches Piemont des Ukrainismus und trägt den Einfluß Österreichs weit über dessen Staatsgrenzen hinaus“.<sup>65</sup>

Außerdem machte man für eine Teilung geltend, daß das im Krieg viel stärker als der westliche Landesteil vernichtete Ostgalizien eine eigene Wirtschaftspolitik bräuchte. Auch eine Lösung der Landfrage sei letztlich nur im Falle einer Kronlandsteilung möglich.<sup>66</sup>

Die Ernennung des Deutschböhmen Karl Graf Huyn zum Statthalter von Galizien und Zeitungsmeldungen über einen Empfang ukrainischer Vertreter durch Kaiser Karl I. ließen einen Wechsel weg von einer offen polenfreundlichen zu einer Politik vermuten, die den Aspirationen der ukrainischen Politik bessere Aussichten eröffnete. Karl hatte nach dem Tode Franz Josephs I. am 21. November 1916 die Herrschaft in der Donaumonarchie übernommen und schlug dem Obmann der UPR Romančuk und dem Präsidenten des ZURada Kost' Levyc'kyj am 15. Februar 1917 auf einer Audienz selbst vor, aus Ostgalizien und der Bukowina ein ukrainisches Kronland zu bilden, aber erst nach dem Kriege. „Dilo“ berichtete, daß Huyn auf einer Konferenz am 8. März 1917 mit den Abgeordneten Romančuk, Petruševyč und Kyrylo Trylovs'kyj den Patriotismus der ukrainischen Bevölkerung hervorgehoben und versichert hatte, sein Hauptgewicht auf die wirtschaftlichen Ver-

---

<sup>64</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmahan'*, S. 428, 432f, 499.

<sup>65</sup> *Vysoke c.k. Pravytel'stvo!* Der Karton enthält eine Vielzahl von Petitionen, die auf in Ostgalizien durchgeführten Volksversammlungen beschlossen wurden. Auf den Vordrucken mußten nur noch Ort und Datum eingetragen werden. Vgl. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2181.

<sup>66</sup> Vgl. ebenda.

hältnisse in Galizien legen zu wollen.<sup>67</sup> Polnische Konservative empfanden den Besuch Huyns beim Präsidium der UPR als Affront.<sup>68</sup>

Die Mitglieder des erweiterten Nationalkomitees der UNDP und ihre Vertrauensmänner tagten an den ersten beiden Februartagen 1917. Reinlender maß vor allem einer Resolution Barans Bedeutung bei, der zufolge der Kongreß die Errichtung der UPR als einziger Repräsentation der politischen Interessen des ukrainischen Volkes zur Kenntnis nehme; das Fortbestehen der ZURada zur Vertretung der allgemeinen Interessen des gesamten ukrainischen Volkes sei jedoch unumgänglich, vor allem in Bezug auf die Angelegenheiten des ukrainischen Schützenwesens und der besetzten ukrainischen Gebiete. Reinlender konstatierte, daß Kost' Levyc'kyj damit seinen Einfluß wieder gefestigt habe.<sup>69</sup>

Der Machtkampf zwischen Kost' Levyc'kyj, Vasyl'ko und ihren Parteigängern auf der einen Seite und einer oppositionellen Gruppe ukrainischer Parlamentarier um Petruševyč, Cehels'kyj und Jevhen Levyc'kyj auf der anderen Seite währte faktisch bis zum Untergang des Habsburgerreiches und wirkte sich nicht nur auf das politische Leben der österreichisch-ungarischen Ukrainer negativ aus, sondern auch auf deren politischen Kurs.<sup>70</sup> Sogar bei einer einigen, zielgerichteten ukrainischen Politik gegenüber den Mittelmächten wäre es aber wegen deren Interesse an der polnischen Frage schwierig gewesen, eine Umsetzung des eigenen, zum Maximalismus tendierenden Programms zu erreichen. Außerdem bildete auch der politische Gegner keinen monolithischen Block. Als weitaus nachteiliger erwies sich, daß ukrainische Parteien und Organisationen ihre Zukunft allein mit dem Habsburgerreich verknüpft sahen.

Die UPR beschloß auf ihrer Sitzung vom 8. und 9. Februar 1917 anlässlich der Absichtserklärung der Entente, die österreichischen Slaven befreien zu wollen, ein Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson zu richten. Dort sollte festgestellt werden, daß Rußland nicht nur den Ukrainismus innerhalb seiner Grenzen, sondern auch in Ostgalizien habe rücksichtslos vernichten wollen. Der Machtverfall im Russischen Reich nach der Februarrevolution eröffnete der dortigen ukrainischen Bewegung erstmals reale Aussichten auf eine Verwirklichung eigener politischer Konzeptionen, die jedoch nicht auf die volle politische Unabhängigkeit in Form der Eigenstaatlichkeit, sondern auf die Zusammenfassung

---

<sup>67</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Betrifft: Österreichische Politik gegenüber den Ukrainern. Heinze an Bethmann Hollweg. Lemberg, den 13.3.1917. PA AA, R. 8976; Kost' Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmahanj*, S. 520f.

<sup>68</sup> Vgl. Lemke, *Allianz und Rivalität*, S. 430.

<sup>69</sup> Vgl. K. k. Polizeipräsidium. Reinlender an k. k. Statthaltereipräsidium. Lemberg, den 6.2.1917. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117; Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmahanj*, S. 508.

<sup>70</sup> Vgl. Rasevyč, *Dijal'nist' ukrajins'kych polityčnych orhanizacij*, S. 320f, 322, 330, passim; Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmahanj*, S. 499f, 544f. Levyc'kyj rechtfertigt die weitgehend erfolgreiche ukrainische politische Tätigkeit im Jahre 1917 mit der aufgrund von persönlichen Antagonismen langwierigen Abgrenzung zwischen ZURada und UPR: „Aber Zeit war äußerst kostbar, weil die Revolution in Rußland *neue Bedingungen von außerordentlicher Bedeutung* schuf, und darum durfte man nicht untereinander streiten oder eine Versöhnung abwarten, sondern hätte sich gemeinsam der unaufhörlichen Arbeit in den eigenen Organisationen ohne Rücksicht auf die Sympathie ihrer Führer stellen müssen“ (ebenda, S. 422; Hervorhebungen im Original).

überwiegend ukrainischer Gebiete zu einer weitgehend autonomen Einheit im Rahmen eines föderalen russischen Staates abzielten. Die ukrainischen Parlamentarier begrüßten die Februarrevolution auf ihrer Sitzung vom 3. April 1917 in Wien mit der Hoffnung, daß die unter russischer Herrschaft befindlichen mehrheitlich von Ukrainern bewohnten Gebiete Autonomie erlangten und das neue Rußland nationale Rechte und Freiheiten achte, um im Interesse der Demokratie den Weltkrieg so schnell wie möglich zu beenden.<sup>71</sup>

Die Ereignisse des Revolutionsjahres 1917 im Russischen Reich beeinflußten die innenpolitische Entwicklung in Österreich-Ungarn nachhaltig und schufen erst die eigentliche Grundlage für die politische Tätigkeit der ostgalizischen Ukrainer. Der Lemberger Polizeidirektor Reinlender berichtete Mitte Juni 1917 an das Statthaltereipräsidium nach Biala, daß die ukrainische Presse in Österreich den Autonomiebestrebungen in der Ostukraine große Aufmerksamkeit widme. Obwohl die dortige ukrainische Bewegung sich noch im Anfangsstadium befände, scheine sie auch die von den Ruthenen bewohnten Gebiete der Habsburgermonarchie umfassen zu wollen. Dafür sprächen die Ernennung Dmytro Doroßenkos und die Erklärung Sergej Jevremovs, dem zufolge der autonomen Ukraine auch Galizien, die Bukowina und ein Teil Ungarns angehören sollten. Die ukrainische Presse Österreich-Ungarns sei überzeugt, daß die Autonomiebestrebungen in der Ostukraine den österreichischen Ukrainern helfen würden, denn die Lage der Ukrainer in Österreich könne keinesfalls ungünstiger sein als die ihrer Konnationalen in Rußland. Eine nennenswerte Irredenta der Ukrainer Österreich-Ungarns hingegen machte der Lemberger Polizeidirektor nicht aus.<sup>72</sup>

Wenn es 1917 bei allgemeinen Überlegungen über die Kontaktaufnahme zu Entente-Staaten blieb, dann weniger darum, weil dies eine Verfolgung des ukrainischen Volkes in Österreich hätte provozieren können. Wesentlicher erscheint die traditionelle Dynastietreue der ostgalizischen Ukrainer, die von dem Wechsel auf dem Habsburgerthron verbesserte Chancen für ihre Politik erwarteten.<sup>73</sup> Die Frage der rechtsstaatlichen Neuordnung Österreich-Ungarns beschäftigte auch das im Mai 1917 erstmals seit Kriegsausbruch einberufene österreichische Parlament. Petruševyč stellte in einer am 30. Mai verlesenen rechtsstaatlichen Verwahrung der ukrainischen Abgeordneten im Reichsrat fest, daß diese die Emanzipationsbestrebungen der Ukrainer in Rußland herzlichst begrüßten. In Österreich ließe man nicht eher vom Kampf ab, bis nicht die ganze ukrainische Nation auf ihrem gesamten nationalen Territorium ihre vollsten Rechte erlange. Trotz des kämpferischen Tons blieb die Erklärung aber bei den traditionellen ukrainischen Forderungen stehen.

Ukrainische Politiker des Habsburgerreiches erreichten trotz der durch die Autonomiebestrebungen in der Ostukraine wesentlich verbesserten Aussichten kaum mehr als vage Zugeständnisse seitens maßgeblicher Kreise des Reiches bezüglich der Einrichtung eines ukrainischen Kronlands. Ebenso erfolglos blieb der von Vertretern ukrainischer wirtschaftlicher Organisationen und Abgeordneten am

<sup>71</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmanan'*, S. 518, 540-542.

<sup>72</sup> Vgl. Präsidium der k. k. Polizeidirektion. Reinlender an das k. k. Statthaltereipräsidium in Biala. Lemberg, den 14.7.1917. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2117.

<sup>73</sup> Vgl. Auszüge aus Brief Panejkos an Kost' Levyc'kyj vom 1.5.1917, in: Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmanan'*, S. 552f.

1. und 2. August in Lemberg unternommene Versuch, eine gesonderte Zentrale für den Wiederaufbau Ostgaliziens mit Sitz in Lemberg als Schritt in Richtung einer zumindest wirtschaftlichen Teilung Galiziens zu initiieren. Sowohl in Gemeinde- und Kreiskomitees als auch in der Zentrale war die Beteiligung am Wiederaufbau vorgesehen, der den Großgrundbesitz nicht umfassen sollte, ebenso wie eine planmäßige Rückführung der evakuierten Bevölkerung über Hilfe mit Baumaterialien und Saatgut. Die Zentrale sollte ein eigenes Budget für den Wiederaufbau Ostgaliziens vorlegen. Mitte August trat Romančuk als Vorsitzender der UPR zurück, an seine Stelle trat Petruševyč. Um die Zustimmung der ukrainischen Abgeordneten zum Staatshaushalt zu gewinnen, setzte der österreichische Ministerpräsident Ernst Seidler von Feuchtenegg beim Kaiser die Ernennung von Ivan Horbačevs'kyj zum Minister für Volksgesundheit am 31. August 1917 durch.<sup>74</sup> Horbačevs'kyj war der erste ukrainische Minister in Österreich, was die Einflußlosigkeit der Ukrainer in Wien unterstreicht.

Lozyns'kyj erwartete von den Mittelmächten eine offizielle Erklärung, Frieden nicht mit der russischen Regierung, sondern „den vom zaristischen Joch befreiten Völkern“, darunter den Ukrainern, schließen zu wollen. Für den Fall einer Fortdauer des Krieges solle man hervorheben, daß ein etwaiges Vorrücken der Mittelmächte in die Ukraine nur eine Niederringung Rußlands bezwecke. Es sei jedoch nicht beabsichtigt, dabei gewonnene ukrainische Gebietsteile an den zu errichtenden polnischen Staat anzugliedern. In jedem Fall aber müsse Österreich, falls es sich nicht den Gefahren einer ukrainischen Irredenta aussetzen wolle, der Kronlandsteilung zustimmen und eine eigene ukrainische Provinz einrichten.<sup>75</sup> Während die Polen öffentlich den Ukrainern weitgehende Autonomie versprochen, lehnten diese ebenfalls öffentlich jede Gemeinsamkeit mit Polen entschieden ab und verlangten Autonomie unter Wien, statt unter Warschau, sowie im Falle einer Ablehnung dieser Forderung die Vereinigung mit der russischen Ukraine.<sup>76</sup>

Seidler teilte den ukrainischen Abgeordneten auf einer Konferenz am 18. Oktober 1917 mit, daß die österreichische Regierung weder der Bildung einer gesonderten Zentrale für den Wiederaufbau Ostgaliziens noch eines Beirates, sondern allein einer Stärkung der ukrainischen Vertretung in einer gesamtgalizischen Zentrale zustimmen könne. Die Einrichtung einer ukrainischen Universität sei verfrüht. Eine Erklärung über die ukrainischen Länder könne der Kaiser noch nicht abgeben. Die österreichische Regierung machte den Ukrainern durch die Berufung von Ukrainern auf hohe Verwaltungsposten Konzessionen: Ein Hofrat sollte in den Landesschulrat ernannt, ein Beamter in das Präsidium der galizischen Statthalterei berufen und vier Beamte in die Wiener Ministerien aufgenommen werden. Die Vorschläge der österreichischen Regierung fanden unter den ostgalizischen Ukrainern eine geteilte Aufnahme: Während das Nationalkomitee der UNDP am 20. Ok-

<sup>74</sup> Vgl. Levyc'kyj. *Istorija vyzvol'nych zmahan'*, S. 584f, 591f.

<sup>75</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsches Konsulat. Anlage zum Bericht Nr. G. 213/17 vom 17.10.1917. Dr. Mychajlo Lozyns'kyj: *Der sich bildende ukrainische Staat und die Mittelmächte*. Pa AA, R. 8977: Ebenda: „*Wenn es im Interesse der Mittelmächte liegt, durch Anerkennung der Ukraine als eines unabhängigen Staates Rußland dauernd zu schwächen, so darf kein Streifen ukrainischen Gebiets unter polnische Herrschaft gelangen*“ [Hervorhebungen im Original, T.W.]“.

<sup>76</sup> Vgl. PA AA, R. 8977: Telegramm Nr. 758. Wedel an Auswärtiges Amt. Wien, den 8.11.1917.



tober in Lemberg die Vorschläge ablehnte und ein Auftreten gegen die Regierung sowohl im Parlament als auch im Ausland befürwortete, wollte die UPR die Regierung durch eine Abstinierung bei der Abstimmung über das Budget retten.<sup>77</sup> Die Machtkämpfe innerhalb der ukrainischen Politik des Habsburgerreiches behinderten deren Erfolgsaussichten nachhaltig. Petruševyč und Jevhen Levyc'kyj wandten sich im Namen des Präsidiums der UPR an Wedel und stellten fest, daß Vasył'ko, der im Auftrag Czernins in Berlin über ukrainische Angelegenheiten verhandele, dazu weder Recht noch Vollmacht besitze. Im Namen der gesamten ukrainischen Vertretung legten sie Protest gegen jeden Anschluß Ostgaliziens an einen neuen polnischen Staat ein.<sup>78</sup>

Der griechisch-katholische Metropolit Šeptyc'kyj kehrte am 10. September 1917 aus dreijähriger russischer Gefangenschaft nach Lemberg zurück. Ukrainische Kirchen, Schulen, Vereine und eine unabsehbare Menge standen vom Bahnhof bis zum erzbischöflichen Palast Spalier und bereiteten Šeptyc'kyj einen überwältigenden Empfang.<sup>79</sup> Heinze erhoffte sich von dem Eintreffen des Metropoliten eine Einigung der ukrainischen Politiker, denen nun das Haupt und feste Führung wiedergegeben worden seien. Šeptyc'kyj sprach sich auf einem feierlichen Abendessen im erzbischöflichen Palast dafür aus, daß Ostgalizien für die russische Ukraine eine stets zunehmende kirchenpolitische und kulturelle Bedeutung gewinnen müsse. Die Ukrainer schlossen sich bei ihrem Versuch, den kirchlichen Zusammenhang zu Rußland zu lösen, wegen der Schwäche einer autokephalen Kirche und des Fehlens einer größeren Anzahl gebildeter Priester, am ehesten der griechisch-katholischen Kirche an. Darin sah er eine Öffnung der Ukraine, die sich politisch nach Mitteleuropa orientiere, für die westliche Kultur: „Eine *unierte* ukrainische Bevölkerung würde dem europäischen, eine *orthodox* bleibende aber dem russisch-byzantinischen Geistesleben zugehören“.<sup>80</sup>

Šeptyc'kyj schwebte zunächst kein Anschluß an die Ostukraine vor. Ostgalizien sollte eine Brücke zwischen der Ukraine und den Mittelmächten bilden. Unterstützung für seine weitreichenden Pläne fand der griechisch-katholische Metropolit bei österreichisch-ungarischen Staatsmännern jedoch offenbar nicht: Bei einem von Vasył'ko zu seinen Ehren am 19. November 1917 in Wien veranstalteten Abendessen äußerte er, daß die österreichische Regierung der ukrainischen Bewegung nicht rechtzeitig entgegengekommen sei. Dabei ging es ihm etwa um die Einrichtung einer ruthenischen Universität in Lemberg, wodurch das geistige Zentrum der Ukrainer dorthin verlegt und die Intelligencija von jenseits der Grenze herübergezogen worden wäre. Eine eventuelle Sonderstellung der Ukrainer innerhalb der Grenzen eines neuen polnischen Staates genüge diesen nicht. Šeptyc'kyj beklagte sich bei dem reichsdeutschen Gesandten Stolberg über das Fehlen an „bedeutenden Männern“, die die Tragweite solcher Fragen wie der ukrainischen auf lange Sicht zu erkennen imstande seien. Stattdessen seien leitende Staatsmänner Österreich-

<sup>77</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zman'*, S. 588-594, 607.

<sup>78</sup> Vgl. Telegramm Nr. 575. Wedel an Auswärtiges Amt. Wien, den 3.9.1917. PA AA, R. 8977.

<sup>79</sup> Vgl. Telegramm. Kaiserliches Konsulat an Auswärtiges Amt. Lemberg, den 10.9.1917. PA AA, R. 8977.

<sup>80</sup> Kaiserliche Botschaft in Wien. Nr. 335. Betrifft: Äußerungen des Lemberger Metropoliten Graf Šeptyc'kyj. Wedel an Reichskanzler Georg Graf von Herling, den 19.11.1917. PA AA, R. 8977.

Ungarns allein darauf bedacht, augenblickliche Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.<sup>81</sup> Letztlich bildete den Gegenstand der Beschwerden Šeptyc'kyjs die weitgehende Marginalisierung der ukrainischen Frage in der österreichisch-ungarischen Politik. Šeptyc'kyj ließ jedoch außer acht, daß führende politische Organisationen der ostgalizischen Ukrainer es nicht verstanden hatten, die Autonomiebestrebungen in der Ostukraine nach der Februarrevolution 1917 für die Durchsetzung der eigenen politischen Zielsetzungen Wien gegenüber zu nutzen. Auch seine weitreichenden kirchenpolitischen Pläne verbesserten die Erfolgsaussichten ostgalizisch-ukrainischer Politik kaum.

---

<sup>81</sup> Vgl. ebenda.

## 2. Der Brester Friede zwischen den Mittelmächten und dem ukrainischen Zentralrat vom 9. Februar 1918 als Ursache für die Verschärfung des Ostgalizienproblems

### 2.1. Der Brester Frieden als vierte Teilung Polens

Österreich-Ungarn hielt als Reich länger stand als Rußland, das 1917 von zwei Revolutionen erschüttert wurde: zunächst von der Februar-, dann von der Oktoberrevolution. Ende 1917 verhandelten die Mittelmächte über den Abschluß eines Separatfriedens an der Ostfront. Die Unterhandlungen der Mittelmächte mit dem bolschewistischen Rußland und mit der ukrainischen Zentralrada mußten auch die polnisch-ukrainischen Beziehungen in Ostgalizien nachhaltig beeinflussen. Deutschland meinte, daß die ab Mitte Dezember 1917 mit der ukrainischen Delegation geführten Verhandlungen die Bolschewiki schwächen und diese zu einem schnelleren Vertragsabschluß bewegen würden; Österreich-Ungarn fand sich zu Gesprächen mit den Ostukrainern vor allem wegen der gerade im Januar 1918 dramatisch zugespitzten Versorgungslage bereit. Ein Geheimvertrag legte fest, daß die österreichische Regierung ein ukrainisches Kronland einrichten würde, wenn die Ukraine alle Bestimmungen des Friedensvertrags einhielte, einschließlich der Getreidelieferungen. Die Ukrainer erlangten die Zustimmung der Mittelmächte zu einer für sie günstigen Grenzziehung bezüglich des Cholmer Landes.<sup>82</sup>

Noch Ende Januar 1918 hatte „Czas“ den österreichisch-ungarischen Außenminister als „Staatsmann“ mit breitem politischen Horizont bezeichnet. Dieses Urteil stützte das Organ der Krakauer Konservativen auf Äußerungen Czernins, denen zufolge unzweifelhaft polnische Gebiete zum zukünftigen polnischen Staat gehören sollten. „Czas“ verstand darin vor allem den Anschluß der östlichen Kresy im allgemeinen und Ostgaliziens im besonderen an das künftige Polen.<sup>83</sup> Das k. u. k. Militärkommando in Przemyśl registrierte Anfang Februar eine scharfe Agitation allpolnischer Parteien gegen die austropolnische Lösung der polnischen Frage. Das Königreich Polen müsse, vergrößert um Galizien, die preußischen Gebietsteile und Teschen-Schlesien, Zugang zum Meer erhalten.<sup>84</sup> Am 2. Februar fand im Lemberger Rathaussaal eine Zusammenkunft der polnischen konservativen und demokratischen Parteien der „Nationalen Arbeit“ unter Vorsitz des Landesausschußmitglieds Jahl statt, mit dem Ziel, Propaganda für die Vereinigung Galiziens mit dem Königreich Polen unter der Habsburgerdynastie zu machen. Am Abend desselben Tages versammelte sich die nationaldemokratische Jugend zu einer Gegenkundgebung, auf der auch die nationaldemokratischen Reichsratsabgeordneten Głąbiński und Skarbek auftraten. Bei der darauffolgenden Demonstration kam es zu Ausschreitungen gegen in Lemberg vorhandene kaiserlich-deutsche Militärposten, Offiziere und Soldaten; ein Student wurde getötet.<sup>85</sup>

<sup>82</sup> Bihl, Brest-Litovsk, S. 76f, 80f, 120-128.

<sup>83</sup> Vgl. Dwa stanowiska, in: Czas, Nr. 44, 26.1.1918.

<sup>84</sup> Vgl. K. u. k. Militärkommando in Przemyśl. Obstl. Janda an Evidenzbüro des k. u. k. Generalstabs. Politischer Stimmungsbericht. Przemyśl, den 10.2.1918. KA, MKSM 28-1/5-1.

<sup>85</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat. Nr. G.32. Betrifft: Straßenkrawalle in Lemberg. Heinze an Hertling. Lemberg, den 6.2.1918. PA AA R 8978.

In der ohnehin schon erregten und politisch stark angespannten Lage in Galizien, die durch Versorgungsschwierigkeiten wie den gerade eingetretenen Mehlmangel noch verschärft wurde, nahm die polnische Bevölkerung die ersten Nachrichten über die Grenzbestimmungen hinsichtlich des Cholmer Landes mit Trauer und Bestürzung auf. Nachdem der Polenklub im österreichischen Herren- und Abgeordnetenhaus die schärfste Opposition angekündigt habe, wolle kein Pole noch etwas von einer austropolnischen Lösung wissen. Heinze registrierte in Krakau und Lemberg eine revolutionäre Stimmung, die sich gegen Deutschland nicht mehr als gegen die eigene Regierung richte.<sup>86</sup>

Für den 18. Februar planten die galizischen Polen eine Protestkundgebung gegen den Brester Frieden. Die Eventualitäten eines Generalstreiks und der damit verbundenen Lahmlegung des öffentlichen Lebens waren Gegenstand einer Lagebesprechung beim Statthalter. Huyn sprach sich gegen die Verhängung des Belagerungszustandes aus, da es zu keinen Exzessen kommen werde. Die Heranziehung eines ungarisch-rumänischen Regiments, eines weiteren Bataillons und kleinerer Truppenkörper wurden als ausreichend angesehen. Reinlender sah die bevorstehende Kundgebung als „notwendigen Auspuff für die überspannte nationale Empfindlichkeit“.<sup>87</sup> In Berichten nach Wien dagegen bezeichnete Huyn Zahl und Qualität seiner Truppen als ungenügend, um gegen erwartete tiefgreifende Unruhen vorgehen zu können.<sup>88</sup> In einem Telegramm an den Minister des Innern vom 16. Februar stellte er fest, daß die Bewegung bei äußerlicher Ruhe im ganzen Lande zunehme und vom ersten Augenblick an alle Schichten der Bevölkerung ergriffen habe. Da mit dem Demissionieren oder Versagen von Beamten zu rechnen sei, bitte er darum, daß vor einer offiziellen Verlautbarung der Friedensbestimmungen Truppen von der Ostfront das Land besetzen sollten, welche im Notfall die Verwaltung übernehmen könnten.<sup>89</sup>

Das Ausmaß der polnischen Protestkundgebungen schließlich übertraf diese Befürchtungen noch. In Przemyśl etwa hielt der römisch-katholische Bischof Józef Sebastian Pelczar eine Predigt, in der er auf die „vierte Teilung Polens“ zu sprechen kam und in scharfen Worten den Verrat Deutschlands und Österreichs an den Polen besprach. Ein Aufruf forderte alle Polen zur Niederlegung ihrer österreichischen Orden und Titel auf. An einer großen Kundgebung des folgenden Tages beteiligten sich hohe polnische Beamte der Bezirkshauptmannschaft, der Regierungskommissär der Stadt Przemyśl Łyszkowski, die Beamten der staatlichen Behörden und der Staatseisenbahn, der römisch-katholische Klerus mit den Alumnen, sämtliche polnische Schulen, deren Lehrer und Lehrerinnen sowie breite Kreise der polnischen Bevölkerung. Alle Teilnehmer trugen rot-weiße Maschen, Staatsbeamte überwiegend Zivil, vereinzelt, vor allem Eisenbahnbeamte und –bedienstete, aber auch Uniform. Vor der Residenz des römisch-katholischen Bischofs Pelczar wurde im

<sup>86</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat. Nr. G.41/18. Heinze an Hertling. Lemberg, den 14.2.1918. PA AA R 8978.

<sup>87</sup> Vgl. Heinze an Hertling. Lemberg, den 16. Februar 1918. PA AA, R 8978.

<sup>88</sup> Vgl. Telegramm Czernin an AOK. Brest-Litovsk, den 10.2.1918. HHStA PA I, K. 1039.

<sup>89</sup> Vgl. Abschrift eines im Wege des Evidenzbüros des KM eingelangten Chiffretelegramms des Statthalters Graf Huyn an den Minister des Innern vom 16.2.1918. HHStA, Ministerium des Äußern. Literarisches Büro (Presseleitung). K. 156.

Anschluß ein Huldigungseid für die nationale Sache geleistet. Alle Zivilämter und Behörden der Stadt waren, ebenso wie die Geschäftsläden, geschlossen, der Eisenbahnverkehr ruhte von neun Uhr früh bis sechs Uhr abends. Die Mittelschuljugend sei stark überreizt und horte Waffen für den zukünftigen Freiheitskampf gegen Deutschland und Österreich. Gleichartige Demonstrationen seien in allen größeren Städten des Militärkommandobereichs veranstaltet worden, wobei es vereinzelt auch zu Lärmszenen und dem Einschlagen von Fensterscheiben gekommen sei:

„Die derzeitige politische Gesamtsituation muß als äußerst bedenklich bezeichnet werden. Die Worte „Revolution“, „Aufstand“, „Kampf gegen Deutschland und Österreich“ werden allgemein und öffentlich in der Bevölkerung gebraucht. Die radikalen Elemente der allpolnischen und sozialistischen Parteien beherrschen die öffentliche Meinung der polnischen Bevölkerung. Vertrauensleute berichten, daß in diesen Kreisen öffentlich davon gesprochen wird, die Bevölkerung binnen drei Monaten revolutionsreif zu machen.“<sup>90</sup>

Als exemplarisch für die Perzeption der Ereignisse vom 18. Februar 1918 durch militärische Kreise des Habsburgerreiches kann ein Antrag des k. u. k. Kriegsministeriums auf die Verhängung des Ausnahmezustandes in Galizien gesehen werden. Anstoß erregte insbesondere die fast geschlossene Beteiligung der Beamtenschaft, sowohl der staatlichen als auch der Landes- und Gemeindebehörden, an den Demonstrationen, sowie Handlungen, die den deutschen Bundesgenossen und den eigenen Monarchen verunglimpften. Die Autorität der Staatsgewalt habe stark gelitten und das Vertrauen der nichtpolnischen Bevölkerung in die k. k. Behörden sei nachhaltig erschüttert worden, die Stimmung infolge der durch Vertreter der Intelligenz und die Presse betriebenen allpolnischen Agitation monarchiefeindlich. Das Kriegsministerium verlangte ein entschiedenes Eingreifen, da sonst die schärfsten Mittel zu spät einsetzen. Eine Verhängung des Ausnahmezustands könne daran scheitern, daß ein Großteil der Beamten vor Ort allpolnisch fühle und handle. Ursprünglich vorgesehen, aber später gestrichen, war ein Passus, der die Verhängung des Standrechts auf politische Delikte forderte.<sup>91</sup> Die Gefahr eines allpolnisch oder sozialistisch gelenkten Putsches wurde in militärischen Berichten nach dem Februar 1918 meist in den Vordergrund gestellt, um militärische Anliegen den Zivilstellen gegenüber leichter durchsetzen zu können. Dennoch bieten politische Stimmungsberichte von seiten der Gendarmerie- und Militärkommandos häufig interessante Momentaufnahmen zum politischen Leben der Ukrainer und Polen sowie der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Galizien. Dies gilt um so mehr, als die allpolnische Bewegung innerhalb der Behörden des Kronlands stark verbreitet war, so daß politische Berichte von dieser Seite ebenfalls mit großer Vorsicht zu lesen sind.

---

<sup>90</sup> Vgl. k. u. k. Militärkommando in Premysl, Obstl. Janda: Sonderbericht über polnische Demonstrationen und Versammlungen. Przemysl, den 19. Februar 1918. KA, MKSM 28-3/5-1.

<sup>91</sup> Vgl. KMPräs. Nr. 6993. Betrifft: Polnische Demonstration in Galizien. Antrag auf Verhängung des Ausnahmezustands. Wien, den 5.3.1918. Vorangegangen war eine Note KMPräs. Nr. 5780 vom 24.2.1918, in der die Dienstenthebung einiger höherer Beamter wegen Beteiligung an den Demonstrationen gefordert und die Verhängung des Standrechts auf politischem Delikt nahegelegt wurden. KA, KMPräs 1918/19, 52-5/4.

Am 4. März fand unter Vorsitz des Chefs der Nachrichtenabteilung Maximilian Ronge eine Besprechung der politischen Lage in Galizien und im polnischen Okkupationsgebiet mit den Leitern der Nachrichtenstellen Krakau, Przemyśl und Lublin statt. Ronge ordnete die Einrichtung eines Nachrichtenapparats aus Vertrauensleuten an, weil er infolge der unsicheren politischen Verhältnisse von einer Zusammenarbeit mit der staatlichen Beamtenschaft und sogar der Polizei keine positiven Ergebnisse erwartete. Man gewinne den Eindruck einer fieberhaften Organisationsfähigkeit, deren Ziel die vollständige Abtrennung Galiziens von der Monarchie und die Konsolidierung sämtlicher Parteien sei. Als besonders bedenklich sah man die aktive und agitatorische Beteiligung fast der gesamten k. k. staatlichen Beamtenschaft und selbst der Geistlichkeit an, weil das Volk seine Handlungsweise durch kirchliche und staatliche Würdenträger gleichsam sanktioniert sehe. Ein weiteres wichtiges Moment bilde die Beteiligung der Eisenbahner, die revolutionär gesinnt und sich ihrer Kraft bewußt seien.<sup>92</sup>

Militärische Berichtersteller verfolgten die Entwicklung bei den galizischen Eisenbahnern mit großer Aufmerksamkeit, weil die Eisenbahn wegen der Notwendigkeit von Truppenverschiebungen ein strategisch wichtiges Transportmittel darstellte. Ein möglicher Streik bilde eine um so ernstere Gefahr, als mit einem solidarischen Vorgehen polnischer und ukrainischer Eisenbahner zu rechnen sei.<sup>93</sup> Die Unzufriedenheit unter dem Eisenbahnpersonal werde von verschiedenen sozialistischen und national-radikalen Elementen ausgenutzt.<sup>94</sup> Im Kronland Galizien trete solange kein Wandel der Dinge ein, als nicht die Behörden ihre bisherige Passivität aufgäben.<sup>95</sup> Militärische Zentralstellen regten bereits frühzeitig die konsequente Unterordnung ziviler unter militärische Behörden an. Insbesondere nach dem polnischen Generalstreik in Galizien vom 18. Februar 1918 bestimmte die Perception der dortigen Verhältnisse als „latente Revolution“, die unausweichlich ausbrechen müsse,<sup>96</sup> die Berichterstattung von regionalen Gendarmerie- und Militärkommandostellen.

---

<sup>92</sup> Vgl. K. u. k. Armeeeoberkommando, Chef des Generalstabs. Eyb. Nr. 6140/I. An die Militärkanzlei Seiner Majestät des Kaisers und Königs: Politische Stimmung in Galizien und im polnischen Okkupationsgebiet anlässlich des Friedensschlusses mit der Ukraina. Standort, am 19.3.1918. KA, MKSM 69-16/10. Vgl. ebenda das Protokoll der unter Vorsitz von Ronge in Wien am 4.3.1918 abgehaltenen Sitzung.

<sup>93</sup> Vgl. K. k. Gendarmeriekommando für Galizien und die Bukowina, E.Nr. 2 Res. Situationsbericht. Generalmajor Fischer von Drauenegg an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung, Tschernowitz am 20.3.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>94</sup> Vgl. Lage im Milkndobereiche Przemyśl. Gesamtsituationsbericht pro April. Entsprechender Bericht des Milkmdo Przemyśl vom 10.5.1918. KA, KMPräs 52-5/23.

<sup>95</sup> Vgl. K. u. k. Militärkommando in Przemyśl. Präs.Nr. 8287/GCh. Politische Lage in Galizien. An das k. u. k. Kriegsministerium in Wien. Przemyśl, den 12.5.1918: „Das Militärkommando glaubt auch darauf hinweisen zu dürfen, daß die Ergreifung von Ausnahmemaßnahmen zu einem Zeitpunkt, wo sich die Ereignisse bereits überstürzen, ein unvergleichlich größeres Machtaufgebot erforderlich machen und auch den Gang der außerpolitischen Ereignisse in absehbarer Weise beeinflussen müssen.“ KA, KMPräs 52-5/23.

<sup>96</sup> Vgl. Bericht des Gendarmeriekommandanten für Galizien und die Bukowina Fischer vom 1. Mai über die Zustände in Galizien. Klappentext des Präsidiums des k. k. Ministeriums des Innern, Protokoll Nr. 15249 M.I. ex 1918, Datum 2. Juni, präs. 3. Juli 1918, Z. 13479, S. 891. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

Gegen die Auffassung des k. u. k. Kriegsministeriums wandte sich Huyn, der die polnischen Manifestationen als spontane, leider heftige Reaktion des polnischen Volkes auf die Übergabe des Cholmer Landes an die Ukraine betrachtete. Bald darauf habe sich jedoch die Überlegung durchgesetzt, daß Abhilfe nur auf dem Verhandlungsweg zu erreichen sei. Ein scharfes Durchgreifen stärke nur die radikalen allpolnischen Elemente und setze die ständige Anwesenheit einer starken Militärmacht im Lande voraus. Die Mehrzahl der vom Kriegsministerium angeregten Maßnahmen bezeichnete er als undurchführbar, solange ein parlamentarisches Regime vorgesehen sei. Außerdem träfen Polizeimaßnahmen wegen der qualitativen und quantitativen Verschlechterung der Sicherheitsorgane auf die größten Schwierigkeiten. Zwar hätten sich politische Behörden in einzelnen Städten nicht ganz von den Manifestationen ferngehalten, jedoch vielerorts durch ihr Eingreifen Ärgeres verhindert.<sup>97</sup>

Der Gegensatz zwischen dem galizischen Statthalter Huyn und militärischen Stellen bildete im Jahre 1918 eine Konstante in der innenpolitischen Entwicklung Galiziens. Huyn wollte angesichts der angespannten politischen und wirtschaftlichen Situation behutsam gegen Regierungsgegner vorgehen, wogegen militärische Stellen den Ausnahmezustand verhängen wollten. Galizien besaß für Österreich wegen seiner territorialen Größe, seiner landwirtschaftlichen Ressourcen und des Rohölgebiets von Boryslav-Drohobyč sowie als Absatzmarkt für Industrieprodukte zentrale Bedeutung. Die tiefgreifende Verunsicherung vor allem der Wiener Zentralstellen angesichts der Ereignisse des 18. Februar 1918 in diesem Kronland zeigt sich daran, daß bis in den Sommer hinein über mögliche Maßnahmen gegen demonstrierende Beamte diskutiert, eine Verfügung jedoch nicht erlassen wurde. Offenbar war man, angesichts alarmierender Darstellungen der politischen Lage in Galizien durch militärische Stellen und entgegengesetzter, beruhigender Berichte Huyns, nicht in der Lage, eine klare Entscheidung zu treffen.<sup>98</sup> Da die Teilnahme der k. k. Beamten polnischer Nationalität an den Februardemonstrationen eine allgemein verbreitete Erscheinung bildete, war eine dezidierte Haltung allerdings auch nur schwer durchzusetzen, ohne das Funktionieren der Verwaltung in diesem für Österreich so wichtigen Kronland zu gefährden. Der Brester Friede bestimmte die Loyalität der Polen und Ukrainer in Galizien: Erstere begannen sich endgültig von Wien zu distanzieren, Letztere sahen sich im Gegenteil in ihrer habsburgtreuen Politik bestärkt.

---

<sup>97</sup> Vgl. Statthalter Huyn an k. k. Ministerium des Innern. Lemberg, den 12. März 1918. KA, MKSM 28-3, 5-5.

<sup>98</sup> Vgl. Präsidium des k. k. Ministeriums des Innern. Protokoll Nr. 13437 M.I. ex 1918. Politische Lage in Ostgalizien. Wien, den 1. Juni 1918. In dem Protokoll hieß es, daß die Teilnahme von Beamten an den Kundgebungen Huyn zufolge nicht als staatsfeindlicher Akt, sondern lediglich als Kundgebung nationaler Gefühle aufgefaßt worden sei. Es sei jedoch leider richtig, daß die Zentralstellen über die Vorkommnisse durch die militärischen Stellen besser unterrichtet worden seien, als durch die Berichte der Polizeidienststellen und der Statthalterei in Galizien: „Der 18. Februar hat gezeigt, daß sich die gesamte polnische Intelligenz – alle Beamten, Professoren, Lehrer und Geistlichen – nur als Polen fühlen; der österreichische Gedanke war bei keinem der Berufskreise zu finden.“ Dennoch stellte man fest, daß zu einer Verfügung kein Anlaß vorläge, da die Gemüter sich seit den Februardemonstrationen wesentlich beruhigt hätten. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2118.

## **2.2 Der Brestler Friede als Grundlage der ostgalizisch-ukrainischen Politik: Die Forderung nach einer eigenen ukrainischen staatlichen Formation in Österreich**

Aus Sicht der ostgalizischen Ukrainer war der Friedensvertrag von Brest der erste konstitutionelle Akt des neu entstandenen ukrainischen Staates. Die ukrainisch-polnischen Beziehungen wurden vor allem von zwei Dingen negativ beeinflusst: Erstens von der von den Polen als vierte Teilung Polens angesehenen Abgabe des Cholmer Landes an die Ukraine. Die ostgalizischen Ukrainer, die das Cholmer Land als ukrainisch ansahen, hofften, daß nun auch ihre eigenen politischen Zielsetzungen erfüllt würden. Zweitens hatte sich Österreich-Ungarn in einem am 8. Februar 1918 abgeschlossenen geheimen Zusatzabkommen verpflichtet, im Gegenzug gegen die Lieferung von einer Million Tonnen Brotgetreide spätestens bis zum 20. Juli 1918 ein ukrainisches Kronland einzurichten.<sup>99</sup>

Die innere Lage Österreich-Ungarns mußte wesentlich davon beeinflusst werden, wenn die Ukraine sich zu einem bleibenden selbständigen Staat entwickelte. Der deutsche Geschäftsträger in Wien hob mit Befriedigung hervor, daß für Österreich-Ungarn die Entstehung des ukrainischen Staates eine Überraschung bildete: Sobald er das Thema der Ukraine berührt habe, sei ihm geantwortet worden, man mache sich in Deutschland eine falsche Vorstellung von den Ukrainern, die „ein wenig gebildetes, indolentes Volk [seien], unfähig eines ersten nationalen Strebens“.<sup>100</sup> Am stärksten würden die Polen getroffen, die aufgrund ihrer dominanten Stellung in Galizien einen Staat im Staate bildeten: „Wenn aber Österreich mit der Ukraine Verbindung sucht, so wird es bei einer einigermaßen geschickten Politik nicht schwer sein, den übermütigen Polen den Brotkorb höher zu hängen.“<sup>101</sup> Aus Sicht Wedels bildeten die Ukrainer ein willkommenes politisches Gegengewicht gegen allzu weitgehende politische Ansprüche der Polen in Galizien und im Königreich Polen. Irredentistische Bestrebungen der Ukrainer des Habsburgerreiches aber stellten aus seiner Sicht ein Gefahrenmoment dar, das den eigenen Bündnispartner zu schwächen drohte.

Huyn war dem sich in Ostgalizien zuspitzenden polnisch-ukrainischen Konflikt unmittelbarer als Wiener Zentralstellen ausgesetzt. Er hielt die Einberufung einer Konferenz ruthenischer und polnischer Politiker über die Frage der künftigen Südostgrenze Polnisch-Galiziens für notwendig, um der Lösung des polnisch-ukrainischen Gegensatzes näher zu kommen. Eine nationale Teilung Galiziens mußte seiner Ansicht nach auf den Widerstand der galizischen Polen stoßen, die bestenfalls in eine Abtrennung des südöstlichen Teils einwilligten. Die österreichische Regierung solle ihren Standpunkt nach der Entwicklung der ukrainischen Frage in Rußland ausrichten. Falls es zu einer unabhängigen Ukraine komme, sei es nur eine Frage der Zeit, wann ein national geschlossenes ukrainisches Kronland sich diesem Staat anschließe. Darum sei es dann im österreichischen Interesse, die ruthenischen Gebiete Ostgaliziens in einem möglichst weiten Umfang den Polen

<sup>99</sup> Dieses Datum gibt Bihl gemäß dem im HHStA befindlichen Originaldokument. Vgl. Bihl, Brest-Litovsk, S. 127, Anm. 30.

<sup>100</sup> Vgl. Wedel an Hertling. Nr. 40. Betrifft: Polen und die Ukraine. Wien, den 31.1.1918. PA AA, R 8978.

<sup>101</sup> Ebenda.



auszuliefern. Der Tatsache, daß eine solche Politik irredentistische Bestrebungen der ostgalizischen Ukrainer geradezu herausfordern würde, maß er deutlich weniger Bedeutung bei. Umgekehrt sei die Schaffung eines ukrainischen Kronlands wünschenswert, sollte eine ostukrainische Staatsgründung scheitern.<sup>102</sup> Polnische respektive ukrainische Bestrebungen beurteilte Huyn in Abhängigkeit vom österreichischen Staatsinteresse.

Unter den österreichisch-ungarischen Ukrainern herrschte die Überzeugung vor, daß sich das Bestehen eines ostukrainischen Staates zwangsläufig positiv auf ihren politischen Stellenwert innerhalb der k. u. k. Monarchie auswirken mußte: Zentrale politische Anliegen der Ukrainer konnten mit mehr Nachdruck vorgebracht werden. Das gesteigerte Selbstwertgefühl der ostgalizischen Ukrainer spiegelte sich deutlich in Zeitungsartikeln wider. Panejko stellte im Leitartikel der Weihnachtsausgabe von „Dilo“ vom 6. Januar 1918 befriedigt fest, daß das ukrainische Volk zum ersten Mal seit Jahrhunderten mit erhobenem Haupt in das neue Jahr ginge. Gleichzeitig mußten sie jedoch ihre politischen Programme revidieren. Alle Grundlagen, auf denen diese beruhten, seien entweder zerstört worden oder ins Wanken geraten: In politischer Hinsicht auf dem Bestehen des Zarismus, der Zugehörigkeit zum ungeteilten, der polnischen Herrschaft übergebenen Galizien, sowie dem rechtspolitischen Charakter Österreichs, wie ihn Kaiser Franz Joseph übergeben habe. Ihre sozial-wirtschaftlichen Programme hingegen richteten sich gegen eine nur scheinbar unerschütterliche Agrarverfassung. Krieg und Revolution hätten den Weg zu neuen Formen ihres politischen Lebens und ihrer sozial-wirtschaftlichen Existenz gelegt.<sup>103</sup> Die enge Bindung der vom österreichischen Parlamentarismus geprägten ukrainischen Politiker an die Habsburgerdynastie trug gewiß nicht dazu bei, eine so grundlegende Programmreform zu erleichtern. Außerdem erschien eine Besprechung aller politischen Konsequenzen während des Krieges nicht opportun. Dem Autor selbst schwebte offenbar der direkte Anschluß der ukrainischen Gebiete der Habsburgermonarchie an den ostukrainischen Staat vor.<sup>104</sup> Inwieweit hier taktische Erwägungen im Vordergrund standen, um den Wiener Zentralstellen gegenüber politische Anliegen durchsetzen zu können, ist nicht ersichtlich. Panejko benannte zwar die veränderten Grundlagen der ostgalizischen ukrainischen Politik, unterbreitete jedoch keine konkreten Vorschläge für eine politische Neuorientierung.

Die Ukrainer des Habsburgerreichs versuchten, da auch ihre politischen Interessen in Brest-Litovsk zur Sprache kommen mußten, Einfluß auf die dortigen Friedensverhandlungen zu nehmen. Jevhen Levyc'kyj verlas am 19. Dezember 1917 im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats eine Erklärung der ukrainischen Abgeordneten zu ihren Befürchtungen und Wünschen in Bezug auf das politische Schicksal Ostgaliziens. Kein Streifen ukrainischen Landes dürfe an Polen angegliedert werden. Ostgalizien drohe im Falle seines Anschlusses an Polen eine Majorisierung und „Entnationalisierung“. Es bilde eine unteilbare und unver-

<sup>102</sup> Vgl. August Graf Demblin an Czernin. Standort, den 9.12.1917, in: Ereignisse in der Ukraine I, S. 283f.

<sup>103</sup> Vgl. V[asył'] P[anejko], Dilo, Nr. 6, 6.1.1918.

<sup>104</sup> Panejko soll auf der Sitzung des Nationalkomitees vom 20. Januar 1918 für die Vereinigung mit der UNR aufgetreten sein. Vgl. Levyc'kyj, Istorija vyzvol'nych zmahan', S. 713f.

äußerliche Erbschaft der ukrainischen Nation und könne darum zur Gänze bei Österreich bleiben. Für den Fall eines Friedensschlusses mit Rußland ohne Gebietsveränderungen im Osten wurde gefordert, aus Ostgalizien, der Nordbukowina und eventuell auch ethnisch ukrainischen Gebieten Ungarns ein ukrainisches Kronland im Rahmen des Habsburgerreiches zu schaffen. Um dies zu begründen, stellte man fest, daß ein dauernder Friede nur erreicht werden könne, wenn ukrainische und polnische Gebiete vollständig und restlos voneinander getrennt würden. Daß angesichts der ethnischen Gemengelage in Ostgalizien mit vorwiegend ukrainischer Landbevölkerung, aber polnischen und jüdischen Majoritäten in den Städten eine so konsequente Trennung von Ukrainern und Polen nicht zu verwirklichen war, wurde in der Erklärung übergangen.

Die politische Alternative sah man darin, sich mit dem ostukrainischen Staat zu vereinigen, was dem „höchsten politischen Ideal der ganzen ukrainischen Nation“ entspreche. Abschließend wurde hinzugefügt, daß das ukrainische Volk, sollten immer noch Erwägungen über die Opferung ukrainischer Gebiete zugunsten Polens bestehen, das Recht auf Selbstbestimmung für die ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens als ein in internationaler Hinsicht strittiges Gebiet verlange.<sup>105</sup> Auf Druck der UPR wurde die Erklärung auch von einem am 24. und 25. Dezember 1917 in Lemberg abgehaltenen Nationalkongreß angenommen.

Einer der Gründe für die von der UPR geübte Zurückhaltung liegt darin, daß sie von der Entwicklung in der Ostukraine im Jahre 1917 unvorbereitet getroffen wurde. Petruševyč sah es als eine der größten Überraschungen des Weltkrieges an, daß die ukrainische Frage durch die Russische Revolution internationale Bedeutung erlangte. Politiker wie der vormalige k. u. k. Außenminister Burián, der zwölf Jahre in Rußland Botschafter gewesen war, hätten der ukrainischen Bewegung im Zarenreich nur eine untergeordnete Bedeutung zugemessen. Die österreichische Regierung habe die Ukrainer als Epigonen betrachtet, die nur die Freiheiten der österreichischen Verfassung noch am Leben erhielten.<sup>106</sup> Hinzu kam die Einsicht, daß Vereinigungsbestrebungen der österreichischen Ukrainer mit ihren Konationalen jenseits der Reichsgrenze Anfang 1918 ohnehin am Widerspruch der Wiener Regierung scheitern würden. „Ukrajins'ke Slovo“ meinte zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk, daß unter den bestehenden Umständen nur eine geringe Wahrscheinlichkeit für die Erreichung des „höchsten nationalen Ideals“ spreche.

„Dilo“ bezog gegen die Ansicht des „Ukrajins'ke Slovo“ scharf Stellung: Vergleichbare Äußerungen hielt man in dem Moment, wo Czernin mit den Vertretern der Ostukraine zu Gesprächen zusammentreffe, für nicht opportun.<sup>107</sup> Auch die von der UPR am 19. Dezember 1917 im österreichischen Abgeordnetenhaus verlesene Erklärung wurde einen Monat später, Mitte Januar 1918, von „Dilo“ massiv kritisiert; die „hochpolitische Erklärung“ der UPR habe ein bedeutendes Schwan-

---

<sup>105</sup> Vgl. Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates im Jahre 1917 und 1918. XXII. Session, 51. Sitzung, 19.12.1917, S. 2727f. Drei Tage später wurde die Erklärung vom Pressebüro der UPR an die Redaktion des 'Svenska Dagebladet' mit Bitte um Veröffentlichung gesandt. Veröffentlicht in: Ereignisse in der Ukraine I, S. 280-283.

<sup>106</sup> Vgl. Ukrajins'ke Slovo, Nr. 6, 10.1.1918: Jevhen Petruševyč: Za prymirom deržavnoji Ukrajiny.

<sup>107</sup> Vgl. Čomu Halyčyna ne može buty prylučena do Ukrajins'koji Respubliky?, in: Dilo, Nr. 21, 30.1.1918.

ken maßgeblicher ostukrainischer Kreise in ihrem Denken über die Zukunft Ostgaliziens hervorgerufen.<sup>108</sup> Die Gegensätze zwischen der UPR und dem Nationalkomitee der UNDP fanden ihren Ausdruck in der ukrainischen Presselandschaft: Während „Dilo“ eher den Standpunkt des Nationalkomitees vertrat, bildete „Ukrains’ke Slovo“ das Sprachrohr der UPR. In personeller Hinsicht handelte sich dabei um den Kampf um die Führung der ostgalizisch-ukrainischen Politik zwischen dem Präses des Nationalkomitees Kost’ Levyč’kyj auf der einen und Petruševyč, dem Vorsitzenden der UPR, auf der anderen Seite. Im Unterschied zu der vergleichsweise moderaten politischen Linie der UPR trat das Nationalkomitee Anfang 1918 für einen zumindest nach außen hin härteren Kurs gegenüber der österreichischen Regierung ein.

Das Nationalkomitee befaßte sich auf einer vertraulichen Beratung am 20. Januar 1918 mit der ukrainischen Frage in Österreich vor dem Hintergrund der Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk. Dabei soll vielfach der Befürchtung Ausdruck verliehen worden sein, daß Vertreter der ukrainischen Republik bei den Friedensverhandlungen mangels einer genaueren Kenntnis der galizischen Verhältnisse der Angliederung Ostgaliziens an Polen zustimmen könnten. Eine Resolution, der zufolge dem gemeinsamen Nationalideal ausschließlich die Vereinigung aller Ukrainer Galiziens, der Bukowina und Ungarns mit der ukrainischen Republik entspreche, habe dem entgegenwirken sollen.<sup>109</sup> Cehels’kyj teilte mit, daß die UPR mit Rücksicht auf die gutnachbarlichen Beziehungen der UNR zu Österreich endgültig dem eigenen Verbleiben bei Österreich zustimme, aber als „eigener Staatsorganismus“.<sup>110</sup> Die ukrainischen Parlamentarier sahen die staatliche Vereinigung offensichtlich als ein Ereignis an, das erst in ferner Zukunft stattfinden, aber kein unmittelbares Ergebnis des Krieges sein könne. Eine zweite Resolution des Nationalkomitees legte entschiedenen Protest gegen jedwede Zugehörigkeit ukrainischer Gebiete zum Königreich Polen ein, eine dritte rief die UPR auf, diese „absoluten, unerschütterlichen Forderungen des ukrainischen Volkes von der parlamentarischen Bühne zu verkünden“.

Die UPR müsse „Dilo“ zufolge dieser Forderung nachkommen. Erstens, weil man besorgniserregende Nachrichten darüber erhalte, daß Ostgalizien in das Königreich Polen eingehen solle. Zweitens wegen ebenso unerfreulicher Nachrichten aus Brest-Litovsk, wo ihre „Auslandsbrüder“ ihre Sache nicht so vertreten, wie es ihrem Ideal entspreche: „Nicht ohne Zorn müssen wir feststellen, daß man in Kyjiv kein ausreichendes Verständnis für die Sache der ukrainischen Gebiete Österreichs besitzt.“<sup>111</sup> In der Ostukraine, wo auch die Polen zu den unterdrückten Völkern ge-

<sup>108</sup> Vgl. Leitartikel von Vasył’ Panejko, in: Dilo, Nr. 13, 19.1.1918.

<sup>109</sup> Vgl. Reinlender an Präsidium des k. k. Ministeriums des Innern. Lemberg, den 21.1.1918. AVA, Min. d. Innern. Präsidiale 1848-1918, Sign. 22, K. 2118.

<sup>110</sup> Vgl. Levyč’kyj, Istorija vyzvol’nych zmahanj, S. 713f. Levyč’kyjs Erinnerungen zufolge sei Panejko für einen sofortigen Anschluß Ostgaliziens, Stepan Baran der ungarischen Rus’ an die UNR aufgetreten. Volodymyr Ochrymovyč hingegen habe zu mehr Vorsicht geraten. Schließlich habe Vjačeslav Budzynovs’kyj die in Dilo, Nr. 14, am 22.1.1918 veröffentlichte Mitteilung ermöglicht, indem er ausführte, daß die „österreichische Politik diejenigen unterstützt, die sie verraten“; darum sollten sie aus taktischen Gründen deutlich mit ihrer Hauptforderung auftreten, um ihre Rechte in Österreich zu erhalten.

<sup>111</sup> Vgl. Leitartikel in „Dilo“, Nr. 14, 22.1.1918.

hört hätten, hielte man sie für Opfer der österreichischen Unterdrückung, ohne hinreichend zu berücksichtigen, in wessen nationalem Interesse diese Repression sich gezeigt habe. Darum sähen die Ostukrainer nicht, daß es hier um den „historischen Kampf“ zwischen Polen und der Ukraine gehe, und seien jetzt zufrieden, wenn den österreichischen Ukrainern anstelle der österreichischen Unterdrückung „Freiheiten“ im polnischen Staat gewährt würden. Dagegen müßten sie feierlich erklären, daß sie den Anschluß an den polnischen Staat, ungeachtet aller staatsrechtlichen oder sogar internationalen Garantien, für das „größte historische Unglück“ hielten, das sie im gegenwärtigen Umbruchsaugenblick treffen könne.<sup>112</sup> Das auf Seiten der Westukrainer deutlich ausgeprägte Mißtrauen gegenüber den an den Verhandlungen in Brest-Litovsk beteiligten Ostukrainern verdeutlicht, wie fremd beide sich politisch geblieben waren.

Die Ostgalizienproblematik stand in ihrer Schärfe und Bedeutung an der Spitze des Komplexes der polnisch-ukrainischen Fragen. „Dilo“ forderte die Bildung eines an Österreich angelehnten Staates mit der historisch-nationalen Bezeichnung „Galizisch-Volodymyrisches Königreich“, dessen Territorium aus den überwiegend ukrainisch besiedelten Gebieten der Habsburgermonarchie bestehen sollte, gemäß dem Geltungsbereich des höheren Landgerichts Lemberg mit Ausnahme der Kreise Bereziv, Jaroslav und Sanok, sowie die Lemkivščyna. Nationale Minderheiten sollten ein proportionales Wahlrecht erhalten. Eine gewisse Realitätsferne kam darin zum Ausdruck, daß „Dilo“ in Anlehnung an die polnische Frage die subdualistische Lösung des ukrainischen Problems als Minimalziel ansah, das nur über einen Oktroi zu verwirklichen sei.<sup>113</sup> Auch subdualistische Pläne würden aber schon darum nicht unterstützt werden, weil in Ungarn eine ruthenische Minderheit bestand.

Entgegen allen Lippenbekenntnissen zum „allgemeinen Nationalideal“ bildete die Schaffung eines eigenen, an die k. u. k. Monarchie angelehnten politischen Organismus *das* politische Anliegen der Ukrainer des Habsburgerreiches bis zu dessen Ende. Eine Schwäche dieser politischen Konzeption muß darin gesehen werden, daß eine austro-ukrainische Lösung von vornherein indiskutabel schien, wogegen Wien und Berlin eine austropolnische Lösung ernsthaft erwogen. Wien konnte nach der Staatswerdung der Ostukraine die eigene ukrainische Frage kaum so lösen, daß eine Irredenta ausgeschlossen wurde. Darum und wegen der weiter angestrebten austropolnischen Lösung ließ es entsprechende Vorsicht in der politischen Haltung gegenüber den Ukrainern des eigenen Reichsverbandes walten.

Einen weiteren Versuch, auf die Friedensverhandlungen einzuwirken, unternahm der ukrainische Sozialdemokrat Volodymyr Temnyc'kyj im Namen des Vorstands der USDP in einer Eingabe an das k. u. k. Ministerium des Äußern Ende Januar 1918. Temnyc'kyj führte aus, daß die Parteileitung der USDP beschlossen habe, drei Vertrauensleute nach Brest-Litovsk zu entsenden. Diese sollten sich mit den dort anwesenden Mitgliedern der ukrainischen Delegation über das ganze

---

<sup>112</sup> Ebenda [Hervorhebungen im Original, T.W.]. Weiter heißt es, daß für den Fall des Anschlusses Ostgaliziens an Polen alle Staatselemente schon jetzt zur Kenntnis nehmen sollten, daß sie Polen als feindlichen Staat ansähen, der ihnen seine Herrschaft aufzwingen wolle.

<sup>113</sup> Vgl. Halyčyna i ukrajins'ko-pol's'ke pytannje, in: Dilo, Nr. 21, 30.1.1918: Im folgenden ebenda.

ukrainische Volk betreffende Fragen austauschen.<sup>114</sup> Auf Veranlassung Czernins lehnte der österreichische Ministerpräsident Seidler die Bitte der USDP in einem kurzen Schreiben ab. Seidler betonte, daß die Verhandlungen über den Friedensvertrag staatsrechtlich der Regierung zukämen.<sup>115</sup> Den österreichisch-ungarischen Ukrainern sollte klar gemacht werden, daß ihre Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie nicht zur Diskussion stand; ihre Fühlungnahme mit politischen Vertretern der UNR war unerwünscht.

Erste Einzelheiten des Brester Friedens mit der Ukraine wurden von den ostgalizischen Ukrainern mit großer Freude aufgenommen, ihr Festumzug vom 10. Februar mittags, mit Militärmusik, Flaggen, sämtlichen Vereinen und Schulen von der polnischen Bevölkerung nicht gestört.<sup>116</sup> Das Nationalkomitee bezeichnete in einer Erklärung an das ukrainische Volk des galizischen Landes vom 11. Februar den Brester Frieden als epochalen Tag für das ukrainische Volk. Das ganze ukrainische Volk, auch außerhalb der Grenzen der UNR, habe sich auf die Stufe einer Staatsnation erhoben.<sup>117</sup>

Einen Tag später nahm die Organisation der Ukrainer Lembergs eine von Cehels'kyj vorgestellte Resolution an, die sich unter anderem gegen jedwede „haltlosen und imperialistischen polnischen Präntentionen“ auf ukrainische Territorien, insbesondere Podlesien, das Cholmer Land und Ostgalizien wandte. Erst nach der Bildung eines ukrainischen Kronlands aus den unter österreichisch-ungarischer Herrschaft stehenden ukrainischen Gebieten könne zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Volk Frieden herrschen. Ein weiterer Punkt sah vor, Kaiser Karl eine Dankesdepesche für die Rückgabe des Cholmer Landes an die Ukraine zukommen zu lassen. Hier wurde auch die Hoffnung ausgedrückt, daß das ukrainische Volk in Österreich seine Staatlichkeit über die Restituierung des alten Königums Galizien erlangen werde.<sup>118</sup>

So groß die Begeisterung der ostgalizischen Ukrainer für die Staatswerdung der Ukraine auch war: Ihre Politik blieb bei ihren traditionellen Zielen, die sie nun in der Nachbarschaft der Ukraine erfolgreicher meinen verfolgen zu können. „Dilo“ stellte den Brester Frieden als ersten internationalen Akt des ukrainischen Staates dar. Befürchtungen suchte man mit der Feststellung zu zerstreuen, daß die UNR der Staat des ganzen ukrainischen Volkes sei und für die Ukrainer Ostgaliziens sorgen werde.<sup>119</sup> Programm war bereits die Überschrift des Leitartikels: „Für die ukrainischen Länder Österreich-Ungarns. Irredentismus liegt nicht in unserem Interesse, nicht in dem der Mittelmächte, nicht in dem der ukrainischen Republik. Forderung nach einer ukrainischen staatlichen Formation in Österreich.“ Um die Entstehung einer national-ukrainischen Irredenta nicht zuzulassen, müßten die

---

<sup>114</sup> Vgl. Vorstand der USDP Österreichs an k. u. k. Ministerium des Äußern. Wien, den 27.1.1918. HHStA PA I, K. 1041.

<sup>115</sup> Vgl. ebenda: Seidler an Vorstand der USDP Österreichs. Wien, den 4.2.1918.

<sup>116</sup> Vgl. Heinze an Hertling. Nr. G.41/18. Lemberg, den 14.2.1918: „Zu welchen Ausbrüchen sie [die revolutionäre Stimmung in Krakau und Lemberg, T.W.] noch führen wird, ist nicht abzusehen. Bei dem Raketentemperament der Polen ist anzunehmen, daß sie bald wieder abflauen und neuen Überraschungen – an denen es in nächster Zeit nicht mangeln dürfte – Platz machen wird.“ PA AA R 8978.

<sup>117</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmahanyj*, S. 736f.

<sup>118</sup> Vgl. *Ukrajins'kyj L'viv i myr z Ukrajinoju*, in: *Dilo*, Nr. 34, 14.2.1918.

<sup>119</sup> Vgl. *Peršyj akt mižnarodnoho prava Ukrajins'koji Deržavy*, in: *Dilo*, Nr. 32, 12.2.1918.

Ukrainer der Habsburgermonarchie nach dem Vorbild der Schweiz ein höheres Maß an Rechten und Freiheiten erhalten, als sie der Nationalstaat seinen Bürgern zugestehe.<sup>120</sup>

„Ukrajins'ke Slovo“ meinte, daß der österreichisch-ungarische Staat die Beziehungen zu seinen ukrainischen Bürgern nun grundlegend revidieren müsse. Sie sollten in Österreich die gleichen Rechte erhalten wie die Bürger des ukrainischen Staates und selbst herrschen, über einen eigenen Sejm und eine eigene Verwaltung. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker verlange zum einen, daß Ukrainer und Polen jeder dort, wo sie die Mehrheit bildeten, selbst bestimmten, zum anderen, daß Minderheiten auf beiden Seiten kulturelle Autonomie und volle Minderheitsrechte erhielten. Nur auf dieser Grundlage könne man sich mit den Polen einigen.<sup>121</sup> Die Entstehung eines ukrainischen Staates jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle bildete ein wichtiges Element im politischen Spiel der ostgalizischen Ukrainer gegenüber Wien, das nun deren Loyalität mit Zugeständnissen sichern mußte.<sup>122</sup>

Sowohl für den Polenklub als auch die UPR kam der Abschluß des Brester Friedens überraschend.<sup>123</sup> Noch kurz vor Bekanntwerden der Bestimmungen des Brester Friedensvertrages hatte die UPR angekündigt, daß sie ebenso wie der Polenklub gegen den Haushalt stimmen werde. Es sei nicht anzunehmen, daß die österreichische Regierung den Polen die Freundschaft aufkündige und eine Mehrheit aus Deutschen, Ukrainern und Slovenen schaffe.<sup>124</sup> Die Haltung der österreichischen Ukrainer gegenüber den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk unterlag wegen der Ungewißheit über den jeweiligen Stand der Gespräche Schwankungen und schien von außen betrachtet uneinheitlich zu sein. Trotzdem lassen sich Konstanten in der ostgalizischen Politik feststellen. Die UPR und das Nationalkomitee der UNDP verstanden übereinstimmend die Vereinigung mit der Ostukraine zwar als „Ideal“. Vorrangig blieben aber die Schaffung eines ukrainischen Kronlands im Rahmen der Habsburgermonarchie und der politische Gegensatz gegen Polen als dem nationalen Kontrahenten der eigenen Bewegung.

Der Präsident der Vereinigten Staaten Woodrow Wilson hatte in seinen 14 Punkten vom 8. Januar 1918 in Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem und sicherem Zugang zum Meer postuliert. Allerdings wollte er das Gebiet des zukünftigen polnischen Staates auf unbestreitbar polnische Territorien beschränkt sehen. Für die galizischen Polen traf eine etwaige Entente-nähe vor diesem Hintergrund zu, in Bezug auf die Ukrainer hingegen ist sie fragwürdig. Die starke Betonung der ukrainischen Vereinigung als dem „allgemeinen Nationalideal“ bildete zwar einen Aspekt des gesteigerten Selbstwertgefühls ostgalizisch-ukrainischer Politiker, entsprang jedoch vor allem taktischen Motiven. Insbesondere „Dilo“ betonte gerade zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk politische Ideale wie die Ver-

---

<sup>120</sup> Za ukrajins'ki zemlji Avstro-Uhorščyny. Irredentyzm ne ležyt' v interesi našym, nji osередnych deržav, nji Ukrajins'koji Respubliki. Domahanje ukrajins'koji deržavnoji formaciji v Avstriji, in: Dilo, Nr. 34, 14.2.1918.

<sup>121</sup> Vgl. Myr z Ukrajinoju, in: Ukrajins'ke Slovo, Nr. 32, 12.2.1918.

<sup>122</sup> Vgl. AAN, KOD, sygn. 56: Baczyński, Akcja Ukraińców galicyjskich, S. 117.

<sup>123</sup> Vgl. Gr. Czernin i ukrajins'ka sprava, in: Dilo, Nr. 89, 19.4.1918.

<sup>124</sup> Vgl. Nova kryza, in: Ukrajins'ke Slovo, Nr. 31, 10.2.1918.

einigung aller ethnisch überwiegend ukrainischen Gebiete in einen politischen Organismus. So meinte man das eigene Hauptanliegen, die Schaffung eines ukrainischen Kronlands innerhalb der Habsburgermonarchie, mit mehr Nachdruck vertreten zu können. Für diese Sichtweise spricht die Entschiedenheit, mit der „Dilo“ nach Bekanntwerden der Friedensbestimmungen auf die vormalige politische Linie zurückkehrte. So wurden letztlich die Vereinigungsbestrebungen mit der UNR in der innenpolitischen Auseinandersetzung mit der österreichischen Regierung instrumentalisiert. Der Erfolg dieser politischen Taktik hing von der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der UNR ab. Die ukrainischen Politiker in Ostgalizien begaben sich so in Abhängigkeit von einer politischen Entwicklung, auf die sie selbst faktisch keinen Einfluß nehmen konnten. Hierin muß ein ihre Politik schwächendes Moment gesehen werden.

Es ist nur schwer zu entscheiden, inwieweit die ukrainische Bauernschaft für nationalukrainische Zielsetzungen mobilisiert werden konnte. Die Bauern interessierten sich für die politische Lage allem Anschein nach insofern, als es sich um die Aufteilung des Großgrundbesitzes handelte.<sup>125</sup> Diesem Anliegen suchte man zu entsprechen. Einem in der Zeitung der Krakauer Konservativen „Czas“ am 31. Dezember 1917 erschienenen Artikel zufolge setzte sich Stepan Baran auf einer Sitzung der UNDP dafür ein, den fast ausschließlich in polnischer Hand befindlichen Großgrundbesitz in Ostgalizien zugunsten der bäuerlichen Bevölkerung zu enteignen. Eine so radikale Reform jedoch sei nur denkbar in einem ukrainischen Staat oder einer ukrainischen Provinz, die in Ararfragen legislative Kompetenz habe. Die ostgalizischen Ukrainer seien darum gezwungen, einen um so heftigeren Kampf zu führen, wenn sie das eigene nationalpolitische Programm umsetzen wollten. Beratungen über Aufteilung und Enteignung des Großgrundbesitzes in Ostgalizien fanden auch die Aufmerksamkeit des Statthalters. Huyn wies wegen der möglichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung die Unterbehörden an, derlei Agitation im Keime zu ersticken. Das österreichische Innenministerium stellte es dem galizischen Statthalter in einem Schreiben vom 1. März anheim, über Fühlungnahme mit maßgebenden ukrainischen Kreisen auf die Unterlassung einer weiteren Propaganda hinzuwirken.<sup>126</sup> Ob Huyn diese Anregung aufgenommen hat, ist nicht ersichtlich. Ukrainische Politiker hätten die ihnen vom österreichischen Innenministerium nahegelegte Haltung in jedem Fall nicht ohne einen bedeutenden Prestigeverlust einnehmen können.

Vor allem in den Bezirken Rava Rus'ka und Cieszanów entwickelten sich im Frühjahr 1918 vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Gegensatzes zwischen Polen und Ukrainern aus bäuerlicher Unzufriedenheit über die Behandlung agrarpolitischer Fragen Bewegungen, die von militärischer Seite als „sozialrevolutionär“ oder „bolšewistisch“ charakterisiert wurden. Die Bewegung sei infolge des Auftauchens von Gerüchten über die Wiedereinführung der Robot, der bäuerlichen Zwangsarbeit auf den Gütern, entstanden, und richte sich auch gegen die grie-

<sup>125</sup> Vgl. ebenda.

<sup>126</sup> Vgl. Präsidium des k. k. Ministeriums des Innern, Protokoll Nr. 3943 M.I. ex 1918, Datum 15.2., Präs. 19.2.1918. Eingelangt vom Ministerratspräsidium, Gegenstandsbezeichnung: Agitation gegen den polnischen Großgrundbesitz in Ostgalizien. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

chisch-katholische Geistlichkeit, die beschuldigt wurde, zu den Gutsbesitzern zu halten. Vor allem Bauern, die von der russischen Armee verschleppt und von der russischen Revolution beeinflusst worden seien, sollten nun eine gleichmäßige Bodenverteilung propagieren.<sup>127</sup> Die Gendarmerieposten wiesen noch 1916 und 1917 den Gutshöfen die benötigten bäuerlichen Arbeitskräfte zu. Jedoch habe der förmliche Arbeitszwang bei den Bauern, weil er nur sie traf, Intelligencija und Stadtbevölkerung hingegen verschonte, große Erbitterung gegenüber dem Großgrundbesitz hervorgerufen. Große Ländereien befanden sich fast ausschließlich in polnischem oder jüdischem Besitz. Im laufenden Jahr verlangsamten die Bauern offenbar die eigene Feldbestellung, um nicht auf den Gutshöfen arbeiten zu müssen.<sup>128</sup> Die Agrarbewegung in Ostgalizien fand große Aufmerksamkeit bei Wiener Zentralstellen und Militärs, da die Arbeitsverweigerung der Bauern die ohnehin prekäre Versorgungslage in der Habsburgermonarchie weiter zuzuspitzen drohte. Im Bezirk Kosiv bestanden agrarische Vereine mit der Bezeichnung „Kružok“, deren vorgeblichen Zweck die Aufsicht über die ohne Ehemänner verbliebenen Frauen bildete. Diese sollten die Felder bestellen, sich nicht der Trunkenheit hingeben und ihre Vermögen nicht vergeuden. Dem Ministerium für Landesverteidigung zufolge betrieben die Vereine jedoch Agitation für eine gemeinsame Ukraine und hetzten die analphabetische ruthenische Landbevölkerung gegen Polen und Juden auf. Antisemitische Tendenzen der Vereine zeigten sich auch in dem Verbot, mit Juden keinen Umgang haben und ihnen das Betreten der eigenen Wohnung nicht gestatten zu dürfen. Die Agrarbewegung war jedoch nicht allgemein verbreitet.<sup>129</sup>

Hinzu kamen eine sozialistische Agitation und die Fernwirkung der Ereignisse in der Ukraine, wo der Großgrundbesitz an die Besitzlosen aufgeteilt worden sei. Ein weiteres wichtiges Moment bildete die Futternot des letzten Winters, als die Bauern kaum das Vieh durchbringen konnten. Mitträger der Bewegung waren Heimkehrer aus der russischen Gefangenschaft, von denen es hieß, daß sie teilweise direkt bolshevistische Propaganda betrieben. Nahezu trostlos war die Situation der Bevölkerung in den Bezirken, durch die in den Jahren 1916/17 die Stellungen gingen:

„Die [...] Bevölkerung [wurde] ohne jedes Obdach, indem die Ortschaften von dem Boden verschwunden sind, ohne jedwede Nahrungsmittel in ihre Heimatorte zurückgeschoben [...], ohne daß seitens der kompetenten Stellen irgendwelche Vorsorgen rechtzeitig getroffen wurden.“

Sie stünde jammernd und weinend vor den Resten ihrer Heimstätten und käme auf die Gendarmeriestationen, die auch nicht helfen könnten. In Gegenden, die durch

---

<sup>127</sup> Vgl. k. u. k. Armeoberkommando. Chef des Generalstabs an den k. k. Minister des Innern. Betr. Sozialrevolutionäre Bauernbewegung in Ostgalizien, besonders in den Bezirken Rava-Rus'ka und Cieszanów. Standort, den 1.5.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918. Signatur 22, K. 2119.

<sup>128</sup> Vgl. k. k. Gendarmeriestabsoffizier an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung. Przemyśl, den 6.5.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>129</sup> Vgl. k. k. exponierter Gendarmeriestabsoffizier Oberstleutnant Rosner des Landesgendarmeriekommandos Nr. 5 an das Ministerium für Landesverteidigung. Stanislaw, den 11.5.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.



den Krieg nicht berührt worden seien, habe der Bauer dagegen durch die Lebensmittelteuerung ein bedeutendes Kapital erworben. Hier verweigere er die Arbeit auf den Gutshöfen, da er den Arbeitslohn nicht benötige. Eine Mitschuld für das Bestehen „bolschewikischer Agrarbewegungen“ sah man bei dem Großgrundbesitz, der die Bauern nach althergebrachten Überlieferungen zur Arbeit auf seinem Land zwingt. Interessant ist, daß bei den ukrainischen Bauern die Tendenz festgestellt wurde, sich vom polnischen Großgrundbesitz emanzipieren zu wollen. Die Bauern fänden jedoch kein anderes Mittel dazu als passive Resistenz. Die Agitation für eine selbständige Ukraine nutze auch den Umstand, daß polnische Großgrundbesitzer in der Verwaltung leitende Funktionen ausübten. Eine Ausdehnung und Verschärfung der Bewegungen sei zu befürchten: „Es macht den Eindruck, daß diese sogenannte Agrarbewegung in Ostgalizien eigentlich nur ein Kampf der Nationen auf sozialistischer Basis ist.“<sup>130</sup>

Den Ukrainern des Habsburgerreiches ging es in der Folgezeit um eine Umsetzung des Brester Friedensvertrages, ganz im Gegensatz zu polnischen politischen Kräften in Galizien, die zunächst die Bestimmungen in der Cholmer Frage revidieren und die Kronlandsteilung verhindern wollten. Während die österreichisch-ungarischen Ukrainer der Monarchie die Treue halten wollten, kam für die Mehrzahl der polnischen Politiker Galiziens eine austropolnische Lösung nun kaum noch in Betracht. Auf lange Sicht waren die galizischen Polen für Österreich-Ungarn verloren.

---

<sup>130</sup> Vgl. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2118: Ministerium des Innern. Staatspolitisches Büro. Betrifft: Bolschewikische Agrarbewegung in Ostgalizien. Exponierter Gendarmieroffizier in Lemberg an das k. k. Landesgendarmeriekommando in Lemberg. Lemberg, den 28.5.1918.

### 3. Die Zuspitzung des Ostgalizienkonflikts: Ukrainisches Kronland oder Anschluß an das Königreich Polen von März bis August 1918

#### 3.1. *Der politische Kampf der ostgalizischen Ukrainer für die Umsetzung des Brester Friedens*

Der polnische Generalstreik vom 18. Februar 1918 rief nicht nur die Besorgnis militärischer und ziviler Kreise des Habsburgerreiches, sondern vor allem der ostgalizischen Ukrainer hervor. Die Ukrainer fürchteten, daß die Bestimmungen des Brester Friedens aufgrund der Massivität der polnischen Proteste möglicherweise nicht umgesetzt würden. „Dilo“ verkündete schon am folgenden Tage, daß das ukrainische Volk den Fehdehandschuh der polnischen Politiker aufnehme. Die einzige Antwort auf die polnische Mobilmachung sei die ukrainische Mobilmachung: Die Polen hätten einen Sturm gesät, sie würden einen Orkan ernten.<sup>131</sup>

Das traditionelle Postulat nach ukrainischer Staatlichkeit im Rahmen der Habsburgermonarchie stand im Zentrum einer großangelegten, vom Nationalkomitee initiierten ukrainischen Kundgebung in Ostgalizien am dritten März 1918. Entgegen der kämpferischen Wortwahl in „Dilo“ handelte es sich um eine Loyalitätserklärung für die Habsburgerdynastie: Nicht gegen die Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn wandte man sich, sondern gegen die polnische Suprematie in einem ungeteilten Kronland Galizien. Huyn trat dafür ein, die ukrainischen Demonstrationen an Orten mit ukrainischer Mehrheit zuzulassen, sie aber an anderen Orten möglichst zu unterlassen oder zumindest einzuschränken. Eine vergleichbare Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten der ostgalizischen Ukrainer hatte der galizische Statthalter bei den polnischen Manifestationen vom 18. Februar nicht walten lassen. Er neigte nun aus Vorsicht dazu, die innere Sicherheit des von ihm verwalteten Kronlandes keiner weiteren Belastungsprobe auszusetzen. Ein direktes Verbot erschien der k. k. Regierung unzulässig, da die Kundgebungen durchaus im österreichischen Sinn geplant seien. Im äußersten Fall sei, aber nur im Einvernehmen mit den Veranstaltern, eine Einschränkung des Programms dort möglich, wo ernstere Unruhen zu befürchten seien. Besonderes Gewicht legte die österreichische Regierung auf eine ungehinderte Durchführung der Veranstaltung in Lemberg. Es sei Aufgabe der politischen Behörde, Zusammenstöße durch ein entsprechendes Machtaufgebot vorzubeugen.<sup>132</sup>

Am dritten März füllte sich die Georgs-Kathedrale schon seit dem Morgen, zunächst mit der Bauernschaft des Kreises, dann mit der Lemberger Bürgerschaft, Schulen, Gesellschaften und Korporationen. Metropolit Šeptyc'kyj zelebrierte einen erzbischöflichen Gottesdienst. Später wurde ein Mnoholits'tvo für die UNR und das ukrainische Volk gesungen. Vor dem Sitz des griechisch-katholischen Metropoliten hielt Lozyns'kyj eine Rede, in der er betonte, daß die Bestimmungen des Brester Friedens genau einzuhalten seien. Der Friedensschluß bilde einen Damm gegen den polnischen Imperialismus nach Osten. Die österreichisch-ungarischen

<sup>131</sup> Vgl. Na mobilizaciju: Mobilizacija, in: Dilo, Nr. 38, 19.2.1918.

<sup>132</sup> Vgl. Chiffretelegramm des k. k. Innenministers an Statthalter in Galizien. Wien, den 27.2.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2118.

Ukrainer müßten nun ihre Staatlichkeit im Rahmen der Habsburgermonarchie erhalten. Galizien sollte geteilt und ein ukrainischer Staatsorganismus aus allen ukrainischen Gebieten Österreich-Ungarns gebildet werden. Gleichzeitig sprachen an anderen Orten Cehel's'kyj und der Organisator der Stadt Lemberg Oleksander Pisec'kyj. Anschließend spielte das Orchester der ukrainischen Eisenbahner die ukrainische Nationalhymne und der Zug bewegte sich um zwölf Uhr mittags in Richtung Marktplatz. Dort wandte Kost' Levyc'kyj sich vom Balkon des Prosvita-Hauses an das Volk. Ebenso wie zuvor Lozys'kyj erneuerte auch Levyc'kyj die traditionelle Forderung des Ukrainischen Hauptrats in Lemberg aus dem Jahre 1848 und schloß mit den Worten: „Es lebe Kaiser Karl! Es lebe die UNR! Es lebe das ukrainische Volk!“<sup>133</sup>

Huyn berichtete an das k. k. Ministerium des Innern, daß die Friedensdemonstration der Ukrainer in Lemberg unter Beteiligung von etwa 12.000 Personen einen ebenso ruhigen wie würdigen Verlauf genommen habe. Die polnische Bevölkerung habe sich vollkommen ruhig verhalten.<sup>134</sup> Militärische Berichtersteller sahen in den Ukrainern das größte Gegengewicht gegen einen etwaigen polnischen Putsch. Die Bauern seien kaisertreu und konservativ, die Intelligenz im Lande und in den Städten mit Rücksicht auf die politischen Vorkommnisse der letzten Zeit und in Erwartung einer Autonomie saturiert. Sollten die gehegten Erwartungen sich jedoch nicht erfüllen, dann müsse mit einer Irredenta gerechnet werden, die die rusophile und die großpolnische Bewegung um ein Vielfaches übertreffe:

„Die Gründe hierfür - der neuerstandene Nachbar - sind naheliegend. Es sind untrügliche Zeichen dafür vorhanden, daß die Ukrainer Galiziens einen nationalen Druck weiterhin nicht mehr ertragen würden“.<sup>135</sup>

Eine direkte Förderung ukrainischer politischer Bestrebungen durch militärische Zentralstellen Österreich-Ungarns erscheint jedoch eher unwahrscheinlich. Erstens besaßen die Ukrainer kaum Politiker, die den polnischen Einfluß bei Hofe oder im AOK hätten neutralisieren können. Zweitens hätte es die Aufstandsgefahr in Galizien unnötig erhöht, wenn ukrainische politische Interessen protegiert worden wären. Aus militärischer Sicht erschien es weitaus sinnvoller, die ukrainische Bewegung zwar in etwaigen Berichten als Gegengewicht gegen die als bedrohlich angesehene polnische Bewegung darzustellen, darüber hinaus aber wegen ihrer drohenden Umbildung in eine nationale Irredenta in Richtung des ostukrainischen Staates Vorsicht walten zu lassen. Drittens mußte ein allzu weitgehendes Eingehen auf die politischen Aspirationen der ostgalizischen Ukrainer auf den Widerspruch Ungarns stoßen.

Daß man sich dessen in Armeekreisen durchaus bewußt war, davon zeugt ein Schriftwechsel über die offizielle Einführung der Bezeichnung „Ukrainer“ anstelle

<sup>133</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Istorija vyzvol'nych zmahan'*, S. 764f.

<sup>134</sup> Vgl. Bericht des k. k. Statthalters in Galizien. Lemberg, den 4.3.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2118.

<sup>135</sup> K. k. Gendarmeriekommando für Galizien und die Bukowina, E.Nr. 2 Res. Situationsbericht. Fischer m.p.GM. an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung, Tschernowitz am 20.3.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

von „Ruthenen“ zwischen dem Ministerium für Landesverteidigung (MfLV), der Militärkanzlei seiner Majestät (MKSM) und dem Kriegsministerium (KM). Einer Note des MfLV vom 10. Februar zufolge hatte der österreichische Innenminister dem Anliegen des Präsidiums der UPR Rechnung getragen und die Anwendung der Bezeichnungen „Ukrainer“ und „ukrainisch“ im schriftlichen Amtsverkehr des Ministeriums angeordnet. Die neuen Bezeichnungen seien in der deutschen Fußnote des Reichsgesetzblatts, den Ankündigungen der Wiener Zeitung vom Erscheinen der einzelnen Nummern dieser Ausgabe und sukzessive im Amtsverkehr der einzelnen Behörden einzuführen.

Die MKSM kritisierte das Vorgehen des Innenministeriums, da der Übergang von der bisherigen Bezeichnung „Ruthenen“ auf „Ukrainer“ nicht durch eine offene Deklaration eingeführt, sondern „successive, fast könnte man sagen, eingeschmuggelt“ werde.<sup>136</sup> Sie gab zu bedenken, daß dem in Österreich für das MfLV zwar als einer rein innenpolitischen Frage keine gesetzlichen Hindernisse im Wege stünden. Im Falle von AOK und KM als pragmatischen, gemeinsamen Stellen hingegen könne die Anwendung der Bezeichnung „Ukrainer“ statt „Ruthenen“ vom Standpunkt der Innen- und Nationalitätenpolitik in Ungarn eine lebhaftere Einsprache aller interessierten Kreise erwecken. Auf eine Anfrage des KM hin gab der k. u. k. Ministerpräsident als Standpunkt der Regierung bekannt, „daß es in Ungarn nur Ruthenen gibt, das ist: eine Nationalität, die mit den Ukrainern nicht das geringste gemein hat“. Gleichzeitig äußerte er schwerste Bedenken gegen die geplante Regelung für Österreich und meinte, daß so den Ruthenen eine irredentistische Propaganda ermöglicht werde. Bis zu einer Einigung beider Regierungen sollte das MfLV keine Verfügungen treffen.<sup>137</sup> Die große Vorsicht, die militärische Stellen wie die MKSM bei der Einführung der neuen Bezeichnungen „Ukrainer“ beziehungsweise „ukrainisch“ walten ließen, läßt es als sehr unwahrscheinlich erscheinen, daß weitergehende politische Zielsetzungen der ostgalizischen Ukrainer bei ihnen auf allzu viel Unterstützung rechnen konnten. Eher scheint es angebracht, die ostgalizischen Ukrainer als Nutznießer von Präventivmaßnahmen gegen einen vermeintlich drohenden Aufstand der galizischen Polen anzusehen.

Für den 25. März rief die UPR einen Kongreß der Männer des Vertrauens aller ukrainischen Parteien nach Lemberg ein. Auf Vorschlag Petruševyčs wurden die baldmöglichste Unterzeichnung des Brester Vertrages durch Österreich-Ungarn und die Bildung eines ukrainischen Staatsorganismus aus den ukrainischen Ländern Galiziens und der Bukowina gefordert. Dagegen erwies sich die von der UPR selbst initiierte Gründung einer überparteilichen Organisation der „Nationalen Verteidigung“ als schwieriger. Die Vorstände aller Parteien widersetzten sich diesem Plan, da sie fürchteten, daß die UPR die Leitung der ukrainischen Politik in Ostgalizien ganz in die eigene Hand zu nehmen beabsichtigte. Die Folge war, daß die UPR in Wien Gelder für einen Fond der nationalen Verteidigung sammelte, aber die Exekutive im Lande weiter in der Hand der Parteileitungen lag, in erster Linie der Na-

<sup>136</sup> Pro domo der MKSM zum Einsichtsakt des MfLV Präs.Nr. 2674 vom 10.2.1918. Baden, den 13.2.1918. KA Wien, MKSM Präs.69-16/5-1. Zum folgenden ebenda.

<sup>137</sup> Vgl. Pro domo zum Einsichtsakt des KM Präs. Nr. 20026 vom 15.6. betreffend Regelung der Bezeichnung 'Ukrainer' in der Armee. Hofzug, den 20.6.1918. KA Wien, MKSM Präs. 69-16/5-3: MKSM Nr. 4298.

tionaldemokraten mit dem Nationalkomitee an der Spitze.<sup>138</sup> Die Schaffung eines ukrainischen Staatsorganismus in Verbindung mit Österreich bildete, ungeachtet des weiter anhaltenden Machtkampfs zwischen der UPR und dem Nationalkomitee der UNDP, das Hauptziel *aller* politischen Organisationen der ostgalizischen Ukrainer. Eine Ausnahme bildete allenfalls die politisch weitgehend einflußlose USDP.

Das Widerstreben Österreich-Ungarns, den Brester Friedensvertrag mit der Ukraine zu unterzeichnen, sowie das dem Polenklub von der österreichischen Regierung gegebene Versprechen, sich des geheimen Zusatzprotokolls bezüglich Galiziens nicht bedienen zu wollen, beunruhigten die Ukrainer. Unter Führung des Mitglieds des österreichischen Herrenhauses Metropolit Šeptyc'kyj begaben die Präsidien der UPR und des Klubs der ukrainischen Abgeordneten aus der Bukowina sich am 21. April zum österreichischen Ministerpräsidenten Seidler. Sie forderten, daß der Brester Frieden ratifiziert und Galizien geteilt werde. Seidler entgegnete darauf, daß er für die Einwände und Befürchtungen des Ministeriums des Äußern nicht verantwortlich sei. Er kenne aber die Position des Kaisers, der den Brester Frieden unterzeichnet habe und zu dessen Ausführung verpflichtet sei. Seidler versicherte, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die ukrainischen Forderungen zu erfüllen und bis Ende Juli im Parlament einen Entwurf über die Teilung Galiziens vorzulegen. Diesen Zusagen hätten, so erinnerte sich Kost' Levyc'kyj, die ukrainischen Abgeordneten geglaubt.<sup>139</sup>

Kontakte zwischen West- und Ostukraine, aus der besorgniserregende Nachrichten über das Verhalten deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen drangen, waren Anfang 1918 nur spärlich ausgebildet. Die ukrainische Rada-Regierung hatte die Mittelmächte um Waffenhilfe gegen die Bolševiki bitten müssen, deren Armeen ihre Aufgabe darin sahen, die von der Ukraine zugesagte Menge an Brotgetreide sicherzustellen. Aus der konträren Erwartungshaltung beider Seiten resultierte ein Konflikt, der auch die ukrainischen Parlamentarier in Wien beunruhigte. Diese fragten im Reichsrat am 21. März 1918 an, ob die Anwesenheit der Armeen der Mittelmächte in der Ukraine den Charakter einer Okkupation, Requirierung oder Hilfe für einen Nachbarstaat trüge. Die ausweichende Antwort, die der k. k. Ministerpräsident und der k. k. Minister für Landesverteidigung auf Weisung des k. u. k. Kriegsministeriums fast zwei Monate später am 15. Mai erteilten, daß ohne Nennung konkreter Fakten keine Klärung möglich sei, war wenig ermutigend. Bald darauf übernahm mit Hilfe der Mittelmächte Pavlo Skoropads'kyj als Hetman am 29. April 1918 die Macht in der Ostukraine. Dieser Umsturz spaltete die österreichisch-ungarischen Ukrainer in zwei Gruppen: Die eine vertrat der Redakteur von „Dilo“ Panejko, der eine Unterstützung des Hetmanats als einer Ordnung schaffenden Kraft befürwortete; die andere der stellvertretende Redakteur von „Dilo“ Mychajlo Lozyns'kyj, dem zufolge Skoropads'kyj als verkappter Vertreter Rußlands „vernichtet“ werden müsse.<sup>140</sup> Die Verunsicherung ostgalizischer politischer Kreise

---

<sup>138</sup> Vgl. Levyc'kyj, Velykyj zryv, S. 9-13.

<sup>139</sup> Vgl. ebenda, S. 26-28.

<sup>140</sup> Vgl. ebenda, S. 14-21.

wird durch die Tatsache verdeutlicht, daß sogar die Redaktion von „Dilo“ derart gegensätzliche Positionen vertrat.

Außerdem dauerte der Gegensatz zwischen dem Nationalkomitee und der UPR fort. Während „Dilo“ dem neuen Regime überwiegend kritisch gegenüberstand, setzte „Ukrajins'ke Slovo“ sich für den Hetman ein. Das Organ der UPR nahm beispielsweise Skoropads'kyj gegen den in „Dilo“ erhobenen Vorwurf in Schutz, früher für die Einheit des rußländischen Volkes aus Kleinrussen, Weißrussen und Großrussen aufgetreten zu sein. Für das dreieinige rußländische Volk hätten die größten Koryphäen der ukrainischen Geschichte wie der Historiker Mykola Kostomarov, der Dichter Pantelejmon Kuliš und der bedeutende ukrainische politische Theoretiker Mychajlo Drahomaniv gestanden. Hetman Skoropads'kyj sei, wie tausende andere, erst nach Ausbruch der Revolution zu einem bewußten Ukrainer geworden und erkläre sich heute als solcher. Vorrangig schien eine Stabilisierung der inneren Verhältnisse in der Ukraine:

„Und wenn dieser Mann heute der *Herrscher* der Ukraine ist, dann muß man als Politiker mit dieser *Tatsache* rechnen, vor allem dann, wenn man nicht will, daß sich zwischen dem Herrscher des Landes und seinem Volk unmögliche Beziehungen ausbilden.“<sup>141</sup>

Die Anteilnahme der ostgalizischen Ukrainer an der politischen Entwicklung in der Ostukraine war gewiß aufrichtig. Ebenso wesentlich war jedoch vermutlich die nur zu berechnete Befürchtung, daß es sich negativ auf den eigenen politischen Stellenwert auswirken mußte, wenn die österreichisch-ungarische Armee in der Ukraine als politische und militärische Ordnungsmacht auftrat. Erste Gerüchte über eine den ukrainischen Interessen ungünstige Wendung begannen bereits Ende April in Wien zu kursieren. Es hieß, daß der k. u. k. Außenminister Burián sich mit dem Polenklub verständigt habe und Ostgalizien im Zuge einer austropolnischen Lösung an Polen angegliedert werden solle. Anfang Mai unternahm der griechisch-katholische Metropolit Šeptyc'kyj über den Abt von Strotzingen einen erneuten Versuch, eine Audienz beim deutschen Kaiser zu erlangen.<sup>142</sup> Šeptyc'kyj gab vor, sich bei Wilhelm II. persönlich für den ihm ins russische Exil übermittelten Gruß bedanken zu wollen. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß er bei diesem Treffen zentrale politische Anliegen persönlich vorzutragen beabsichtigte.

Šeptyc'kyjs Bemühungen korrespondierten mit der Taktik ostgalizisch-ukrainischer Politiker, über offizielle kaiserlich-deutsche Kreise Druck auf Entscheidungsträger des Habsburgerreiches auszuüben. Dieses politische Mittel wurde von den ostgalizischen Ukrainern, die kaum direkte Einflußmöglichkeiten auf maßgebliche Entscheidungsträger des Habsburgerreiches besaßen, zunehmend praktiziert. Diplomatische Kreise des deutschen Kaiserreichs verweigerten sich

---

<sup>141</sup> Cui bono [Hervorhebungen im Original, T.W.]?, in: *Ukrajins'ke Slovo*, Nr. 131, 13.6.1918.

<sup>142</sup> Vgl. G.A. Zu A 20896. Die Frage des Empfangs des Metropoliten war bereits Anfang Januar von Grünau dem Kaiser vorgetragen und von Letzterem positiv entschieden worden. Auf eine anläßlich des Schreibens des Abtes von Strotzingen vom 11.5.1918 hin erfolgte Rücksprache befürwortete Wedel den Besuch des Metropoliten bei Wilhelm II. Die Audienz scheint daran gescheitert zu sein, daß sich keine Gelegenheit fand. PA AA, R 8979.

dem jedoch in der Regel unter dem Vorwand, sich nicht in innerösterreichische Angelegenheiten einmischen zu wollen.

Dennoch bildete die unbedingte Treue zu den Mittelmächten ein „noli me tangere“ der ostgalizisch-ukrainischen Politik. Dies mußte Panejko feststellen, der mit dem Ziel der Aufnahme von Kontakten zu Entente-Staaten im April 1918 in die Schweiz gefahren war. Panejko meinte im Rückblick auf diese Ereignisse, daß die österreichisch-ungarischen Ukrainer durch psychologische Hemmnisse gefangen gewesen seien, die sich in der Vorkriegsatmosphäre ihrer Nationalpolitik ausgebildet hätten: Denkbar sei nur der Ersatz der österreichischen Umstände durch die russischen gewesen. Spätestens 1917 jedoch sei deutlich gewesen, daß an die Stelle der Alternative „Österreich oder Rußland“ der Wiederaufbau Polens getreten sei. Eine Revision der bisherigen Taktik sei nicht nur eine Frage der politischen Vernunft, sondern auch politischer Ehrlichkeit und nationalen Verantwortungsgefühls gewesen. Panejko setzte sich für ukrainisch-galizische Einheiten in den Entente-Armeen ein, die aus Kriegsgefangenen an der italienischen und anderen Fronten gebildet werden sollten. Man habe den Spuren tschechischer Politiker wie Edvard Beneš oder Tomáš Masaryk und polnischer Politiker wie dem Nationaldemokraten Roman Dmowski mit allen daraus resultierenden Konsequenzen folgen sollen. Sollte die Entente siegen, dann besäßen sie als deren Verbündete eine den Polen und Tschechen gleichrangige Stimme auf der Pariser Friedenskonferenz.<sup>143</sup>

Sowohl Kost' Levyc'kyj als auch Petruševyč lehnten Panejkos Pläne ab: Ersterer wegen der Gefahr neuerlicher Repressionen gegen die österreichisch-ungarischen Ukrainer sowie aus der Befürchtung, daß die Mittelmächte ihnen die erhoffte Unterstützung entziehen könnten. Letzterer sah darin offenbar einen „Verrat an den Mittelmächten“ und einen Bruch der eigenen politischen Prinzipien. Hinzu kamen Zweifel, ob Panejko über die für eine Kontaktaufnahme mit der Entente notwendigen Verbindungen verfügte. Panejkos Argument, daß die eigene politische Sache durch die Arbeit auf zwei Seiten nicht verliere und man eine Rückversicherung wegen des unsicheren Kriegsausgangs benötige, fand kein Gehör. Außerdem bestanden starke persönliche Differenzen zwischen Kost' Levyc'kyj und Jevhen Petruševyč: Ersterer wollte die Verantwortung für einen so weitreichenden Schritt seinem Widersacher aufbürden. Letzterer war nicht bereit, Panejko mit Geldmitteln aus dem Fond der nationalen Verteidigung zu unterstützen. Das von Panejko redigierte „Dilo“ hatte die UPR wiederholt scharf angegriffen.<sup>144</sup>

Panejko versuchte offenbar in der Folgezeit, seine Pläne weiterzuverfolgen, erhielt jedoch kein Visum. Der Grund hierfür liegt darin, daß er schon durch sein Verhalten beim Grenzübertritt den Verdacht auf sich gelenkt hatte, Beziehungen zur Entente zu unterhalten. Das Referat V des k. u. k. Außenministeriums und die Polizeidirektion Wien kamen daraufhin überein, gegen Panejko ein Auslandsreise-

---

<sup>143</sup> Vgl. Vasyľ Panejko, *Ukrajins'ki legiony po boci Antanty* (Uryvok iz spomyniv), in: *Polityka*, 10.10.1925, S. 8-12, sowie 10.11.1925, S. 46-49. Einen günstigen Zeitpunkt für die Bildung galizisch-ukrainischer Legionen auf Seiten der Entente bildete aus seiner Sicht das Frühjahr 1918, weil vor allem Frankreich angesichts der bevorstehenden deutschen Offensive an der Westfront ihre moralische, militärische und politische Hilfe bereitwilliger annähme als später, wenn die Gefahr bereits vorüber sei.

<sup>144</sup> Vgl. ebenda; Levyc'kyj, *Velykyj zryv*, S. 52-54.

verbot zu verhängen.<sup>145</sup> Die Tatsache, daß dessen Versuche, mit der Entente in Kontakt zu treten, aus diesem Grund ohnehin scheitern mußten, ändert nichts an der Richtigkeit seines Standpunkts. Indem die Ukrainer ihr politisches Schicksal ohne Berücksichtigung politischer Alternativen *allein* mit den Mittelmächten verbanden, riskierten sie bei deren Niederlage eine völlige außenpolitische Isolierung.

Wilson wollte in Punkt zehn seiner 14 Punkte vom 8. Januar 1918 ausdrücklich die Freiheit der Völker Österreich-Ungarns zu einer autonomen Entwicklung gewahrt sehen, ohne daß die Monarchie zerschlagen werden sollte. Schon darum schien eine Kontaktaufnahme zur Entente politisch sinnvoll. Die Ukrainer fehlten jedoch sowohl auf dem Kongreß vom 7. bis 10. April in Rom, wo Repräsentanten aller unterdrückten Völker der Habsburgermonarchie zusammenkamen, als auch bei den Feierlichkeiten zum fünfzigjährigen Jubiläum des Prager Nationaltheaters am 16. Mai 1918, an denen auch Vertreter anderer slavischer Nationen des Reiches teilnahmen. Letzteres war ein schwerer politischer Fehler, da die Ukrainer Österreich-Ungarns es versäumten, Verbindungen zu anderen slavischen Nationen der Monarchie aufzunehmen. Polnisch-tschechische Kontakte etwa wurden auf diesem Kongreß geknüpft.<sup>146</sup> Etwas politische Kontakte aus dieser Zeit hätten später einen guten Ausgangspunkt für zwischenstaatliche Beziehungen unter aus der Erbmasse des Habsburgerreiches gebildeten Nationalstaaten hätten bilden können. Dies verweist erneut darauf, daß die ostgalizischen Ukrainer die eigene politische Zukunft nach wie vor nur bei Österreich sahen.

Petruševyč und Jevhen Levyc'kyj ersuchten den deutschen Staatssekretär Kühlmann am 25. Mai in Berlin um den Schutz des Deutschen Reiches gegen die Absichten der Ungarn und der Polen, die polnische Frage auf Kosten der Ukrainer zu lösen und den österreichisch-ungarischen Geheimvertrag über die ukrainische Autonomie in Österreich als ungültig zu erklären. Kühlmann lehnte eine Einflußnahme des Deutschen Kaiserreichs in die Galizienfrage als innerösterreichische Angelegenheit ab, in die man sich nicht ohne Trübung der Bündnisbeziehungen zu Österreich einmischen könne. In Bezug auf die polnische Frage erklärte er beruhigend, daß darüber noch keine Regelung stattgefunden habe.<sup>147</sup> Noch unerfreulicher verlief eine Besprechung mit Burián am 31. Mai in Wien, der eine Erörterung von Fragen wie die Schaffung eines ukrainischen Kronlands als nicht in sein Ressort

---

<sup>145</sup> Handkoffer Vasyľ Panejko. Referat V, 27.6.1918: Notiz für die Akten. HHStA PA I, K. 1041. Ebenda: Referat V. Nr. 299. An das staatspolitische Referat der k. k. Polizeidirektion in Wien: Dr. Basil Panejko, Chefredakteur des ukrainischen Tagblatts „Dilo“ in Lemberg. Wien, den 27.6.1918: Panejko sei dringend verdächtig, sich bei einer Reise in die Schweiz vor drei Monaten den österreichischen und schweizerischen Grenzbehörden gegenüber mit verschiedenen Empfehlungsschreiben ausgewiesen zu haben. Dies sei schweizerischerseits zwar akzeptiert worden, aber mit dem Bemerkung, ob Panejko diese beiden Empfehlungsschreiben für vereinbar halte. Darauf habe dieser mit einer Ausflucht geantwortet. Näheres über die Schriftstücke habe zwar nicht in Erfahrung gebracht werden können, doch dürfte es vielleicht auf eine Verbindung mit der Entente hindeuten.

<sup>146</sup> Vgl. Henryk Batowski, *Rozpad Austro-Węgier 1914-1918* (Sprawy narodowościowe i działania dyplomatyczne), Wrocław, Warszawa, Kraków 1965, S. 173; Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 39.

<sup>147</sup> Vgl. Abschrift A 22028. Notiz. Berlin, den 25.5.1918. Gezeichnet von Ernst Freiherr Langwerth von Simmern, zur Kenntnis an Wedel in Wien und den kaiserlich-deutschen Botschafter Mumm von Schwarzenstein in Kyjiv. PA AA, R. 8779.



fallend zurückwies.<sup>148</sup> Vor allem Österreich-Ungarn nahm jetzt aus einer Position der eigenen Stärke heraus kaum noch Rücksicht auf die ostgalizisch-ukrainische Politik.

In einem Bericht des Gendarmeriekommandos für Galizien und die Bukowina vom 2. Juni 1918 über die Vorkommnisse in Galizien wurde festgestellt, daß die Stimmung der ukrainischen Kreise Lembergs seit den letzten Vorfällen in der Ukraine sehr gedrückt sei. Das Wiederauftauchen der austropolnischen Lösung habe ihr Vertrauen zu Österreich-Ungarn vollständig erschüttert. Obwohl die ostgalizischen Ukrainer den vollständigen Mangel an staatsmännischer Begabung der gestürzten Rada-Regierung einsähen, hielten ein ihnen anerzogenes Vorurteil und eine gewisse Beschränktheit, die sie demokratisches Programm nannten, sie davor zurück, dem Hetmantum und der neuen Regierung Sympathien entgegenzubringen. Da sie die Regierungen der Entente für polen- und russenfreundlich hielten, glaubten sie auch von dieser Seite keine Unterstützung erlangen zu können: „Mithin kann als der Grundton ihrer politischen Stimmung eine *vollständige Verzagtheit und Desorientierung* bezeichnet werden“.<sup>149</sup> Ein Militärbericht vom 18. Juni bestätigt dieses Bild: Die letzten Vorgänge in der Ukraine riefen unter den österreichisch-ungarischen Ukrainern eine große Mißstimmung gegen Deutschland sowie Besorgnis über die Lösung der ukrainischen Frage in Galizien und der Bukowina hervor.<sup>150</sup>

„Ukrajins'ke Slovo“ registrierte Anfang Juni mit Besorgnis, daß Burián mit der Absicht nach Berlin fahre, die austropolnische Lösung der polnischen Frage zu unterstützen.<sup>151</sup> Burián selbst zweifelte an den Erfolgsaussichten einer von polnischen Konservativen und deutsch-österreichischen Politikern favorisierten Vereinigung Kongreßpolens mit Galizien unter haburgischem Szepter. Wedel hatte schon im Juni 1918 keinen Zweifel gelassen, daß Deutschland diesem Plan ablehnend gegenüberstehe. Angesichts des weit fortgeschrittenen Zersetzungsprozesses des österreichischen Staates sei die austropolnische Lösung mehr als gewagt. Die einzige Möglichkeit, die Losreißung Galiziens einstweilen zu verhindern, bilde der Übergang vom Polentum zum Ruthenentum. Dieser im Brester Frieden angelegte Weg sei jedoch sehr gefährlich, weil dann zur polnischen Irredenta eine ukrainische hinzuträte. Wedel meinte, daß nach dem Verlust Galiziens Westösterreich nicht mehr lebensfähig sei und im engsten Anschluß an Deutschland zum Föderalismus übergehen müsse. Seine Aussagen über Österreichs Zukunft klangen mehr als düster: Der Bolshevismus habe in Volks- und sogar in militärischen Kreisen in letzter Zeit erheblich an Boden gewonnen. Tschechen und Südslaven seien längst Hoch-

<sup>148</sup> Vgl. Levyc'kyj, Velykyj zryv, S. 33f, 54-56.

<sup>149</sup> Rittmeister Hintz, kommandiert beim Gend. Kommandanten für Galizien und die Bukowina in Tschernowitz. Bericht über Vorkommnisse in Galizien. Tschernowitz, den 2.6.1918 [Hervorhebungen im Original, T.W.J. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2118.

<sup>150</sup> Vgl. Präsidium des k. k. Ministeriums des Innern, Protokoll Nr. 20289 M.I., Gegenstandsbezeichnung Galizien: Stimmungsbericht, eingelangt vom k. k. Ministerium für Landesverteidigung am 16.7., präsentiert am 6.9.1918. Dem Bericht des Ministeriums für Landesverteidigung lag der Rapport Exh. Nr. 155 Res. des Landesgendarmeriekommandos Nr. 5 an den Gendarmeriekommandanten für Galizien und die Bukowina vom 18. Juni zugrunde. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>151</sup> Caveant consules!..., in: Ukrajins'ke Slovo, Nr. 127, 8.6.1918.

verräter, die Ungarn suchten den eigenen Staat in Sicherheit zu bringen und die Deutschen gäben Österreich auf. Außer der Bürokratie und einem geringen Teil des Offizierskorps sei nur eine kleine Gruppe unter Führung von Aristokraten noch staatsertreu:

„Daß der Staat unter solchen Umständen trotz Krieg und wirtschaftlicher Not noch bestehen kann, ist nur durch die Indolenz und die Uneinigkeit seiner Bewohner, durch das Gesetz der Trägheit erklärlich.“<sup>152</sup>

1918 scheiterte die austropolnische Lösung endgültig: Infolge der Abtretung des Cholmer Landes im Brester Frieden waren die galizischen Polen auf Distanz zu Wien gegangen. Im Sommer schließlich bestand aufgrund des Machtverfalls innerhalb der Donaumonarchie keine Möglichkeit mehr, diese politische Konzeption zu verwirklichen. Die ukrainischen Befürchtungen bezüglich einer austropolnischen Lösung waren demnach einerseits zwar unbegründet, weil diese Lösung der polnischen Frage aller Wahrscheinlichkeit nach am Einspruch Deutschlands scheitern mußte, das Österreich nicht mehr als gleichwertigen Partner ansah. Andererseits ging Wedel davon aus, daß Galizien mit dem Königreich Polen vereinigt werden müsse. Weder Polen noch Österreich kämen zur Ruhe, wenn die polnische Frage nicht gelöst sei.<sup>153</sup> Wedel sah die ostgalizischen Ukrainer nicht als einen näherer Betrachtung wertigen politischen Faktor, sondern bestenfalls als zu meidendes Gefahrenmoment einer Irredenta.

Am 14. Juni fanden unter Petruševyč ganztägige Beratungen der ukrainischen Parlamentsparteien statt. Nach längeren Debatten über die politische Lage wurde einstimmig ein Kompromißantrag angenommen. Die UPR verlangte von maßgeblichen Kreisen die Zusicherung, daß erstens das mit dem ukrainischen Staat in Brest-Litovsk abgeschlossene Friedensabkommen in Gänze eingehalten werde. Zweitens sei ein ukrainisches Kronland aus dem ukrainischen Teil Galiziens und der Bukowina zu schaffen. Drittens forderte man die Einberufung des Parlaments. Wenn dies aber auf Kosten der von den Polen gestellten Bedingungen geschehe, gehe man in und außerhalb des Reichsrats zur schärfsten Obstruktion zum Schutz der bedrohten nationalen Rechte über. „Ukrajins'ke Slovo“ schlug vor, eine aus Deutschen, Ukrainern und Südslaven bestehende Reichsratsmehrheit zu schaffen. Diese Mehrheit sei leicht zu erlangen, wenn nur die Deutschen den Südslaven einige Zugeständnisse machten.<sup>154</sup> Mit mehr Realismus urteilten deutsche diplomatische Kreise, denen zufolge die für ein solches Bündnis notwendigen weitgehenden Zugeständnisse den Südslaven gegenüber den Widerspruch Ungarns hervorrufen mußten.

Lozyns'kyj übte Mitte Mai scharfe Kritik an „Ukrajins'ke Slovo“, das vom ersten Augenblick an auf der Seite der Schöpfer des Umsturzes vom 29. April ge-

---

<sup>152</sup> Kaiserliche Botschaft in Wien. Nr. 179. Inhalt: Österreichs Zukunft. Wedel an Hertling. Wien, den 7.6.1918. PA AA, R. 8779.

<sup>153</sup> Ebenda.

<sup>154</sup> Kaiserlich-Deutsches Konsulat. Nr. G.168/18. Betrifft: Entschließung der ukrainischen Reichsratsvertretung betreffend Einhaltung des Brester Abkommens durch Österreich. Heinze an Hertling. Lemberg, den 21.6.1918. PA AA, R. 8779.

standen habe. Dieser Umsturz sei jedoch von dem ukrainischen Staate feindlich gegenüberstehenden Elementen durchgeführt worden. Die Zeitung verschweige die Tätigkeit des Ukrainischen Nationalbundes (Ukrajins'kyj Nacional'nyj Sojuz), der gegen den Hetman gerichteten Opposition. Jedoch gäben weder die politische Vergangenheit Skoropads'kyjs, noch die Art seiner Machtübernahme oder sein politischer Kurs ausreichenden Grund, ein Anhänger seiner Politik zu sein.<sup>155</sup> „Ukrajins'ke Slovo“ diskreditierte seinerseits „Dilo“ für dessen habsburgtreue Orientierung. Hinter Skoropads'kyj stünden die Deutschen und ein starker Teil der Gesellschaft in der Ukraine. Es sei die Pflicht aller, einen Zerfall des ukrainischen Staates zu verhindern.<sup>156</sup> Im Vordergrund standen für „Ukrajins'ke Slovo“ die Bewahrung der ukrainischen Staatlichkeit und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Cehels'kyj, der Anfang Juli nach Kyjiv gereist war, um sich selbst ein Bild von der politischen Lage in der Ostukraine zu machen, rechtfertigte Skoropads'kyjs Politik damit, daß auch die Herrschaft der Rada auf deutschen Bajonetten geußt habe. Frage man das Volk, so spräche sich dieses entweder für die Bolševiki oder für den Zaren aus. Die Hauptschwäche der Hetman-Regierung bilde das Verschieben einer grundlegenden Agrarreform. Cehels'kyj meinte, daß der Hetman die Ukraine zu völliger Selbständigkeit führen wolle, dazu aber einflußreiche ukrainische Berater benötige.<sup>157</sup> Er strebte sogar einen Posten in der Hetman-Regierung an. Obwohl das Placet der UPR bereits vorlag, scheiterte dieser Plan.<sup>158</sup> Die ukrainischen Parlamentarier bemühten sich seit der Ankunft des neuen ukrainischen Botschafters Vjačeslav Lypyns'kyj am 1. Juli 1918 um Kontakte zur Botschaft des ukrainischen Staates in Wien.<sup>159</sup> Die Beteiligung ostgalizischer Ukrainer an der ostukrainischen Staatsbildung dürfte, auch wenn dies aufgrund von Archivmaterialien nicht belegt werden kann, einen wichtigen Punkt der Gespräche zwischen Lypyns'kyj und ukrainischen Parlamentariern im Juli gebildet haben.

„Ukrajins'ke Slovo“ erachtete den Hetman-Umsturz mit gewissen Schwankungen als vernünftig, weil die konservativen und antisozialistischen Tendenzen Skoropads'kyjs der gemäßigten Stimmung der Mehrheit der ukrainischen Intelligencija in Ostgalizien entsprachen. „Dilo“ hingegen sah den Staatsstreich als eine Intrige der Deutschen und russischer Kapitalisten an, die die ukrainische Unabhängigkeit bedrohten. In beiden Fällen jedoch dominierte die Furcht vor Rußland. Man meinte, daß Ostgalizien sich für den Fall des Untergangs Österreichs nur an eine unabhängige Ukraine anschließen könne:

<sup>155</sup> Vgl. M[ychajlo] L[ozyns'kyj]: Naše stanovyšče suproty perevorotu na Ukrajinj, in: Dilo, Nr. 133, 15.5.1918.

<sup>156</sup> Vgl. Položenje na Ukrajinj a halyc'ka presa, in: Ukrajins'ke Slovo, Nr. 137, 20.6.1918.

<sup>157</sup> Vgl. Cehels'kyj, Vražinnja III, in: Ukrajins'ke Slovo, Nr. 157, 14.7.1918.

<sup>158</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, Moji spomyny pro nedavne-mynule (1914-1920), 2. Aufl. München 1969, S. 264.

<sup>159</sup> Dies zeigt etwa ein Verzeichnis der Audienzen beim Botschafter und dessen eigener Besuchergänge im Juli 1918: Am 2.7. suchte Petruševyč Lypyns'kyj auf, in der Folgezeit am 5. Vasyľ'ko und Smal'-Stoc'kyj, am 6. Kolesa, am 19. Metropolit Šeptyc'kyj, am 20. Volodymyr Bačyns'kyj und Horbačevs'kyj. Lypyns'kyj besuchte am 10.7. mit einem Berater Petruševyč und Vasyľ'ko, am 21. erwiderte er die Visite bei Metropolit Šeptyc'kyj. CDAVOV, fd. 3766, op. 1, spr. 106, ark. 23.

„Während der eine Teil der galizischen öffentlichen Meinung gegen Skoropads'kyj als gegen einen Russen auftrat, wollte der andere ihn zum Abbruch der Beziehungen mit Rußland benutzen.“<sup>160</sup>

Der russophile Skoropads'kyj selbst stand den ostgalizischen Ukrainern distanziert gegenüber. In seinen Erinnerungen finden sich häufig negative Äußerungen über deren aus seiner Sicht übersteigertes Nationalgefühl. Ostgalizien und die vormalig unter russischer Herrschaft stehenden ukrainischen Gebiete seien zwei in Hinsicht auf Kultur und Religion ihrer Bewohner verschiedene Länder. Skoropads'kyj suggerierte sogar das Bestehen einer von der ukrainischen differenzierten ostgalizischen nationalen Identität. Die Galizier wollten der Entente gegenüber das Bild einer einigen Ukraine zeigen, die der Idee Rußlands äußerst feindlich gegenüberstehe und in der sie selbst die Hauptrolle spielten. Ihr Volk jedoch werde dies niemals wollen.<sup>161</sup>

Die Ablehnung Skoropads'kyjs Ostgalizien gegenüber wurde allem Anschein nach durch die Anwesenheit der ukrainischen Sič-Schützen im ostukrainischen Aleksandrovsk von Mai bis Oktober 1918 unter dem Kommando des österreichischen Erzherzogs Wilhelm-Franz von Habsburg-Lothringen gefördert. Wilhelm begeisterte sich für ukrainische Kultur, trug ukrainische Nationaltracht und war des Ukrainischen mächtig; er strebte offenbar selbst nach der ukrainischen Krone. In einem Brief an Metropolit Šeptyc'kyj teilte Wilhelm bereits Mitte März 1918 mit, daß die Teilung Galiziens sicher und nur der Zeitpunkt noch unbestimmt sei: „Seine Majestät“ war mir *äußerst gnädig* und hat mir auch den Auftrag gegeben, in der Ukraine nicht nur militärisch zu wirken, sondern auch politisch, und in dieser Hinsicht läßt er mir vollkommene Freiheit, mir ein neuer Beweis seines Vertrauens“.<sup>162</sup>

Daß Aleksandrovsk zum Anziehungspunkt für mit der Politik des Hetman unzufriedene ukrainische Gruppen wurde, rief das Mißtrauen Skoropads'kyjs gegenüber den Absichten Deutschlands und Österreich-Ungarns in der Ukraine hervor. Die deutsche Seite bezeichnete eine Thronkandidatur des Erzherzogs als „Nebenpolitik“. Der österreichisch-ungarische Vertreter in der Ukraine Johann Graf Forgách setzte sich schon am 16. Juni 1918 für einen Abzug des Erzherzogs und dessen Legion ein. Forgách wollte die eigene Position dem Hetman gegenüber wahren und befürchtete eine mögliche Trübung der Bündnisbeziehungen zum Deutschen Reich; nach einem längeren Meinungsaustausch erfolgte jedoch erst An-

---

<sup>160</sup> Vgl. Baczyński, Akcja Ukrainców galicyjskich. AAN, KOD, sygn. 56, s. 119.

<sup>161</sup> Vgl. Pavlo Skoropads'kyj, Spohady. Kinec' 1917 - hruđen' 1918. Hg. von Jaroslav Pelens'kyj, Kyjiv, Filadelfija 1995, S. 132, 184, 233 sowie passim. Skoropads'kyj äußerte abfällig, daß es in Ostgalizien keine Kultur gebe und die Galizier von Speiseresten von deutschen und polnischen Tischen lebten. Dies zeige allein schon ihre Sprache, wo von fünf Worten vier polnischer oder deutscher Herkunft seien. Einschränkend fügte er hinzu, daß er die Galizier dafür achte, daß sie ihrer Heimat tief ergeben seien, sowie dafür, daß sie wirkliche Demokraten seien.

<sup>162</sup> Vgl. Erzherzog Wilhelm an Seine Exzellenz den Metropoliten Andreas Graf Szeptycki in Lemberg. 18.3.1918. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1505, ark. 1-2 [Hervorhebungen im Original, T.W.].

fang Oktober eine Verlagerung des Erzherzogs und der ihm unterstehenden Legion zum östlichen Grenzschutz, ursprünglich nach Galizien.<sup>163</sup>

Diplomatische Kreise des Habsburgerreiches stießen bei Skoropads'kyj in ihrem Bemühen, das geheime Zusatzprotokoll über die Teilung Galiziens und die Schaffung eines ukrainischen Kronlands zu annullieren, nur auf geringen Widerstand. Dieser bekannte, daß er persönlich ein ukrainisches Kronland bei Österreich als „Konkurrenzunternehmen“ fürchte. Der jeweilige österreichische Statthalter habe nicht mit russischen Traditionen zu kämpfen und könne viel leichter national administrieren. Offiziell jedoch müsse er aus Rücksicht auf in der Ukraine tätige Galizier den Verzicht auf den „sehnstichtigen nationalen Wunsch der Galizier“ für eine sehr bedenkliche Sache erklären.<sup>164</sup> Skoropads'kyj äußerte auch gegenüber dem kaiserlich-deutschen Botschafter in Kyjiv Mumm von Schwarzenstein, durchaus kein Interesse daran zu haben, daß sich neben der Ukraine in Ostgalizien ein mehr oder weniger autonomes Staatswesen unter der Statthalterschaft seiner *bête noir*, des Erzherzogs Wilhelm, entwickle. Er müsse zwar auf die mit einigen Gruppen in der Ukraine eng liierten Ruthenen Rücksicht nehmen, werde aber schon einen Weg finden, der Außerkraftsetzung des Geheimprotokolls zuzustimmen.<sup>165</sup>

Wenn Skoropads'kyj in seinen Erinnerungen rechtfertigend anmerkt, daß ihm die Annullierung des Geheimprotokolls als ein „fait accompli“ von Forgách mitgeteilt worden sei, dann stimmt dies darum nur teilweise.<sup>166</sup> Skoropads'kyj zeigte sich sogar erfreut über das österreichisch-ungarische Anliegen, weil es seinen politischen Spielraum im Umgang mit der russischen Bevölkerung in der Ukraine und bei dem von ihm befürworteten Beitritt der Ukraine zu einem auf föderalistischen Grundlagen reorganisierten Rußland beträchtlich vergrößerte. Die österreichisch-ungarischen Ukrainer konnten beim Hetman in der für sie zentralen Kronlandsfrage auf keine Unterstützung rechnen. Auch insofern erwies sich die Machtergreifung Skoropads'kyjs als erheblicher Rückschlag für die Aussichten ukrainischer Politik im Habsburgerreich.

Jedoch griffen ostgalizische Zeitungen Skoropads'kyj heftig an, und auch nationale Kreise in der Ostukraine interessierten sich für die Angelegenheit. Erst jetzt wollte der Hetman offiziellen Protest gegen die Außerkraftsetzung des Protokolls einlegen. Während Forgách für die Situation des Hetmans Verständnis zeigte<sup>167</sup>, ließ Burián in seiner Antwort wenig Zweifel daran, wie gering der politische Stellenwert des Hetman-Staates in seinen Augen war: Er legte nahe, in nichtamtlicher Form in der Presse Mitteilungen erscheinen zu lassen, daß Österreich-Ungarn zur Ungültigkeitserklärung des Vertrages berechtigt gewesen sei, da die Ukraine

---

<sup>163</sup> Vgl. Dokumente über die 'Tätigkeit Erzherzog Wilhelms in der Ukraine und seine Abberufung. Mai - Oktober 1918', in: Ereignisse in der Ukraine III, S. 335-359; Ebenda, S. 339f; Forgách an Burián. Kiew, den 16.6.1918, sowie S. 357-359; Karl Graf zu Trautmannsdorff-Weinsberg an Burián, Baden, den 7. sowie den 23.9.1918; Zitkovs'kyj an das k. u. k. Min. d. Äußern. Odessa, den 9.10.1918.

<sup>164</sup> Skoropads'kyj ging sogar so weit, seinen Verzicht auf einen offiziellen Protest gegen die Annullierung des Geheimabkommens zuzusagen. Forgách an Burián. Kiew, den 6.7.1918, in: Ereignisse in der Ukraine III, S. 309-311.

<sup>165</sup> Vgl. Deutsche Ukraine-Delegation. K. Nr. 464. Mumm an Reichskanzler. Kiew, den 7.7.1918. PA AA, R 8979.

<sup>166</sup> Vgl. Skoropads'kyj, Spohady, S. 268.

<sup>167</sup> Vgl. Forgách an Burián. Kiew, den 3. August 1918, in: Ereignisse in der Ukraine III, S. 325-327.

das Getreideabkommen nicht erfüllt habe. Außerdem könne einem Staat, dessen Fundamente Österreich-Ungarn und Deutschland gelegt hätten, keine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eingeräumt werden. Vielmehr dürfe eine Großmacht wie Österreich-Ungarn sich des ihr gegebenen Rechtstitels bedienen, um ein ihr unter Ausnahmebedingungen abgerungenes Versprechen aus der Welt zu schaffen, das ihre nationale Souveränität, ihre *capitis deminutio*, schmälere. Wenn der Hetman daran mitgewirkt habe, dann sei dies kein Verrat an der nationalen Sache. Stattdessen handele es sich um die freundschaftliche Regelung einer Frage, die ansonsten das gute Verhältnis der Ukraine zur Habsburgermonarchie ernsthaft getrübt und gefährdet habe.<sup>168</sup>

Politische Aspirationen der ostgalizischen Ukrainer besaßen unmittelbar nach Abschluß des Brester Friedens zwischen den Mittelmächten und der Ukraine die größten Erfolgsaussichten. Die Machtübernahme des russophil eingestellten Skoropads'kyj führte jedoch erneut zu einer Marginalisierung der ukrainischen Frage im Habsburgerreich. Burián, der Czernin als k. u. k. Außenminister und Regierungschef ablöste, stand der ukrainischen Politik offenbar persönlich skeptisch gegenüber. Es erscheint nur folgerichtig, wenn man sich zunächst bei der Hetman-Regierung um eine Annullierung des geheimen Zusatzvertrags über die Teilung Galiziens und die Einrichtung eines ukrainischen Kronlands bemühte, um sich dann auf Kosten der ostgalizischen Ukrainer mit den galizischen Polen zu arrangieren. Ein unbekannter Verfasser eines Berichts zur ukrainisch-ruthenischen Politik der österreichischen Regierung fällte ein vernichtendes Urteil: Sie besäße kein positives Programm, sondern stütze sich auf zufällige Kombinationen und passe sich fortlaufend den Ereignissen an, statt diese zu gestalten. Zwar trüge man sich mit Plänen einer trialistischen Reichsidee aus Österreich, Ungarn und Polen, habe sich jedoch auch nicht definitiv von den ruthenisch-ukrainischen Plänen distanziert, sondern deren Umsetzung auf die Zeit nach dem Krieg verlegt.<sup>169</sup> Zwischen Ukrainern und Polen bestand bereits vor dem Kriege ein scharfer Gegensatz, der sich nach dessen Ausbruch verschärfte. 1918 schließlich bildete ein Jahr, in dem diese Kluft sich immer weiter vertiefte.

### ***3.2. Der politische Widerstand der galizischen Polen gegen den Brester Frieden***

Huyn berichtete Anfang März nach Wien, daß die Erregung im Lande über die Cholmer Frage nicht zur Ruhe komme. Von verschiedenen Seiten werde offen erklärt, daß Litauen in ein nahes Verhältnis zu Deutschland gebracht werden solle und eine Teilung Galiziens bevorstehe. Polen werde auf seine ethnographischen Grenzen im engsten Sinne beschränkt, das heißt Westgalizien und ein durch deutsche Annexionen im Westen stark gestütztes Kongreßpolen. Die Grenzlinie beim Cholmer Land scheine ihre Fortsetzung am San zu finden, die Abtretung der Gebiete in Podlesien deute auf eine gesuchte direkte Verbindung Deutschlands via Litau-

<sup>168</sup> Vgl. Burián an Forgách in dieser Angelegenheit. Wien, den 8. August 1918, in: *Ereignisse in der Ukraine III*, S. 327-329.

<sup>169</sup> Vgl. *Polityka rządu austriackiego. Z akt delegata dla spraw Wschodniej Małopolski*. P.U.K. 20. Juli 1918. AAN, KOD 57, S. 48-51.

en, Ukraine zum Schwarzen Meer. Der Statthalter selbst hielt diese Gerüchte für so stichhaltig und die möglichen Folgen für so weitreichend, daß er darum bat, nochmalige Überraschungen zu vermeiden. Neue Belastungsproben erachtete er nur bei ausreichender militärischer Besetzung des Landes für möglich. Im Falle einer Teilung Galiziens sei in Westgalizien und in allen Städten Ostgaliziens, selbstverständlich in Lemberg, mit dem offenen Aufstand zu rechnen.<sup>170</sup>

Die gegen Österreich gerichtete Stimmung unter der Bevölkerung wurde durch den immer fühlbar werdenden Mangel an Lebensmitteln, vor allem an Mehl, Brot und Fleisch verschärft. Kennzeichnend für die allgemeine Stimmung war, daß am Tage der Geburtsfeier des jüngsten kaiserlichen Prinzen die Privatgebäude in Przemyśl überall unbeflaggt blieben. Auch an dem Tage, als zur Feier des Sieges an der Westfront die militärischen Objekte beflaggt wurden, waren in der Stadt keine Flaggen zu sehen.<sup>171</sup> Seit dem Brester Frieden zwischen den Mittelmächten und der Ukraine vom 9. Februar 1918 verfiel die k. k. Staatsautorität in Galizien zusehends. Sozialistische Bestrebungen wie die Zwangsent eignung des Gutsbesitzerlandes fanden unter der bislang als konservativ und streng kaisertreu geltenden ukrainischen Bauernschaft seit dem Frühjahr 1918 zunehmend Anklang. Agrarbewegungen in Ostgalizien bildeten zwar keine weit verbreitete Erscheinung, beinhalteten jedoch angesichts des nationalen und sozialen Gegensatzes zwischen ukrainischen Bauern und polnischen Großgrundbesitzern beträchtliches Konfliktpotential. Für den Fall, daß die Friedensbestimmungen über die Abtretung des Cholmer Landes an die Ukraine nicht umgesetzt und kein ukrainisches Kronland gebildet würde, drohten auch die ukrainischen Politiker der Habsburgerdynastie die Treue aufzukündigen, ohne daß die polnische Bevölkerung wiedergewonnen wäre.

Die latente Gefahr eines polnischen Aufstands bildete ein durchgehendes Thema von Stimmungs- und Situationsberichten der k. u. k. Militär- und Gendarmeriekommandos in Galizien. Unter polnischen Politikern kursierten angeblich Gerüchte, denen zufolge ein Allerhöchstes Patent am 17. März die Zweiteilung Galiziens habe verkünden sollen. An manchen Orten sollte dies die Absicht für einen Aufstand am 18. März ausgelöst haben. Analog zur Entwicklung in Rußland im Jahre 1917 trauten führende Persönlichkeiten unter den polnischen Politikern den polnischen Sozialdemokraten zu, mit Hilfe der polnischen Arbeiter und Bauern die Macht zu ergreifen. Interessant ist die Feststellung eines militärischen Berichtstatters, dem zufolge polnische Bauern in Westgalizien Agrarfragen große Bedeutung beimäßen, sich aber nur wenig dafür interessierten, ob Ost- und Westgalizien getrennt oder vereinigt seien. Fischer zufolge strahlte die gereizte Stimmung in Lemberg angesichts mangelnder Approvisionierung auf das ganze Land aus.<sup>172</sup> Neben allpolnischen Bestrebungen fanden auch sozialistische Ideen einen immer größeren Anhang in Galizien. In Przemyśl hielt der polnische Sozialdemokrat Herman

---

<sup>170</sup> Bericht des k. k. Statthalters in Galizien. Lemberg, den 4.3.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2118.

<sup>171</sup> K. u. k. Militärkommando in Przemyśl. Gesamtsituationsbericht pro März 1918. An das k. u. k. Kriegsministerium. Przemyśl, den 12.4.1918. KA, KMPräs. 52-5/19.

<sup>172</sup> Vgl. k. k. Gendarmeriekommando für Galizien und die Bukowina, E.Nr. 2 Res. Situationsbericht. Fischer m.p.GM. an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung, Tschernowitz am 20.3.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

Lieberman eine Rede, in der er die russische Revolution und den Bolševismus verherrlichte, der auch bei ihnen mit aller Macht eindringen müsse, um mit den herrschenden Klassen abrechnen zu können. Auf einer Volksversammlung in Boryslav vom 1. Mai hätten sich alle Redner gegen die Fortführung des Krieges und gegen die bestehende Gesellschaftsordnung ausgesprochen.<sup>173</sup>

Vertreter des Polenklubs baten am 7. März 1918 auf Audienzen Kaiser Karl und den österreichischen Ministerpräsidenten Seidler um Aufklärung bezüglich der Grenzziehung im Cholmer Land und einer Zweiteilung Galiziens. Jedoch erhielten sie kein befriedigendes Ergebnis. Karl erklärte nur allgemein, die von Kaiser Franz Joseph inaugurierte Polenpolitik fortsetzen zu wollen. Seidler leugnete, von einer Abtrennung Ostgaliziens Kenntnis zu haben, sagte jedoch zu, daß eine solche Absicht, sollte sie bestehen, dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt werde. In der darauf folgenden Sitzung des Polenklubs sei dann mit 43 zu 21 Stimmen die Absentierung bei der Abstimmung über das Budget beschlossen worden. Daraufhin sei die sozialdemokratische Fraktion aus dem Polenklub ausgetreten, die Allpolen hätten eine diesbezügliche Entscheidung bis nach der Anhörung des Parteivorstands vertagt.<sup>174</sup> Der Polenklub nahm am 28. Februar 1918 mit 27 zu 26 Stimmen den Antrag Skarbeks an, das Präsidium zur Aufnahme von Gesprächen mit anderen oppositionellen slavischen Parteien zu bevollmächtigen, um mit diesen eine gemeinsame Taktik im Parlament abzustimmen.<sup>175</sup> Aus Sicht der Krakauer Konservativen bildete der Austritt der polnischen Sozialdemokraten einen Vorfall, mit dem man sich abfinden könne, auch wenn dadurch die Anzahl der polnischen Stimmen gemindert werde. Der Austritt der Nationaldemokraten wäre hingegen ein trauriger Präzedenzfall der Disziplinlosigkeit seitens einer Partei, die auf dem Boden des gemeinsamen nationalen Interesses stünde.<sup>176</sup> Angesichts der politisch angespannten Lage in Galizien bemühten sich vor allem galizisch-polnische Konservative und Demokraten, die vormals guten Beziehungen zur Dynastie wieder zu aktivieren. Die Krakauer Presse warnte die Bevölkerung in der ersten Märzwoche vor weiteren Unüberlegtheiten wie denen des 18. Februar 1918.<sup>177</sup> Auf Drängen des Warschauer Regenschaftsrats sollten die guten Beziehungen des Polenklubs zur Dynastie erneuert und die Stellung des Polentums in Galizien wieder gefestigt werden. Ganz abgesehen von dem ukrainischen Problem müsse sich aber erst noch zeigen, ob der Polenklub in seiner bisherigen Form fortbestehe. Wenn die Nationaldemokraten

---

<sup>173</sup> Vgl. k. k. Gendarmeriekommando für Galizien und die Bukowina, E.Nr. 2 Res. Situationsbericht. Fischer m.p.GM. an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung, Tschernowitz am 20.3.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>174</sup> Vgl. Telegramm. Friedrich Ritter von Wiesner an Czernin. Wien, den 7.3.1918. HHStA PA I, K. 1039.

<sup>175</sup> Vgl. Kolo Polskie, in: Czas, Nr. 98, 1.3.1918.

<sup>176</sup> Vgl. Przesilenie w Kole Polskiem, in: Czas, Nr. 113, 9.3.1918.

<sup>177</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G.69/18. Betrifft: Polnische Stimmung in Galizien. Heinze an Hertling. Lemberg, den 8.3.1918. PA AA, R 8979. Die Ursache dafür sei in der scharfen Zurückweisung des polnischen Auftretens in den Parlamenten und der gesamten Öffentlichkeit beider Reiche zu suchen. Jedoch werde, wie der persönlich antipolnisch eingestellte kaiserlich-deutsche Generalkonsul Heinze urteilte, das „zügellose polnische Temperament“ sich bei dem ersten gewichtigen Anlasse Luft machen, wie während des „Hexensabbaths im Februar 1918“. Von ukrainischer Seite wurde der Aufruf als heuchlerisch und irreführend bezeichnet.



den Sozialdemokraten folgten und aus dem Polenklub austräten, bedeute dies zwar eine Erleichterung: „Wenn aber, wie es heißt, die Volkspartei gleichfalls ausscheiden will, dann würden Konservative und Demokraten unter sich bleiben, und dies wäre das Ende des Polenklubs“.<sup>178</sup> Darin barg sich eine Gefahr, die Wedel nicht näher anführte: Falls der Polenklub zerfiel oder in das oppositionelle Lager wechselte, lief die österreichische Regierung Gefahr, für ihre Politik keine Mehrheit im Parlament finden zu können.<sup>179</sup>

Besondere Bedeutung kam den Verhältnissen im galizischen Rohölbezirk um Drohobyč und Boryslav zu, da das Ölgewerbe eine für die Kriegsführung eminent wichtige Industrie bildete. Im Ölgebiet, wo auch entlassene Legionäre in den Gruben beschäftigt waren, konstatierten militärische Beobachter eine Bewegung nationalen und sozialistisch-revolutionären Charakters.<sup>180</sup> Die vermeintliche Anwesenheit polnischer Legionäre, in denen militärische Kreise ein im Falle eines Aufstands zur Führung bestimmtes Element sahen, diente als Anlaß zu Perlustrierungen im ostgalizischen Ölgebiet.<sup>181</sup> Während militärische Vertreter am 10. Mai 1918 einstimmig den Beschluß zu einem energischen Eingreifen faßten, nahm das k. k. Ministerium des Innern nach Rücksprache mit dem galizischen Statthalter einen ablehnenden Standpunkt ein. Huyn war der Ansicht, daß eine Perlustrierung die gereizte Stimmung weiter steigere und die Gefahr von Sabotageakten erhöhe.<sup>182</sup> Das Kriegsministerium vermutete eine revolutionäre Bewegung im Rohölgebiet, die eine Weiterführung des Krieges durch Sabotage an den Rohölgruben unmöglich machen wolle.<sup>183</sup> Bei einer erneuten Perlustrierung im Boryslaver Ölgebiet vom 28. Mai wurden keine Waffen gefunden, aber 200 Personen angehalten, davon 38 Militärpersonen wegen Desertion oder Urlaubsüberschreitung. Drei Schwerverbrecher seien festgenommen und 80 militarisierte Arbeiter wegen fehlender Arbeitslegitimation, 18 Personen wegen Ausweislosigkeit sichergestellt worden.<sup>184</sup> Verglichen mit dem Ausmaß der vermuteten Verschwörung war das Ergebnis der militärischen Streifungen bescheiden. Vieles spricht für die Richtigkeit von Huyns Befürchtung,

---

<sup>178</sup> Kaiserlich-Deutsche Botschaft. Nr. 115. Wedel an Hertling. Wien, den 21.3.1918. Wedel bezog sich insbesondere auf einen Artikel in der den Krakauer Konservativen nahestehenden Wiener Wochenschrift „Polen“ mit dem Titel „Die Gebote polnischer Politik in Österreich“. Hier hieß es, daß man sogar eine Vertiefung des österreichisch-polnischen Verhältnisses anstreben müsse. Die Ergebnisse einer halbhundertjährigen Polenpolitik in Österreich dürften der polnischen Nation und ihrem Teil in Österreich nicht verloren gehen. PA AA, R. 8779.

<sup>179</sup> Vgl. Auszug aus A. 21963/18. 25.5.1918. PA AA, R. 8779.

<sup>180</sup> Vgl. k. k. Gendarmeriekommando für Galizien und die Bukowina, E.Nr. 2 Res. Situationsbericht. Fischer m.p.GM. an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung, Tschernowitz am 20.3.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>181</sup> Vgl. k. u. k. Armeeeoberkommando. MV.Nr. 310.941/P. Chef des Generalstabs Generaloberst Arthur Arz von Straussenberg an k. k. Ministerium für Landesverteidigung in Wien. Standort, den 26.3.1918. KA, KMPräs. 52-5/10.

<sup>182</sup> Vgl. Notiz zu Besprechung von Vertretern des Ministeriums des Innern, des Kriegsministeriums und des Ministeriums für Landesverteidigung zur Frage der Perlustrierung im Naphtagebiet, 10.5.1918. KA, KMPräs. 52-5/10-3.

<sup>183</sup> Vgl. Präs. 15.737. Perlustrierung in Boryslav. K. u. k. Kriegsministerium an k. k. Ministerium des Innern, den 16.5.1918. KA, KMPräs. 52-5/10-5.

<sup>184</sup> Vgl. Bericht des Sektionsrats im Ministerium des Innern Gottlieb Novak über die Durchführung der Perlustrierung der Bevölkerung im Boryslaver Rohölgebiet am 28.5.1918. KA, KMPräs. 52-5/10-6.

daß die Perlustrierungen die gereizte Stimmung im ostgalizischen Ölgelbgebiet unnötig steigerten.<sup>185</sup>

Während man sich in Wien der Dynastietreue der Ukrainer sicher sein konnte, löste die erstmalige Teilnahme polnischer Politiker am Jubiläum des Prager Nationaltheaters am 16. Mai 1918 einige Nervosität aus: Fände die polnische Frage eine für die österreichischen Polen unerwünschte Wendung, so bestehe die Gefahr, daß diese zu den staatsfeindlichen Kräften übergingen. Dann aber sei nicht absehbar, wie in der Monarchie, die bisher auf den Deutschen, Magyaren und Polen als staatserhaltenden Kräften aufgebaut gewesen sei, weiterregiert werden könne. Wegen ihrer antihabsburgischen Richtung wurde die Veranstaltung in reichsdeutschen diplomatischen Kreisen als „slawischer Rüttschwur“ bezeichnet.<sup>186</sup> Der politische Einfluß des Polenklubs in Wien übertraf den der UPR nicht nur bei weitem. Hinzu kam, daß die polnische Politik weitaus flexibler und mit größerem diplomatischen Geschick vorging, als die allzu loyalen österreichisch-ungarischen Ukrainer, die ihr politisches Geschick einseitig mit dem der Mittelmächte verbanden, ohne auf deren Politik maßgeblich einwirken zu können.

Mitte 1918 bildete Lemberg den Mittelpunkt von das ganze Land durchziehenden politischen Strömungen, die sich dort am intensivsten äußerten. Die wegen der Bestimmungen des Brester Friedens unter der polnischen Bevölkerung ausgeprägte Gereiztheit wurde zusätzlich verschärft, als sich Nachrichten über die angeblich bevorstehende Zweiteilung verbreiteten. Innerhalb des politisch interessierten Polentums bildeten sich zwei Gruppen: Zur ersten der Passivisten, die jede Zusammenarbeit mit der österreichischen Regierung ablehnten, um bei der Entente keinen Anstoß zu erregen, zählten die Allpolen, die Polnische Vereinigung und die Sozialdemokraten. Im Unterschied dazu glaubten die in der Minderheit befindlichen Aktivisten nicht an den Sieg der Entente und waren bereit, eine ihnen entgegenkommende Regierung zu unterstützen. Der gegenwärtigen Regierung gegenüber verhielten sie sich hingegen feindlich. Zu dieser Gruppe zählten die Polnischen Demokraten und die Konservativen.<sup>187</sup>

Die polnischen Abgeordneten griffen auf der Sitzung der parlamentarischen Kommission des Polenklubs in Krakau vom 9. Juni die Regierung Seidler stark an, weil diese einerseits die Polen zu größerer Arbeitstätigkeit antreibe, andererseits aber ein Geheimabkommen mit den Ukrainern unterschrieben habe. Graf Jerzy Bawarowski erstattete Bericht über die Konferenz des Präsidiums des Polenklubs mit dem k. u. k. Minister des Äußern Burián vom 25. Mai und die Verhandlungen mit den Vertretern der deutsch-österreichischen Parteien, Obmannstellvertreter Andrzej Kędzior über die Beratungen beim Ministerpräsidenten Seidler vom

---

<sup>185</sup> Notiz zu Besprechung von Vertretern des Ministeriums des Innern, des Kriegsministeriums und des Ministeriums für Landesverteidigung zur Frage der Perlustrierung im Naphtagebiet, 10.5.1918. KA, KMPrés. 52-5/10-3.

<sup>186</sup> Vgl. Auszug aus A. 21963/18. 25.5.1918. PA AA, R. 8779.

<sup>187</sup> Vgl. Rapport des Landesgendarmariekommandaten für Galizien und die Bukowina Fischer. Tschernowitz, den 22.7.1918. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 234, ark. 13R-14.

3. Juni.<sup>188</sup> Auch Wedel verfolgte interessiert die Krakauer Beratungen, mit deren Ergebnis vor allem Warschauer und galizische Konservative zufrieden gewesen seien. Der Passus der Resolution, der sich gegen die Regierung richtete, wendete die Spitze ausschließlich gegen Seidler.<sup>189</sup> In einem weiteren Bericht nach Berlin lobte er ausdrücklich die Realpolitik der galizischen Polen bei ihren Verhandlungen mit den Deutschen Österreichs. Galizien sollte an das neu zu errichtende Königreich Polen angeschlossen werden. Im Falle der ungeteilten Angliederung Galiziens an das Königreich sollten die Ukrainer durch eine weitgehende Autonomie saturiert werden. Die Vermittlerrolle bei den Verhandlungen mit den Ukrainern sollten die deutschen Parteien übernehmen.

Außerdem suchten die galizischen Polen die politische Nähe zu Ungarn, das aus wirtschaftlichen Gründen, vor allem aber wegen der Gefahr einer ruthenischen Irredenta in Nordungarn, das Bestehen eines ostukrainischen Staates unter deutscher Protektion mit wachsendem Unbehagen verfolge.<sup>190</sup> Angesichts der trostlosen Zustände in Österreich hielten diplomatische Kreise in Berlin sogar eine magyarpolnische Lösung, die angeblich von der Tisza-Partei verfolgt werde, für so wahrscheinlich, daß eine disbezügliche Anfrage an den kaiserlich-deutschen Generalkonsul in Budapest Egon Graf von Fürstenberg-Stammheim gerichtet wurde.<sup>191</sup> Fürstenberg erklärte dies jedoch für ausgeschlossen. Allerdings stünden die Ungarn den politischen Bestrebungen der Polen, mit denen sie künftig in einem sehr engen und freundschaftlichen Verhältnis leben wollten, mit viel Sympathie gegenüber.<sup>192</sup> Ungarn galt mittlerweile in deutschen diplomatischen Kreisen als weit stärker als Österreich, das man seit dem Frühsommer 1918 als in offener Auflösung begriffen ansah.<sup>193</sup>

Im Laufe des Jahres 1918 hatte das Ansehen der Donaumonarchie in Galizien spürbar gelitten. Dies zeigt beispielsweise das Verhalten der Bevölkerung gegenüber der „Kaiser-Karl-Woche“, gegen die in Lemberg agitiert oder eine Art passiver Widerstand geleistet wurde:

„Vorstehendes und viele andere Anzeichen sprechen dafür, daß die Intelligenz der polnischen Bevölkerung seit den Demonstrationen am 18. Februar laufenden Jahres in ihrem

---

<sup>188</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G152/18. Inhalt: Polenberatungen in Krakau und die Teilungen Galiziens. Bülow an Hertling. Lemberg, den 10.6.1918. PA AA, R. 8779.

<sup>189</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 184. Inhalt: Die Polen in Österreich. Wedel an Hertling, 15.6.1918. PA AA, R. 8779. Ebenda: Die Resolution sei „ein Kompromiß, eine Besänftigungsspiel für Witos und Tetmajr, denen man den Kopf des Ministerpräsidenten von Seidler schenkte, um sie für das größere politische Ziel, das Zusammenkommen mit den Deutschen im Interesse der polnischen Zukunft zu gewinnen.“

<sup>190</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsche Botschaft in Wien. Nr. 189. Wedel an Hertling. Inhalt: Die Verhandlungen der Polen mit Ungarn und Deutschen, 20.6.1918. PA AA, R. 8979.

<sup>191</sup> Vgl. Telegramm Budapest Nr. 62. Unterstaatssekretär Hilmar Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen an kaiserlich-deutschen Generalkonsul Egon Graf von Fürstenberg-Stammheim. Berlin, den 17.7.1918. PA AA, R. 8979.

<sup>192</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsches Generalkonsulat für Ungarn. A Nr. 63. Inhalt: Ungarn und die polnische Frage. Fürstenberg an Hertling. Budapest, den 24.7.1918. PA AA, R. 8979.

<sup>193</sup> In diesem Sinne berichtete insbesondere Wedel nach Berlin.

österreichischen Patriotismus, soweit ein solcher vorhanden war, stark nachgelassen hat.“<sup>194</sup>

Von dem im Kilinski-Park veranstalteten patriotischen Fest hielt sich der Großteil der Bevölkerung fern und nahm an dem am gleichen Tag in demselben Park veranstalteten polnischen Nationalfest teil.<sup>195</sup> In Rzeszów mußte die Kirchenfeierlichkeit beim Absingen der Hymne wegen eines vorgeblichen Ohnmachtsanfalls eines der Sänger abgebrochen werden.<sup>196</sup> Das volle Ausmaß antidynastischer Stimmungen in Galizien zeigte sich in Sambir, wo auf dem oberen Rand der meisten Plakate zur „Kaiser-Karl-Woche“ Zettel aufgeklebt worden waren mit dem Wort „letzte“, vor und rückwärts mit einem Kreuz als Todeszeichen versehen.<sup>197</sup>

Den breitesten Raum in der Lemberger polnischsprachigen Presse nahm in den Monaten Juni und Juli ohne Unterschied der Parteirichtungen der Kampf gegen den Ministerpräsidenten Seidler ein.<sup>198</sup> „Czas“ sah nur eine Möglichkeit, den polnisch-ruthenischen Konflikt beizulegen: Gemäß der überwiegenden Meinung des Landes sollten der ruthenischen Bevölkerung im Geiste der Gleichberechtigung Autonomierechte gewährt werden. Seidler müsse zurücktreten, weil er mit seinem Projekt die ohnehin nicht zu politischem Realismus neigenden Ruthenen aufwiegele und ungerechtfertigte Hoffnungen wecke.<sup>199</sup>

Der bedeutende politische Einfluß der galizischen Polen trug maßgeblich zur Entlassung des Kabinetts Seidler bei. Gemäß der gesamten galizischen Presse machte der neue Ministerpräsident Max Ritter Hussarek von Heinlein dem Polenklub für die Bewilligung des Budgetprovisoriums weitgehende Zusagen: Ohne die Zustimmung des Polenklubs durften keine administrativen Verfügungen über Galizien getroffen werden. Außerdem sollte die Ratifizierung des Brester Vertrages mit der Ukraine verschoben werden, bis das Ministerium des Äußern eine Abänderung der Bestimmungen über das Cholmer Land erzielt habe.<sup>200</sup> „Czas“ maß dem Erfolg der Politik des Polenklubs grundsätzliche Bedeutung bei: Zum einen als einem Sieg der allgemein-staatlichen Politik, zum anderen, weil der Polenklub weiterhin eine Kraft sei, mit der jede Regierung rechnen müsse.<sup>201</sup>

<sup>194</sup> Situationsbericht. K. k. Landesgendarmeriekommando an das k. k. Ministerium für Landesverteidigung in Wien. Lemberg, den 1.6.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2118.

<sup>195</sup> Vgl. Rapport des Landesgendarmeriekommandanten Generalmajor Fischer. Tschernowitz, den 22.7.1918. DALO, Fd. 257, Op. 2, Spr. 234, Ark. 14.

<sup>196</sup> Vgl. k. k. Ministerium für Landesverteidigung Präs. 20298-1918: Situationsbericht des k. k. Landesgendarmeriekommandos Lemberg. Der Einsichtsakt ging nach Vidierung zurück. KA, MKSM 28-3/5-5.

<sup>197</sup> Vgl. Präsidium des k. k. Ministerium des Innern, Protokoll Nr. 20289 M. I., Datum 16.7., Präs. 6.9.1918. Eingelangt vom Ministerium für Landesverteidigung, Gegenstandsbezeichnung: Galizien. Stimmungsbericht. Dem Akt lag der Bericht des Landesgendarmeriekommandos Nr. 5 vom 18.6.1918 Exh. Nr. 155 Res. an den Landesgendarmeriekommandanten für Galizien und die Bukowina zugrunde. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>198</sup> Vgl. k. u. k. Nachrichtenstelle Lemberg. Pressebericht pro Juli 1918. An den k. u. k. Offizier in Tschernowitz. Feldpost 354, am 1.8.1918. DALO, Fd. 257, Op. 2, Spr. 239, Ark. 2-3.

<sup>199</sup> Vgl. Podburzenie Rusinów, in: Czas, Nr. 280, 2.7.1918.

<sup>200</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G 221/18. Inhalt: Politische Lage in Galizien. Heinze an Hertling. Lemberg, den 4.8.1918. PA AA, R 8979.

<sup>201</sup> Vgl. Po dymisji Dra Seidlera, in: Czas, Nr. 315, 23.7.1918.

Ob die galizischen Polen damit langfristig wieder für die Habsburgermonarchie gewonnen waren, durfte allerdings bezweifelt werden. In diesem Sinne berichtete Fischer, daß der Sturz der Regierung Seidler nur bei gemäßigten Polen eine momentane Befriedigung ihres Machtgefühls zur Folge gehabt habe. Die Allpolen und die Mehrheit der polnischen Intelligenz sahen darin nur einen Ansporn zur Befriedigung ihrer weitergehenden nationalen Ziele.<sup>202</sup> Die austropolnische Lösung fand in den breiten Schichten der polnischen Bevölkerung wie Beamten, Kaufleuten und Arbeitern keinen Anklang mehr. Allgemein erhoffte man die Errichtung eines polnischen Staates in den Grenzen des alten Polenreiches von einem Sieg der Entente. Nur konservativ gesinnte Kreise des höheren Adels und einige sehr hochgestellte Staatsbeamte hielten an der austropolnischen Lösung fest. Sie verstünden darunter die vollständige Trennung Galiziens von Österreich und die Schaffung einer Personalunion des Königreichs Polen mit dem Träger der habsburgischen Krone, da die monarchische Staatsform revolutionären Umsturzgelüsten vorbeugen könne. Sie glaubten, ihren nationalen Interessen genüge zu tun, indem sie über ihren Einfluß die Krone zu einem Abrücken von Deutschland auf die Entente bewegten. Im Kriegsfall sollten dann auch die preußisch-polnischen Landesteile dem Königreich einverleibt werden. Der Bericht suggerierte, daß sich die Konservativen aus diesem Grunde nur in der Wahl der Mittel, nicht aber in ihrem Endziel von den Allpolen unterschieden.<sup>203</sup> Selbst wenn so die Loyalität der galizischen Konservativen marginalisiert wurde und deren vermeintliche Ententenähe zweifelhaft scheint, bietet er ein anschauliches Bild davon, wie unpopulär nicht nur die austropolnische Lösung, sondern auch der reichsdeutsche Verbündete in Galizien geworden waren.

---

<sup>202</sup> Vgl. Rapport des Landesgendarmeriekommandanten für Galizien und die Bukowina Fischer. Tschernowitz, den 22.8.1918. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 234, ark. 14 Rückseite.

<sup>203</sup> Vgl. Rittmeister Hinz, kommandiert beim Gendarmeriekommandanten für Galizien und die Bukowina in Tschernowitz. Bericht über die Vorkommnisse in Galizien. Tschernowitz, den 2.6.1918. AVA, Min. d. Innern, Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2118.

## 4. Am Vorabend der bewaffneten Konfrontation um Lemberg und Ostgalizien: August bis Ende Oktober 1918

### 4.1. Der Abschied der galizischen Polen von Österreich

Der Monat August war einem militärischen Stimmungsbericht des k. u. k. Militärkommandos Krakau zufolge ein Übergangsmonat. Die polnische Politik neige wegen der resultatlosen Beratungen im Hauptquartier und des ablehnenden Verhaltens der Deutschen gegenüber der austropolnischen Lösung nach dem Muster Kongreßpolens zur passivistischen Politik.<sup>204</sup> Der Gesandte von Ugron benannte die Haltung der Galizier als die große Schwierigkeit, der sich Österreich in der Polenfrage gegenüber sah. Diese seien

„in erster, zweiter und dritter Linie Polen, dann vielleicht allenfalls ganz gute k. k. Beamte [...], [hätten] aber nie recht ein wirkliches, tiefes Verständnis für den österreichischen Staatsgedanken gehabt [...]“.<sup>205</sup>

Wenn jenseits der Reichsgrenze ein Königreich Polen entstünde, dann dränge Galizien mit elementarer Gewalt auf eine Vereinigung; Österreich wäre in kürzester Zeit eine seiner besten Provinzen los. Oettingen interpretierte die Äußerungen des österreichisch-ungarischen Delegierten als Anzeichen für den immer größer werdenden politischen Druck, den die galizischen Polen mit dem Polenklub auf Wien ausübten.<sup>206</sup>

Eine Note des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung an das k. k. Ministerium des Innern sah die dem Staate gegenüber feindliche Haltung durch den Rücktritt der Regierung Seidler nur oberflächlich als gemildert an. Die Polen seien in Wahrheit Staatsfeinde, da sie für die Lostrennung Galiziens einträten. Für diesen Fall verlören sie jedes Interesse an Österreich, sähen aber jedes Bündnis mit Deutschland als nationalpolitisches Unglück an. Głabiński erklärte in einer Parlamentsrede das Polenproblem zu einer internationalen Frage, deren Lösung erst nach Beendigung des Krieges möglich war.<sup>207</sup> Am 5. September versammelte sich im Saal des Sokol-Vereins eine von Głabiński einberufene Versammlung geladener Gäste, an der etwa 200 Personen der nationaldemokratischen Intelligenz teilnahmen. Als Gast erschien Franz Sis, der Redakteur der Prager „Narodni listy“. Er gab seiner Freude über die Verständigung zwischen Polen, Tschechen und Südslaven Ausdruck. Głabiński kritisierte den Polenklub und trat für eine reservierte Haltung der Polen gegenüber den Mittelmächten ein. Der einzige legale Vertreter Polens sei

<sup>204</sup> Vgl. Generalstabsabteilung des k. u. k. Militärkommandos Krakau. Der Generalstabschef. Zu Na.Nr. 6044 res. Anhang zum Preßbericht pro August 1918. Stimmungsbericht. Krakau, den 5.9.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>205</sup> Der Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Generalgouvernement Warschau. G.Nr. AA 131. Betrifft: Äußerungen des Delegierten des k. u. k. Ministeriums des Äußern. Eugen Prinz von Oettingen an Auswärtiges Amt in Berlin. Warschau, den 4.9.1918. PA AA, R. 8980.

<sup>206</sup> Vgl. ebenda.

<sup>207</sup> Vgl. Note des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung an das k. k. Ministerium des Innern. Präs. Nr. 24407/XX, Galizien, Polen-Stimmung. Wien, den 4.9.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

das aus allen polnischen Gebieten einberufene und auf breitester demokratischer Grundlage basierende polnische Parlament.<sup>208</sup>

Ein Stimmungsbericht des k. u. k. Militärkommandos Przemyśl für den Monat September zeichnete ein düsteres Bild von der inneren Lage in Galizien. Bei den Polen gewannen die Strömungen, die auf eine Abtretung Galiziens an das neue Polen hinarbeiteten, immer mehr an Anhang, in letzter Zeit auch unter der Landbevölkerung. Der österreichische Staatsgedanke und das Gefühl der Zugehörigkeit zur Monarchie seien in völligem Schwinden begriffen. In ukrainischen Kreisen habe die Nachgiebigkeit der Regierung den polnischen Forderungen gegenüber einen völligen Umschwung in der Gesinnung gegenüber der Monarchie hervorgerufen. Die Ukrainer forderten die Schaffung eines ukrainischen Kronlands beziehungsweise den Anschluß an den ostukrainischen Staat. Die Entente habe durch die von ihr in Aussicht gestellte Schaffung eines jüdischen Staates bei der jüdischen Bevölkerung Sympathien geweckt. Von besonderem Interesse ist aber die Tatsache, daß sich die nationale Propaganda auch bei den Truppen bemerkbar machte, vor allem, wie es in dem Bericht hieß, die national-polnische unter den Reserve- und Landsturmoffizieren sowie unter der Mannschaft. Eine Sonderung innerhalb der Armee nach den nationalen Gruppen der Polen, Tschechen und Ukrainer wurde konstatiert. Der Einfluß der Zivilbevölkerung auf die Mannschaft werde immer intensiver. Es sei interessant, daß vielen Berichten zufolge Deserteursbanden bei der Landbevölkerung Schutz, Unterkunft und Verpflegung erhielten. Allgemein in Galizien ausgeprägt sei der Haß gegen Deutsche und Deutsch-Österreicher.<sup>209</sup> Die Stimmung in Galizien wurde von jeher als eine Art Stimmungsbarometer der gesamten österreichisch-ungarischen Monarchie betrachtet. Sie hatte Ende September eine Siedehitze erreicht, die das Schlimmste befürchten ließ.<sup>210</sup> Vor dem Hintergrund des Auseinanderbrechens Österreich-Ungarns vollzog sich eine zunehmend aktivere Organisationstätigkeit der Ukrainer und Polen in Galizien.

Der Statthalter zeigte sich über die dramatischen Verhältnisse in seinem Kronland vergleichsweise desorientiert. Mitte September stellte Huyn in einem Schreiben an den Innenminister die Richtigkeit der Grundlage von militärischen Stimmungsberichten ausdrücklich in Frage. Seiner Ansicht nach herrschte infolge schwieriger Ernährungszustände und der politischen Verhältnisse eine gereizte Stimmung. Aus sporadisch vorkommenden Widersetzlichkeiten sowie der radikalen Agitation mancher nationaler Fraktionen könne man jedoch nicht auf eine revolutionäre Gesinnung der ganzen Bevölkerung schließen. Abschließend forderte er, daß Stimmungsberichte eine konkrete Gestalt haben und von militärischer Seite

---

<sup>208</sup> Vgl. Statthalter Huyn an das k. k. Ministerium des Innern. Lemberg, den 6.9.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>209</sup> Vgl. Njegovan, G.d.I., k. u. k. Militärkommando Przemyśl: Anhang zum Presserapport pro September 1918 laut K.M. Erlaß Präs.Nr. 12107/18: Stimmungsbericht. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>210</sup> Vgl. Beauftragter des Generalquartiermeisters Berlin. Deutscher Verbindungsoffizier bei der k. u. k. Landstelle Lemberg. Rittmeister von Gepsattel an Major von Berghes in Berlin. Lemberg, den 1.10.1918. PA AA, R. 8980.

vorgebrachte Vorfälle auch ihm mitgeteilt werden sollten, damit er den Zentralstellen seine Auffassung kundtun könne.<sup>211</sup>

Ende September meinte Huyn, daß angesichts der ernsten Lage umgehend etwas Tatkräftiges geschehen müsse. Die Hauptgefahr bestand ihm zufolge in Deserteursbanden, die sich nach bolschewistischem Muster „grüne Garden“ nennen würden. Sie verfügten über ausreichend Waffen und Munition, hausten abseits der Städte in Wäldern und würden von der Bevölkerung tatkräftig unterstützt. Brächte man die grünen Garden unter eine straffe Zentralorganisation, dann bedeute dies für Galizien zum Mindesten die Revolution. Der größte Teil der Bevölkerung, die ganze k. k. Staatsbahn und ein großer Teil des Beamtenkorps werde mit ihnen gemeinsame Sache machen: „Gegen sie *hofft* man wenigstens einen Teil der Garnisonen zu haben.“ Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, habe das Kriegsministerium die letzten polnischen Ersatzbataillone in Przemyśl durch österreichische Truppen ersetzt. Der Statthalter rechnete insbesondere auf die Unterstützung der Gendarmerie. Die gesamten Militärformationen mit einer Verpflegungsstärke von 500.000 Mann im Lande unterstanden nicht dem Statthalter, sondern drei voneinander unabhängigen Militärkommandos in Krakau, Przemyśl und Lemberg. Auf seine Schilderung der Verhältnisse hin sei Huyn seitens des Ministerpräsidenten die Verhängung des Standrechts vorgeschlagen worden. Huyn lehnte dies jedoch ab, da die Wiener Zentralregierung sich weigerte, ihm auch die gesamte Militärmacht zu unterstellen. Das Streben Huyns nach der Übernahme der obersten militärischen Gewalt in Galizien bildete eine Episode im Machtkampf zwischen der galizischen Statthalterei und im Lande befindlichen Militärkommandos. Weder Gebattel noch Huyn zweifelten daran, daß das Standrecht erklärt werde, hielten jedoch eine militärische Zentralstelle für unabdingbar.<sup>212</sup>

Mitte Oktober stand für Huyn die Wahrung der staatlichen Ordnung im Mittelpunkt, um so mehr, als die ruthenische Frage ihrer Lösung harre und die ukrainischen Führer ausschließlich auf der Basis der Sanlinie zu Verhandlungen bereit seien. Sollten deren Anliegen erfüllt werden, so seien bolschewistische Unruhen gegen die Großgrundbesitzer und die städtische Intelligencija nicht ausgeschlossen.<sup>213</sup> Huyn geriet im Oktober 1918, als sowohl Polen als auch Ukrainer Ansprüche auf Ostgalizien erhoben, zwischen die Fronten, ohne den Gang der Ereignisse noch in nennenswertem Maße selbst bestimmen zu können. Seine Hoffnungen, daß eine gewaltsame Umwälzung und eine daraus resultierende politisch, sozial und wirtschaftlich unberechenbare Verwirrung und Schäden vermieden werden könnten, sollten ebenfalls unerfüllt bleiben.

Nach wie vor rechnete man in militärischen Kreisen der Habsburgermonarchie mit einem möglichen Umsturz polnischer Kräfte in Galizien. Die Geistlichkeit propagierte vertraulichen Mitteilungen zufolge von der Kanzel die Festigung des

---

<sup>211</sup> Vgl. Statthalter Graf Huyn an den Minister des Innern. Lemberg, den 16.9.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>212</sup> Vgl. Beauftragter des Generalquartiermeisters Berlin. Deutscher Verbindungsoffizier bei der k. u. k. Landstelle Lemberg. Rittmeister von Gebattel an Major von Berghes in Berlin. Lemberg, den 1.10.1918. PA AA, R 8980 [Hervorhebung im Original, T.W.].

<sup>213</sup> Vgl. Statthalter Graf Huyn an Minister des Innern. Lemberg, den 16.10.1918, in: Ereignisse in der Ukraine IV, S. 41-42.



polnischen Nationalgedankens: Die Polen hätten nur ein Vaterland, das mit Österreich nichts zu schaffen habe. Dem Treiben national-chauvinistischer und sozialistischer Parteien sollte Einhalt geboten werden, um „gefährlichste Überraschungen“ abzuwenden.<sup>214</sup> Die politischen Verhältnisse hatten sich stark zugespitzt. Maßgebende deutsche Stellen wie das Generalkonsulat und die Landstelle zogen die Möglichkeit in Betracht, daß Polen zur Entente übergehe und dann zum Feindland erklärt werden müsse.<sup>215</sup>

Polnische Abgeordnete ließen in ihren Reden im Wiener Abgeordnetenhaus keinen Zweifel, daß die Zugehörigkeit Galiziens zur Habsburgermonarchie bald beendet sein würde. Daszyński verurteilte die austropolnische Lösung und wies darauf hin, daß die galizischen Polen nach einem geeinten und unabhängigen Polen strebten. Allein die Konservativen hätten ihren Antrag nicht unterschrieben. Die Ostgalizienfrage sollten Vertreter des ruthenischen und des polnischen Volkes untereinander in Verhandlungen klären. Gemäß der Losung des polnischen Freiheitskampfes „Für unsere und eure Freiheit“ entscheide die Geschichte, was wem von Ostgalizien zufiele,

„aber nicht die Geschichte, die in dem Kampfe eines Volkes gegen ein anderes besteht, sondern die Geschichte des Kampfes beider Völker gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter“.<sup>216</sup>

Daszyński ging allem Anschein nach davon aus, daß nicht das ganze Ostgalizien an den polnischen Staat angegliedert werden würde. Er teilte aber gewiß die Auffassung Głabińskis, der einen Tag später in seiner Parlamentsrede äußerte, daß Lemberg eine polnische Stadt sei und bleibe. Die Ostgalizienproblematik bildete aus Sicht Głabińskis keine österreichische, sondern eine polnisch-ruthenische Frage. Nur die Frage des staatsrechtlichen Status der ukrainischen Gebiete des ehemaligen Zarenreichs betrachtete er als eine internationale Angelegenheit. Galizien aber, wo sowohl Polen als auch Ruthenen lebten, gehöre nicht zur Ukraine, sondern habe immer zu Polen gehört. Österreich habe seine geschichtliche Mission, das Zusammenleben verschiedener Völker zu ermöglichen und verschiedene Rassen und Kulturen zu vereinen, nicht erfüllt. Den Grund dafür sah er in dem Bestreben führender Staatsmänner, aus dem Vielvölkerreich einen deutsch-österreichischen Staat gründen zu wollen.<sup>217</sup>

Die Nachricht von der Proklamation des Regentschaftsrats fiel mit der Ankunft der „befreiten“ Legionäre aus Marmoros-Sziget in Lemberg zusammen, so daß ein doppelter Anlaß zu Kundgebungen vorlag: Die Stadt war sofort beflaggt und die am Abend des 9. Oktober eintreffenden Legionäre wurden von Erzbischof

---

<sup>214</sup> Vgl. Präsidium des k. k. Ministeriums des Innern, Prot.Nr. 22604 – 1918 M.I.: Staatsfeindliche Propaganda in Galizien. Protokoll aus einem Bericht des Evidenzbüros des Generalstabs an die Min.Kom. im Kriegsministerium unter dem 23.9.1918, Zl. 28654. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>215</sup> Vgl. k. u. k. Militärkommando Lemberg. Kriegsgräberinspektion Obstlt. Becker vom kgl. preuß. Kriegsministerium zugewiesener deutscher Offizier. Lemberg, den 18.10.1918. KA, KMPräs. 52-5/45.

<sup>216</sup> Haus der Abgeordneten, 86. Sitzung der XXII. Session am 3.10.1918, S. 4360f.

<sup>217</sup> Vgl. ebenda, 87. Sitzung der XXII. Session am 4.10.1918, S. 4414, 4420.

Józef Bilczewski, den Spitzen der Behörden und einer großen Volksmenge mit Blumen und Musik empfangen. Die Menge habe sich insgesamt ruhig verhalten; auch die polnische Presse vertrat die Auffassung, daß es nicht am Platze sei, dem besiegten Deutschland Fußtritte zu versetzen, da ja alles durch Wilsons Macht ganz von selber käme.<sup>218</sup>

Unmittelbar vor dem Auseinanderfall Österreich-Ungarns im Herbst 1918 trat die Frage des ukrainisch-polnischen Verhältnisses in Ostgalizien auf die Tagesordnung des österreichischen Ministerrats. Auf der Sitzung vom 15. Oktober stellte Ministerpräsident Hussarek ein kaiserliches Manifest über die innere Umgestaltung Österreichs vor, das im bundesstaatlichen Sinne in selbständige Staatswesen der Deutsch-Österreicher, Tschechen, Südslaven und Ukrainer umgestaltet werden sollte. Das kaiserliche Manifest sollte nur für Österreich gelten. Es ging auf die politischen Ziele der galizischen Polen nicht weiter ein, da die Wilsonschen Prinzipien bereits angenommen und die unbestritten polnischen Siedlungsgebiete an den unabhängigen polnischen Staat anzugliedern seien. In der folgenden Diskussion zeigte sich erneut der polnisch-ukrainische Gegensatz in der Ostgalizienfrage: den polnischen Standpunkt von der Unteilbarkeit Galiziens vertrat der Minister für Galizien Gałecki. Dagegen wandte Horbačevs'kyj ein, daß man auf ukrainischer Seite die Bildung eines ukrainischen Staates im bundesstaatlichen Rahmen erwarte. Der österreichische Ministerrat folgte jedoch der Auffassung seines Ministerpräsidenten und vertrat mehrheitlich die Auffassung, daß das den österreichischen Völkern allgemein angekündigte Selbstbestimmungsrecht den Ukrainern nicht versagt werden könne.<sup>219</sup>

Einen Tag später wurde schließlich ein kaiserliches Manifest erlassen, das einen Umbau Österreichs in einen Bundesstaat aus jeweils einem deutsch-österreichischen, tschechischen, südslavischen und ukrainischen Teil vorsah. Karl konnte jedoch kaum noch darauf rechnen, von den Nationen des Reichsverbands unterstützt zu werden. Batowski zufolge läßt sich rückblickend nur theoretisch überdenken, wie das zukünftige Cisleithanien gemäß diesem Manifest ausgesehen hätte. Dabei wäre der ukrainische Staat vom restlichen Reichsverband territorial getrennt gewesen. Wirtschaftlich am stärksten wären der deutsch-österreichische, dann der tschechische, am schwächsten schließlich die beiden verbleibenden, stark agrarisch geprägten Staaten gewesen. Vorgesehen war außerdem eine lose Verbindung zu Transleithanien, das ebenfalls von der Losung des Selbstbestimmungsrechts durchdrungen wurde und dem ein ähnlicher Verfall wie Cisleithanien drohte.<sup>220</sup> Angesichts dessen beurteilte „Czas“ das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober 1918 skeptisch. Zwar sei die Rede von der Vereinigung der polnischen Gebiete der Monarchie mit dem Königreich Polen, ohne daß jedoch diese Gebiete näher benannt würden. Auch die Ruthenen gewönnen aus dem Manifest einen analogen

---

<sup>218</sup> Vgl. Kaiserlich Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G.274/18. Betrifft: Polnische Stimmen zu den letzten politischen Ereignissen in Polen. Heinze an Reichskanzler Max Prinz von Baden. Lemberg, den 11.10.1918. PA AA, R. 8980.

<sup>219</sup> Vgl. Protokoll Nr. 59 der unter Vorsitz von Hussarek abgehaltenen Ministerratssitzung vom 15.10.1918 in Wien. AVA, Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Karton 28: Ministerratsprotokolle 1914-1918 (Brandakten, Großteil der Protokolle verloren).

<sup>220</sup> Vgl. Batowski, Rozpad Austro-Węgiej, S. 194f.

Eindruck über das Schicksal Ostgaliziens, oder zumindest der 34 Kreise, in denen sie die Mehrheit stellten. Die Zeitung merkte an, daß die Umsetzung des Manifests vom Willen Wilsons und der Entente abhinge. Deren Haltung in der Ostgalizienfrage sei noch unklar, allzuviel Optimismus in dieser für die Zukunft Polens so lebenswichtigen Frage aber nicht am Platze.<sup>221</sup> Auch die Krakauer Konservativen sahen die Entscheidungsgewalt über die Zukunft Ostgaliziens nicht mehr in Wien.

Am 20. Oktober fand eine Sitzung des Lemberger Stadtrats anlässlich der Proklamation des Warschauer Regentschaftsrats statt. In einer stürmisch akklamierten Resolution drückte der Stadtrat seine Freude über das Manifest des Regentschaftsrats aus, der die Vereinigung aller Polen in einen Staat proklamiert hatte. Eine Delegation sollte im Auftrag des Stadtpräsidiums dem Regentschaftsrat in Warschau huldigen und ihn beglückwünschen. Es fehlte jedoch nicht an mahnenden Worten von ukrainischer Seite: Das ukrainische Beiratsmitglied Pater Teodosij Ležohubs'kyj protestierte gegen jedweden rechtswidrigen Versuch seitens der Polen, Ansprüche auf Ostgalizien geltend zu machen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß beide nahverwandten Völker in Eintracht lebten und zum Wohle der eigenen Bürger arbeiteten.<sup>222</sup> Diese Erwartung war jedoch wenig realistisch. Am selben Tage proklamierte eben in Lemberg ein Ukrainischer Nationalrat (Ukrajins'ka Nacional'na Rada – UNRada) die Bildung einer mit Österreich verbundenen Staatsformation aus den überwiegend ukrainischen Gebieten der Monarchie.<sup>223</sup> Der Weg in die offene militärische Auseinandersetzung um Ostgalizien und Lemberg zwischen Polen und Ukrainern schien vorgezeichnet. Beide vermochten ihre politischen Ziele nicht miteinander in Einklang zu bringen.<sup>224</sup>

In Krakau trafen sich am 28. Oktober über 60 galizisch-polnische Reichsratsabgeordnete aller Parteien zu einer Konferenz, auf der eine polnische Liquidierungskommission (Polska Komisja Likwidacyjna – PKL) gegründet wurde. Daszynski beantragte, die von der Regierung ernannten Liquidateure nicht anzuerkennen. Die einzige Vertreterschaft des polnischen Reiches nach außen sei die polnische Regierung in Warschau. Im Namen der nationaldemokratischen Partei verlangte Skarbek, den Amtssitz der PKL nach Lemberg zu verlegen. Die PKL sollte die Approvisionierungsgängen übernehmen und eine Miliz bilden. Die Versammlung äußerte die Hoffnung, daß die polnische Regierung das Einvernehmen mit den Ruthenen für ihre erste Aufgabe halte, und forderte die Freilassung Józef Piłsudskis und aller aus politischen Gründen Verhafteten.<sup>225</sup>

---

<sup>221</sup> Przeobrażenie Austrii, in: Czas, Nr. 264, 18.10.1918.

<sup>222</sup> Telegramm von Reinlender an Präsidium des Innenministeriums in Wien. Lemberg, den 20.10.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>223</sup> Siehe dazu Abschnitt 4.2.

<sup>224</sup> Darauf verweist auch ein Bericht Reinlenders über eine Manifestationsversammlung des bürgerlichen Schützenvereins unter Vorsitz des stellvertretenden Regierungskommissars Josef Neumann vom 24. Oktober. Eine Resolution erklärte Lemberg zu einer polnischen Stadt, die dem polnischen Staate einzuverleiben sei. Eine Delegation sollte dem polnischen Regentschaftsrat die Huldigung des Lemberger Bürgertums überbringen. Vgl. Reinlender an Präsidium des k. k. Ministeriums des Innern. Lemberg, den 24.10.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>225</sup> Vgl. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119: K. k. Polizeidirektor Krakau. Tagesrapport vom 29. Oktober 1918.

Das Präsidium der PKL bestand aus den Abgeordneten Witos, Daszyński, dem Geistlichen Londzin, Skarbek, Tadeusz Tertil und Władysław Grzędziński. Es unterrichtete den österreichischen Ministerpräsidenten Heinrich Lammasch, daß es bis zur Konstituierung der PKL deren Aufgaben wahrnehme. Besonderen Nachdruck legte das Präsidium darauf, die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sowie die Einfuhr von Waren und Industrieprodukten zu regulieren. Bis Vertreter der PKL sich in dieser und anderen Fragen mit Bevollmächtigten der österreichischen Regierung verständigt hätten, sei die Ausfuhr sämtlicher Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Lande einzustellen.<sup>226</sup> Auch Huyn wurde von der Bildung der PKL in Kenntnis gesetzt und ersucht, das Ausfuhrverbot durchzusetzen.<sup>227</sup> Darüber hinaus versuchte die PKL, sich die Staats-, Landes- und Gemeindeverwaltungen in Galizien, dem Großfürstentum Krakau und in Schlesien zu unterstellen. In einem speziellen Schreiben wurden diese Behörden angewiesen, keine den Interessen des polnischen Staates widersprechenden Anordnungen auszuführen. Die Ausfuhr von Waren ersten Bedarfs müsse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert und das Präsidium unverzüglich von den erlassenen Anweisungen in Kenntnis gesetzt werden.<sup>228</sup>

Bolesław Roja hatte, nachdem die österreichischen Kommandos in Krakau abgeschafft worden waren, am 31. Oktober mit Billigung der PKL die Führung über den westlichen Teil Galiziens übernommen. Die Liquidierung der österreichischen Staatlichkeit in Ostgalizien stand dagegen noch aus. Innerhalb der bis zu 6.000 Mann starken Lemberger Garnison bildeten die polnischen Soldaten nur eine vergleichsweise geringe Gruppe im Vergleich zur stärksten der Ukrainer mit etwa 2.600 Mann. Konspirative polnische Militärorganisationen in Lemberg waren vergleichsweise schwach und zersplittert. Am stärksten war die „Polnische Militärorganisation“ (Polska Organizacja Wojskowa – POW) unter Oberst de Laveaux, dem insgesamt etwa 300-350 Soldaten unterstanden, davon 80 Studenten und 30 Frauen. Der POW hatte sich der „Freiheitsbund“ (Związek Wolności) unter Oberst Aleksandr Kron unterstellt. Die dritte polnische Militärorganisation, die unter der Bezeichnung „Gesellschaft zur gegenseitigen Hilfe ehemaliger Legionäre“ (Towarzystwo wzajemnej Pomocy Byłych Legionistów) von den Österreichern toleriert wurde, befehligte Kapitän Anton Kamiński. Die „Polnischen Militärkader“ (Polskie Kadry Wojskowe) als zahlenmäßig schwächste, aber aufgrund ihrer Anbindung an die polnische Nationaldemokratie einflußreiche Gruppe, führte Kapitän Czesław Mączyński. Kontakt zu den Lemberger konspirativen Organisationen hielt eine Gruppe von Offizieren der polnischen Legionen. Einen Trumpf der polnischen Militärkonspiration bildete ihre Fühlung zu polnischen Zivilorganisationen, insbesondere zu den Pfadfindern. Außerhalb Lembergs in der ostgalizischen Provinz besaß sie kaum nennenswerte Strukturen. Kamiński erklärte auf einem Treffen von 124 Vertretern der Lemberger Legionärsumgebung vom 26. Oktober, daß er und seine Organisation dem Warschauer Regentschaftsrat unterstünden. Dagegen protestierte

<sup>226</sup> Vgl. P.K.L. an öst. Ministerpräsidenten Lammasch in Wien. Krakau, den 29. Oktober 1918. CDIA Ukrainy u L'vovi, Fd. 211, Op. 1, spr.9, ark. 11f.

<sup>227</sup> Vgl. Schreiben von Daszyński und Skarbek im Namen der P.K.L. an Statthalter Huyn. Krakau, den 29. Oktober 1918. CDIA Ukrainy u L'vovi, Fd. 211, Op. 1, spr.9, ark. 22.

<sup>228</sup> Vgl. Schreiben der P.K.L. ohne Datum. CDIA Ukrainy u L'vovi, Fd. 211, Op. 1, spr.9, ark. 3f.

im Namen der POW Czesław Knichowiecki, der bis zur Rückkehr Piłsudskis unabhängige militärische Strukturen gewahrt sehen wollte. Ein drohender ukrainischer Staatsstreich in Lemberg wurde auf dem Treffen nicht besprochen.

Galizisch-polnische Politiker unterschätzten allgemein die Bedeutung der gerade erst gebildeten UNRada und deren politische Aspirationen. Sie rechneten darauf, daß die nach außen hin loyalen ukrainischen Politiker sich vorerst nicht zu einer die Autorität der Wiener Regierung in Frage stellenden Aktion entschließen würden. Fast bis zum Ende Österreich-Ungarns waren die polnischen Parlamentarier überzeugt, daß Verhandlungen zwischen dem Polenklub und der UPR einer ukrainischen Machtübernahme in Ostgalizien vorausgehen würden. Meldungen über konspirative Tätigkeiten innerhalb der ukrainischen Gesellschaft wurden bagatellisiert, eine reale Bedrohung Lembergs durch die Ukrainer nicht wahrgenommen. Głabiński, der Huyn am 30. Oktober traf, sah ihn völlig als Herrn der Situation an.<sup>229</sup>

Eine vorsichtigere Position nahm Oberst Władysław Sikorski ein, der sich bis zum Nachmittag des 31. Oktober in Lemberg aufhielt. In einer Meldung an den Generalstabschef Tadeusz Rozwadowski in Warschau berichtete er von ernsthaften Vorbereitungen der ukrainischen Seite, einen Staatsstreich in den Bezirken Przemysł, Stanisław, Żydaczów, Bereżany und Tarnopil durchzuführen und die Macht auf dem Gebiet Ostgaliziens zu übernehmen. Nach Ansicht Sikorskis zeigten die österreichischen Militärbehörden sich dieser antipolnischen Aktion mehr als geneigt. Hinzu komme, daß die Gendarmerie der galizischen Statthalterei zu 80 Prozent aus Ruthenen bestehe und kein Interesse habe, die Aufstandsvorbereitungen aufzudecken. Den Anschlag bereite der radikale Zweig der ukrainischen Partei vor; im Mittelpunkt der ganzen Bewegung stünden die USS. Die von Sikorski der polnischen Regierung nahegelegten Maßnahmen zeugen davon, daß er selbst keinen baldigen Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Westukrainern und Polen um Ostgalizien vermutete. Vermutlich befürchtete Sikorski eine mögliche Eigendynamik, falls es nicht gelänge, die Entwicklung in Ostgalizien einer Kontrolle durch die Warschauer Regierung zu unterwerfen.<sup>230</sup> In Gesprächen mit Politikern aus Galizien bagatellisierte jedoch Sikorski die von den Ukrainern ausgehende Gefahr. Er rechnete zwar mit einem ukrainischen Staatsstreich, aber nicht in den ersten Novembertagen.<sup>231</sup>

---

<sup>229</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 59-63.

<sup>230</sup> Vgl. Sikorski an Stabschef der polnischen Armee in Warschau. Lemberg, den 28.10.1918. Erstens sollte der österreichische Ministerpräsident aufgefordert werden, der Gefahr eines ukrainischen Umsturzes entgegenzuhandeln und die Entstehung der Selbstverteidigung durch die polnische Regierung nicht zu verbieten. Dem Außenminister Graf Andrássy müsse die durch eine Ausdehnung der radikalen ukrainischen Bewegung auch Ungarn drohende Gefahr dargestellt werden. Zweitens bildete die offizielle Aufnahme von Verhandlungen mit der UNRada einen sehr wünschenswerten Schritt zur Beseitigung der Grundlagen für die radikale ukrainische Tätigkeit sowie zur Vermeidung von Streitigkeiten zwischen beiden Völkern. Drittens war Sikorski sich offenbar bewußt, daß Letzteres sich schwierig gestalten könne, da die von ihm projektierte Militärorganisation in Galizien die Bereitschaft der „radikalen ukrainischen Agitation“ zu Zugeständnissen erhöhen sollte. AAN, KOD, sygn. 58, s. 12ff.

<sup>231</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 63.

## **4.2. Der Verbleib in einem reorganisierten Österreich als dominante politische Bestrebung der ukrainischen Politik in Ostgalizien**

Während die polnischen Politiker mit den Zugeständnissen Hussareks überaus zufrieden waren, äußerten die ostgalizischen Ukrainer ihre Erbitterung. Die ukrainischen Reichsratsabgeordneten betonten, daß kein österreichischer Ministerpräsident während des gesamten Bestehens eines österreichischen Parlaments sich solch schmachvolle Bedingungen für die Bewilligung eines sechsmonatigen Budgetprovisoriums habe aufzwingen lassen.<sup>232</sup> Die Spannung zwischen Ukrainern und Polen in Ostgalizien hatte sich bedeutend gesteigert. Nach Ansicht des österreichischen Ministeriums für Landesverteidigung rief die Mißwirtschaft in der Zentrale zum Aufbau Galiziens böses Blut hervor. Dort fänden polnische Gutsbesitzer ein Auskommen, aber die arme, nun heimkehrende Bevölkerung habe kein Obdach.<sup>233</sup>

Wenig verheißungsvoll schien den ostgalizischen Ukrainern die politische Entwicklung in der Ostukraine.<sup>234</sup> Auf Nachrichten über Aufstandsvorbereitungen gegen Skoropads'kyj reagierten die ukrainischen Parlamentarier mit Bestürzung. Cehels'kyj versuchte auf der Sitzung des Nationalbundes vom 20. September 1918 vergeblich, den Aufstand gegen den Hetman abzuwenden. Er argumentierte, daß dies das Ende der Staatsbestrebungen der Ost- und der Westukraine sei.<sup>235</sup>

In Wien waren die offenbaren Anzeichen des „Todes des Staates“ weniger fühlbar als in Lemberg, wo der Zerfall offensichtlich war. Vielen sei im Herbst 1918 bewußt gewesen, daß Österreich in Agonie liege und man vor Ort eine eigene Staatsgründung vorbereiten müsse. Das Land verfele sonst in Chaos oder komme, was Panejko als noch schlimmer ansah, unter die Herrschaft des „historischen Widersachers“, das heißt Polens. Er bildete Ende August oder Anfang September in Lemberg mit Volodymyr Ochrymovyč, Stepan Rudnyc'kyj, Lozyns'kyj, Tomašivs'kyj, einigen Militärs und eventuell auch Nazaruk ein ständiges Komitee, das im Museum der Ševčenko-Gesellschaft zusammenkam.<sup>236</sup> Auf Weisung dieses Komitees wurde Ende September 1918 eine militärische Organisation mit der Bezeichnung „Zentrales Militärkomitee“ (Central'nyj Vijs'kovyj Komitet – CVK) gebildet. Das CVK bereitete die ukrainische Machtübernahme in militärischer Hinsicht vor. Dazu wurden Zusammensetzung und Zustand aller österreichischen Militärbesatzungen in Ostgalizien und der Bukowina überprüft, Kuriere mit Instruktionen entsandt, Kommandanten für die Aktion vor Ort ernannt, örtliche politische Führer sowie ukrainische Offiziere und Unteroffiziere verständigt und schließlich der Umsturzplan in Lemberg vorbereitet. Die Arbeit des CVK, das Mitte Oktober 1918 in „Ukrainisches Militärisches Generalkomitee“ (Ukrajins'kyj General'nyj

<sup>232</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G 221/18. Inhalt: Politische Lage in Galizien. Heinze an Hertling. Lemberg, den 4.8.1918. PA AA, R 8979.

<sup>233</sup> Vgl. Note des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung an das k. k. Ministerium des Innern. Präs. Nr. 24407/XX, Galizien, Polen-Stimmung. Wien, den 4.9.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>234</sup> Vgl. Stepan Tomašivs'kyj, Ukrajins'ki federalisty, in: Dilo, Nr. 189, 22.8., sowie Nr. 190, 23.8.1918.

<sup>235</sup> Vgl. [Isydore Sohoc'kyj] Sydir Jaroslavyn, Vyzvol'na borot'ba na Zachidno-Ukrajins'kych Zemljach u 1918-1923 rokach, Filadelfija 1956, S. 27.

<sup>236</sup> Vgl. Vasyli' Panejko, Pered peršym lystopadom. Šmatok spohadv, in: Dilo, Nr. 245, 1.11.1928.

Vijs'kovyj Komitet – UGVK) umbenannt wurde, ging jedoch nur langsam voran. Seine Mitglieder rechneten zunächst für frühestens Ende Dezember mit dem Zerfall Österreichs und einer Auseinandersetzung mit den Polen.<sup>237</sup> Dennoch nahm die Tätigkeit des CVK im Oktober zu: Zum einen kamen neue Mitglieder wie etwa Dmytro Palijiv hinzu, zum anderen erforderten es die allgemeine politische Situation und die bevorstehende Niederlage Österreich-Ungarns, daß man auf eine eventuelle bewaffnete Auseinandersetzung vorbereitet sein mußte. Besondere Bedeutung kam dem Umstand zu, daß das Nationalkomitee der UNDP die Arbeit des CVK unterstützte.<sup>238</sup> Allgemein herrschte die Überzeugung vor, daß es zu keinem wirklichen Krieg mit Polen, sondern höchstens zu einigen lokal begrenzten Aufständen der polnischen Bevölkerung in Ostgalizien komme.<sup>239</sup>

Am 7. September 1918 fanden unter dem Vorsitz der Obmänner Petruševyč und Kost' Levyc'kyj vertrauliche Beratungen der UPR und des Nationalkomitees statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand jedoch nicht etwa das Problem der ukrainischen Staatlichkeit im Rahmen der Habsburgermonarchie, sondern die vom Metropolitan geplante Einführung des Zölibats in der griechisch-orthodoxen Kirche. Dagegen wurde ein einstimmiger Protest angenommen. Außerdem wurde beschlossen, im ganzen Land Protestkundgebungen gegen den Anschluß des Cholmer Landes und Ostgaliziens an Polen zu veranstalten.<sup>240</sup> Das Nationalkomitee veranstaltete in der Zeit vom 15. bis 22. September in allen größeren Orten Ostgaliziens Volksversammlungen, auf denen die Abgeordneten über die allgemeine politische Lage und die Tätigkeit der UPR berichteten. Dabei wurde nach den Rücktritten Czernins und Seidlers eine Rückkehr zur anti-ukrainischen Politik konstatiert. Husarek stehe für die Unteilbarkeit Galiziens ein, Burián verfechte die austropolnische Lösung. Dem ukrainischen Volk drohe darum das polnische Joch. In Resolutionen wurden die Ratifizierung des Brester Friedens und die Durchführung seiner Bestimmungen verlangt, feierlich gegen die beabsichtigte Angliederung Ostgaliziens an Polen protestiert und die Zweiteilung Galiziens mit separatem ukrainischen Landtag und separater Verwaltung gefordert. Die UPR sollte in schärfster Opposition verbleiben, solange diese Forderungen nicht erfüllt worden seien.<sup>241</sup>

Nationalkomitee und UPR differierten in ihrer Auffassung über das notwendige Vorgehen. Kost' Levyc'kyj zufolge bereitete sich das Nationalkomitee darauf vor, die Macht selbst zu übernehmen. Dagegen sei die UPR der Ansicht gewesen,

<sup>237</sup> Vgl. Myron Dol'nyc'kyj, Vijs'kova pidhotovka lystopadovoho zryvu ta jiji zdijsnennja, in: Ukrajin's'ka Halyc'ka Armija. Materijaly do istoriji, Bd. I Vinnipeg 1958, S. 49-59, S. 50f, der als Gründungsmitglieder des UGVK Oberst Ivan Rudnyc'kyj, Leutnant Karavan, Leutnant Ljubomyr Ohonov's'kyj, Fähnrich Baranyak und den Studenten Volodymyr Poljans'kyj nennt. Im Oktober kamen der USDP-Politiker Volodymyr Starosols'kyj, Oberst Nykyfor Hirnjak sowie Unterfähnrich Palijiv hinzu. Erinnerungen ostgalizisch-ukrainischer Politiker differieren häufig in Bezug auf die personelle Zusammensetzung beider mit der Vorbereitung des Staatsstreichs befaßten Komitees, so daß auch in der Historiographie unterschiedliche Angaben gemacht werden.

<sup>238</sup> Zur Arbeit des CVK bis zum 31. Oktober vgl. Lytvyn, Ukrajin's'ko-pol's'ka vijnja, S. 32-37.

<sup>239</sup> Vgl. Oleksa Kuz'ma, Lystopadovi dni 1918 r. L'viv 1931, S. 46.

<sup>240</sup> Reinlender an Präsidium des Ministeriums des Innern. Lemberg, den 8.9.1918. AVA, Min. d. Innern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>241</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G.267/18. Heinze an Hertling. Lemberg, den 25.9.1918. PA AA, R. 8980.

daß Österreich den Ukrainern aus Gerechtigkeit das ganze ostgalizische Territorium übergeben sollte. Nach Ansicht der UPR sollte der Kaiser zwei Statthalter für Krakau und Lemberg ernennen. Dabei sollte der Statthalter in Lemberg das ganze Territorium des Lemberger Amtsgerichts, das heißt Ostgalizien und die Bukowina, unterstellt werden. Bis zur formellen Konstituierung der ukrainischen Staatlichkeit würde die Zentralverwaltung in Wien eine Teilung der Staatsverwaltungen durchführen: der Statthalter, der ländlichen Finanzdirektion, der Post- und Telegraphendirektion, der Eisenbahndirektion, der Zentrale des Wiederaufbaus des Landes, des Landesausschusses und der Gendarmerie. Zum Schluß habe dann die Abtrennung von Wien folgen sollen.<sup>242</sup>

Der leitende politische Gedanke der ostgalizischen Ukrainer der Zeit war das Streben nach *geistiger*, nicht aber staatlicher Einheit mit der Ostukraine.<sup>243</sup> Die ostgalizischen Ukrainer gingen noch Mitte September 1918, obwohl sie eine Rückkehr der österreichischen Regierung auf einen den Ukrainern gegenüber feindlichen Kurs beklagten, nicht über die bislang erhobenen Forderungen hinaus. Sie spielten gleichsam ein doppeltes Spiel: Nach außen hin waren sie loyale Österreicher, bereiteten jedoch im geheimen den Umsturz vor. Für den Fall des Erhalts Österreichs gingen sie in dessen föderativen Aufbau ein, im Falle seines Auseinanderbrechens waren sie entschlossen zur Proklamierung eines eigenständigen Staates, erst in weiterer Perspektive zur Vereinigung mit der Ostukraine.<sup>244</sup>

Noch Anfang Oktober setzte sich Petruševyč im Parlament vehement für die Umwandlung Österreichs in einen demokratischen Völkerbund ein. Die Völker sollten territoriale, nur durch die gemeinsamen Interessen aller Staatsnationen begrenzte Autonomie erhalten. Die Teilung Galiziens sah er weiterhin als die einzige Möglichkeit an, das ukrainische Volk von der polnischen Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.<sup>245</sup> Wie wenig die ostgalizischen Ukrainer zu dieser Zeit an eine endgültige Trennung von Österreich dachten, ist auch daran ersichtlich, daß Kost' Levyc'kyj in seiner Rede vom 9. Oktober 1918 der Angelegenheit der Mißwirtschaft in der Zentrale des Wiederaufbaus Galiziens breiten Raum beimaß. Seines Erachtens wurden die Gelder allein für Westgalizien und die polnischen Großgrundbesitzer und Großindustriellen verwandt, ukrainische Bauern jedoch hintangesetzt. Zwar sei die ukrainische Frage keine galizische Hausfrage, sondern eine internationale Angelegenheit. Er erklärte die Teilung Galiziens zu einer *conditio sine qua non*. Sollte diese zentrale Forderung nicht verwirklicht werden, dann führe der Weg der ostgalizischen Ukrainer nicht nach Warschau, sondern nach Kyjiv.<sup>246</sup> Levyc'kyjs Drohung diene vorrangig dazu, die Interessen der eigenen Nation in Österreich durchzusetzen. Die UPR beschloß auf der Sitzung vom 10. Oktober die

<sup>242</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Velykyj zryv*, S. 94-96.

<sup>243</sup> Vgl. ebenda, S. 98.

<sup>244</sup> Vgl. Lonhyn Cehels'kyj, *Vid legend do pravdy. Spomyny pro podiji v Ukrajinu zvjazani z peršym Lystopadom 1918 r.*, N'ju Jork-Filadelfija 1960, S. 33: „Diese Taktik fiel uns um so leichter, als wir aufrichtig, im Interesse unseres Volkes, Österreich und Karl retten wollten, aber daran zweifelten, ob dies noch möglich war.“

<sup>245</sup> Haus der Abgeordneten, 87. Sitzung der XXII. Session am 4.10.1918, S. 4402, 4407. Ebenda, S. 4407: „Wer glaubt, daß sich das auch trotz des weiteren gemeinsamen Lebens mit den Polen erreichen läßt, der kennt nicht die Heuchelei und den rücksichtslosen Egoismus der Polen.“

<sup>246</sup> Haus der Abgeordneten, 89. Sitzung der XXII. Session am 9.10.1918, S. 4533.



Einberufung einer Nationalversammlung aus den ukrainischen Abgeordneten des galizischen Landtags, des Hauses der Abgeordneten und des Herrenhauses des Reichsrats, der Abgeordneten der Bukowina und Delegierten ukrainischer politischer Parteien. Die Aufgabe dieser Versammlung war die Schaffung einer ukrainischen Konstituante in Form eines ukrainischen Nationalrats, der die ukrainische Staatlichkeit auf den Territorien Österreich-Ungarns proklamieren sollte.<sup>247</sup>

Dem kaiserlichen Manifest vom 16. Oktober 1918 standen die ostgalizischen Ukrainer zunächst abwartend gegenüber. „Ukrajins'ke Slovo“ kritisierte, daß der Plan die Grenzen zwischen Ukrainern und Polen in Galizien nicht genau bestimmt habe und stellte fest, daß man keine Handbreit ukrainischen Bodens fremder Herrschaft überlassen werde. Die Zeitung meinte in offensichtlicher Verkennerung der Politik des den ostgalizischen Ukrainern gegenüber negativ eingestellten Skoropads'kyj, daß der Hetman mit aller Härte auftrete, wenn man Ostgalizien gewaltsam an Polen anschließe.<sup>248</sup> „Dilo“ betrachtete die aus Parlamentsabgeordneten gebildeten Nationalräte als das vorerst einzig Reale. Die Wiener Politik Ostgalizien gegenüber beurteilte man mit großer Skepsis.<sup>249</sup> Nach dem 16. Oktober drehten und veränderten die Ereignisse sich wie in einem Kaleidoskop. Was kommen würde, wußte man. Die Abgeordneten fuhren heim und verabschiedeten sich für immer von dem Palast auf dem Franzerring. Die faktische Machtlosigkeit der österreichischen Regierung beschrieb im Rückblick die zionistische Tageszeitung „Chwila“, derzufolge die „lilliputartigen Anstrengungen“ der Regierung Lammasch kaum noch über die Mauern Wiens hinausreichten: „Auf dem Thron saß der Kaiser und in den Ministerien amtierte die Regierung, aber der Erstere hatte schon keinen Staat, und die Letztere keine Macht mehr.“<sup>250</sup>

Am Vorabend der Zusammenkunft der ukrainischen Nationalversammlung vom 18. und 19. Oktober 1918 in Lemberg äußerte Petruševyč gegenüber dem deutschen Botschafter Wedel in Wien seine Besorgnis über die Zukunft der ostgalizischen Ukrainer. Selbst wenn sie von Wien nicht an Polen ausgeliefert würden, sei ihre Zukunft doch eine sehr trübe. Denn Westgaliziens Anschluß an Polen sei kaum zu verhindern, so daß Ostgalizien damit von Österreich abgeschnitten sei. Nur für spätere Zeiten könne man an eine Vereinigung mit der Ostukraine denken. Die Zukunft des ostukrainischen Staates sei zu ungewiß, als das man das Schicksal seiner Heimat an ihn binden dürfe:

„Ihr [der Heimat, T.W.] drohe also die schreckliche Lage, von einem feindlich gesinnten Polen, von einem unfreundlich gesinnten Ungarn und einer unsicheren Ukraine eingeschlossen zu werden.“<sup>251</sup>

<sup>247</sup> Levyc'kyj, Velykyj zryv, S. 105f.

<sup>248</sup> Vgl. Perebudova Avstriji. Avstrija šukaje spasenja v peretvorenju v sojuznu deržavu. Čy ne prypiznena operacija? Projavy neličymoju neduhy. Cisars'kych sliv velyka syl, in: Ukrajins'ke Slovo, Nr. 240, 19.10.1918.

<sup>249</sup> Vgl. Provizoryčnyj akt, in: Dilo, Nr. 238, 19.10.1918.

<sup>250</sup> W rocznice upadku Austriji, in: Chwila, Nr. 285, 30.10.1919.

<sup>251</sup> Vgl. PA AA, R. 8980: Kaiserlich-Deutsche Botschaft. Nr. 278. Betrifft: Die Zukunft Ostgaliziens und der Bukowina. Wedel an Baden. Wien, den 19.10.1918. Zum folgenden ebenda.

Trotz der stiefmütterlichen Behandlung durch Wien müßten sie danach trachten, bei Österreich zu bleiben, hingen jedoch mit dem Abfall Westgaliziens in der Luft. Petruševyč kündigte an, auch in Berlin in nächster Zeit um Hilfe vorsprechen zu wollen. Wedel kommentierte dies mit den Worten, daß Petruševyč offenbar selbst keine klare Vorstellung davon habe, welcher Art die deutsche Unterstützung sein könne.

Die ukrainische Konstituante tagte unter Beteiligung von Metropolit Šep-tyč'kyj und Bischof Chomyšyn, der ukrainischen Abgeordneten des galizischen und des bukowinischen Landtags, sowie des Reichsrats und Delegierter der Parteiorganisationen am 18. Oktober 1918 im Nationalhaus in Lemberg. Die Abgeordneten beriefen sich auf das kaiserliche Manifest. Aus diesem folge, daß sie eine UN-Rada als die einzig legale Vertretung des ukrainischen Volkes bilden und einen ukrainischen Staat aus den Territorien Ostgaliziens, der Bukowina und der ungarischen Ukraine proklamieren sollten. Eine Minderheitenposition nahmen die ukrainischen Sozialdemokraten unter Führung von Mykola Hankevyč ein. Diese traten dafür ein, die sofortige Vereinigung mit dem ostukrainischen Staat zu verkünden.

Der „Ukrajins'kyj Prapor“ rechtfertigte die Position der UNRada im Rückblick mit der unklaren politischen Situation in der Ostukraine, wo der ukrainische Nationalverband zum Aufstand gegen Skoropads'kyj aufgerufen hatte. Weitere Argumente für die Bildung eines westukrainischen Staates waren die Notwendigkeit, vor Ort die nationalen Kräfte zur Verteidigung gegen äußere Feinde mobilisieren und eine Vertretung der österreichisch-ungarischen Ukrainer nach außen konstituieren zu müssen.<sup>252</sup> Im Mittelpunkt stand zunächst die politische Situation in Ostgalizien selbst. Es scheint nicht ausreichend, die Gründung eines ukrainischen Staates aus den Gebieten der Habsburgermonarchie vorrangig aus der Rücksichtnahme auf die besondere staatsrechtliche Lage Ostgaliziens ableiten zu wollen.<sup>253</sup>

Am folgenden Tag gab Petruševyč auf der Versammlung der ukrainischen Notabeln die Bildung der UNRada bekannt und verkündete die Gründung eines ukrainischen Staates auf den ukrainischen Territorien der österreichisch-ungarischen Monarchie. Bemerkenswert ist, daß die Juden als eigene Nationalität anerkannt und ebenso wie die Polen dazu aufgerufen wurden, eigene Vertreter in den Ukrainischen Nationalrat entsprechend ihrer Bevölkerungsstärke zu entsenden. Die UNRada sollte eine Verfassung auf der Grundlage des demokratischen Wahlrechts mit proportionaler Vertretung ausarbeiten, mit dem Recht national-kultureller Autonomie, nationale Minderheiten sollten in der Regierung vertreten sein. Außerdem sollte der westukrainische Staat eine eigene Vertretung auf der Pariser Friedenskonferenz haben. Dem österreichisch-ungarischen Außenminister Burián wurde zwar das Recht zu Verhandlungen im Namen der Bevölkerung des westukrainischen Staates abgesprochen. Dennoch unterließ man es, die Brücken zu Österreich ganz abzubrechen. Offenbar befürchtete man, daß die Ostukraine, auch angesichts der Aufstandsvorbereitungen gegen den Hetman Skoropads'kyj, zu schwach sei und durch eine Vereinigung mit ihr kein dauerhafter Staat gegründet

---

<sup>252</sup> Vgl. Čomu bula prohološena v žovtni 1918 r. okrema zachidno-ukrajins'ka deržava?, in: Ukra-jins'kyj Prapor (Berlin), Nr. 17-19, 1.11.1928, Nr. 1-2, 1.1.1929.

<sup>253</sup> Dieser Argumentation folgt etwa Stachiv, *Zachidnja Ukrajina III*, Bd. 1, S. 19-21.

werden könne. Schutz vor Ansprüchen der nächsten Nachbarn auf eigene, zum westukrainischen Staatsgebiet proklamierte Territorien schien den österreichisch-ungarischen Ukrainern allein Österreich bieten zu können.<sup>254</sup> In Analogie zur politischen Entwicklung in der Ostukraine im Jahre 1917 wurde das Manifest der UNRada vom 19. Oktober auch als „galizischer dritter Universal“ bezeichnet.<sup>255</sup> Der dritte Universal des ukrainischen Zentralrats hatte zwar am 20. November 1917 die Unabhängigkeit der UNR verkündet, aber weiter deren Einbindung in eine russische Republik der freien Völker vorgesehen.<sup>256</sup>

Am 20. Oktober fand auf dem St. Georgs-Platz vor dem Sitz des griechisch-katholischen Metropoliten eine politische Manifestation der Lemberger Ukrainer statt. Hier wurde auf Entschluß der UNRada ein westukrainischer Staat proklamiert. Semen' Vityk trat im Namen der ukrainischen Sozialdemokraten für den sofortigen Anschluß an den ostukrainischen Staat ein. Von der galizischen Statthalterei befürchtete Ausschreitungen und Konflikte zwischen Ukrainern und Polen blieben aus. Ein Assistenzbataillon, das am 19. und 20. Oktober Bereitschaft hatte, konnte schon in den ersten Nachmittagsstunden außer Dienst treten.<sup>257</sup> Auch in Stanislau blieben aufgrund der Konsignierung von Garnison, Feldpolizei und Zivilwachtleuten Zusammenstöße zwischen Polen und Ukrainern aus. Gerüchten zufolge waren die ukrainischen Bauern bereit, auf ein Zeichen der UNRada hin gegebenenfalls in die Städte zu marschieren, um einen etwaigen Putschversuch der Polen gegen die Errichtung eines ukrainischen Staates zu unterdrücken.<sup>258</sup> Es war offensichtlich, daß der Konflikt zwischen Ukrainern und Polen in Galizien, angesichts völlig gegensätzlicher politischer Ziele Beider, auf eine bewaffnete Auseinandersetzung zusteuerte.

Die USS unter dem Oberkommando Erzherzog Wilhelms waren bereits am 15. Oktober 1918 aus der Ukraine nach Tschernowitz verlagert worden. In Tschernowitz, wo bereits Ende Oktober Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Umsturz in Ostgalizien kursierten, fanden konspirative Offiziersberatungen statt.<sup>259</sup> Es ist kaum wahrscheinlich, daß die Vorbereitungen zur ukrainischen Machtübernahme in Ostgalizien bereits am 25. Oktober, zwei Tage vor der offiziellen Konstituierung der Lemberger Delegation der UNRada, abgeschlossen waren.<sup>260</sup> Sogar die Position des Oberkommandierenden über die ukrainischen Einheiten war zu

<sup>254</sup> Vgl. Levyc'kyj, Velykyj zryv, S. 111ff.

<sup>255</sup> Vgl. Petro Mirčuk, Peršyj lystopad, Toronto 1958, S. 27.

<sup>256</sup> Vgl. Ivan-Lysjak Rudnyc'kyj, Četvrtij universal ta joho ideolohični poperednyky, in: Ders., Istoryčni ese, Bd. 2, S. 1-27, S. 1.

<sup>257</sup> Vgl. Telegramm des Militärkommandanten Lemberg Pfeffer vom 21.10.1918. AVA, Min. d. Intern. Präs. 1848-1918, Sign. 22, K. 2119.

<sup>258</sup> Vgl. Raport Generała Fischera, komendanta żandarmerii dla Galicji i Bukowiny, akt. p.t.: Polityczna sytuacja w Galicji z daty Czernowiec, 26. października 1918. DALO, Fd. 257, Op. 2, Spr. 234.

<sup>259</sup> Vgl. Mychajlo Jandžyn, Fähnrich der USS: USS z Černovec' do L'vova – u L'vovi – grupa Schid. Biblioteka Narodowa, Warszawa. Archiwum Towarzystwa Naukowego imeni Tarasa Szczwenki we Lwowie, 1460.XII.23, S. 243-248, S. 243.

<sup>260</sup> Zweifelhaft erscheinen die Ausführungen Cehels'kyjs, der die Rolle der UNRada bei der Vorbereitung des ukrainischen Staatsstreichs in den Vordergrund stellt, ohne das bereits zuvor um Panejko gegründete politische Komitee und das CVK zu erwähnen. Cehels'kyj wendet sich insbesondere gegen die Legendenbildung um Vitovs'kyj als dem Urheber des ukrainischen Umsturzes. Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 33-36, passim.

diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig besetzt. Zwar war bereits am 20. Oktober auf Anweisung Kost' Levyč'kyjs Oberst Ivan Rudnyč'kyj als Vertreter der Lemberger militärischen Konspiranten nach Tschernowitz zu den USS gefahren. Daß die Pläne der Verschwörer nicht allzu revolutionär waren, zeigt die Tatsache, daß man die Führung über die Abteilungen, die das zukünftige Heer des ukrainischen Staates bildeten, dem österreichischen Erzherzog Wilhelm anvertrauen wollte. Man meinte, daß die Entente auf der Position der Erhaltung Österreichs stünde. Kost' Levyč'kyj wies noch Mitte Oktober das UGVK an, unter der Mannschaft Propaganda für ein selbständiges, galizisch-ukrainisches Königreich in Föderation mit Österreich zu machen. Sie schlugen die Unterstellung der Einheiten unter Dmytro Vitovs'kyj vor. Ein Mitglied des Hauses Habsburg als Oberkommandierender könnte außerdem die Entente negativ gegen die ukrainische Sache einnehmen.<sup>261</sup> Am 27. Oktober übernahm Petro Bubela für nur zwei Tage bis zur Ankunft Vitovs'kyjs die Leitung des UGVK.<sup>262</sup>

Panejko sah Vitovs'kyj als für die ihm zugewiesene Aufgabe ungeeignet an. Er reiste noch am 29. Oktober nach Kyjiv, um dort einen anderen Oberkommandierenden zu suchen sowie Waffen und Munition für die ostgalizischen Ukrainer zu erlangen. Für den Fall einer ukrainischen Machtübernahme schienen wenigstens Unruhen, oder sogar militärische Auseinandersetzungen mit den Polen unabwendbar. In der ostukrainischen Hauptstadt stand Panejko wegen des sichtbaren Verfalls der Autorität Skoropads'kyjs vor einer unlösbaren Aufgabe. In Kyjiv bereiteten im Nationalbund organisierte politische Kräfte den Aufstand gegen den Hetman vor.<sup>263</sup> Die Armeen des Deutschen Kaiserreichs und des Habsburgerreichs fielen in der Ostukraine als Ordnungsmächte weg. Ob der ostukrainische Staat sich gegen die Bolševiki behaupten würde, war ungewiß. Verglichen mit diesen Schicksalsfragen kam aus ostukrainischer Perspektive dem Konflikt zwischen Westukrainern und Polen um Ostgalizien eine nur sekundäre Bedeutung zu.

Aus Sicht der UNRada bildete die Schaffung einer Streitkraft eine vordringliche Aufgabe. Die Armee sollte zum einen die Errichtung einer Verwaltung ermöglichen, zum anderen die ukrainische Staatlichkeit vor einer polnischen Gegenaktion schützen. In Zusammenhang mit der Suche um militärische Hilfe aus der Ostukraine bemühten die ostgalizischen Ukrainer sich über Heinze um reichsdeutsche Unterstützung. Gebisattel berichtete nach Berlin, daß in den nächsten Tagen der von ihm als deutschfreundlich eingestufte Baran als Vertrauensmann Vasył'kos und Kost' Levyč'kyjs an ihn herantrete. Nach ihren Vorstellungen sollte die in der Ukraine stationierte reichsdeutsche Armee, die die ganzen dortigen Transportmittel kontrollierte, Unterstützung bei der Überführung der Waffen aus der Ostukraine leisten. Ukrainischerseits stellte man die Furcht vor einer „Vergewaltigung“ Ostgaliziens durch die Polen in den Vordergrund. Man erklärte eine Miliz aufstellen zu wollen. Dies sei schon wegen der Anwesenheit polnischer, in Mittel- und Westgali-

<sup>261</sup> Vgl. Dol'nyc'kyj, Vijs'kova pidhotovka, S. 50-51.

<sup>262</sup> Vgl. Dmytro Palijiv, Lystopadova revolucija, in: Ukrajin'ska Halyc'ka Armija, Bd. III, Vinnipeg 1966, S. 20-39, S. 31.

<sup>263</sup> Vgl. Panejko, Pered peršym lystopadom. Panejko stellte resigniert fest: „Unerfreuliche Eindrücke von der geheimen Sitzung des Präsidiums des „Nacional'nyj Sojuz“: nicht ein politischer Kopf, nicht eine in staatlicher oder militärischer Hinsicht bedeutsamere Persönlichkeit [...]“.

zien stationierter Legionen notwendig. Die Bewaffnung und Stärke dieser Truppen wurde mit 20.000 Mann deutlich übertrieben. Dagegen bezifferte man die USS in der Gegend von Tschernowitz auf 4.500 Mann, die nur unzureichend über Waffen und Munition verfügten. Die ostgalizischen Ukrainer rechneten erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt damit, die Herrschaft in Ostgalizien übernehmen und behaupten zu müssen. Gebattel erklärte, daß er, sollte Baran ihn vor Eintreffen einer entsprechenden Instruktion aus Berlin aufsuchen, großes Erstaunen über das Ansinnen äußern und mitteilen werde, erst Anweisungen einholen zu müssen.<sup>264</sup> Das Auswärtige Amt in Berlin erteilte mit Billigung der Obersten Heeresleitung am 3. November 1918 die Anweisung, gegenüber den bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen Polen und Ukrainern um Ostgalizien eine neutrale Haltung einzunehmen und Gebattel diesbezüglich zu verständigen.<sup>265</sup>

Dementsprechend versuchte der deutsche Geschäftsträger in Kyjiv Johannes Graf von Berchem Skoropads'kyj zur Wahrung von Neutralität zu bewegen. Berchem teilte am 4. November um drei Uhr nachmittags mit, daß der Hetman zwar in sehr zuvorkommender Weise auf die Bitte des Kommandos der ukrainischen Truppen in Lemberg um die Militärhilfe antworten werde. Zur Leistung einer effektiven Unterstützung sei er aber nicht in der Lage. Sieben Stunden später telegraphierte Berchem, daß Skoropads'kyj eine Deputation nach Lemberg entsenden wolle, die den dortigen Ukrainern seiner wärmsten Sympathien bei ihrem Freiheitskampf gegen Polen versichern sollte. Truppen oder Materialien nach Lemberg zu senden, sei jedoch ausgeschlossen. Truppen habe der Hetman nicht, die rechtzeitige Absendung von Artilleriematerial käme aufgrund der Überlastung der Bahnen durch den Abtransport der k. u. k. Ostarmee überhaupt nicht in Frage. Eine über vage Sympathiebekundungen hinausgehende Unterstützung ostgalizisch-ukrainischer Bestrebungen durch politische oder militärische Kreise des Deutschen Kaiserreichs erfolgte in der Ostgalizienfrage nicht. Im Gegenteil ist es bezeichnend, wenn Berchem am 8. November übermittelte, daß er Skoropads'kyj angesichts der eindringlichen Bitten der Ostgalizier um Truppen, Waffen und Munition vor jeder Maßnahme, die einen Bruch der Beziehungen zu Polen zur Folge haben könnte, gewarnt habe. Sie seien bei diesen ukrainisch-polnischen Kämpfen zur Einnahme einer neutralen Haltung gezwungen.<sup>266</sup> Aufgrund der Bedeutung, die den Beziehungen zu Polen in den Überlegungen der reichsdeutschen Diplomatie bis in den November 1918 hinein zukam, erschien eine etwaige Unterstützung ostgalizisch-ukrainischer Bestrebungen ausgeschlossen.

Die Rücksichtnahme auf polnische Bestrebungen hatte die Ostpolitik Deutschlands und Österreich-Ungarns in hohem Maße bestimmt. Beide Staaten, mit denen allein die ostgalizischen Ukrainer ihr politisches Schicksal im Ersten

---

<sup>264</sup> Vgl. Beauftragter des Generalquartiermeisters Berlin. Deutscher Verbindungsoffizier bei der k. u. k. Landstelle Lemberg. Nr. 144 pers. Rittmeister von Gebattel an Major von Berghes in Berlin. Lemberg, den 27.10.1918. PA AA, R. 8980.

<sup>265</sup> Vgl. Abschrift zu A 46687. – tit. – Legationssekretär im Auswärtigen Amt Philipp Freiherr von Berckheim. Nr. 2942. Tel. Hughes. Auf Tel. 2706. Berlin, den 3.11.1918. PA AA, R. 8980.

<sup>266</sup> Vgl. Telegramme Nr. 2240, Kiew den 4.11.1918, drei Uhr nachmittags; Nr. 2248 [Entwurf mit Bleistiftkorrekturen, T.W.], Kiew den 4.11.1918, zehn Uhr nachmittags; Nr. 2299, Kiew, den 8.11.1918, elf Uhr nachmittags. PA AA, R. 8980.

Weltkrieg verbunden hatten, waren schon infolge der militärischen Niederlage zum Verzicht auf eine aktive Rolle im ukrainisch-polnischen Konflikt um Ostgalizien gezwungen. Die Feststellung Bobrzyńskis, dem zufolge das österreichisch-ungarische AOK am 30. Oktober, gleichzeitig mit der Übergabe der Gewalt über das Heer an die Polen in Krakau, die ruthenischen Soldaten der UNRada unterstellte, ist unzutreffend. Zwar begünstigte es die spätere ukrainische Machtübernahme, wenn polnische Armee-Einheiten aus Ostgalizien versetzt, Truppenkörper mit einem hohen Anteil ukrainischer Soldaten aber vor Ort belassen wurden.<sup>267</sup> Vergleichbare Maßnahmen militärischer Zentralstellen der Donaumonarchie wurden im Verlauf des Jahres 1918 aber vorrangig durch die Furcht vor einer militärischen Aktion der österreichischen Polen hervorgerufen. Die Ukrainer wurden als ein wirksames Gegengewicht betrachtet. In einem Moment, da der Untergang des Habsburgerreiches bereits unabwendbar war, stand aus naheliegenden Gründen die Wahrung einer unparteilichen Haltung für österreichisch-ungarische Militärkreise im Vordergrund; um so mehr galt dies für Militärkommandostellen in Ostgalizien selbst. Das Kriegsministerium und deutsch-österreichische Staatsamt für Heereswesen befahl dem Militärkommando Lemberg in einem Telegramm vom 3. November 1918, Offiziere und Soldaten deutsch-österreichischer Nationalität zu strengster Neutralität den Kämpfen zwischen Ukrainern und Polen gegenüber anzuhalten.<sup>268</sup>

Die Führung der Tätigkeit der UNRada lag bei der UPR, die jedweden politischen Verstand zum Trotz mit der österreichischen Regierung über die Frage der Übergabe der Administration in Ostgalizien verhandelte.<sup>269</sup> Auf der Sitzung des österreichischen Ministerrats vom 23. Oktober teilte Hussarek mit, daß eine Deputation ukrainischer Reichsratsabgeordneter bei ihm erschienen sei und verschiedene Bitten in Bezug auf ihre Stellung zum Staate vorgebracht habe. Den ukrainischen Vorstellungen gemäß bildeten Ostgalizien bis zum San, die Bukowina bis zum Sereth einschließlich der Stadt Tschernowitz und die von Ukrainern besiedelten Gebiete Ungarns das Territorium eines ukrainischen Staates, den sie im engsten Anschluß an die Monarchie zu gründen bereit seien. Der größte Teil des Verwaltungsdienstes liege in polnischen Händen, insbesondere in Lemberg. Die ostgalizischen Ukrainer fürchteten darum, daß ihre Staatsgründung von den Polen unmöglich gemacht werde: „Dies würde natürlich eine heftige Gegenbewegung auf ukrainischer Seite auslösen, welche vielleicht in Lemberg niedergeschlagen werden könne, im übrigen Lande aber zum Blutvergießen führen würde.“ Um dies zu verhindern, sollte Kost' Levyc'kyj zum Statthalter für Ostgalizien ernannt werden. Weitere ukrainische Forderungen betrafen eine Reform der Statthalterei sowie administrative Fragen wie die Auflösung des galizischen Landesausschusses und seine Ersetzung durch eine Landesverwaltungskommission. Die genannten Maßnahmen seien innerhalb weniger Tage durchzuführen, da die Polen die ukrainische Staatsgründung verhindern wollten.

<sup>267</sup> Vgl. Michał Bobrzyński, *Wskrzeszenie państwa polskiego. Szkic historyczny*. Bd. II 1919-1923, Kraków 1925, S. 28f; Levyc'kyj, *Velykyj zryv*, S. 148f.

<sup>268</sup> Das Telegramm konnte wegen der unterbrochenen telegraphischen Verbindung nach Lemberg nicht zugestellt werden. KA, KMPräs. 52-5/48.

<sup>269</sup> Vgl. Kuz'ma, *Lystopadovi dni*, S. 34.

In der anschließenden Diskussion vertraten Gałecki und Horbačevs'kyj die politischen Ziele der Polen respektive der Ukrainer Galiziens. Gałecki sah die polenfeindliche Haltung der ukrainischen Bevölkerung ausschließlich als ein Produkt politischer Agitation der ukrainischen Führer. Er begründete das polnische Beharren auf der Einheitlichkeit des Landes anhand von historischen und statistischen Daten. Nur von Volk zu Volk sei es möglich, die Gegensätze auszugleichen. Die Schuld für das Scheitern einer politischen Verständigung wies er den Ukrainern zu. Gałecki meinte sogar, daß eine austropolnische Lösung immer noch möglich sei und warnte die Regierung entschieden davor, über eine Dekretierung der Grenzen die polnische Nation auf das Schwerste zu entfremden. Horbačevs'kyj führte ebenfalls historische Argumente für die nationale Sonderstellung der Ukrainer in Ostgalizien an, das mit Ausnahme der Städte überwiegend von Ukrainern bewohnt sei. Hussarek trat zwar dafür ein, sich die Möglichkeit einer Behauptung der der Dynastie in der Vergangenheit treu ergebenden ukrainischen Gebiete offenzulassen. In der Diskussion setzte sich jedoch eine andere Auffassung durch: Die von den Ukrainern vorgebrachten Wünsche brächten eine vollständige Desorientierung mit sich und seien somit undurchführbar. Man einigte sich schließlich darauf, die Ukrainer für einige Zeit durch Zugeständnisse zu beruhigen. Die Tätigkeit der Wiener Zentralstellen konnte den Gang der Ereignisse Ende Oktober 1918 jedoch kaum noch lenken. Darauf verweisen die Ausführungen des Eisenbahnministers Banhans, dem zufolge einige Tage zuvor ein Eisenbahnkomitee in Krakau die Wiedereinführung des Polnischen als Dienstsprache verfügt habe. Das Eisenbahnministerium habe trotz sofortigen Eingreifens nur einige Ausnahmen erwirken können, vor allem für die Korrespondenz mit den militärischen und den Zentralstellen. Banhans meinte, daß allein eine scharfe Verwarnung ausgesprochen werden könne, da ansonsten Streik oder passive Resistenz die Approvisionierung gefährdeten.<sup>270</sup>

Die Exekutive der UNRada teilte außerdem in einer Note an Wilson die Bildung des ukrainischen Staates aus der Erbmasse des Habsburgerreiches mit, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dabei wandte sie sich gegen polnische Ansprüche auf Ostgalizien, das zum einen eine deutliche ukrainische Bevölkerungsmehrheit aufweise. Zum anderen seien die Juden als gesonderte Nation anerkannt worden. Besonderen Wert legte man darauf, den eigenen Staat nach demokratischen Prinzipien zu organisieren. So seien das proportionale Wahlrecht eingeführt und den nationalen Minderheiten kulturelle Autonomie gewährt worden. Abschließend verwahrte man sich gegen jedwede Verhandlungen oder Erklärungen seitens des „sogenannten Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten“ der österreichisch-ungarischen Monarchie, weil dazu allein die Exekutive der UNRada berechtigt sei.<sup>271</sup>

Kost' Levyc'kyj verkündete auf der konstituierenden Sitzung der Lemberger Delegation der UNRada vom 27. Oktober 1918, daß die Zentralregierung in Wien in den folgenden Tagen über die Übergabe der Staatsverwaltung in Ostgalizien ent-

---

<sup>270</sup> Vgl. Protokoll Nr. 60 der unter Vorsitz von Hussarek abgehaltenen Ministerratssitzung vom 23.10.1918 in Wien. AVA, Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Karton 28: Ministerratsprotokolle 1914-1918.

<sup>271</sup> Vgl. Nota UNR[ady] do Vilsona, 26.10.1918, in: Dilo, Nr. 260, 13.11.1918.

scheiden werde. Andernfalls sollte am 3. November die vollzählige UNRada über das weitere Vorgehen beraten. Die Tagesordnung umfaßte die Frage der Organisation der ganzen ukrainischen Bürgerschaft in Ostgalizien für die Machtübernahme, sowie der dazu nötigen Militärorganisation. Außerdem übergab die UNDP auf Anregung Barans die organisatorischen Strukturen der ukrainischen Nationaldemokratie als der am besten organisierten Partei an die Lemberger Delegation, was ebenfalls der Vorbereitung einer ukrainischen Aktion diene.<sup>272</sup> Den Sozialdemokraten, die zunächst nicht an der Arbeit der galizischen Delegation teilnahmen, wurde eine der Positionen des stellvertretenden Vorsitzenden freigehalten. Es wurde beschlossen, unverzüglich Kreiskommissare der UNRada durch Delegierte einzelner Gemeinden des politischen Kreises wählen zu lassen. Beiräte sollten die Kreiskommissare beraten und deren Anordnungen ausführen. Die Kreiskommissare sollten durch die Lemberger Delegation bestätigt werden. Weiter seien Gemeindekommissare, Gemeinde- und Dorfversammlungen zu wählen. Diese Beschlüsse sollten offenbar die ukrainische Machtübernahme in der Provinz vorbereiten. Sie veranschaulichten, daß die ukrainischen Politiker von der Möglichkeit einer Art „evolutionären“ Übernahme der Macht in Ostgalizien ausgingen. Parallel zur noch bestehenden österreichischen Verwaltung sollte allmählich ein eigener Apparat aufgebaut werden, der dann im Moment des endgültigen Zusammenbruchs der österreichischen Herrschaft an dessen Stelle administrieren sollte. Für die Richtigkeit dieser Annahme spricht der Entschluß, die ukrainischen Staatsbeamten vorerst weiterhin als österreichische Beamte arbeiten zu lassen. Einer Machtübernahme durch die PKL hingegen sollten diese sich mit allen Kräften widersetzen.<sup>273</sup> Wie sehr „die Erde unter den Beinen brannte“, war der galizischen Delegation nicht bewußt. Sie plante für den 1. November einen Kongreß der Männer des Vertrauens in Lemberg und für den 6. desselben Monats in allen politischen Kreisen Kreisorganisationsversammlungen, die der Durchführung von Kreis- und Gemeindeorganisationen der UNRada dienen sollten.<sup>274</sup>

Die galizische Delegation beschloß, zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten. Außerdem bereitete die Delegation eine Skizze zur Gebietsorganisation und der Machtübernahme in der ostgalizischen Provinz vor. Weiter billigte sie den Plan Vitovs'kyjs, ein Kommando über die zu dieser Zeit in Lemberg bei der österreichischen Armee stationierten Ukrainer einzurichten.<sup>275</sup> Noch am 29. Oktober wurden die Kreisorganisatoren erinnert, sich am 1. November in Lemberg im kleinen Saal des Nationalhauses zu versammeln und am 6. November Kreisversammlungen der Gemeindebeauftragten abzuhalten. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß eine „Ukrainische Verpflegungsbehörde“ (Ukrajins'kyj charčevyj urjad) unter Vorsitz von Stefan Fedak mit Sitz in Lemberg gebildet worden war. Die Verpflegungsbehörde sollte anstelle der bisherigen k. k. Landwirtschaftsbehörde über alle Erntevorräte auf dem „organischen Territorium des ukrainischen Staates“ disponieren. Alle ukrainischen Wirtschaftsorganisationen in den Kreisen wurden aufgerufen,

<sup>272</sup> Vgl. Kost' Levyc'kyj, Velykyj zryv, S. 126.

<sup>273</sup> Vgl. Komunikat Ukrajins'koji Nacional'noji Rady, in: Ukrajins'ke Slovo, Nr. 248, 29.10.1918.

<sup>274</sup> Vgl. Palijiv, Lystopadova revolucija, S. 22.

<sup>275</sup> Vgl. Kost' Levyc'kyj, Rozpad Avstriji i ukrajins'ka sprava (polityčni spomyny z r. 1918), in: Volja, Viden' 1920, Bd. 3, Heft 2, S. 54-59, S. 57f.



unverzüglich Kreisversorgungs Komitees zu bilden. Ähnlich wie die der PKL zielten auch die Beschlüsse der Lemberger Delegation darauf ab, die Herrschaft vor Ort zu übernehmen. So wurde etwa die Bevölkerung aufgerufen, sich in Versorgungsfragen nur den Anordnungen der Ukrainischen Verpflegungsbehörde zu fügen. Eine Ausnahme bildeten allein Lieferungen an die k. k. Armee.<sup>276</sup> Die ostgalizischen Ukrainer bereiteten zwar einen Staatsstreich vor; sie waren jedoch davon überzeugt, daß ein militärischer Konflikt zwischen Ukrainern und Polen um Ostgalizien nicht unmittelbar drohte.

Unter den ostgalizischen Ukrainern bestanden Ende Oktober Befürchtungen, daß die Übergabe der Verwaltung an die galizischen Polen bevorstehe. Gerüchte über die Delegierung der Befehlsgewalt über das Heer in Galizien durch das AOK an General Stanisław Puchalski steigerten die Anspannung unter ostgalizisch-ukrainischen Politikern, die die Stärke und Bereitschaft zum Aufstand polnischer konspirativer Organisationen überschätzten.<sup>277</sup> Huyn lehnte am 29. Oktober eine Übertragung seiner Machtbefugnisse an die UNRada ab. Cehels'kyj reiste daraufhin im Auftrag der Lemberger Delegation der UNRada nach Wien, um gemeinsam mit den Mitgliedern der dortigen Exekutive der UNRada in dieser Angelegenheit mit der österreichischen Regierung Kontakt aufzunehmen. Den Erinnerungen Cehels'kyjs zufolge erklärten Lammasch und Redlich sich nach nur kurzer Beratung bereit, die Macht in Lemberg und Ostgalizien an die UNRada zu übergeben. Von dieser Entscheidung sollte noch am selben Tage der Statthalter über Kurier verständigt werden.<sup>278</sup> Angesichts dessen, daß der österreichische Ministerrat in der Folgezeit eine neutrale Position im westukrainisch-polnischen Konflikt um Ostgalizien einnahm, scheint die Zusage des österreichischen Ministerpräsidenten und seines Stellvertreters jedoch vorrangig taktischen Erwägungen entsprungen zu sein.

Kost' Levyc'kyj stand der galizischen Delegation und in Abwesenheit von Petruševyč der UNRada vor. Die bisherigen Instruktionen von Petruševyč wiesen ihn an, eine vorsichtige Haltung einzunehmen und eine Konfrontation mit den österreichischen Institutionen zu vermeiden. Cehels'kyj kehrte am 30. Oktober aus der österreichischen Hauptstadt zurück. Er suggerierte sogar, daß die österreichische Regierung die Staatsverwaltung in Ostgalizien direkt der UNRada unterstellen könnte.<sup>279</sup> Die Lemberger Delegation der UNRada entsandte daraufhin am 31. Oktober Abgesandte zu Huyn, der erneut eine Übergabe der ostgalizischen Verwaltung an die Ukrainer oder an die Polen für ausgeschlossen erklärte, da ihm keine entsprechenden Anweisungen der österreichischen Regierung vorlägen. Der Statthalter erklärte es als seine Aufgabe, ein Blutvergießen zwischen Ukrainern und Polen zu vermeiden.<sup>280</sup> Witos stattete Huyn am 31. Oktober eine Visite ab. Er unter-

<sup>276</sup> Vgl. Z delegaciji Ukrajins'koji Nacional'noji Rady u L'vovi, in: Ukrajins'ke Slovo, Nr. 249, 30.10.1918.

<sup>277</sup> Vgl. Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 64. Ukrajins'ke Slovo, Nr. 251, brachte am 31.10. unter dem Titel 'Die Polen bereiten sich vor' einen Bericht über die Konstituierung der PKL in Krakau.

<sup>278</sup> Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 40-41. Andere ostgalizisch-ukrainische Politiker, wie etwa Kost' Levyc'kyj in 'Velykyj zryv', erwähnen weder eine Besprechung mit Huyn vom 29. Oktober noch eine Besprechung der Wiener Delegation unter Beteiligung von Cehels'kyj mit Lammasch und Redlich in Wien.

<sup>279</sup> Vgl. Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 65.

<sup>280</sup> Vgl. Levyc'kyj, Velykyj zryv, S. 128.

stellte dem Statthalter im Rückblick, von den Vorbereitungen der Ukrainer zur Machtübernahme über den ihm untergeordneten Apparat unterrichtet gewesen zu sein.<sup>281</sup> In der polnischen Historiographie wird häufig eine direkte Begünstigung des ukrainischen Staatsstreichs in Ostgalizien durch Wien suggeriert. Dagegen spricht schon die Tatsache, daß eben die vorgebliche Machtübergabe an die PKL eine Zuspitzung der Ereignisse provozierte. Gleichzeitig wurde bekannt, daß die Südslaven bereits einen jugoslawischen Staat proklamiert und die Tschechen sich von Österreich getrennt hatten.

Palijiv zufolge ging das UGVK am 25. Oktober davon aus, daß ihm 2.400 ukrainische Soldaten unterstanden. Noch am 30. Oktober wußten sogar die Mitglieder der ukrainischen Militärverschwörung nicht, daß sie am folgenden Tag den Staatsstreich in Lemberg und der Provinz organisieren würden. In der angespannten Stimmung Ende Oktober schien Vieles möglich. Wichtiger als das, was wahr war, wurde das, was man dafür hielt. Gerüchte erlangten große Bedeutung. Es hieß etwa, daß Wien dem Stärkeren die Macht übergeben werde. General Puchalski, der Kommandant von Przemyśl, war dem Hörensagen nach bereit, sich der PKL zu unterstellen. Polnische Morgenzeitungen vom 31. Oktober verbreiteten Nachrichten über die für den Folgetag erwartete Ankunft der PKL in Lemberg. Die ostgalizisch-ukrainischen Politiker und die Militärverschwörung nahmen an, daß die PKL die Macht über Ostgalizien für die Polen übernehmen wolle. Das UGVK, das sich in „Ukrainisches Generalkommando“ (Ukrajins'ka General'na Komanda – UGK) umbenannte, entschloß sich daraufhin zum eigenmächtigen Beginn der Aktion.<sup>282</sup>

Der Besitz Lembergs als eines wichtigen politischen, und noch wichtigeren Kommunikationszentrums, in dem Eisenbahnstränge und gepflasterte Straßen von allen Seiten des Landes zusammenliefen, entschied nach Auffassung der Verschwörer über das Schicksal Ostgaliziens. Palijiv zufolge ergingen Instruktionen des UGK an die „Bezirkskommandos“ (Okružna Komanda) bereits bis zwei Uhr nachmittags am 31. Oktober. Bukšovanyj in Tschernowitz wurde angewiesen, mit allen Einheiten der USS unverzüglich nach Lemberg zu fahren; Militärkommandos mit ukrainischen Militäreinheiten sollten sofort nach Erhalt der Instruktion die Stadt mit einer Besatzung versehen und vor Ort entbehrliche Kräfte nach Lemberg schicken. Das Bezirkskommando Przemyśl erhielt den Befehl, die Eisenbahnbrücke über den San zu zerstören. Alle Bezirkskommandos ohne ukrainische Truppen und alle Kreise Ostgaliziens wurden von der unmittelbar bevorstehenden ukrainischen Machtübernahme in Lemberg in der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November unterrichtet und angewiesen, die Macht im Kreis mit eigenen Mitteln zu übernehmen. Alle Verwaltungen sollten übernommen, mit verlässlichen Leuten besetzt und Beamte polnischer Nationalität, die sich der ukrainischen Herrschaft gegenüber feindlich verhielten, arretiert werden. Überbringer der Befehle waren überwiegend Studenten der theologischen Fakultät in Lemberg. Bei der Zuweisung der militärischen Aufgaben an einzelne ukrainische Truppenteile zeigte sich, daß

---

<sup>281</sup> Vgl. Wincenty Witos, *Moje wspomnienia* (Biblioteka Kultury XCIX), Bd. II Paryż 1964, S. 187-188.

<sup>282</sup> Vgl. Palijiv, *Lystopadova revolucija*, S. 27; Mykola Lytvyn, *Ukrajins'ko-pol's'ka vijna 1918-1919 rr.*, L'viv 1998, S. 34f.

die Zahl der zur Verfügung stehenden Kräfte mit 1.400 Soldaten und 60 Offizieren zur Besetzung einer knapp 200.000 Einwohner zählenden Stadt bedeutend geringer war, als ursprünglich angenommen. Einige Objekte konnten nicht besetzt werden, für andere war eine zu schwache Besetzung vorgesehen. Ein Zurück war nach den Erinnerungen Palijivs jedoch nicht mehr möglich, da die Kuriere mit den Instruktionen an die Bezirkskommandos bereits entsandt worden waren.<sup>283</sup> Insbesondere Mitglieder der ukrainischen Militärorganisation forderten auf der Sitzung der Lemberger Delegation der UNRada vom 31. Oktober die sofortige Machtübernahme in der Nacht auf den 1. November 1918. Vitovs'kyj erklärte die Entschlossenheit des UGK, nicht länger auf die Gnade Wiens zu warten, sondern sofort zur Aktion zu schreiten. Er stellte fest, über genügend Soldaten und Offiziere zu verfügen, um alle nichtukrainischen Einheiten zu entwaffnen, die staatlichen, städtischen und Gemeindegebäude in Lemberg zu besetzen und die Verwaltung in der ostgalizischen Provinz zu übernehmen.<sup>284</sup>

Die galizische Delegation beschloß schließlich mit den Stimmen der Politiker, die zunächst weiterhin auf eine Entscheidung der Wiener Regierung zugunsten der Ukrainer hatten warten wollen, den Staatsstreich in der Nacht auf den 1. November durchzuführen. Ausschlaggebend für diesen Stimmungsumschwung waren offenbar zum einen das entschiedene Auftreten Vitovs'kyjs, dem zufolge eine Verschiebung der ukrainischen Aktion eine Dekonspirierung der Verschwörer nach sich ziehe. Zum anderen wollten die Verschwörer einer möglicherweise unmittelbar bevorstehenden Übergabe der Verwaltung in Ostgalizien an die PKL zuvorkommen und selbst vollendete Tatsachen schaffen.<sup>285</sup>

Eine abweichende Meinung nimmt der polnische Historiker Ludwik Mroccka ein, der als bestimmendes Element für den Zeitpunkt des ukrainischen Auftretens den Zustand des österreichischen Staatsapparats ansieht, nicht aber eine vermeintliche Gegenwehr gegen eine östliche Folge des polnischen Umsturzes in Krakau, von dem man noch nichts habe wissen können. Seine Feststellung, daß die Ukrainer erst im nachhinein große Anstrengungen unternommen hätten, den Umsturz als Reaktion auf die polnische Bedrohung zu rechtfertigen, geht jedoch zu weit und steht in Widerspruch zu faktisch allen Erinnerungen ukrainischer Partizipanten der Ereignisse.<sup>286</sup> Außerdem wäre ein weiterer Verfall des österreichischen Verwaltungsapparats vor Ort den politischen Aspirationen der ostgalizischen Ukrainer entgegengekommen, die selbst parallele Strukturen aufbauten. Die mit nur geringen militärischen Kräften durchgeführte Aktion trug weitgehend reaktiven Charakter und bildete eine Gegenmaßregel auf die Erklärung der PKL, der zufolge eine Nationalregierung für ganz Polen, einschließlich Ostgaliziens mit der ehemaligen Kronlandshauptstadt Lemberg, eingesetzt werden sollte.<sup>287</sup>

Die Mitglieder des UGK zogen sich gegen acht Uhr abends vorzeitig von der Sitzung der galizischen Delegation zurück und bildeten einen Stab zur Machtüber-

<sup>283</sup> Vgl. Palijiv, *Lystopadova revoljucija*, S. 34f.

<sup>284</sup> Vgl. Dol'nyč'kyj, *Vijs'kova pidhotovka*, S. 53.

<sup>285</sup> Vgl. Levyc'kyj, *Velykyj zryv*, S. 128f.

<sup>286</sup> Vgl. Mroccka, *Spór o Galicję Wschodnią*, S. 94.

<sup>287</sup> Diesen Aspekt betonte auch Heinze in seiner Berichterstattung. Vgl. PA AA, R. 8980: Bericht-erstatte Generalkonsul Heinze an das Auswärtige Amt. Berlin, den 10.12.1918.

nahme in Lemberg. Interessant ist, daß der Plan zur Besetzung der Stadt anhand eines fertigen österreichischen Planes für den Fall eines Aufstands oder von Unruhen ausgearbeitet wurde. Österreichische militärische Kreise rechneten zwar mit der Möglichkeit eines polnischen, keinesfalls aber eines ukrainischen Aufstands, den in Lemberg niemand für möglich erachtete.<sup>288</sup> Trotz der geringen zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte wurde die Aktion um vier Uhr morgens am 1. November 1918 mit der Entwaffnung der polnischen Soldaten in einzelnen österreichischen Einheiten der Lemberger Garnison begonnen. Der Neutralität ungarischer und deutscher Einheiten hatte das UGK sich eine Stunde zuvor versichert. Um sieben Uhr morgens erhielt Vitovs'kyj Meldung über die erfolgreiche Durchführung der ukrainischen Aktion. Statthalter Huyn und der Kommandant des Lemberger Militärbezirks Rudolf Pfeffer waren interniert worden, als sichtbares Zeichen der Übernahme Lembergs durch ukrainische Militäreinheiten wehte auf dem Rathaus die ukrainische Fahne. Vitovs'kyj berichtete daraufhin Kost' Levyc'kyj von der erfolgreich durchgeführten Besetzung der Stadt.<sup>289</sup>

Die Frage der Haltung der österreichischen Regierung der PKL und den ukrainischen Anliegen gegenüber stand am 30. Oktober zum wiederholten Male auf der Tagesordnung des Ministerrats. Ersteres war schon darum ein dringendes Problem, da die PKL die Übernahme der Verwaltung in ganz Galizien notifiziert und insbesondere die Einstellung der Lebensmitteltransporte verfügt habe. Horbačevs'kyj trat den polnischen Forderungen entgegen: Schon die Tatsache, daß die neue polnische Verwaltung ihren Sitz in Lemberg einnehmen wolle, sei für die Ukrainer ein casus belli. Falls die Regierung die polnische Verwaltung für das ganze Land anerkenne, käme es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polen und Ukrainern. Kazimierz Gatecki betonte erneut die polnische Forderung nach der Einheitlichkeit des Landes, aber auch die Bereitschaft der Polen zu Verhandlungen mit den Ukrainern. Abgrenzung und Regelung des Rechts der Ukrainer auf unstrittig ukrainische Gebieten müßten in Gesprächen zwischen Polen und Ukrainern geklärt werden. Eine Entscheidung zu treffen sah sich die österreichische Regierung jedoch außerstande: Einerseits wollte sie wegen der Möglichkeit einer Ausschaltung weiterer Lebensmittelzuschübe für Deutsch-Österreich nicht in einen vollen Gegensatz zur polnischen Regierung treten, andererseits die Ukrainer nicht zurückstoßen, die ihren Anschluß an den ukrainischen Staat ins Auge fassen könnten. Bahns zufolge konnte die Regierung sowohl die neuen polnischen Einrichtungen als auch einen von ukrainischer Seite geschaffenen Zustand anerkennen:

„Einen solchen Zustand aber ihrerseits administrativ zu schaffen oder vorzubereiten, sei, abgesehen davon, daß die Macht zur tatsächlichen Durchführung fehle, wohl mit der der Regierung vorgezeichneten Haltung unvereinbar.“<sup>290</sup>

<sup>288</sup> Vgl. Dol'nyc'kyj, Vijs'kova pidhotovka, S. 55; Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 68.

<sup>289</sup> Vgl. Dol'nyc'kyj, Vijs'kova pidhotovka, S. 55.

<sup>290</sup> Vgl. Protokoll Nr. 66 der unter Vorsitz von Lammasch abgehaltenen Ministerratsitzung am 30.10.1918 in Wien. AVA, Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Karton 28: Ministerratsprotokolle 1914-1918.

Die Bemühungen der ukrainischen Reichsratsabgeordneten in Wien blieben angesichts dessen zum Scheitern verurteilt. Auf der Ministerratssitzung vom 31. Oktober wurde beschlossen, die Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staat anzuerkennen. Jedoch dürfe die polnische Vertretung ihre Tätigkeit nicht auf ukrainische Gebiete erstrecken, sondern müsse der ukrainischen Nation das gleiche Recht auf die Bildung eines Gemeinwesens zuerkennen. Dessen Grenzen seien durch Vereinbarung zwischen beiden Nationen eventuell im Friedensschluß festzustellen. Sowohl Horbačevs'kyj als auch Gałeckı bestritten die Annehmbarkeit dieser Stellungnahme.<sup>291</sup> Erwartungsgemäß lehnten die ukrainischen Reichsratsabgeordneten die vereinbarte Formel über die Übergabe der Verwaltung in Galizien an die Polen als ein „bloß akademisches Zugeständnis“ ab. Sie erklärten sich ihrerseits bereit, den Polen bestimmte Freiheiten zu gewähren, einen Polen in die Regierung aufzunehmen und diesem ein Vetorecht in allen polnischen Fragen einzuräumen. Der Ministerrat beschloß daraufhin, den Statthalter zur Besetzung der Bezirkshauptmannschaften und Finanzdirektionen in allen Gebieten Ostgaliziens mit ukrainischer Nationalität im Einvernehmen mit dem ukrainischen Nationalrat anzuweisen. Auch eine Ernennung von Richtern und Eisenbahnbediensteten ukrainischer Nationalität wurde in Aussicht gestellt.<sup>292</sup> Letztlich konnte die österreichische Regierung Ende Oktober 1918 weder gegenüber den Polen noch gegenüber den Ukrainern ein Machtwort sprechen. Die Wiener Haltung genügte den polnischen Forderungen auf eine Angliederung des ungeteilten Galiziens an den neu entstandenen polnischen Staat ebensowenig wie den ukrainischen Aspirationen auf die Übergabe der Herrschaft über die überwiegend ethnisch ukrainischen Gebiete an die UNRada.

---

<sup>291</sup> Vgl. I. Protokoll Nr. 67 der unter Vorsitz von Lammasch abgehaltenen Ministerratssitzung am 31.10.1918 in Wien. AVA, Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Karton 28: Ministerratsprotokolle 1914-1918.

<sup>292</sup> Vgl. II. Protokoll Nr. 68 der unter Vorsitz von Lammasch abgehaltenen Ministerratssitzung am 31. Oktober 1918 in Wien. AVA, Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Karton 28: Ministerratsprotokolle 1914-1918.



### **III. Zwischen national-ukrainischen und galizisch-provinziellen Bestrebungen: Die Westukrainische Volksrepublik bis zur militärischen Niederlage gegen Polen Mitte Juli 1919**

---

#### **1. Die ukrainische Machtübernahme in Ostgalizien und der Novemberaufstand der Polen**

##### ***1.1 Die ukrainische Machtübernahme in Lemberg***

An Allerheiligen, einem hohen katholischen Feiertag, sah die überraschte Lemberger Bevölkerung auf dem Rathausurm die ukrainische Nationalflagge. Ukrainische Truppen patrouillierten in der Stadt. Der militärische Handstreich der Ukrainer war von keiner Seite vorhergesehen worden.<sup>1</sup> Plakate informierten über die Konstituierung eines ukrainischen Staates, mit der UNRada als höchstem gesetzgebenden Organ und Lemberg als Hauptstadt. Die ukrainische Bevölkerung wurde zur Bildung von Einheiten aufgerufen, die entweder in den Bestand der ukrainischen Armee eingehen, oder aber vor Ort Ruhe und Ordnung sicherstellen sollten. Insbesondere Eisenbahn, Post und Telegraph seien zu schützen. Allen Bürgern ungeachtet ihrer Nationalität und Konfession wurden bürgerliche, nationale und religiöse Gleichberechtigung zugesagt, die nationalen Minderheiten der Polen, Juden und Deutschen zur Delegation von Vertretern in die UNRada aufgefordert.<sup>2</sup> Während der Post-, Telegraphen-, Telephon- und Bahnverkehr nach Westen unterbrochen war, verkehrten die Züge in Richtung Süden und Osten.<sup>3</sup> Die ukrainische Machtübernahme paralyisierte die Stadt zunächst nicht: In den Kirchen wurden Gottesdienste abgehalten, die Bevölkerung besuchte die Friedhöfe. Straßenbahnen fuhrten, Restaurants und Cafés arbeiteten. „Dilo“ erschien mit der Anschuldigung, daß die PKL am 1. November die Macht in Ostgalizien und Lemberg habe übernehmen wollen. Polnische Zeitungen in Lemberg brachten zunächst keine Meldung über den ukrainischen Staatsstreich,<sup>4</sup> wofür das Bedürfnis, sich näher in der neu entstandenen Situation zu orientieren, ausschlaggebend gewesen sein dürfte. Zudem hätte eine offene Verurteilung der ukrainischen Aktion Repressionen von seiten der neuen Machthaber nach sich ziehen müssen, eine nur neutrale Berichterstattung gleichsam als Billigung des Geschehenen war undenkbar.

---

<sup>1</sup> Vgl. Berichtstatter Heinze an das Auswärtige Amt. Berlin, den 10.12.1918. PA AA, R. 8980.

<sup>2</sup> „Do naselelnnja mista L'vova“ und „Ukrajins'kyj Narode“, in: Dilo, Nr. 250, 2.11.1918.

<sup>3</sup> Vgl. Telegramm Nr. 28. Der K. Generalkonsul Heinze an Auswärtiges Amt. Lemberg, den 2.11.1918. PA AA, R. 8980.

<sup>4</sup> Die ersten Informationen zur ukrainischen Machtübernahme enthielt die Frühausgabe des Kurier Lwowski, Nr. 509, 3.11.1918. Vgl. Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 72f.; Dilo, Nr. 249, 1.11.1918.

Für die von bürgerlich-konservativen Werten geprägten ukrainischen Politiker kam der Legitimität ihrer Herrschaft zentrale Bedeutung zu. Noch am 1. November begab sich darum eine Delegation unter Kost' Levyc'kyj und Cehels'kyj zum Statthaltereipräsidium, um ein weiteres Mal von Huyn die offizielle Übergabe der Herrschaft zu verlangen. Dieser weigerte sich zunächst unter Hinweis auf seine Internierung, übertrug aber dann seine Kompetenzen an seinen Stellvertreter ukrainischer Nationalität Volodymyr Decykevyc'. Decykevyc' delegierte mit Bezug auf das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober die Herrschaftsgewalt an die UNRada.<sup>5</sup> Die Aktivitäten beim Statthalter legitimierten nur vordergründig die ukrainische Herrschaft, ohne den tatsächlichen Machtverhältnissen zu entsprechen.<sup>6</sup> Daß ihr Vorgehen den Unwillen der Entente hervorrufen könnte, dem waren die ukrainischen politischen Führer sich hingegen offenbar in ungleich geringerem Maße bewußt. Aus ihrer Sicht durfte die Entente, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert hatte, den Ukrainern in Ostgalizien als der dortigen Bevölkerungsmehrheit ihre legitimen nationalen Rechte nicht verweigern. Möglicherweise wollte die Lemberger Delegation sich noch Anfang November 1918 die Möglichkeit zum Eintritt in ein föderales Österreich offenlassen, da wegen der unterbrochenen Telefon- und Telegraphenverbindung nach Wien keine Rücksprachemöglichkeit mit der eigentlichen Exekutive der UNRada unter Petruševyc' bestand. Für diese Sichtweise spricht, daß das CVK und die Lemberger Delegation die Entscheidung zum Aufstand gegen deren Anweisung trafen, weitere Direktiven aus Wien abzuwarten.

Der politische Druck, dem sich etwa Kost' Levyc'kyj von seiten der in Wien die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung führenden Politiker später ausgesetzt sah, muß immens gewesen sein. Dies gilt ungeachtet dessen, daß die Tätigkeit der Wiener Delegation der UNRada erfolglos blieb. Die österreichische Regierung war keinesfalls bereit, die Forderungen der ukrainischen Parlamentarier nach der administrativen Zweiteilung Galiziens zu erfüllen. Vielmehr blieb der Ministerrat selbst am 1. November 1918 bei seiner vormaligen politischen Linie und sprach sich allein für eine prinzipielle Anerkennung des Rechts der Ukrainer auf eine selbständige Verwaltung in den überwiegend von ihnen besiedelten Gebieten aus. Administrative Verschiebungen durch die Regierung lehnte er hingegen als unzulässig ab.<sup>7</sup> Weder die Hoffnungen der ostgalizischen Ukrainer auf ein ukrainisches Kronland, noch ihre Befürchtungen, daß eine Herrschaftsübergabe über das ungeteilte Galizien an die PKL unmittelbar bevorstehe, entsprochen somit der Realität. Auch am nächsten Tag war der österreichische Ministerrat bestrebt, eine Parteinahme für eine der beiden Seiten zu unterlassen. Auf die Warschauer Regierung versuchte er einzuwirken, ihre Tätigkeit nicht auf ukrainische Gebiete zu erstrecken und der ukrainischen Nation das gleiche Recht auf ein selbständiges Gemeinwesen

---

<sup>5</sup> Vgl. Oleksa Kuz'ma, *Lystopadovi dni 1918 r.*, L'viv 1931, S. 75-76.

<sup>6</sup> Ein vernichtendes Urteil über die ukrainischen Aktivitäten beim Statthalter fällt Kozłowski, dem zufolge rechtliche Formalitäten den ukrainischen Politikern wichtiger schienen als die Wirklichkeit. Vgl. Kozłowski, *Zapomniana wojna*, S. 164.

<sup>7</sup> Vgl. Protokoll Nr. 69 der unter Vorsitz von Lammasch abgehaltenen Ministerratssitzung am 1.11.1918 in Wien. AVA, Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Karton 28: Ministerratsprotokolle 1914-1918.



zuzugestehen.<sup>8</sup> Der Ministerrat legte jedoch nicht fest, welche Gebiete im ethnisch stark gemischten Ostgalizien als ukrainisch beziehungsweise als polnisch anzusehen waren. Seine Stellungnahme war schon aus diesem Grund für beide Seiten inakzeptabel.

Die Versuche der Wiener Regierung, gleichsam zur Vorbereitung einer polnisch-ukrainischen Übereinkunft in Ostgalizien mäßigend auf den Regentschaftsrat in Warschau einzuwirken, müssen skeptisch beurteilt werden. Zwar hatte die Warschauer Regierung inzwischen Fürst Witold Czartoryjski zum die Übernahme der Staatsgewalt in Galizien und Schlesien durch polnische Behörden leitenden Generalkommissar ernannt. Czartoryjski, der für das Amt offenbar aufgrund seiner Tätigkeit in Galizien als Delegierter des überparteilichen Kreises (międzypartyjne koło) des Königreichs Polen im Ersten Weltkrieg ausgesucht worden war, sah sich jedoch außerstande, mit der PKL eine Übereinkunft zu erzielen und kehrte schon nach wenigen Tagen am 4. November ohne konkretes Ergebnis nach Warschau zurück.<sup>9</sup> Der Regentschaftsrat besaß kaum Einfluß auf die Ereignisse in Galizien.

Gałecki berichtete auf der Sitzung des österreichischen Ministerrats vom 7. November von einer Unterredung mit Vertretern der mittlerweile zurückgetretenen polnischen Regierung, die zwar auf dem Standpunkt der Unteilbarkeit Galiziens stünde. In Warschau sei man jedoch bereit, mit den Ukrainern über strittige Fragen zu verhandeln.<sup>10</sup> Ende 1918 war es zu spät für die kaum hinreichenden Ausgleichsversuche der Wiener Regierung, der in der Vergangenheit eben an der Aufrechterhaltung eines Spannungszustands zwischen Ukrainern und Polen in Galizien als einem die eigene Herrschaft stabilisierenden Element gelegen war.<sup>11</sup> Es ist bezeichnend für die Einflußlosigkeit der Wiener Politik, daß sie Verhandlungen mit einer Regierung führte, die innerhalb Polens nicht anerkannt wurde und wenige Tage später zurücktrat. Angesichts der mittlerweile ausgebrochenen Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen um Lemberg kam der Position der österreichischen Regierung keine Bedeutung mehr zu.

Ebenso wie Österreich-Ungarn verweigerte auch Deutschland den ostgalizischen Ukrainern die Unterstützung. Der von einer stark antipolnischen Grundhaltung geprägte Heinze, der den Rücktransport eingeschlossener reichsdeutscher Soldaten und Zivilpersonen organisierte, verurteilte trotz deutlicher Sympathien den Ukrainern gegenüber ihren Staatsstreich in Lemberg mit scharfen Worten als übereilte Aktion. Interessant ist, daß vom Lande nach Lemberg gezogene Hilfskräfte auf-

<sup>8</sup> Vgl. Protokoll Nr. 70 der unter Vorsitz von Lammasch abgehaltenen Ministerratssitzung am 2.11.1918 in Wien. AVA, Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Karton 28: Ministerratsprotokolle 1914-1918.

<sup>9</sup> Der ehemalige galizische Statthalter und Konservative Bobrzyński kennzeichnete die Zielsetzungen der in der PKL organisierten Parteien folgendermaßen: Den galizischen Sozialisten sei es vorrangig um die Durchführung ihres sozialen Programms gegangen, die Ludowcy um Witos hätten die Enteignung des Großgrundbesitzes als nächstes Postulat angesehen. Die Tätigkeit der polnischen Nationaldemokraten hingegen habe darauf abgezielt, die bislang in Galizien und Österreich dominierenden Konservativen jedweden Einflusses zu berauben. Vgl. Bobrzyński, Wskrzeszenie państwa polskiego, Bd. II, S. 14f.

<sup>10</sup> Vgl. Ministerrat, Protokoll Nr. 74 vom 7. November 1918. AVA, Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Karton 28: Ministerratsprotokolle 1914-1918.

<sup>11</sup> Vgl. Lemke, Allianz und Rivalität, S. 25, 105, passim.

grund des Mangels an Uniformstücken reichsdeutsche Monturen verwendeten. Der deutsche Generalkonsul protestierte gegen die Verwendung deutscher Monturstücke, da er Gerüchten bezüglich einer militärischen Begünstigung des ukrainischen Staatsstreichs durch Deutschland keinen Vorschub leisten wollte. Er war bestrebt, die vor allem von diplomatischen Kreisen und der Presse in Polen verbreitete These von einer deutschen Unterstützung des ukrainischen Aufstands zu widerlegen.<sup>12</sup> Die Ukrainer waren aus Sicht der Mittelmächte kaum mehr als ein willkommenes politisches Instrument, das den allzu weitgehenden Zielen der galizischen Polen einen Dämpfer versetzen sollte. Weder die Wiener noch die Berliner Politik förderten den ukrainischen Umsturz direkt.

Polnische Militärorganisationen in Lemberg erhielten die ersten Nachrichten über den ukrainischen Staatsstreich gegen sechs Uhr morgens. Sie waren, ebenso wie Studenten, Mittelschüler und Pfadfinder, zum bewaffneten Widerstand entschlossen. Mączyński nutzte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Auftretens dazu, seine Ernennung zum ersten Kommandanten der polnischen Kräfte in Lemberg durchzusetzen. Parallel zur Einigung der Militärorganisationen kam es durch den Zusammenschluß von Vertretern der Podolaken, der Nationaldemokraten und des PSL zur Bildung eines Bürgerkomitees, das später die Bezeichnung „Polnisches Nationalkomitee“ (Polski Komitet Narodowy – PKN) annahm. Damit war nicht nur eine Einigung polnischer Militärorganisationen, sondern auch eine Konsolidierung innerhalb der polnischen Politik erreicht. Mączyński erkannte das PKN noch am 1. November 1918 als höchste polnische politische und administrative Behörde in Lemberg mit der alleinigen Berechtigung zu Verhandlungen mit der ukrainischen Seite an.

Am Abend des 1. November 1918 zählte das PKN 25-30 Personen. Unter Stesłowicz bildete man eine Exekutive und eine Kommission, die mit den Ukrainern in Verhandlungen treten sollte. In einem Aufruf „An die Bevölkerung Lembergs“ teilte das Komitee die Bildung eines Oberkommandos mit und appellierte an die gesamte polnische Bevölkerung, sowohl Zivilisten als auch Militärs, sich unverzüglich in die polnischen Reihen zu melden. Zentrale Bedeutung kam neben dem Technikerhaus, in dem in der Nacht auf den 1. November provisorische Kasernen im westlichen Teil der Stadt entstanden waren, der polnischen Besetzung der Sienkiewicz-Schule zu. Unabhängig davon formierten sich einzelne Einheiten, die vor allem am Stadtrand aktiv waren und gegnerischen Patrouillen Waffen abnahmen. Einen potentiellen Mobilisationspunkt bildete der allgemein-polnische Studentenkongreß im akademischen Haus am 1. November. Die Entstehung eines polnischen Kommandos und eines leitenden Organs der Zivilverwaltung waren wesentliche Ereignisse, da sie die polnischen Interessen der Stadt und Ostgaliziens auf

---

<sup>12</sup> Berichterstatte Heinze an das Auswärtige Amt. Berlin, den 10. Dezember 1918: „Es bildete sich bei den Polen auf beiden Seiten der Front die – außerdem durch Übelwollen und Lügen verstärkte – Ansicht, daß die Deutschen den Ukrainern militärische Hilfe gegen die Polen leisteten. Insbesondere sollten deutsche Offiziere und Soldaten Geschütze auf dem wysoki zamek in Stellung gebracht haben und ihr Feuer leiten, ferner sollten sie eine funktelegrafische Station auf dem Rathausurm eingerichtet, beim Barrikadenbau den Ukrainern geholfen haben; ferner sollte ein deutscher Offizier einen Eisenbahnzug mit Munition für die Ukrainer von Brody nach Podzamcze geführt haben.“ Vgl. PA AA, R. 8980.

verschiedenen Gebieten repräsentierten. Sie stellten so den ukrainischen Erfolg in Lemberg, der Hauptstadt des von den österreichisch-ungarischen Ukrainern proklamierten Staates, in Frage. Am Abend mußte die ukrainische Seite erkennen, daß sie zwar alle Objekte plangemäß besetzt und die österreichischen Institutionen liquidiert, aber die Herrschaft über die Hauptstadt nicht erlangt hatte.<sup>13</sup> Die „Umstürzler“ befanden sich eher in der Rolle von Okkupanten als von Herren über die Stadt.<sup>14</sup>

Eine militärische Kraft, mit deren Unterstützung die Verschwörer um Vitovs'kyj fest rechneten, waren die USS. Die Abfahrt der USS aus Tschernowitz verzögerte sich jedoch, ungeachtet eines bereits am 31. Oktober eingelangten Telegramms der UNRada.<sup>15</sup> Erst auf das dritte Telegramm aus Lemberg vom 2. November hin entschied das Ausbildungskommando unter Bukšovanyj, eigenmächtig nach Lemberg zu fahren. Zu diesem Zeitpunkt war, wie der Zerfall der österreichischen Regimenter in Tschernowitz zeigte, das Ende Österreichs bereits offensichtlich geworden. Ein jetzt von Erzherzog Wilhelm erteilter Befehl legalisierte nur noch eine schon gefallene Entscheidung.<sup>16</sup> Zwar behinderten die polnischen Eisenbahner den Transport der USS; zur verspäteten Ankunft der USS am Nachmittag des 3. November in Lemberg trug jedoch auch bei, daß sie auf Stationen länger hielten, um polnische Schilder mit ukrainischen Aufschriften zu versehen.<sup>17</sup> Die ukrainischen Führer hatten den Handstreich überstürzt und mit geringen militärischen Kräften unternommen und waren nicht imstande, den im Bahnhofsviertel einsetzenden und sich täglich durch Zuläufer verstärkenden polnischen Widerstand zu brechen. Nach ihrem Eintreffen in Lemberg wurden die USS vor allem benötigt, entstandene Lücken zu füllen.

Der Lemberger Hauptbahnhof bildete einen Knotenpunkt, der die Stadt nicht nur nach Westen hin mit Przemyśl, sondern außerdem mit den umliegenden Provinzbahnhöfen verband. Der Fall dieses zentralen Bahnhofs war entscheidend für den Kampf um Lemberg, da alle anderen Bahnhöfe nur lokale Bedeutung besaßen. Durch den Verlust des Hauptbahnhofs war die Verbindung der ukrainischen Regierung mit den Kreiszentren sofort unterbrochen. Hinzu kam, daß die ukrainischen Soldaten größtenteils dem Bauerntum entstammten und sich in der Stadt nur schlecht orientierten, wogegen die polnische Streitmacht sich überwiegend aus in Lemberg aufgewachsenen Angehörigen der Intelligencija rekrutierte.<sup>18</sup>

In einer ersten Phase der Kämpfe vom 1. bis 4. November gerieten die ukrainischen Streitkräfte, unter denen sich verstärkt Desertion bemerkbar machte, zunehmend in die Defensive. Am Abend des 2. November befanden sich dem ukrai-

---

<sup>13</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 74-84.

<sup>14</sup> Vgl. ebenda, S. 84.

<sup>15</sup> Lytvyn betont die fatalen Folgen der verspäteten Ankunft der USS in Lemberg für die Versuche des ukrainischen Oberkommandos, den bereits unmittelbar nach der ukrainischen Machtübernahme einsetzenden Widerstand polnischer Militärorganisationen zu brechen. Vgl. Lytvyn, *Ukrajins'ko-pol'sk'a vijna*, S. 58.

<sup>16</sup> Vgl. Mychajlo Jandžyn, *Fähnrich der USS: USS z Černovec' do L'vova – u L'vovi – grupa Schid*. Biblioteka Narodowa, Warszawa. Archiwum Towarzystwa Naukowego im. Tarasa Szewczenki we Lwowie, 1460.XII.23, s. 243-248, s. 243 Rückseite.

<sup>17</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 91.

<sup>18</sup> Vgl. Kuz'ma, *Lystopadovi dni*, S. 113f.

nischen Militärhistoriker Lytvyn zufolge nur noch 648 Soldaten und Offiziere unter Waffen, zu wenig, um die vormalige Kronlandszentrale mit nahezu 200.000 Einwohnern effektiv kontrollieren zu können.<sup>19</sup> Die militärische Schwäche der Ukrainer unmittelbar nach dem Umsturz erleichterte es dem polnischen Oberkommando, eine Reihe wichtiger Punkte im Westteil der Stadt zu besetzen. Im Laufe einer Woche wurden die ukrainischen Vorposten vom Hauptbahnhof bis zu der von der Zitadelle, dem Postgebäude, dem Landtagsgebäude und der St. Annakirche markierten Front zurückgedrängt. Diese Linie hatte im wesentlichen bis zum 21. November Bestand. Der Hauptteil der Stadt mit dem Rathaus, der Hauptstrasse Karola Ludwika, dem ukrainischen Nationalhaus und der beherrschenden Höhe Vysokij Zamok war somit in ukrainischer Hand. Am dritten Tag der Kämpfe um Lemberg sollen sich in den polnischen Reihen bereits etwa 2.000 Soldaten befunden haben. Die polnische Position wurde durch die Einnahme des griechisch-katholischen Seminars und des Gebäudekomplexes mit der erzbischöflichen Kirche auf dem Heiligen-Georgs-Berg verstärkt.<sup>20</sup>

Vitovs'kyj verhängte am 3. November den Belagerungszustand über Lemberg.<sup>21</sup> Seine Rücktrittsgesuche vom 2. und 3. November lehnte Kost' Levyc'kyj zunächst ab. Am 5. des Monats übernahm Hryc Kossak das Kommando über die ukrainischen Streitkräfte in Lemberg, um selbst bereits vier Tage später von Hnat Stefaniv abgelöst zu werden.<sup>22</sup> Weder Ukrainer noch Polen errangen in der Folgezeit einen entscheidenden Vorteil. Beide Seiten warteten auf militärische Unterstützung: die Ukrainer auf die USS, Verstärkung aus Ostgalizien oder Einheiten aus der Ostukraine, die Polen auf Entsatz aus Krakau.<sup>23</sup>

Die polnischen Sozialdemokraten fehlten auf der ersten Sitzung des PKN, da sie die eigene Position zu den ukrainischen Staatsbestrebungen noch nicht festgelegt hatten. Erst am 2. November beteiligten sich erstmals auch Vertreter der polnischen Sozialdemokratie offiziell an diesem überparteilich organisierten politischen Gremium, das über die Einbeziehung von Repräsentanten aller Schichten einen breitestmöglichen Einfluß auf die Stadtbevölkerung zu entfalten bestrebt war.<sup>24</sup> An der Arbeit des PKN partizipierten unter anderem die im ukrainisch kontrollierten Teil der Stadt wohnhaften Stadtpräsidiumsmitglieder.<sup>25</sup> Zwar dominierte in der polnischen Publizistik sozialistischer Provenienz die Idee einer unabhängigen Ukraine im Bündnis mit der polnischen Unabhängigkeitsbewegung gegen den gemeinsamen Feind, den man in Rußland sah. Dieses von der PPS zur ukrainischen

<sup>19</sup> Vgl. Lytvyn, *Ukrajins'ko-pol's'ka vijnna*, S. 53.

<sup>20</sup> Vgl. Berichterstatter Generalkonsul Heinze, Lemberg. An das Auswärtige Amt. Berlin, den 10.12.1918. PA AA, R. 8980; Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 95.

<sup>21</sup> Vgl. Stan oblohy, in: *Dilo*, Nr. 251, 3.11.1918.

<sup>22</sup> Vgl. Lytvyn, *Ukrajins'ko-pol's'ka vijnna*, S. 56, 76f. Heinze kritisierte die Kriegführung der Ukrainer als „planlos“: „Der Generalstabschef und der Oberkommandierende wechselten beständig. Die Funktionen des Letzteren versahen zunächst ein Volksschul- dann ein Mittelschullehrer, zuletzt ein Oberst Stefaniv“. Vgl. Berichterstatter Generalkonsul Heinze, Lemberg. An das Auswärtige Amt. Berlin, den 10.12.1918. PA AA, R. 8980.

<sup>23</sup> Vgl. Cehels'kyj, *Vid legend do pravdy*, S. 69; Lytvyn, *Ukrajins'ko-pol's'ka vijnna*, S. 55.

<sup>24</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 74-84.

<sup>25</sup> Vgl. Marceli Chlamtacz, *Relacja o obronie Lwowa w listopadzie 1918 r.*, in: *Obrona Lwowa*, Bd. 2, S. 113-120, S. 116.

Frage in Rußland aufgestellte Programm wurde auch von Mitgliedern der PPSD Galiziens und Schlesiens geteilt. Dabei umgingen die galizischen Politiker jedoch eine Konkretisierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf dem Territorium Galiziens, unter anderem wegen der komplizierten Struktur der nationalen Beziehungen in dessen östlichem Teil. In einer Reaktion auf die Entschlüsse der UNRada am 19. Oktober 1918 reklamierte die PPSD ein Mitspracherecht der polnischen Bevölkerung sowie die Entscheidungsgewalt einer internationalen Friedenskonferenz. Die einseitige Errichtung von Grenzen durch die Ukrainer lehnte die polnische Sozialdemokratie hingegen ab.

Das Exekutivkomitee der PPSD beriet in Krakau auf einer Sitzung vom 1. und 2. November über eine polnisch-ukrainische Verständigung, ohne bereits von der ukrainischen Machtübernahme in Ostgalizien und den Kämpfen in Lemberg unterrichtet zu sein.<sup>26</sup> Erste Nachrichten über die Lemberger Ereignisse brachte die polnische Nachmittagspresse in Krakau am 2. November. Artur Hausner und Julian Obrek waren nach einem Gespräch mit dem POW-Offizier Ludwik de Laveaux am 31. Oktober nach Krakau gefahren waren, um dort die Situation in Lemberg darzustellen und Nachrichten über das Geschehen in Warschau zu erhalten. Sie wurden vom Exekutivkomitee der PPSD nach Lemberg delegiert, um mit den Ukrainern Gespräche über eine politische Einigung aufzunehmen. Die Krakauer Sozialdemokraten waren überzeugt, mit den Ukrainern eine Übereinkunft erzielen zu können, vor allem über Vermittlung des Metropolitens Šeptyc'kyj. Dagegen beurteilte Hausner sein Vorhaben offenbar mit großer Skepsis.<sup>27</sup>

USPD und PPSD gingen zwar beide vom Selbstbestimmungsrecht der Völker aus, zogen daraus aber wegen der komplizierten ethnischen Struktur Ostgaliziens jeweils eigene Schlüsse: Die ukrainischen Sozialdemokraten meinten, daß die polnische Mehrheit Lembergs nicht über die ukrainische Mehrheit des ganzen Landes bestimmen könne. Aus Sicht ihrer polnischen Genossen konnte allein ein freies Volk über das Schicksal Lembergs entscheiden. Mykola Hankevyc', der als Doppelmitglied sowohl der ukrainischen als auch der polnischen Sozialdemokratie angehörte, hatte noch am 31. Oktober von Lemberg aus einen dramatischen Aufruf an Daszyński in Krakau gerichtet, um einen bewaffneten Konflikt zu umgehen.<sup>28</sup> Trotz der Differenzen schien eine Annäherung durch die beiden Parteien gemeinsame Lösung der internationalen Klassengemeinschaft möglich. Aber innerhalb der PKL, die vom Ausbruch der Kämpfe in Ostgalizien überrascht wurde, erwies sich die Initiative von Mitgliedern der PPSD zu Ausgleichsversuchen mit den Ukrainern als unzureichend. Koko vermutet in deren relativer Passivität einen Ausdruck von Ratlosigkeit und fehlendem Glauben, eine Verständigung zwischen Polen und Ukrainern erzielen zu können.<sup>29</sup> Witos unterstellte im Rückblick einem Teil der Sozialisten die Bereitschaft zur Abgabe Ostgaliziens an die Ukrainer, um eine bewaffnete Auseinandersetzung zu vermeiden. Die ostgalizischen Mitglieder der PPSD hätten

---

<sup>26</sup> Vgl. Koko, *Polskie partie socjalistyczne*, S. 81f.

<sup>27</sup> Vgl. Artur W. Hausner, *Listopad 1918 r. W dziesiątą rocznicę*, Lwów 1928, S. 20f.

<sup>28</sup> Vgl. Walentyna Najdus, *Polska Partia socjalno-demokratyczna Galicji i Śląska 1890-1919*, Warszawa 1983, S. 622-623.

<sup>29</sup> Vgl. Koko, *Polskie partie socjalistyczne*, S. 83, 89.

sich für den bedingungslosen Kampf ausgesprochen.<sup>30</sup> Ignacy Daszyński erlebte den Ausbruch ukrainisch-polnischer Kämpfe als Scheitern seiner langjährigen Bemühungen um eine friedliche Regelung der ukrainisch-polnischen Auseinandersetzung um Ostgalizien.<sup>31</sup>

## *1.2 Die Aufrichtung der ukrainischen Herrschaft in der ostgalizischen Provinz*

In den ostgalizischen Kreisen wurde die ukrainische Herrschaft bis zum 7. November im wesentlichen ohne Blutvergießen errichtet. Fälle von nennenswertem bewaffneten Widerstand ereigneten sich außer in Lemberg nur in einigen Städten, insbesondere in Sambir, Boryslav und Przemyśl, wo polnische militärische Einheiten organisiert waren. In Sambir mußte die polnische Gemeinde die Herrschaft an die Ukrainer abgeben, die von Bauern der umliegenden Dörfer und einer militärischen Besatzung aus Staryj Sambir unterstützt wurden. Abteilungen der örtlichen POW und Teile der Arbeiterschaft hatten in Boryslav zunächst Anfang November 1918 die Herrschaft übernommen, räumten aber angesichts einer achttägigen Blockade durch ukrainisches Militär und Bauern die Stadt in der Nacht vom 8. auf den 9. November.<sup>32</sup>

In Przemyśl entwickelte sich Ende Oktober 1918 eine Eigendynamik, die für die angespannte politische Situation symptomatisch war. Gerüchte über den unmittelbar bevorstehenden Anschluß des örtlichen Militärkommandos und des Kreises an Polen bewogen die örtliche UNRada und das Korps ukrainischer Offiziere in Przemyśl und Umgebung zu einem bewaffneten Vorgehen. In der Nacht auf den 31. Oktober, noch einen Tag vor der ukrainischen Machtübernahme in Lemberg, internierte das in Żuravycy stationierte 9. Infanteriebataillon seine nichtukrainischen Kommandanten und Offiziere. Am gleichen Tag versammelten sich einige tausend Bauern aus verschiedenen Dörfern des Kreises im Volkshaus in Przemyśl. Eine ukrainische Deputation versuchte am Vormittag Oberstleutnant Friedrich Janda vom Militärkommando Przemyśl für ein Zusammenwirken der k. u. k. Truppen mit dem ukrainischen Volk zu gewinnen, das kaisertreu sei und im Rahmen der Monarchie verbleiben wolle. Janda und der Militärkommandant Feldmarschalleutnant Puchalski überzeugten die ukrainischen Delegierten jedoch von der Neutralität des Militärkommandos. Anstatt mit Hilfe des etwa 600 Mann starken 9. Bataillons unter Leutnant Fedjuško die Macht in Przemyśl zu übernehmen, erklärten die Ukrainer sich dazu bereit, das Eintreffen von Vertretern der PKL am Folgetag abzuwarten. Die ukrainischen Offiziere der aufständischen Truppen wurden interniert, die Soldaten nach Hause geschickt. Puchalski nahm noch vor Beginn der Verhandlungen seine aus Warschau vollzogene Ernennung zum Oberkommandierenden der polnischen Streitkräfte im gesamten Galizien an. Seine Verfügungsgewalt erstreckte sich damit zumindest nominell auch auf den östlichen, überwiegend von Ukrai-

---

<sup>30</sup> Vgl. Witos, *Moje wspomnienia*, Bd. II, S. 191.

<sup>31</sup> Vgl. Walentyna Najdus, *Ignacy Daszyński 1866-1936*, Warszawa 1988, S. 377.

<sup>32</sup> Vgl. Pavlyšyn, *Orhanizacija cyvil'noji vlady*, S. 137.

nern bewohnten Landesteil. Feldmarschalleutnant Stowasser übernahm das Militärkommando Przemyśl.<sup>33</sup>

Polen und Ukrainer einigten sich am 1. November auf die Bildung einer gemischten Kommission aus vier polnischen und vier ukrainischen Mitgliedern. Das paritätisch besetzte Gremium sollte die Regierungsgeschäfte von Stadt und Kreis Przemyśl führen, Ruhe und Ordnung aufrechterhalten sowie polizeiliche Verordnungen erlassen. Parallel zu den Einigungsversuchen zwischen Vertretern der PKL und führenden ukrainischen Politikern der Stadt vollzog sich die Liquidierung der österreichischen Herrschaft in Przemyśl. Von österreichisch-ungarischen und von polnischen Truppen besetzte Objekte, Magazine und Lager sollten bis zur Übernahme der Bewachung durch eine gemischte Miliz in den bisherigen Händen bleiben. Um dem möglichen Diebstahl von Waffen und Munition vorzubeugen, wurde den Ukrainern das Recht einer ständigen Kontrolle zugestanden. Die gemischte Kommission war jedoch nicht in der Lage, sich die bisherigen Militär- und Zivilbehörden zu unterstellen.<sup>34</sup>

Polnische Sozialisten sollen in dem Abkommen vom 1. November 1918 einen wesentlichen Präzedenzfall für eine friedliche Regelung der polnisch-ukrainischen Beziehungen gesehen haben. Für Mitglieder der PKL wie Graf Zygmunt Lasocki und Skarbek dagegen handelte es sich um einen kurzfristigen Waffenstillstand, zwingend notwendig für die innere Stabilisierung und Mobilisierung größerer Kräfte beim Kampf um Ostgalizien.<sup>35</sup> Letztlich konnten weder Polen noch Ukrainer mit der gefundenen Lösung zufrieden sein. Insbesondere der Zerfall des Militärkommandos Przemyśl verdeutlicht, daß dessen Zugehörigkeit zu Österreich-Ungarn allenfalls noch nominell Bestand hatte. Schon am 1. November stürmten die Wachen und Bereitschaften sowie die Truppen und Anstalten der Stadt die Magazine, die Bevölkerung setzte die Plünderungen fort. Eine verbreitete Erscheinung bildete die Separierung von Offizieren und Militärbeamten nach Nationalitäten, die in Versammlungen über ihr weiteres Verhalten berieten. Einen Tag später wurde bekannt, daß alle militärischen Objekte westlich des Sans und in Przemyśl durch polnische Truppen und Legionäre besetzt seien. Das Militärkommando konnte die Lage in der Stadt schon nicht mehr kontrollieren. Es übergab am 3. November die Garnison an die entsprechenden Kommissionen und beschloß, mit anderen Fremdständigen die Stadt am Folgetag zu verlassen.<sup>36</sup> Aufgrund dessen verschärfte sich der polnisch-ukrainische Gegensatz in Przemyśl, da das österreichische Militärkommando seine zumindest Ende Oktober 1918 noch wahrgenommene Vermittlerrolle nicht mehr ausfüllen konnte. In der Nacht vom 3. auf den 4. November 1918 übernahmen ukrainische Truppen die Kontrolle über den am Ostufer der Stadt ge-

---

<sup>33</sup> Vgl. Teofil Kormoš, Spomyny z ostannich dniv, in: Republyka, Nr. 4, 6.2.1919; Oberstleutnant des Generalstabskorps Friedrich Janda an k. u. k. Kriegsministerium. Bericht über die Revolution im Militärkommandobereich Przemyśl. Wien, den 10. November 1918, in: Ereignisse in der Ukraine IV, S. 49-58, S. 50-54.

<sup>34</sup> Vgl. Janda an k. u. k. Kriegsministerium. Wien, den 10.11.1918, S. 53 sowie S. 61: Beilage 6 dieses Berichts über die Revolution in Przemyśl.

<sup>35</sup> Vgl. Koko, Wolni z wolnymi, S. 18f.

<sup>36</sup> Vgl. Janda an k. u. k. Kriegsministerium. Wien, den 10.11.1918, S. 54-56.

legenen Teil Przemysls.<sup>37</sup> Witos beschuldigte Puchalski, dies durch Opportunismus und Entschlußlosigkeit erst ermöglicht zu haben.<sup>38</sup>

Angesichts der allgemein verbreiteten Desertion innerhalb der österreichisch-ungarischen Truppen in Stadt und Kreis waren die Ukrainer in Przemysl außerstande, eine ausreichende Anzahl von Soldaten zusammenzuziehen. Auch die Mobilisierung der Bauernschaft aus den umliegenden Dörfern ergab nicht die erforderlichen Resultate. Vor diesem Hintergrund verhandelten Ukrainer und Polen über ein Provisorium, das bis zur Pariser Friedenskonferenz Bestand haben sollte. Der Vorsitzende der örtlichen UNRada Kormoš kam der polnischen Seite angesichts der schlechten militärischen Lage der ukrainischen Truppen in Przemysl weitgehend entgegen. Eine mit der polnischen Seite getroffene Vereinbarung, der zufolge die ukrainischen Gemeinden der Herrschaft der UNRada, die Stadt Przemysl hingegen dem polnischen Nationalrat der Stadt unterstehen sollten, bei allseitiger Achtung der Rechte nationaler Minderheiten, wurde jedoch von der UNRada in Przemysl abgelehnt.<sup>39</sup> Beide Seiten sahen ganz Ostgalizien als zum eigenen Staatsgebiet zugehörig an, so daß eine politische Lösung wegen der starken ethnischen Mischung dieses Territoriums kaum zu erzielen war.

Przemysl nahm in militärischer Hinsicht eine Schlüsselposition ein: Zum einen als Zwischenstation für den Transport eines polnischen Entsatzes nach Lemberg, zum anderen als Ausgangspunkt für eine militärische Aktion der polnischen Armee gegen die ukrainische Herrschaft in Ostgalizien. Roja entsandte aus Krakau am 9. November Entsatz nach Przemysl. Da gleichzeitig die den östlichen mit dem westlichen Teil Przemysls verbindenden Eisenbahnbrücken über den San von den Ukrainern nicht hatten gesprengt werden können, eroberten die polnischen Truppen aus dem Westteil der Stadt nach dem Eintreffen der Verstärkung am 11. November 1918 den östlich des Sans gelegenen Stadtteil. Dabei sah sich die der Zusammenarbeit mit den Ukrainern verdächtige jüdische Bevölkerung Gewalt und Raub ausgesetzt. Führende ukrainische Politiker der Stadt wie Kormoš und Wolodymyr Zahajkevyč gerieten in polnische Gefangenschaft. Einige polnische Politiker kritisierten die Repressionen gegen die ukrainische Gesellschaft in scharfer Weise, insbesondere der Nationaldemokrat Graf Skarbek und der Sozialdemokrat Lieberman. Trotz ihrer gegensätzlichen politischen Orientierung traten beide dafür ein, mit den Ukrainern zu verhandeln. Skarbek meinte Ende 1918, daß Verhandlungen die militärische Aktion begleiten sollten, um das polnische territoriale Programm zu ver-

<sup>37</sup> Von ukrainischer Seite werden als Grund für das ukrainische Vorgehen Verstöße der polnischen Seite gegen das polnisch-ukrainische Abkommen genannt. Unter anderem sollen sowohl Skarbek als auch Puchalski in der Zeit vom 1. bis 3.11. telefonisch in Krakau Militärunterstützung für Przemysl angefordert haben. Letzterer habe in polnischen Zeitungen einen Mobilisierungsbefehl veröffentlicht. Vgl. Kormoš, Spomyny, in: Republika, Nr. 7, 9.2.1919.

<sup>38</sup> Witos, Moje wspomnienia, Bd. II, S. 192.

<sup>39</sup> Kormoš äußerte später: „Jedoch bestätigte die Mehrheit der Mitglieder der UNRada [in Przemysl] diese Übereinkunft nicht, was meines Erachtens ein schwerer Fehler war, der sich später an uns rächte.“ Einem Brief der UNRada in Przemysl nach Lemberg zufolge war es nicht möglich, den Polen die Stadt abzutreten, selbst gegen die Einbeziehung ukrainischer Dörfer westlich des Sans unter die Herrschaft der UNRada. Vgl. Kormoš, Spomyny, in: Republika, Nr. 11, 14.2.1918; Brief der UNRada in Przemysl, in: DALO, fd. 257, op. 1, spr. 23, 28 Rückseite [ohne Datum, zwischen dem 4. und 10.11.1918, T.W.].



wirklichen. Lieberman wollte hingegen mit Blick auf den von ihm erwarteten Erfolg einer polnisch-ukrainischen Übereinkunft die militärischen Aktivitäten durch politische ersetzen. Den Verbleib Lembergs unter ukrainischer Herrschaft lehnten beide ab.<sup>40</sup>

Das Interesse am Schicksal der Hauptstadt Galiziens war bereits in den ersten Novembertagen so groß, daß es sich in Warschau, Krakau und später auch in Posen zu einem politischen Problem wandelte: „Kein zentrales Verwaltungsorgan, ähnlich wie politische Parteien, konnte die Stimmungen der Gesellschaft mißbachten, die die Organisation von zum Herausdrängen der Ukrainer aus Lemberg fähigen Einheiten forderte“.<sup>41</sup> Sowohl die polnischen Nationaldemokraten als auch die Sozialdemokraten verurteilten die ukrainische Aktion in Ostgalizien. Die Sozialdemokraten erkannten den Ukrainern zwar das Recht auf Selbstbestimmung im östlichen Teil Ostgaliziens zu, sprachen sich jedoch entschieden für die Zugehörigkeit des Rohölgebiets und Lembergs zu Polen aus. Noch weiter ging die nationaldemokratische Presse, die in der ukrainischen Aktion eine Aggression gegen den „polnischen Besitzstand“ und einen „barbarischen Anschlag auf die zivilisatorische Leistung vieler Generationen von Polen“ sah. Den Ukrainern wurden die Fähigkeiten zur Staatsbildung abgesprochen.

Alle Tätigkeiten verschiedener polnischer Zentren im Lande und im Ausland vollzogen sich zunächst unkoordiniert. Der Warschauer Regentschaftsrat ernannte am 4. November den Divisionsgeneral Graf Stanisław Szeptycki, den Bruder des griechisch-katholischen Metropoliten, zum Befehlshaber aller polnischen Streitkräfte auf dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Teilungsgebiet und dem unter polnischer Kontrolle befindlichen Teil Galiziens. Mit der Entsendung des Entsatzes für Lemberg war General Tadeusz Rozwadowski befaßt, der in den ukrainischen Aktivitäten Anfang November nicht nur einen Ausdruck nationaler, sondern vor allem sozialer Bestrebungen sah. Die Pazifizierung der Dörfer bildete aus seiner Sicht einen Teil der geplanten Militäraktion, die den Charakter einer Strafexpedition erhalten sollte. Die Proklamation der provisorischen Volksregierung in Lublin am 7. November entzog dem in der Bildung begriffenen Warschauer Generalstab die Mehrzahl der polnischen Einheiten auf dem ehemaligen österreichischen Okkupationsgebiet. Damit bestanden Anfang November 1918 drei Machtzentren des polnischen Staates in Warschau, Krakau und Lublin; Einheiten, die dem innerhalb der Lubliner Regierung für militärische Angelegenheiten zuständigen Oberst Śmigły-Rydz und in Krakau General Roja unterstanden, waren schwach. Hinzu kamen weitere Probleme. Die gesellschaftlichen Stimmungen innerhalb der vorwiegend auf der Basis österreichischer Einheiten organisierten militärischen Abteilungen radikalisierten sich. Es erschien unsicher, wie sich die in Kongreßpolen stationierten und die noch in der Ukraine befindlichen deutschen Streitkräfte verhalten würden.

Gleichzeitig versuchten einzelne polnische Politiker, die Entente zu einer Intervention in der Lembergfrage zu bewegen. Michał Sokolnicki traf sich am 3. November 1918 in Odesa mit dem französischen Oberst Villaime, der mit einer Polin

---

<sup>40</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 126-128.

<sup>41</sup> Vgl. ebenda, S. 123. Zum folgenden ebenda, S. 123-126.

verheiratet war und als Verbindungsoffizier mit der POW fungierte. Sokolnicki versuchte in Jassy den Leiter des lokalen Aufklärungsdienstes Kapitän Emile Henot zu einem politischen, nicht aber militärischen Eingreifen zu bewegen, weil er den zunehmenden Einfluß des nationaldemokratisch dominierten polnischen Nationalkomitees in Paris auf Polen fürchtete. Sokolnicki erlangte die Zustimmung zur Mitnahme von Villaime nach Lemberg, von dessen Anwesenheit in der galizischen Hauptstadt er sich zweierlei versprach: Erstens sollten die Ukrainer der polnischen Bevölkerung Lembergs mehr entgegenkommen, zweitens die Autorität lokaler Stadtbehörden gestärkt werden. Das Nationalkomitee war bestrebt, den polnischen Anspruch auf das gesamte ehemalige österreichisch-ungarische Teilungsgebiet unter Einschluß Ostgaliziens zu verteidigen. Als Vertreter der PKL begaben sich die nationaldemokratischen Politiker Stanisław Grabski und Władysław Konopczyński von Krakau aus zum Belgrader Quartier des französischen Generals Frenchet d'Esperey, der ihr Ersuchen, eine Entente-Kommission nach Lemberg zu entsenden und einen Waffenstillstand zu initiieren, jedoch zurückwies. Unter Hinweis auf die nur geringe Zahl der ihm unterstehenden Kräfte lehnte er die weitergehende Forderung ab, Lemberg, Stanislaw, Stryj und Boryslav durch Streitkräfte der Entente zu besetzen.

Erst die Entstehung führender und von der polnischen Gesellschaft des vormaligen russischen und österreichischen Teilungsgebiets anerkannter Staatsinstitutionen durch Piłsudski, der als Oberbefehlshaber und provisorischer Staatschef fungierte, ermöglichte es, die Bestrebungen in Richtung eines Entsatzes für Lemberg zu koordinieren. Mit Unterstützung der Linken erlangte Piłsudski die Möglichkeit, eigene politische Konzeptionen zu realisieren. Gegenüber den Ukrainern befand Piłsudski sich in einer schwierigen Situation, da er einerseits die Unterstützung der ostukrainischen, gegen Rußland gerichteten Staatsgründung als im polnischen Interesse gelegen betrachtete. Andererseits konnte er jedoch die Bedeutung Lembergs als einer auch aus seiner Sicht polnischen Stadt, an deren Schicksal ein breites gesellschaftliches Interesse bestand, ebenso wenig ignorieren, wie den wirtschaftlichen Stellenwert des Rohölgebiets. Witos erlangte den Eindruck, daß er gegen den Krieg mit der Ukraine eingestellt sei.<sup>42</sup> In einem Brief an Roja vom 18. November negierte Piłsudski das Recht der ostgalizischen Ukrainer auf die Bildung eines eigenen Staates nicht, wollte aber dennoch 2.000 Soldaten aus der Krakauer Garnison nach Osten verlagern, um die Verbindung mit Lemberg herzustellen. Unklare Instruktionen erhielt gleichfalls der in Przemyśl befindliche Oberstleutnant Michał Karaszewicz-Tokarzewski, dem die Entscheidung über Umfang und Zeitpunkt eines Militärschlags in Richtung Lemberg überlassen wurde. Karaszewicz-Tokarzewski, der über 1350 Soldaten verfügte, entsandte daraufhin am 19. November über die Eisenbahnlinie Przemyśl-Lemberg den Entsatz in Richtung der ehema-

---

<sup>42</sup> Witos schilderte seinen Eindruck von einer Audienz bei Piłsudski am 13. November folgendermaßen: „Es zeigte sich, daß das östliche Klempolen für Piłsudski zu dieser Zeit ein ruthenisches Land war, mit dem wir uns nicht befassen sollten. Er empfing uns leichtfertig und sprach sehr unwillig, wobei er vollkommen ungerechtfertigt und sogar unerhebliche Hindernisse vorbrachte. Später änderte er seine Ansicht (Ders., *Moje Wspomnienia*, Bd. II, S. 192)“. Witos' Position war eindeutig: Die Machtübernahme der Ukrainer bezeichnete er als „Rebellion“, ihre Herrschaftsweise als „Anarchie“.

ligen galizischen Hauptstadt.<sup>43</sup> Roja selbst kritisierte die entschieden nationalistische Position, die von der Mehrheit der Polen und Ukrainer eingenommen wurde, ungeachtet von Stand, Klasse oder Parteizugehörigkeit.<sup>44</sup>

Pilsudski wollte offenbar vermeiden, daß die polnisch-westukrainische Auseinandersetzung sich in einen Krieg umwandelte. Durch ein Fortdauern der polnisch-ukrainischen Auseinandersetzung um Ostgalizien sah er die von ihm selbst erhoffte polnisch-ukrainische Verständigung gegen Rußland als gefährdet an. Er entsandte bereits im November 1918 eine Militärgesandtschaft nach Kyjiv, die neben vielen anderen Aufgaben auch sondieren sollte, unter welchen Bedingungen ein Bündnis mit der UNR abgeschlossen werden könne. Zunächst sollten die Ukrainer aus Lemberg und Umgebung herausgedrängt werden. Weitergehende Erwartungen der galizisch-polnischen Politiker, hauptsächlich der Nationaldemokraten, konnten so nicht zufriedengestellt werden.<sup>45</sup>

Der Fall Przemysls entschied den ukrainisch-polnischen Krieg um Ostgalizien zugunsten der Polen.<sup>46</sup> Die schwierige und für den Fall, daß der Gegner seine Kräfte weiter verstärkte, sogar kritische Lage der ukrainischen Streitkräfte in Lemberg stand im Mittelpunkt eines Berichts, den der Oberkommandierende Stefaniv am 12. November dem Staatssekretariat erstattete. Nach dem Fall von Przemysl war auch Mostyska von polnischen Truppen eingenommen worden. Stefaniv sah nunmehr die Hauptstadt als unmittelbar bedroht an, da ein ausreichender militärischer Nachschub aus dem Umland ausblieb. Neben dem Verfall der Kampfkraft seiner Truppen befürchtete Stefaniv, daß Hungerrevolten ausbrechen könnten, weil die Approvisionnement der Stadt aufgrund des feindlichen Artilleriebeschusses gefährdet war. Stefaniv verlangte von Kost' Levyc'kyj wiederholt, daß die Regierung die Stadt verlassen solle, damit sie von den ukrainischen Truppen leichter verteidigt werden könne.<sup>47</sup> Für Levyc'kyj kam dies aber einem Verzicht auf die ukrainische Staatlichkeit gleich. Dennoch scheint es, daß die Auseinandersetzungen in der ehemaligen Kronlandshauptstadt Lemberg eher als lokal begrenzter Konflikt denn als Kriegsbeginn wahrgenommen wurden. Im Mittelpunkt von Situationsberichten stand auf der Sitzung der UNRada vom 16. November Przemysl, „die größte Grenzstadt der Republik“, deren Besitzwechsel mit Sorge betrachtet wurde.<sup>48</sup>

Neben militärischen und mit der Machtübernahme verbundenen Fragen mußten weitergehende Entscheidungen über den Aufbau und die Organisation des eigenen Staates bewältigt werden. Zur Entlastung der UNRada bildete man schließ-

<sup>43</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 130-135.

<sup>44</sup> Nach der Entsetzung Lembergs sollte nach Ansicht Rojas auf der Grundlage gemeinsamer ukrainisch-polnischer Verwaltungen eine Übereinkunft mit den Ukrainern gesucht werden. Die Zukunft eines mit einer breiten, auch für Karpatho-Ruthenen und Ostukrainer attraktiven Autonomie ausgestatteten Ostgalizien sah er im polnischen Staatsverband. Auf den Wellen der Demagogie von „Patrioten des Wortes“ sei eine Hypnose auf den Punkt „Lemberg schlägt sich“ und „Krakau zögert mit dem Entsatz“ durch das Land gegangen. Vgl. Bolesław Roja, *Legendy i fakty*, Warszawa 1931, S. 83f, 110f, 155, 161 und passim.

<sup>45</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 130-132.

<sup>46</sup> So etwa Kučabs'kyj, dem zufolge der Fall der San-Linie „den polnischen Kolonialkrieg in der Ukraine“ einleitete. Vgl. Kutschabsky, *Westukraine*, S. 64.

<sup>47</sup> Hnat Stefaniv, *Za L'viv*, in: *Ukrajins'kyj Skytalec'* 1923, Nrn. 21-22 (43-44), S. 8-12, S. 9.

<sup>48</sup> Vgl. *Ukrajins'ka Nacional'na Rada. L'viv*, 16. Padolysta, in: *Dilo*, Nr. 264, 17.11.1918.

lich als ihr Exekutivorgan am 9. November den Rat der Staatssekretäre, der sich mit den laufenden Aufgaben befassen sollte.<sup>49</sup> In dem am 13. November von der UNRada verabschiedeten provisorischen Grundgesetz gab sich der westukrainische Staat seine Rechtsgrundlage. Im Ersten Artikel wurde festgelegt, daß der gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker von der UNRada am 19. Oktober 1918 aus den überwiegend von Ukrainern besiedelten Gebieten der Habsburgermonarchie proklamierte Staat die Bezeichnung „Westukrainische Volksrepublik“ haben sollte. Artikel II konkretisierte das eigene Staatsgebiet als den ukrainischen Teil der ehemaligen Kronländer Galizien und Wolodymerien sowie der Bukowina, ohne jedoch einen genauen Grenzverlauf zu beschreiben. Die eigentliche Souveränitätserklärung wurde in Artikel III vollzogen: „Dieses Staatsgebiet bildet die eigenständige Westukrainische Volksrepublik“. Die Einführung des demokratischen Wahlrechts, neben dem Postulat der Kronlandsteilung das vielleicht bedeutendste politische Ziel ukrainischer Parteien zur Zeit der Habsburgermonarchie, regelte Artikel IV, erweitert um das proportionale Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts. Bis zur Bildung der Konstituante übten die UNRada und das Staatssekretariat die ganze Gewalt aus.<sup>50</sup>

Die ukrainische Bevölkerungsstruktur wies eine stark agrarische Prägung auf. Lozyns'kyj bezeichnete den eigenen Staat als „Bauernstaat“, dessen erste und wichtigste Aufgabe eine grundlegende Agrarreform zugunsten der Bauernschaft bilde. Weiter sollten Gewerbe und Handel entwickelt werden, deren Schöpfer und Träger nach Ansicht des sozialistisch orientierten Lozyns'kyj nur der Arbeiter sein konnte. Abschließend stellte er voller Pathos fest, daß die ruhmreiche ukrainische Armee hart und unerschütterlich, „als Knochen vom Knochen und Blut vom Blute des Volkes“, die Ukrainische Volksrepublik errichte.<sup>51</sup> Ungeachtet der Kämpfe um Lemberg zwischen Ukrainern und Polen erklärte Kost' Levyč'kyj, daß in der Vergangenheit Staaten auf Eroberung, später auf Dynastien gegründet worden seien. Für die Entstehung des westukrainischen Staates hingegen sah er das in der ganzen Welt anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker als ursächlich an.<sup>52</sup> Dies verweist erneut darauf, welche zentrale Bedeutung rechtliche Kategorien im Denken der stark vom österreichischen Parlamentarismus geprägten ukrainischen Politiker einnahmen.

---

<sup>49</sup> Dem Staatssekretariat stand als dessen Präsident und Staatssekretär für Finanzen Kost' Levyč'kyj vor. Weitere Staatssekretäre waren Lonhyn Cehels'kyj (Inneres), Dmytro Vitovs'kyj (Heer), Ivan Myron (Wege), Jaroslav Lytvynovyč (Handel und Gewerbe), Oleksandr Pisec'kyj (Post und Telegraphen), Oleksandr Barvins'kyj (Religion und Bildung), Sydir Holubovyč (Justiz), Stepan Baran (Landwirtschaft), Ivan Makuch (Öffentlichkeit), Antin Černec'kyj (Arbeit und Soziales), Ivan Kurovec' (Gesundheit) und Vasył' Panejko (Äußeres). Vgl. Kost' Levyč'kyj, Peršyj Deržavnyj Sekretariat u L'vovi, in: Ukrajins'kyj Skytalec' 1923, Nr. 11 (33), S. 15-19, S. 15.

<sup>50</sup> Vgl. Tymčasovyj osnovnyj zakon, abgedruckt in: Dilo, Nr. 262, 15.11.1918.

<sup>51</sup> Vgl. M[ychajlo] L[ozyns'kyj], V Narodnij Republyci, in: Dilo, Nr. 262, 15.11.1918.

<sup>52</sup> Vgl. Ukrajins'ka Nacional'na Rada. 14. November 1918, in: Dilo, Nr. 262, 15.11.1918.

### ***1.3 In Erwartung militärischer Verstärkung: Ukrainisch-polnische Verhandlungen in Lemberg***

Der 1. November 1918 bildete einen Umbruchstag in der ukrainisch-polnischen Auseinandersetzung, da erstmals in der Geschichte der ukrainischen Bewegung in Ostgalizien beide Seiten unmittelbar aufeinandertrafen. Von ihrer eigenständigen Entscheidung hing ab, wie sich ihre wechselseitigen Beziehungen zukünftig gestalten sollten. Die Verunsicherung Beider schlug sich in den Verhandlungen über eine ukrainisch-polnische Verständigung nieder.<sup>53</sup> Allein in den ersten drei Novemberwochen 1918 führten beide Seiten in Lemberg mehr Gespräche, als während des ganzen letzten Jahrzehnts in Ostgalizien. Trotzdem bilden die Versuche, den westukrainisch-polnischen Konflikt auf dem Verhandlungsweg zu beenden, den am wenigsten erforschten Aspekt der Ostgalizienproblematik.<sup>54</sup>

Anders als in der ostgalizischen Provinz wurden die Lemberger Verhandlungen wesentlich durch die bewaffneten Auseinandersetzungen bestimmt. Noch am ersten Tag der ukrainischen Machtübernahme trat der Landesauschuß unter Vorsitz von Marschall Stanisław Niezabitowski mit einer eigene Gesprächsinitiative auf. Die im Westteil stattfindenden Gefechte riefen unter älteren Bewohnern Lembergs, konservativen Politikern und Notabeln Befürchtungen über eine mögliche Zerstörung der Stadt hervor. Unter eben diesen Leuten, die das Bestehen des polnischen Oberkommandos und der ihm unterstehenden Einheiten als ein ihre Verhandlungsposition stärkendes Element begrüßten, gab es Versuche, für Lemberg einen speziellen, auf der Neutralität im ukrainisch-polnischen Konflikt beruhenden Status zu erreichen.<sup>55</sup> Angesichts der konträren Ansichten von Westukrainern und Polen in Bezug auf Lemberg, in dem die Ersteren die Hauptstadt des eigenen Staates, die Letzteren hingegen eine urpolnische Stadt sahen, besaßen Schritte in Richtung einer Neutralisierung der vormaligen Kronlandszentrale jedoch nur wenig Erfolgsaussichten.

Interessant ist die Auffassung des ukrainischen Nationaldemokraten Cehels'kyj, dem zufolge die Gegner der Ukrainer in Ostgalizien nicht die Großgrundbesitzer, sondern in erster Linie polnische städtische Elemente demokratischer und sozialistischer Provenienz bildeten. Seiner Ansicht nach war es sogar möglich, Teile des polnischen Adels, der in einem republikanischen Polen gegenüber Sozialisten und Demokraten nur eine untergeordnete Bedeutung besäße, in den ukrainischen Staat zu integrieren.<sup>56</sup> Cehels'kyj vernachlässigt allerdings den Zusammenhang von

---

<sup>53</sup> Vgl. Baczyński, *Akcja Ukraińców galicyjskich*. AAN, KOD, sygn. 56, S. 143.

<sup>54</sup> Vgl. Mrocza, *Spór o Galicję Wschodnią*, S. 115. Ebenda: „Es ist interessant, daß die ideellen Erben des nationalen Rechts beider Seiten weiterhin auf dem Standpunkt stehen, daß dieser Konflikt noch keine ihn für historische Forschungen geeignet machenden Eigenschaften gewonnen habe.“

<sup>55</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 88.

<sup>56</sup> Vgl. Cehels'kyj, *Vid legend do pravdy*, S. 58f. Graf Henrich Badeni äußerte Ende November in einem Gespräch gegenüber Cehels'kyj, daß „seine Schicht sich mit der Ukraine einläßt. Wir haben Bekanntschaften und Verwandtschaftsbeziehungen in der Welt, haben Bildung und Freundschaftskultur, haben Namen und Reichtum. Ihr habt doch kaum jemanden für den diplomatischen Dienst. Und wir sind dafür wie geschaffen. Und wir werden der Ukraine loyal dienen, weil das unser so wie Euer Staat ist, das eigene Haus“ (Ebenda, S. 93). Aus dem weiteren Gespräch folgt, daß die Grundvoraus-

sozialen und nationalen Aspekten der ukrainischen Frage in Ostgalizien, wo ukrainische Bauern insbesondere polnische Großgrundbesitzer als ihre Gegner ansahen. Ein allzu weitgehendes Eingehen auf die Interessen polnischer Konservativer hätte darum der ostgalizisch-ukrainischen Politik ihre Grundlagen genommen.

Den von Niezabitowski geforderten Rückzug der ukrainischen Einheiten aus Lemberg und die provisorische Restituierung des vor dem 1. November bestehenden staatsrechtlichen Zustands lehnte die UNRada ab. Die Ukrainer sahen die Anerkennung der am 19. Oktober 1918 proklamierten ukrainischen Staatlichkeit auf den ethnographisch überwiegend ukrainischen Territorien des ehemaligen Österreich-Ungarns durch die Polen als Vorbedingung zu einer Verständigung beider Völker an. Dagegen betonte das Mitglied des ehemaligen Kreisausschusses Stanisław Dąbrowski, daß ein normales Leben der Bewohner gewährleistet und die Explosion von Sprengmaterialien verhindert werden müsse. Mit dem Ziel, die Approvisionierung der Stadt nicht zu gefährden, kam die UNRada einer Reihe von Forderungen der Stadtverwaltung entgegen: Das Rathaus sollte an die Stadtverwaltung abgetreten und von der Armee geräumt werden, allen freien Räten und Stadtfunktionären freier Zugang gewährt und die ukrainische Nationalflagge durch das Stadtbanner ersetzt werden.<sup>57</sup> Letzteres wie auch der Gebrauch des Telefons innerhalb des Magistrats sollten gestattet werden, Straßenbahnen jedoch zunächst nicht verkehren dürfen. Weitergehende Zugeständnisse wie den freien Zugang sowohl der Beamten als auch des Publikums zum Rathaus lehnte Vytovs'kyj ab.<sup>58</sup>

Aus Sicht von Politikern der UNRada kam diesen Gesprächen große politische Bedeutung zu, da eine etwaige Anerkennung der ukrainischen Herrschaft durch den Landesausschuß einen politischen Trumpf der Ukrainer vor der Entente und den Vereinigten Staaten hätte bilden können.<sup>59</sup> Während es zumindest unsicher schien, wie eine etwaige Verständigung des Landesausschusses mit den ukrainischen Behörden in ohnehin skeptischen polnischen Kreisen aufgenommen worden wäre,<sup>60</sup> war die Ablehnung durch das polnische Oberkommando unter Maćczyński sicher. Westukrainische Politiker waren zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, weil sie in dem polnischen Aufstand in Lemberg ein Ereignis von rein lokaler Bedeutung sahen;<sup>61</sup> sie verkannten, welche Symbolkraft der polnische Aufstand in Lemberg für weite Kreise des Polentums über Galizien hinaus in der Folgezeit erlangen sollte.

Die Verhandlungen wurden am 2. November in erweitertem Kreis fortgesetzt. Zu den Partizipanten der Gespräche zählten auf ukrainischer Seite unter anderem Ivan Kyveljuk, Kost' Levyc'kyj, Metropolit Šeptyc'kyj und weitere Mitglieder der UNRada, auf polnischer Seite mehrheitlich mit der PKN verbundene Angehöri-

---

setzung für die Gewinnung des konservativen polnischen Adels in Ostgalizien eine weitgehende Verschonung des Gutsbesitzerlandes bei der Agrarreform gewesen wäre. Vgl. ebenda, S. 90-94.

<sup>57</sup> Vgl. Władysław Stęśłowicz, Relacja z czasu walk listopadowych o Lwów, in: Obrona Lwowa, Bd. 2, S. 421-448, S. 439.

<sup>58</sup> Vgl. Ukrajins'ka Nacional'na Rada. L'viv, 2. padolysta, in: Dilo, Nr. 251, 3.11.1918.

<sup>59</sup> Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 57.

<sup>60</sup> Vgl. Stęśłowicz, Relacja, S. 442, der die Aufnahme von Gesprächen durch Niezabitowski mit dem Streben nach einer provisorischen Regelung der polnisch-ukrainischen Beziehungen rechtfertigte.

<sup>61</sup> Vgl. Kutschabsky, Westukraine, S. 54.

ge des Präsidiums der Stadtverwaltung sowie polnische Landtagsabgeordnete; außerdem beteiligten sich mit Mączyński und Vitovs'kyj die militärischen Führer beider Seiten. Die ukrainischen Delegierten beriefen sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober 1918. Den Rückzug ihrer Einheiten und weitere Zugeständnisse machten sie davon abhängig, ob die polnische Seite ihren Widerstand aufgeben und den ukrainischen Staat auf den vormals österreichisch-ungarischen Territorien anerkennen würde. Dagegen wollte die polnische Delegation diese Fragen von der ukrainischen und polnischen Regierung oder aber von einer allgemeinen Friedenskonferenz entschieden sehen. Zwar erwies sich ein Kompromiß als unmöglich. Die Erfolge der polnischen Abteilungen und die angesichts von Desertion und dem Ausbleiben von Verstärkung schwierige militärische Lage der ukrainischen Truppen veranlaßten die ukrainischen Politiker aber, zumindest teilweise auf die polnischen Forderungen einzugehen.<sup>62</sup>

Ukrainer und Polen bildeten ein paritätisch besetztes ukrainisch-polnisches „Sicherheitskomitee“ (Komitet Bezpieczeństwa) mit Cehels'kyj, Fedak, Lozyns'kyj, Antin Černec'kyj, Leżohubs'kyj und Roman Perfec'kyj auf ukrainischer und Stesłowicz, Stanisław Dąbski, Ernest Adam, Filip Schleicher, Antoni Jurasz und Leonard Stahl auf polnischer Seite. Beide Kommandos erhielten den Befehl, das Feuer vom 2. November um 17 Uhr bis zum 3. November zwei Uhr nachmittags einzustellen. Ein von einem breiteren Personenkreis unterzeichneter Aufruf an die Bevölkerung forderte dazu auf, alle bewaffneten Aktionen einzustellen. Es wurde mitgeteilt, daß ein gemeinsames Komitee eingerichtet worden sei, um Ruhe und Ordnung, öffentliche Sicherheit und die Versorgung der Stadt zu gewährleisten.

Eine Verlängerung des Waffenstillstands um weitere zehn Tage scheiterte aus ukrainischer Sicht daran, daß man die von der polnischen Seite geforderte Bildung einer polnischen Armee in Lemberg nicht habe annehmen können.<sup>63</sup> Sogar eher konservative Repräsentanten der Stadtverwaltung wie Stesłowicz assoziierten ein Eingehen auf die ukrainischen Forderungen mit einer völligen Kapitulation. Das Rathausgebäude blieb von ukrainischen Truppen besetzt, ohne daß dem Personal der Stadtverwaltung der Eintritt gewährt wurde. Nach den erfolglosen Verständigungsversuchen mit den Ukrainern stellte die Stadtverwaltung ihre Tätigkeit ein. Ukrainisch-polnische Unterhandlungen blieben ergebnislos, der an die Stadtbevölkerung gerichtete Aufruf erzielte nicht die beabsichtigte Wirkung.<sup>64</sup>

Gleichzeitig mit dem Ablauf der Waffenruhe stellte das paritätische Komitee seine Tätigkeit ein. Ein von den ukrainischen Komiteemitgliedern am 6. November veröffentlichter Aufruf wies die Schuld für das Blutvergießen der polnischen Bevölkerung zu, die über die Tätigkeit der UNRada nicht hinreichend orientiert sei. Zwar gebe es in Lemberg eine polnische Mehrheit, die aber nicht das politische Schicksal eines Landes mit einer überwältigenden ukrainischen Mehrheit vorent-

<sup>62</sup> Vgl. Mroccka, Spór o Galicję Wschodnią, S. 116.

<sup>63</sup> So Lozyns'kyj auf der Sitzung der UNRada am 4. November. Vgl. Ukrajins'ka Nacional'na Rada, 4. padolysta 1918, in: Dilo, Nr. 254, 7.11.1918.

<sup>64</sup> Vgl. Stesłowicz, Relacja, S. 441.

scheiden dürfe.<sup>65</sup> Am gleichen Tage wurde auf der polnischen Seite der Front das „Komitee der Sicherheit und der Verteidigung des öffentlichen Gutes“ (Komitet Bezpieczeństwa i Ochrony Dobra Publicznego - KBiODP) gegründet. Mączyński sagte schriftlich die Unterordnung des polnischen Oberkommandos unter das neu gegründete Komitee zu. Hausner, dem zufolge die bewaffnete Konfrontation zwischen Ukrainern und Polen sich für die Zukunft beider Völker fatal auswirken könne, betonte die Notwendigkeit des Kampfes gegen Rußland als dem gemeinsamen Feind. Eine politische Verständigung, zu deren Erreichung sie alle Mittel ausschöpfen sollten, schätzte er jedoch offenbar eher als unwahrscheinlich ein. Notfalls sollte die Stadt „auf dem Wege des Kampfes“ errettet werden.<sup>66</sup>

Zwar bestanden nun mit PKN und KBiODP zwei Repräsentativorgane der polnischen Stadtbevölkerung sowohl im ukrainisch als auch im polnisch kontrollierten Teil Lembergs. Tätigkeitsfelder und Ziele von PKN und KBiODP waren so verschieden, daß die durch eine Vereinigung beider drohende Beeinträchtigung ihrer Aktivitäten eine bei weitem größere Gefahr bildete, als die Inkaufnahme des bestehenden „Dualismus“.<sup>67</sup> Zu den vorrangigen Aufgaben des PKN zählte es, bei den ukrainischen Behörden zugunsten der im ukrainisch besetzten Teil wohnhaften Polen, die sich Durchsuchungen ausgesetzt sahen oder des feindlichen Verhaltens gegenüber den ukrainischen Institutionen beschuldigt wurden, zu intervenieren. Außerdem sollten Kontakte zu dem unter Kontrolle der polnischen Truppen befindlichen Stadtteil und seinen Bewohnern unterhalten werden. Dagegen unterstützte das KBiODP die militärischen Aktivitäten, warb Freiwillige für den bewaffneten Kampf und beteiligte sich an Verhandlungen mit den ukrainischen Behörden. Entstehung und Tätigkeit des KBiODP waren, wie schon beim PKN, von Auseinandersetzungen zwischen Nationaldemokraten auf der einen und linken Kräften auf der anderen Seite geprägt. Erstere wollten sich im Komitee selbst und mittelbar auch im Militärkommando den entscheidenden Einfluß sichern, Letztere sahen im Komitee den Beginn zu einem Arbeiterrat als der entscheidenden Instanz. Das polnische Oberkommando wurde auf den Sitzungen des KBiODP durch de Laveaux vertreten.<sup>68</sup>

Streitpunkte bei den Verhandlungen, die vom 4. November an zwischen einer polnischen Delegation des PKN und Repräsentanten der UNRada mit Ausnahme von zwei oder drei Tagen beinahe täglich geführt wurden, bildeten, neben dem grundlegenden Problem der ukrainischen Staatlichkeit, lokale Angelegenheiten wie Militär, Miliz beziehungsweise Polizei und Gemeindeführung. Am gleichen Tag, an dem die Stadt bereits durch eine Front in zwei Teile getrennt wurde, begannen die Verhandlungen, an denen auf polnischer Seite Stahl, Klinger, Edvard Dubanowicz, zeitweise auch Stesłowicz, auf ukrainischer hingegen Lozyns'kyj, Perfec'kyj und Cehels'kyj teilnahmen, der von Sydir Holubovyč oder Lev Hankevyč vertreten wurde. Die Vertreter des im polnischen Teil der Stadt gebildeten polnischen Repräsentativorgans gingen erst am 14. November in den Bestand der pol-

---

<sup>65</sup> Vgl. Mroccka, Spór o Galicję Wschodnią, S. 115f.

<sup>66</sup> Hausner, Listopad, S. 36.

<sup>67</sup> Vgl. Hausner, Listopad, S. 36, 39-41.

<sup>68</sup> Vgl. Chlamtacz, Relacja o obronie Lwowa, S. 117f.



nischen Delegation ein: Sie erhielten von den Ukrainern Passierscheine und kehrten nach Beendigung der Gespräche auf die andere Seite der Front zurück.<sup>69</sup> Hausner verstand das Erreichen einer Waffenruhe, die sowohl den eigenen Soldaten als auch vor allem der Bevölkerung im Frontbereich zugute kam, als einzig positiven Aspekt der Verhandlungen.<sup>70</sup>

Nachdem die ukrainischen Delegierten ihre zu Anfang erhobene Forderung nach der Anerkennung der ukrainischen Staatlichkeit durch die polnische Seite bei den weiteren Verhandlungen beiseite ließen, standen konkrete Anliegen im Mittelpunkt. Dabei erwies sich die Frage der Gemeindeverwaltung als zumindest scheinbar unproblematisch, da die Ukrainer der Einsetzung eines provisorischen Stadtrats in der vormaligen Besetzung zustimmten, ergänzt um Stepan Fedak als Vizepräsidenten. Der Stadtrat sollte garantieren, daß er eine etwaige ukrainisch-polnische Übereinkunft durch eine Instrumentalisierung von Stadtverwaltung und Einrichtungen nicht gefährden würde. Stahl zufolge kam es jedoch nicht zu einer genaueren Festlegung des Punktes, da die Ukrainer die Selbstverwaltung nur für Zwecke der Versorgung abgaben, die zu gewährleisten sie selbst nicht in der Lage gewesen seien. Letztlich aber konnte der städtische Versorgungsapparat nicht funktionieren, ohne daß gleichzeitig ein dauerhafter Waffenstillstand abgeschlossen, die durch die Stadt verlaufende Frontlinie abgeschafft, der in polnischer Hand befindliche Hauptbahnhof neutralisiert und eine Einigung über die Frage der polnischen Armee erreicht würden.

Problematischer war die Frage der Miliz beziehungsweise Polizei, die neutral sein und der öffentlichen Sicherheit dienen sollte. Wie schon die Stadtverwaltung sollte auch sie nicht für nationalpolitische Zwecke genutzt werden dürfen. Während die polnische Seite eine paritätische Zusammensetzung der Miliz als einer städtischen Institution unter der Stadtverwaltung anstrebte, sahen die ukrainischen Vorstellungen 50 Prozent Ukrainer und jeweils 25 Prozent Polen und Juden vor, beziehungsweise jeweils ein Drittel mit Angehörigen jeder Nationalität. Außerdem sollte die Miliz nicht dem Stadtrat, sondern einem Bürgerkomitee unterstellt werden. Die Vorstellungen über die Zusammensetzung dieses Komitees variierten zwischen ukrainisch-polnisch und ukrainisch-polnisch-jüdisch. Als Kontroll- und übergeordnete Institution war eine jeweils zur Hälfte aus ukrainischen und polnischen Offizieren bestehende Militärmiliz unter ukrainisch-polnischem Kommando vorgesehen. Definitive Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Das Drängen auf eine Beteiligung der Juden seitens der ukrainischen Delegierten entsprang offenbar der Hoffnung, über die jüdischen Repräsentanten die polnischen Mitglieder von Miliz und Bürgerkommission majorisieren zu können.

Am schwierigsten gestalteten sich die Einigungsversuche in der Frage des Militärs. Polnische Delegierte zeigten sich besorgt um die Sicherheit der polnischen Bevölkerung und wiesen ukrainische Forderungen nach einer Auflösung der polnischen Streitkräfte oder deren Verlagerung aus der Stadt als unerfüllbar zurück.

<sup>69</sup> Gella zufolge fanden vom 1. bis 21. November 1918 etwa 12 Sitzungen statt, die teilweise bis ein Uhr nachts dauerten. Vgl. Jan Gella, *Ruski miesiąc 1.XI.-22.XI. 1918. Ilustrowanyj opis walk listopadowych we Lwowie, Lwów 1919*, S. 120 sowie AAN, KOD, sygn. 58, S. 25-30: Denkschrift von Dr. Stahl zu den polnisch-ruthenischen Verhandlungen im November (1.-20.), 20.12.1918.

<sup>70</sup> Vgl. Hausner, *Listopad*, S. 54.

Stattdessen diskutierte man über eine Aufteilung Lembergs in Regionen, in denen jeweils die ukrainische oder die polnische Armee Garnisonsdienst verrichten sollte. Ferner wurde besprochen, die Zahl der Soldaten zu begrenzen, sie zu kasernieren, ihnen bestimmte Plätze für Übungen zuzuweisen, oder aber die Anzahl beider Armeen nicht zu begrenzen, bei voller Freiheit des Einzugs und der Werbung. Im Grunde konnten die einzelnen Streitpunkte nicht voneinander getrennt werden, da etwa städtische Selbstverwaltung und Versorgung verbunden waren mit Problemfeldern wie Miliz und Militär.<sup>71</sup> Zu einer Verständigung kam es nie: Wenn eine gemeinsame Plattform erreichbar schien, scheiterten die Verhandlungen an Detailfragen und begannen erneut.<sup>72</sup>

Ebenso wie in Lemberg stand die Anerkennung der ukrainischen Staatlichkeit im Mittelpunkt von Gesprächen, die Petruševyč Mitte November in Wien mit Gałecki führte. Letzterer schlug vor, daß die Auseinandersetzung entweder von einer internationalen Friedenskonferenz oder aber einem Schiedsgericht entschieden werden sollte. Bis zu dieser Zeit sollten paritätisch besetzte Komitees unter einer ebenso organisierten Landeskommission die Verwaltung ausüben. Nach Ansicht von Petruševyč konnte die Zugehörigkeit Ostgaliziens zum ukrainischen Staat keiner Diskussion und keinem Schiedsrichter unterliegen. Er hielt es nur für denkbar, der polnischen Minderheit entgegenzukommen und ihr etwa zwei von neun Ministerposten der Regierung einzuräumen, jeder Nation die volle Verfügungsgewalt über ihre Einkünfte zu überlassen, gesonderte Schulräte für Polen und Juden zu ernennen und Lemberg mit einer weitreichenden Autonomie auszustatten. Gleichzeitig wurde dieses Angebot jedoch durch die Feststellung nivelliert, daß die ostgalizischen Ukrainer die Absicht zum Anschluß an den ostukrainischen Staat hegten und sich einer für sie unvorteilhaften Entscheidung der Entente nicht unterordnen würden.<sup>73</sup>

Das PKN legte als Verhandlungsgrundlage ein Projekt vor, dessen Ablehnung durch die ukrainische Seite vorherzusehen war: Die Armeen beider Seiten sollten in bestimmten Kasernen und Gebäuden untergebracht werden. Für die Stadt war die Einführung der Gemeindeselbstverwaltung, erweitert um die ausschließliche Polizeigewalt, vorgesehen. Oberste städtische Behörde sollte das um einen ukrainischen Vizepräsidenten ergänzte Stadtpräsidium sein, unter Zuhilfenahme einer aus Polen und Ukrainern paritätisch besetzten Kommission sowie einer entsprechend einem Nationalitätenschlüssel gebildeten Miliz. Der Einsatz von Militär war nur zur Niederschlagung größerer Unruhen vorgesehen. Die erzielte Übereinkunft sollte nur bis zur definitiven Regelung des polnisch-ukrainischen Konflikts durch die Friedenskonferenz Bestand haben. Nicht nur das polnisch-ukrainische Verhältnis in Lemberg, sondern das Zusammenleben beider Völker in Ostgalizien insgesamt sollte geordnet werden. Die Forderung nach der Einrichtung gemischter Kommissionen in Kreisen mit starker ethnischer Mischung schien für die ukrainische Seite tragbar. Dagegen kam die Bildung einer aus jeweils sechs polnischen

---

<sup>71</sup> Vgl. Denkschrift von Leonard Stahl zu den polnisch-ruthenischen Verhandlungen im November (1.-20.), 20.12.1918. AAN, KOD, sygn. 58, S. 25-30.

<sup>72</sup> Stesłowicz, Relacja, S. 444f.

<sup>73</sup> Vgl. Mroccka, Spór o Galicję Wschodnią, S. 118.

und sechs ukrainischen Repräsentanten zusammengesetzten obersten Regierungskommission, als deren Sitz Lemberg vorgesehen war und der sowohl autonome als auch staatliche Behörden in der Provinz unterstellt werden sollten,<sup>74</sup> einer Rücknahme der ukrainischen Machtübernahme im überwiegenden Teil Ostgaliziens gleich.

Zwar gab es in polnischen Zivilorganisationen Einzelne, die eine Beendigung der Kämpfe anstrebten, aber „nicht auf Kosten der polnischen Staatsraison oder der Ehrabschneidung des polnischen Namens“.<sup>75</sup> Das PKN geriet in diesem Zusammenhang in den Verdacht, Übereinkunftsprojekte wegen fehlenden Glaubens an den militärischen Erfolg der eigenen Sache in den Mittelpunkt der eigenen Tätigkeit zu stellen. Ebenfalls zu weitgehenden Zugeständnissen bereit schienen die Ukrainer, da jeder Vertrag gegenüber der Pariser Friedenskonferenz unschätzbaren Wert besaß, der die Anerkennung der ukrainischen Souveränität über Lemberg beinhaltete. Das polnische Oberkommando maß politischen Gesprächen allein taktische Bedeutung bei: Neben der Täuschung des Gegners stand die Regenerierung der eigenen Truppen bis zum Eintreffen des aus Krakau erwarteten Entsatzes im Vordergrund. Insbesondere die dreitägige Waffenruhe vom 17. bis 20. November diente der Vorbereitung auf den entscheidenden Angriff.

Villaime, der nach seiner Ankunft als Vertreter der Entente eine weitreichende Vermittlungstätigkeit begann und unter anderem Gespräche mit dem ukrainischen Oberkommando und dem griechisch-katholischen Metropoliten Šeptyc'kyj führte, gefährdete die militärischen Absichten der Polen, die für den nächsten Tag Entsatz erwarteten und darum die Waffenruhe schnellstmöglich beenden wollten. Mit seinem selbstherrlichen Auftreten brüskierte Villaime Ukrainer und Polen gleichermaßen.<sup>76</sup> De Laveaux vermerkt in seinen Erinnerungen, den Inhalt von Projekten zu einer ukrainisch-polnischen Verständigung niemals ernst genommen zu haben. Zwar sei Mitte November während der aus polnischer Sicht schwersten militärischen Situation ein Entwurf zu einer politischen Verständigung formuliert worden, in der Praxis jedoch alles am Widerspruch des polnischen Oberkommandos gescheitert, das die Frage der ukrainischen Staatlichkeit als Mittel zum Abbruch der Verhandlungen nutzte, wenn diese sich zeitweise als erfolgreich erwiesen. Dies gilt insbesondere für die letzte ukrainisch-polnische Konferenz, in deren Verlauf de Laveaux von der Ankunft Karaszewicz-Tokarzewskis mit dem Entsatz aus Przemysł unterrichtet wurde. Gemäß den Anweisungen Mączyńskis erweiterte er daraufhin das Verständigungsprojekt um neue Bedingungen, deren Ablehnung durch die Ukrainer zum Scheitern der Gespräche führte.<sup>77</sup> Das polnische Oberkommando

---

<sup>74</sup> Vgl. das Projekt der polnischen Delegation, dessen Inhalt Krysiak wiedergibt: Franciszek Salezy Krysiak, *Z dni grozy we Lwowie (od 1-22 listopada 1918 r.)*, Kraków 1919, S. 96-101, S. 96f.; Hausner, *Listopad*, S. 63.

<sup>75</sup> Vgl. Marcei Chlamtacz, *Na marginesie relacji prof. A. Jakubskiego*, in: *Obrona Lwowa*, Bd. 2, S. 763-779, 777.

<sup>76</sup> Vgl. Ludwik de Laveaux, *Rola POW w przygotowaniu obrony Lwowa i rokowania polsko-ukraińskie*, in: *Obrona Lwowa*, Bd. 1, S. 281-305, S. 303f. Ebenda, S. 304: „Die Rolle dieses Offiziers rief viel Verwirrung hervor, um so mehr, als sie nicht aus einem Verständnis der Lemberger Situation resultierte.“

<sup>77</sup> Vgl. ebenda, S. 301-304.

war nach dem Eintreffen der Verstärkung endgültig entschlossen, den Konflikt um Lemberg militärisch zu beenden.

Die Ukrainer wiesen das Projekt des PKN zurück und nahmen gleichfalls eine prinzipielle Haltung ein: Das Bestehen des ukrainischen Heeres, der Polizei und der Gendarmerie könnten nicht Gegenstand der Diskussion sein, wogegen die polnische Armee in begrenzter Anzahl in Kasernen interniert werden sollte. Alle Bahnhöfe sollten von den Ukrainern besetzt werden. Das ehemalige Stadtpräsidium sollte unter Hinzuziehung eines ukrainischen Vizepräsidenten die Selbstverwaltung übernehmen und eine paritätisch aus Polen, Ukrainern und Juden zusammengesetzte Miliz gebildet werden.<sup>78</sup> Die Vorstellungen beider Seiten wichen so weit voneinander ab, daß eine politische Beilegung des Konflikts um Lemberg nicht zu erreichen war. Kost' Levyč'kyj zufolge hatte Stefaniv auf einer Sitzung des Staatssekretariats vom 19. und 20. November 1918 versichert, daß er die Stadt ohne Verstärkung für weitere zwei oder drei Wochen halten könne. Wenn in den nächsten Tagen die notwendige militärische Unterstützung aus dem Lande einträte, dann könne er innerhalb von zwei oder drei Tagen Lemberg von der polnischen Kampftruppe säubern. Auf diese Zusage hin und in der Überzeugung, daß aus der ostgalizischen Provinz militärische Unterstützung eintreffen würde, beschloß das Staatssekretariat einstimmig, „daß unsere Delegierten bei den Verhandlungen mit den Polen klar und deutlich auf den vorherigen Bedingungen bestehen sollen“.<sup>79</sup> Vor dem französischen Offizier Villaine, einem Mitglied der französischen Botschaft in Bukarest und damit einem Vertreter der Entente, von der die Westukrainer sich eine Anerkennung der eigenen Staatlichkeit erwarteten, mußte eine Diskussion mit polnischen Delegierten über Attribute jeder souveränen Staatsgewalt wie Polizei, Gendarmerie und Armee vermieden werden.<sup>80</sup>

Der persönlich stark antiukrainisch eingestellte Posener Publizist Krysiak beurteilte im Rückblick das Scheitern der Lemberger Gespräche als positiv, da an ihre Stelle in der Folge das „Argument der Stärke“ getreten sei.<sup>81</sup> Einem von Krysiak abgedruckten Protokoll der Diskussion zwischen Vertretern beider Seiten vom 20. November zufolge soll Lozyns'kyj geäußert haben, daß die Ukrainer polnische Regierungen ablehnten und nicht bereit seien, auf die Entscheidung der Friedenskonferenz zu warten. Auch in einer Übergangszeit akzeptierten sie keine provisorische Gewalt über sich. Eine Erweiterung der ukrainisch-polnischen Übereinkunft für Lemberg auf das ganze Ostgalizien lehnte Lozyns'kyj ab. Sowohl Perfec'kyj als auch Lev Hankevyč stellten unter Berufung auf das Manifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen die Legitimität ihrer Herrschaft in den Vordergrund. Villaine soll den Ausführungen der ukrainischen

---

<sup>78</sup> Vgl. Krysiak, *Z dni grozy*, S. 98.

<sup>79</sup> Vgl. Levyč'kyj, *Peršyj deržavnyj sekretarijat*, S. 17.

<sup>80</sup> Stahl wirft die Frage auf, „ob die ukrainischen Delegierten aufgrund gerade seiner [Villaines, T.W.] Anwesenheit, oder auch in der Hoffnung auf Verstärkungen aus der Ukraine einen unnachgiebigen Standpunkt einnahmen, indem sie einfach erklärten, daß über Polizei, Gendarmerie und Armee nicht diskutiert werden könne, weil dies Attribute der souveränen Staatsgewalt seien, worauf die Polen darum keine Ansprüche besäßen oder besitzen könnten.“ *Denkschrift von Dr. Stahl zu den polnisch-ruthenischen Verhandlungen im November (1.-20.), 20.12.1918. AAN, KOD, sygn. 58, s. 29.*

<sup>81</sup> Vgl. Krysiak, *Z dni grozy*, S. 101f.

Delegierten entgegengehalten haben, daß die alleinige Entscheidungskompetenz in der Ostgalizienfrage bei der Friedenskonferenz liege. Rechtsstaatliche Akte der Mittelmächte nach Beginn des Ersten Weltkriegs bildeten nicht mehr als „un chiffon de papier“.<sup>82</sup> Lozyns'kyj bezeichnete Villaime als polnischen Agenten.<sup>83</sup>

Hausner zufolge ließen die Ukrainer, sobald sie über die nötigen Kräfte verfügten, einen solchen Trumpf wie die Eroberung Lembergs nicht mehr aus den Händen.<sup>84</sup> Auf der anderen Seite war es nicht nur für polnische Nationaldemokraten, sondern auch für Sozialdemokraten undenkbar, daß die ehemalige Kronlandszentrale die Hauptstadt eines westukrainischen Staates bilden sollte. Die Nationaldemokraten wollten das ungeteilte Galizien an Polen angegliedert sehen, wogegen die Sozialdemokraten allenfalls zu einer Teilung Ostgaliziens bereit waren. Eine etwaige Abtretung Lembergs oder des Rohölgebiets Drohobyč-Boryslav dagegen an die Westukrainer stand auch für sie nicht zur Diskussion. Die Position nationalpolnischer Kräfte wurde vom polnischen Oberkommando unterstützt, das nach der Ankunft Karaszewicz-Tokarzewskis in Lemberg zu einer militärischen Lösung entschlossen war und ein Scheitern der ukrainisch-polnischen Verhandlungen in Lemberg unmittelbar herbeiführte.

Eine definitive Beurteilung der fast dreiwöchigen Gespräche zwischen Ukrainern und Polen in Lemberg fällt schwer. In Lemberg als dem Sitz der Provinzialherrschaft waren die Gespräche über eine Einigung zwischen Ukrainern und Polen stärker als in der ostgalizischen Provinz mit der Frage verbunden, wie die Ostgalizienfrage insgesamt geregelt würde. Es scheint aber, daß nach Ablauf einer Zeit anfänglicher Verunsicherung sich die Standpunkte beider Seiten verfestigten. Cehels'kyj meinte, daß es ihnen aus Unsicherheit einzig um zeitlichen Aufschub gegangen sei: „Wir waren zu schwach, um die Polen aus Lemberg herauszuwerfen, und sie zu schwach, um uns herauszuwerfen.“<sup>85</sup> Auf beiden Seiten dominierten stark national geprägte Gruppierungen, die allein eine militärische Lösung des Konflikts für denkbar erachteten. In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß sowohl ukrainische als auch polnische Sozialdemokraten in Ostgalizien dieser Entwicklung unterlagen. Nicht zufällig zeigten Mitglieder der PPS in der Ostgalizienfrage ukrainischen Forderungen gegenüber deutlich mehr Entgegenkommen als ihre ostgalizischen Parteigenossen.<sup>86</sup>

---

<sup>82</sup> Abgedruckt in: Krysiak, *Z dni grozy*, S. 98-101. Siehe dazu die Entgegnung eines sozialdemokratischen Mitglieds der ukrainischen Delegation vom 20.11.: Lev Hankevyč, *Ostannja pol's'ko-ukrajins'ka konferencija*, in: *Vpered*, Nr. 59, 11.2.1919. Hankevyč stellte in einer Reaktion auf das Erscheinen von Krysiaks Buch zu den Lemberger Ereignissen fest, daß das dort publizierte Protokoll ein Falsifikat des Autors sei. Zwar habe Stahl die Redner notiert, aber ein offizielles Protokoll sei, ebenso wie im gesamten Zeitraum der Gespräche, nicht geführt worden. Eine gewisse Authentizität erkannte aber auch Hankevyč an, der in dem vermeintlichen Protokoll das nachträgliche Gedächtnisprotokoll eines Konferenzteilnehmers vermutete.

<sup>83</sup> Vgl. Mychajlo Lozyns'kyj, *Halyčyna na myrovij konferenciji v Paryži, Kaminec'[-Podils'kyj] 1919*, S. 8.

<sup>84</sup> Vgl. Hausner, S. 63-65.

<sup>85</sup> Cehels'kyj, *Vid legend do pravdy*, S. 69. Die Richtigkeit der Einschätzung Cehels'kyjs unterstreicht Lytvyn. Vgl. Lytvyn, *Ukrajins'ko-pol's'ka vjina*, S. 55.

<sup>86</sup> Vgl. Koko, *Wolni z wolnymi*, S. 17, 159, passim.

Ebenso wie innerhalb der Sozialdemokratie beider Nationen zeichneten sich unter dem hohen Klerus in Ostgalizien Bestrebungen zu einer friedlichen Lösung des Ostgalizienkonflikts ab. Zwischen dem römisch-katholischen Erzbischof Bilczewski und dem griechisch-katholischen Metropoliten Šeptyc'kyj als ranghöchsten Vertretern beider Kirchen in Lemberg kam es infolge der Novemberkämpfe zu einer regen Korrespondenz, die Bilczewski mit einem Brief vom 6. November eröffnete. Dabei verurteilte er die Art, in der die Ukrainer die Kämpfe führten, als Verstoß gegen „humanitäre Grundsätze und internationale Gepflogenheiten“.<sup>87</sup> Beide forderten auf die Bitte des anderen hin wiederholt das eigene Oberkommando zu Mäßigung auf, neigten aber insgesamt dazu, das Vorgehen der eigenen Seite zu rechtfertigen beziehungsweise zu relativieren. Šeptyc'kyj etwa bezeichnete die von Bilczewski beklagten Verstöße als „natürliche Konsequenzen dieses unglückseligen Hauskrieges“. Beide waren jedoch einig in dem Streben, die Kämpfe beenden und ein Umsichgreifen der Anarchie vermeiden zu wollen.<sup>88</sup> Für die bedrohte Versorgungslage der Stadt machte Bilczewski die Ukrainer verantwortlich, die zwar die Herrschaft übernommen hatten, aber nicht den ganzen für die Aufrechterhaltung eines normalen Lebens nötigen Verwaltungsapparat in Händen hielten. Šeptyc'kyj bat Bilczewski am 12. November, daß dieser für den Fall eines ukrainischen Waffenstillstandsvorschlags auf das polnische Oberkommando einwirken solle.<sup>89</sup>

Bilczewski wandte sich gegen die ukrainisch-polnische Auseinandersetzung als „brudermordenden Kampf“<sup>90</sup>, für dessen Fortsetzung UNRada und ukrainisches Oberkommando die Schuld trügen. Insbesondere Bilczewski, dem zufolge UNRada und ukrainisches Oberkommando unannehmbare Bedingungen stellten, indem sie selbst außerstande seien, den „um sich greifenden Terror“ zu beherrschen, aber eine Entwaffnung der polnischen Bevölkerung forderten,<sup>91</sup> tendierte zu einer Identifikation mit nationalpolnischen Positionen. Dabei griff er Šeptyc'kyj in einem weiteren Brief vom 15. November an, indem er dessen erfolglose Vermittlungstätigkeit beklagte.<sup>92</sup>

Šeptyc'kyj seinerseits antwortete, daß die Verhandlungen bis zum 15. des Monats gut vorangeschritten seien, so daß eine Einigung kurz bevorzustehen schien. Gleichsam als Rechtfertigung äußerte der Metropolitan, daß er sich mit der Stadt nur unzureichend verteidigen könne und übermittelte Bilczewski ukrainische Anschuldigungen, denen zufolge die polnischen Legionäre die Gespräche durch das Vorbringen immer neuer Forderungen zu verzögern suchten.<sup>93</sup> Der Ein-

---

<sup>87</sup> Vgl. Nieznana korespondencja arcybiskupów lwowskich Józefa Bilczewskiego z Andrzejem Szepcyckim w czasie wojny polsko-ukraińskiej 1918-1919 (Biblioteka historyczna archiwum metropolii lwowskiej obrządku łacińskiego w Krakowie, seria A: Źródła i materiały, Bd. 2), redaktor naukowy Józef Wołczański, Lwów, Kraków 1997, S. 40f.

<sup>88</sup> Šeptyc'kyj an Bilczewski. Lemberg, den 7. November 1918, in: Nieznana korespondencja, S. 44f.

<sup>89</sup> Vgl. Nieznana korespondencja, S. 55.

<sup>90</sup> Vgl. Bilczewski an Šeptyc'kyj. Lemberg, den 8.11.1918, in: Ebenda, S. 51.

<sup>91</sup> Vgl. Bilczewski an Šeptyc'kyj. Lemberg, den 14.11.1918, in: Ebenda, S. 56.

<sup>92</sup> Die Verhandlungen, so Bilczewski, seien erneut daran gescheitert, daß die UNRada der polnischen Seite unannehmbare Forderungen stelle: „Ich sehe keine Folgen Deiner Vermittlungstätigkeit“. Vgl. ebenda, S. 58.

<sup>93</sup> Šeptyc'kyj an Bilczewski. Lemberg, den 17.11.1918, in: Ebenda, S. 61.

fluß beider KirCHFürsten war nicht so weitreichend, als daß sie eine politische Verständigung zwischen Ukrainern und Polen hätten herbeiführen können. Einen positiven Aspekt ihrer Tätigkeit bildeten jedoch die häufigen Versuche, auf eine Mäßigung der Kriegführung hinzuwirken sowie die Fürsprache für humanitäre Anliegen des Gegners bei der eigenen Armee und maßgeblichen politischen Entscheidungsträgern. Sowohl Ukrainer als auch Polen betrachteten die Auseinandersetzung als Freiheitskampf, in dem eine Niederlage gleichbedeutend schien mit der Unterwerfung unter ein fremdes Joch.<sup>94</sup> Das Scheitern der polnisch-ukrainischen Gespräche war die Konsequenz aus der Dominanz nationalpolitischer Positionen auf beiden Seiten.

#### *1.4 Die polnische Offensive*

Nach Ankunft des Entsatzes unter Karaszewicz-Tokarzewski in Lemberg am 20. November unternahm das polnische Oberkommando am Folgetag eine Offensive und erlangte im Laufe des 21. November ein deutliches Übergewicht, ohne daß jedoch die den einzelnen Abteilungen gestellten Ziele erreicht wurden. Der ukrainische Oberkommandierende Stefaniv war trotz der relativ präzisen Informationen seines Aufklärungsdienstes überzeugt, daß die Polen aufgrund des eingetroffenen Entsatzes sowohl zahlenmäßig als auch in Bezug auf die Bewaffnung ein deutliches Übergewicht besäßen. Stefaniv befürchtete eine Einschließung seiner Truppen und der Staatsbehörden, wodurch der Krieg um Ostgalizien vorentschieden worden wäre. Darum verlangte er von den Politikern das Verlassen der Stadt und stellte zu diesem Zweck seinen gesamten Automobilpark zur Verfügung. Aus eingehenden Meldungen gelangte Stefaniv offenbar zu der Überzeugung, daß er nicht nur mit der polnischen Offensive, sondern außerdem mit einem im Rücken der eigenen Armee ausbrechenden Aufstand konfrontiert war. In dieser Situation fielte er die Entscheidung zum Rückzug der ukrainischen Truppen aus Lemberg, die sich vor Mitternacht in geordneter Form aus der Stadt zurückzogen. Als der am späten Abend des 21. November mit weiteren 200 Soldaten eingetroffene Roja, Maćzyński und Karaszewicz-Tokarzewski um zwei Uhr nachts eine Lagebesprechung abhielten, befand die Mehrzahl der ukrainischen Truppen sich bereits außerhalb der Stadt.<sup>95</sup>

Die ukrainischen Parlamentarier waren überzeugt, daß selbst der Rückzug der eigenen Armee und Regierung aus Lemberg nur ein vorübergehender Zustand sein würde, eine Wiedereroberung der westukrainischen Hauptstadt allein eine Zeitfrage:

„Beim Abschied tröstete mich Kommandant Stefaniv damit, daß unsere Armee, nachdem sie sich aus Lemberg zurückgezogen hätte, sich durch Abteilungen aus der Provinz verstärken und Lemberg bis zum Ende des Monats erneut nehmen werde. ... Ich verabschiedete mich von Lemberg in der herzlichen Hoffnung, daß ich unser Lemberg schon bald wiedersehen werde.“<sup>96</sup>

<sup>94</sup> Vgl. O neutralności, in: Chwila, Nr. 4, 4.1.1919.

<sup>95</sup> Vgl. Stefaniv, Za L'viv, S. 12; Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 142-143.

<sup>96</sup> Vgl. Levyč'kyj, Peršyj Deržavnyj Sekretarijat, S. 18.

Der vom Rückzug der Ukrainer überraschte kaiserlich-deutsche Generalkonsul Heinze suchte Schutz im nahe gelegenen Palast des Erzbischofs Bilczewski. Ein gegen Heinze eingeleitetes Verfahren wegen Begünstigung des ukrainischen Staatsstreichs blieb ergebnislos, so daß er am 1. Dezember nach Deutschland zurückkehrte.<sup>97</sup>

Am Abend des 22. November entstand auf Verständigung polnischer politischer Parteien das „Provisorische Regierungskomitee“ (Tymczasowy Komitet Rządzący – TKR), das sich zum lokalen obersten Verwaltungsorgan erklärte, ohne jedoch offiziell das ihm unterstehende Territorium und seine Position gegenüber der PKL zu konkretisieren. Beide Organe sollten in einer unmittelbar dem Staatshauptmann unterstehenden Regionalregierung zusammengefaßt werden. Im Zuständigkeitsbereich der Warschauer Regierung sollten nur militärische Fragen und Außenpolitik verbleiben. Rozwadowski, der gemäß den Instruktionen Piłsudskis die Entstehung des TKR zunächst verhindern wollte, wurde aufgrund seiner Eingriffe in die Zivilverwaltung vorgeworfen, als „Generalgouverneur“ aufzutreten. Die Bildung eines zentralen Verwaltungsorgans über das ehemalige österreichische Teilungsgebiet komplizierte die Absichten Piłsudskis, der Zivilorganen nur eine Hilfsfunktion bei der Räumung des ostgalizischen Territoriums von ukrainischen Truppen zugestehen wollte. Gleichzeitig signalisierten die Bildung des Kraukauer und des Lemberger Komitees, daß die galizischen Politiker, insbesondere die Nationaldemokraten, einen bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der Ereignisse und die polnisch-ukrainischen Beziehungen erhalten wollten, da sie eine administrative Trennung in West- und Ostgalizien fürchteten.<sup>98</sup> Die Verteidigung Lembergs nahm im polnischen Bewußtsein einen zentralen Platz ein. Marcei Chlamtacz maß zwar der Entstehung von Piłsudskis Legionen mehr Bedeutung bei, sah jedoch in der Verteidigung der Stadt ein zweites unabdingbares Element bei der Entstehung eines unabhängigen Polens.<sup>99</sup>

Das Hauptaugenmerk des Staatssekretariats galt der Wiedergewinnung Lembergs, das nicht nur in verkehrstechnischer, politischer, kommunikationstechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht den Mittelpunkt Ostgaliziens, sondern auch den der dortigen ukrainischen Bewegung bildete. Die ehemalige Kronlandszentrale war darum, trotz ihres geringen ukrainischen Bevölkerungsanteils, die „natürliche“ Hauptstadt des westukrainischen Staates. Dementsprechend stellte das offiziöse „Ukrajins’kyj Holos“ fest, daß das ukrainische Volk Lemberg erobern müsse, um die volle Herrschaft in seinem Staat auszuüben. Dabei sah man in den Lemberger Kämpfen zunächst nicht den Beginn des ukrainisch-polnischen Krieges, sondern eher einen lokal begrenzten Aufstand der polnischen Stadtbevölkerung gegen die ukrainische Herrschaft. Nötig schien ein sofortiges Vorgehen gegen den Feind in

---

<sup>97</sup> Vgl. Berichterstatter Generalkonsul Heinze, Lemberg. An das Auswärtige Amt. Berlin, den 10.12.1918. PA AA, R. 8980.

<sup>98</sup> Das Übergewicht in der 20 Mitglieder zählenden TKR besaßen die Nationaldemokraten. Dem TKR gehörten unter anderem Skarbek, Adam, Edward Dubanowicz, Hausner, Chlamtacz, Obirek, Stesłowicz, Franciszek Stefczyk, Neumann und Kazimierz Świtalski an. Letzter repräsentierte offiziell die POW, fungierte jedoch als Vertreter und Informator des Staatshauptmanns Piłsudski. Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 151f.

<sup>99</sup> Vgl. Chlamtacz, *Relacja o obronie Lwowa*, S. 117, 120.



Lemberg, damit sich die Revolte gegen den westukrainischen Staat nicht im ganzen Land ausbreitete.<sup>100</sup> Die ukrainischen Truppen lösten sich nach dem Rückzug aus Lemberg am 22. November faktisch auf. Nur eine Gruppe der USS setzte den angreifenden polnischen Truppen Widerstand entgegen und bildete bei Lemberg eine Front. Damit begann die mehrmonatige Belagerung der Stadt durch ukrainische Truppen.<sup>101</sup> Einen Tag später verhängte Vitovs'kyj den Belagerungszustand über das gesamte Territorium der ZUNR.<sup>102</sup>

### *1.5 Der Novemberpogrom*

Unmittelbar vor der Liquidierung der österreichischen Herrschaft in Ostgalizien erhoben, analog zu anderen Nationen des Habsburgerreiches, auch Vertreter der ostgalizischen Juden nationale Forderungen. Am 26. Oktober berief die Parteileitung der Zionisten in Lemberg vier Versammlungen ein, die gleichlautende Resolutionen annahmen. Neben der als politisches Fernziel anzusehenden Forderung nach einem freien Palästina maß man der Anerkennung der jüdischen Nation große Bedeutung bei. Die Juden sollten als vollwertiges Mitglied am Völkerbund und mit einer eigenen Delegation an dem bevorstehenden Friedenskongreß teilnehmen. Weiter beanspruchte man für Gebiete mit starkem jüdischen Bevölkerungsanteil das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die polnische der ukrainischen Nation folgen und der jüdischen Nation Minoritätsrechte zugestehen werde. Auf drei der Versammlungen übermittelten ukrainische Vertreter Glückwünsche.<sup>103</sup>

Jüdische Parteien wahrten jedoch in dem sich abzeichnenden ukrainisch-polnischen Konflikt überwiegend Neutralität, trotz verschiedener Versuche der Ukrainer, diese für die eigene Staatlichkeit einzunehmen. Zwar wird in den Quellen ein eigentlicher Grund für die judenfreundliche Politik der westukrainischen Politiker nicht genannt. Ein wesentlicher Aspekt bestand gewiß in dem stark demokratisch und von dem Streben nach nationaler Emanzipation geprägten Charakter der ukrainischen Politik. Das Bestreben, so Besitzstand und Einfluß der polnischen Nation zu schmälern, dürfte jedoch für die Haltung der UNRada mitbestimmend gewesen sein. Jüdische politische Gruppen mit zionistischer Orientierung bildeten aus Sicht der Ukrainer einen „natürlichen“ Bündnispartner. Die Intentionen der Zionisten richteten sich zum einen unmittelbar gegen die Politik der sogenannten „Assimilatoren“, und damit mittelbar gegen polnische politische Ziele. Zum anderen stellte eine Förderung zionistischer Interessen national-ukrainische Zielsetzungen

---

<sup>100</sup> Vgl. Ukrajins'kyj Narode! Za pravytel'stvo Zachidno-Ukrajins'koji Narodnoji Republyky. Ternopil', 24. padolysta, in: Ukrajins'kyj Holos, Ternopil'. Organ Deržavnoho Sekretarijatu Zachidno-Ukrajins'koji Republyky. Nr. 7, 27.11.1918 sowie in derselben Nummer: L'viv upav!

<sup>101</sup> Vgl. Lytvyn, Ukrajins'ko-pol's'ka vijna, S. 102.

<sup>102</sup> Vgl. Do naselenja Podilja! Postij, 23.11.1918. Deržavnyj Sekretar Vijs'kovych Sprav Vitovs'kyj, in: Ukrajins'kyj Holos. Ternopil', Nr. 7, 27.11.1918.

<sup>103</sup> Vgl. Kaiserlich-Deutsches Konsulat für Galizien und die Bukowina. Nr. G. 287/18. Manifestation der jüdisch-nationalen in Lemberg. Heinze an Reichskanzler Max von Baden. Lemberg, den 27.10.1918. PA AA, R. 8980.

nicht in Frage, da eine Assimilierung in Richtung der jüdischen Nation kaum zu befürchten war.

Repräsentanten jüdischer Organisationen und Parteien, darunter Julius Eisler, Aleksander Hausmann, Emil Parnas, Michael Ringel, Awigdor Gritz, Dawid Schreiber und Leon Reich, bildeten am 1. November 1918 ein „Jüdisches Komitee der öffentlichen Sicherheit“. Das Komitee erklärte die Neutralität der jüdischen Gesellschaft dem polnisch-ukrainischen Konflikt gegenüber und lehnte es ab, Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung in die UNRada zu delegieren. In einem unter anderem an Wilson und das Kopenhagener Zionistische Büro gerichteten Aufruf protestierten im Namen des Komitees Julius Eisler und Israel Waldmann dagegen, daß das polnische Oberkommando im polnisch kontrollierten Stadtteil Juden für die Armee rekrutierte. Außerdem suchte man das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit auf die Gefährdung der Zivilbevölkerung innerhalb der Feuerzone zu lenken.<sup>104</sup> Das Komitee bildete eine dreihundert Mann starke, von Vitovs'kyj formell akzeptierte Miliz, die überwiegend mit Karabinern bewaffnet war und die Sicherheit auf dem von der jüdischen Bevölkerung bewohnten Gebiet der Stadt gewährleisten sollte. Nach dem Muster einer Heeresabteilung wurden vor allem ehemalige Soldaten und Offiziere jüdischer Nationalität zusammengefaßt. Die Neutralitätserklärung dürfte im Sinne der Mehrheit der Lemberger Juden gewesen sein.

Daß bestehende Sympathien für die polnische Kultur die jüdische Intelligenzija dazu veranlaßten, ihre Zukunft nicht mit dem ukrainischen Staat zu verbinden, ist eher zweifelhaft. Zwar protestierten im Namen einer Gruppe von Polen mosaischen Glaubens in Lemberg Beck und Schenker vor der PKN gegen die Bildung einer jüdischen Miliz.<sup>105</sup> Ozjasz Wasser und Parnas, die der jüdischen Gemeinde vorstanden, befürchteten, daß die jüdische Miliz einen politischen Charakter annehmen könne. Sie forderten deshalb, daß diese ihre Tätigkeit auf ausschließlich von der jüdischen Bevölkerung bewohnte Straßen beschränken sollte. Außerdem sollte ihrer Ansicht nach der Formierung der Miliz eine Einverständniserklärung seitens des PKN vorangehen.<sup>106</sup> Verglichen mit zionistischen Gruppierungen entfalteten die sogenannten Assimilatoren jedoch innerhalb der jüdischen Gesellschaft einen nur geringen Einfluß. Die Neutralität zionistischer Organisationen der polnisch-jüdischen Auseinandersetzung gegenüber war durch verschiedene Gründe bedingt. Erstens wollten diese weder der ukrainischen noch der polnischen Bewegung im Wege stehen, zweitens sich nicht der Rache seitens einer der Konfliktparteien aussetzen. Hinzu kam, daß jüdische Repräsentanten keine territorialen Ansprüche auf das zwischen Ukrainern und Polen strittige Ostgalizien erhoben, sondern Personalautonomie anstrebten.<sup>107</sup>

---

<sup>104</sup> Vgl. Telegramm des Jüdischen Sicherheitsausschusses an Wilson, Kopenhagener Zionistisches Büro, und an alle. Lemberg, den 14.11.1918. Biblioteka Narodowa, Warszawa. Archiwum Towarzystwa Naukowego im. Tarasa Szewczenki we Lwowie, 1460.XII.25, S. 261.

<sup>105</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 83f.

<sup>106</sup> Vgl. Ozjasz Wasser, *Rola Żydów w listopadowej obronie Lwowa*, in: *Obrona Lwowa*, Bd. 2, S. 830-841, S. 838.

<sup>107</sup> Vgl. Iryna Pohrebyn's'ka, Maksym Hon, *Jevreji v Zachidnoukrajins'koji Respublici (Do problemy ukrajins'ko-jevrejs'kich vzajemny)*, Kyjiv 1997, S. 36.

Aus polnischer Sicht brach die jüdische Miliz die Neutralität, da ihre Tätigkeit ukrainische Soldaten vom Patrouillendienst im jüdischen Stadtviertel freistellte. Antoni Jakubski, zur Zeit der Kämpfe um Lemberg Offizier beim polnischen Oberkommando der Stadt, verurteilte im Rückblick die Rolle der jüdischen Miliz als „nicht nur feindlich, sondern feige, heimtückisch und verräterisch“.<sup>108</sup> Maćzyński selbst unterwarf sogar die assimilatorische Richtung innerhalb der jüdischen Politik einer scharfen Kritik, da deren Vertreter seiner Ansicht nach stärker durch den mosaischen Glauben als durch national-polnische Bande geprägt seien und während der Zeit der Novemberkämpfe den Ukrainern die Beherrschung Lembergs ermöglicht hätten.<sup>109</sup> Weiter bestanden Gerüchte, denen zufolge die Juden im Einverständnis mit den Ukrainern die Stadt besetzt oder zumindest Kenntnis von der ukrainischen Aktion besessen hätten.<sup>110</sup> Einen schlechten Eindruck hinterließen bei den polnischen Aufständischen häufige Hinweise in der ukrainischen Tagespresse auf das wohlwollende Verhältnis der Juden zum ukrainischen Staat und die Mitwirkung der jüdischen Miliz bei der Abwehr von polnischen Angriffen. Diese Meldungen prägten, ungeachtet ihres Wahrheitsgehalts und gegenläufiger Informationen die Meinung, daß die Juden den ukrainischen Staatsstreich eifrig unterstützt hätten.<sup>111</sup> Hinzu kam, daß antijüdische Ressentiments während des Krieges stark zugenommen hatten.<sup>112</sup>

Nach dem Rückzug der ukrainischen Truppen aus der Stadt kam es am 22. und 23. November 1918 zu einem Pogrom an der jüdischen Bevölkerung. Das Ausmaß der Ereignisse zeigen die Ermittlungsergebnisse des jüdischen Rettungskomitees zum Lemberger Pogrom, in dessen Verlauf wenigstens 73 Personen ermordet, 3729 Wohnungen, Geschäfte und Werkstätten beraubt und einige dutzend Häuser in Brand gesetzt worden sein sollen. Am härtesten traf es die Berufsgruppe der Kaufleute mit 36 Ermordeten und 2337 Beraubten, aber auch Angehörige der freien Berufe (2 Tote, 33 Beraubte) und der Staatsbeamten (312 Beraubte) zählten zu den Opfern. Auf der Grundlage von Berichten der Opfer konstatierte das jüdische Rettungskomitee 2815 Akte von Gewalt, Raub und Mord. Die Tätergruppen sollen nur in sechs Fällen aus Zivilisten, in 391 Fällen jedoch aus Zivilisten und Militärs und in 2418 Fällen aus Militärs, wobei in 500 Fällen die Anwesenheit oder Beteiligung von Offizieren bezeugt wurde, bestanden haben.<sup>113</sup>

---

<sup>108</sup> Vgl. Antoni Jakubski, W obronie prawdy, in: Obrona Lwowa, Bd. 2, S. 783-815, S. 811. Jakubski sieht in der Bewaffnung der jüdischen Miliz durch die ukrainischen Behörden offenbar ein Bekenntnis zur ukrainischen Sache (Vgl. ebenda, S. 812).

<sup>109</sup> Vgl. Czesław Maćzyński, O stanowisku Żydów w czasie walk listopadowych, in: Obrona Lwowa, Bd. 2, S. 816-825, S. 816, 819.

<sup>110</sup> Vgl. Wasser, Rola Żydów, S. 836f.

<sup>111</sup> Vgl. Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 85.

<sup>112</sup> Vgl. Mick, Nationalisierung in einer multiethnischen Stadt, S. 141, der hierin den tieferliegenden Grund für den Lemberger Novemberpogrom sieht.

<sup>113</sup> Vgl. Statistische Bearbeitung des jüdischen Rettungskomitees ohne Datum. DALO, fd. 257, op. 1, spr. 48, ark. 73-76. Dementgegen beziffert ein von Jerzy Tomaszewski publizierter Bericht zur Aufarbeitung des Lemberger Pogroms vom November 1918 die Zahl der Ermordeten auf 150. Vgl. Ders., Lwów w dniach 22-23 listopada 1918, in: Przegląd Historyczny 75 (1984), Heft 2, S. 279-285, S. 284. Zum folgenden siehe vor allem Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 145-147, der sich im wesentlichen auf den Bericht des jüdischen Rettungskomitees stützt.

Erst der am späten Nachmittag des 23. November ausgegebene Befehl des Stadtkommandos mit dem Verbot, die Kasernen zu verlassen sowie die Entsendung starker Patrouillen zur Verhaftung von Personen, die ihre Zugehörigkeit zu entsprechenden Einheiten nicht hinreichend legitimieren konnten, stellte die Ruhe in den von Juden bewohnten Stadtteilen wieder her. Hierzu trug die am Folgetag von Mączyński befohlene Einrichtung von Standgerichten und die Erlaubnis zur Eröffnung des Feuers auf des Übergriffs auf Zivilpersonen Schuldige bei. Zwar wurden am 22. November 1.600 und am folgenden Tag 1.300 Personen festgenommen. Zur Anklage kamen jedoch nur 79 Fälle, darunter 46 Frauen und nur acht Angehörige des Militärs. 55 der Beschuldigten gehörten dem römisch-katholischen, 20 dem griechisch-katholischen, zwei dem mosaischen und einer dem evangelischen Glauben an. Offenbar sollte der Eindruck erweckt werden, als sei der Pogrom die Tat des gesellschaftlichen „Bodensatzes“ sowohl der polnischen, ukrainischen und sogar der jüdischen Nation gewesen. Nicht nur der Pogrom, sondern auch das verspätete Vorgehen Mączyńskis, Karaszewicz-Tokarzewskis und Rojas gegen die Schuldigen sowie die Versuche, die Vergehen durch fehlende Loyalität der Juden gegenüber dem polnischen Staat zu rechtfertigen, komplizierten das polnisch-jüdische Zusammenleben in Lemberg und Ostgalizien.<sup>114</sup>

Der Lemberger Pogrom, der in einer Großstadt im Moment ihrer Wiedergewinnung durch die polnische Armee stattfand, warf ein düsteres Licht auf das polnische Volk, das sich selbst unter der Losung der Völkerfreiheit von langjähriger Unfreiheit und Unterdrückung befreit hatte und über dessen Fähigkeit zur Bildung eines Staates die Entente erst noch entscheiden mußte. Der polnische Historiker und Krakauer Konservative Bobrzyński gibt die Auffassung seiner Zeit wieder, wenn er schreibt, daß die Polen während der gesamten Zeit ihrer Herrschaft in Galizien den Juden gegenüber den Grundsatz der Gleichberechtigung gewahrt und deren Assimilierung erwartet hätten.<sup>115</sup> Das zionistische Organ „Chwila“ sah in dem Bestehen der künstlich in der polnischen Gesellschaft unterstützten Meinung, daß die Juden keine eigene Nationalität, sondern einen Bestandteil des polnischen Volkes bildeten, eine der Hauptvoraussetzungen für den Lemberger Novemberpogrom.<sup>116</sup> Noch tiefgreifender waren die inneren Aspekte der Novemberereignisse. Es hatte sich gezeigt, daß das Erreichen der Unabhängigkeit allein keines der bestehenden Probleme lösen würde.<sup>117</sup>

---

<sup>114</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 146.

<sup>115</sup> Bobrzyński teilt die Auffassung von der Unterstützung des ukrainischen Staatsstreichs durch die ostgalizischen Juden. Deren Neutralitätserklärung erwähnt er hingegen nicht. Vgl. Bobrzyński, *Wskreszenie państwa polskiego*, Bd. II, S. 31f.

<sup>116</sup> Vgl. O neutralności, in: *Chwila*, Nr. 4, 4.1.1919.

<sup>117</sup> Vgl. Jerzy Tomaszewski, *Rzeczpospolita wiele narodów*, Warszawa 1985, S. 146.

## 2. Die westukrainische Initiative im ukrainisch-polnischen Krieg um Lemberg und Ostgalizien von Ende November 1918 bis März 1919

### 2.1 Das ostgalizische Judentum zwischen Hammer und Amboß: Nach dem Pogrom

Der Lemberger Pogrom hatte nicht nur die jüdisch-polnischen Beziehungen in Ostgalizien stark zugespitzt, sondern außerdem in der politischen Öffentlichkeit der Ententestaaten einen deutlichen Eindruck hinterlassen. Der polnische Ministerrat befaßte sich daraufhin am 28. Januar mit der jüdischen Frage in Polen. Ministerpräsident Ignacy Paderewski schlug angesichts der Angriffe in der englischen Presse auf die ungerechte Behandlung der Juden in Polen die Ernennung eines Referenten für jüdische Angelegenheiten beim Innenministerium vor. Andernfalls fürchte er, daß die Entente den polnischen Staat nicht länger mit Geld, Proviant und Rohstoffen unterstütze. Dagegen sprach sich Arbeitsminister Iwanowski dafür aus, eine Gruppe jüdischer Repräsentanten gegen die nationalistische Kampagne auszuwählen. Die Assimilatoren etwa könne man zur Bildung eines jüdischen Propagandakomitees für eine Staatsanleihe ausnutzen. Die Ernennung eines Kommissars für jüdische Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten befürwortete der Minister für Handel und Gewerbe Kazimierz Hącia. In der Presse sollte umgehend mitgeteilt werden, daß die Regierung mit Vertretern der jüdischen Organisationen verhandele, wer das Amt übernehmen solle. Der Amtsinhaber solle öffentlich mitteilen, daß den Juden in Polen kein Leid geschehe. Hącia sah jedoch die Besetzung des Amtes wegen der Zerstrittenheit innerhalb der jüdischen Politik als unwahrscheinlich an und ging davon aus, daß der Sejm eine solche Institution innerhalb eines Jahres abschaffen werde.<sup>118</sup> Das auslösende Moment der Überlegungen, ein mit jüdischen Fragen befaßtes Amt in Warschau einzurichten, bildete weniger das Streben nach einer Beilegung der angespannten Beziehungen zwischen Polen und Juden vor Ort, sondern eher diplomatischer Druck seitens der Ententestaaten.

Über die politische Haltung des ostgalizischen Judentums im polnisch-ukrainischen Konflikt diskutierten im Januar 1919 das neu herausgegebene Organ der Lemberger Zionisten „Chwila“ und Tobiasz Aszkenazy, ein Vertreter der assimilationistischen Lösung der jüdischen Frage. „Chwila“, das zu einer Verbesserung der infolge des Lemberger Pogroms stark angespannten Beziehungen zwischen jüdischer und polnischer Bevölkerung in Ostgalizien beitragen wollte, befürwortete eine neutrale Haltung der Juden im polnisch-ukrainischen Krieg.<sup>119</sup> Das ostgalizische Judentum befände sich, da es in Lemberg einer polnischen Bevölkerungsmehrheit, im übrigen Ostgalizien jedoch einer überwiegend ukrainischen Bevölkerung gegenüberstand, gleichsam „zwischen Hammer und Amboß“. Juden in der Diaspora dürften sich grundsätzlich nicht in die Kämpfe anderer Nationalitäten einmischen. Aus Sicht des zionistischen Organs bildete darum die Einnahme einer

---

<sup>118</sup> Vgl. 22. Sitzung des polnischen Ministerrats vom 28.1.1919. AAN, *Protokoły Rady Ministrów Rzeczypospolity Polskiej*, Bd. 5, s. 336-337.

<sup>119</sup> Vgl. *Od wydawnictwa*, in: *Chwila*, Nr. 1, 10.1.1919.

neutralen Haltung im Ostgalizienkonflikt die einzig mögliche politische Option für die ostgalizischen Juden.<sup>120</sup>

In dem Artikel „Wenn ich ein Zionist wäre“ stellte Aszkenazy die Position der „Chwila“ in Frage und forderte ein offenes Eintreten der Juden für Polen. Die Neutralität in der polnisch-ukrainischen Auseinandersetzung müsse zu einem gewissen Zeitpunkt beendet werden, weil sonst beide kämpfende Seiten sie als Heuchelei ansähen. Für die jüdische Bevölkerung waren nicht nur die Novemberereignisse, sondern deren Bagatellisierung und Relativierung durch polnische Behörden und die öffentliche Meinung gleichermaßen schmerzhaft gewesen.<sup>121</sup> In Zusammenhang mit der kritischen Situation der jüdischen Bevölkerung in Lemberg hatte Aszkenazy Rozwadowski in einem Schreiben aufgefordert, das von seiten der Behörden und des Militärs ausgeübte „barbarische Verfolgungssystem“ zu beenden. Andernfalls werde man sich am Rettungskomitee nicht weiter beteiligen, die Mandate zur Verwaltung der Glaubensgemeinschaften und der Wohltätigkeitsorganisationen niederlegen und sich dem öffentlichen Leben fernhalten, so daß die alleinige Verantwortung für das Schicksal der Juden in Lemberg Rozwadowski selbst und der polnische Staat trügen. Am schwerwiegendsten war jedoch die Drohung, diesen Schritt mit der Veröffentlichung aller Fakten in der internationalen Presse zu motivieren.<sup>122</sup>

Assimilatoren wie Aszkenazy sahen die politischen Geschehnisse der jüdischen Bevölkerung Ostgaliziens eng mit Polen verbunden. Trotz der verzweifelten Situation der jüdischen Bevölkerung in Lemberg sprachen aus ihrer Sicht historische Traditionen, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte, die Nähe von Sprache und Kultur, die Zugehörigkeit zum Osten oder zum Westen Europas und viele andere wesentliche Momente dafür, offen für die polnische Sache einzutreten.<sup>123</sup>

Die Redaktion der „Chwila“ entgegnete, daß die Ukrainer aus eigener Initiative die Juden als Volk anerkannt, ihnen nationale Autonomie zugesprochen, sie zur Teilnahme an der Regierung eingeladen und ihnen kein Haar gekrümmt hatten. Im Unterschied dazu nähmen die Polen jüdisch-nationale Anliegen wie das der Autonomie nicht ernst. Mit Blick auf den an der jüdischen Bevölkerung im November

<sup>120</sup> Vgl. O neutralności, in: Chwila, Nr. 2, 12.1.1919.

<sup>121</sup> Vgl. Tobiasz Aszkenazy, Gdybym był syonistą, in: Chwila, Nr. 11, 23.1.1919. In einer Denkschrift an die mit einer Aufarbeitung der Novemberereignisse befaßte Untersuchungskommission schrieb Aszkenazy: „Die Feder zittert in der Hand, wenn es daran geht, alle Akte der Gewalt und des Mordes, die ganze Orgie des bestialisierten Mobs zu beschreiben, die ohne Ende in der jüdischen Straße wüthete. Die Mutter in der Frau wurde nicht geehrt, Minderjährige mißhandelt. Es wurde gemordet, geraubt, gebrandschatzt, entweiht.“ Vgl. Denkschrift Aszkenazys an die Untersuchungskommission, ohne Ort und Datum. DALO, fd. 257, op. 1, spr. 46, ark. 2.

<sup>122</sup> Vgl. Aszkenazy an Rozwadowski [ohne Ort und Datum]. AAN, Pełnomocnik GUL w Wiedniu, sygn. 44. Der Brief bildete offenbar die Anlage zu einem in Wien am 8.1.1919 abgefaßten Schreiben K. Baudas, bei dem Anfang Januar 1919 der Vorsitzende der israelitischen Glaubensgemeinschaft in Lemberg Emil Parnas und der Abgeordnete Emil Löwenstein über die Lage der jüdischen Bevölkerung der Stadt berichtet hatten: „Mündlich berichteten diese Herren mir Fakten, die, wenn sie der Wahrheit entsprächen, grauenvoll wären und eine Psychose kennzeichneten, die in Lemberg wie im östlichen Teil des Landes generell herrschen muß.“ Revisionen gingen so weit, daß bei der Suche nach Waffen auch Särge von Verstorbenen durchsucht würden. Eine Veröffentlichung dieser Fakten, so Bauda, fügte der polnischen Sache großen Schaden zu. Vgl. ebenda, s. 19-21.

<sup>123</sup> Vgl. Tobiasz Aszkenazy, Gdybym był syonistą, in: Chwila, Nr. 11, 23.1.1919.

1918 verübten Pogrom komme mancher zu der Konsequenz, daß man den „Handel“ mit den Ukrainern machen müsse. Der Zionismus aber sei „eine Ideologie [...] und kein politischer Handel“. Die Juden bildeten ein gesondertes Volk, das sich unter keinen Umständen in die Streitigkeiten der Völker einmischen dürfe, unter denen sie lebten.<sup>124</sup>

Die Suche nach einem verbesserten Zusammenleben beider Nationen oblag, nicht nur angesichts der vergleichsweise Passivität der Warschauer Regierung, letztlich vorrangig polnischen und jüdischen Repräsentanten in Ostgalizien selbst. Im Namen des TKR beriet unter Stahl eine Versammlung politischer Vertreter beider Völker in der ersten Februarhälfte 1919 über einen Ausweg aus dem angespannten polnisch-jüdischen Verhältnis. Die Diskutanten sollten ihre Auffassung bezüglich der Rechte und Pflichten der Juden gegenüber dem polnischen Staat, der polnischen Gesellschaft und anderen ansässigen Nationalitäten äußern und darlegen, welche Gesetze und Maßnahmen notwendig seien.<sup>125</sup> Stahl hielt der Ansicht von einem unzureichenden Auftreten der polnischen Gesellschaft gegen den Lemberger Novemberpogrom entgegen, daß Standgerichte gebildet und alle Mittel ergriffen worden seien, um einer Wiederholung ähnlicher Vorfälle vorzubeugen. Skarbek verurteilte für das TKR offiziell die Ausschreitungen an den Lemberger Juden. Dies allein war nach Ansicht jüdischer Repräsentanten wie Henryk Rosmarin jedoch nicht ausreichend, da die polnische öffentliche Meinung unter dem Eindruck von durch maßgebliche Kreise offiziell nicht dementierten Vorwürfen gegen die jüdische Bevölkerung stehe.

Die zentrale Streitfrage war, ob die Juden eine Nation bildeten. Der polnische Nationaldemokrat Jan Pieracki stellte fest, daß „die Juden in jedem Fall keine Polen sind“. Die über den ganzen polnischen Staat verteilte jüdische Bevölkerung sah er als fremd an. Der Zionismus vermehre das Nationalgefühl unter den Juden und führe dazu, daß diese sich in Form eines jüdischen Weltbundes organisierten und so letztlich einen Staat im Staate bildeten. Das polnische Volk müsse sich dagegen wehren und über eine verstärkte Emigration und ein völliges Einwanderungsverbot die Zahl der Juden in Polen reduzieren. Juden, die den polnischen Behörden gegenüber äußerten, keine Polen zu sein, seien als Ausländer anzusehen. Schließlich sprach er sich dafür aus, den „Juden-Polen“ den Übergang von der jüdischen zur polnischen Nationalität zu erleichtern.<sup>126</sup> Auch Rektor Hauswald sah „nationale“ Juden als Ausländer an. Mit dem Ziel, die Juden für die polnische Sache zu gewinnen, hielt er ein Eingehen auf deren kulturelle Forderungen für sinnvoll. Wie fremd Polen und Juden sich trotz ihres langen Zusammenlebens in Ostgalizien geblieben waren, zeigt die Feststellung von Rektor Maksymilian Thullie, der den Juden mit dem Hinweis, daß diese im Gegensatz zu den Ukrainern keine autochthone Bevölkerung bildeten, Minderheitsrechte absprach. Juden als Ausländer besäßen in Polen Wohnrecht, kulturelle und religiöse Autonomie, das Recht auf den Besuch öffentlicher Schulen sowie die Vertretung in autonomen Körperschaften, nicht aber im Sejm. Hauswald und Thullie faßten die Neutralitätserklärung der Juden im pol-

---

<sup>124</sup> Vgl. Odpowiedź redakcyi, in: Chwila, Nr. 11, 23.1.1919.

<sup>125</sup> Vgl. Tymczasowy bilans ankiety, in: Chwila, Nr. 37, 19.2.1919.

<sup>126</sup> Vgl. Ankieta w sprawie polsko-żydowskiej (czwarty dzień), in: Chwila, Nr. 28, 11.2.1919.

nisch-ukrainischen Konflikt als Auftreten gegen maßgebliche Ziele der polnischen Politik auf.<sup>127</sup>

Die jüdische Politik zeigte sich geteilt in Befürworter einer Assimilation der jüdischen Bevölkerung in Richtung der polnischen Nation auf der einen und Vertreter nationaljüdischer Ziele auf der anderen Seite. Postulate der ersten Richtung formulierte Stanisław Feuerstein Krzemicki, der allen Bewohnern des polnischen Staates ungeachtet ihres nationalen Bekenntnisses Bürgerrechte zuerkannt sehen wollte. Die Juden sollten sich assimilieren, weil sie zwar eine vergangene, aber keine gegenwärtige Kultur besäßen und sich darum auf die polnische Kultur stützen mußten. Abschließend forderte er die Förderung der Emigration von Personen, die jüdisch-nationale Forderungen erhoben. Er sprach sich gegen nationale oder kulturelle Autonomie für Juden aus, die allein religiöse Schulen besitzen sollten. Seiner Ansicht nach sollten den Nationen in den Kresy Minderheitsrechte zugestanden werden, nicht aber den Juden.<sup>128</sup> Alfred Halban sprach den Juden wesentliche nationale Züge wie den einer eigenen Sprache ab. Allein durch die Negierung der polnischen Nationalität würden die Juden nicht zu einer Nation.<sup>129</sup>

Dagegen vertraten die Assimilatoren Emil Spät und Wiktor Chajes eine gemäßigte Position. Ersterer stellte fest, daß eine Anerkennung der Juden als Nation nicht nur den Prozeß ihrer Einbürgerung erleichtere, sondern außerdem die Konflikttherde beseitige.<sup>130</sup> Die mit der Assimilation der national weitgehend indifferenten jüdischen Bevölkerung verbundenen Probleme verdeutlichen die Ausführungen von Wiktor Chajes, der als wesentlichstes Hindernis einer Assimilation der Juden an die polnische Gesellschaft den in dieser verbreiteten Antisemitismus benannte. Da breite Massen nach seiner Ansicht unmöglich assimiliert werden konnten, befürwortete Chajes die Anerkennung der Juden als Nation, die gleiche Rechte erhalten und denen über ein Kataster oder propotionales Wahlrecht die Repräsentation gesichert werden sollte. Es verdeutlicht die stark angespannten Beziehungen zwischen Juden und Polen in Ostgalizien, daß sogar Befürworter einer Assimilation der jüdischen Bevölkerung an die polnische Nation zionistische Positionen, und erst in zweiter Linie eigene politische Konzeptionen vertraten.<sup>131</sup>

Dawid Schreiber stellte im Namen der zionistischen Partei fest, daß die Beteiligung ihrer Repräsentanten an den Beratungen nicht als Abgehen von der Neutralität im polnisch-ukrainischen Konflikt betrachtet werden könne. Nur über nationale-kulturelle Autonomie und Minderheitsrechte für die jüdische Bevölkerung sei ein Zusammenleben beider Völker zu gewährleisten. Samuel Blumenkranz stellte fest, daß alle orthodoxen Juden auf nationalem Grund stünden. Die jüdische Religion, so meinte der Rabbiner Guttman, habe deutlich nationale Züge und darum müsse jeder gläubige Jude sich zur jüdischen Nationalität bekennen.<sup>132</sup>

Für die jüdische sozialdemokratische Partei äußerte Karol Einäugler, daß das jüdische Proletariat sich national organisieren müsse, da es in der PPS keinen Platz

<sup>127</sup> Vgl. Ankieta w sprawie polsko-żydowskiej, in: Chwila, Nr. 21, 4.2.1919.

<sup>128</sup> Vgl. ebenda.

<sup>129</sup> Vgl. Ankieta w sprawie polsko-żydowskiej (trzeci dzień), in: Chwila, Nr. 23, 6.2.1919.

<sup>130</sup> Vgl. Ankieta w sprawie polsko-żydowskiej (drugi dzień), in: Chwila, Nr. 22, 5.2.1919.

<sup>131</sup> Vgl. Ankieta w sprawie polsko-żydowskiej (czwarty dzień), in: Chwila, Nr. 28, 11.2.1919.

<sup>132</sup> Vgl. Ankieta w sprawie polsko-żydowskiej, in: Chwila, Nr. 21, 4.2.1919.



finde. Zwar stufte er die nationale Frage im Vergleich zum Klassenkampf und dem Streben nach der Machtübernahme des Proletariats als untergeordnet ein. Die von Einäugler erhobene Forderung nach einer Anerkennung der Juden als nationaler Minderheit mit national-kultureller Autonomie bildete aber gleichfalls ein zionistisches Postulat.<sup>133</sup> Ebenso wie Einäugler stellte Anzelm Reiss für die jüdische Arbeiterpartei „Poalej Zion“ fest, daß die auf dem Klassenstandpunkt stehenden jüdischen Arbeiter zwar ein Interesse an der Hebung des allgemeinen Wohlstands besäßen, in ihren Bestrebungen jedoch auf einer nationalen Position stehen müßten.<sup>134</sup> Auch wenn es letztlich beim Austausch von Parteipositionen blieb: Die von den Diskussionssteilnehmern geäußerten Ansichten verdeutlichen die Tiefe des polnisch-jüdischen Zerwürfnisses in Ostgalizien, dessen Symptom die Lemberger Ausschreitungen vom November 1918 bildeten.

Vertreter der jüdischen Bevölkerung behielten ihre Neutralität im westukrainisch-polnischen Konflikt um Ostgalizien bei. Als sich der Streit um die Herrschaft in Ostgalizien im Sommer 1918 zuspitzte, befanden die Juden sich in einer gefährlichen Situation, da beide kämpfende Seiten sie für sich zu gewinnen suchten. Polnische Behörden und Institutionen in Ostgalizien, nicht zuletzt in Lemberg, übten einen beträchtlichen Druck aus. Während die Verwaltung des allgemeinen Landesospitals ihre Ärzte vor die Wahl entweder der polnischen oder der ukrainischen Nationalität stellte und damit das Bestehen einer jüdischen gleichsam verneinte, verlangte die Lemberger Postverwaltung von den jüdischen Beamten ein Bekenntnis zur polnischen Nationalität. Noch weiter ging die Justizverwaltung, die den Rechtsanwälten unter der Androhung des Verlusts ihres Rechts auf Berufsausübung einen Eid abnahm, der eine Zustimmung zur Zugehörigkeit Ostgaliziens zur Republik Polen beinhaltete. Militärbehörden erließen Anordnungen, die, indem sie die Einziehung jüdischer, vormals österreichischer Offiziere zum Militärdienst vorsahen, die Neutralität der ostgalizischen Juden mißachteten. Dagegen trat „Chwila“, das diese Mißstände kritisierte, für eine neutrale Haltung ein: Erstens besäßen die Juden keinerlei territoriale Aspirationen in Ostgalizien. Zweitens entscheide die Friedenskonferenz alle territorialen Fragen und lege auch zwischen Polen und Ukrainern in Ostgalizien eine Grenze fest. Außerdem könnten die Juden sich nicht ohne unabsehbaren Schaden in den Streit einmischen.<sup>135</sup>

## ***2.2 Zum Verhältnis von West- und Ostukraine bis zur Proklamation ihrer Vereinigung auf dem Sophienplatz in Kyjiv am 22. Januar 1919***

Die Größe der Anspannung unter den Mitgliedern der Delegation der UNRada in Lemberg in den ersten Novembertagen ist daraus ersichtlich, daß zunächst am 10. November die Bezeichnung „Westukrainischer Staat“ als Staatsnamen gewählt wurde. Die ostgalizisch-ukrainischen Politiker reflektierten weiter über das Verhältnis ihres Staates zum bereits bestehenden ostukrainischen Staatswesen. Die UNRada beschloß zwar am selben Tage einstimmig, daß das Staatssekretariat die

<sup>133</sup> Vgl. Ankieta w sprawie polsko-żydowskiej (drugi dzień), in: Chwila, Nr. 22, 5.2.1919.

<sup>134</sup> Vgl. Ankieta w sprawie polsko-żydowskiej (trzeci dzień), in: Chwila, Nr. 23, 6.2.1919.

<sup>135</sup> Vgl. Caveant consules!, in: Chwila, Nr. 82, 5.4.1919.

erforderlichen Schritte unternehmen sollte, um alle ukrainischen Gebiete in einen Staat zu vereinen.<sup>136</sup> Den Wert dieser Absichtserklärung minderte jedoch, daß sie erst auf massiven Druck Černec'kyjs und Vitovs'kyjs formuliert wurde.<sup>137</sup> „Dilo“ betonte am folgenden Tag, daß die Westukraine jahrhundertlang ein eigenes Leben gelebt habe. Diese Besonderheiten wollten ostgalizisch-ukrainische Politiker bei der Vereinigung aller ukrainischen Gebiete in einen auf breiten demokratischen Grundlagen begründeten Staat berücksichtigt sehen.<sup>138</sup>

Hinzu kam, daß die Spaltung in Gegner und Befürworter Skoropads'kyjs unter den ukrainischen Politikern des Habsburgerreiches fort dauerte. Der Hetman-Gegner Lozyns'kyj führte am 13. November 1918 taktische Gründe für die Gründung eines westukrainischen Staates an. Ost- und Westukrainer sollten zunächst die eigene Staatlichkeit kräftigen, um sich im geeigneten Moment in einen nationalstaatlichen Organismus zu vereinigen. Der Westukrainische Staat müsse als einer der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns auf der bevorstehenden Friedenskonferenz vertreten sein, im Gegensatz zum Hetmanstaat.<sup>139</sup>

Der Nationaldemokrat Cehels'kyj dagegen sah, wie vielleicht die Mehrzahl der stark konservativ geprägten ostgalizisch-ukrainischen Politiker, in Skoropads'kyj den „Einzigsten, der noch etwas Positives in der Großukraine vollbringen kann“. <sup>140</sup> Cehels'kyj war im Auftrag der UPR Ende September nach Kyjiv gereist, um den Nationalbund zu einem Abbruch der Aufstandsvorbereitungen gegen den Hetman zu bewegen. Er beurteilte die politische Entwicklung in der Ostukraine ausgesprochen pessimistisch. Für den Fall des Rückzugs der Armeen der Mittelmächte aus der Ukraine erwartete er, daß ein Aufstand gegen den Hetman ausbrechen, die Rote Armee in die Ukraine einmarschieren und die Kommunisten in den ostukrainischen Städten revoltieren würden. Man müsse eine sehr vorsichtige Politik führen, um wenigstens Ostgalizien als Basis für den Bau eines ukrainischen Nationalstaats vor der bolschewistischen Revolution und dem Ruin zu bewahren.<sup>141</sup>

Wodurch die Änderung der Staatsbezeichnung von „Staat“ (deržava) in „Volksrepublik“ (narodna respublika) hervorgerufen wurde, kann nicht entschieden werden. Aus ostukrainischer Perspektive mußte hierin jedoch eine Hinwendung zur Opposition gegen den Hetman gesehen werden, der anstelle der „Republik“ einen „Staat“ begründet hatte. Das Verhältnis von West- zu Ostukraine blieb unbestimmt. Einerseits bildete man einen „westukrainischen“ Staat mit UNRada und Staatssekretariat als obersten Herrschaftsorganen. Andererseits hieß es in „Dilo“, daß sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Grundlagen ihres Staates nur

<sup>136</sup> Vgl. UNR[ada] z zdzišennjam idealu ciloji naciji, in: Dilo, Nr. 258, 11.11.1918.

<sup>137</sup> Beide machten den Eintritt in das Staatssekretariat von der Proklamation der Vereinigung der Westukraine mit dem ostukrainischen Staat durch die UNRada abhängig. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, da, wie Černec'kyj ironisch anmerkte, Österreich nicht mehr bestand, und es weder Kaiser noch Gendarme gab. Vgl. Antin Černec'kyj, Spomyny z moho žyttja, Londyn 1964, S. 47.

<sup>138</sup> Vgl. Ideal ciloji naciji, in: Dilo, Nr. 259, 12.11.1918. Vorbehalte wurden offenbar auch in der UNRada laut: „Wir müssen uns mit der Ukraine vereinigen, aber mit einer wirklichen Volksukraine, nicht mit denen, die den unifizierenden Gedanken (objedynitel'na dumka) vertreten“. Zitiert nach: Dilo, Nr. 259, 12.11.1918.

<sup>139</sup> Vgl. M[ychajlo] L[ozyns'kyj], Ukrajins'ka Narodna Respublika, in: Dilo, Nr. 260, 13.11.1918.

<sup>140</sup> Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 76.

<sup>141</sup> Vgl. ebenda, S. 30.

Freiheit und Wohlstand der breiten Volksmassen zum Ziel hätten: „In diesem Bestreben vereinigt sich die ganze Ukraine in eine unabhängige, eigenständige, freie Ukrainische Volksrepublik“.<sup>142</sup> Ob die westukrainische politische Führung in der Bildung des Staates nur eine kurze Übergangsetappe bis zur Beilegung der inneren Auseinandersetzung in der Ostukraine und der Entscheidung der ukrainischen Sache auf der Pariser Friedenskonferenz gesehen hat, erscheint zweifelhaft.<sup>143</sup> Zu tiefgreifend waren die Auswirkungen des jahrhundertelangen Einbezogenenseins in so grundverschiedene Staatswesen, wie das Zaren- und das Habsburgerreich auf die Strukturen der ukrainischen Bewegungen beidseits des Zbruč, als daß eine schnelle Vereinigung von West- und Ostukraine für deren von tiefest gegensätzlichen politischen Erfahrungen geprägte politische Führungsschichten denkbar gewesen wäre.

Der Aufstand des Ukrainischen Nationalbunds gegen Skoropads'kyj sowie das Verhältnis zwischen Ost- und Westukrainern wurden von polnischen Diplomaten in Kyjiv mit großem Interesse verfolgt. Ein politischer Bericht vom 25. Dezember 1918 hob die Bedeutung Ostgaliziens für die Vorbereitung und Durchführung des Aufstands hervor, da die Aktion des Ukrainischen Nationalbunds sich vor allem in der Anfangsphase auf die vornehmlich aus ostgalizischen Kriegsgefangenen bestehenden Kyjiver Sič-Schützen stützte.<sup>144</sup> Führende politische Kräfte unter den ostgalizischen Ukrainern standen den Aufstandsplänen gegen Skoropads'kyj jedoch distanziert gegenüber: „Hätte Ostgalizien vor dem Fall Deutschlands sein Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen können, so wäre diese Selbstbestimmung zweifellos zugunsten der Hetman-Ukraine ausgefallen.“<sup>145</sup>

Skoropads'kyj selbst sah die ukrainische Bewegung in Ostgalizien im Vergleich mit den ostukrainischen Verhältnissen für fremd an, ließ jedoch anscheinend wegen der Aufstandsvorbereitungen von sozialistisch orientierten Kräften des Nationalbundes Bereitschaft zur Unterstützung der Westukrainer im Kampf gegen Polen erkennen. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung des Wiener Repräsentanten des Hetmanstaates Lipyns'kyj von Ende November 1918 interessant, der auf den Territorien des vormaligen Habsburgerreiches zwei Tendenzen ausmachte: eine starke Tendenz zur Bildung neuer Nationalstaaten sowie eine zweite, vorerst noch schwache, in Richtung einer Rekonstruktion Österreich-Ungarns auf neuen Grundlagen. Dementsprechend müsse man sich zur Frage eines Umbaus Österreichs reserviert verhalten, mit Ausnahme der ostgalizischen Frage, an deren Entscheidung die Hetmanukraine erstrangige Interessen von staatlicher und nationaler Bedeutung habe.<sup>146</sup> Lipyns'kyj hielt zu diesem Zeitpunkt die Einbeziehung Ostgaliziens in ein auf föderaler Basis organisiertes Österreich für eine denkbare Varianten-

<sup>142</sup> Vgl. Zachidno-Ukrajins'ka Narodna Respublika, in: Dilo, Nr. 261, 14.11.1918.

<sup>143</sup> Diese Ansicht vertritt Stachiv, Zachidna Ukrajina, Bd. III, Teil 2, S. 89.

<sup>144</sup> Vgl. Ukraine and Poland in Documents, Bd. 1, S. 20-30, S. 28: Die offizielle Verkündung der Vereinigung beider ukrainischer Staaten sei nur aus taktischen Gründen verzögert worden. Außerdem gebe es Reibungspunkte zwischen beiden Staaten, insbesondere in der Frage des Verhältnisses zu den Bolševiki.

<sup>145</sup> Vgl. V[olodymyr] Kušnir, Zamitky do halyc'ko-ukrajins'koji polityky, in: Volja, Viden' 1920. Bd. 1, Nr. 1, S. 5-12, S. 8.

<sup>146</sup> Vgl. Lipyns'kyj an Dorošenko. Wien, den 28.11.1918. CDAVOV, fd. 3766, op. 1, spr. 106, ark. 88.

te. Es ist möglich, daß er in seiner Sichtweise von Petruševyč bestärkt wurde, der sich noch bis Ende des Jahres in Wien aufhielt.<sup>147</sup>

Das Staatssekretariat beschloß am 23. November 1918 in Zoločiv die Entsendung von Cehels'kyj und Dmytro Levyc'kyj nach Kyjiv, mit dem Ziel, aus der Ostukraine militärische und finanzielle Unterstützung für den Kampf gegen Polen zu erhalten. Da der Ausgang des Aufstands gegen den Hetman ungewiß war, berechnete die der Gesandtschaft ausgestellte Vollmacht zum Abschluß von Verträgen zwischen dem „Ukrainischen“ und dem „Westukrainischen Staat“.<sup>148</sup> Knapp eine Woche später, am 1. Dezember 1918, schlossen Vertreter von UNR und ZUNR in Chvastiv einen Vorvertrag über die Vereinigung beider ukrainischer Staaten zu einer staatlichen Einheit. Nach dem erfolgreichen Aufstand gegen den Hetman nahmen auf ostukrainischer Seite an den Verhandlungen der Vorsitzende des Direktoriums Volodymyr Vynnyčenko sowie dessen Mitglieder Symon Petljura, Švec' und Opanas Andrijevs'kyj teil, auf westukrainischer Cehels'kyj und Dmytro Levyc'kyj. Auf Vorschlag der westukrainischen Delegierten beschloß das Direktorium, der ZUNR durch die Zuteilung von sechs Millionen Karbovancy und 150.000 Pfund Getreide zu helfen. Außerdem wurde ein Warenaustausch zwischen beiden Staaten festgelegt.<sup>149</sup> Das Direktorium war ein provisorisches revolutionäres Staatsorgan, das den Aufstand gegen Skoropads'kyj geleitet hatte; es ernannte eine Regierung, den Rat der Volksminister. Im Vorvertrag von Chvastiv erklärten die Vertreter beider Republiken ihre Absicht, in möglichst kurzer Zeit beide ukrainischen Volksrepubliken in einen Staat zu vereinen.

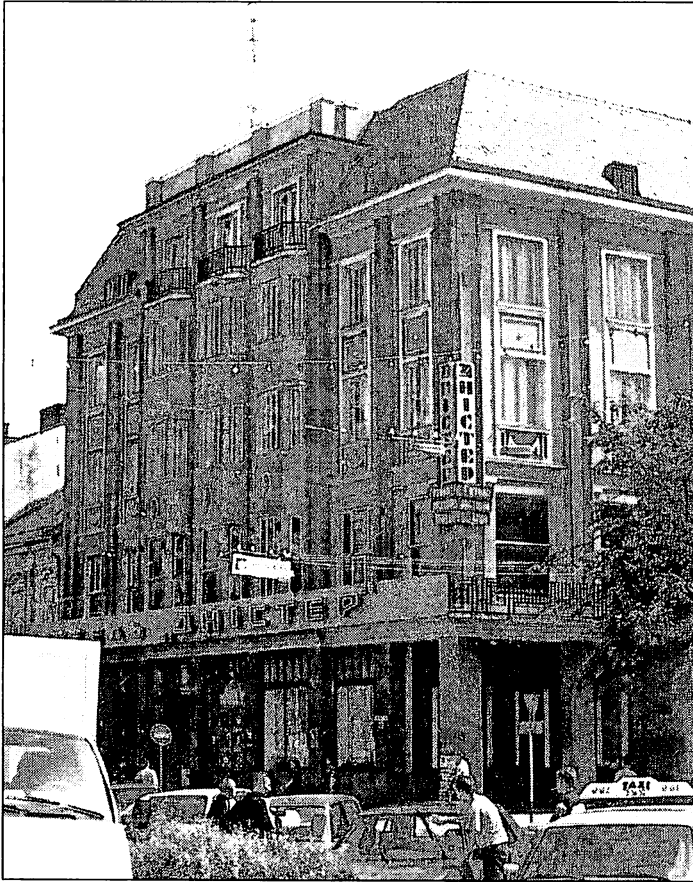
Der in Chvastiv geschlossene Vertrag besaß vorbereitenden Charakter. Die ZUNR erklärte ihre Absicht, ihr Bestehen als gesonderter Staat zu beenden und mit ihrem ganzen Territorium und ihrer ganzen Bevölkerung einen Bestandteil der staatlichen Einheit der UNR zu bilden, diese wiederum ihren Willen, die ZUNR in den eigenen Staatsverband aufzunehmen. Auf westukrainischer Seite bestanden Einwände gegen einen vorbehaltlosen Anschluß an die Ostukraine. In Punkt 4 des Vorvertrags von Chvastiv verwies die ZUNR allgemein auf regionale „Besonderheiten des Lebens“, die sich auf ihrem Staatsgebiet aufgrund der historischen Entwicklung, des Bestehens gesonderter Rechtsinstitutionen und sozialer Umstände ausgebildet hätten. Darum sollte das vormalige Territorium der ZUNR Autonomie erhalten, deren Umfang eine gemeinsame Kommission bei der Vereinigung beider Republiken in eine staatliche Einheit festlege.<sup>150</sup> Die Absichtserklärung über den Zusammenschluß von ZUNR und UNR wurde durch die weitgehende Territorialautonomie, deren Einführung die westukrainischen Vertreter für das eigene Territorium einforderten, in beträchtlichem Maße relativiert. Cehels'kyj, der für die ZUNR den Vertrag mit dem Direktorium unterzeichnete, erinnerte sich später, nicht einen Augenblick an die Zukunft der Bewegung, die den Hetman stürzte, geglaubt zu

<sup>147</sup> Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 169.

<sup>148</sup> Vgl. ebenda, S. 116f.

<sup>149</sup> Vgl. Kopie des Protokolls Nr. 3, Stadt Chvastiv, den 1.12.1918. Unterzeichnet vom Vorsitzenden des Direktoriums Vynnyčenko. Biblioteka Narodowa, Archiwum Tarasa Szewczenki, Mikrofilm 87288: Dokumenty Prezydium deržavnoho sekretariatu UNR, 1919.

<sup>150</sup> Vgl. Peredvstupnyj dohovir, in: Nove Žyttja, Nr. 4, 4.1.1919.



*Zwei Ansichten vom Hotel „Dnister“ , Ivano-Frankivs'k (Stanislau), Ukraine.  
In diesem Gebäude tagte die UNRada  
(Privatphotos, Dr. Martin Sander)*



haben: „Ich sah, daß das Direktorium auf einem Pulverfaß sitzt.“ Die Vereinigung mit der Ostukraine sei den Galiziern von der Idee der ukrainischen Einheit diktiert worden.<sup>151</sup> Cehels'kyj erstattete nach der Rückkehr dem Staatssekretariat in Ternopil' Bericht. Seinem Eindruck nach war auf die Großukraine nicht zu zählen, vielmehr bestand die Gefahr, daß diese „Ostgalizien mit sich in den Abgrund der Anarchie zieht“.<sup>152</sup>

Das Staatssekretariat beschloß am 17. Dezember 1918 die Herausgabe eines offiziellen Kommunikués, dem zufolge die Vereinigung mit der UNR in Lemberg, dessen Wiedergewinnung man offenbar als Ereignis der näheren Zukunft ansah, verkündet werden sollte. Die Proklamation wurde dann jedoch verschoben, damit „alle Delegierten der UNRada an den Beratungen teilnehmen können und den Willen der Allgemeinheit ausdrücken, und nicht nur derer, die unter den gegebenen Umständen nach Ternopil' kommen“.<sup>153</sup> Dieses Vorgehen schien schon darum opportun, weil die eigentliche Exekutive der UNRada um Petruševyč durch den Ausbruch des polnisch-ukrainischen Krieges und der Revolution in Ungarn in Wien festgehalten wurde. Petruševyč, der erst Ende Dezember nach Ostgalizien zurückkehrte, sah das Staatssekretariat als „nicht verfassungsgemäß“ an, da es die Macht ohne ihn als den Präsidenten der UNRada ergriffen hatte.<sup>154</sup>

Die Frage der staatlichen Vereinigung von UNR und ZUNR stand im Mittelpunkt der ersten Sitzung der UNRada in Stanislaw am 2. Januar 1919, in dem, da Lemberg nicht eingenommen werden konnte, Regierung und Parlament ihren Sitz nahmen. In der Diskussion über den Vorvertrag von Chvastiv trat der ukrainische Sozialdemokrat Vityk für die unverzügliche Vereinigung beider Staaten ein: „Die Volksseele brennt nach Kyjiv“. Die Position Vityks entsprach der der USDP, die für ein Eingehen der Westukraine in einen zentralistischen gesamtukrainischen Staat eintrat. Dementsprechend sollte Vityk zufolge eine Übergangskommission die ganze Verwaltung in die Hände der ukrainischen Behörden in Kyjiv übergeben.<sup>155</sup> Die ukrainischen Sozialdemokraten erwarteten sich von der Vereinigung mit der Ostukraine einen größeren politischen Einfluß in Ostgalizien, weil in Kyjiv Direktorium und Regierung sich aus sozialistisch orientierten Kräften zusammensetzten.<sup>156</sup> Dagegen trat Vitovs'kyj für eine westukrainische Autonomie auf den Gebie-

<sup>151</sup> Vgl. Cehels'kyj, *vid legend do pravdy*, S. 136.

<sup>152</sup> Cehels'kyj vermerkte in seinen Erinnerungen die Tendenz des Direktoriums, sich in die „ostgalizischen Angelegenheiten“ einzumischen. Das Direktorium betrachte sie als „bourgeoise Reaktionäre“ und werde versuchen, in Ostgalizien soziale Spannungen hervorzurufen und „soziale Experimente“ durchzuführen. Die Folge sei dann ein offener Konflikt zwischen den Vertretungen beider ukrainischer Staaten. Wahrscheinlicher sei hingegen, daß das Direktorium sich gegen die Bolševiki nicht behauptete. Darum sollte man Verbindungen mit der Entente aufnehmen: „Mein Bericht bestärkte die Staatssekretäre in dem Gedanken, daß man nur auf die eigenen Kräfte rechnen darf, seine eigene disziplinierte Armee, und Ostgalizien als eine gesonderte administrative Einheit ordnen muß“ (Ebenda, S. 164).

<sup>153</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 17. Dezember 1918. DALO, fd. 257, op. 2 s, spr. 1458, ark. 14 Rückseite.

<sup>154</sup> Vgl. Cehels'kyj, *Vid legend do pravdy*, S. 169.

<sup>155</sup> Vgl. Perše zasidannja Ukr[ajins'koi] Nac[ional'noji] Rady. Stanislaviv, 2. sičnja 1919, in: *Nove Žyttja*, Nr. 4, 4.1.1919.

<sup>156</sup> Vgl. M.Č., *Desjat' dniv u Kyjivi v sični 1919 r. Spomyny z Trudovoho Konhresu*, in: *Litopys Čeronoji Kalyny 1931*, Nr. 5, S. 5-8, S. 5.

ten Schulwesen, Religion, Verwaltung und Gerichtswesen bis zum Zusammentritt der ukrainischen Konstituante in Kyjiv ein. Auf Antrag von Petruševyč wurde die Angelegenheit einer Kommission für auswärtige Angelegenheiten übertragen.<sup>157</sup>

Am 3. Januar stellte Vityk die von der Kommission ausgearbeitete Erklärung vor, in der es hieß, daß die UNRada in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des ukrainischen Volkes feierlich die Vereinigung der ZUNR mit der UNR in eine einheitliche souveräne Volksrepublik verkünde. Die Resolution bestätigte den Vorvertrag von Chvastiv und wies das Staatssekretariat an, unverzüglich mit der Kyjiver Regierung in Verhandlungen über die Finalisierung des Einigungsvertrags zu treten. Vityk erklärte den „Krieg gegen polnische Usurpatoren, Herren und Bürokraten“ und schloß mit den Worten: „Es lebe die eine vereinte ukrainische Republik“. Die der UNRada zur Abstimmung vorgelegte Resolution enthielt jedoch einen Passus, der eine weitgehende Eigenständigkeit der Westukraine festschrieb: Bis zum Zusammentritt einer gesamtukrainischen Konstituante in Kyjiv sollte die UNRada die gesetzgebende Gewalt ausüben, das Staatssekretariat die Zivil- und Militärverwaltung leiten.

Der Präsident der UNRada Petruševyč kennzeichnete das beschlossene Gesetz als „eine der schönsten Seiten in unserer Geschichte“ und stellte fest, daß nunmehr allein eine Ukrainische Volksrepublik bestehe: „Sie soll leben“.<sup>158</sup> Tatsächlich trug die Resolution vom 3. Januar 1919 zur Vereinigung beider ukrainischer Staaten wegen des Fortbestehens von UNRada und Staatssekretariat als den höchsten Legislativ- und Exekutivorganen der Westukraine aber einen Januskopf.<sup>159</sup> Angesichts beträchtlicher Einwände auf Seiten der Westukrainer gegen die „sobornist“, die Vereinigung aller ukrainischen Gebiete in einen Staat, spricht Vieles für die Richtigkeit der Ansicht der Wiener Emigrationszeitschrift „Volja“, die den Akt der UNRada vom 3. Januar 1919 als eine überwiegend formale Proklamation kennzeichnete. Unter dem Deckmantel der „realen Bedingungen des Lebens“ sei entschieden worden, daß die Verwaltungsagenden des westlichen Gebiets der UNR vorerst getrennt zu führen seien und die faktische Vereinigung erst später erfolgen könne.<sup>160</sup>

Die Vorbehalte führender westukrainischer Politiker zur Vereinigung von ZUNR und UNR komplizierten die wechselseitigen Beziehungen beider Staaten in hohem Maße. Gleichzeitig spiegelte die Proklamation der UNRada zur Vereinigung beider ukrainischer Staaten letztlich die Gegensätzlichkeit des politischen Lebens west- und ostukrainischer Gebiete wider. Auf der Sitzung des Staatssekretariats vom 12. Januar 1919 stand das Problem der Vereinigung mit der Ukraine erneut

<sup>157</sup> Vgl. Perše zasidannja Ukr[ajins'koji] Nac[ional'noji] Rady. Stanislaviv, 2. sičnja 1919, in: Nove Žyttja, Nr. 4, 4.1.1919. Wegen des Fehlens von Sitzungsprotokollen der UNRada kann der Diskussionsverlauf kaum nachvollzogen werden.

<sup>158</sup> Vgl. Rezolucija pro zluku ukrajins'kych zemel', Zasadannja Ukr[ajins'koji] Nac[ional'noji] Rady. Stanislaviv, 3. sičnja 1919, in: Nove Žyttja, Nr. 5, 5.1.1919.

<sup>159</sup> Cehels'kyj zufolge unterstützten die politischen Führer der ostgalizischen Ukrainer im Grundsatz das *Prinzip* einer Vereinigung beider Ukrainen, „und sei es für die Geschichte“. Aus „ostgalizischer Vorsicht“ setzten sie jedoch nicht alles auf die großukrainische Karte, sondern entschieden sich, vielleicht für den lokalen Patriotismus, für die Beibehaltung einer eigenen Regierung und Armee. Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 207.

<sup>160</sup> Vgl. Kušnir, Zamitky do halyc'ko-ukrajins'koji polityky, S. 9.



im Mittelpunkt. Das Direktorium hatte für den 19. Januar 1919 einen „Kongreß der Arbeit“ einberufen. Das aktive und passive Wahlrecht zu diesem „provisorischen Parlament der ganzen Ukraine“ sollten allein Menschen besitzen, die von eigener Arbeit lebten und niemanden ausbeuteten.<sup>161</sup> Führende ostgalizisch-ukrainische Politiker sahen darin und in der Bezeichnung des Kongresses eine Minderung seines Wertes, da die Betonung nicht auf der Staatlichkeit, sondern auf dem Klassensystem lag.<sup>162</sup> Zum einen widersprach die Art der Auswahl dem demokratischen Wahlgesetz, das die westukrainischen Politiker in ihrem Staat verwirklicht sehen wollten.<sup>163</sup> Zum anderen maßen sie nationalpolitischen gegenüber sozialen Aspekten deutlich mehr Bedeutung bei.

Daß die Vereinigung beider ukrainischer Staaten auch nach dem Beschluß der Resolution der UNRada vom 3. Januar letztlich noch offen war, davon zeugt eine erneute Diskussion zur Problematik der ukrainischen Einheit auf der Sitzung der westukrainischen Regierung vom 12. Januar 1919. Innerhalb der westukrainischen Regierung gab es Differenzen in der Frage der ukrainischen Staatlichkeit. Cehels'kyj befürwortete die Entsendung einer Delegation auf den „Kongreß der Arbeit“. Gleichzeitig verwies er darauf, daß bestehenden Ansichten zufolge der westukrainische Staat seine Souveränität verloren habe. Diese Position vertrat etwa der ukrainische Sozialdemokrat Marijan Kozanevyč. Es spricht für die stark parlamentarische und juristische Prägung der ukrainischen politischen Elite in Ostgalizien, wenn Vytvyč'kyj den ostukrainischen Staat als unrechtmäßig ansah, im Unterschied zum westukrainischen, der sein Recht von der UNRada ableitete. Mit einstimmiger Mehrheit wurde der Beschluß gefaßt, eine Delegation aus 65 Personen nach Kyjiv zu entsenden, um dort Verhandlungen über die Vereinigung zu führen und eine Erklärung auf dem „Kongreß der Arbeit“ abzugeben.<sup>164</sup>

Die nach Kyjiv entsandte galizisch-bukowinische Delegation aus Mitgliedern der Regierung, der UNRada und einigen Beamten des Sekretariats umfaßte schließlich 36 Personen, die jedoch aus Zeitmangel und organisatorischen Gründen nicht hatten gewählt werden können. Dem Direktorium lag daran, die westukrainischen Delegierten zum sozialistisch geprägten „Kongreß der Arbeit“ zuzulassen, da sie als ein politisch gemäßigtes Element angesehen wurden. In Kyjiv eingetroffen, sprach sich die Delegation schließlich für die geschlossene Teilnahme an den Beratungen des Kongresses aus.<sup>165</sup> Verglichen mit der radikalen sozialistischen Stimmung des „Kongresses der Arbeit“ erwiesen sich die Galizier als konservativ, in nationalpolitischer Hinsicht hingegen wegen ihrer polonophoben Einstellung als radikal. In diesem Sinne stellte ein Bericht der polnischen Botschaft aus Kyjiv über die Tätigkeit des „Kongresses der Arbeit“ das Bestehen von Umsturz- und antipolnischen Losungen als derzeit einzige politische Direktiven dar.<sup>166</sup> In Bezug auf den

---

<sup>161</sup> Vgl. Na kongres pracujučych do Kyjiva, in: Nove Žyttja, Nr. 9, 14.1.1919.

<sup>162</sup> Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 250.

<sup>163</sup> Vgl. dazu „Zachidna Ukrajina i trudovyj kongres“, in: Nove Žyttja, Nr. 13, 19.1.1919.

<sup>164</sup> Vgl. DALO, fd. 257, op. 2s, spr. 1458, ark. 8-9: Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 12.1.1919.

<sup>165</sup> Vgl. M.Č., Desjat' dniv u Kyjivi v sični 1919 r., in: Litopys Červonoji Kalyny 1931, Nr. 5, S. 6.

<sup>166</sup> Vgl. Bericht der polnischen Botschaft in der Ukraine (B. Kutylowski). Kyjiv, den 27.1.1918, in: Ukraine and Poland in Documents, Bd. 1, S. 74f.

Vorvertrag von Chvastiv vom 1. Dezember 1918 stellte die Kyjiver Presse fest, daß die Ordnung, die sich auf den ukrainischen Gebieten des vormaligen Österreichs ausgebildet habe, unangetastet bleiben sollte. Diese Gebiete sollten eine UNRada, ein Staatssekretariat, eigene Formen der örtlichen Selbstverwaltung und eigene Gesetze haben.<sup>167</sup>

Am 22. Januar 1919, dem ersten Jahrestag der Verkündung des vierten Universalis, wurde auf dem Sophienplatz in Kyjiv die Vereinigung beider ukrainischer Staaten proklamiert.<sup>168</sup> Cehels'kyj übermittelte als Vertreter der ZUNR den Beschluß der UNRada vom 3. Januar 1919, und erklärte, daß die galizisch-bukowinische Delegation nach Kyjiv entsandt worden sei, um die Vereinigung zu vollenden. Im Namen der UNR nahm der Vorsitzende des Direktoriums Vynnyčenko die Erklärung der Vereinigung „des brüderlichen, gleichblütigen galizischen Amtsbezirks mit dem Mutterstamm der Ukraine“ in einen unzertrennlichen Körper an. Dann verlas Švec' den Universal des Direktoriums.<sup>169</sup> Während die von Cehels'kyj verlesene Erklärung die Feststellung enthielt, daß bis zum Zusammentritt einer gesamtukrainischen Konstituante in Kyjiv UNRada und Staatssekretariat die höchsten Organe der Legislative und Exekutive der Westukraine bildeten, nahm der Universal des Direktoriums darauf keinen Bezug, sondern stellte fest:

„Von heute an verschmelzen zwei seit Jahrhunderten voneinander getrennte Teile der einen Ukraine miteinander: die ZUNR [...] und die große Dnjepr-Ukraine. Die alten Träume, durch die und für die die besten Söhne der Ukraine starben, sind Wirklichkeit geworden. Von heute an gibt es eine einzige, große, unabhängige UNR“.<sup>170</sup>

Einen Tag später nahm der „Kongreß der Arbeit“, der vom 23. bis 28. Januar in der Kyjiver Oper tagte, die Vereinigung beider ukrainischer Staaten durch das sich Erheben der Delegierten von den Sitzen an.<sup>171</sup> Der Kongreß ernannte das Direktorium zur Obersten Gewalt mit dem Recht, die zur Verteidigung des Staates notwendigen Gesetze zu erlassen. Der Rat der Volksminister war dem Direktorium untergeordnet und ihm zwischen den Sessionen des Kongresses verantwortlich.<sup>172</sup> Petruševyč erhielt Ende März einen Sitz im Direktorium, an dessen Arbeit er allerdings keinen aktiven Anteil nahm.

Die „sobornist“ bildete ein ideologisches Postulat,<sup>173</sup> das durch formale Entschlüsse wie den der UNRada vom 3. Januar 1919 und feierliche Proklamationen auf dem Sophien-Platz in Kyjiv am 22. Januar 1919 nicht zu verwirklichen war. Das Bestehen zweier ukrainischer Staaten blieb vielmehr eine Tatsache: jeder von beiden stand vor völlig unterschiedlichen inneren und äußeren Problemen. Die

<sup>167</sup> Vgl. Ivan Jurijiv, Akt 22. sičnja 1919 roku, in: Litopys Červonoji Kalyny 1938, Nr. 1, S. 4-6, S. 5.

<sup>168</sup> Vgl. Den' 22 sičnja 1919 roku v Kyjivi, in: Litopys Červonoji Kalyny 1937, Nr. 1, S. 3.

<sup>169</sup> Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 266f.

<sup>170</sup> Vgl. Svjato zluky, in: Republyka, Nr. 1, 2.2.1919.

<sup>171</sup> Vgl. M.Č., Desjat' dniv u Kyjivi v sični 1919r. Spomyny z Trudovoho Konhresu, in: Litopys Červonoji Kalyny 1931, Nr. 6, S. 3-6 (dokinčennja), S. 4.

<sup>172</sup> Vgl. Matvij Stachiv, Art. „Dyrektorija Ukrajins'koji Narodnoji Respubliky“, in: Encyklopedija Ukrajinoznavstva, hg. von Volodymyr Kubijjovyč, Bd. 2, L'viv 1990, S. 515.

<sup>173</sup> Vgl. Rudolf A. Mark, Die gescheiterten Staatsversuche, in: Geschichte der Ukraine, hg. von Frank Golczewski, Göttingen 1993, S. 172-201, S. 190.

Dnjepr-Ukraine mußte sich gegen die Rote Armee behaupten, Ostgalizien gegen Polen. Hinzu kam das Mißtrauen der Galizier gegenüber dem sozialistischen Kyjiv, von dem sie meinten, daß es in Ostgalizien nur ein Randgebiet des eigenen Staates und Tauschobjekt zugunsten eigener politischer Pläne sehe. Ostgalizisch-ukrainische Politiker blickten auf Ostgalizien als das Bollwerk eines bewußten, politischen Ukrainismus. Aus ihrer Perspektive realisierte die eigene Staatsgründung politische Ziele einer über mehrere Jahrzehnte gewachsenen ukrainischen Bewegung mit politischen Parteien, Kooperativen, Lesehallen und Vereinen. Verglichen damit schienen die Ostukraine ein in nationalpolitischer Hinsicht zweifelhaftes Staatsgebilde mit ungewissen Zukunftsaussichten, führende ostukrainische Politiker „Abenteurer“ ohne Rückhalt in der eigenen Bevölkerung zu sein. Ungeachtet des gewiß vorhandenen guten Willens und von „Idealen“ war aus westukrainischer Sicht vorrangig, dafür Sorge zu tragen, daß die sozialen Unruhen und das „Chaos“ in der Ostukraine nicht auf das eigene Territorium übergriffen, wo relative Ruhe und Ordnung herrschten. Erschwerend für eine Verständigung zwischen beiden Seiten war ein Generations- und Klassengegensatz zwischen der älteren, stärker der Bauernschaft verbundenen Elite der Westukraine und der jungen revolutionären Intelligencija der Ostukraine mit völlig anders gearteten politischen Erfahrungen.<sup>174</sup>

Die Hoffnungen der ZUNR auf militärische Unterstützung durch die UNR im Kampf gegen Polen sowie auf politische Vorteile durch eine breitere diplomatische Aktion auf der Pariser Friedenskonferenz erfüllten sich nicht. Deklarationen hochrangiger Vertreter beider ukrainischer Staaten zum Trotz blieb es beim Bestehen zweier ukrainischer Regierungen, die verschiedene außenpolitische Orientierungen und eine eigene Gesellschaft repräsentierten:

„Die westukrainische Intelligencija aus Bürgertum und Geistlichkeit war in gesellschaftlicher Hinsicht konservativ. Sie blickte unwillig auf den Einfluß radikaler gesellschaftlicher Propaganda aus der Ostukraine und kämpfte offen gegen die Tätigkeit radikal-sozialistischer Fraktionen.“<sup>175</sup>

Zwei gesonderte Behörden und zwei Regierungen bestanden damit weiter.<sup>176</sup> Von der Einheit blieb „nicht mehr als gesamtukrainisches Sentiment, wortreiche Deklarationen der UNRada, des „Kongresses der Arbeit“ und von dem Sophienplatz“.<sup>177</sup>

Es schien nur eine Frage der Zeit, wann es zu ernsthaften politischen Differenzen zwischen West- und Ostukrainern käme. Dies zeigte sich schon bei einem Treffen am 27. Februar in Chodoriv einer interalliierten Mission unter dem franzö-

---

<sup>174</sup> Während die ostgalizischen Ukrainer, so Cehels'kyj, den Rückhalt organisierter, national bewußter Massen besäßen, könne das Direktorium sich allein auf die aus ukrainischen Kriegsgefangenen der österreichisch-ungarischen Armee gebildeten „Sič-Schützen“ stützen. Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 204f., 232f., 265 und passim. Ebenda, S. 233: „[...] Führende ostgalizische Politiker besaßen kein Vertrauen [in die wirkliche Erweckung und Kraft der Großukraine, T.W.]. Sie zogen es vor, ihrer eigenen Armee und der eigenen politischen Erfahrung zu vertrauen. Aus all diesen Gründen behielt Ostgalizien sich eine eigene äußere Politik vor“.

<sup>175</sup> Vgl. Baczyński, Akcja Ukraińców galicyjskich, S. 119-121. AAN, KOD, sygn. 56.

<sup>176</sup> Vgl. Andrij Čajkovs'kyj, Čorni rjadky. Moji spomyny za čas vid 1 lystopada 1918 do 13 travnja 1919. L'viv 1930, S. 119.

<sup>177</sup> Vgl. Cehels'kyj, Vid legend do pravdy, S. 286.

sischen General Josef Barthélemy mit Petljura, der nur äußerte, daß das ukrainische Volk erst dann seine ganze Kraft gegen die Bolševiki richten könne, wenn es eine gesicherte nationale Existenz vom Westen her habe. Die von Petruševyč und Holubovyč verlangte Erklärung, daß die Behauptung des ganzen Ostgaliziens in den ethnographischen Grenzen bei der UNR die grundsätzliche Forderung der ganzen Ukraine sei, leistete Petljura hingegen nicht.<sup>178</sup> Eine ukrainische Delegation in Lemberg, die mit der Barthélemy-Mision über einen ukrainisch-polnischen Waffenstillstand verhandelte, hegte Zweifel hinsichtlich der Haltung Petljuras gegenüber dem ukrainisch-polnischen Krieg um Ostgalizien. In einem offenbar am 26. Februar abgefaßten Schreiben hatte sie Petljura eigens darauf hingewiesen, daß seine Gespräche mit den Delegierten der Entente keinerlei Einfluß auf die Frage eines ukrainisch-polnischen Waffenstillstands hätten.<sup>179</sup>

## **2.3 Die innere Entwicklung in Ostgalizien im November und Dezember 1918**

### **2.3.1 Staatsaufbau in der ostgalizischen Provinz**

Hauptträger des westukrainischen Aufstands in der ostgalizischen Provinz waren ukrainische Militäreinheiten aus jeweils dort stationierten österreichischen Einheiten, demobilisierte ukrainische Offiziere und Soldaten, außerdem Angehörige der örtlichen Intelligencija und Bauern aus umliegenden Dörfern sowie Mitglieder der UNRada, die zu dieser Zeit vor Ort anwesend waren. Es spricht für den konservativen Charakter der ukrainischen Machtübernahme, daß keine prinzipiell neuen Strukturen geschaffen wurden, sondern das Amt des Kreiskommissars an die Stelle des Starosten trat. Die Leitung vor Ort übte eine Bildungselite aus. 25 von 48 Kreiskommissaren besaßen Mitte November 1918 einen Dokortitel. Als Kreiskommissare fungierten unter anderem Politiker der UNRada, die ehemals dem österreichischen Reichsrat und dem galizischen Landtag angehört hatten. Entgegen den Instruktionen der Lemberger Delegation der UNRada, die den Kreiskommissaren allein Beiräte mit beratender Funktion zur Seite stellten, entstanden auf Kreisebene anstelle der vormaligen Kreisräte häufig ukrainische Nationalräte, die ähnlich den Kreisräten zur Zeit der Habsburgerherrschaft von den Organen der Staatsverwaltung völlig unabhängig waren, so daß auf der Kreisebene ein Verwaltungsdualismus entstand.<sup>180</sup>

Eine Untersuchung der sozialen Basis der westukrainischen Revolution zeigt die bedeutende Rolle von Militärangehörigen bei der Errichtung der örtlichen Herrschaft des westukrainischen Staates. Angesichts dessen, daß große Teile der Bevölkerung zur Armee eingezogen worden waren, ist dies allerdings nicht weiter erstaunlich. Parallel zur Organisation der zivilen Verwaltung entstanden militärische Organe wie städtische Kommandanturen, Kreis-, Bezirks- und Gebietskommandos. Zu den Hauptpartizipanten des ukrainischen Novemberaufstands zählten weiter die

<sup>178</sup> Vgl. Lozyns'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920, S. 76f.

<sup>179</sup> Vgl. Schreiben der ukrainischen Delegation in Lemberg an Petljura. CDAVOV, fd. 2188, op. 1, spr. 28, ark. 122.

<sup>180</sup> Vgl. Oleh Pavlyšyn, Orhanizacija cyvil'noji vlady ZUNR u povitach Halyčyny (lystopad-hruden' 1918 roku), in: Ukrajina Moderna, Nr. 2-3, L'viv 1999, S. 132-193, S. 144, 149-151.

Mitglieder der örtlichen ukrainischen Intelligencija und Beamte, die in den Kreiszentren die Grundlage lokaler Komitees der UNDP bildeten und national-kulturelle Bildungsmittelpunkte leiteten. Einen signifikanten Einfluß entfalteten die Bauern, die in den Kreiszentren und Kleinstädten oft schon allein durch ihre Anwesenheit die polnische Bevölkerung von einem Auftritt gegen die ukrainische Herrschaft abhielten. In der Hoffnung auf soziale Reformen begrüßten offenbar nicht nur ukrainische, sondern auch polnische Bauern die ukrainische Herrschaft: So gesehen scheinen auf dem Lande zumindest Ende 1918 soziale verglichen mit nationalen Gesichtspunkten größere Bedeutung besessen zu haben.

Ein Phänomen der westukrainischen Revolution war die außerordentlich hohe Beteiligung der griechisch-katholischen Geistlichkeit. Zwar hatte diese Anfang des 20. Jahrhunderts ihre führende Position in der ukrainischen Nationalbewegung in Ostgalizien eingebüßt. Im Ersten Weltkrieg war jedoch ein bedeutender Teil der weltlichen Intelligencija zur österreichischen Armee eingezogen worden, wogegen die Geistlichen vor Ort waren. Ein weiteres Charakteristikum war offenbar die Tatsache, daß eine große Anzahl in leitender Funktion tätiger Personen schon seit langem aus der Universitätszeit oder durch die Arbeit in Anwaltskanzleien oder Lehrtätigkeit in Schulen etc. miteinander bekannt war.<sup>181</sup> Mitte November unterstanden 49 Kreise mit einer Gesamtbevölkerung von etwa vier Millionen und einem rund 40.000 km<sup>2</sup> umfassenden Territorium der westukrainischen Verwaltung.

Im ethnisch stark gemischten Ostgalizien bildete die Frage der wechselseitigen Beziehungen der einzelnen nationalen Gesellschaften ein zentrales Problem, auch angesichts des hohen jüdischen Bevölkerungsanteils in Städten und Kleinstädten: In Stanislaw erschienen im November zwei jüdische Wochenzeitungen, die eine auf jiddisch, die andere auf deutsch. Jüdische Repräsentativorgane blieben jedoch im weiteren neutral, auch wenn das Jüdische Komitee der öffentlichen Sicherheit in Lemberg mit der polnischen Stadtverwaltung, und jüdische Organisationen im Kreis mit den ukrainischen Behörden bei Approvisionnement und Requirierung zusammenarbeiteten. Vereinzelt begrüßte die jüdische Bevölkerung die ukrainische Herrschaft beziehungsweise erklärte sich, wie in Dolina, zu Bürgern des ukrainischen Staates.<sup>182</sup> Dies war jedoch nicht gleichbedeutend mit einer wirklichen Akzeptanz von Herrschaft, sondern entsprang gewiß vielfach der Angst vor Repressionen und dem Bestreben, sozialen und nationalen Spannungen entgegenzuwirken.

Die polnische Bevölkerung in den Kreiszentren widersetzte sich der ukrainischen Machtübernahme nur vereinzelt offen. Wie sich polnische und jüdische Minderheiten in der ostgalizischen Provinz der westukrainischen Staatsgründung gegenüber verhielten, ist bislang kaum erforscht worden. Beide entsandten zwar keine Delegierten in die UNRada, beteiligten sich aber vielfach auf lokaler Ebene an der Arbeit von Kreiskomitees oder städtischen Verwaltungsinstitutionen. In Pidhajky gehörten einem Kreiskomitee fünf Ukrainer, ein Pole und ein Jude an.<sup>183</sup> In Sambir

<sup>181</sup> Vgl. Pavlyšyn, *Orhanizacija cyvil'noji vlyady*, S. 156-158.

<sup>182</sup> Vgl. ebenda, S. 164f.

<sup>183</sup> Pavlyšyn wendet sich gegen die Behauptung Klimeckis, daß die Mehrzahl der Beamten polnischer Nationalität mit Ausnahme der Ärzte gemäß dem Appell der PKL die Arbeit in der ukrainischen Administration ablehnten. Wegen des auch von Pavlyšyn beklagten Fehlens von Regionalstudien zur

schickten Juden und Deutsche Delegierte in den Kreisbeirat, wogegen die Polen ihre Teilnahme verweigerten.<sup>184</sup> Dem Bericht des Kreiskommissars aus Berežany zufolge erklärten die älteren Polen ihre Loyalität, die jüngeren hingegen organisierten eine Kampfgruppe, sahen aber angesichts der bedeutenden ukrainischen Streitmacht im Kreis von einem bewaffneten Auftritt ab.

In Stanislaw einigte man sich in den letzten Novembertagen darauf, eine Provisorische Verwaltungskommission zu bilden, der zehn Ukrainer und 12 Vertreter nationaler Minderheiten angehören sollten (fünf Polen, sechs Juden, ein Deutscher). Politische Angelegenheiten blieben aus dem Aufgabenbereich der Kommission, die sich mit Fragen wie Approvisionierung, Finanzen und Armenfürsorge befassen sollte, ausdrücklich ausgenommen. Vertreter der polnischen Bürgerschaft in Ternopil' erklärten Mitte November 1918 ihre Bereitschaft, mit den Ukrainern bis zur endgültigen Entscheidung der Ostgalizienfrage durch einen allgemeinen Friedensvertrag oder ein polnisch-ukrainisches Abkommen zusammenarbeiten zu wollen.<sup>185</sup>

Staatssekretariat und UNRada verlagerten um die Jahreswende 1918/19 ihren Sitz nach Stanislaw, das in der Folgezeit zur provisorischen Hauptstadt der ZUNR avancierte. Die Stanislawer UNRada bildete eine Erweiterung der Konstituante um aus Ergänzungswahlen von Ende November, Anfang Dezember 1918 hervorgegangene Delegierte der Kreise und Städte. Unter den 123 Mitgliedern der UNRada fanden sich 38 Juristen, 24 Pädagogen, 22 Bauern, 16 Geistliche, 5 Beamte, jeweils vier Ingenieure und Arbeiter, drei Studenten und Journalisten, jeweils ein Bürgermeister, Arzt, Handwerker und Schriftsteller. Mit Blick auf die starke agrarische Ausprägung der ukrainischen Bevölkerungsstruktur war die Bauernschaft in der UNRada nicht nur stark unterrepräsentiert, sondern außerdem vorrangig durch solche vertreten, die über wenigstens mittleren Besitz verfügten. Die westukrainische Armee besaß drei Delegierte. Mehr als die Hälfte der Delegierten gehörte der UNDP an, was deren Dominanz im politischen Leben der ostgalizischen Ukrainer verdeutlicht. Weder UNDP, noch URP oder USDP besaßen ein ausgeprägtes soziales Gesicht in Hinsicht auf die Repräsentation breiter Schichten der Bevölkerung. Als Folge wurde Ende 1918 in Stanislaw eine konkurrierende Organisation in Form des Bauern- und Arbeiterbundes (Seljans'ko-Robitnyčyj Sojuz – SRS) gebildet.<sup>186</sup>

---

Errichtung der ukrainischen Herrschaft in der ostgalizischen Provinz kann die Frage nicht entschieden werden. Einerseits sollte nur ukrainisch administriert werden und die westukrainische Regierung machte die Übernahme polnischer Beamter in den ukrainischen Dienst von einem Treueid auf den ukrainischen Staat abhängig. Andererseits bleibt fraglich, inwieweit diese Anordnungen vor Ort durchgesetzt wurden. Während die Beamten der Starosteï in Kamionka Strumyl'ova die Fortsetzung ihrer Arbeit verweigerten, hieß es im November aus Rudky, daß man die Verwaltung so belassen habe, weil man über kein entsprechendes Personal verfüge. Vgl. DALO, op. 1, spr. 23, ark. 21, 39 sowie Pavlyšyn, Orhanizacija cyvil'noji vlady, S. 161, zu weiteren Fällen einer Mitarbeit polnischer Beamter in der ZUNR, und dementsprechend Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 118.

<sup>184</sup> Vgl. Čajkovs'kyj, Čorni rjadky, S. 78f.

<sup>185</sup> Pavlyšyn, Orhanizacija cyvil'noji vlady, S. 161-164.

<sup>186</sup> Vgl. Oleh Pavlyšyn, Social'no-polityčnyj portret ukrajins'koho provodu Halyčyny ta Bukovyny v revoluciji 1918-1919 rr. Für die Möglichkeit, das Manuskript vor der Drucklegung einsehen zu können, bin ich dem Autor zu Dank verpflichtet. Pavlyšyn konstatiert den starken Anteil von Juristen an

Für die nach Kriegsbeginn angespannten Beziehungen in Ostgalizien spricht schon ein Artikel im „Ukrajins'kyj Holos“ unter dem Titel: „Noch ein Wort zur Warnung“. Der Artikel schloß mit der Feststellung, daß man das polnische Volk als Ganzes nicht als Feind betrachte und mit diesem in guter Nachbarschaft leben wolle:

„Als unsere Feinde hingegen sehen wir die Einzelnen der polnischen Bevölkerung an, die, sei es physisch, sei es moralisch, unsere Herrschaft, die auf der unbestreitbaren Freiheit des ukrainischen Volkes gründet, bekämpfen. Und mit diesen Einzelnen werden wir einen gnadenlosen Kampf führen“.<sup>187</sup>

Osypanazaruk hatte es bereits unmittelbar nach der ukrainischen Machtübernahme für notwendig erachtet, polnische Bischöfe, Professoren und andere führende Persönlichkeiten zu internieren. Einen entsprechenden Antrag hatte die UNRada Anfang November in Lemberg bei nur drei Gegenstimmen abgelehnt.<sup>188</sup> Entsprechend der Verschärfung der nationalen Beziehungen in Ostgalizien änderte sich die Haltung der Westukrainer gegenüber der Inhaftierung führender Repräsentanten der dortigen polnischen Bevölkerung. Schon Ende November, Anfang Dezember 1918 kam es nach militärischen Mißerfolgen der ukrainischen Armee, die zu dieser Zeit Przemyśl, Lemberg, Mostys'ka, Sudova Vyšnja und Rava Rus'ka hatte räumen müssen, zu verstärkten Internierungen führender polnischer Bürger, vor allem im Frontbereich. Die Initiative zu den Arresten ging von den Militärs aus, ohne die Einspruchsmöglichkeit örtlicher Zivilbehörden.<sup>189</sup> Lozyns'kyj sah in den Novemberereignissen einen polnischen Aufstand gegen den ukrainischen Staat; er appellierte gemäß der Losung des polnischen Freiheitskampfes „Für unsere und eure Freiheit“ an Piłsudski, das Blutvergießen zu beenden und den durch die Herrschaft der polnischen Szlachta zwischen beiden Völkern ausgehobenen Abgrund zuzuschütten.<sup>190</sup>

Petruševyč richtete kurz nach seiner Rückkehr von Ternopil' aus am 27. Dezember 1918 einen Protest an die Regierungen der Ententestaaten gegen das von ihm als „Invasion“ bezeichnete Vorgehen der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien sowie den Einmarsch rumänischer Truppen in den ukrainischen Teil der Bukowina. Die Warschauer Regierung wolle den alten Staat „Galizien“, den das ukrainische Volk auf seinem eigenen Land unter der Bezeichnung „Westukrainische Volksrepublik“ wiedererrichtet habe, gewaltsam unter ihre Herrschaft bringen. Petruševyč protestierte gegen die Inhaftierung friedlicher ukrainischer Bürger als Geiseln durch den polnischen Oberkommandierenden Rozwadowski und beanspruchte für

---

der ukrainischen Bewegung seit der dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs unmittelbar vorangehenden Zeit. Viele der Rechtsanwälte befaßten sich vorrangig mit Journalismus, wie etwa Lozyns'kyj und Panejko. In Hinsicht auf die soziale Abstammung der Abgeordneten überwogen solche aus Geistlichen- gegenüber denen aus Pädagogenfamilien.

<sup>187</sup> Vgl. Šče odno slovo ostorohy, in: Ukrajins'kyj Holos, Nr. 9, 30.11.1918.

<sup>188</sup> Vgl. Osyp Nazaruk, Rik na Velykij Ukrajin. Spomyny z ukrajins'koji revoluciji, Viden' 1920, S. 5f.

<sup>189</sup> Vgl. Pavlyšyn, Orhanizacija cyvil'noji vłady, S. 168.

<sup>190</sup> Vgl. Lozyns'kyj an Piłsudski. Lemberg, den 15.12.1918, in: Ukraine and Poland in Documents, Bd. 1, S. 11-19, S. 12f.

die ukrainische Bevölkerung in Ostgalizien und der Bukowina das von Wilson und den Ententestaaten garantierte Selbstbestimmungsrecht der Völker auf deren ethnographischem Territorium. Warschau und Bukarest sollten aufgefordert werden, ihre Streitkräfte aus Ostgalizien und der Bukowina zurückzuziehen.<sup>191</sup>

### 2.3.2 Kampf und Verhandlungen bis Ende Januar 1919

#### 2.3.2.1 Lemberg: In einer belagerten Stadt

Der Rückzug von westukrainischer Armee und Regierung aus Lemberg vollzog sich in so großer Eile, daß nicht nur Mitglieder der UNRada, unter anderem Kyveljuk, Lev Hankevyč, Ochrymovyč, Baran, Romančuk und Fedak, sondern auch die Staatssekretäre Černec'kyj, Oleksandr Barvins'kyj und Mykola Parfanovyč in Lemberg zurückblieben. Černec'kyj verließ bis in die zweite Februarhälfte 1919 hinein aus Angst vor einer Internierung nicht die eigene Wohnung.<sup>192</sup> Eine Beteiligung an den Beratungen des wie vor dem 1. November 1918 die Aufgaben des Lemberger Stadtrats wahrnehmenden Regierungskommissariats sollen die Ukrainer in einem Schreiben vom 29. November 1918 zunächst abgelehnt haben. Auf dessen erster Sitzung nach der Kooptation neuer Mitglieder erschienen aber auch Fedak, Sydir Hromnyc'kyj und Mykola Hankevyč.<sup>193</sup>

In der Hoffnung auf eine baldige Rückeroberung Lembergs durch die westukrainische Armee vertrat „Dilo“ eine kompromißlose Haltung.<sup>194</sup> Der Artikel „Unsere gegenwärtige politische Situation“, in dem die polnische Besetzung Lembergs als „Episode im Prozeß der Schaffung des ukrainischen Staates“ bezeichnet wurde, kam einer Kriegserklärung an die nach der Einnahme der Stadt durch polnische Truppen geschaffenen Zustände gleich. „Dilo“ wandte sich sowohl gegen die militärische Besetzung Lembergs, als auch gegen die „symbolische Besetzung“ des Territoriums der ZUNR durch das TKR. Die alleinige Kompetenz zur Führung polnisch-ukrainischer Gespräche läge bei der westukrainischen Regierung.<sup>195</sup> Nach der Einstellung der Herausgabe von „Dilo“ war der häufig konfiszierte sozialdemokratische „Vpered“ die einzige ukrainische Tageszeitung in der Stadt.

Die USDP beklagte eine Spaltung unter den Bürgern Lembergs, von denen die einen nun dem TKR unterstützten, die anderen unter militärische Okkupation geraten seien. Die ukrainische Arbeiterschaft sollte sich, da von ihr kein Eid auf die Staatszugehörigkeit verlangt wurde, ruhig zur Arbeit melden. Nicht das TKR, sondern die ukrainische und polnische Republik oder ein internationaler Kongreß sollten die Frage der Zugehörigkeit Ostgaliziens entscheiden. Das siegreiche polnische

<sup>191</sup> Vgl. Protest Zachidno-Ukrajins'koji Narodnoji Respubliky proty pol's'koji invaziji, in: Nove Žyttja, Nr. 1, 1.1.1919.

<sup>192</sup> Vgl. Černec'kyj, Spomyny, S. 47-49.

<sup>193</sup> Vgl. U L'vovi, in: Republyka, Nr. 32, 11.3.1918.

<sup>194</sup> Selbst ein Verbot der Zeitung wurde von den Herausgebern bewußt in Kauf genommen. Vgl. Dilo, Nr. 270, 28.11.1918: „Es gibt jedoch Zeiten, in denen Schweigen am lautesten spricht [...] Aber in der Zeit, wenn unsere Lippen schweigen, sollen in unseren Herzen mit heller Flamme die Hoffnung und der Glaube brennen, daß der Tag der Befreiung kommt, wenn wir, jetzt besiegt und erobert, uns erneut mit dem ganzen unseren Volk in einer vereinten, großen, freien Ukraine zusammenschließen.“

<sup>195</sup> Vgl. Naše teperišne polityčne položenja, in: Dilo, Nr. 270, 28.11.1918.



Proletariat und die Gründung einer wirklichen polnischen Volksrepublik beendeten nach Überzeugung des „Vpered“ den unglücklichen polnisch-ukrainischen Streit: „[...] Dann werden zwei Volksrepubliken, eine mit Warschau, Krakau und Lublin, und die andere mit Kyjiv, Lemberg und Tschernowitz, in Eintracht und Ruhe miteinander leben“.<sup>196</sup> Die Anerkennung des Sans als Grenzlinie sowie des Rechts der ostgalizischen Ukrainer auf nationale Selbstbestimmung, von der USDP offiziell vertretene Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen mit Polen, bildeten sehr weitgehende Forderungen. Im Vordergrund der Tätigkeit ukrainischer Sozialdemokraten stand eher die Verteidigung nationaler Interessen als die internationale Klassen-solidarität.<sup>197</sup>

Mykola Hankevyč, der sich in besonderem Maße für eine Beendigung des polnisch-ukrainischen Krieges einsetzte, sprach als Vertreter der ukrainischen Sozialdemokratie auf der Sitzung des Lemberger Regierungskommissariats vom 25. November 1918 anlässlich der dreiwöchigen Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen und des Pogroms an der jüdischen Stadtbevölkerung. Die Kämpfe in Lemberg, noch mehr aber „der barbarische, wilde Pogrom“ an der wehrlosen Bevölkerung des jüdischen Gettos seien traurige Ereignisse gewesen. Wie ein Gespenst laste auf Ukrainern und Polen der „brudermordende Kampf“, der sie zu ernsthaftem Nachdenken bewegen müsse. Im Falle einer Strafexpedition der polnischen Armee in die Ukraine erwarte sie eine noch bedrohlichere Zukunft:

„Ein unüberbrückbarer Abgrund öffnet sich zwischen beiden benachbarten Brudervölkern, in den Abgründen der Barbarei sterben die Kultur und die kulturelle Entwicklung des ukrainischen und des polnischen Volkes“.<sup>198</sup>

Es entsprach seinem stark vom Marxismus geprägten Denken, daß er abschließend zwar die Macht des Nationalismus konstatierte, gleichzeitig aber seinen Glauben an den unausweichlichen Sieg des Sozialismus bekundete. Das Endziel sei eine Völkerverbrüderung.<sup>199</sup> Auf einer Versammlung der ukrainischen Eisenbahner vom 1. Dezember stellte er fest, daß bei einer Fortsetzung der Auseinandersetzung ihrem Land, insbesondere der Stadt Lemberg, der Untergang drohe.<sup>200</sup> Hankevyč zog sich mit Beginn des polnisch-ukrainischen Krieges aus der ukrainischen Politik zurück und wurde in zunehmendem Maße in der PPS aktiv.<sup>201</sup> Verschiedene Gründe sind denkbar als Erklärung für diese Haltung: Resignation angesichts der Vergeblichkeit der eigenen Ausgleichsbemühungen, die Absicht, innerhalb der PPS für die ukrainische Sache zu werben oder vielleicht Enttäuschung, von national-ukrainischen politischen Kreisen als Verräter angesehen zu werden.

Die ukrainischen Eisenbahner nahmen eine Resolution an, der zufolge das ukrainische Volk das Recht auf eigenständiges staatliches Leben auf dem eigenen Territorium besäße. Verhandlungen zwischen Repräsentanten des ukrainischen und

<sup>196</sup> Vgl. Pid teperišnju chvylynu, in: Vpered, Nr. 2, 29.11.1918.

<sup>197</sup> Vgl. Koko, Ukraïncy socjaldemokracy galicyjscy 1918-1939, S. 129.

<sup>198</sup> Vgl. Ostanni podiji u L'vovi. (Promova tov. Mykoly Hankevyča), in: Vpered, Nr. 2, 29.11.1918.

<sup>199</sup> Vgl. ebenda.

<sup>200</sup> Vgl. Bericht über Tätigkeit der USDP. Lemberg, den 18.11.1919, in: Kalendar Vperedu, S. 29f.

<sup>201</sup> Vgl. Černec'kyj, Spomyny, S. 56f.

des polnischen Volkes beziehungsweise ein allgemeiner Friedenskongreß sollten über die Grenzen zwischen beiden Staaten entscheiden. Die ukrainischen Eisenbahner sollten zwar ihren Dienst ausüben, dabei aber die militärische Aktion gegen die Ukrainer nicht unterstützen. Ein in Lemberg gebildeter ukrainischer Arbeiterrat, der zum polnischen Arbeiterrat Beziehungen unterhalten sollte, konnte aufgrund der Kriegsereignisse keine weitergehende Organisationstätigkeit entwickeln.<sup>202</sup> Die Selbstverständlichkeit, mit der führende Sozialdemokraten beider Seiten Lemberg dem eigenen Staatsgebiet zuschlugen, verdeutlicht die Tiefe des polnisch-westukrainischen Konflikts um Ostgalizien.

Eine dezidiert antiukrainische Haltung in der Ostgalizienfrage nahm insbesondere die vor Ort einflußreiche polnische Nationaldemokratie ein. Der Abgeordnete Stanisław Grabski führte aus, daß die Ostgalizienproblematik vom umfassenderen Problem der Bestimmung der Ostgrenzen Polens nicht abzutrennen sei. Es sei unzweifelhaft, daß die Polen in dem Gebiet mit dem Zentrum Lemberg die zahlenmäßige Mehrheit bildeten. Grabski gestand zwar das Bestehen einer ruthenischen Mehrheit in anderen Regionen Ostgaliziens zu. Mit Blick auf die Zugehörigkeit polnischer Minderheiten in östlicher gelegenen Gebieten wie Wolhynien, Podolien und dem Kyjiver Bezirk zu einem künftigen Rußland sollte aber das ganze Ostgalizien als Ausgleich in den polnischen Staatsverband integriert werden. Die Existenz eines ukrainischen Staates schloß Grabski aus, wegen der Schwäche der „ruthenisch-ukrainischen Bewegung“, der er wegen fehlenden Rückhalts in der Bevölkerung und dem Bestehen einer starken „ruthenisch-russischen Partei“ das Recht zur Staatsbildung absprach.

Die polnische Dominanz in Ostgalizien rechtfertigte er mit der viel höheren Zivilisation der dortigen polnischen Bevölkerung, deren Zahl er auf eine Million veranschlagte. Außerdem suchte er die westukrainischen politischen Bestrebungen in Paris zu diskreditieren, indem er die Bereitschaft der Polen betonte, eine Entscheidung der Friedenskonferenz zu akzeptieren. Die galizischen Ruthenen hingegen hätten mit Hilfe der österreichischen Truppen einen Staatsstreich durchgeführt und in dem von ihnen beherrschten Stadtteil zahlreiche Grausamkeiten verübt. Die Verantwortung für das Scheitern der polnisch-ukrainischen Gespräche in Lemberg vom November 1918 sah er auf der ukrainischen Seite.<sup>203</sup> Der Standpunkt Grabskis korrespondierte mit dem Dmowskis, dem zufolge die national nicht bewußte ruthenische Bevölkerung leicht zu polonisieren sei.<sup>204</sup>

<sup>202</sup> Vgl. Bericht über Tätigkeit der USDP. Lemberg, den 18.11.1919, in: Kalendar Vperedu, S. 29f.

<sup>203</sup> Vgl. Aide-mémoire des Abgeordneten Stanisław Grabski in der Ostgalizienfrage. Paris, den 28.11.1918, in: Sprawy polskie na konferencji pokojowej, Bd. II, S. 221-223.

<sup>204</sup> Der ehemalige galizische Statthalter und Krakauer Konservative Bobrzyński kritisierte das von Dmowski vertretene territoriale Programm, das über ethnographisch polnisches Gebiet hinausging, vor der Propagierung der Grenzen eines historischen Polen jedoch haltmachte. Nach Ansicht Bobrzyńskis bewirkte der Weltkrieg einen solchen Umsturz in den Begriffen und Beziehungen, daß die Forderung nach historischen Grenzen von seiten Polens nichts Außergewöhnliches gewesen wäre. In Dmowskis Bestreben, die Bedeutung der ukrainischen Bewegung in Ostgalizien abzuschwächen, und der gleichzeitigen Bereitschaft, deren nationalen Forderungen auf kulturellem Gebiet entgegenzukommen, sah er einen Widerspruch. Die daraus zu ziehende Folgerung hieße, daß das ostgalizische Territorium, sobald die ukrainische Bewegung eine bedeutende politische Kraft bilden würde, nicht mehr zu Polen gehörte. Vgl. Bobrzyński, Wskreszenie państwa polskiego, Bd. II, S. 56, 60-63.

Selbst eine nur vorübergehende Belassung Lembergs sowie weiter Gebiete Galiziens östlich des Sans einschließlich des Rohölgebiets von Drohobyč-Boryslav auf der ukrainischen Seite war aus Sicht weiter Kreise der polnischen Bevölkerung in Galizien, ihrer politischen Parteien sowie vor Ort tätiger militärischer polnischer Kräfte undenkbar. Aus der Sicht national eingestellter Polen wie dem Delegierten der „Nationalen Vereinigung“ Stefan Dąbrowski wurde der polnisch-ukrainische Krieg Anfang Januar nicht mehr für die Behauptung Lembergs und um das Ölgebiet, sondern um das Recht der Republik Polen auf das ganze Ostgalizien geführt.<sup>205</sup> Die Haltung von Ukrainern und Polen entsprang der berechtigten Befürchtung, daß einmal getroffene territoriale Regelungen durch die Friedenskonferenz eher anerkannt als verändert würden.

In der nach den dreiwöchigen Lemberger Kämpfen stark überreizten Atmosphäre besaßen Ausgleichsversuche zwischen Polen und Ukrainern kaum Erfolgsaussichten. Skarbek, der am 30. November 1918 an die in Lemberg anwesenden Mitglieder der UNRada eine Offerte zur Aufnahme von Gesprächen gerichtet hatte, sah sich am 1. Dezember von Lev Bačyns'kyj an das Staatssekretariat unter Kost' Levyc'kyj verwiesen. Die Lemberger Ukrainer boten ihre Vermittlung bei der Rücksprache mit der westukrainischen Regierung an. Skarbek erwirkte jedoch für Lozyns'kyj und Starosols'kyj keine Passierscheine beim Oberkommando der polnischen Armee, das sogar ihre Inhaftierung anordnete. Tomašivs'kyj, gegen den keine politischen Bedenken erhoben wurden, wartete ebenfalls vergeblich auf die Erteilung eines Passierscheins.<sup>206</sup> Das polnische Oberkommando unter Rozwadowski, der ein entschiedener Befürworter einer militärischen Lösung war, stand politischen Ausgleichsversuchen mit einer ausgeprägten Skepsis gegenüber.<sup>207</sup> Skarbek selbst sah polnisch-ukrainische Verhandlungen eher als taktisches Mittel, das die militärische Aktion begleiten sollte.

Er wandte sich, offenbar um den Widerstand des polnischen Oberkommandos zu umgehen, am 5. Dezember schließlich direkt an Kost' Levyc'kyj mit der Bitte, Vertreter der UNRada zu Verhandlungen über die Beendigung des Blutvergießens und die Festlegung provisorischer Bedingungen für das Zusammenleben beider Völker zu delegieren.<sup>208</sup> Die von Levyc'kyj am 8. Dezember in seiner Antwort an Skarbek gestellten Forderungen waren so weitreichend, als verfüge seine Regierung bereits über das gesamte von ihr beanspruchte Territorium.<sup>209</sup> Die Grundlagen für das Zusammenleben beider Völker auf dem Territorium der ZUNR seien in der Proklamation der UNRada vom 19. Oktober 1918 benannt worden. Von der Unnachgiebigkeit seines Standpunkts zeugt die Feststellung, daß Bevollmächtigte der UNRada Gespräche ausdrücklich allein mit Repräsentanten der polnischen Minderheit ihres Staates zu führen bereit seien. Dementsprechend sollten

---

<sup>205</sup> Vgl. Rzząd i wojsko. Przemówienie Prof. D-ra Stefana Dąbrowskiego Delegata Zjednoczenia Narodowego w sali museum przemysłu i rolnictwa dnia 9. stycznia 1919 roku, S. 2-5. CAW, WBH, sygn. 95, WBH – 1054/1.

<sup>206</sup> Vgl. Ukrajins'ko-pol's'ki perehovory, in: Vpered, Nr. 14, 15.12.1918.

<sup>207</sup> Vgl. Roja, Legendy i fakty, S. 214, 218.

<sup>208</sup> Vgl. Urjadovo. Do ukrajins'ko-pol's'kych perehovoriv, in: Ukrajins'kyj Holos. Ternopil', Nr. 17, 11.12.1918.

<sup>209</sup> Kozłowski, Zapomniana wojna, S. 229.

die Mitglieder der polnischen bewaffneten Abteilungen die Waffen niederlegen, und die nicht zu den Bürgern ihres Staates zählenden Soldaten das Territorium der ZUNR verlassen. Während Levcyk die Schuld für das Blutvergießen allein auf polnischer Seite sehen wollte,<sup>210</sup> veröffentlichte das TKR bereits vor Eintreffen seiner Antwort eine amtliche Mitteilung, der zufolge polnische Kreise alles getan hätten, um Verhandlungen mit dem Ziel einer Beendigung des Blutvergießens zu initiieren.<sup>211</sup>

Der „Vpered“ kritisierte den von Skarbek eingeschlagenen Weg als „sehr unpraktisch und wenigstens zu lang, um das erwünschte Ziel zu erreichen“: Die Lemberger Ukrainer hätten alles getan, was die PKL von ihnen verlangt habe.<sup>212</sup> Nach dem Scheitern polnisch-westukrainischer Verständigungsversuche war nun die Zeit gegenseitiger Schuldzuweisungen und der Militärs gekommen. Bereits die dreiwöchigen Verhandlungen zwischen Polen und Ukrainern in Lemberg im November waren eher vom Warten auf militärische Verstärkung als dem Suchen nach einer für beide Seiten tragbaren politischen Lösung bestimmt gewesen. Führende westukrainische Politiker sahen die Rückgewinnung der eigenen Hauptstadt allein als Zeitfrage an. Auf der Sitzung des Staatssekretariats vom 17. Dezember 1918 in Ternopil' wurden unter anderem Pläne für die Versorgung Lembergs mit Brennstoffen, Öl und Nahrungsmitteln nach der erneuten Besetzung der Stadt durch ukrainische Truppen besprochen.<sup>213</sup> Ende Dezember übertrug der Staatssekretär für militärische Angelegenheiten Vitovs'kyj das Kommando über die Stadt Lemberg an Stepan Šuchevyč, der ein Projekt für die Verwaltung und Besetzung der westukrainischen Hauptstadt ausarbeiten sollte. Das von Šuchevyč geleitete Kommando wurde jedoch, da die Hoffnungen Vitovs'kyjs auf eine baldige Eroberung der Stadt durch die westukrainische Armee sich als verfehlt erwiesen, bald darauf aufgelöst.<sup>214</sup>

Lemberg war Ende Januar 1919 ohne Wasser und Licht. Die allgemeine Stimmung in der Stadt wurde außerdem durch eine fortwährend stärkere Bombardierung gedrückt. Unter diesen Umständen verschärfte sich der Gegensatz zwischen dem TKR und dem Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte in Galizien Rozwadowski. Aus Sicht der galizischen Politiker war Rozwadowski für die fatale militärische Lage verantwortlich. Falls die derzeitige Kriegführung beibehalten werde, drohe der Verlust Lembergs und Ostgaliziens sowie in der Konsequenz die „nationale und soziale Niederlage“. Ihre ungünstige militärische Situation müsse sich auf eine Demarkationslinie zwischen dem ukrainischen und dem polnischen Heer negativ auswirken. Wenn man schon mit schnell zur Verfügung stehenden Kräften die als „Invasion“ bezeichnete Herrschaft der Ukrainer nicht beenden könne, dann solle man diese wenigstens aus der nächsten Umgebung Lembergs zu-

---

<sup>210</sup> Vgl. Urjadovo. Do ukrajins'ko-pol's'kych perehovoriv, in: Ukrajins'kyj Holos. Ternopil', Nr. 17, 11.12.1918.

<sup>211</sup> Vgl. Stand der polnisch-ruthenischen Verhandlungen. Kommuiqué des TKR ohne Ort und Datum. AAN, KOD, sygn. 58, s. 23f.

<sup>212</sup> Vgl. Ukrajins'ko-pol's'ki perehovory, in: Vpered, Nr. 14, 15.12.1918.

<sup>213</sup> Vgl. DALO, fd. 257, op. 2 s, spr. 1458, ark. 14 Rückseite.

<sup>214</sup> Vgl. Stepan Šuchevyč, Spomyny z ukrajins'ko-halyc'koji armiji (1918-1920), Bd. I, L'viv 1928, S. 91-97.

rückdrängen und die Stadt vor der drohenden Einnahme schützen.<sup>215</sup> Rozwadowski wandte sich gegen die aus seiner Sicht unfachgemäße Kritik an seinem Kommando. Polen sei im Moment des Eintretens der fremden Okkupation, als die er die Machtübernahme der Ukrainer in Ostgalizien bezeichnete, faktisch wehrlos gewesen und habe nur über eine geringe, langsam zunehmende Anzahl von Streitkräften verfügt. Aus diesem Grund hielt Rozwadowski allein eine Defensive für möglich. Er bekräftigte jedoch seine Absicht, die Kämpfe nach Eintreffen von Verstärkung mit einer Offensive zu entscheiden.<sup>216</sup>

### 2.3.2.2 Militärische Entwicklung bis Ende Januar 1919

Der Zeitzeuge und westukrainische Historiker Vasył' Kučabs'kyj urteilte mit Blick auf die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Polen, wo Piłsudski nach seiner Rückkehr nach Warschau am 11. November 1918 die Führung der polnischen Politik übernahm, daß der Krieg um Ostgalizien für die Westukrainer nach dem Verlust Przemyśls und Lembergs verloren war:

„[Und] so stand vor ihnen seit Ende November 1918 von vornherein die Frage: ob sie lediglich Lemberg, oder auch das Petroleumgebiet Drohobytš-Boryslaw dazu, oder gar ihr ganzes Land restlos zugunsten Polens einbüßen mußten“.<sup>217</sup>

Diese politischen und militärischen Realitäten, die eine Aufnahme von Verhandlungen mit der polnischen Seite zwingend erforderlich machten, wurden von der westukrainischen politischen Führung jedoch nicht gesehen. Nach dem Rückzug aus Lemberg rief das Staatssekretariat von Ternopil' aus unter der Losung „Zu den Waffen für Freiheit und Land“ vor allem ukrainische Bauern zum bewaffneten Kampf gegen Polen als den „Erbfeind“ des ukrainischen Volkes.

Die Zahl der Rekruten, die von den Ukrainern bei einer energisch durchgeführten Rekrutierung minimal mobilisiert werden konnten, wurde auf 100.000 Mann geschätzt. Tatsächlich gestaltete sich die Musterung als schwierig, da der westukrainische Soldat einem Bericht der Aufklärungsabteilung der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien vom 4. März 1919 zufolge national wenig bewußt, konservativ und nach viereinhalb Jahren Krieg nicht bereit sei, sich für die Unabhängigkeit der Ukraine zu schlagen. Für die Bauern besaß der Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaften Priorität; auf dem Lande war die alte soziale Ordnung zusammengebrochen. Die Bauern erwarteten die Durchführung grundlegender Reformen, vor allem die Aufteilung des Gutlandes und der Herrenwälder. Eine in der zweiten Novemberhälfte des Jahres 1918 durchgeführte Mobilisierung der 17- bis 35-jährigen brachte trotz des Versprechens einer Landreform nicht die erwünschten Resultate, so daß Patrouillen die Bauern einfach aus dem Dorf zur Rekrutensam-

---

<sup>215</sup> Der Brief wurde zur Kenntnisnahme an Piłsudski weitergeleitet. Vgl. Präsidium des TKR an Rozwadowski. Lemberg, den 29.1.1919, in: Ukraine and Poland in Documents, Bd. 1, S. 57-59.

<sup>216</sup> Vgl. Rozwadowski an TKR. Lemberg, den 3.1919. DALO, fd. 257, op. 1, spr. 121, ark. 3-5.

<sup>217</sup> Vgl. Kutschabsky, Westukraine, S. 87.

melstelle holten, vielfach unter Anwendung von Gewalt und Körperstrafen.<sup>218</sup> Die westukrainische politische Führung stand vor allem zu Beginn des Krieges vor dem Problem der Mobilisierung der eigenen Bauernschaft, ohne daß daraus Rückschlüsse auf deren Nationalbewußtsein gezogen werden dürfen. Die Umsetzung grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Reformen mußte zunächst hinter der militärischen Behauptung des eigenen Staatsgebiets zurückstehen, so daß schon bald ein Interessenkonflikt zwischen politischer Führung und Bauernschaft aufzubrechen drohte.

Klagen über die brutale Art der Kriegführung erhoben beide Seiten. Rozwadowski forderte Anfang Januar 1919 den griechisch-katholischen Metropoliten Šeptyc'kyj in einem offenen Brief auf, über den ihm untergebenen Klerus eine „Mäßigung der barbarischen Art der Kriegführung“ zu erwirken. Die unierte Geistlichkeit solle nicht, wie vielfach geschehen, den Haß der Ukrainer auf die Polen anstacheln. Eine „überparteiliche, völlig apolitische und christliche Aktion“ durch Šeptyc'kyj könne auf die zukünftige Eintracht beider durch die Vorsehung zu einem ruhigen Zusammenleben verurteilten Völker einwirken. In einer behördlichen Erklärung zu dem Schreiben Rozwadowskis wurde die Kriegführung der ukrainischen Streitkräfte als Abweichung von internationalen Normen verurteilt. Das Zusammenleben von Polen und Ukrainern nicht nur in Lemberg, sondern im ganzen Land treffe unter diesen Umständen auf ernsthaftige Schwierigkeiten. Abschließend wurde gedroht, daß, sollte die Forderung Rozwadowskis nicht erfüllt werden, das polnische Oberkommando den ruthenischen Klerus als mitschuldig an den Vergehen ukrainischer Militäreinheiten ansehen und daraus Konsequenzen ziehen müsse.<sup>219</sup>

Den Redaktionen war verboten worden, Šeptyc'kyjs Entgegnung auf den offenen Brief Rozwadowskis zu drucken. Der Metropolitan beklagte die Lage „der in einer belagerten und beschossenen Festung unter einem Terror lebenden Ukrainer“. Trotz ständiger Angst vor Repressionen und Verhaftungen hielten diese sich gut und hofften auf die Einnahme der Stadt durch die Ukrainer. Šeptyc'kyj setzte sich für eine Einstellung der bereits zwei Wochen andauernden Beschießung der Stadt ein, falls ihre Eroberung nicht bevorstehe. Rozwadowski, dessen persönliche Pläne über die Pazifizierung und Eroberung des ganzen Galiziens, bis über Kamjanec'-Podil's'kyj und Kyjiv hinausgehen sollten, beschrieb er als intolerant.<sup>220</sup>

In seiner erst einen Monat später im „Vpered“ veröffentlichten Antwort war Šeptyc'kyj bestrebt, die von Rozwadowski erhobenen Vorwürfe zu entkräften: Der griechisch-katholische Klerus sähe keinen Haß und sei nicht für alles verantwortlich, was von ukrainischer Seite geschehe. Das Schweigen der ihm unterstehenden Geistlichkeit rechtfertigte der Metropolitan durch das Fehlen von Kontakten zu den Ukrainern jenseits der Front, so daß die in der polnischen Presse erhobenen Vor-

<sup>218</sup> Vgl. Oberkommando der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien, Aufklärungsabteilung. Vertraulich. Standort, 4.3.1919. Nachrichten zur galizisch-ukrainischen Armee, zusammengetragen bis zum 1.3.1919. CAW, Dowództwo WP na Galicję Wschodnią, sygn. I.304.1.12, s. 1-2 Rückseite.

<sup>219</sup> Vgl. List gen. Rozwadowskiego do metr. Szeptyckiego, in: Słowo Polskie, Nr. 4, 4.1.1919 sowie die dazugehörige behördliche Mitteilung.

<sup>220</sup> Vgl. CDIA Ukrajiny, fd. 368, op.1, spr. 103, ark. 1: Metropolitan Šeptyc'kyj an Vasyľ'ko. Lemberg, den 17.1.1919.

würfe nicht überprüft werden könnten. Es sei vielmehr die polnische Presse, auf die durch die stereotype Form ihrer Darstellung alles Ukrainischen der Vorwurf der Aufhetzung passe. Šeptyc'kyj erklärte seine Bereitschaft, auf die Mäßigung der Kriegführung hinzuwirken und eventuell einen Brief an die Geistlichkeit und das Volk zu richten. Dazu müsse er jedoch die Vorwürfe überprüfen und die Örtlichkeiten aufsuchen, wo sich polnische Gefangene und Geiseln befänden.<sup>221</sup> In einem Schreiben an Holubovyč setzte er sich für die Freilassung von 30 Geistlichen des lateinischen Ritus ein.<sup>222</sup>

Am 1. Februar 1919 einigten sich beide kriegführenden Seiten darauf, bei der Behandlung Verwundeter, Kriegsgefangener und Internierter vorbehaltlos die Grundsätze der Genfer und Haager Konventionen zu befolgen.<sup>223</sup> Es steht jedoch zu bezweifeln, ob dies umgesetzt werden konnte. Erstens wurden die Kämpfe zwischen beiden „Brudervölkern“ mit großer Erbitterung geführt, da sowohl Ukrainer als auch Polen in der eigenen Niederlage gleichzeitig die Unterwerfung unter die nationale Vorherrschaft des jeweils anderen sahen, ihres vermeintlichen Erbfeindes. Internierungen wurden über das engere Kriegsgebiet hinaus vorgenommen und trafen nicht nur Personen, die zum Schaden der Armee handeln konnten. Zweitens wurde der nationale Gegensatz im Ostgalizienkonflikt durch soziale Antagonismen verstärkt. Drittens war das Territorium, um das beide Seiten kämpften, als einer der Hauptschauplätze des Ersten Weltkriegs starken Zerstörungen ausgesetzt gewesen; selbst in Friedenszeiten galt Galizien als eine zurückgebliebene und arme Provinz. Darunter litt nicht zuletzt die Approvisionnement der Kriegsgefangenen- und Interniertenlager mit Kleidung und Nahrungsmitteln. Klagen über Verstöße gegen die Übereinkunft vom 1. Februar 1919 bildeten darum keine Ausnahme. Bereits Ende Februar übergaben Lev Hankevyč, Lozys'kyj und Ochrymovyč als Bevollmächtigte des Staatssekretariats an Lasocki ein Schreiben, in dem sie über die unverändert schwierige Lage ukrainischer Verwundeter, Kriegsgefangener und Internierter klagten. Nicht nur seien keine Verbesserungen eingetreten, sondern im Gegenteil erneute Verhaftungen und Internierungen vorgenommen worden.<sup>224</sup>

Nach viereinhalb Jahren Krieg hatten gemäß einem vertraulichen Bericht der Aufklärungsabteilung des Oberkommandos der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien die national nur wenig bewußten, von Natur konservativen westukrainischen Soldaten kaum Bereitschaft zum Kampf für die ukrainische Unabhängigkeit gezeigt. Es sei ihnen völlig gleichgültig, ob Ostgalizien polnisch oder ukrainisch werde. Soldaten der Petljura-Armee und Heimkehrer verbreiteten bolschewistische Propaganda, unter deren Einfluß sich der nationale Kampf mit den Polen in einen Klassenkampf gewandelt habe, weil der ukrainische Soldat im polnischen eine Verkörperung der besitzenden Klassen sehe. Während vorher die Offiziere für und die Soldaten gegen den Krieg mit Polen gewesen seien, hätten die Rollen nun ge-

<sup>221</sup> Vgl. Antwort Šeptyc'kyjs an Rozwadowski vom 4. und 5.1.1919, in: *Republyka*, Nr. 7 und 9, 9. und 11.2.1919 (Abdruck aus „Vpered“).

<sup>222</sup> Vgl. Šeptyc'kyj an Ministerpräsident der Westukraine. Lemberg, den 26.2.1919. *Biblioteka Narodowa*, Warschau: Archiwum Tarasa Szweczenka, XXIV-31.

<sup>223</sup> Für die polnische Seite unterzeichneten die Mitglieder des TKR, für die ukrainische Tomašivs'kyj, Volodymyr Ochrymovyč und Lev Hankevyč. Abgedruckt in: *Republyka*, Nr. 8, 11.2.1919.

<sup>224</sup> Vgl. *Novynky v spravi umovy z 1-oho ljutoho 1919*, in: *Nove Žytтя*, Nr. 50, 4.3.1919.

wechselt. Die Offiziere, die im Vorgefühl des Auseinanderbrechens der westukrainischen Armee eine Übereinkunft mit Polen anstrebten, seien gegenüber der allgemeinen Stimmung der Massen machtlos.<sup>225</sup>

## 2.4. Entente-Missionen vor Ort

### 2.4.1 Erste Vermittlungsversuche bis Ende Januar 1919

Die Großmächte kämpften im Ersten Weltkrieg nicht für die Befreiung unterdrückter nationaler Minderheiten. Dementsprechend bildete die Schaffung neuer Staaten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa ein Kriegsergebnis, das nur nach und nach von den Kriegführenden akzeptiert wurde.<sup>226</sup> Erst seit den vierzehn Punkten Wilsons zählte die Wiedererrichtung eines Staatswesens aus den ethnographisch unzweifelhaft polnischen Gebieten zu den Kriegszielen der Entente. In Ostgalizien, das in ethnischer Hinsicht stark gemischt war und das von Ukrainern und Polen gleichermaßen zum eigenen Staatsgebiet erklärt wurde, standen die Friedenskonferenz und von ihr entsandte Kommissionen vor einer schwierigen Aufgabe. Der Ausbruch des polnisch-ukrainischen Krieges um Ostgalizien konterkarierte die politischen und militärischen Absichten der Ententestaaten, denen daran gelegen war, die bewaffneten Auseinandersetzungen zu beenden und die Armeen beider Seiten im Kampf gegen die Bolševiki einzusetzen.

Polnische politische Vertretungen vor Ort beurteilten die Vermittlungstätigkeit von Entente-Missionen mit großer Skepsis, da sie eine strikte Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker fürchteten. Ein Brief des TKR vom 20. Dezember 1918 stellte fest, daß eine englische Kommission unter Kapitän Johnson und Biederman ihre Sympathien für die ukrainische Sache nicht verborgen habe. Auf Konferenzen mit dem TKR hätten die englischen Offiziere Ruhe und Ordnung auf dem ukrainischen Territorium hervorgehoben und Plünderungen durch Bauernbanden oder die Verbreitung bolševistischer Losungen in Abrede gestellt. Auf den Vorschlag der englischen Offiziere, das Blutvergießen durch eine bewaffnete Intervention der Ententestaaten zu beenden, antwortete das TKR, daß dafür das Außenministerium in Warschau zuständig sei.<sup>227</sup>

Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß die ukrainische Seite die von der englischen Gesandtschaft vorgesehene Unterstellung Ostgaliziens unter eine provisorische Verwaltung der Entente akzeptiert hätte. Die Westukrainer strebten eine militärische Lösung an, da sie bei der Entente weniger Unterstützung zu finden meinten als deren Verbündeter Polen. Auch die Sanlinie wurde von der auf ethnographische Grenzen bedachten westukrainischen Führung nur als Provisorium bis zur endgültigen Grenzfestlegung auf der Pariser Friedenskonferenz angesehen, da eine kompakte ukrainische Bevölkerung westlich des Sans siedelee. Weder die von

<sup>225</sup> Vgl. Oberkommando der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien, Aufklärungsabteilung. Vertraulich. Standort, 4.3.1919. Nachrichten zur galizisch-ukrainischen Armee, zusammengetragen bis zum 1.3.1919. CAW, Dowództwo Wojsk Polskich na Galicję Wschodnią, sygn. I.304.1.12, s. 1-2 Rückseite.

<sup>226</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 69.

<sup>227</sup> Vgl. Brief des TKR an das KNP in der Frage der Ankunft einer englischen Gesandtschaft in Lemberg. Lemberg, den 20. 12.1918, in: *Sprawy polskie na konferencji pokojowej*, Bd. II, S. 223f.



der englischen Mission vorgeschlagene Demarkationslinie, die Lemberg auf der polnischen Seite beließ und das Ölgebiet unter die Verwaltung einer englisch-amerikanischen Kommission stellen wollte, seien annehmbar. Das Staatssekretariat rechtfertigte die eigene Position mit dem Hinweis auf die weitgehenden Minderheitsrechte im eigenen Staat. Allein ein auf dieser Grundlage abgeschlossener Waffenstillstand verleihe der Ukraine die notwendige Kraft zu einer erfolgreichen Aktion gegen den Moskauer Bolševismus, gegen den sie bereits offiziell Krieg führe.<sup>228</sup>

Johnson und Biederman unterstanden Oberst Wade, der Mitte Januar 1919 in Warschau mit Piłsudski eine Konferenz über die Ostgalizienfrage abhielt. Dabei äußerte Wade seinen Willen, zwischen Polen und Ukrainern zu vermitteln. Piłsudski selbst zog offenbar eine militärische Lösung vor, was sein Bedauern darüber zeigt, daß es Rozwadowski vor Wades Vermittlungstätigkeit nicht gelingen werde, vollendete Tatsachen zu schaffen. In der von Wade angedachten Neutralisierung sowohl Lembergs als auch des Rohölgebiets von Boryslav sah Piłsudski eine Entscheidung gegen Polen und stellte fest, daß „jede Regierung, die eine solche Entscheidung akzeptiere, unter dem Einfluß der Empörung der polnischen Meinung fallen werde“. Aus militärischer Sicht müßten bedeutende Truppen gegen die Ruthenen entsandt werden, gleichzeitig sei die Front gegen die Bolševiki im Nordosten jedoch entschieden zu schwach.<sup>229</sup>

Chancen für eine polnisch-ukrainische Verständigung resultierten letztlich aus der zeitweiligen Schwäche des polnischen Staates, der sich bei vergleichsweise geringen militärischen Kräften einer Vielzahl aktueller und potentieller Konfliktherde gegenüber sah. Die sich daraus ergebenden politischen und militärischen Konsequenzen für den polnisch-ukrainischen Krieg um Ostgalizien standen im Mittelpunkt einer Beratung des TKR vom 19. Januar 1919, an der auch Rozwadowski teilnahm. Der polnische Generalstab strebte im Januar 1919 eine Beilegung des Krieges um Ostgalizien an, da er eine Aufrechterhaltung der Front für unmöglich erachtete. Ungeachtet der möglichen politischen Konsequenzen beauftragte der polnische Generalstab Wade, mit der ukrainischen Seite über einen Waffenstillstand zu verhandeln, um so die nötigen Kräfte gegen einen bolševistischen Angriff aus Litauen frei zu machen. Aus militärischer Sicht müsse Lemberg in ihrer Hand und die Demarkationslinie kurz und vom Gebiet her vorteilhaft sein. Piłsudski scheint, zumindest im Vergleich mit der Gefahr aus dem Osten, die Kämpfe in Ostgalizien als unnötig angesehen zu haben. Das Mitglied des TKR Stanisław Głazewski sah es als tragisch an, daß um jeden Preis mit den Ruthenen Frieden geschlossen werden müsse. Dem entgegen warnte Skarbek vor dem Abschluß einer Übereinkunft mit den Ukrainern, da eine etwaige Verschiebung der Armee nach

---

<sup>228</sup> Vgl. Staatssekretariat an Oberkommando der galizischen Armee [Kopie ohne Angabe von Datum und Ort]. CDAVOV, fd. 2188, op. 1, spr. 7, ark. 69-70.

<sup>229</sup> Vgl. Piłsudski an den Leiter der polnischen Mission in Paris Kazimierz Dłuski. Belweder, den 17.1.1919. AAN, Akta Piłsudskich. Adiutantura Belwederu, sygn. 2, S. 13: Als die dringlichsten Aufgaben der polnischen Armee sah er die Aktion in Ostgalizien, die Behauptung der Grenzen in Wolhynien, die Hilfe für die Großfürstentümer Posen, Schlesien und Westpreußen, die Schaffung von militärischen *fait accomplis* in den nordöstlichen Kresy wenigstens bis zu den Gebieten Suwalki und Grodzinski sowie das Aufhalten der bolševistischen Welle in Polen.

Norden dem Bolševismus den Weg aus dem Süden eröffnen würde. Hausner und Rozwadowski vertraten die Ansicht, daß die Festlegung einer Demarkationslinie die zukünftige Landesgrenze vorentscheide. Die Demarkationslinie wollten Vertreter des TKR so weit wie möglich nach Osten verlagert sehen. Ebenso wie Skarbek fürchtete auch Hausner eine Verbreitung des Bolševismus in ganz Galizien.<sup>230</sup> Ungeachtet der verzweifelten militärischen Situation zogen weder die politische noch die militärische Führung einen Verzicht auf Lemberg in Erwägung.

Skarbek berichtete Paderewski am 21. Januar 1919 über das Verhältnis der Delegierten der englischen Militärmission zu dem polnisch-ukrainischen Streit. Wade vernachlässige, daß sie Verbündete der Entente seien, die Ukrainer hingegen gemeinsam mit dem Metropoliten vier Kriegsjahre lang treue Verbündete Österreichs und Preußens gewesen seien. Aus einer Konferenz mit zwei höheren ukrainischen Offizieren vom 19. Januar habe Wade den Eindruck gewonnen, daß wegen der weit auseinanderliegenden Forderungen von Ukrainern und Polen eine Übereinkunft unmöglich sei. Darum solle ein Vertreter der Entente eine mittlere Demarkationslinie festlegen und deren Streitkräfte das Rohölgebiet von Drohobyč-Boryslav besetzen. Skarbek versuchte Paderewski zur Einflußnahme auf den Generalstab zu bewegen, der keinen für die polnische Gesellschaft in Ostgalizien unannehmbaren Waffenstillstand schließen solle. Eine zu weit nach Westen verlagerte Linie könne in der polnischen Gesellschaft eine gewaltsame Reaktion hervorrufen, wenn schon nicht revolutionär, so jedenfalls mit unabsehbaren Folgen. Sollten Lemberg oder das Rohölgebiet Drohobyč-Borislaw an die Ukrainer abgegeben werden müssen, so fürchtete er sogar die Desorganisation der Armee sowie als Folge den direkten Weg in den Bolševismus.<sup>231</sup>

Eine ähnliche Argumentation wie Skarbek verfolgte Stanisław Wańkowicz, dem zufolge die militärischen Kräfte der Ruthenen schwänden, sie selbst aber stärker würden. Die Abgabe auch nur eines Teiles von Ostgalizien rief revolutionäre Bewegungen unter Bevölkerung und Armee hervor.<sup>232</sup> Wańkowski hielt einen Waffenstillstand zwischen Polen und Ukrainern nur als Diktat der Ententestaaten für möglich, unter dem Vorbehalt, daß eine etwaige Demarkationslinie die Frage der Grenzen nicht vorentscheide.<sup>233</sup> Dieser Vorbehalt, dessen waren sich sowohl Ukrainer als auch Polen gewiß bewußt, hätte wohl deklarative Funktion besessen und vorrangig der Beruhigung der eigenen Gesellschaft dienen können.

Die Haltung der Ukrainer und der Polen wurde im wesentlichen durch die militärische Lage bestimmt: Während die polnische Seite Bereitschaft zum Abschluß eines Waffenstillstands zeigte, behielten die Westukrainer ihre unnachgiebige Haltung bei. „Nove Żyttja“ kommentierte die Verlegung der Gespräche zwischen der englischen Mission und dem Oberkommando der westukrainischen Ar-

---

<sup>230</sup> Vgl. Protokoll einer Sitzung des TKR vom 19.1.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 50-56.

<sup>231</sup> Vgl. Skarbek an Paderewski. Lemberg, den 21.1.1919, in: *Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego*, Bd. II, S. 16-20, S. 18.

<sup>232</sup> Vgl. Stanisław Wańkowicz an Polnisches Außenministerium. Lemberg, den 26.1.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 71-73.

<sup>233</sup> Vgl. Wańkowicz an Polnisches Außenministerium. Lemberg, den 3.2.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 76.

mee auf den 27. Januar aus einer Position der Stärke heraus. Die Zeitung verlangte, das ganze Volk zu bewaffnen, den Krieg massiv zu führen und schnell zu beenden.<sup>234</sup> Über die Darstellung des polnisch-ukrainischen Krieges als nicht nur nationalen, sondern auch sozialen Kampf für eine grundlegende Agrarreform sollte die überwiegend bäuerliche Bevölkerung mobilisiert werden: „Es lebe die Ukrainische Volksrepublik ohne Knechte (ukr. *chlop*) und Herren-Großgrundbesitzer“.<sup>235</sup> „Nove Žyttja“ kritisierte am Vorabend der Wiederaufnahme der Verhandlungen die englische Mission, weil diese nicht auf dem Standpunkt stehe, daß jeder Bezirk von der Nation verwaltet werden solle, die jeweils die örtliche Bevölkerungsmehrheit stelle. Sogar nach polnischen Statistiken reiche ihre Grenze über den San und die Lemkivščyna hinaus. Von einem Friedenskongreß erwarteten die Westukrainer eher die Durchführung eines Plebiszits in allen strittigen Gebieten als die Festsetzung einer Demarkationslinie zwischen beiden Streitparteien. Die Entente sollte ihnen den Besitz der ihnen gemäß dem ethnographischen Prinzip zustehenden Territorien bestätigen. Das Oberkommando der eigenen Armee sollte jede Grenzziehung ablehnen, durch die ethnographisch ukrainische Gebiete entweder Polen zuerkannt oder durch eine Neutralisierung zu strittigen Territorien würden.<sup>236</sup>

Die auf den 23. Januar einberufene Sitzungsperiode der UNRada wurde bis zur Rückkehr der ostgalizischen Delegation aus Kyjiv auf den 4. Februar 1919 vertagt.<sup>237</sup> Das offiziöse „Republyka“ berichtete in seiner ersten Nummer vom 2. Februar 1919 auf mehreren Seiten über den Feiertag der Vereinigung in Kyjiv. Mehr Interesse brachten die Westukrainer jedoch der Anwesenheit von Entente-Gesandtschaften entgegen, die im Januar und Februar 1919 im ukrainisch-polnischen Konflikt um Ostgalizien eine rege Vermittlungstätigkeit entfalteten. Wie gering die Aussichten auf eine politische Lösung waren, verdeutlicht die Position des Staatssekretariats, das als provisorische Grenzlinie den San forderte.<sup>238</sup> Der Präsident des Rates der Staatssekretäre Holubovyč erhob in einer Rede vor der UNRada vom 4. Februar 1919 noch weitergehende Forderungen. So lange, wie ihr Land nicht von der polnischen und rumänischen „Invasion“ befreit und das ungarisch-ukrainische Gebiet nicht an den ukrainischen Staat angegliedert sei, dürfe niemand von ihnen ruhen. Die nationalen Minderheiten wurden „im allgemeinen Staatsinteresse“ zur Mitarbeit an Legislative und Exekutive aufgefordert.<sup>239</sup>

Die Errichtung der ukrainischen Staatlichkeit auf dem ganzen überwiegend von Ukrainern bewohnten Territorium der vormaligen Habsburgermonarchie blieb Anfang 1919 das Ziel der westukrainischen Politik. Eine Ausnahme bildete Kost' Levyc'kyj, der nach seinem Rücktritt als Präsident des Staatssekretariats in Wien Bereitschaft äußerte, Ostgalizien durch eine Demarkationslinie zwischen Ukrainern

<sup>234</sup> Vgl. Do zbroji, in: Nove Žyttja, Nr. 18, 25.1.1918.

<sup>235</sup> Vgl. Vjina z Polakamy, in: Nove Žyttja, Nr. 11, 17.1.1919.

<sup>236</sup> Vgl. V spravi perehovoriv, in: Nove Žyttja, Nr. 19, 26.1.1919.

<sup>237</sup> Vgl. Zachidna Ukrajina i trudovoj kongres, in: Nove Žyttja, Nr. 13, 19.1.1919.

<sup>238</sup> Vgl. Urjadovjy viddil: Ukrajs'ko-pol's'ki perehovory pro peremirja, in: Republyka, Nr. 1, 2.2.1919.

<sup>239</sup> Vgl. Mova Prezydenta Rady Derž[avnych] Sekretariv D-ra I. Holubovyča vyhološena na zasidannju UNR[ady] d. 4. Ijutoho 1919 r., in: Republyka, Nr. 4, 6.2.1919 sowie Nr. 5, 7.2.1919 (Dokinčennja).

und Polen zu teilen. Streitkräfte der Entente sollten einen wenige Kilometer breiten Streifen zwischen ukrainischer und polnischer Einflußsphäre besetzen. Nach Ansicht Levyc'kyjs sollte Lemberg zum polnischen, Boryslav zum ukrainischen Teil gehören. Die Entscheidung der Entente über die staatsrechtliche Zugehörigkeit Ostgaliziens sollte durch eine etwaige ukrainisch-polnische Einigung nicht tangiert werden. In dem Gespräch mit Korytowski sollte Levyc'kyj gesagt haben, daß die ostgalizischen Ukrainer sich völlig an die „russische Ukraine“ angeschlossen hätten und nach der Bildung eines ukrainischen, mit dem künftigen Rußland föderativ verbundenen Staates strebten. Infolge der monatelangen Kämpfe hielt Kost' Levyc'kyj es für unmöglich, Anhänger für den Anschluß Ostgaliziens an Polen zu finden.<sup>240</sup>

Was ihn, der selbst noch kurz zuvor Ausgleichsversuche Skarbeks brüsk zurückgewiesen hatte, zur Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der polnischen Botschaft bewegte, ist unklar. Möglicherweise wollte er dem Diktat einer aus ukrainischer Sicht ungünstigen, weil Boryslav entweder der Kontrolle der Entente unterwerfenden oder dem polnischen Einflußgebiet zuordnenden Demarkationslinie durch die Entente durch die Initiierung einer ukrainisch-polnischen Übereinkunft zuvorkommen. Das Staatssekretariat bezweifelte die Authentizität der in die Presse gelangten Äußerungen Levyc'kyjs. Wie weit dieser von der offiziellen politischen Linie der westukrainischen Regierung abgewichen war, verdeutlicht die Feststellung des Staatssekretariats, das seinem vormaligen Präsidenten sogar das Recht auf private Konsultationen zu ukrainisch-polnischen Gesprächen absprach:

„Die ukrainische Regierung des westlichen Gebiets der UNR steht in Übereinstimmung mit dem Willen des ukrainischen Volkes unerschütterlich und weiter auf dem bisherigen Standpunkt, daß allein die Anerkennung der ukrainischen staatlichen Souveränität auf dem ganzen ukrainischen ethnographischen Territorium den Ausgangspunkt bei Gesprächen über einen ukrainisch-polnischen Frieden bilden kann“.<sup>241</sup>

#### 2.4.2 Die Barthélemy-Gesandtschaft Februar 1919

Die Situation der in Lemberg eingeschlossenen polnischen Truppen verschlechterte sich im Februar so sehr, daß Rozwadowski das Verlassen der Stadt für das Vernünftigste und militärisch Notwendige ansah, um wenigstens die Kader zu retten, über die er noch verfügte. Wenn nicht bald Verstärkung eintreffe, dann verlängere ein kurzer Waffenstillstand nur die Agonie. Die Aufgabe Lembergs schloß er aus einer stark antiukrainischen Haltung heraus aus: „[...] Eher werden wir alle hier fallen, als die Stadt den Hajdamaken überlassen.“<sup>242</sup>

Ein nachdrücklicher Anstoß zu ukrainisch-polnischen Verhandlungen konnte nur von außen erfolgen, vor allem von verschiedenen Ententemissionen vor Ort.

<sup>240</sup> Vgl. Depesche Gałeckis an Padarewski. Wien, den 8.2.1919, in: *Polskie sprawy na konferencji pokojowej*, Bd. II, S. 235f. Zum Verhältnis von West- und Ostukraine untereinander siehe oben sowie 3.5 dieses Kapitels.

<sup>241</sup> Vgl. Urjadovij viddil. Komunikat, in: *Republyka*, Nr. 10, 13.2.1919.

<sup>242</sup> Vgl. Rozwadowski an Major Iwanowski. Lemberg, den 23.2.1919. AAN, Archiwum Ignacego Paderewskiego, sygn. 954, S. 10-13.

Eine Warschauer Notiz enthielt Informationen über die interalliierte Mission unter dem französischen General Joseph Barthélemy, die Material über die in Polen herrschenden Beziehungen in politischer, wirtschaftlicher, militärischer und kultureller Hinsicht sammeln sollte. Barthélemy drücke den Polen gegenüber offene, im Augenblick vielleicht noch traditionelle Freundschaft aus: „Unsere Feinde, die Ruthenen, sieht er als Wilde (poln. *dzicz*) an und behandelt sie als solche“. Die Mission werde weder die inneren noch die äußeren Angelegenheiten Polens gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas beeinflussen.<sup>243</sup> Rozwadowski berichtete Paderewski, daß die französisch-englische Mission die polnischen Truppen in Lemberg mit Waffen unterstütze und ihnen sehr gute Dienste leisten könne.<sup>244</sup>

Die Tätigkeit dieser Gesandtschaft ging jedoch über das Sammeln bloßer Fakten weit hinaus; sie entfaltete eine rege Vermittlungstätigkeit, um Ukrainer und Polen zum Abschluß eines Waffenstillstands zu bewegen. Bereits Anfang Februar scheiterte eine erste Verhandlungsinitiative der Barthélemy-Mission, die sich daraufhin über Krakau nach Warschau begab. „Republyka“ verlautete am 13. Februar 1919 offiziell, daß Nachrichten über Verhandlungen mit den Polen jedweder Grundlage entbehrten. Es werde keinerlei Gespräche mit den Polen geben, solange diese auch nur einen Fußbreit ihres Landes besetzt hielten. Die bereits offiziell kommunizierten Verhandlungen in Lemberg seien nicht mit den Polen, sondern mit einer englisch-französischen Kommission auf deren Einladung hin geführt worden.<sup>245</sup>

In Warschau beriet die interalliierte Kommission unter Barthélemy am 15. Februar 1919 über ein Waffenstillstandsprojekt. Vorgesehen war eine Demarkationslinie, die jedoch nur provisorischen Charakter tragen sollte, ohne die Entscheidungen der Friedenskonferenz vorherzubestimmen. Die Pazifizierung des Landes mit polnischen Streitkräften hielt er für unwahrscheinlich, da die dazu erforderliche Division vor Ablauf von sechs Wochen nicht gebildet werden könne. Der Vermittlungsvorschlag sollte als Forderung gestellt werden, um die ostgalizisch-ukrainischen Politiker von ihrer Verantwortung den eigenen Soldaten gegenüber zu befreien. Trotz der geringen Erfolgsaussichten befürwortete er diese Lösung, um die so freiwerdenden ukrainischen Streitkräfte gegen die Bolšewiki verwenden zu können. Wie sehr Barthélemy auf der polnischen Seite stand, zeigt, daß er die Befriedung Ostgaliziens durch eine rumänischen Division als das Beste ansah.<sup>246</sup>

Die Barthélemy-Mission unterbreitete dem Oberkommando der westukrainischen Armee am 18. Februar telegraphisch eine sofortige Waffenruhe.<sup>247</sup> Einen Tag später befaßte das Staatssekretariat sich mit der Frage ukrainisch-polnischer Waffenstillstandsverhandlungen. Von der Bedeutung der Beratungen zeugt die Anwesenheit des Präsidenten der UNRada Petruševyč, der für eine Zurückweisung des

---

<sup>243</sup> Vgl. Informationen über die französisch-englische Mission des Generals Barthélemy. Warschau, den 1.2.1919. CAW, Teki Laudańskiego, sygn. I.440.12.12-13, teczka 0235, S. 81-83.

<sup>244</sup> Vgl. Rozwadowski an Paderewski. Lemberg, den 3.2.1919, in: Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. II, S. 34f.

<sup>245</sup> Vgl. Ukrainisches Pressebüro. 12.2.1919, in: Republyka, Nr. 10, 13.2.1919.

<sup>246</sup> Vgl. Protokoll Nr. 5 der Sitzungen der Interalliierten Kommission in Polen. Warschau, den 15.2.1919, in: Sprawy polskie na konferencji pokojowej, Bd. II, S. 238-241.

<sup>247</sup> Vgl. Republyka, Nr. 20, 25.2.1919.

Angebots eintrat: Solange die Polen sich nicht hinter den San zurückzögen, könnten sie nicht verhandeln. Die entschiedene Haltung der Westukrainer resultierte vor allem aus ihrer militärisch deutlich verbesserten Lage. Hinzu kam, daß der Leiter der Entente-Mission Barthélemy aus seinen Sympathien für die polnischen Bestrebungen keinen Hehl machte. Im Sitzungsprotokoll heißt es: „Gespräche mit polnophilen französischen Offizieren beenden.“<sup>248</sup> Daraufhin lehnte das Oberkommando der westukrainischen Armee eine Waffenruhe ab, da Verhandlungen auch bei Fortdauer der Kriegshandlungen geführt werden könnten.<sup>249</sup>

Dem aus der Ostukraine stammenden Oberkommandierenden der ostgalizischen Armee Mychajlo Omeljanovyč-Pavlenko erklärte die Mission daraufhin am 22. Februar 1919, daß eine Ablehnung des Waffenstillstandsangebots dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Ententestaaten gleichkomme. Am 25. Februar um sechs Uhr früh wurden alle militärischen Aktionen eingestellt.<sup>250</sup> Die Waffenruhe wurde am folgenden Tag bis zur Aufkündigung durch das Oberkommando der galizischen Armee verlängert.<sup>251</sup> Aussichten auf eine Einigung bestanden dagegen kaum. „Republyka“ kommentierte, daß selbst die Sanlinie nur ein Provisorium sei, da kein Ukrainer sich mit der „Zerstückelung des lebenden nationalen Organismus“ und dem Verbleib des „ukrainischen Lemken-Landes“ in polnischer Unfreiheit einverstanden erklären könne. Falls ihre „auf göttliches und menschliches Recht“ gestützte Forderung zurückgewiesen werde, würden sie den Krieg fortsetzen, bis der letzte Feind ihr Territorium verlassen habe.<sup>252</sup>

Zunächst fanden Gespräche zwischen der interalliierten Mission und Vertretern der polnischen Seite über den Verlauf einer Demarkationslinie statt. Wańkowicz, der die Einbeziehung Stryjs und der Eisenbahnlinie in Richtung Ungarn in den polnischen Einflußbereich gefordert hatte, teilte Paderewski am 22. Februar 1919 mit, vertraulich von der Bereitschaft Piłsudskis zum Verzicht auf diese Gebiete erfahren zu haben.<sup>253</sup> Skarbek berichtete am 24. Februar 1919 an Paderewski, daß die Ukrainer einer von der polnischen Seite geforderten Demarkationslinie nicht zustimmen könnten und eine Großoffensive vorbereiteten, die ohne bedeutende Hilfe nicht zurückgeschlagen werden könne. Ebenso wie Barthélemy ging Skarbek davon aus, daß die Waffenruhe nicht länger als fünf Tage andauern werde.<sup>254</sup> Wańkowicz schloß die Möglichkeit freiwilliger Vertragsabschlüsse aus. Während die Polen eine Demarkationslinie entlang des Flusses Styr forderten, bestanden die Ukrainer auf dem San und lehnten eine mittlere Linie ab. Die Mission müsse dann eine Demarkationslinie festlegen und, falls die Ukrainer das Angebot

<sup>248</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 19.2.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 7.

<sup>249</sup> Vgl. Republyka, Nr. 20, 25.2.1919.

<sup>250</sup> Vgl. Mitteilung über die Waffenstillstandsbedingungen von Kurmanovyč an die Kommandos des I., II. und III. Korps. CDAVOV, fd. 2188, op. 1, spr. 28, ark. 23-23 Rückseite.

<sup>251</sup> Vgl. Telegramm Kurmanovyč an I., II. und III. Korps. 26.2.1919, sieben Uhr morgens. CDAVOV, fd. 2188, op. 1, spr. 28, ark. 90.

<sup>252</sup> Vgl. Republyka, Nr. 20, 25.2.1919.

<sup>253</sup> Vgl. Telegramm Wańkowicz an Paderewski. Lemberg, den 22.2.1919, in: Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. II, S.46.

<sup>254</sup> Vgl. Skarbek an Paderewski. Lemberg, den 24.2.1919, in: Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. II, S. 47f.

ablehnten, ein Ultimatum stellen. Sollte dies fehlschlagen, so würden die Ukrainer sofort die Waffenruhe aufkündigen, Lemberg bombardieren und eine Großoffensive beginnen.<sup>255</sup>

Angesichts dessen, daß das Direktorium seine Macht in der Ostukraine nicht zu festigen vermochte, Kyjiv verlassen mußte und sich immer mehr an die Grenze zu Ostgalizien zurückgedrängt sah, richtete sich die Hoffnung der ostgalizischen Ukrainer auf Unterstützung im Kampf gegen Polen zunehmend auf die Friedenskonferenz. Die Entente sollte Lozyns'kyj zufolge einen Waffenstillstand gemäß den ethnographischen Verhältnissen herbeiführen. Am 26. Februar fand eine informelle Sitzung der Mission mit einer Delegation des Staatssekretariats statt. Von ukrainischer Seite nahmen an den Verhandlungen die Politiker Osyp Buračyns'kyj, der der Bukowina entstammte, Stepan Vytvyč'kyj, Lozyns'kyj, Ochrymovyč und Temnyc'kyj sowie die Militärs Oberst Hužkovs'kyj, Otaman Rožankovs'kyj, Oberst Sljusarčuk und Oberstleutnant Fiedler teil. Als Übersetzer fungierte der belgische Geistliche Franz Ksaver Bonn. Schon die Festlegung des Sans als Demarkationslinie bis zur endgültigen Regelung durch die Pariser Friedenskonferenz bildete aus Sicht der Ukrainer ein weitreichendes Zugeständnis, weil sie das auf der polnischen Seite verbleibende Lemkenland als ethnographisch rein ukrainisch ansahen. Am Abend des 26. Februar zwischen polnischen und ukrainischen Delegierten im Beisein der Ententekommission geführte Verhandlungen sah Lozyns'kyj im Rückblick als Farce: Auf die ukrainische Forderung nach der Sanlinie hätten die polnischen Vertreter mit der nach der Zbručlinie geantwortet.<sup>256</sup>

Die Frage der Zugbewegungen zwischen Lemberg und Przemyśl bildete wiederholt den Gegenstand von Beschwerden der westukrainischen Armee, die angesichts der bevorstehenden Offensive gegen Lemberg verhindern wollte, daß die polnische Seite die Waffenruhe ausnutzen könnte. Auf Proteste der ukrainischen Seite entgegnete die Barthélemy-Mission, daß auf der Strecke Przemyśl-Lemberg Züge mit Lebensmitteln in unbegrenzter Anzahl verkehren dürften, ebenso Züge mit Passagieren und Kurieren.<sup>257</sup> Omeljanovyč-Pavlenko wollte nur einen Zug mit Lebensmitteln täglich nach Lemberg lassen. Das Oberkommando der ostgalizischen Armee, das der Waffenruhe nur unter massivem Druck zugestimmt hatte, drohte bereits am 26. Februar mit dem Abbruch der Verhandlungen.<sup>258</sup> Wie gering die Aussichten auf eine erfolgreiche Vermittlungstätigkeit waren, davon zeugt, daß im Falle eines Abweichens von der Sanlinie die Waffenruhe unverzüglich aufgekündigt werden sollte.<sup>259</sup>

Die Ententemission diktierte eine Demarkationslinie, die gemäß Artikel 2 des Waffenstillstandsvertrags im wesentlichen durch die Flußläufe von Bug, Ka-

---

<sup>255</sup> Vgl. Telegramm von Wańkowicz an Paderewski. Lemberg, den 27.2.1919, in: Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. II, S. 50f.

<sup>256</sup> Vgl. Lozyns'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920, S. 74-76.

<sup>257</sup> Vgl. Telegramm von Fiedler an Stabschef der ostgalizischen Armee. Lemberg, den 25.2.1919, 23 Uhr. CDAVOV, fd. 2188, op. 1, spr. 28, ark. 88.

<sup>258</sup> Vgl. Telegramm des Oberkommandierenden der ostgalizischen Armee Omeljanovyč-Pavlenko an die ukrainische Delegation in Lemberg. Chodoriv, den 26.2.1919. CDAVOV, fd. 2188, op. 1, spr. 28, ark. 108.

<sup>259</sup> Vgl. Urjadovyj viddil. Perekhovory z misijeju Antanty, in: Republyka, Nr. 24, 1.3.1919.

minka und Bilyj, Eisenbahnlinsen und die Grenzen der politischen Kreise Žovkiv-Kamencec, Lemberg-Peremyśl, die Nordgrenze des Kreises Lemberg und die Ostgrenzen der Kreise Drohobyč und Turka beschrieben wurde. Lemberg und das Ölgebiet blieben damit auf der polnischen Seite. Weitere Bestimmungen verfügten die sofortige Freilassung aller Kriegsgefangenen und Internierten; niemand sollte wegen seiner Nationszugehörigkeit oder Teilnahme am Krieg benachteiligt werden dürfen. In einem Zusatzvertrag sollte festgelegt werden, daß die polnischen den ukrainischen Militärbehörden gegen Bezahlung die von diesen geforderte Menge an Öl zur Verfügung zu stellen hatten. Barthélemy suchte die Ukrainer zur Annahme des Waffenstillstandsprojekts zu bewegen, indem er die Anerkennung ihrer staatlichen Souveränität in Aussicht stellte. Außerdem würden Anstrengungen unternommen, die ukrainische Delegation zur Friedenskonferenz zuzulassen, eine ständige Vertretung in der Ukraine sollte über deren Wünsche und Bedürfnisse berichten, die Entente diplomatische Beziehungen mit der Ukraine aufnehmen.<sup>260</sup> Wie schon die Vorschläge Wades waren auch die Barthélemys deutlich zugunsten Polens. Beide waren sich dessen bewußt, daß die Polen eine militärische Lösung vorbereiteten, scheinen aber nichts unternommen zu haben, um polnische militärische fait accomplis zu verhindern.<sup>261</sup>

Aus Sicht des an den Verhandlungen mit der Ententemission beteiligten Lozys'kyj war die Waffenruhe ein Opfer seitens der Ukrainer gewesen. Seine Feststellung, daß der Weltkrieg sie in solche Umstände gestellt habe, daß sie mit Gewalt von allen Beziehungen mit den Ententestaaten abgeschnitten gewesen seien, ist jedoch nur zum Teil richtig. Vielmehr bedingten persönliche Animositäten zwischen führenden ukrainischen Politikern des Habsburgerreiches und deren loyale Haltung gegenüber der Habsburgerdynastie, daß es 1918 bei Überlegungen blieb, Beziehungen zur Entente anzuknüpfen. Wenn das Netz von Intrigen, mit dem Polen die Barthélemy-Mission umspinnen habe, sich als zu stark erweise, so müßten sie weiter mit ihrem Blut das erringen, was ihnen „nach aller Gerechtigkeit ohne den geringsten Zweifel gebührt“.<sup>262</sup>

Die Ententevertreter ließen den Ukrainern eine Frist bis zum 5. März 1919, um auf das Angebot der Entente zu antworten. Nach Erhalt dieses Vorschlags begab die ukrainische Delegation sich noch in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März von Lemberg nach Chodoriv zum Oberkommando der ostgalizischen Armee, das auf ihren Rat hin unverzüglich die Waffenruhe aufkündigte.<sup>263</sup> Der Rat der Staatssekretäre billigte am 2. März die Zurückweisung des Vorschlags der Barthélemy-Mission ohne Diskussion. Weiter wurde entschieden, vor den Ententestaaten gegen das Verhalten ihrer Gesandtschaft in Lemberg Protest einzulegen und zu erklären, daß sie zur Verteidigung ihres Landes den Krieg gegen Polen fortsetzen müßten. Weiter forderte die westukrainische Regierung die Entsendung einer

<sup>260</sup> Vgl. die ukrainische Übersetzung der Projekte des Waffenstillstandsvertrags sowie des Zusatzvertrags über das Öl bei: Lozys'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920, S. 78-80.

<sup>261</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 184.

<sup>262</sup> Vgl. M[ychajlo] L[ozys'kyj], *Konferenciji z Antantoju. Stanyslaviv*, 1. marta 1919, in: *Republyka*, Nr. 25, 2.3.1919.

<sup>263</sup> Vgl. CDAVOV, fd. 2188, op. 1, spr. 29, ark. 97: Oberkommando der ostgalizischen Armee an die Ententemission. Chodoriv, den 28.2.1919.



neuen Mission; das ukrainische Volk sollte in einem Manifest zur Landesverteidigung aufgerufen werden.<sup>264</sup>

Das Oberkommando der ostgalizischen Armee äußerte sich in einem Armeebefehl, der bezeichnenderweise mit den Worten „Eisen und Blut sollen über uns richten“ endete, über den Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen. Den Nutzen der Gespräche sah man in direkten Kontakten zwischen ukrainischer Armee und Bevölkerung auf der einen und Ententevertretern, die sich von dem Streben ihres Volkes nach einem freien Leben überzeugen können, auf der anderen Seite. Jedoch „kränke“ die vorgesehene Demarkationslinie ihre nationalen Gefühle, da Kaminka Strumylova, Lemberg und Drohobyč sowie weite ukrainische Territorien westlich dieser Orte bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz unter polnischer Herrschaft bleiben sollten. Außerdem hätte, indem die Aufteilung des polnischen Großgrundbesitzes vorerst untersagt worden wäre, eine Landreform nicht durchgeführt werden können.<sup>265</sup> Das Waffenstillstandsangebot war auch aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen unannehmbar.

Lozyns'kyj zufolge hätte sich die Stimmung in Bevölkerung und Armee andernfalls gegen die westukrainische Regierung gewandt. Hinzu kamen fehlendes Vertrauen in die Absichten der polnischen Politik, die man der Nichteinhaltung des Abkommens verdächtigte, und Zweifel, ob die Ostukraine ihre Staatlichkeit gegen Sowetrußland behaupten könne.<sup>266</sup> Die Äußerungen Lozyns'kyjs verdeutlichen, wie gering die Aussichten auf die Einrichtung eines ukrainischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg waren. Neben den äußeren Feinden Sowetrußland und Polen, gegen die beide ukrainische Staaten Krieg führten, sah zumindest die Westukraine sich offenbar von seiten ihrer eigenen Armee und Bevölkerung einem erheblichen Druck ausgesetzt, den sie wegen ihres Beharrens auf ethnographischen Grenzen zu einem nicht unerheblichen Teil selbst hervorgebracht hatte. In diesem Sinne kritisierte Kučabs'kyj das starre Festhalten der Westukrainer am „ethnographischen Prinzip“: Diese hätten nur an die Fortführung des Krieges gedacht, aber nichts getan, um etwaige Friedensschlüsse vorzubereiten.<sup>267</sup>

Auf die Antwort des ostgalizischen Oberkommandos hin warnte die Barthélemy-Mission vor einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen: Wenn die Aufkündigung der Waffenruhe nicht bis zum Abend des 1. März zurückgenommen werde, so verlasse die Mission am folgenden Tag Lemberg und mache die ukrainische Herrschaft vor den Ententestaaten für die Weiterführung des Krieges verantwortlich.<sup>268</sup> Vor dem Interalliierten Rat in Posen forderte Barthélemy eine harte

---

<sup>264</sup> Vgl. Urjadovjy viddil. Perekhovory z misijeju Antanty rozbyti, in: Republyka, Nr. 26, 4.3.1919 sowie das Kommunikat der interalliierten Unterkommission in Lemberg vom 1.3.1919 für die Lemberger Presse über den Abbruch der Verhandlungen durch die Ukrainer, in: Sprawy polskie na konferencji pokojowej, Bd. II, S. 253.

<sup>265</sup> Vgl. Chaj nas rozsudyty' želizo i krov! Komandujučyj Halyc'koju Armijeju Otaman Omeljanovyč-Pavlenko, Načal'nyk štabu: Oberst Kurmanovyč. Postij, 1. März 1919, abgedruckt in: Republyka, Nr. 26, 4.3.1919.

<sup>266</sup> Vgl. Lozyns'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920, S. 83f.

<sup>267</sup> Vgl. Kutschabsky, Westukraine, S. 258f.

<sup>268</sup> Vgl. Urjadovjy viddil. Perekhovory z misijeju Antanty rozbyti, in: Republyka, Nr. 26, 4.3.1919 sowie das Kommunikat der Interalliierten Unterkommission in Lemberg vom 1. März 1919 für die Lem-

und schnelle rumänische Intervention gegen die Ukrainer, wohingegen Lord und de Wiart der Berichterstattung in Paris den Vorzug gaben.<sup>269</sup> Ungeachtet der Drohungen der Ententemission strebten die Westukrainer nach dem Scheitern der Verhandlungen eine militärische Lösung an.<sup>270</sup>

Das Staatssekretariat begründete in einer Note an die Regierungen der Ententestaaten die eigene Position. Aus seiner Sicht bildete die projektierte Demarkationslinie keine militärische, sondern allein eine politische Linie, die, indem die Hauptstadt Lemberg und das Ölgebiet von Boryslav den Polen zugesprochen wurden, grundlegende polnische Anliegen erfüllte. Der westukrainische Staat verliere nicht nur seine wirtschaftliche Existenzgrundlage, sondern außerdem die Hälfte seines Territoriums und der eigenen Bevölkerung, so daß er keine für die Verteidigung der Grenzen nach Osten notwendige starke Armee aufstellen könne. Der Barthélemy-Mission warf die westukrainische Regierung vor, sich einseitig bei der polnischen Seite informiert zu haben, und stellte fest: „Wir sind dazu bereit, jeden Augenblick die Kriegshandlungen gegen die Polen einzustellen, aber auf der Basis einer gerechten Entscheidung, die unser Territorium von der polnischen Invasion befreit“.<sup>271</sup> In dem Artikel „Die Teilung Galiziens gemäß dem Projekt der Entente im Lichte der Statistik“ fragte Iljaryj Bačyns’kyj, was Selbstbestimmung der Völker heiße, wenn über eine Million Ukrainer unter polnische Fremdherrschaft gerieten und stellte fest, daß sich in der ukrainischen Armee nicht ein Soldat oder Offizier fände, der daraufhin nach Hause zurückkehren würde.<sup>272</sup>

Ungeachtet der Tatsache, daß die polnische Delegation die Bedingungen der Barthélemy-Mission angenommen hatte, bildete es eine Vereinfachung, die alleinige Verantwortung für das Scheitern der Gespräche auf der ukrainischen Seite zu suchen. Ausschlaggebend für die Zustimmung der polnischen Seite zum „Barthélemy-Frieden“ war vor allem die für sie ungünstige militärische Situation gewesen. Auch Skarbek beispielsweise erachtete die vorgesehene Übereinkunft als unbefriedigend. Sogar in der angespannten militärischen Situation vor Lemberg redeten einflußreiche politische Kräfte unter den galizischen Polen einer militärischen Lösung des Ostgalizienkonflikts das Wort, wegen Aspirationen auf die Zugehörigkeit des ungeteilten Ostgaliziens zum polnischen Staat. Die Allgemeinheit sah Skarbek zufolge in einem siegreichen Krieg den Probstein, ob die Entente der polnischen Sache geneigt sei. Alle Parteien seien in dieser Hinsicht so empfindlich, daß sogar die Bedingungen des am 28. Februar 1919 von der Ententemission diktierten Waffenstillstands als ungünstig galten, obwohl die Demarkationslinie Lem-

---

berger Presse über den Abbruch der Verhandlungen durch die Ukrainer, in: *Sprawy polskie na konferencji pokojowej*, Bd. II, S. 253.

<sup>269</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 185f.

<sup>270</sup> Die von der Mission geforderte Abgabe der Hälfte ihres Territoriums mit der alten Hauptstadt Lemberg und den Ölreichtümern in Boryslav unter die Herrschaft des polnischen „Agressors“ sei nicht annehmbar gewesen. Das ganze ukrainische Volk solle alle seine Kräfte sammeln und auf den Opferstein der Verteidigung des eigenen Landes vor der polnischen „Invasion“ legen. Vgl. (M[ychajlo] L[ozyns’kyj]) *Do dal’šoji borot’by!* Stanyslaviv, 3. marta 1919, in: *Republyka*, Nr. 26, 4.3.1919.

<sup>271</sup> Vgl. U[krajins’ke] P[resove] B[ijuro]. Stanyslaviv, 3. marta: *Nota Derž[avnoho] Sekretarijatu do deržav Antanty*, in: *Nove Žytтя*, Nr. 51, 5.3.1919.

<sup>272</sup> Vgl. Ilarij Bačyns’kyj: *Podil Halyčyny pislja projektu Antanty v svitli statystryky*, in: *Nove Žytтя*, Nr. 58, 13.3.1919.

berg und das Ölgebiet auf der polnischen Seite beließ. Skarbek zeigte sich später befriedigt über die ukrainische Zurückweisung des Waffenstillstandsprojekts der Barthélemy-Mission, weil so der ungünstige Eindruck ihrer eigenen Zustimmung nivelliert worden sei.<sup>273</sup> Daszyński wollte die polnischen Ostgrenzen in Verständigung mit den Nachbarstaaten festgelegt sehen. Unter Bezugnahme auf die Verhandlungen der Ukrainer mit den Ententestaaten stellte er aber am 5. März im Sejm fest: „Wir haben die Verpflichtung übereinstimmend, ohne Parteiunterschiede, festzustellen, daß der San keine Grenzlinie zwischen uns und der Ukraine ist und daß Polen Lemberg nicht abtritt“.<sup>274</sup>

„Słowo Polskie“ nahm Anfang März 1919 die Aufkündigung der Waffenruhe durch die Ukrainer mit Befriedigung auf. Der Kampf um Lemberg und Ostgalizien trete in ein für die Polen vielversprechendes Stadium: Mittlerweile habe Polen eine von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützte Nationalregierung. Das Parlament habe einmütig den Beschluß gefaßt, Alles zu tun, um die Zugehörigkeit Lembergs und Ostgaliziens zu Polen sicherzustellen. In Westgalizien sei die Musterung sehr vielversprechend ausgefallen, durch die Regelung der schlesischen Frage könne ein Teil der dortigen Kräfte an die ostgalizische Front verlagert werden. Nach der Pazifizierung der ehemals preußischen Landesteile könne ein Teil der Soldaten von Posen nach Lemberg verlagert werden. Hinzu komme die Hallerarmee<sup>275</sup>, deren Ankunft in Polen kurz bevorstehe, sowie neue Kräfte, die man über eine Musterung im ehemaligen Königreich Polen gewinnen wollte. Sogar auf sich allein gestellt könnten sie den Kampf mit den Ukrainern siegreich beenden, um so mehr mit Unterstützung der Entente.<sup>276</sup> Die von „Słowo Polskie“ vertretene Auffassung war keine Einzelmeinung, was darauf verweist, wie schwierig es war, den territorialen Ansprüchen nicht nur der Ukrainer, sondern auch der galizischen Polen gerecht zu werden.

Im von westukrainischen Truppen eingeschlossenen Lemberg verschlechterten sich die Beziehungen zwischen ukrainischen und polnischen politischen Repräsentanten zusehends. Auf Beschluß des Exekutivkomitees der USDP legte Mykola Hankevyč sein Amt im Stadtrat nieder, gefolgt von Sydir Hromnyč'kyj, dem Geistlichen Teodozij Ležohub's'kyj, Vasyl' Nahirnyj, Josyf Onyškevyč und Stepan Fedak. In einem Schreiben an Ratspräsident Neumann kritisierten sie polnische Regierungsinstitutionen vor Ort ebenso wie die Warschauer Regierung, die die polnischen Mitglieder des vormaligen österreichischen Abgeordnetenhauses aus Ostgalizien als vollberechtigte Vertreter der Landesinteressen, mithin auch der ukrainischen Bevölkerung in den Warschauer Sejm berufen habe. Darin sahen die ukrainischen Ratsmitglieder das Streben, die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Ostgaliziens zugunsten der Republik Polen vorzuentcheiden, in der die Ukrainer

---

<sup>273</sup> Vgl. Bericht des Delegierten des Außenministeriums Skarbek in der Angelegenheit der Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen Polen und Ukrainern [ohne Datum]. AAN, KOD, sygn. 58, S. 46-51.

<sup>274</sup> Vgl. Najdus, Ignacy Daszyński, S. 407.

<sup>275</sup> Die Hallerarmee war eine polnische Armee, die in Frankreich unter dem Oberbefehl Józef Hallers für den Kampf gegen die Bolševiki gebildet wurde. Ende April trafen ihre ersten Einheiten in Polen ein. Vgl. Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 219.

<sup>276</sup> Vgl. W. K., Zerwane układy, in: Słowo Polskie, Nr. 62, 4.3.1919.

sich aller politischen Rechte entzogen sehen müßten. Die gleiche politische Tendenz gegenüber der ukrainischen Bevölkerung bestehe im Lemberger Stadtrat, der die Neuaufnahme 50 neuer Mitglieder beschlossen habe, unter ihnen kein Ukrainer. Wie die Anordnung des Ratspräsidenten Neumann über die Entfernung aller fremdsprachigen Schriftzeichen und deren Ersetzung durch Schilder mit polnischer Schrift zeige, wolle der Stadtrat alles Ukrainische in der althehrwürdigen Hauptstadt der ukrainischen Herrscher unterdrücken.<sup>277</sup>

#### 2.4.3 Kernans Vermittlungsinitiative

Vom 10. bis 20. März 1919 scheiterte die ukrainische Offensive vor Lemberg. In die allgemeine Ratlosigkeit der westukrainischen Politiker traf ein Telegramm des Obersten Rats vom 19. März aus Paris ein, der erneut seine Vermittlungstätigkeit anbot. Beide kriegführenden Seiten wurden um die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen vor Lemberg gebeten, ihre Armeen sollten für die Dauer der Waffenruhe in ihren Stellungen bleiben, die Eisenbahnverbindung zwischen Przemysl und Lemberg für die alltägliche Versorgung der Stadt Lemberg frei bleiben. Die Waffenruhe sollte dann in einen Waffenstillstand umgewandelt werden. Der Oberste Rat hatte angeboten, beide Streitparteien anzuhören und zwischen einer polnischen und ukrainischen Delegation in Paris zu vermitteln.

Die westukrainische Regierung bekräftigte in ihrer Antwort an die Entente-regierungen ihre Bereitschaft zur Einstellung der Kampfhandlungen an der gesamten polnisch-ukrainischen Front. Sie werde eine eigene Delegation zu Verhandlungen in Paris ernennen, sobald die polnische Seite den Vorschlag des Obersten Rats angenommen habe.<sup>278</sup> Dmowski berichtete aus Paris, daß der an Rozwadowski und Omeljanowyč-Pavlenko gerichtete Aufruf, die Kampfhandlungen einzustellen, vor allem dem Wunsch zur Rettung Lembergs entspringe. Er suchte Befürchtungen über eine vermeintliche Gleichbehandlung von Ukrainern und Polen zu zerstreuen.<sup>279</sup> Insbesondere die galizischen Polen zeigten sich nach Abbruch der Verhandlungen mit der Barthélemy-Mission unangenehm berührt, daß der Aufruf des Obersten Rats vom 19. März 1919 unter Umgehung der polnischen Regierung und des Polnischen Nationalkomitees in Paris direkt an die Kommandierenden an der galizischen Front gerichtet worden war. Die polnische öffentliche Meinung in Ostgalizien sah darin eine „Belohnung“ für die vorausgegangene „Ignorierung der Entente“.<sup>280</sup>

Paderewski merkte schon am 21. März 1919 in einer Radiodepesche an das Polnische Nationalkomitee in Paris an, daß der Wortlaut der Depesche einen schlechten Eindruck hervorgerufen habe, da Polen auf einer Ebene mit der Ukraine

<sup>277</sup> Vgl. Rezygnacja ukrajins'kich radnych mista L'vova, in: Vpered, Nr. 71, 5.3.1919.

<sup>278</sup> Vgl. Lozyns'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920, S. 85f.

<sup>279</sup> Vgl. Dmowski an Paderewski. Paris den 27.3.1919, in: Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. II, S. 67f.

<sup>280</sup> Vgl. Bericht des Delegierten des Außenministeriums Skarbek in der Angelegenheit der Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen Polen und Ukrainern [ohne Datum]. AAN, KOD, sygn. 58, S. 46-51.

behandelt werde.<sup>281</sup> Angesichts dessen, daß die Verhandlungsbereitschaft der Ukrainer vorrangig durch das militärische Erstarken der polnischen Seite bedingt war, die ihrerseits nun weniger Interesse an einer politischen Lösung zeigte, besaßen die Verhandlungen am 27. März in Chyryv unter Anwesenheit des amerikanischen Generals Francis Joseph Kernan zwischen ukrainischen und polnischen Delegierten kaum Erfolgsaussichten. Nicht nur die Lemberger Nationaldemokraten, sondern auch die Krakauer Konservativen drangen nun auf eine militärische Lösung. „Czas“ benannte als das Ziel im Kampf mit dem „russisch-ukrainischen Bolševismus“ die Vergrößerung der Republik Polen bis zu Grenzen, die ihr Lebens- und staatliche Kraft sicherten. Dazu jedoch müßten die ukrainischen Kräfte weit nach Osten zurückgedrängt und Boryslav eingenommen werden.<sup>282</sup>

Die ukrainische Seite vertraten in Chyryv General Gembačev, Oberstleutnant Fiedler, Oberstleutnant Karl Doležal' und Oberst Malec'kyj sowie als politischer Delegierter der stellvertretende Staatssekretär für Äußeres Lozyns'kyj. Als Übersetzer fungierte erneut der Geistliche Bonn. Die polnische Seite repräsentierten Oberst Kuliński, Major Mariański, Kapitän Rozwadowski, Oberst Korotkiewicz sowie als politischer Delegierter Skarbek. Oberst Kuliński erklärte die Bereitschaft der polnischen Seite zum Abschluß einer Waffenruhe, wenn die ukrainische Seite innerhalb von drei Tagen nach Einstellung der Kampfhandlungen die Waffenstillstandsbedingungen vom 28. Februar 1919 als Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen annehme. Lozyns'kyj bekräftigte im Namen der ukrainischen Seite gemäß dem Telegramm des Obersten Rats vom 20. März 1919 deren Willen zum sofortigen Abschluß einer Waffenruhe und der Aufnahme von Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Paris. Dagegen teilte die polnische Seite mit, daß sie keine so weitreichenden Vollmachten besäße und in dieser Frage erst mit der eigenen Regierung Rücksprache halten müsse. Die Schuld dafür, daß es nicht zur Einigung über eine Waffenruhe kam, wiesen die Ukrainer der polnischen Seite zu, die die Plattform der Depesche der Ententevertreter vom 19. März 1919 zurückgewiesen habe.<sup>283</sup>

Die Festsetzung eines Waffenstillstands mit einer für die polnische Seite ungünstigeren Demarkationslinie als der vom 28. Februar 1919 erachtete Skarbek für unmöglich. Im Gegenteil bildete es das Ziel der polnischen Delegation in Chyryv, über schon bei den Verhandlungen mit der Barthélemy-Mission eingeforderte Korrekturen, wie die Belassung der Eisenbahnlinie Stryj-Lavečne auf der polnischen Seite, eine Verbesserung der Waffenstillstandsbedingungen zu erreichen. Schon eine längere Waffenruhe beurteilte er als negativ, weil die ukrainische Armee sich konsolidieren, dann Lemberg von Przemyśl abschneiden und vollständig erobern könne. In gesellschaftlicher Hinsicht drohe ein Sturz der derzeitigen polnischen Regierung, die dann links von ihr stehende Kräfte übernahmen. Am schwerwiegendsten schienen die politischen Konsequenzen, weil eine Demarkationslinie sich

---

<sup>281</sup> Vgl. Radiodepesche Paderewski an Polnisches Nationalkomitee in Paris. Warschau, den 21.3.1919, in: Sprawy polskie na konferencji pokojowej, Bd. II, S. 274f.

<sup>282</sup> Vgl. Złamanie ofenzywy ukraińskiej, in: Czas, Nr. 74, 21.3.1919.

<sup>283</sup> Perekhovory v spravi zavišennja oružy, in: Republyka, Nr. 49, 30.3.1919.

zu einer Grenze verfestigen könne, wenn die Entente den westukrainischen Staat anerkenne.

Aus diesem Grunde war die polnische Seite bestrebt, die Verlagerung der Verhandlungen aus Galizien nach Paris und die Einschaltung eines Vermittlers in die polnisch-ukrainische Auseinandersetzung zu vermeiden. Nur dann, wenn die Entente die Durchführung des Waffenstillstands, der die Südostgrenze des polnischen Staates nicht vorherbestimmen dürfe, garantiere, dürften sie die Demarkationslinie akzeptieren. Skarbek stand dem Abschluß eines Waffenstillstands skeptisch gegenüber, da dann Galizien zum Korridor für russische und ukrainische Bolševiki werde. Sein Bericht entstand nach der Annahme der Vermittlungsinitiative des Obersten Rats durch die ukrainische, aber vor der Übergabe einer Antwort durch die polnische Delegation. Nach Ansicht Skarbeks sollte Paderewski der Entente verdeutlichen, daß ihr Druck auf Polen, einen Waffenstillstand mit den Ukrainern abzuschließen, ihren eigenen Interessen schade, und entschieden dagegen protestieren, daß Polen auf einer Ebene mit den Ukrainern behandelt werde. Die Hallerarmee sei unverzüglich nach Polen zu entsenden, das mit Kriegsmaterial unterstützt werden müsse, „weil die einzige Lösung der ukrainischen Frage für uns eine starke Offensive ist“.<sup>284</sup>

Die Weigerung der polnischen Delegierten, auf das Vermittlungsangebot des Obersten Rats einzugehen, bildete für die ukrainische Seite eine Überraschung. In einem privaten Gespräch mit Lozyns'kyj äußerte Skarbek, daß die Westukrainen nun ihre letzte Chance hätten, der Barthélemy-Linie zuzustimmen. Andernfalls werfe sie die polnische Armee einen Monat nach Ankunft der Hallerarmee in Polen aus Ostgalizien heraus. Westukrainische Regierungskreise sahen in Skarbeks Äußerungen jedoch nur ein taktisches Mittel, um den Gegner zu erschrecken.<sup>285</sup>

Es wäre eine Vereinfachung, das Telegramm des Obersten Rats vom 19. März allein auf eine pro-polnische Haltung der Entente im ukrainisch-polnischen Krieg zurückzuführen. Der französische Botschafter Noulens kritisierte in einem Gespräch mit Rozwadowski in Krakau den Abbruch der ukrainisch-polnischen Verhandlungen. Daraufhin bat das Oberkommando der polnischen Streitkräfte, seine Meinung in Gesprächen und Konferenzen mit maßgeblichen Kreisen zu berücksichtigen. Erstens mache es auf die öffentliche Meinung und die Armee einen schlechten Eindruck, wenn die polnische Seite nach Verbesserung ihrer militärischen Situation einer schlechteren Demarkationslinie als der vom 28. Februar 1919 zustimme. Zweitens riskierten sie für den Fall des Bruchs der Waffenruhe durch die Ukrainer ihr Übergewicht zu verlieren, so daß der Krieg verlängert werde.<sup>286</sup> Die nunmehr auf eine militärische Lösung des Ostgalizienkonflikts abzielende Politik der polnischen Seite stand jedoch in Gegensatz zur Erklärung der Großmächte vom Januar 1919, militärische *fait accomplis* in Verbindung mit Entscheidungen über die zukünftigen Grenzen nicht zu akzeptieren.<sup>287</sup> Während zuvor die Polen die

<sup>284</sup> Vgl. Bericht des Delegierten des Außenministeriums Skarbek zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen Polen und Ukrainern [ohne Datum]. AAN, KOD, sygn. 58, S. 46-51.

<sup>285</sup> Vgl. Lozyns'kyj, *Halyčyna v rr. 1918-1920*, S. 86-89.

<sup>286</sup> Vgl. Haller an Paderewski in der Frage des Abbruchs der Verhandlungen mit den Ukrainern. Warschau, den 1.4.1919, in: *Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego*, Bd. II, S. 76.

<sup>287</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 279.

Friedenskonferenz in der Verteidigung Lembergs gegen die westukrainische Armee auf ihrer Seite wußten, waren es nun die Westukrainer, die zumindest auf die Unterstützung der amerikanischen und britischen Politik hoffen konnten.

### 3. Der ukrainisch-polnische Krieg bis zur vollständigen Besetzung Ostgaliziens durch polnische Streitkräfte Mitte Juli 1919

#### 3.1 Die innere Entwicklung in der ZUNR

Die westukrainische politische Führung geriet, da im Krieg die erhofften Erfolge ausblieben sowie grundlegende politische und wirtschaftliche Reformen sich verzögerten, unter zunehmenden Druck oppositioneller Strömungen, insbesondere des SRS, der programmatische und taktische Elemente der Sozialdemokratie, der Sozialrevolutionäre und der Bolševiki miteinander verband. Der SRS beschuldigte die UNRada, daß sie gegenüber ukrainischen Bauern und Arbeitern feindlich eingestellt sei und der polnischen und der Ententebourgeoisie die Hand reiche. Er propagierte eine Orientierung auf das internationale Proletariat mit Sovetrußland als seiner Avantgarde; gegenüber den Machtverhältnissen in der Ostukraine nahm der SRS eine widersprüchliche Haltung ein. Seine politischen Forderungen waren demokratisch und gingen nicht über die schrittweise Einführung des Sozialismus hinaus. Für die ostgalizische ukrainische Intelligencija dagegen war das Bestehen eines eigenständigen ukrainischen Staates ein politisches Anliegen, das verglichen mit dessen Regierungsform oder Gesellschaftsaufbau deutlich Vorrang besaß. Es kam zu einer Teilung in zwei gegenläufige Orientierungen: auf die Entente und auf die Bolševiki.<sup>289</sup>

Ende März berieten führende politische Parteien der ostgalizischen Ukrainer, welche Politik sie angesichts von Machtübernahme und Krieg verfolgen sollten. Den Anfang machte am 23. des Monats die URP, die die westukrainische Regierung aufrief, unter der Losung der Landreform schnellstmöglichst demokratische Wahlen zur UNRada auszuschreiben. Weiter sollte ein Gesetz erlassen werden, das dem Großgrundbesitz bis zu seiner Enteignung verbot, Land zu verkaufen oder zu verpachten. Offenbar mit dem Ziel, die Bauern zum Eintritt in die westukrainische Armee zu bewegen, sollten in erster Linie Soldaten Land erhalten. Das Staatssekretariat sollte Maßnahmen ergreifen, um die Lage der notleidenden Bevölkerung zu verbessern und den Handel mit Lebensmitteln zu fördern, deren Überschuß von Staatsorganen requiriert werden durfte.<sup>290</sup>

Vytvyč'kyj konstatierte, daß sich ihr parteipolitisches Leben grundlegend geändert habe. Führende ostgalizisch-ukrainische Politiker, die zuvor gegen polnisch dominierte Behörden gekämpft hatten, befanden sich nun als Kreiskommissare, Mitglieder des Staatssekretariats oder anderer Staatsorgane in leitenden Positionen, wogegen die politischen Parteien ihre Tätigkeit fast völlig eingestellt hatten. Es sei nötig, die ostgalizisch-ukrainischen Organisationen zu erneuern: „Daraus läßt sich eine Gesundung unserer derzeitigen Beziehungen erhoffen und eine enge ständige Zusammenarbeit der politisch organisierten Gesellschaft mit den Organen des Staates, insbesondere mit der Regierung“.<sup>291</sup>

<sup>289</sup> Vgl. Lozyns'kyj, *Halyčyna v rr. 1918-1920*, S. 96-98.

<sup>290</sup> Vgl. das Programm der URP, abgedruckt in: *Narod*, Nr. 6, 30.3.1919.

<sup>291</sup> Vgl. Stepan Vytvyč'kyj, *Na vydnyj šljach*, in: *Republyka*, Nr. 44, 25.3.1919.



Während die ukrainischen Politiker zuvor aus einer oppositionellen Position gegen die polnische Vorherrschaft im ungeteilten Galizien als Interessenvertreter der ukrainischen Bevölkerung aufgetreten waren, mußten sie nun die Politik ihres eigenen Staates verantworten. Vor allem auf lokaler Ebene ergaben sich daraus Konflikte zwischen Bauernschaft und Intelligencija. Krieg und Revolution erschufen auf den westukrainischen Gebieten keine neue politische Elite: Vertreter der landarmen oder landlosen Bauern beziehungsweise der Arbeiterschaft fehlten nicht nur unter den führenden ukrainischen Parteien, sondern auch in der UNRada, der vor allem linksradikale Einflüsse die Unterstützung von unten streitig machten. Pavlyšyn sieht die für eine Revolutionszeit inadäquate soziale Struktur der UNRada als einen wesentlichen Grund für die gesellschaftliche und politische Krise in der ZUNR in der ersten Jahreshälfte 1919.<sup>292</sup> Unter diesen Umständen war die westukrainische politische Führung bestrebt, die eigene Tätigkeit zu legitimieren. Dies zeigt sich besonders anschaulich darin, daß die einflußreiche UNDP sich auf ihrem Parteitag vom 30. März 1919 einen neuen Namen gab. Petruševyč schlug anstelle der aus seiner Sicht zu engen Bezeichnung „Ukrainische Bauernpartei“ den Namen „Partei der Arbeiter-Republikaner“ vor, während Kost' Levyc'kyj für „Ukrainische Arbeits- und Republikpartei“ plädierte. Weitere Vorschläge wie etwa „Ukrainische Volkspartei“ verwiesen ebenfalls auf die Absicht, bereits dem Parteinamen einen programmatischen Charakter zu geben. Tymofej Staruch schlug, unter Hinweis darauf, daß sich alle Bevölkerungsschichten gegen die der Bauernschaft drohende Diktatur des Proletariats verbinden müßten, schließlich den Namen vor, der allgemein gebilligt wurde: „Ukrainische Volks- und Arbeitspartei“ (Ukrajins'ka Narodno-Trudova Partija – UNTP). Petruševyč stellte fest, daß die Partei immer die Interessen der Bauernschaft vertreten werde.<sup>293</sup>

Nach dem Vorbild des Kyjiver „Kongresses der Arbeit“ organisierte auch der SRS am 30. März in Stanislau einen „Arbeits- und Bauernkongreß“. Das aktive und passive Wahlrecht zur Teilnahme am Kongreß lag ausschließlich bei denen, die „von der Arbeit mit Händen und Verstand“ lebten, keine Ausbeutung betrieben und denen die Eigenständigkeit der Ukraine am Herzen läge.<sup>294</sup> Der SRS reflektierte offenbar sogar darüber, eigene Mitglieder in die UNRada zu delegieren und die Macht in Ostgalizien zu übernehmen.<sup>295</sup> Mit der Frage, ob 61 Delegierte des „Arbeits- und Bauernkongresses“ in die UNRada aufgenommen werden sollten, befaßte sich das Staatssekretariat am 31. März 1919. Petruševyč selbst präferierte ein scharfes Vorgehen gegen Agitatoren und die Durchführung von Wahlen zu einem neuen ukrainischen Parlament, das an die Stelle der UNRada treten sollte: „Den Interessen der Massen entspricht es, wenn die UNRada aufhört zu bestehen“.<sup>296</sup> Nach kontroverser Diskussion beschloß das Staatssekretariat schließlich die Koop-

<sup>292</sup> Vgl. Pavlyšyn, Social'no-polityčnyj portret [Manuskript ohne Seitenangaben].

<sup>293</sup> Vgl. Parteitagprotokoll der UNTP, 30.3.1919. DALO, fd. 257, op. 1, spr. 225, ark. 14.

<sup>294</sup> Vgl. Lozyns'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920, S. 99-101.

<sup>295</sup> Bezpalko verzeichnete in seinem Notizbuch unter dem 18.3.1919, daß der Ostukrainer Šapoval die Übernahme der Macht durch die Aufnahme von 200 Mitgliedern des SRS in die UNRada vorgeschlagen habe: „Polemik mit ihm“. Vgl. CDAVOV, fd. 4453, op. 1, spr. 8, ark. 65.

<sup>296</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 31.3.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 17, 17 Rückseite.

tation von 20 der 61 vorgeschlagenen Delegierten in die UNRada. Ausschlaggebend war dabei die Rücksichtnahme auf Stimmungen innerhalb der Armee und unter den ukrainischen Eisenbahnern. Aufgrund von Differenzen zwischen „Arbeits- und Bauernkongreß“ und UNRada wurde der Beschluß jedoch nicht umgesetzt.<sup>297</sup>

Besondere Bedeutung kam den Verhältnissen in Kreis und Stadt Drohobyč sowie in Boryslav zu. Insbesondere die Bevölkerung dieser Städte stand, wie eine Denkschrift politischer, Bildungs- und Wirtschaftsorganisationen aus Drohobyč an das Staatssekretariat feststellte, vor einer Hungerkatastrophe. Bereits vor 1914 sei der Kreis auf die Zufuhr von Nahrungsmitteln aus östlicher gelegenen Kreisen angewiesen gewesen und während des Krieges von allen Requirierungen ausgenommen worden. Infolge bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und Polen im Ölgebiet seien viele Magazine vernichtet worden. Weitere Belastungen bildeten die Rückkehr russischer Kriegsgefangener über die Linie Sambir-Drohobyč sowie die Nähe zur Front. Militärische Einheiten führten willkürlich Requirierungen durch. Sogar Saatgut und lebendes Inventar seien für Kriegszwecke beschlagnahmt worden, so daß von Aussaat und Bodenbearbeitung keine Rede sein könne. Seit eineinhalb Monaten sei kein Brot mehr ausgegeben worden, Hunger und Flecktyphus hätten sich in erschreckendem Ausmaß verbreitet. Wenn der Notstand nicht in kürzester Zeit behoben werde, dann breche in Drohobyč und Boryslav eine Hungerrevolte aus.<sup>298</sup> Eine Woche später wurde Drohobyč vorübergehend von revoltierenden Streitkräften und Miliz in einer Stärke von etwa 600 Mann besetzt.<sup>299</sup>

Nachdem die Stadt schon nach gut einer Woche wieder unter Kontrolle war, befaßte sich eine Versammlung von staatlichen Funktionären, Privatleuten und Militärdelegierten mit den Ursachen der Revolte. Dabei wurde konstatiert, daß das Ölgebiet von Boryslav und Drohobyč als der wirtschaftlich, politisch und militärisch wichtigste Bezirk der ZUNR von den militärischen Stellen nicht die nötige Beachtung erfahren habe. Bestehende Mißstände wie die Korruption, die schlechte Arbeit der Gendarmerie, die ungenügende Approvisionierung der Bevölkerung, die Nichtauszahlung von Löhnen und eine nur inkonsequent durchgeführte Internierung politischer Gegner wurden angeprangert. Aufgrund der Indolenz der staatlichen und militärischen Behörden desertierten die zur Armee Einberufenen und schlossen sich in Banden zusammen. Gleichzeitig hielten sich in Stadt und Kreis Emissäre aus den entferntesten Kreisen Galiziens auf, die in aller Ruhe Polen in den Kresy errichteten. Beamte, die ihre Tätigkeit aus Opposition gegen den ukrainischen Staat niedergelegt hätten, sollten ihre Dienstwohnung räumen. Polnische Familien, deren Oberhäupter nicht in den westukrainischen Institutionen angestellt

---

<sup>297</sup> Vgl. Lozyns'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920, S. 101.

<sup>298</sup> Vgl. Memorial über die Versorgungslage im Rohölgebiet, unterzeichnet vom Vorsitzenden des Sils'kyj Hospodar V. Dydyns'kyj, Vasyl Pankiv und dem Stadtkommissar von Drohobyč Vater Antin Rudnyc'kyj. Drohobyč, den 7.4.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1408, ark. 20-21 Rückseite.

<sup>299</sup> Vgl. Luc'kyj an das Staatssekretariat für militärische Angelegenheiten zum Bericht an das Oberkommando in Chodoriv. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1404, ark. 1 Rückseite; Telegramm Nr. 1277, 15.4.1919, neun Uhr fünfundvierzig.

seien sowie Arbeiter aus dem ehemaligen Kongreßpolen müßten in großem Maßstab umgesiedelt werden.<sup>300</sup>

„Republyka“ veröffentlichte am 18. April einen vom Präsidenten der UNRada, deren Vizepräsidenten und dem gesamten Staatssekretariat unterzeichneten Aufruf an das „ukrainische Volk“, die „ukrainischen Bauern und Arbeiter“ und die „ruhmreiche ukrainische Armee“. Trotz des Verteidigungskrieges an zwei Fronten, im Westen gegen Polen, im Osten gegen Rußland, habe die UNRada am 14. und 15. April 1919 zwei grundlegende Gesetze beschlossen: Erstens ein Gesetz, das das Wahlrecht zur Gebietsrepräsentation ihres Landes regelte und so letztlich ein Organ institutionalisierte, das Ostgalizien von der UNR trennte. Zweitens ein Gesetz zur Landreform, das die Enteignung des Herren-, Kirchen-, Kloster- und allen anderen nicht dem arbeitenden Bauerntum gehörenden Landes verfügte. Nutznießer der Reform, die das Recht auf Privatbesitz an Land nicht abschaffte, sollten das arbeitende Bauerntum, Soldaten, Invaliden sowie die landlose und -arme Landbevölkerung sein. Allein der ukrainische Staat sichere den ukrainischen Bauern, Arbeitern und Soldaten Freiheit, Land und Glück.<sup>301</sup>

Sowohl innerhalb der Armee als auch unter der Bevölkerung rief die Unzufriedenheit mit der Politik des Staatssekretariats in sozialen Fragen, insbesondere der Landfrage, Unruhe hervor. Dies könne, wie Petljura in einem Telegramm vom 25. April an Oberst Petro Bubela feststellte, mit einer Katastrophe und der Ausbreitung des Bolševismus enden. Soziale Probleme müßten die nötige Aufmerksamkeit finden. Insbesondere seien die ostgalizische Bauernschaft erregende Prozesse wegen der Entschädigung der Gutsbesitzertüberschüsse positiv zu entscheiden. Jeder Tag Verzögerung führe unweigerlich in die Katastrophe: „Ich bitte, darauf die Aufmerksamkeit zu richten und entsprechende, von der Staatskunst und der Voraussicht unweigerlicher Konflikte im Leben der Bevölkerung der Westukraine diktierte Maßnahmen zu ergreifen“.<sup>302</sup>

Petljuras Mahnung bildete keine Einzelmeinung. Sogar im offiziellen „Republyka“ erschienen zunehmend Artikel, die die außenpolitische Orientierung der ZUNR auf die Entente begründeten, die Haltung der eigenen Intelligencija kritisierten oder der Bevölkerung Passivität vorwarfen. Dabei wurde auch die Gefahr beschworen, daß sich zwei künstlich voneinander getrennte Gruppen ausbilden könnten: Dorf und Intelligencija.<sup>303</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang ein von militärischer Seite verfaßter Bericht über einen in Berežany am 7. Mai 1919 abgehaltenen Kreisviče, von dessen 2000 Teilnehmern etwa ein Drittel Frauen waren. Zwar billigte der Viče die Führung des Krieges gegen Polen und gegen die Bolševiki, und sprach dem Direktorium, dem Staatssekretariat, dem Oberkommando der ostgalizischen Armee und der Front sein Vertrauen aus. Gleichzeitig wurde jedoch die sofortige Umsetzung des Wahl- und Landgesetzes der ZUNR gefordert. Die Konfiskation der Herrngüter sollte verkündet und örtliche Landkomitees das kon-

<sup>300</sup> Vgl. Memorial der Ukrainer aus Drohobyč an das Staatssekretariat. Drohobyč, den 11.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1408, ark. 12-14 Rückseite.

<sup>301</sup> Vgl. Republyka, Nr. 65, 18.4.1919.

<sup>302</sup> Vgl. Petljura an Bubela, den 25.4.1919. DALO, fd. 257, op. 1, spr. 187, ark. 3.

<sup>303</sup> Vgl. M[ychajlo] S[trutyns'kyj], Ukrajins'kij intelligenciji pid rozvahu, in: Republyka, Nr. 78, 7.5.1919.

fisierte Land verwalten, ohne darüber mit den Großgrundbesitzern verhandeln zu müssen. Außerdem beklagte man sich über das Vorgehen dörflicher Kommissare bei der Zuteilung von Salz und Saatgut. Dem Bericht zufolge war das Volk unaufgeklärt und verfügte weder über Presse noch über Broschüren, so daß eine feindliche oder bolschewistische Rede ausreiche, um es mitzureißen. Wenn nicht unverzüglich Aufklärung betrieben werde, dann sei es zu spät. Nachrichten aus den Grenzgebieten zufolge stellte sich die Lage dort noch bedrohlicher dar.<sup>304</sup>

Politische Tendenzen, die in Gendarmerieberichten als „bolschewistisch“ charakterisiert wurden, zeigten sich gleichfalls im von polnischen Truppen kontrollierten Teil Ostgaliziens. Unter „Bolschewismus“ subsumierte man Forderungen wie die nach der Abschaffung der Starosteien, der Auflösung der Gendarmerie, der Einführung von Arbeiterräten und der Bildung einer Volksmiliz. Vergleichbare Postulate waren auf Versammlungen der PPS in Jaroslaw formuliert worden. In der Stadt Lemberg selbst war die öffentliche Sicherheit gemäß einem Bericht des Oberkommandos der Gendarmerie in Ostgalizien gewährleistet: Bolschewismus als Streben nach einer besseren Zukunft trete nur unter der armen, landhungrigen Bevölkerung auf. Ukrainische und jüdische sozialistische Parteien würden die aus der schlechten Versorgungslage, dem Fehlen von Wasser und Licht sowie der Beschießung durch die ukrainische Armee resultierende Niedergeschlagenheit unter der Stadtbevölkerung für ihre Agitation nutzen. Sowohl Ukrainer als auch Juden verdächtige man der Spionage. Das Oberkommando der Gendarmerie mahnte, daß die Zufuhr von Lebensmitteln und deren gerechte Verteilung intensiviert, Brennmaterial für die arme Bevölkerung und Beamte bereitgestellt, die arbeitslose Bevölkerung bei der Wiederherstellung der Stadt beschäftigt und streng gegen aufgegriffene Agitatoren und Lebensmittelspekulanten vorgegangen werden müsse, um die soziale Lage in der Stadt Lemberg zu verbessern.

Im Kreis hingegen gebe es keine bolschewistische Agitation, da die unter dem direkten Einfluß der Kriegsereignisse stehende Bevölkerung auf dem Operationsgebiet nur bedingt miteinander kommuniziere und keine Versammlungen abhalten dürfe. In Przemyśl bestanden günstigere Bedingungen für die bolschewistische Bewegung unter der Arbeiterschaft als in Lemberg, wo der Ausnahmezustand Beratungen und öffentliche Zusammenkünfte nicht zuließ. Das Verhalten der ukrainischen und jüdischen Bevölkerung Przemyšls den Polen gegenüber wurde als sehr unfreundlich bezeichnet.

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen über die Lage im Bezirk Sanok, dessen südlicher Teil überwiegend von ukrainischer Bevölkerung bewohnt wurde. Diese habe eine eigene ukrainische Starostei gebildet, organisiere eine Armee und ignoriere alle Anordnungen der polnischen Behörden. Eine größere militärische Expedition änderte die anormalen Zustände nur teilweise, wogegen die unfreundliche Einstellung gegenüber der polnischen Sache sich aufgrund der Tätigkeit ukrainischer Agitatoren im Kreis nicht verbesserte. Die Starostei sollte die ört-

---

<sup>304</sup> Vgl. Oberst Erdenberher, Delegierter des Oberkommandos der galizischen Armee zu Kreisviče vom 7.5.1919 in Berežany. DALO, fd. 257, op. 1, spr. 187, ark. 3 Rückseite-4. Ebenda, ark. 4: „Das Volk kann das Vertrauen zu seinen bisherigen Führern verlieren und Lösungen folgen, die es, da es sie im Grunde nicht versteht, selbst nicht will und damit eine unabsehbare Katastrophe im Lande schafft“.

liche Bevölkerung mit Salz und Öl sowie Gebrauchsgegenständen versorgen und so zu einer Verbesserung der Beziehungen beitragen. Ruthenische Lehrer und Geistliche sollten die Bevölkerung beruhigen. Im nördlichen, überwiegend von Polen bewohnten Teil wurde eine stürmische Entfaltung des Bolševismus unter der Landbevölkerung konstatiert. Die Bauern besprachen die Teilung der Güter und Herrenwälder und bildeten gut organisierte Bauernräte, wovon von der Zensur beanstandete Briefe an den Abgeordneten Stapiński und die Redaktionen des „Przyjacieli ludu“ und des „Piast“ zeugten. Es sei kaum zu erwarten, daß die Bauern die Herrengüter im Frühjahr bearbeiten würden. Mit Ausnahme der Städte Przemysł und Jarosław sowie des Kreises Sanok und teilweise des Kreises Brzozów sei die politische Lage recht günstig. Nur in den Städten zeige die Bevölkerung aufgrund von Nahrungsmittelmangel Neigung zur Annahme bolševistischer Losungen. Die Bauernschaft sei so wohlhabend, daß die Agrarreform zwar Interesse wecke, aber keine politischen Umstürze bevorstünden.<sup>305</sup>

Im Folgemonat beruhigte sich die Lage in Lemberg durch die verbesserte Lebensmittelzufuhr. Eine verbreitete Erscheinung bildete die negative Haltung in erster Linie der Ukrainer, aber auch der Juden zu polnischer Armee und Behörden, wogegen die Polen die polnische Herrschaft begrüßten. Für die offenbar stärkere Ausbreitung des Bolševismus unter den Polen dürfte ausschlaggebend gewesen sein, daß die ukrainische Bevölkerung sich nach der Einnahme des betreffenden Kreises durch die polnische Armee zunächst ruhig verhielt. Dem Kreisgendarmeriekommando in Javoriv zufolge wurde die ruthenische Bevölkerung häufig Opfer von unrechtmäßigen Requirierungen von Lebensmitteln, Vieh und Pferden.<sup>306</sup>

In der gegensätzlichen Haltung der nationalen Bevölkerungsteile gegenüber der ukrainischen beziehungsweise der polnischen Herrschaft kommt eine Art „Nationalisierung“ des Lebens in Ostgalizien zum Ausdruck. Vieles spricht dafür, daß die Zugehörigkeit Galiziens zum Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn ein Zusammenleben der einzelnen nationalen Gruppen ermöglicht hatte. Der schleichende Zusammenbruch Österreichs 1918, endgültig aber der Ausbruch des polnisch-ukrainischen Krieges vertiefte die Gräben zwischen den einzelnen Nationen. Die ländliche, der nationalen Auseinandersetzung bislang eher indifferent gegenüberstehende Bevölkerung war in den ukrainisch-polnischen Konflikt unwiderruflich hineingezogen worden. Indem die nationale Agitation auf die Landbevölkerung ausgeweitet wurde, die je nach Nationszugehörigkeit von ukrainischer oder polnischer Herrschaft gravierende Vorteile zu erhoffen oder Nachteile zu erdulden hatte, trug der Kampf von Ukrainern und Polen um Ostgalizien und Lemberg maßgeblich zur Nationsbildung in Ostgalizien bei.

Ein weiteres Indiz für die angespannten ukrainisch-polnischen Beziehungen bildete der Widerstand von Lehrern und Erziehern gegen die Einrichtung zweier ultraquistischer Seminare, die ihre Arbeit wegen befürchteter scharfer Zusammen-

---

<sup>305</sup> Vgl. Oberkommando der Gendarmerie in Ostgalizien. Bericht zu den politisch-sozialen Beziehungen im Etappen- und Operationsgebiet [ohne Datum, Mitte März 1919 verfaßt]. CAW, Dowództwo WP na Galię Wschodnią, sygn. I.304.1, sygn. 59, s. 49-51.

<sup>306</sup> Vgl. Oberkommando der Gendarmerie in Ostgalizien. Bericht zu den politisch-sozialen Beziehungen im Operations- und Etappengebiet der polnischen Streitkräfte „Ost“. Przemysł, den 17.4.1919. CAW, Dowództwo WP na Galię Wschodnią, sygn. I.304.1, sygn. 59, s. 59-62 Rückseite.

stöße in Lemberg nicht aufnehmen. Der Gebietsschulrat hatte sich in der Vergangenheit wiederholt geweigert, dem privaten Seminar der „Ruthenischen Pädagogischen Gesellschaft“ Öffentlichkeitsrechte zuzuerkennen, so daß anormale Beziehungen entstanden: Es gab zwar ruthenische Gymnasien und Lehrstühle, aber keine ruthenischen Seminare. Vor diesem Hintergrund war es 1913 sogar zur Ermordung eines Professors durch einen ruthenischen Schüler gekommen. Ein auf der Sitzung des polnischen Ministerrats vom 9. Mai 1919 vorgestellter Antrag sah vor, utraquistische Seminare in Galizien abzuschaffen und Öffentlichkeitsrechte an private Lehranstalten mit ukrainischer Vortragssprache zu vergeben. Bis zur Gründung gesonderter Lehrerseminare für beide Nationalitäten sollte über Anordnungen des Ministeriums die Wissenschaft in der Muttersprache des zu Erziehenden ermöglicht werden. Der Ministerrat schob die Frage jedoch bis zur Regelung der polnisch-ukrainischen Frage überhaupt auf und äußerte Zweifel, ob die vom Ministerium für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Bildung vorgeschlagene Regelung nicht mit galizischen Schulgesetzen kollidiere.<sup>307</sup>

Auf der ukrainischen Seite der Front zeigten sich Tendenzen zu einer ukrainisch-jüdischen Zusammenarbeit. Der aus der Ostukraine stammende jüdische Sozialdemokrat Solomon Goldelman kritisierte die neutrale Haltung der ostgalizischen Juden im Ostgalizienkonflikt als verfehlt; aus seiner Sicht kämpften die Ukrainer, da sie die Juden als eigene Nation anerkannt hatten, gleichfalls für deren nationale Rechte. Um die Lage der armen jüdischen Bevölkerung zu verbessern, sollten offizielle ukrainisch-jüdische Kontakte aufgenommen und erste Grundlagen staatlich-autonomer Institutionen der jüdischen Nation in der Westukraine geschaffen werden. Das westukrainische Sekretariat der jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Poalej-Zion“ erklärte, daß es auf dem Boden „einer freien, unabhängigen, einheitlichen Ukrainischen Volksrepublik stehe“ und deren Eigenständigkeit in ethnographischen Grenzen unterstütze, was einem offenen Bruch der Neutralität gleichkam; auch der „Bund“ gab eine ähnliche Erklärung ab.<sup>308</sup> Am 24. März beschloß das Staatssekretariat, eine Unterabteilung zur Beilegung jüdischer Beschwerden zu bilden.<sup>309</sup>

Die Aufnahme von Verhandlungen zwischen dem Jüdischen Nationalrat und dem Staatssekretariat steht in Zusammenhang damit, daß die UNRada zu dieser Zeit über das Projekt eines Wahlgesetzes zum westukrainischen Parlament beriet. Offenbar gab es Ende März 1919 Überlegungen innerhalb des Jüdischen Nationalrats, ob man den eigenen Standpunkt revidieren solle, um die politischen Rechte der jüdischen Bevölkerung im westukrainischen Staat nicht zu beschränken.<sup>310</sup> Über vorsichtige Sondierungsversuche hinaus scheint es aber entgegen den Erwar-

<sup>307</sup> Vgl. 66. Sitzung des polnischen Ministerrats vom 9.5.1919. AAN, Protokoły posiedzeń Rady Ministrów Rzeczpospolitej Polskiej, Bd. 6, s. 362. Ebenda, s. 365-365 Rückseite. Antrag des Ministeriums für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Bildung.

<sup>308</sup> Vgl. Solomon Gol'del'man, Lysty żydivs'koho socjal-demokrata pro Ukrajinu. Materijaly do istoriji ukrajins'ko-żydivs'kich vidnosyn na čas revoljuciji, Viden' 1921, S. 26-31, S. 27, 29f: Lyst čet-vertyj. Ukrajins'ko-żydivs'ki vidnosyny u Halyčyni.

<sup>309</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll des Staatssekretariats der ZUNR vom 24.3.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 15 Rückseite.

<sup>310</sup> Vgl. Gol'del'man, Lysty, S. 30.

tungen Goldelmans zunächst zu keiner offenen Parteinahme des Jüdischen Nationalrats zugunsten der Westukraine gekommen zu sein. Der ukrainophile Zionist Israel Waldmann setzte sich für eine Zusammenarbeit mit den Ukrainern auf offizieller Ebene ein, weil die Ukraine der einzige Ort in der Diaspora sei, wo das kulturelle Niveau der jüdischen Bevölkerung das der einheimischen Bevölkerung übersteige, so daß keine Assimilation drohe. Die Begründung einer Unterabteilung für jüdische Angelegenheiten bildete einen Kompromiß zwischen jüdischen Repräsentanten, die ihre Neutralität gewahrt sehen wollten, und der westukrainischen Regierung. Die Ernennung Waldmanns als Leiter dieser Abteilung verzögerte sich jedoch so lange, bis der Zusammenbruch der ukrainischen Front Mitte Mai 1919 bekannt geworden war. Im letzten Moment konnte eine die Übernahme des Amtes durch Waldmann ankündigende Zeitungsnotiz zurückgezogen werden.<sup>311</sup>

Zwar hatten die Westukrainer die Juden als Nation anerkannt und zur Entsendung eigener Vertreter in die UNRada aufgefordert. Entgegen der allgemein gegenüber jüdischen Postulaten aufgeschlossenen Politik der westukrainischen Regierung sowie der Tatsache, daß es im unter ukrainischer Herrschaft stehenden Teil Ostgalizens nicht zu dem Lemberger Pogrom vom November 1918 vergleichbaren Ausschreitungen kam, richteten sich die Maßnahmen westukrainischer Behörden auf lokaler Ebene vielfach gegen die jüdische Bevölkerung. Seit einem Gesetz vom 4. April über die Inumlaufsetzung der Hryvnja und der Karbovancy ereigneten sich Vorfälle einer gewaltsamen und willkürlichen Beschlagnahme von österreichischen Banknoten bei jüdischen Bürgern auf Veranlassung von Lokalbehörden der ZUNR. Wie der Jüdische Nationalrat feststellte, war der jüdische Kaufmann gezwungen, für den Landmann, der die Hryvnja nicht akzeptierte und für das Ausland, welches nur die österreichische Note als Zahlungsmittel in Empfang nahm, österreichisches Geld bereitzuhalten. Der Tauschzwang ruiniere den Kaufmannsstand und verstärke das Mißtrauen in die ukrainische Währung; außerdem sei diese Maßregel allgemein durchzuführen und müsse auf dem Lande beginnen, wo sich das Notengeld in ungeahnten Mengen befinde.<sup>312</sup> Ende April 1919 weigerten sich Großkaufleute, Waren an Kleinkaufleute gegen Hryvnja abzugeben, da die ukrainische Landeswährung im Ausland nicht notiert sei, so daß eine Ladensperre drohte.<sup>313</sup> Kost' Levyc'kyj ermahnte alle Behörden zu einem gerechten Vorgehen. Für den Fall eines Zuwiderhandelns wurden Konsequenzen angedroht,<sup>314</sup> ohne daß ersichtlich ist, ob die Anordnung Levyc'kyjs vor Ort durchgesetzt werden konnte.

---

<sup>311</sup> Vgl. Nahum Michael Gelber, *The National Autonomy of Eastern-Galician Jewry in the West-Ukrainian Republic, 1918-1919*, in: *A History of Polish Jewry during the Revival of Poland*. Hg. von Isaac Lewin, New York 1990, S. 221-326, S. 275, 289, 294.

<sup>312</sup> Vgl. Das Präsidium des Ostgalizischen Jüdischen Nationalrats. Karl Hapem an das Präsidium des Staatssekretariats. Stanislaw, den 9.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1450, ark. 4-6.

<sup>313</sup> Vgl. Helios Volodymyr Kobylans'kyj an Holubovyč. Stanislaw, den 28.4.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1450, ark. 10-11.

<sup>314</sup> Vgl. Notiz von Holubovyč, datiert Stanislaw, den 20.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1450, ark. 6.

### 3.2 Die militärische Vorentscheidung im Krieg um Lemberg und Ostgalizien zugunsten Polens

Das Scheitern der ukrainischen Offensive vor Lemberg im März 1919 bezeichnete einen Wendepunkt im westukrainisch-polnischen Krieg um Ostgalizien, da die Initiative nun bei der polnischen Seite lag, die ihrerseits die militärische Entscheidung suchte. Die Kommission des Warschauer Außenministeriums nahm den Bericht Skarbeks über die westukrainisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen in Chyryv vom 27. März 1919 zur Kenntnis und konstatierte, daß eine schnellstmögliche Beendigung der Kämpfe in Ostgalizien zwischen der ukrainischen und der polnischen Armee zwar im Interesse des friedlichen Zusammenlebens beider Völker liege. Eine Waffenruhe ohne den baldigen Abschluß eines Waffenstillstands gemäß Bedingungen, die die militärische Position der polnischen Armee entsprechend sicherten, schade der Republik Polen. Hinzu komme, daß Bela Kun in Ungarn ein kommunistisches Regime errichtet habe und mit den sovjetischen Regierungen in Moskau und Kyjiv über eine militärische Aktion gegen Polen und Rumänien verhandele. Diese Gefahr müsse bei einer etwaigen Demarkationslinie zwischen westukrainischen und polnischen Streitkräften berücksichtigt werden: „Eine Demarkationslinie, die die Kommunikationswege zwischen Kyjiv und Budapest in den Händen der Ukrainer beläßt, gefährdet die Republik Polen in höchstem Maße“.<sup>315</sup>

Piłsudskis Haltung gegenüber der Entsendung von Militär nach Lemberg rief Anfang April 1919 unter polnischen politischen Kreisen in Ostgalizien ernsthafte Besorgnis hervor. Daß nicht mehr Waffenhilfe für die bedrohte Stadt, sondern eine siegreiche Offensive gegen die westukrainische Armee gefordert wurde, verdeutlicht, wie sehr sich die militärische Lage zugunsten der polnischen Armee gewandelt hatte. Piłsudski rechtfertigte sein Zögern mit der erneuten Aufforderung der Entente, vor Lemberg eine Waffenruhe abzuschließen. Außerdem erklärte er, die Position Paderewskis bei Verhandlungen mit England und Amerika nicht gefährden zu wollen.<sup>316</sup> Während Frankreich die Schaffung eines starken polnischen Staates als Gegengewicht gegen Deutschland anstrebte, bildete es das Ziel der amerikanischen und weitgehend auch der englischen Politik, die polnische Expansion in Ostgalizien zu beenden. Paderewski, der Anfang April nach Paris gereist war, um dort um Verständnis für die polnische Haltung bei Waffenstillstandsverhandlungen mit den Westukrainern zu werben, sah sich wegen der gleichzeitigen Ankunft Kernans massivem Druck ausgesetzt. Die Vorbereitung eines militärischen *fait accompli* in Ostgalizien stieß Anfang April in Paris zunehmend auf Widerspruch. Kernan kritisierte in einem Bericht vom 11. April 1919 den „polnischen Militarismus im Osten“ und betonte die Bereitschaft der Ukrainer, sich den Beschlüssen der Friedenskonferenz zu beugen: „In Kernan’s view, this militarist spirit was a greater danger to Poland than Bolshevism“.<sup>317</sup> Der Kern seiner Stellungnahme bestand in

<sup>315</sup> Vgl. Beschluß des Unterkomitees ohne Angabe von Datum und Ort, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 106.

<sup>316</sup> Vgl. Dąbrowski an Paderewski, 12.4.1919. AAN, Archiwum I.J. Paderewskiego, sygn. 953, s. 96f.

<sup>317</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 279. Zum folgenden ebenda, S. 279-281.



der völligen Zurückweisung des „Geredes vom Bolševismus“, der im Gegenteil erst durch den polnischen Militarismus, das wirkliche Problem der Region, hervorgebracht werde.

Der ostgalizische Nationaldemokrat Dąbrowski vermutete, daß Piłsudski die Taktik Englands und Amerikas auf der Friedenskonferenz übernehmen sowie den Deutschen und Ruthenen mehr Zugeständnisse machen wolle. In Ostgalizien wurde das Prestige der Koalition Polens mit der Entente auf eine schwere Probe gestellt. Auf Antrag von Skarbek und Adam forderte der Warschauer Sejm am 11. April 1919 die polnische Regierung auf, Lemberg eine bedeutende Hilfe zuteil werden zu lassen.<sup>318</sup> Daß Piłsudski eine Beschleunigung der polnischen Militäraktion in Ostgalizien ablehnte, intensivierte die internen polnischen Differenzen.<sup>319</sup>

Piłsudski und seine Umgebung waren Rataj zufolge Ende 1918 und Anfang 1919 zum Verzicht wenn schon nicht auf Lemberg, so doch auf einen Großteil Ostgaliziens bereit gewesen.<sup>320</sup> Der lange ausbleibende Entsatz für Lemberg rief Empörung hervor; Piłsudski wurde beschuldigt, das polnische Heer für die Rückgewinnung seiner Heimatstadt Wilna zurückzuhalten, Lemberg hingegen preiszugeben.<sup>321</sup> Piłsudski hatte Paderewski jedoch bereits am 8. April mitgeteilt, daß seiner Überzeugung nach der Streit mit den Ruthenen nicht anders als mit der Waffe in der Hand beigelegt werden könne.<sup>322</sup> Unter der polnischen Gesellschaft in Ostgalizien verbreitete Befürchtungen bezüglich der Bereitschaft des Staatsschefs, Lemberg den Ukrainern zu überlassen, sollten sich als unbegründet erweisen.

Am 5. April 1919 war eine amerikanische Militärmission aus Kapitän Bachmann und Kapitän Reisler in Stanislaw angelangt, die am folgenden Tag vom Vorsitzenden des Staatssekretariats Holubovyč, dem stellvertretenden Außenminister Lozyns'kyj und dem stellvertretenden Staatssekretär für militärische Angelegenheiten Bubela empfangen wurden.<sup>323</sup> Die westukrainische Regierung nutzte die Anwesenheit der amerikanischen Offiziere, die im Auftrag der Friedenskonferenz wirtschaftliche und politische Informationen über die südlichen Gebiete Rußlands gesammelt und sich längere Zeit bei den Ukrainern aufgehalten hatten, um erneut ihre Bereitschaft zum Abschluß einer Waffenruhe und der Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen in Paris zu erklären. Bachmann und Reisler zufolge waren die Ukrainer mit der Einrichtung einer neutralen Zone und der Übernahme des Kommandos über die westukrainische Armee durch englische und amerikanische Offiziere einverstanden und wollten gegen die Bolševiki kämpfen. Der stellvertretende Führer der Operationsgruppe in Ostgalizien General Emil Gologórski wies die Einrichtung einer Demarkationslinie entlang der Front jedoch aus zwei Gründen zurück. Erstens böte der Frontverlauf keine Garantie, daß die Ukrainer die

<sup>318</sup> Vgl. Dąbrowski an Paderewski, 12.4.1919. AAN, Archiwum I.J. Paderewskiego, sygn. 953, s. 96f.

<sup>319</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 296. Insbesondere kam es zur Ausbildung eines Gegensatzes zwischen Piłsudski auf der einen und dem Sejm, vor allem dessen nationaldemokratischen Abgeordneten sowie Angehörigen des polnischen Generalstabs, auf der anderen Seite.

<sup>320</sup> Vgl. Maciej Rataj, *Pamiętniki 1918-1927*. Zum Druck vorbereitet von Jan Dębski, Warszawa 1965, S. 47f.

<sup>321</sup> Vgl. Bobrzyński, *Wskrzeszenie państwa polskiego*, Bd. II, S. 31.

<sup>322</sup> Vgl. Kozłowski, *Zapomniana wojna*, S. 296f.

<sup>323</sup> Vgl. U[krajins'ke] P[resove] B[juro]. Stanyslaviv, 7.IV., in: *Republyka*, Nr. 57, 9.4.1919.

Waffenruhe nicht zur Vorbereitung auf einen Angriff nutzen würden. Zweitens rief eine so ungünstige Demarkationslinie in ihrem eigenen Land „Empörung, und sogar eine Revolution“ hervor. Gologórski schlug erneut die Demarkationslinie der Barthélemykommission vor. Nach Berichterstattung an Warschau und dem Erhalt einer Instruktion von dort sollten die Amerikaner zu den Ukrainern fahren, um von diesen die Zustimmung zum polnischen Vorschlag zu erlangen. Anschließend sollte eine von Warschau ernannte Kommission in Lemberg die Angelegenheit weiterführen. Gleichzeitig teilte Gologórski den amerikanischen Offizieren mit, daß die Polen schneller Ordnung schüfen, wenn die Entente sie militärisch unterstütze.<sup>324</sup>

Zu westukrainisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen unter Vermittlung der amerikanischen Gesandtschaft kam es jedoch nicht mehr. In der Nacht vom 14. auf den 15. April begann eine lokal begrenzte militärische Operation der polnischen Streitkräfte mit dem Ziel, die ukrainische Armee von der Hauptstadt Galiziens zurückzudrängen. Die Militäraktion war so erfolgreich, daß bis Ende April Lemberg von der Bedrohung durch die ukrainische Artillerie befreit war: Die westukrainische Armee hatte den Kampf um Lemberg verloren. Der Erfolg der polnischen Offensive rief eine so große Begeisterung hervor, daß jede Beendigung des Krieges mit der ZUNR, sogar ohne weitere territoriale Gewinne, als Erfolg angesehen werden konnte, wenn auch von begrenztem Ausmaß. Die Autorität Piłsudskis, der die siegreiche militärische Operation zur Wiedergewinnung Lembergs geführt hatte, war angewachsen, die polnische Gesellschaft von der Stärke des neu entstandenen Staates und seiner Armee überzeugt.<sup>325</sup> Mit Blick auf das deutlich gestärkte Selbstvertrauen der polnischen Seite erscheint es zweifelhaft, ob die mit der Sicherung Lembergs erreichte militärische Situation die Grundlage für eine westukrainisch-polnische Übereinkunft hätte bilden können, wie Klimecki suggeriert.

Galizische Konservative wie der Krakauer Historiker Bobrzyński maßen dem Krieg um Ostgalizien erstrangige Bedeutung bei. Es sei um die Behauptung eines Territoriums gegangen, das schon vor Litauen mit Polen verbunden gewesen sei, in der sich während des Krieges die polnische Verwaltung gehalten habe und die Zahl der polnischen Bevölkerung sowie deren kulturelle und wirtschaftliche Kraft größer gewesen sei, als in jeder anderen Provinz mit gemischter Bevölkerung. Bobrzyński zufolge mußte Polen Ostgalizien behaupten, zum einen wegen der Notwendigkeit einer Territorialverbindung zu Rumänien und über dieses mit dem Schwarzen Meer, zum anderen wegen des Reichtums des Ölgebiets von Drohobycz-Boryslav. Auch der ehemalige Statthalter Galiziens sah einen Schiedsspruch der Entente als für Polen ungünstigen Schritt an, da der östlich einer westukrainisch-polnischen Demarkationslinie gelegene Teil Ostgaliziens den Ukrainern zugesprochen und Polen von Rumänen getrennt würde.<sup>326</sup>

Der eigentliche Grund dafür, daß eine politische Lösung nicht mehr möglich war, bestand in der verfallenden Widerstandskraft der westukrainischen Armee.

<sup>324</sup> Vgl. Depesche des Stellvertreters des Führers der Operationsgruppe in Ostgalizien General Emil Gologórski an den Stellvertretenden Leiter des Generalstabs Oberst Stanisław Haller. Przemyśl, den 12.4.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 109f.

<sup>325</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 216-219.

<sup>326</sup> Vgl. Bobrzyński, *Wskrzeszenie państwa polskiego*, Bd. II, S. 71.

Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, daß bis zum Scheitern der ukrainischen Märzoffensive vor Lemberg Staatssekretariat und UNRada unnachgiebig auf dem San als provisorischer Demarkationslinie bestanden und so die ablehnende Haltung polnischer Entscheidungsträger gegenüber einer politischen Beilegung der westukrainisch-polnischen Auseinandersetzung um Ostgalizien maßgeblich mitgestaltet hatten. In der Überzeugung, daß es ihre Aufgabe sei, zunächst Lemberg einzunehmen und dann die polnischen Streitkräfte hinter den San zurückzudrängen, hatten die obersten Gewalten der ZUNR die eigene diplomatische und militärische Tätigkeit völlig dem Krieg gegen Polen untergeordnet. Die durch Staatssekretariat, UNRada und das Oberkommando der ukrainischen galizischen Armee gestaltete Politik machte vom Kriegsausgang nicht nur die Staatsgrenzen, sondern dessen bloßes Bestehen abhängig.<sup>327</sup> Bereits Kučabs'kyj hatte festgestellt, daß die Westukrainer sich durch „die Starrheit ihrer politischen Stellungnahmen Polen gegenüber [...] selbst in eine Lage [versetzten], aus der es keinen anderen Ausweg für sie gab, als nur: entweder alles zu gewinnen oder alles zu verlieren.“<sup>328</sup>

Omeljanovyč-Pavlenko und Viktor Kurmanovyč baten bereits am 20. April 1919 um ihre Demission, da die Armee sich in einem Zustand völliger Passivität und des Verfalls befinde. Wegen fehlender Reserven und des demoralisierten Zustands der Fronteinheiten könne die westukrainische Armee der polnischen Offensive nichts entgegensetzen. Ihre besten Einheiten erklärten, nicht gegen die Bolševiki Krieg führen zu wollen. Beide beschuldigten das Staatssekretariat, allein auf fremde Hilfe und Zeitgewinn vertraut, aber die eigene Armee nicht hinreichend gestärkt zu haben.<sup>329</sup> Der Oberkommandierende und sein Stabschef blieben jedoch im Amt. Aus polnischer Sicht mußten nun vollendete Tatsachen geschaffen und ganz Ostgalizien bis zum Zbruč durch polnische Streitkräfte besetzt werden.

Das Staatssekretariat befaßte sich am 29. und 30. April 1919 mit der Frage, ob es mit der polnischen Seite in Gespräche über den Abschluß eines Waffenstillstands treten sollte, da die eigene Armee den Offensivhandlungen der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien kaum noch erfolgreich Widerstand entgegensetzen konnte. Am 29. April wurde beschlossen, Vytvyč'kyj zu Gesprächen mit der polnischen Seite zu entsenden. Kurmanovyč bekräftigte das Einverständnis des Oberkommandos, äußerte jedoch Zweifel, ob die polnische Regierung mit ihnen über einen Waffenstillstand verhandeln werde. Von der Dramatik der Lage zeugt die Äußerung Holubovyčs, daß man retten müsse, was noch zu retten sei. Die einzige Hoffnung sah das Staatssekretariat darin, auf die Entente zu vertrauen; der Bolševismus könne sie nur vernichten. Es wurde sogar geäußert, daß die Anerkennung ihres Staates als verbündete Nation (*nation alliée*) kurz bevorstehe. Holubovyč befürwortete den Abschluß einer dreitägigen Waffenruhe, um sich mit der amerikanischen Mission in Lemberg zu verständigen.<sup>330</sup> Am 1. Mai begab sich eine westukrainische Delegation aus den Offizieren Fiedler und Doležal und Vytvyč'kyj zur Front, um eine

<sup>327</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 197f.

<sup>328</sup> Vgl. Kutschabsky, *Westukraine*, S. 88.

<sup>329</sup> Vgl. Omeljanovyč-Pavlenko und Kurmanovyč an das Staatssekretariat. Chodoriv, den 20.4.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1455, ark. 1-2.

<sup>330</sup> Vgl. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 23-23 Rückseite.

Waffenruhe vorzuschlagen.<sup>331</sup> Ihre Aussichten auf Erfolg waren angesichts der siegreichen polnischen Offensive allerdings gering. Zu den wenigen galizisch-polnischen Politikern, die sich noch im Mai 1919 für eine Verständigung von Ukrainern und Polen im Krieg um Ostgalizien einsetzten, zählte Daszyński.<sup>332</sup>

Der Generalstab der polnischen Armee bereitete seine Offensive in Ostgalizien forciert vor, wobei die bevorstehende Vorlage des Friedensvertrages an Deutschland eine wichtige Rolle spielte. Oberst Stanisław Haller warnte Piłsudski am 3. Mai, daß die Deutschen die harten Friedensbedingungen nicht annehmen und erneut den Krieg mit der Entente aufnehmen könnten. In diesem Fall befände sich Polen als Verbündeter der Entente im Krieg gegen Deutschland und sähe sich zudem seiner über deutsches Territorium laufenden Eisenbahnverbindung mit Frankreich beraubt. Da ein europäischer Konflikt mit hoher Wahrscheinlichkeit ausbrechen könne, müsse erstens ein dauerhafter Waffenstillstand mit den Tschechen abgeschlossen werden, um gemeinsame Kampfhandlungen gegen in Schlesien befindliche deutsche Truppen zu ermöglichen und die Lieferung von Kriegsmaterial aus tschechischen Waffen- und Munitionsfabriken sicherzustellen. Zweitens sollte der Krieg im Südosten gegen die westukrainische Armee schnell beendet werden, um Transporte über Rumänien zu ermöglichen. Am 14. Mai begann unter dem Oberbefehl General Józef Hallers die polnische Offensive, die sich auch gegen ostukrainische Einheiten in Wolhynien richtete. Militärisch sollte der nördliche Flügel der in Richtung Zbruč vorrückenden Kräfte geschützt werden, politisch ein günstiger Grenzverlauf geschaffen und auf Petljura Druck ausgeübt werden, damit dieser von der Union mit der ZUNR zurücktrat. Die von polnischen und von sowjetischen Truppen attackierten ostukrainischen Einheiten leisteten kaum Widerstand. Am 16. Mai wurde Luc'k besetzt, am 31. Radyvyliv (poln. Radziłów), aus dem die Gruppe Major Władysław Bończy-Uzdowskis sich unter dem Druck der 19. Einheit der Roten Armee am 5. Juni in das ostgalizische Brody zurückzog.

Ebenso erfolgreich entwickelten sich die Offensivhandlungen der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien selbst, wie die Einnahme der Städte Sambir (16. Mai), Drohobyč-Boryslav (18. Mai), Dolina (25. Mai), Kaluś und Halyč (27. Mai) sowie Stanislaw (27. Mai) veranschaulicht. Die Tatsache, daß Stanislaw als die provisorische Hauptstadt der ZUNR sich infolge eines von der POW angeführten polnischen Aufstands beim Eintreffen der polnischen Streitkräfte bereits in polnischer Hand befand, verdeutlicht den Nachteil für die ukrainische Bewegung, die in den strategisch wichtigen größeren Städten der Region über einen eher unbedeutenden Bevölkerungsanteil verfügte. Vom Norden her nahmen die polnischen Truppen Dobrosyn, Velyki Mosty, Sokal' und Žovkva (16. Mai), Kamionka-Strumylova (20. Mai), Krasne (24. Mai) Zloživ (28. Mai) und Berežany (30. Mai) ein. Der Vormarsch der polnischen Einheiten wurde durch den Rückzugsbefehl des ukrainischen Oberkommandos vom 18. Mai 1919 in Richtung der östlichen Grenze begünstigt. Angesichts des Rückgewinns Ostgaliziens faßte der polnische Ministerrat

---

<sup>331</sup> Vgl. Nova proba porozuminnja z Poljakamy, in: Republika, Nr. 75, 3.5.1919.

<sup>332</sup> Vgl. Najdus, Ignacy Daszyński, S. 418. Daszyński widersetzte sich im Sejm am 22. Mai 1919 der Behauptung, daß das ganze Ostgalizien an Polen angegliedert werden müsse ebenso, wie einer einseitig vom Sejm festgelegten Autonomie für dieses Territorium.

am 28. Mai den Beschluß, den Amtssitz des Generaldelegierten der Regierung gemeinsam mit allen Sonderbeauftragten von Krakau nach Lemberg zu verlagern.<sup>333</sup>

Rumänische Streitkräfte besetzten gemäß den Erwartungen des polnischen Oberkommandos und Stanisław Hallers vom 25. bis 28. Mai den als Pokutien bekannten Teil Ostgaliziens, offiziell zum Schutz der örtlichen Bevölkerung vor einer möglichen bolschewistischen Invasion. Ende Mai, Anfang Juni hatte sich das Territorium der ZUNR, deren Regierung sich zunächst in Bučač, dann im grenznahen Zališyky aufhielt, auf den Kreis Borščiv sowie Teile der Kreise Husjatyn, Čortkiv und Horodenka verkleinert. In den Reihen der westukrainischen Armee, deren Oberkommando am 25. Mai General Oleksander Hrekiv übernahm, befanden sich noch 28.000 Soldaten, darunter 8-10.000 an der Front. Indem die UNRada Omeljanovyč-Pavlenko die Führung der an der Front befindlichen Kräfte überließ, kam es in der Praxis zu einer Dopplung des Amtes des Oberbefehlshabers über die westukrainischen Streitkräfte.<sup>334</sup>

Ein wesentliches Ziel der polnischen Politik, die Herstellung einer polnisch-rumänischen Grenze, war damit erreicht. Deutschland hatte am 17. Mai gegen die Friedensbedingungen in der Frage seiner Grenzen mit Polen Protest eingelegt und bedeutende militärische Kräfte aus der Region Breslau und dem Danziger Pommern konzentriert. Aufgrund der akuten Bedrohung der eigenen Westgrenze zeigte die polnische Diplomatie in Paris mehr Bereitschaft, dem Druck der Westmächte auf eine Einstellung der Kampfhandlungen an der westukrainisch-polnischen Front nachzugeben. Die Organisation der Westfront veranlaßte das Oberkommando der polnischen Streitkräfte, die Kampfhandlungen in Ostgalizien entlang der Linie des Flusses Styr, der Ortschaften Brody, Založci, Ozerna und des Flusses Zolota Lypa einzustellen.<sup>335</sup> Piłsudski rechtfertigte dies in einem Brief an Paderewski vom 31. Mai 1919 mit dem Hinweis, daß sie in der Frage ihrer Westgrenzen zu neun Zehnteln vom guten Willen der Entente abhängig seien. Darum sollte die Entscheidung aller Fragen, in denen Polen in Konflikt mit der Meinung der Ententestaaten geriete, zunächst verzögert werden. Polen werde erst nach Regelung der deutsch-polnischen Grenzfrage zu einer erstrangigen Macht im Osten und fände dann jederzeit einen Vorwand, die Ostgalizienfrage zu seinen Gunsten zu regeln.<sup>336</sup> Aus taktischen Erwägungen heraus mußte die Offensive der polnischen Armee gegen die Westukrainen zunächst zurückstehen, ohne daß das Ziel einer Besetzung ganz Ostgaliziens in Frage gestellt wurde.<sup>337</sup>

Der Generaldelegierte der polnischen Regierung für Galizien Gatecki wies am 25. Mai 1919 die Starosteien der neu eroberten Gebiete an, die Rechte der Ruthenen nicht zu beschränken. Die von Patriotismus erfüllte politische Verwaltung

<sup>333</sup> Vgl. Protokoll der 76. Sitzung des polnischen Ministerrats vom 28.5.1919. AAN, *Protokoły posiedzeń Rady Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej*, Bd. 6, s. 497-497 Rückseite.

<sup>334</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 222f, 227-233, 236. Vgl. ebenda zum Verlauf der polnischen Offensive.

<sup>335</sup> Vgl. ebenda, S. 234f, mit Angabe zu den vom Oberkommando der polnischen Streitkräfte vorgenommenen Truppenverschiebungen sowie Żurawski, *Sprawa ukraińska*, S. 34.

<sup>336</sup> Vgl. Piłsudski an Paderewski. Warschau, den 31.5.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 140f; Żurawski, *Sprawa ukraińska*, S. 34f.

<sup>337</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 329.

solle Schikanen vermeiden, damit die ruthenische Bevölkerung Vertrauen in deren Unparteilichkeit habe. Neben Ruhe und Ordnung, der Approvisionierung und der Durchführung von Hilfsaktionen sei es deren wichtigste Aufgabe, ein gütliches Zusammenleben von Polen und Ruthenen, die zu loyalen Staatsbürgern gemacht werden sollten, zu ermöglichen.<sup>338</sup> Die Anstrengungen der polnischen Verwaltung und der höheren Militärbehörden, Repressionen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung nicht zuzulassen, blieben jedoch erfolglos. Unter dem Eindruck wirklicher oder auch fiktiver Spuren ukrainischer Kriegsverbrechen verhielten die Soldaten der vorrückenden polnischen Armee sich gegenüber der ukrainischen Bevölkerung in den Städten und Dörfern als Triumphatoren: „Es kam zu Gewalttätigkeiten, Raub und Erschießungen von Bauern, die mit Waffen aufgegriffen worden waren“.<sup>339</sup> Ebenso problematisch war die Haltung von Soldaten der polnischen Armee gegenüber der jüdischen Bevölkerung, die geschlagen, beraubt und mit Schmutz beworfen wurde.<sup>340</sup> Infolge von Kriegsverbrechen, die sowohl von westukrainischen als auch von polnischen Einheiten verübt worden waren, hatten sich die ukrainisch-polnischen Beziehungen vor Ort verschärft.<sup>341</sup>

Polnische Zivil- und Militärbehörden behandelten die besetzten Gebiete als integralen Bestandteil Polens. Die polnische Gesellschaft verstand die territorialen Gewinne der von Józef Haller geleiteten Offensive gleichfalls als Befreiung von der im November 1918 errichteten ukrainischen Staatlichkeit. Sie erwartete erstens einen schnellen Vormarsch bis zur ehemaligen österreichisch-russischen Grenze. Zweitens sollte die Entente die Zugehörigkeit des ungeteilten Galiziens zu Polen anerkennen. Nach Ansicht der Presse aller Orientierungen trug der Krieg um Ostgalizien keinen Eroberungscharakter, sondern wurde um Gebiete geführt, die historisch, kulturell und wirtschaftlich zu Polen gehörten. Eine vertiefte Erörterung darüber, welchen Einfluß die westukrainische Staatlichkeit auf Bewußtsein und historische Traditionen der Ukrainer besaß, fand in der zeitgenössischen polnischen Publizistik zur Zukunft dieser Gebiete innerhalb des polnischen Staates nicht statt.<sup>342</sup> Sogar „Czas“ verstand eine schnelle und erfolgreiche Offensive als einzig mögliche Grundlage für die Einigung mit anderen Nationalitäten, die mit ihnen gemeinsam die östlichen Kresy bewohnten. Nicht die Ukraine, sondern Rußland wurde als der Staat benannt, dem gegenüber Polen seine Ansprüche vor der Entente geltend machen mußte. Anstelle von historischen oder ethnographisch-statistischen Argumenten sollte die Eingliederung der ethnisch gemischten Gebiete in den polnischen

---

<sup>338</sup> Vgl. Statthaltereipräsidium. Galecki an die Staroste in Sanok, Dobromyl, Przemyśl und Cieszanów sowie allen östlich davon gelegenen Ortschaften. Lemberg, den 25.5.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 131f.

<sup>339</sup> Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 238.

<sup>340</sup> Vgl. ebenda. Die westukrainische Regierung gab 1919 in Wien eine Broschüre über vermeintlich von polnischen Truppen im Zuge des Vormarschs der polnischen Armee an der ukrainischen Bevölkerung begangene Verbrechen heraus: Kryvava Knyha. Častyna I. Materijaly do pol's'koji invaziji na ukrajins'ki zemli Schidnoji Halyčyny 1918/1919 roku, Viden' 1919.

<sup>341</sup> Vgl. Tadeusz Zakrzewski an Michał Grek. Złoczów, den 16.6.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 201-203: „Eine breite Autonomie, aber auch eine starke Regierungshand, die sowohl die Grenzen dieser Autonomie als auch die „heiligen Rechte der Minderheiten“ bewahrt, das ist meines Erachtens der einzige Ausweg und die Lösung einer so schwierigen Frage“ (ebenda, S. 203).

<sup>342</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 238f.

Staat vor allem wirtschaftlich begründet werden. Das eigene Programm eines föderalistischen Polens, das mit Litauen eine Union eingehen und „Rothruhenien“ nationale Autonomie gewähren sollte, orientierte sich zwar an der polnischen Tradition, wurde aber vorrangig als Mittel zur Durchsetzung polnischer territorialer Zielsetzungen auf der Pariser Friedenskonferenz behandelt.<sup>343</sup>

Am 18. Mai 1919 beschloß das Staatssekretariat die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen mit der polnischen Seite, um das Blutvergießen zu beenden. Von der Dramatik der Ereignisse zeugt die einen Tag später auf der Sitzung der westukrainischen Regierung von Holubovyč ausdrücklich gestellte Frage, was zu geschehen habe, wenn alles zusammenbreche. Der an den Beratungen beteiligte Kost' Levyc'kyj trat dafür ein, Delegierte für Verhandlungen mit der polnischen Seite zu ernennen, weil „die Polen über einen Waffenstillstand reden“ würden. Vytvyč'kyj hielt drei Entwicklungen für denkbar: Erstens, daß sie unter polnische Herrschaft gerieten, das heißt den völligen Verlust des eigenen Territoriums. Weitere Möglichkeiten seien zum einen der Abschluß einer westukrainisch-polnischen Übereinkunft gemäß den noch im Februar zwischen Kost' Levyc'kyj und Korytowski geführten Verhandlungen, zum anderen die Barthélemy-Linie. Es zeugt von einer gewissen Realitätsferne, wenn das Staatssekretariat die beiden letztgenannten Möglichkeiten im Angesicht der eigenen militärischen Niederlage als annehmbar ansah. Für den Fall, daß die Vorschläge abgelehnt würden, sollte die Regierung so lange wie möglich in Stanislau bleiben und erst im Falle der Besetzung des gesamten Territoriums ausreisen, die UNRada hingegen im Lande verbleiben. Alle drei ukrainischen Parteien sollten eine Interessenvertretung der Ukrainer unter polnischer Okkupation bilden. Die westukrainische Regierung sollte bei der tschechischen Regierung anfragen, ob sie im in der Karpathoukraine gelegenen Mukačev ihren Sitz nehmen dürfe. Hrekiv sollte in Rumänien um die Genehmigung zur Durchreise in die ČSR ersuchen.<sup>344</sup> Während Petruševyč, Omeljanovyč-Pavlenko und Kurmanovyč einen Rückzug der aus ihrer Sicht demoralisierten Armee in Richtung ČSR vorschlugen, zog das Staatssekretariat einen Rückzug in Richtung Zbruč vor. Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung, in die Ostukraine hinter den Zbruč überzutreten, bestanden, weil man fürchtete, daß die westukrainische Armee nicht gegen die Bolševiki kämpfen würde. Außerdem wurde die Evakuierung der Aktenbestände vorbereitet und befohlen, sich so lange wie möglich zu verteidigen.<sup>345</sup> Die Führung der UNRada und das Staatssekretariat riefen am 20. Mai, ungeachtet der ausweglosen militärischen Lage, das ukrainische Volk zum Durchhalten auf, um seinen Selbstbestimmungswillen gegenüber der Friedenskonferenz zu demonstrieren. Nur noch ein oder zwei Wochen, müßten sie aushalten, dann werde ihr Staat mit dem San als Westgrenze vom Obersten Rat anerkannt.<sup>346</sup> Einen

---

<sup>343</sup> Vgl. Kwestya Rosyi i kwestyj kresów, in: Czas, Nr. 130, 19.5.19.

<sup>344</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 19.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 31-31 Rückseite.

<sup>345</sup> Vgl. ebenda, ark. 31 Rückseite-32.

<sup>346</sup> Vgl. Ukrajins'kyj Narode, in: Republyka, Nr. 91, 22.5.1919.

Tag später wurde die Staatskasse aus Stanislau verlagert und die Evakuierung vorbereitet.<sup>347</sup>

Große Teile der westukrainischen Armee sahen nach dem Fall von Drohobyč am 18. Mai die eigene Aufgabe als unerfüllbar an. Nur eine Minderheit plädierte dafür, daß die westukrainische Armee nun der allgemein-ukrainischen Sache zu dienen habe. Gemäß den Vorstellungen ihres Oberkommandos sollte man sich, nach vorheriger Absprache mit Rumänien und der ČSR, bis in das Gebiet des oberen Dnister zurückziehen und zum Partisanenkampf in den Karpathen übergehen. Das Staatssekretariat sollte diesen Plan mit Rumänien und der ČSR abstimmen.<sup>348</sup> Infolge der Besetzung Pokutiens durch rumänische Truppen war der Übergang aller zivilen und militärischen Einrichtungen auf rumänisches Gebiet, wo die eigene Armee für den Kampf gegen die Bolševiki neu formiert werden sollte, jedoch kaum noch möglich.<sup>349</sup>

Es ist gewiß kein Zufall, wenn „Republyka“ am 20. Mai einen Artikel Barans über das Schicksal der Karpatho-Ukraine brachte. Zwar wandte der Verfasser sich vorrangig gegen den großen politischen Einfluß der dortigen russophilen Organisationen, konstatierte jedoch abschließend gleichfalls den zuvorkommenden Umgang von tschechoslowakischen Truppen und Behörden mit der örtlichen Bevölkerung. Baran zufolge erhoffte sich die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung der Karpatho-Ukraine eine Vereinigung mit der ZUNR.<sup>350</sup> Einflußreiche westukrainische Politiker wie Jevhen Levyc'kyj und Petruševyč befürworteten zu dieser Zeit ein enges Zusammengehen mit der ČSR. Levyc'kyj meinte, daß die eigene Staatlichkeit nur bis zum Zbruč verteidigt werden könne und forderte den Übergang von Armee und Regierung auf das Gebiet der durch tschechoslowakische Truppen besetzten Karpatho-Ukraine. Petruševyč setzte sich sogar dafür ein, den Tschechen unverzüglich eine Föderation vorzuschlagen.<sup>351</sup> Die Regierung der ZUNR ersuchte die Pariser Friedenskonferenz am 30. Mai in einer Note, die ČSR mit der militärischen Besetzung Ostgaliziens zu beauftragen. Zwar versprachen tschechische Militärs in Prag einer westukrainischen Delegation die Bereitstellung von Munition, die die Westukraine nach dem Verlust des Rohölgebiets Drohobyč-Boryslav jedoch nicht mehr bezahlen konnte.<sup>352</sup> Überlegungen über eine Zusammenarbeit mit Rumänien oder der ČSR bildeten, als der westukrainische Staat sich schon auf einen Bruchteil des von ihm beanspruchten Territoriums zurückgedrängt sah, allerdings eher verzweifelte Rettungsversuche denn reale politische Optionen.

Omeljanovyč-Pavlenko, Kurmanovyč und Hrekiv forderten bereits am 24. Mai auf der Sitzung des Staatssekretariats die Kapitulation. Innerhalb der west-

<sup>347</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 21.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 32 Rückseite.

<sup>348</sup> Vgl. Mychajlo Omeljanovyč-Pavlenko, *Ukrajins'ko-pol's'ka vijna 1918-1919*, Praha 1929, S. 67f.

<sup>349</sup> Vgl. Stepan Šuchevyč, *Spomyny z ukrajins'ko-halyc'koji armiji (1918-1920)*, Bd. II, L'viv 1929, S. 80f. Für die stark antipolnische Haltung der Westukrainer spricht, daß die Fürsprecher einer Zusammenarbeit mit Rumänien gegen die Bolševiki für einen späteren Zeitpunkt die erneute Wendung einer ukrainischen Armee gegen Polen vorsahen.

<sup>350</sup> Vgl. Stepan Baran, *Dolja Zakarpats'koji Ukrajiny*, in: *Republyka*, Nr. 89, 20.5.1919.

<sup>351</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 21.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 33.

<sup>352</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 234.



ukrainischen politischen Führung standen sich Befürworter und Gegner eines Rückzugs in die Ostukraine gegenüber. Zu den Letzteren zählte etwa Vytvyč'kyj, der Petljura als „Sozialisten“ bezeichnete und feststellte, daß die westukrainische Armee in der Ostukraine der Demoralisierung unterliege. Während er eine Kapitulation vor Rumänien befürwortete, setzte sich dann der Gedanke durch, daß die Armee sich in Richtung Osten zurückziehen und bis zum Schluß verteidigen sollte. So könne, wie Holubovyč meinte, zumindest der Keim einer Armee erhalten werden.<sup>353</sup> Der ostukrainische Innenminister Isaak Mazepa erinnerte sich später, daß nach der Ankunft der Hallerarmee in Polen und dem Angriff der polnischen Armee auf der ganzen Front der „letzte Akt der galizischen Tragödie“ begonnen habe. Ende Mai sei sichtbar gewesen, daß die Tage der ukrainischen Herrschaft in Ostgalizien gezählt gewesen seien. Bereits unmittelbar nach Beginn des Vormarschs der polnischen Streitkräfte gegen die ostukrainische Armee hatte sich deren Stab gezwungen gesehen, über eine Delegation das polnische Kommando um die Einstellung der Kampfhandlungen zu ersuchen.<sup>354</sup>

Am 28. Mai unterrichteten die ostukrainischen Regierungsmitglieder Borys Martos, Isaak Mazepa, Mykola Šadlun und Oleksander Kovalevs'kyj das westukrainische Staatssekretariat vom Ergebnis der Verhandlungen mit der polnischen Seite in Luc'k, die von den Delegierten der ostukrainischen Armee Vollmachten gefordert hatte, die sich ebenfalls auf die ostgalizische Front beziehen sollten. Die Forderung der ostukrainischen Politiker, denen zufolge Mitglieder der westukrainischen Regierung in den Bestand einer erneuten Delegation zu Verhandlungen mit den Polen eingehen sollten, stieß auf den Widerspruch der Westukrainen. Nach langer Diskussion kamen beide Seiten überein, daß die ostgalizische Regierung keine eigenen Leute zu Verhandlungen nach Polen entsenden sollte.<sup>355</sup>

Die westukrainische Haltung erscheint gerechtfertigt, da Omeljanovyč-Pavlenko seinerseits bereits am 19. Mai eine Delegation zu Gesprächen mit der polnischen Seite entsandt hatte, die am 26. Mai in Lublin eingetroffen war. Die von den Westukrainern vorgeschlagene Einstellung der Kampfhandlungen auf der Grundlage der Buglinie als Grenze zwischen westukrainischer und polnischer Armee wurde von der polnischen Seite zurückgewiesen. Józef Haller berichtete am 27. Mai an die militärische Führung in Warschau über die den ukrainischen Parlamentären erteilte Antwort, die über eine komplette Kapitulation der westukrainischen Armee, die ihre gesamte Munition und Waffen abzugeben hatte, hinausging. Außerdem sollte eine gemischte Ermittlungskommission ukrainische Kriegsverbrechen untersuchen.<sup>356</sup> Für die ostgalizischen Ukrainer waren diese Bedingungen un-

---

<sup>353</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 24.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 32 Rückseite-34.

<sup>354</sup> Vgl. Isaak Mazepa, *Ukrajina v ohni j buri revoljuciji 1917-1921*, Bd. I: *Central'na Rada-Hetmanščyna-Dyrekotorija*, o.O. 1950, S. 192, 195-197.

<sup>355</sup> Vgl. Wiedergabe einer Äußerung Vytvyč'kyjs im Notizbuch Nazaruks unter dem 2. Juli 1919. CDIA *Ukrajiny u L'vovi*, fd. 359, op. 1, spr. 12, ark. 31 Rückseite-32.

<sup>356</sup> Vgl. Führung der Haller-Armee. Stab. Oberbefehlshaber der Armee General Józef Haller an das Oberkommando der polnischen Streitkräfte, den 27.5.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 133.

annehmbar. Auch darum fand eine Kapitulation vor der polnischen Armee kaum Befürworter.<sup>357</sup>

### ***3.3 Ostgalizien als Streitobjekt der ukrainischen und polnischen Diplomatie auf der Pariser Friedenskonferenz***

Während die Westukrainer ihre Bereitschaft erklärten, den Krieg auf dem Verhandlungswege zwischen Westukrainern und Polen unter Vermittlung der Friedenskonferenz in Paris zu beenden, suchten nun die Polen in Ostgalizien selbst die militärische Entscheidung. Die ukrainische Diplomatie bemühte sich, über die Entente die polnische Offensive in Ostgalizien zu stoppen. Dagegen suchte die polnische Diplomatie nicht mehr nach Hilfe für das eingeschlossene Lemberg, sondern wollte die Ententestaaten von der Unumgänglichkeit eines militärischen Vorgehens gegen die Westukrainer überzeugen. Diplomatische Bestrebungen der Westukrainer und Polen waren, wie schon zuvor, abhängig vom jeweils militärisch Erreichbaren, aber kein eigenständiges Instrument beider Konfliktparteien auf der Suche nach einer einvernehmlichen Lösung.

Vytvyč'kyj berichtete auf der Sitzung des Staatssekretariats vom 5. April 1919 von den Ergebnissen seiner Bukarestmission. Der rumänische Ministerpräsident habe ihm gegenüber die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion gegen die Bolševiki betont. Auch der Oberkommandierende der Ententestreitkräfte in Rumänien Berthelot befürwortete die Bildung einer Barriere gegen die Bolševiki durch die Kooperation von Ukrainern, Polen und Rumänen. Vytvyč'kyjs Vorschlag einer militärischen Besetzung Ostgaliziens durch die Entente bei gleichzeitiger ukrainischer Verwaltung wurde von Berthelot, der jedoch die Entscheidungskompetenz der Pariser Friedenskonferenz hervorhob, nicht zurückgewiesen. Die Westukrainer besaßen, da ihr Staat offiziell nicht von der Entente anerkannt worden war, nur in sehr beschränktem Maße Zugang zu deren offiziellen Vertretungen im Ausland. In diesem Zusammenhang ist bezeichnend, daß der belgische Geistliche Bonn beim französischen Botschafter in Bukarest den Wahrheitsgehalt von Gerüchten bezüglich eines vermeintlich bestehenden Geheimvertrags zwischen Polen und Rumänien über die Teilung der ukrainischen Gebiete überprüfen sollte. Außerdem wurde beschlossen, Lozyns'kyj und Vitovs'kyj als Delegierte zur Pariser Friedenskonferenz zu entsenden.<sup>358</sup>

Von dem für die polnische Seite ungünstigen Orientierungswandel in der Einstellung des französischen Generalstabs in Bukarest berichtete auch die dortige polnische Militärkommission an den Generalstabschef in Warschau. Berthelot, der noch vor zwei Monaten die Ukrainer als „Phantasmorgie“ bezeichnet hatte, stehe mittlerweile offen auf der Seite der „gegen die Bolševiki kämpfenden Ukrainer“. Im rumänischen Stab war die Haltung gegenüber den neuen Plänen Berthelots offenbar geteilt. Nach Ansicht des Berichterstatters mußte schnellstmöglichst die 4. Division in die Bukowina und anschließend nach Ostgalizien verlagert werden,

---

<sup>357</sup> Vgl. Šučevyč, Spomyny, Bd. II, S. 80f.

<sup>358</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 5.4.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 19 Rückseite, 20.

„weil wir nur mit der Streitmacht die Zustimmung der Entente zu der Lösung der Ostgalizienfrage erlangen, die unseren nationalen Interessen entspricht“.<sup>359</sup>

Der Oberste Rat in Paris erneuerte am 3. April 1919 sein Vermittlungsangebot an Westukrainer und Polen. In einem diesmal an die polnische Regierung gerichteten Schreiben hieß es, daß eine Waffenstillstandskommission nach Abschluß einer Waffenruhe die Delegierten beider kriegführender Seiten in Paris anhören werde.<sup>360</sup> Die polnische Regierung und das Oberkommando der polnischen Armee benachrichtigten daraufhin die Generaladjutantur Piłsudskis in Warschau, erneut über einen Waffenstillstand verhandeln zu wollen. Die Modifikationsvorschläge, die Delegationsmitglieder in ein von Kernan am 28. März an General Iwazkiewicz übersandtes Waffenstillstandsprojekt eingebracht sehen wollten, verdeutlichen das Selbstbewußtsein der polnischen Seite, die auf eine militärische Entscheidung setzte. Da eine Waffenruhe der polnischen Seite keinen Vorteil bringe und eine Entscheidung auf längere Zeit verschiebe, müsse bald darauf ein endgültiger Waffenstillstand abgeschlossen werden. Darum forderten sie das Recht, die Waffenruhe aufkündigen zu dürfen, falls die Waffenstillstandsverhandlungen erkennbar zu keinem Ergebnis führten. Anstelle einer sechstägigen Waffenruhe wurde eine zweitägige gefordert.<sup>361</sup>

Wie wenig Sinn die politische Führung der Westukrainer für die nach dem Scheitern der eigenen Offensive veränderte militärische und politische Situation in Ostgalizien besaß, verdeutlichen deren noch Mitte April 1919 weit über die von der Barthélemy-Mission vorgeschlagene Demarkationslinie hinausreichenden Gebietsansprüche. Am 14. April 1919 legte das Staatssekretariat die Anweisungen für Lozys'kyj und Vitovs'kyj fest, die zum einen die ukrainische Delegation in Paris von den Verhältnissen in Ostgalizien informieren, zum anderen über einen westukrainisch-polnischen Waffenstillstand und die Beilegung des Ostgalizienkonflikts verhandeln sollten. Ungeachtet der verschlechterten militärischen Situation sollten sie die Sanlinie fordern, schlechtestenfalls dem Status quo an der Front zustimmen, bei freiem Zutritt nach Lemberg und der Neutralisierung des zwischen Front und San gelegenen Territoriums.<sup>362</sup> Angesichts der gegensätzlichen territorialen Zielsetzungen beider Streitparteien hätte die Pariser Friedenskonferenz im Ostgalizienkonflikt keine erfolgreiche Vermittlungstätigkeit entfalten können. Hinzu kam, daß die polnische Seite es ablehnte, westukrainisch-polnische Gespräche nach Paris zu verlagern. Tomašivs'kyj übermittelte an den ukrainischen Delegationsleiter Hryhorij Sydorenko und Panejko die Anweisung, bis zur Ankunft der Delegation aus Lozys'kyj, Vitovs'kyj und Kul'čyc'kyj die Verhandlungen über einen Präliminarfrieden mit Polen ruhen zu lassen. Petruševyč vergewisserte Panejko seines Ver-

<sup>359</sup> Vgl. Polnische Militärmission in Bukarest an den Generalstabschef. Bukarest, den 26.4.1919. AAN, KOD, sygn. 59, S. 37-39, s. 38.

<sup>360</sup> Vgl. Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando an das polnische Außenministerium. Paris, den 3.4.1919, in: Ukraine and Poland in Documents, Bd. 1, S. 105.

<sup>361</sup> Vgl. Oberkommando der polnischen Armee an die Generaladjutantur der polnischen Streitkräfte des Obersten Führers der polnischen Armee in Warschau. Warschau, den 7.4.1919, in: Ukraine and Poland in Documents, Bd. 1, S. 103f.

<sup>362</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 14.4.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 21.

trauens und stellte fest, daß die Anweisung dazu diene, die polnisch-westukrainischen Gespräche von der „großen Aufgabe der Friedensdelegation in Paris“ loszulösen.<sup>363</sup> Panejko faßte die Entsendung von Bevollmächtigten des Staatssekretariats zu Verhandlungen über einen westukrainisch-polnischen Waffenstillstand jedoch als „Dolchstoß in den Rücken“ auf.<sup>364</sup> So sehr er sich auch zurückgesetzt gefühlt haben mag ob der neuen Direktiven, zeigte sich in ihnen doch vor allem Petruševyč' Mißtrauen den ostukrainischen Delegationsmitgliedern gegenüber: Verhandlungen über einen westukrainisch-polnischen Waffenstillstand sollten nach den Direktiven des Staatssekretariats von westukrainischen Delegierten geführt werden.

Die Westukrainer, die im Krieg gegen Polen militärisch in Nachteil gerieten und aus der Ostukraine nur auf technische und finanzielle Unterstützung hoffen konnten, richteten ihre Hoffnung zunehmend auf eine Intervention der Entente. Es war aber zweifelhaft, ob die Friedenskonferenz von Paris aus auf die Ereignisse in Ostgalizien nachhaltigen Einfluß würde nehmen können. Außerdem kam auf dem Gebiet der internationalen Politik der polnischen Frage deutlich mehr Gewicht zu als der ukrainischen. Das von Dmowski geleitete Polnische Nationalkomitee hatte seit 1917 seinen Sitz in Paris genommen und war von den westlichen Großmächten schrittweise als Repräsentant Polens in verschiedenen Fragen anerkannt worden.<sup>365</sup> Die ukrainische Delegation fand sich hingegen erst in den Monaten April und Mai 1919 vollständig in Paris ein,<sup>366</sup> wurde aber nicht zur Friedenskonferenz zugelassen; aus der Erbmasse des Zarenreichs entstandene neue Staaten bildeten Objekte der Konferenz, die von ihr nur selten in Spezialfragen befragt wurden.<sup>367</sup>

Als die ukrainischen Diplomaten in Paris eintrafen, war der Kampf der Westukrainer um ihre Staatlichkeit militärisch bereits verloren. Zudem mußten sie die von polnischer Seite erhobenen Vorwürfe entkräften, Verbündete Deutschlands und Österreichs zu sein. Panejko, der im Frühjahr 1918 die Aufstellung von ukrainischen Legionen an der Seite der Entente vorgeschlagen hatte, sah sich ein Jahr später mit den Folgen der bis zum Untergang des Habsburgerreiches ausschließlich auf Wien orientierten westukrainischen Politik konfrontiert. Kurz nach seiner Ankunft in Paris schrieb er am 12. April 1919 resigniert an Tomašivs'kyj:

„Man sollte sich keine Illusionen darüber machen, daß die Entente die Ukraine schnell anerkennt und irgendeine Unterstützung gibt. Entweder halten wir uns selbst, oder wir fallen“.<sup>368</sup>

Insbesondere das offizielle Frankreich verhielte sich der ukrainischen Friedensdelegation abgeneigt. Sie würden kaum toleriert, von Beamten nicht empfangen. Die

<sup>363</sup> Vgl. Telegramm Vasy'ko an Tomašivs'kyj. Bern, den 24.4.1919. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 83, ark. 59, und spr. 82, ark. 58.

<sup>364</sup> Vgl. Lozyns'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920, S. 116, Anm. 3.

<sup>365</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, The Polish Problem, S. 11.

<sup>366</sup> Vgl. Kutschabsky, Westukraine, S. 218.

<sup>367</sup> Vgl. Il'ko Borščak, Jak zorganizovana Myrova Konferencija 1919 r., in: Iljustruvanyj kalendar' Almanachu Červonojij Kalyny na 1918 rik, S. 102-114, S. 105.

<sup>368</sup> Vgl. Panejko an Tomašivs'kyj. Paris, den 12.4.1919. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 185, ark. 39-42 Rückseite, ark. 39 Rückseite.

Franzosen sprächen über die Ukrainer ausschließlich als Verbündete Deutschlands, gegen die man eine großes Polen und ein großes Rußland bilden müsse.<sup>369</sup>

Eine Woche später berichtete Panejko vom offiziellen Einverständnis Paderewskis, in Übereinstimmung mit der Aufforderung des Obersten Rats vom 20. März 1919 die Feindseligkeiten einzustellen und einen Waffenstillstand abzuschließen. Die polnische Armee hielt sich Paderewski zufolge allein in der Defensive und werde keine Offensive unternehmen. Auf Anraten der amerikanischen Delegation sollte dem Oberkommando der westukrainischen Armee befohlen werden, zu einer bestimmten Stunde alle Kampfhandlungen einzustellen. Außerdem sollte ein Generalstabsoffizier nach Paris entsandt werden.<sup>370</sup> Die Mitglieder der ukrainischen Pariser Delegation Ivan Petruševyč und der mittlerweile in Paris angelangte Lozyns'kyj fügten zur Eildepesche Panejkos hinzu, daß die westukrainische politische Führung sich erneut mit einem Waffenstillstandsprojekt an die Polen wenden solle. Von einer Ablehnung des westukrainischen Angebots seien sofort Wien und Paris zu verständigen,<sup>371</sup> offenbar, um politischen Nutzen aus einer Zurückweisung des ukrainischen Vorschlags durch die polnische Seite ziehen zu können.

Der Oberste Rat hatte bereits am 2. April Paderewski seine Entscheidung mitgeteilt, zur Anhörung beider kriegführender Seiten eine Waffenstillstandskommission bilden zu wollen.<sup>372</sup> Paderewski wies die Friedenskonferenz am 4. April in einer Note darauf hin, daß Polen ein mit der Entente verbündeter Staat sei, und forderte, daß zwei rumänische Divisionen aus der Bukowina in Richtung Stanislau entsandt werden sollten, um die ukrainische galizische Armee zur Einstellung der Kampfhandlungen zu zwingen. Am 8. April hatte der Oberkommandierende der Ententestreitkräfte Marschall Ferdinand Foch befohlen, daß die Hallerarmee bis zum Monatsende nach Polen überführt werden sollte. Zwar wurde der polnischen Regierung der Einsatz der Hallerarmee an der galizischen Front verboten. Die Stärkung der polnischen Streitkräfte insgesamt ermöglichte jedoch die Entsendung größerer Einheiten nach Ostgalizien.<sup>373</sup> Panejko kritisierte in einem Schreiben an Wilson von Anfang April 1919 die bevorstehende Übersetzung der Hallerarmee nach Polen: Die Polen würden das erreichte *fait accompli* als Basis für Waffenstillstandsverhandlungen und die Festlegung einer ukrainisch-polnischen Grenze nutzen. Wie gering die Aussichten seines Appells an den Gerechtigkeitssinn Wilsons waren, die polnischen Anstrengungen auf die militärische Eroberung der ukrainisch-ostgalizischen Grenzregion zu unterbinden,<sup>374</sup> dürfte Panejko selbst schmerzlich bewußt gewesen sein.

Die interalliierte Waffenstillstandskommission, die unter Leitung des britischen Generals Louis Botha am 6. April erstmals zusammentrat, vermochte die Er-

<sup>369</sup> Vgl. ebenda, ark. 41 Rückseite.

<sup>370</sup> Vgl. Telegramm Panejko an Tomašivs'kyj, Bern. Paris, den 19.4.1919, 18 Uhr 20. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 185, ark. 43

<sup>371</sup> Vgl. Nova proba porozuminnja z Poljakamy, in: Republyka, Nr. 75, 3.5.1919.

<sup>372</sup> Vgl. Sprawy polskie na konferencji pokojowej, Bd. II, S. 282f.

<sup>373</sup> Vgl. Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 220. Auf diesen Zusammenhang wies auch Sydorenko in einer am 18.4.1919 an Clemenceau gerichteten Note hin. Vgl. Sprawy polskie na konferencji pokojowej, Bd. II, S. 288f.

<sup>374</sup> Vgl. Panejko an Wilson, den 5.4.1919. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 107, ark. 1-3.

eignisse in Ostgalizien nicht mehr zu beeinflussen.<sup>375</sup> In Noten vom 4. und 7. April beschwerte sich die ukrainische Delegation, daß die Entente Polen gegen die ukrainische Republik militärisch unterstütze, die gegen die russischen Bolševiki einen Verteidigungskrieg führe. Außerdem bat die Delegation um eine Erklärung, ob die Entente den expansiven polnischen Imperialismus dulde, und erklärte erneut die Bereitschaft der Ukrainer zum Abschluß eines Waffenstillstands gemäß den vom Obersten Rat vorgestellten Grundsätzen. Dagegen versuchte die polnische Diplomatie, Zeit für eine entscheidende Offensive der eigenen Streitkräfte zu gewinnen.<sup>376</sup>

Auf der zweiten Sitzung der Bothakommission vom 29. April wurden Dmowski und Paderewski angehört, die forderten, daß man polnischen Streitkräften erlauben solle, ganz Ostgalizien zu besetzen und so den Kontakt zu den rumänischen Streitkräften herzustellen. Der Standpunkt der polnischen Delegierten stimmte mit dem Inhalt der Instruktion des Oberkommandos der polnischen Streitkräfte vom 26. April an Rozwadowski für dessen Tätigkeit in Paris überein. Rozwadowski war angewiesen worden, dem Abschluß einer Waffenruhe oder eines Waffenstillstands mit den Westukrainern in Paris entgegenzuarbeiten, es sei denn unter der Bedingung der vollständigen Abgabe der Waffen, der Demobilisierung der ukrainischen galizischen Armee und der Besetzung ganz Galiziens und Wolhyniens bis Rivne. Seine Haltung sollte er mit dem Bestehen starker bolševistischer Tendenzen bei den Anhängern Petljuras und bei den Westukrainern rechtfertigen. Der Krieg um Ostgalizien sei so schnell wie möglich zu beenden und eine gemeinsame polnisch-rumänische Front gegen die Bolševiki zu bilden; so erhalte der polnische Staat über Rumänien eine Territorialverbindung zur Entente.<sup>377</sup>

Beide Seiten konnten sich nicht auf eine provisorische Abgrenzung ihrer Einflußsphären in Ostgalizien einigen, so daß schließlich die Bothakommission eine Demarkationslinie bestimmte, die Lemberg auf polnischer, das Rohölgebiet von Drohobyč-Boryslav hingegen auf ukrainischer Seite beließ. Das Waffenstillstandsprojekt der Bothakommission wurde zwar im Grundsatz von den Ukrainern angenommen, von den Polen hingegen am 13. Mai abgelehnt. Letztere weigerten sich, auf das Rohölgebiet zu verzichten, dies der Verwaltung des Völkerbundes zu unterstellen oder die Armeen beider Seiten auf 20.000 Mann zu reduzieren.

Ihren Standpunkt begründeten Dmowski und Paderewski mit der vorgebliebenen Unfähigkeit der Verwaltung der ZUNR und der brutalen Behandlung der polnischen Bevölkerung auf deren Territorium. Gleichzeitig brachten sie vor, daß der polnische Sejm auf Antrag Skarbeks vom 13. Mai 1919 mit den Beratungen über eine Autonomie für Ostgalizien beginne. Während die polnische Haltung den Erwartungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zuwiderliefe, zeigte Frankreich Verständnis für die gefährliche Lage des polnischen Staates zwischen Deutschland und Sovetrußland. Paris forderte eine Beschleunigung der polnischen Offensive über Sambir auf Stryj, um vollendete Tatsachen zu schaffen.<sup>378</sup> Dmowski

<sup>375</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 219f.

<sup>376</sup> Vgl. Żurawski, *Sprawa ukraińska*, S. 28.

<sup>377</sup> Vgl. Instruktion des Oberkommandos der polnischen Streitkräfte an Rozwadowski für dessen Mission in Paris. Warschau, den 26.4.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 116-118.

<sup>378</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 220-222.

hatte bereits am 29. April den Abschluß eines Waffenstillstands von der Besetzung des ganzen Ostgaliziens durch die polnische Armee, der Reformierung der westukrainischen Streitkräfte über die Entfernung aller bolschewistischen, österreichischen und deutschen Elemente sowie der Übernahme der Kontrolle über den Ölhandel, der dem Handel mit Waffen diene, durch die polnische Regierung abhängig gemacht. Dmowski, der Ostgalizien bereits als faktisch in polnischem Besitz befindlich ansah, blieb bei seinem Standpunkt, obwohl die Briten mit Konsequenzen bei der Festlegung der polnischen Westgrenzen drohten. Angesichts der polnischen Forderungen, die Fragen der allgemeinen Politik betrafen, zu deren Betrachtung die Bothakommission sich als inkompetent ansah, erklärte sie ihr Mandat am 15. Mai 1919 für erloschen und übergab die Entscheidung über einen westukrainisch-polnischen Waffenstillstand dem Obersten Rat.<sup>379</sup> Wenn Botha die ukrainische Delegation hiervon auf deren Nachfrage hin erst elf Tage später verständigte,<sup>380</sup> dann verdeutlicht dies nicht nur deren schlechten Informationsstand, sondern außerdem die bestehende Distanz zu den Entscheidungsträgern in Paris. Lozyns'kyj sah die diplomatische Tätigkeit der Ukrainer später als durch drei Umstände erschwert an: Erstens sei der diplomatische Dienst für die vor 1914 in Österreich-Ungarn und Rußland von der Teilnahme am höheren Staatsdienst ausgeschlossenen Ukrainer etwas völlig Neues und Unbekanntes gewesen. Hinzu kam als zweiter Grund die gleichgültige beziehungsweise sogar feindliche Haltung der Ententestaaten gegenüber ukrainischen Fragen. Am schwerwiegendsten wog der dritte Aspekt, dem zufolge die Ukrainer es nicht verstanden, ihren Staat mit eigenen Kräften ordentlich zu verwalten, in ihm die innere Ordnung zu gewährleisten und seine Grenzen zu verteidigen:<sup>381</sup> „Mit einem Wort, wenn unser Staat Kraft gezeigt hätte, dann hätten die Ententestaaten selbst um unsere Gunst ersucht“.<sup>382</sup>

### 3.4 Das Ende der ukrainischen Staatlichkeit in Ostgalizien

Der griechisch-katholische Metropolit Šeptyc'kyj beklagte sich gegenüber Piłsudski, daß die „massenhaften Internierungen von Ukrainern“, mit dem Ziel, die gesamte Intelligencija und alle nationalbewußten Elemente“ zu entfernen, den ohnehin breiten Abgrund zwischen Ukrainern und Polen vertieften. Angesichts des Auspeitschens von Bauern, des Abbrennens von Hütten, des Herauspressens von Geldern, der entschädigungslosen Requirierung von Pferden und Vieh, Räubereien in Dörfern und Kirchen durch Soldaten der polnischen Armee dürfte es kaum Ukrainer geben, die an die Aufrichtigkeit von Autonomiezusagen glaubten.<sup>383</sup>

<sup>379</sup> Vgl. Żurawski, *Sprawa ukraińska*, S. 30.

<sup>380</sup> Vgl. Bothas Schreiben an Lozyns'kyj vom 26.5.1919, in: Lozyns'kyj, *Halyčyna v rr. 1918-1920*, S. 137f.

<sup>381</sup> Vgl. Mychajlo Lozyns'kyj, *Zahranyčne zastupnyctvo Ukrajin'skoi Narodnoji Republiki*, in: *Narodnij kalendar tovarystva „Prosvita“ z literaturnym zbirnykom na zvyčajnyj rik 1921*, ričnyk 43, L'viv 1921, S. 90-95, S. 93f.

<sup>382</sup> Ebenda, S. 94.

<sup>383</sup> Vgl. Šeptyc'kyj an Piłsudski. Lemberg, den 26.6.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 209f.

Westukrainische Offiziere betrachteten den Übertritt auf das zu dieser Zeit unter dem Druck der Roten Armee stark verkleinerte Gebiet der Ostukraine als Niederlage und Liquidierung der ZUNR. Am 7. Juni begann unter dem Oberbefehl Hrekivs eine Gegenoffensive, von der die polnische Seite völlig überrascht wurde. Der Vormarsch der ukrainischen galizischen Armee, der seinen Ausgangspunkt vom rückeroberten Čortkiv aus nahm, wurde von der ukrainischen Bevölkerung enthusiastisch aufgenommen. Infolge der als Čortkiv-Offensive bekannten Erfolge der ukrainischen galizischen Armee vergrößerte deren Bestand sich um einige tausend Personen, da Deserteure zurückkehrten und sich Freiwillige in großer Zahl in die Reihen meldeten. Außerdem entstanden vielerorts ukrainische Partisanenabteilungen. Hrekiv informierte den Vorstand der UNRada und das Staatssekretariat in Zaleščyky am 9. Juni von den territorialen Gewinnen der Offensive. In einer Atmosphäre des Enthusiasmus ernannten beide Institutionen Petruševyč zum Diktator und übertrugen ihm die gesamte gesetzgebende und exekutive Gewalt. Weiter wurde ein Staatskomitee der Verteidigung gegründet, anstelle des aufgelösten Komitees ernannte Petruševyč ihm selbst untergeordnete Ressortleiter. Hrekiv wurde von Petruševyč zum neuen Oberkommandierenden der westukrainischen Armee bestimmt. Omeljanovyč-Pavlenko erhielt die Position eines militärischen Beraters von Petruševyč und wurde damit seines Einflusses auf die Armee beraubt. Am 15. Juni fiel Ternopil' erneut in ukrainische Hände, erst vor Berežany kam die westukrainische Offensive am 21. Juni zum Stehen.<sup>384</sup>

Zur gleichen Zeit verhandelten ostukrainische Delegierte und Vertreter des polnischen Oberkommandos, das seine Bereitschaft erklärte, den weiteren Vormarsch des Bolševismus nach Westen aufzuhalten, über eine Einstellung der Kampfhandlungen. Während das Oberkommando der ukrainischen Truppen sich verpflichtet sollte, mit den Bolševiki keine Verträge militärischer Natur oder bezüglich einer staatlichen Vereinigung abzuschließen, sagte das polnische Oberkommando der ukrainischen Armee Hilfe zu, falls diese den Angriff der Bolševiki auf Ostgalizien nicht aufhalten könne.<sup>385</sup> Aus politischen Gründen war die völlige Vernichtung der militärischen Kräfte Petljuras nicht erwünscht. Der Vorsitzende der polnischen Delegation General Radziewicz zweifelte jedoch an der Kampfkraft der ostukrainischen Armee. Nach Ablauf von längstens vier oder acht Wochen sollte die reorganisierte Armee der UNR mit ihrer gesamten Etappe und Verwaltung den Zbruč überschreiten. Ostgalizien sollte dann endgültig dem Oberkommando der polnischen Streitkräfte übergeben werden. Am 16. Juni einigten sich beide Seiten auf eine Waffenruhe.<sup>386</sup>

---

<sup>384</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 241-246.

<sup>385</sup> Instruktionen des Oberkommandos der polnischen Streitkräfte für die Verhandlungen mit der ostukrainischen Militärdelegation. Warschau, den 5.6.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 167-169.

<sup>386</sup> Vgl. Vorsitzender der Delegation des Oberkommandos der polnischen Streitkräfte an das Oberkommando der polnischen Streitkräfte, Abteilung II, in Warschau. Lemberg, den 9.6.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 171f. Zum Verlauf der Verhandlungen zwischen den Delegationen des Oberkommandos der polnischen Streitkräfte und des Oberkommandos der ukrainischen Truppen über den Abschluß einer Waffenruhe vom 7. bis 16.6.1919 in Lemberg, abgedruckt in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S.178-191.



Zwei Tage später berichteten Mitglieder der ostukrainischen Verhandlungsdelegation unter General Delvig dem Oberkommando der ukrainischen galizischen Armee von dem mit dem polnischen Oberkommando abgeschlossenen Vertrag.<sup>387</sup> Für die Westukrainer hätte die in Punkt eins des Vertrags vorgesehene Rückkehr der Armeen beider Seiten auf ihre Positionen vom 1. Juni einen Verzicht auf die Gebietsgewinne der eigenen Offensive bedeutet.<sup>388</sup> Die Führung der westukrainischen Armee stellte daraufhin noch am 19. Juni in einem Schreiben an das polnische Oberkommando fest, daß die ZUNR niemanden zur Unterzeichnung einer Waffenruhe autorisiert habe. Sie seien jedoch jederzeit bereit, den Krieg gegen Polen zu beenden sich dem Schiedsspruch der Entente unterzuordnen, um gemäß deren Direktiven gegen die Bolševiki zu kämpfen.<sup>389</sup> Das Bestehen einer ukrainischen Armee jenseits des Zbruč, wenigstens als „Schutz“ des polnischen Staates vor der Roten Armee, lag im polnischen Interesse. Der polnische Oberkommandierende Oberst Haller erachtete die Waffenruhe mit den Delegierten Petljuras für notwendig, deren Anerkennung durch Omeljanovyč-Pavlenko hingegen nicht.<sup>390</sup> Mitte Juni 1919 bestanden auf polnischer Seite offenbar erneut Überlegungen über ein Militärbündnis zwischen Polen und der Ostukraine, wobei die Letztere jedoch eher als ein aus militärischen Erwägungen heraus kurzfristig notwendiger Schutz vor der Roten Armee angesehen wurde. Angesichts der offensibaren Schwäche der UNR und ihrer Armee kam weitergehenden politischen Konzeptionen über die konkrete Bedrohungssituation hinaus, der sich der polnische Staat ausgesetzt sah, zumindest zunächst nur geringe Bedeutung zu.

Die Fortführung der Kampfhandlungen durch die westukrainische Armee am 21. Juni begünstigte eine Durchsetzung polnischer politischer Zielsetzungen auf der Pariser Friedenskonferenz. Das polnische Außenministerium konnte nun in Paris die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges der ukrainischen Seite zuweisen, mit dem Argument, daß das Oberkommando der polnischen Streitkräfte die Offensive in Ostgalizien gemäß der Anweisung der Ententestaaten eingestellt und eine Waffenruhe mit den Ukrainern abgeschlossen habe.<sup>391</sup> In der ersten Maihälfte 1919 war die Haltung der Pariser Friedenskonferenz in der Ostgalizienfrage inkonsequent gewesen. Während insbesondere Großbritannien die Polen über wirtschaftliche und diplomatische Mittel zu zügeln trachtete, bedrängten französische Kreise die Polen, schnell ein militärisches *fait accompli* zu schaffen. Ständige Berichte über polnische und ukrainische Greuelthaten, auch nach Einstellung der polnischen Offensive, führten zur Entsendung einer alliierten Kommission nach Ostgalizien.

Die Mitglieder der Kommission, die am 10. Juni nach Warschau zurückkehrte, fanden keine Hinweise auf polnische Grausamkeiten, wohl aber auf ukrainische.

---

<sup>387</sup> Vgl. Wiedergabe einer Äußerung Vytvyč'kyjs im Notizbuch Nazaruks unter dem 2.7.1919. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 12, ark. 31 Rückseite-32.

<sup>388</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 248.

<sup>389</sup> Vgl. Oberkommando der ostgalizischen Armee an das Oberkommando der polnischen Armee in Galizien. Standort, den 19.6.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 207f.

<sup>390</sup> Vgl. Oberkommando der polnischen Streitkräfte. Oberst Haller an die Generaladjutantur des Obersten Führers in Warschau. Warschau, den 13.6.1919, in: *Ukraine and Poland in Documents*, Bd. 1, S. 198f.

<sup>391</sup> Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 247.

Außerdem berichteten sie vom Empfang der polnischen Armee als Befreier, die Recht und Ordnung in vormals von ukrainischen Banden verwüsteten Gebieten wiederherstellten. Als ein Mittel, die Wiederholung ähnlicher Fälle zu verhindern, sollte den Polen die Erlaubnis erteilt werden, ihre Offensive bis zum Zbruč fortzusetzen. Den gleichen Rat gaben in Warschau mit dem Ostgalizienkonflikt befaßte Politiker nach Paris weiter. Der Rat der Außenminister erlaubte den Polen am 25. Juni 1919 den Vormarsch bis zum Zbruč, wobei nun auch die Hallerarmee an den Offensivhandlungen der polnischen Streitkräfte teilnehmen durfte. In Verbindung mit Polen sollte Ostgalizien auf lange Sicht Autonomie erhalten und die polnische Kommission der Friedenskonferenz ein entsprechendes Selbstverwaltungsprojekt ausarbeiten. Die polnische Verwaltung in Ostgalizien sollte provisorischen Charakter tragen, die endgültige Entscheidung wurde in Abhängigkeit vom Ergebnis eines Plebiszits gestellt.<sup>392</sup>

Panejko berichtete am 2. Juli, daß die polnischen Dokumente über angebliche westukrainische Kriegsverbrechen in Paris großen Eindruck gemacht und den Beschluß des Rates der Außenminister vom 25. Juni über die Besetzung Ostgaliziens bis zum Zbruč ermöglicht hätten. Wie wenig Einflußmöglichkeiten die in Paris anwesenden ukrainischen Diplomaten besaßen, zeigt seine Feststellung, daß maßgebliche Entente Kreise an die Lebensfähigkeit des ostukrainischen Staates nicht glaubten und diesen als Tummelplatz für Abenteurer ansahen. Über ein zukünftiges Ostgalizienstatut würden alle Beteiligten befragt, also auch die Juden und der Repräsentant der ostgalizischen Russophilen Markov.<sup>393</sup> Außerdem beschwerte er sich darüber, daß ihm nachgesandte Leuten ihn als „Vasyl‘kofreund“ und „Germanophilen“ bei den Franzosen diskreditierten, und stellte resigniert fest: „Halte mich angeekelt abseits und betreibe täglich meine Kleinarbeit, bin aber todmüde.“<sup>394</sup>

Piłsudski hatte bereits im Zuge der polnischen Offensive in der zweiten Maihälfte 1919 die polnische Delegation in Paris angewiesen, in Gesprächen mit der französischen Seite den wenig komfortablen und luxuriösen Besitz von Streitkräften vorzubringen, deretwegen im Falle ihres Einsatzes von allen Seiten protestiert werde. Es hinterlasse einen unangenehmen Eindruck, wenn die am besten ausgerüstete und ausgebildete Armee untätig zusehe, wie andere sich schlügen.<sup>395</sup> Piłsudski war am 26. Juni zur Leitung der nunmehr von der Entente gebilligten Offensive selbst in Ostgalizien. Zwei Tage später war er sicher, daß die polnische Armee zum Zbruč vorrücken durfte, am 30. erfuhr er von der Erlaubnis zum Einsatz der Hallerarmee. Im Unterschied zu früheren polnischen Offensiven war der Friedensvertrag mit Deutschland nun unterzeichnet, wenn auch noch nicht ratifiziert, und die Offensive wurde mit Erlaubnis der Entente durchgeführt.<sup>396</sup>

---

<sup>392</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 321, 385-387, 395.

<sup>393</sup> Vgl. Abschrift von Lausanner Depesche Panejkos, 2.7.1919. CDAVOV, fd. 3696, op. 2, spr. 280, ark. 13.

<sup>394</sup> Vgl. ebenda, ark. 14.

<sup>395</sup> Vgl: Piłsudski an die polnische Delegation in Paris, ohne Datum. AAN, Akta Józefa i Aleksandry Piłsudskich. Adjutantura Belwederu, sygn. 2, S. 39f.

<sup>396</sup> Vgl. Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem*, S. 398. Lundgren-Nielsen bezeichnet es als Ironie, daß ausgerechnet Piłsudski eine Militäraction leitete, die er selbst niemals propagiert hatte.

Die unter Aufsicht von Piłsudski vorbereitete polnische Offensive in Ostgalizien begann unter dem Oberbefehl General Iwaszkiewicz's am 2. Juli 1919. Zwar erzielten die polnischen Streitkräfte territoriale Gewinne, ohne daß jedoch die ukrainische Front durchbrochen wurde. Der Rückzug der ukrainischen galizischen Armee, deren Frontabteilungen kaum noch über Munition verfügten, vollzog sich geordnet. Das Vorrücken der polnischen Streitkräfte in Richtung Zbruč erzwang von den zivilen und militärischen Behörden der ZUNR eine Entscheidung über das weitere Schicksal ihrer Armee und Staatsorgane. Eine Kapitulation vor Polen kam nicht in Frage. Es gab daher zwei Möglichkeiten: mit der Armee auf rumänisches Territorium überzugehen, oder aber über den Zbruč in die Ostukraine. Der Unwille zu einer Zusammenarbeit mit den Ostukrainern sei, so stellte Mazepa fest, so groß gewesen, daß Petruševyč zunächst die Verständigung mit den Rumänen für einen gemeinsamen Angriff gegen die Bolševiki suchte. Rechte politische Führer der Galizier hofften weiter auf die Entente und meinten, daß ein Bündnis mit Rumänien im Gegensatz zu einem Zusammenschluß mit der ostukrainischen Armee deutlich mache, daß sie keine Bolševiki seien. Erst als die rumänische Seite sich weigerte, die westukrainische Armee auf ihr Territorium zu lassen, blieb Petruševyč keine andere Wahl, als Rettung hinter dem Zbruč zu suchen.<sup>397</sup> Am 11. Juli übergab das polnische Kommando der westukrainischen Seite, die von der Welt abgeschnitten war, den Beschluß des Obersten Rats vom 25. Juni bekannt, durch den Polen mit der Besetzung ganz Ostgaliziens bis an den Zbruč bevollmächtigt worden war. Nazaruk zufolge sah Petruševyč, der von einem tiefen Rechts- und Gerechtigkeitsgefühl geprägt gewesen sein soll, die Entscheidung der Entente als durch fehlerhafte Informationen hervorgerufen an.<sup>398</sup>

Petruševyč antwortete in einer Radiodepesche an den Obersten Rat in Paris, daß es in Ostgalizien keine „bolševistischen Banden“ gebe, sondern nur eine disziplinierte ukrainische Armee, die die friedliche Bevölkerung an zwei Fronten gegen die Bolševiki und gegen die Polen verteidige. In Lemberg hätten die Polen die ukrainische Presse verboten, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen geschlossen, fast die gesamte ukrainische Intelligencija sei interniert. Noch schlimmere Greuelthaten als in der Hauptstadt der Westukraine ereigneten sich der Radiodepesche zufolge in der Provinz. Das ihrem „historischen Feind“ erteilte Mandat zur Pazifizierung Ostgaliziens komme der Ruinierung des Landes gleich. Petruševyč verlangte die Entsendung einer Kommission zur Untersuchung polnischer Kriegsverbrechen, protestierte gegen das Polen erteilte Mandat und stellte fest, daß die Verantwortung für das schreckliche, ohne Anhörung der ukrainischen Seite gefällte Urteil nicht auf ihn zurückfalle.<sup>399</sup>

---

<sup>397</sup> Vgl. Isaak Mazepa, *Ukrajina v ohni i buri revoluciji 1917-1921*, Bd. II: *Kamjanec'ka doba – zymovyj pochid*, o.O. 1951, S. 13.

<sup>398</sup> Vgl. Nazaruk, *Rik na Velykij Ukrajin*, S. 179f; *Lozysn'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920*, S. 109f; *Lytvyn, Naumenko, Istorija ZUNR*, S. 205.

<sup>399</sup> Vgl. Jevhen Petruševyč, bevollmächtigter Diktator des westlichen Gebiets der UNR an den Obersten Rat der verbündeten und in den Bund aufgenommenen Staaten in Paris. Standort des Oberkommandos der ostgalizischen Armee, den 15.7.1919, abgedruckt in: *Lozysn'kyj, Halyčyna v rr. 1918-1920*, S. 110-112.

### 3.5 Ein Bündnis mit den Bolševiki oder die Vertiefung der Vereinigung mit der UNR?

Nachdem die westukrainische Märzoffensive gescheitert und die Vermittlung der Entente mission unter Kernan in Chyryv am 27. März 1919 fehlgeschlagen war, mußte die westukrainische politische Führung ihr Verhältnis zur UNR und zu den Bolševiki bestimmen. Petruševyč, Lozyns'kyj und Buračyns'kyj hatten sich bereits in Proskuriv am 11. März 1919 gegenüber politischen Vertretern der Ostukraine für weitere Gespräche mit dem französischen Kommando eingesetzt, die Aufnahme von Verhandlungen mit den Bolševiki hingegen abgelehnt.<sup>400</sup> Das Staatssekretariat befaßte sich auf der Sitzung vom 31. März 1919 mit der eigenen politischen Haltung gegenüber Sovetrußland. Gemäß einer Depesche von Otaman Biberovyč aus Budapest hatte Bela Kun seine Vermittlung bei Verhandlungen mit der sovjetischen Regierung vorgeschlagen. Der Verlauf der Diskussion verdeutlicht, daß Gespräche mit den Bolševiki innerhalb der westukrainischen politischen Führung verschieden beurteilt wurden. Cehels'kyj benannte als Voraussetzungen, daß die sovjetische Regierung die staatliche Souveränität der Ukraine anerkennen und ihre Armee hinter eine noch festzulegende Demarkationslinie zurückziehen solle. Dagegen lehnte der Präsident der UNRada Petruševyč Verhandlungen mit den Bolševiki wegen des daraus resultierenden unweigerlichen Abbruchs der Gespräche mit der Entente ab: „Heute, wie lange noch, wissen wir nicht, kann man nicht mit der Entente brechen“.<sup>401</sup> Lozyns'kyj hielt „private Gespräche“ mit Ungarn über einen Friedensschluß mit den Sovets für möglich, Artymovyč, Buračyns'kyj und Holubovyč unterstützten die Position von Petruševyč. Aus ihrer Sicht bildeten Verhandlungen mit Ungarn und den Sovets eine Illoyalität gegenüber Petljura. Holubovyč vertrat den Standpunkt, daß sie ohne Petruševyč' Wissen keine außenpolitischen Fragen behandeln dürften, setzte sich aber dafür ein, zwei westukrainische Delegierte zum Abschluß eines Handelsvertrags nach Budapest zu entsenden. Die westukrainische Regierung verwarf das Vermittlungsangebot Bela Kuns und orientierte sich weiter auf die Entente, der nach Überzeugung führender ostgalizisch-ukrainischer Politiker die alleinige Entscheidungskompetenz im ukrainisch-polnischen Krieg um Ostgalizien oblag.

Der Ministerrat der UNR befaßte sich Ende April mit dem Problem der ukrainischen Vereinigung. Von der Zuspitzung im Verhältnis zwischen beiden ukrainischen Staaten zeugt die Feststellung Mykola Šadluns, daß die ZUNR der Ostukraine gegenüber ein „feindlicher Staat“ (voroža deržava) sei. Nur dann, wenn sich das Staatssekretariat zur Durchführung der Vereinigung verpflichte, solle es finanzielle Unterstützung erhalten. Erst nach längerer Diskussion einigte man sich auf Vorschlag des Ostgaliziers Antin Krušelnyč'kyj wegen der schweren Stellung an der Front darauf, eine gemäßigte Haltung zur westukrainischen Regierung ein-

<sup>400</sup> Vgl. Mazepa, *Ukrajina v ohni i burji revoluciji*, Bd. I, S. 126-128, 139. In Proskuriv fand die einzige Sitzung des Direktoriums in seinem vollen Bestand statt. Ein Teil seiner Mitglieder mit Petljura an der Spitze ließ sich im folgenden in Rivne nieder, Petruševyč und Andrijevs'kyj in Stanislau.

<sup>401</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 31.3.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 16. Zum folgenden ebenda, ark. 16, 16 Rückseite.

zunehmen. Grundlegende Forderungen sollten nicht gestellt werden.<sup>402</sup> Am 30. April sowie am 2. und 3. Mai 1919 fanden Beratungen von Mitgliedern des Staatssekretariats mit der außerordentlichen Kommission der UNR statt, der unter anderem der stellvertretende Innenminister Njančur und der stellvertretende Handelsminister Šadlun angehörten. Njančur zufolge sollte die Kommission westukrainische Institutionen und Beamte kontrollieren, materieller und politischer Verbrechen Beschuldigte sowie ostukrainische Beamte auf das Territorium der UNR überführen.<sup>403</sup>

Zum Eklat kam es, als das Staatssekretariat sich am 2. Mai weigerte, den ehemaligen Kriegsminister Oleksander Šapoval' und den ehemaligen Otaman Petro Bolbočan an den Stab der ostukrainischen Armee zu übergeben sowie den ehemaligen Premierminister Serhij Ostapenko und den ehemaligen Außenminister Kost' Macijevyč in Stanislau festzuhalten. Šadlun erklärte daraufhin die Kommission zur Überprüfung folgender Fragen berechtigt: Transport und unverzüglicher Durchlaß des Saporoher Korps, Transport und unbeschränkter Durchlaß von Öl- und Salzprodukten für die Ostukraine, der Verwendung der von der Zentralregierung an das Staatssekretariat assignierten Gelder und der Vertragsabschlüsse mit ausländischen Staaten. Außerdem sollte das Staatssekretariat sich grundsätzlich zur Vereinigung von UNR und ZUNR äußern und erklären, wann ost- und westukrainische Regierungsinstitutionen normiert werden könnten. Erst nach Klärung dieser Punkte werde eine weitere Auszahlung der Gelder an das Staatssekretariat erfolgen. Holubovyč drückte sein tiefes Bedauern darüber aus, daß

„in einem Moment, wo die ukrainische Staatlichkeit sich in einer äußerst schwierigen Lage befindet, und der Feind von drei Seiten aus angreift, die ostukrainischen Brüder die finanzielle Unterstützung verweigern, zu der sie sich ursprünglich ohne Vorbehalte und Bedingungen verpflichtet hatten“.<sup>404</sup>

Am folgenden Tag nahmen Šadlun und Njančur eine widersprüchliche Haltung ein: Ersterer machte die Übergabe des Geldes von der Klärung der von ihm genannten Punkte abhängig, wohingegen Letzterer nur Rechenschaft über die bislang ausgegebenen Gelder verlangte. Holubovyč erklärte daraufhin im Namen des Staatssekretariats der ZUNR, daß auf der Grundlage der Deklaration der UNRada vom 3. Januar und des Universals des Direktoriums vom 22. Januar 1919 die Regierung der ZUNR der Regierung der Ostukraine gleichgestellt sei und darum weder deren Befehlen noch Kontrolle unterliege. Die westukrainische Regierung sei jederzeit bereit, zur Verwendung der Gelder Bericht zu erstatten und sich einer Kontrolle zu unterziehen. Die Verknüpfung der finanziellen Unterstützung mit erst zu erfüllen-

---

<sup>402</sup> Vgl. Notizen zu Ministerratssitzung im Notizbuch von Osyp Bezpalko, ohne Datumsangabe. CDAVOV, fd. 4453, op. 1, spr. 8, ark. 89-90.

<sup>403</sup> Vgl. Bericht über die Beratungen vom 30.4, 2.5. und 3.5.1919 unter Teilnahme des Staatssekretariats des westlichen Gebiets der UNR und der außerordentlichen Kommission der Zentralregierung der UNR. Biblioteka Narodowa, Archiwum Towarzystwa im. Tarasa Szewczenki, Mikrofilm 87265. s. 21-22 Rückseite.

<sup>404</sup> Vgl. Bericht über die Beratungen vom 2.5.1919. Biblioteka Narodowa, Archiwum Towarzystwa im. Tarasa Szewczenki, Mikrofilm 87265. s. 18-19, s. 19.

den Bedingungen hingegen bezeichnete er als Erpressung. Zwar erklärte Holubovyč das Direktorium zur obersten Regierung auch der ZUNR, jedoch nur einige seiner Anordnungen als für dieses Gebiet bindend. Die Kommission zahlte schließlich die Gelder aus, mahnte aber einen Bericht über die Verwendung der bislang ausgehändigten Beträge an. In abschließenden Erklärungen betonten sowohl Holubovyč als auch Njančur, daß „sie sich gegenseitig vertrauen und Spannungen beheben müßten, die im gegenwärtigen Moment dem ukrainischen Staat unanschätzbaren Schaden zufügten“.<sup>405</sup> Angesichts der politischen Gegensätze zwischen UNR und ZUNR kam diesen Feststellungen allerdings kaum Bedeutung zu.

Die westukrainische Regierung erhielt am 7. Mai ein Telegramm vom Leiter der sovetukrainischen Regierung Christian Rakovs'kyj aus Kyjiv. Der bulgarischstämmige Rakovs'kyj erklärte die innere Ordnung Ostgaliziens zu einer Angelegenheit der dortigen Arbeiter und Bauern und bot die Einstellung der Kampfhandlungen an. Vertreter beider Seiten sollten eine Demarkationslinie vereinbaren.<sup>406</sup> Mitglieder der Regierungen beider ukrainischer Staaten berieten am 10. Mai 1919 kurz vor Beginn der polnischen Offensive auf einer gemeinsamen Sitzung über die Frage ihrer Haltung gegenüber Polen und den Bolševiki. Martos lehnte einen Friedensschluß der ZUNR mit den Bolševiki als jedwede Tätigkeit der ukrainischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz unmöglich machenden Akt ab. Mit dem Argument, daß die bolševistische Front als einzige liquidiert werden könne, befürwortete Cehels'kyj den Abschluß eines Waffenstillstands mit den Bolševiki. Die Weigerung der westukrainischen Armee, gegen die Bolševiki zu kämpfen, bezeichnete er als „Anarchie“. Verhandlungen mit der sovetukrainischen Regierung Rakovs'kyjs seien zwar aus gesamtukrainischer Sicht nicht korrekt, bildeten aber den einzigen Ausweg, weil die polnische Seite Verhandlungen über einen Waffenstillstand ausweichen werde. Gleichzeitig bezeichnet es jedoch die Dominanz des nationalpolitischen Gegensatzes der ukrainischen Politik gegenüber dem bislang dominanten Polentum in Ostgalizien, daß er als ein in sozialen Fragen eher konservativ eingestellter Politiker eine Einigung mit den Bolševiki für möglich erachtete, um den Kampf gegen Polen fortsetzen zu können. Cehels'kyj verstand Verhandlungen mit den Bolševiki als Ultimatum gegenüber der Entente.

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, was auf die Schwere der politischen und militärischen Situation verweist. Die Ausweglosigkeit der westukrainischen Politik drückte Holubovyč aus, dem zufolge mit Rücksicht auf die ostukrainische Regierung Verhandlungen mit den Bolševiki abgelehnt werden müßten, wegen der Unmöglichkeit eines Zweifrontenkrieges jedoch Schweigen den einzigen Ausweg bilde, um mit diesen zwar keinen Waffenstillstand abzuschließen, ihnen aber auch keine Waffenhilfe zu leisten.<sup>407</sup> Auf der Sitzung des Staatssekretariats vom 13. Mai 1919 berichtete Holubovyč von der Erklärung Petljuras auf einer gemeinsamen Sitzung von Ministerrat und Direktorium in Krasne, daß die ostgalizischen Einheiten

<sup>405</sup> Vgl. Bericht über die Beratungen vom 3.5.1919. Biblioteka Narodowa, Archiwum Towarzystwa im. Tarasa Szewczenki, Mikrofilm 87265. s. 19 Rückseite-20 Rückseite.

<sup>406</sup> Vgl. Mazepa, *Ukrajina v ohni j buri revoljuciji*, Bd. 1, S. 188.

<sup>407</sup> Vgl. Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Mitgliedern des Direktoriums, des ostukrainischen Ministerrats und des Staatssekretariats vom 10.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 28 Rückseite-29.

gegen die Bolševiki vorrücken sollten. Auf den Einwand, daß die westukrainische Armee nicht an zwei Fronten kämpfen könne und über keine ausreichende Munition verfüge, habe er seine Forderung in Form eines Befehls wiederholt.<sup>408</sup>

Vertreter der Führung der Armee der UNR behandelten in am 20. Mai 1919 mit Delegierten des Oberkommandos der polnischen Armee geführten Gesprächen die Ostgalizienfrage als eine zweitrangige Aufgabe. Fünf Tage später schloß Borys Kurdynovs'kyj für das ostukrainische Direktorium mit Paderewski einen Vertrag ab, in dem die ukrainische Regierung auf alle Rechte an Ostgalizien verzichtete. Polen hingegen verpflichtete sich zur Anerkennung der Ukraine und der Leistung militärischer Unterstützung. Daß Polen in diesem Bündnis die dominante Position zukam, war unmißverständlich: Ohne Verständigung mit Polen durfte die ukrainische Regierung keine diplomatischen Schritte unternehmen. Die Aussichten auf eine Umsetzung dieses Vertrages waren jedoch gering, da die militärischen Auseinandersetzungen in Ostgalizien weitergeführt wurden.<sup>409</sup> Hinzu kommt, daß Kurdynovs'kyj offenbar nicht zur Initiierung eines so weitreichenden Vertrages berechtigt gewesen war.<sup>410</sup> Dennoch verdeutlichte das Abkommen zwischen Paderewski und Kurdynovs'kyj, daß UNR und Polen potentielle Bündnispartner waren; die politischen Gegensätze zwischen beiden ukrainischen Staaten verschärfen sich weiter.

Der Weg zu einer Übereinkunft mit Polen war Ende Mai, Anfang Juni 1919 für die ZUNR, deren Staatlichkeit angesichts der erfolgreichen Offensive der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien vor dem Ende stand, endgültig verschlossen. Bei der Frage des Verhältnisses beider nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Staaten gegenüber dem sich neu konstituierenden polnischen Staat handelte es sich um weit mehr als nur um eine Angelegenheit der außenpolitischen Orientierung. Aus Sicht der Westukrainer, die sich im ungeteilten österreichischen Kronland Galizien faktisch der Herrschaft der in Verwaltung und Bildungswesen dominanten polnischen Nation unterstellt gesehen hatten, bildete Polen, der „natürliche“ Bündnispartner der UNR gegen die Bolševiki, den „Erbfeind“ des ukrainischen Volkes. Vom Abschluß eines ostukrainisch-polnischen Waffenstillstands hing hingegen für die UNR, deren Armee sich auf ostgalizischem Gebiet auf die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen gegen die Rote Armee vorbereitete, das Fortbestehen der eigenen Staatlichkeit ab. Hinzu kamen mentalitätsgeschichtliche Gegensätze zwischen den eher konservativen, bürgerlichen und vom österreichischen Parlamentarismus stark beeinflussten ostgalizischen Politikern gegenüber den sozialistisch geprägten ostukrainischen Politikern.

---

<sup>408</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Staatssekretariats vom 13.5.1919. DALO, fd. 257, op. 2, spr. 1449, ark. 29 Rückseite.

<sup>409</sup> Vgl. Piotr Wandycz, *Z zagadnień współpracy polsko-ukraińskiej w latach 1919-1920*, in: *Zeszyty Historyczne* 12 (1967), S. 3-24, S. 9-10.

<sup>410</sup> Petljura forderte den Leiter der ukrainischen Delegation in Paris Tyškevyč Ende September 1919 auf, die Tätigkeit Kurdynovs'kyjs für den Fall von dessen Erscheinen in Paris zu neutralisieren. Dieser habe keine Bevollmächtigungen und bediene sich Papieren, die bereits vor langer Zeit ausgegeben und mittlerweile annulliert worden seien: „Das ist ein Abenteurer, der für polnisches Geld arbeitet“. Vgl. die von Liliana Hentoš edierten Briefe Petljuras an den ukrainischen Delegationsleiter in Paris Graf Mychajlo Tyškevyč. Petljura an Tyškevyč, Kamjanec'-Podil's'kyj den 30.9.1919, in: *Ukrajina Moderna* 1 (1996), S. 163-165.

Die Verhandlungen zwischen einer ostukrainischen und einer polnischen Militärdelegation vom 7. bis 16. Juni 1919 in Lemberg über den Abschluß einer Waffenruhe setzten das ohnehin bereits angespannte Verhältnis zwischen UNR und ZUNR einer weiteren Belastungsprobe aus. Petljura bevollmächtigte die von ihm entsandte Delegation mit Otaman Delvig an der Spitze zur Unterzeichnung eines Vertrags mit dem Oberkommando der polnischen Streitkräfte, um der Armee der UNR die weitere Kriegführung gegen die russischen Bolševiki neben den polnischen Streitkräften zu ermöglichen.<sup>411</sup> Es spricht für die entgegengesetzten politischen Ziele beider ukrainischer Staaten, wenn zur gleichen Zeit, zu der eine Delegation Petljuras mit Vertretern des Oberkommandos der polnischen Streitkräfte über den Abschluß einer Waffenruhe verhandelte, die Westukrainer eine Offensive gegen die polnische Armee vorbereiteten.

Die Ausrufung von Petruševyč zum Diktator verschärfte die Beziehungen zwischen ZUNR und UNR. Petljura äußerte bereits am 10. Juni, daß er Petruševyč finanziell nicht unterstützen werde:

„Die volle Vereinigung mit der Ukraine muß vollzogen werden. Mit Salz kann man jetzt die Ukraine errichten: Gegen Salz erhalten wir von den Bauern Munition. Sagt, daß ihr eine vereinte Ukraine wollt, und ihr werdet alles bekommen, nur keinen Diktator.“<sup>412</sup>

Die Diktatur von Petruševyč wurde nicht nur vom ostukrainischen Direktorium, sondern auch von führenden Mitgliedern der USDP abgelehnt. Vityk, der bereits im Oktober 1918 massiv für einen direkten Anschluß der Westukraine an den ostukrainischen Staat aufgetreten war, adressierte beispielsweise nach der Ausrufung der Diktatur ein Schreiben an Petruševyč als „Präsidenten der UNRada“. Die hier an Petruševyč gerichteten Fragen, wer berechtigt sei, die Diktatur abzuschaffen und wie dies zu geschehen habe, oder, ob die Kompetenzen des Präsidiums der UNRada sowie des Staatssekretariats im allgemeinen und einzelner Sekretäre im besonderen abgeschafft seien, verdeutlichen die in der Frage der Diktatur von Petruševyč zwischen West- und Ostukraine bestehende Kluft. In dieselbe Richtung zielte, wer nach Ansicht von Petruševyč zum Präsidium der UNRada gehöre und welches Präsidiumsmitglied bei der Errichtung der Diktatur anwesend gewesen sei.<sup>413</sup>

Petruševyč betonte in einer Antwort die Legitimität seiner Herrschaft: Gemäß Gesetz sei nur der Präsident zur Führung und Vertretung der UNRada berechtigt. Einen Stellvertreter des Präsidenten gebe es nicht, vielmehr könne nur für den Fall einer längeren Arbeitsunfähigkeit das älteste Präsidiumsmitglied dessen Leitung übernehmen: „Daraus folgt, daß bei der Verkündung der Diktatur allein ich berechtigt war, im Namen des Präsidiums der UNRada aufzutreten“. Die Diktatur könne jederzeit auf einstimmigen Beschluß des Präsidiums der UNRada und des Staatssekretariats aufgehoben werden. Gleichzeitig stellte er jedoch diese Möglich-

<sup>411</sup> Vgl. Oberster Otaman der Streitkräfte der UNR. Petljura an das Oberkommando der polnischen Streitkräfte. Hauptquartier, den 31.5.1919, in: Ukraine and Poland in Documents, Bd. 1, S. 167.

<sup>412</sup> Vgl. Notizen von Nazaruk unter dem 10.6.1919 zu Äußerungen von Petljura. CDIA Ukrainju u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 12, ark. 3 Rückseite.

<sup>413</sup> Vgl. von Izaak Mazepa beglaubigte Kopie eines Schreibens Vityks an Petruševyč vom 12.6.1919. CDAVOV, fd. 3933, op. 1, Spr. 17, ark. 5.



keit in Frage, da er zwar das Fortbestehen beider Institutionen konstatierte, aber deren Tätigkeit als bis zur Aufhebung der Diktatur eingestellt erklärte. Einzelne Mitglieder des Staatssekretariats seien zu Bevollmächtigten des Diktators ernannt worden. Der vom österreichischen Parlamentarismus tief geprägte Petruševyč unternahm eine Art Rechtfertigungsversuch, indem er feststellte, daß er die Macht nur aufgrund der „schweren Situation“ ihres Staates „zur Rettung der nationalen Sache“ übernommen habe: Er selbst werde die Aufhebung der Diktatur fordern, sobald die Situation sie oder zumindest ihre zivile Form überflüssig mache.<sup>414</sup>

Das Verhältnis beider ukrainischer Staaten zueinander war Anfang Juli nachhaltig gestört. Die Sitzungsberichte des Ministerrats der UNR verdeutlichen den Zwiespalt, in dem sich das ostukrainische Kabinett gegenüber der westukrainischen Regierung und Armee im Juli 1919 befand. Am 1. Juli erklärte man den weiteren Verbleib von Petruševyč im Direktorium für unmöglich und beschloß, einen Universal an die Bevölkerung Ostgaliziens zu richten. Außerdem wurde die weitere Hilfe für die Westukraine an Bedingungen geknüpft. Am 7. Juli betraute der Ministerrat der Ostukraine Vityk mit der Leitung eines „Ministeriums für Angelegenheiten des westlichen Gebiets der Republik“, über das die Hilfe für Flüchtlinge aus Ostgalizien auf ostukrainischem Gebiet organisiert werden sollte. Petruševyč muß die Ernennung Vityks als persönlichen Affront empfunden haben.

Angesichts der verzweifelten Lage von westukrainischer Regierung und Armee entsandte Hrekiv Anfang Juli eine Delegation zur Führung der sovetschen 12. Armee. In Berdyčev fand ein Treffen zwischen dem Kommissar für militärische Angelegenheiten der Sovetukraine Pidvojs'kyj und Vertretern der ukrainischen galizischen Armee statt.<sup>415</sup> Dem an den Verhandlungen beteiligten Semen Magallas zufolge machte die sovetsche Seite den Abschluß eines Bündnisses mit den Westukrainern von der Annahme von sieben Punkten abhängig. Die ostgalizische Regierung sollte mit Petljura brechen, alle Galizier von ihm zurückberufen und die eigene freundschaftliche Haltung gegenüber den Bolševiki verkünden. Drittens sollte sie ein Bündnis mit den Bolševiki gegen Polen und Rumänien eingehen. Die Armee sollte einem einheitlichen Kommando unterstehen. Punkt sieben sah eine in Ostgalizien durchzuführende Entwaffnung der Einheiten Petljuras vor sowie die Aufnahme Kyjiver Kommissare in die ukrainische galizische Armee. Eher als vorgeblich kann die Zusage der ihrer Macht bewußten sovetschen Seite, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Galiziens einzumischen, angesehen werden. Den Delegierten der westukrainischen Armee wurde erklärt: „Eure Position ist die folgende: entweder heroisch fallen, oder aber mit uns gehen“.<sup>416</sup>

Petruševyč wies das sovetsche Angebot zurück,<sup>417</sup> gewiß auch aus Zweifel an der Aufrichtigkeit der Offerte und aus Überzeugung, daß die Entente, die den

---

<sup>414</sup> Vgl. Petruševyč an Vityk. Čortkiv, den 13. Juni 1919. CDAVOV, fd. 3933, op. 1, Spr. 17, ark. 3-4 Rückseite.

<sup>415</sup> Vgl. Klimecki, Polsko-ukraińska wojna, S. 254; Lytvyn, Naumenko, Istorija ZUNR, S. 204.

<sup>416</sup> Vgl. Eintrag im Notizbuch Nazaruks vom 10.7.1919 unter Berufung auf Aussage von Oberst Magallas. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 12, ark. 35 Rückseite-36; Nazaruks, Rik na Velyjkij Ukrajin, S. 178.

<sup>417</sup> Vgl. Gesprächsnotiz im Notizbuch Nazaruks. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, Spr. 12, ark. 36 Rückseite.

Krieg unter der gerechten Losung des Selbstbestimmungsrechts der Völker gewonnen habe, ein so altes ukrainisches Land wie Ostgalizien nicht seinen Erbfeinden, den Polen, überlassen könne. Trotzdem schwankte er bis zuletzt zwischen einem Bündnis mit den Bolševiki oder Petljura. Die Situation an der Front zwischen ostukrainischen und bolševistischen Streitkräften war so kritisch, daß Vertreter der ostukrainischen Regierung, des Oberkommandos mit Petljura zu Gesprächen mit Petruševyč und dem Oberkommando der ostgalizischen Armee anfangs nach Čortkiv, dann zur Station Korolivka hinter dem Zbruč führen. Mazepa zufolge sprach Petruševyč sich noch am Morgen des 14. Juli den ostukrainischen Regierungsmitgliedern Andrij Levyc'kyj und Antin Krušel'nyc'kyj gegenüber kategorisch für eine Verständigung mit den Bolševiki aus. Erst spätabends am selben Tag entschloß er sich nach einem mehrstündigen Gespräch mit Petljura, zusammen mit der UNR gegen die Bolševiki zu kämpfen.<sup>418</sup> Die ostgalizisch-ukrainische Armee zog sich schließlich in Richtung Zbruč zurück, um zusammen mit der Regierung Schutz vor den anrückenden polnischen Streitkräften auf ostukrainischem Territorium zu suchen. Der Übergang über den Zbruč dauerte zwei Tage. Am Abend des 18. Juli befand sich die Mehrzahl der Einheiten der ukrainischen galizischen Armee, etwa 20.000 Soldaten, auf dem von Petljura kontrollierten Gebiet der Ostukraine. Petruševyč, Mitglieder der UNRada sowie zahlreiche Beamte, Vertreter der ukrainischen Intelligencija, Journalisten, Lehrer und Angehörige der jungen Generation begaben sich nach Kamjanec'-Podil's'kyj, der provisorischen Hauptstadt der UNR.<sup>419</sup> Damit endete, wie Lozyns'kyj anmerkte, das Bestehen der ukrainischen Staatsmacht auf dem Territorium Ostgaliziens.<sup>420</sup>

---

<sup>418</sup> Vgl. Mazepa, *Ukrajina v ohni j buri revoljuciji*, Bd. II., S. 14f.

<sup>419</sup> Vgl. Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 257f, der die Zahl der westukrainischen Flüchtlinge nach Kamjanec'-Podil's'kyj auf etwa 100.000 veranschlagt.

<sup>420</sup> Vgl. Lozyns'kyj, *Halyčyna v rr. 1918-1920*, S. 112.

## **IV. Ostgalizien in der ukrainischen und polnischen Politik von Juli 1919 bis zum Abschluß des Vorfriedens von Riga am 12. Oktober 1920**

### **1. Die Regierung Petruševyč in der Ostukraine: Juli-November 1919**

#### ***1.1 Zwischen Polen und Rußland. Politische Gegensätze zwischen UNR und ZUNR im ostukrainischen Kamjanec'-Podil's'kyj und in Paris***

Die Beziehungen beider ukrainischer Regierungen untereinander spitzten sich im ostukrainischen Kamjanec'-Podil's'kyj weiter zu. Wenn der ostukrainische Ministerrat am 14./15. Juli ein Abgehen vom Konfrontationskurs mit der Regierung Petruševyč erkennen ließ, dann offenbar vor allem aus taktischen Gründen: So wurde etwa der Minister für Presse und Information angewiesen, Auftritte in der Presse gegen die ostgalizische Regierung zu unterbinden. Der Ministerrat verwarf am 15. Juli die Absicht, sich in einem „Universal“ an die Bevölkerung Ostgaliziens zu wenden. Gleichzeitig jedoch blieb der einmal gefaßte Beschluß des Kabinetts zur Bildung eines Ministeriums für die Angelegenheiten Ostgaliziens in Kraft.<sup>1</sup> Dagegen sprach es für die Stärke der Vorbehalte der Westukrainer den in der Ostukraine führenden politischen Kräften gegenüber, daß Petruševyč seine Diktatur sogar nach dem Verlust des eigenen Territoriums beibehielt.<sup>2</sup> In politischen Fragen stimmte er sich in der Regel mit engen Vertrauten wie Holubovyč und Vytvyč'kyj ab.

Petruševyč sah in der Einrichtung eines Ministeriums für westliche Angelegenheiten der UNR, wie die Behörde ebenfalls genannt wurde, eine Negierung seiner Autorität; er forderte darum, daß diese Institution noch vor dem Übergang der ostgalizischen Armee über den Zbruč aufgelöst werden sollte.<sup>3</sup> Hinzu kam, daß Vityk, der für eine bedingungslose Angliederung Ostgaliziens an den ostukrainischen Staat eintrat, diesem ostukrainischen Ministerium vorstand. Erst auf ein Gesetz vom 29. September 1919 hin wurde das Ministerium für ostgalizische Angelegen-

---

<sup>1</sup> Vgl. Rat der Volksminister der UNR. Sitzungsbuch, 14./15.7.1919. CDAVOV, fd. 1065, op. 1, spr. 14, ark. 172.

<sup>2</sup> Diesen Punkt hebt Kučabs'kyj hervor, dem zufolge die Westukrainer sich Mitte Juli 1919 mit den Bolševiki oder Petljura hätten verbinden sollen. Vgl. Kutschabsky, Westukraine, S. 325f.

<sup>3</sup> Für eine unmittelbare Vereinigung von West- und Ostukraine traten neben einem kleinen Kreis ostgalizischer Sozialdemokraten auch Mitglieder der Radikalen Partei ein. Die Mehrheit der Leitung der URP forderte jedoch die Auflösung des Ministeriums für Ostgalizien. Eine abweichende Position nahm Nazaruk ein, dem zufolge diese ostukrainische Regierungsinstitution andere Kompetenzen erhalten und als Verbindungselement zwischen beiden ukrainischen Regierungen fortbestehen sollte. Vgl. Nazaruk, Rik na Velykij Ukrajin, S. 229f.

heiten aufgelöst, das Nazaruک zufolge jedoch „liquidiert“ weiterbestand.<sup>4</sup> Weitere Streitpunkte zwischen UNR und ZUNR bildeten die Frage, ob die westukrainische Armee in den Bestand des ostukrainischen Heeres eingegliedert werden oder der Regierung Petruševyč untergeordnet bleiben sollte, sowie das Problem gesamtukrainischer oder jeweils separater ostukrainischer und ostgalizischer Auslandsvertretungen.<sup>5</sup> Für die Protagonisten stand letztlich das Problem der „sobornist“, das heißt des Bestehens zweier gesonderter ukrainischer Staaten oder einer vereinten Ukraine, im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.

Daß die Westukrainer den Hauptgegner einer vereinten Ukraine in Polen sahen, verdeutlicht der „Ukrajins'kyj Prapor“, der ab Anfang August 1919 in Wien erschien, zunächst mit Baran als Herausgeber. Die Redaktion stellte in der ersten Ausgabe fest, daß der Kampf um Ostgalizien noch nicht beendet sei und sie selbst neue Opfer für die Wiedergewinnung ihrer heute von Polen besetzten ukrainischen Gebiete bringen müßten.<sup>6</sup> Kost' Levyc'kyj zufolge mußte der gesamtukrainische Staat in seinem Kampf gegen Polen, die russischen Bolševiki und das antibolševistische Rußland die Front verkürzen. Polen aber sei erst dann zu einem Gespräch über die Dnjepr-Ukraine auf der Grundlage der jagiellonischen Idee bereit, wenn man ihm den Besitz Ostgaliziens, des Cholmer Landes und Wolhyniens garantiere. Darum präferierte Levyc'kyj eine Konföderation der Ukraine mit Rußland, als natürliches Bollwerk gegen imperialistische Bestrebungen der Polen und Rumänen auf fremde Länder. Zwar hätten sie als die Ukrainer des ostgalizischen Piemonts nationalen Russophilismus immer bekämpft. Politischer Russophilismus, etwa in Form eines Bündnisses der Ukrainer mit Denikin, bildete aus Sicht Levyc'kyjs dagegen eine reelle Variante ostgalizisch-ukrainischer Politik.<sup>7</sup> Seine politische Wegbestimmung definierte sich über die Gegnerschaft gegen den polnischen Staat, vor allem aber gegen das in Verwaltung und Bildungswesen in Ostgalizien traditionell dominierende Polentum. Exemplarisch für diese ostgalizisch-ukrainische Position, die den Gegner ukrainischer Unabhängigkeitsbestrebungen weit mehr in Polen als in Rußland sah, sind Notizen Nazaruks vom September 1919, aus dessen Sicht Polen Ostgalizien langfristig nicht behaupten konnte. Gleichsam in Anspielung auf die Geschichte Polens zwischen Deutschland und Rußland sah er diese beiden Länder als Bündnispartner der Ukrainer in der als Befreiungskampf aufgefaßten Auseinandersetzung mit Polen. In jedem Falle gebe es eine neue Teilung Polens, an der sich auch die Ukrainer beteiligen sollten.<sup>8</sup> Die Ausführungen verdeutlichen den un-

---

<sup>4</sup> Vityk sandte daraufhin das Eingangsbuch und Ausgangsbuch zusammen mit der Registratur an das Archiv der Staatskanzlei der UNR. Vgl. das entsprechende kurze Schreiben Vityks. CDAVOV, fd. 1092, op. 2, spr. 15, ark. 11; Nazaruک, Rik na Velykij Ukrajin, S. 231.

<sup>5</sup> Vgl. Nazaruک, Rik na Velykij Ukrajin, S. 203.

<sup>6</sup> Vgl. Vid Redakciji, in: Ukrajin's'kyj Prapor, Nr. 1, 8.8.1919. Eine etwaige Verständigung mit Polen erwähnte die Redaktion mit keinem Wort, hielt aber eine enge Verbindung mit einem erneuerten antibolševistischen Rußland und dem Ostgalizien benachbarten tschechoslowakischen Staat für möglich. Dazu sollten diese Staaten das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung auf allen ethnographisch überwiegend ukrainischen Territorien anerkennen, das heißt einschließlich unter polnischer Herrschaft befindlicher Gebiete wie Ostgalizien.

<sup>7</sup> Vgl. Kost' Levyc'kyj, Kudy dorohy?, in: Ukrajin's'ke Slovo, Nr. 4, 23.8.1919.

<sup>8</sup> Vgl. Eintrag ohne Datum in den Notizbüchern Nazaruks, kurz vor dem 23.9.1919. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 12, ark. 53 Rückseite.

überbrückbaren außenpolitischen und militär-strategischen Gegensatz zwischen UNR und ZUNR: Der jeweilige „natürliche“ Bündnispartner des einen war der nationalpolitische Kontrahent des anderen.

Tieferliegende Unterschiede struktureller Art, die zwischen den vom habsburgischen Parlamentarismus geprägten konservativen Westukrainern und den sozialistisch orientierten Eliten um Petljura bestanden, wurden auch von dritter Seite häufig als ein die Führung einer gemeinsamen ukrainischen Politik wesentlich erschwerendes Element wahrgenommen.<sup>9</sup> Es greift darum zu kurz, ostukrainische Polonophilie und westukrainische Russophilie als „unabdingbare Folge der Doppelstaatlichkeit“<sup>10</sup> zu bezeichnen. Petljura hatte Piłsudski schon in einem Schreiben vom 9. August 1919 eine enge ukrainisch-polnische Zusammenarbeit suggeriert.<sup>11</sup> Von polnischer Seite wurde dies jedoch für so lange als nicht opportun angesehen, bis nicht der ostukrainische Staat offiziell sein Desinteresse an Ostgalizien erklärte. Polen wollte die UNR zwar nicht anerkennen, reflektierte aber über eine eventuelle Ausnutzung der Ostukrainer als antibolševistischer Kraft, mit deren Hilfe der Krieg gegen die Bolševiki schneller beendet werden könne. Am 1. September 1919 schlossen Polen und die UNR ein Waffenstillstandsabkommen ab.<sup>12</sup> Die Außenpolitik der ostukrainischen Regierung verlangte letztlich die Beseitigung der ostgalizischen Diktatur.<sup>13</sup>

Angesichts der sich im folgenden für die Ukrainer immer aussichtsloser gestaltenden militärischen Lage gewannen politische Auseinandersetzungen oft prinzipiellen Charakter, beiderseitiges Mißtrauen machte eine einheitliche Politik faktisch unmöglich. Besonders deutlich zeigte sich dies in Paris. Zwar hatte sich das Staatssekretariat der ZUNR noch im Februar 1919 in Stanislau mit Mitgliedern des ostukrainischen Direktoriums und des ostukrainischen Ministerrats darauf verständigt, daß die ukrainische diplomatische Mission auf der Friedenskonferenz die Ganzheit der ukrainischen Sache vertrete.<sup>14</sup> Angesichts tiefgreifender politischer Gegensätze und unterschiedlicher außenpolitischer Prioritäten setzten sich west- und ostukrainische Delegierte jedoch zunehmend für die Belange ihres eigenen Staates ein. Panejko und Tomašivs'kyj begannen ihre „ostgalizische Politik“ nach der Entscheidung des Obersten Rats vom 25. Juni 1919, dem zufolge Ostgalizien bis zum Zbruch von polnischen Truppen besetzt werden durfte, entschiedener zu führen. Sie fürchteten, daß die Ostukrainer um den Preis eines Kompromisses mit Polen nun offiziell ihren Verzicht auf Ostgalizien erklären könnten. Darum beton-

---

<sup>9</sup> Ein Wiener Polizeibericht führte dies darauf zurück, daß in der Ostukraine zur Zeit der Zarenherrschaft jede politische Tätigkeit äußerst beschränkt gewesen sei; dagegen seien die ostgalizischen und bukowinischen Reichsratsabgeordneten politisch besser geschult und hätten in beträchtlichem Maße unter der eigenen Landbevölkerung politische Aufklärungsarbeit leisten können. Vgl. Polizeidirektion in Wien an das Bundesministerium für Äußeres, Wien, Bericht über die historische Entwicklung und den Stand der ukrainischen Frage. Wien, den 12.2.1921, in: Ereignisse in der Ukraine IV, S. S. 276-291, 282f.

<sup>10</sup> Vgl. Kutschabsky, Westukraine, S. 382.

<sup>11</sup> Vgl. Petljura an Piłsudski. 9.8.1919, in: Ukraine and Poland in Documents, Bd. 1, S. 237-238.

<sup>12</sup> Vgl. Wandycz, Z zagadnień współpracy polsko-ukraińskiej, S. 10-11.

<sup>13</sup> Vgl. Nazaruk, Rik na Velykij Ukrajinі, S. 228.

<sup>14</sup> Vgl. Oleksandr Pavljuk, Borot'ba Ukrajinny za nezaležnist' i polityka SŠA (1917-1923), Kyjiv 1996, S. 49.

ten beide schon am 23. August in einer Note an die Friedenskonferenz, daß alle Verlautbarungen der ukrainischen Delegation in der Ostgalizienfrage keine Rechtsgültigkeit besäßen; allein sie seien von der ostgalizischen Regierung bevollmächtigt, die Interessen dieses Territoriums zu verteidigen.<sup>15</sup>

Wie groß die Spannungen innerhalb der ukrainischen Delegation waren, verdeutlichen die Berichte des ostukrainischen Delegierten Serhej Šeluchin. In einer Erklärung an Sydorenko vom 12. August 1919 schrieb er, daß Panejko ein separates Büro zur Führung der ostgalizischen Angelegenheiten unterhalte. Entgegen der „sobornist“ der Ukraine verträten Panejko und Tomašivs’kyj den Gedanken, daß Ostgalizien ein eigener Staat sei. In einem Schreiben an den neuen Leiter der ukrainischen Delegation Graf Mychajlo Tyškevyč vom 24. Oktober beklagte sich Šeluchin, daß diese zwar als gesonderte Delegation einer unabhängigen ostgalizischen Republik aufträten, sich aber auch in gesamtukrainischen Fragen äußerten. Auf der Friedenskonferenz herrsche Unklarheit, mit wem Verhandlungen zu führen seien, da die Ukrainer untereinander stritten, wer welches Territorium vertrete. In einem Schreiben vom 3. November an Tyškevyč stellte Šeluchin fest, daß Tomašivs’kyj 73 Noten und Erklärungen herausgegeben habe, deren Inhalt diplomatischen Kreisen der Entente zufolge unter anderem die Föderation Ostgaliziens mit Rußland bildete. Panejko rechtfertigte seine Doppelrolle damit, daß er sich in doppeitem Dienst befände.<sup>16</sup> Eine von den Mitgliedern der ukrainischen Delegation in Paris selbst angefertigte Charakteristik verdeutlicht die bestehenden Mißverhältnisse. Die konservativen Westukrainer stuften die ostukrainischen Delegierten als „Bolševiki“ ein. Dagegen mißtrauten die ostukrainischen Delegierten den Ostgaliziern Tomašivs’kyj und Panejko, die verdächtigt wurden, Kontakte zu dem konservativen Liberalen Vasilij Aleksevič Maklakov<sup>17</sup> zu unterhalten und Föderationspläne mit einem demokratischen Rußland zu lancieren.<sup>18</sup> Die wechselseitige Befangenheit der Delegationsmitglieder legt den Schluß nahe, daß sie einander in ihrer Tätigkeit eher behinderten als unterstützten. Auch insofern waren ihre diplomatischen Anstrengungen in Paris zum Scheitern verurteilt.

Panejko, der offenbar erste Schritte zu einer Übereinkunft mit russischen Kreisen im Pariser Exil unternahm, beklagte sich bei Volodymyr Sinhalevyč, dem westukrainischen Botschafter in Wien, daß Petruševyč nicht genügend Entscheidung besäße, um Petljura von „abenteuerlichen Einflüsterungen“ abzuhalten. Petruševyč sollte sich, anstatt sich in eine aussichtslose Emigration nach Rumänien zu begeben, mit Denikin verständigen, um auf diesen Einfluß zu gewinnen.<sup>19</sup> Den

---

<sup>15</sup> Vgl. Šeluchin, Isajevyč, Kušnir und Lysenko an Petljura. Paris, den 12.11.1919. CDAVOV, fd. 3695, op. 1, spr. 196.

<sup>16</sup> Vgl. CDAVOV, fd. 3695, op. 1, spr. 196, ark. 15R-16, 20, 31-35, 61-65, 68-69.

<sup>17</sup> Maklakov war kurz vor der Oktoberrevolution zum Botschafter der provisorischen Regierung ernannt worden. Seine Pariser Botschaft nahm nach der Machtübernahme der Bolševiki Funktionen wahr, die der eines russischen Außenministeriums ähnelten. Vgl. Rex A. Wade, Maklakov, Vasilij Aleksevič, in: *The Modern Encyclopedia of Russian and Soviet History*, hg. von Joseph L. Wiczyński, Bd. 21, Gulf Breeze (Fl.) 1981, S. 23-25.

<sup>18</sup> Vgl. Liste und Charakteristik der Mitglieder der Delegation der UNR in Paris, ohne Datum [offenbar Herbst 1919]. CDIA Ukrajiny u L’vovi, fd. 681, op. 1, spr. 7.

<sup>19</sup> Siehe dazu die von Panejko im Anhang zu seiner 1922 in Wien veröffentlichten Abhandlung „Zjedyneni deržavy Schidnoji Jevropy. Halyčyna j Ukrajina suproty Pol’šči i Rosiji“ edierte Korrespon-

Vorstellungen Panejkos entsprach wohl am ehesten auf kurze Sicht die militärische Zusammenarbeit mit Kolčak und Denikin, auf lange Sicht die Föderation Ostgaliziens und der Ukraine mit einem demokratischen Rußland. Die ukrainischen Gebiete dieser Föderation sollten eine ähnliche Stellung einnehmen, wie sie Ungarn im Rahmen der habsburgischen Doppelmonarchie zugekommen war. So weitgehende Föderationspläne waren jedoch, wie die folgende Entwicklung in der Ostukraine verdeutlichte, mit der Freiwilligenarmee unter Denikin nicht umzusetzen.

### *1.2 Die Zuspitzung der militärischen und politischen Lage bis zum offenen politischen Bruch zwischen UNR und ZUNR im November 1919*

Die Freiwilligenarmee Denikins erreichte im Sommer und Herbst 1919 den Höhepunkt ihrer Macht, als sie eine Militärdiktatur über weite Teile der Ost- und Süd-ukraine errichten konnte. Im Bürgerkrieg schwanden die Chancen der Ukrainer, die eigene Staatlichkeit gegen weiße und rote Truppen behaupten zu können, zusehends. Ungeachtet einer Anfang August 1919 zwischen Petruševyč und Petljura erfolgten Einigung bestanden zwischen Ost- und Westukrainern unüberbrückbare Differenzen. Die westukrainische Regierung hatte die Parole „Über Kyjiv nach Lemberg“ ausgegeben und betrachtete die Befreiung Ostgaliziens als ihr Hauptziel. Im Gegensatz dazu benötigte die ostukrainische Regierung zwar die ostgalizische Armee im Kampf gegen die Bolševiki, tendierte aber gleichzeitig zum Abschluß eines Bündnisses mit Polen auf Kosten Ostgaliziens.<sup>20</sup> Angesichts der tiefgreifenden Gegensätze zwischen West- und Ostukrainern ist es erstaunlich, daß es lange Zeit gelang, die Tätigkeit beider ukrainischer Armeen miteinander zu koordinieren. Ostgalizische Kommandeure befürworteten anstelle des von den Ostukrainern geforderten Vormarschs auf Kyjiv eine Offensive in Richtung Odesa und Cherson,<sup>21</sup> gaben aber schließlich nach.

Im August rückten die ukrainischen Streitkräfte auf Kyjiv vor. Dabei kam es Mitte des Monats zu Berührungen zwischen Abteilungen der ukrainischen Armee und der Freiwilligenarmee, die gleichfalls eine Offensive auf Kyjiv unternahm. Am 30. August 1919 nahmen die ukrainischen Truppen das von der Roten Armee geräumte Kyjiv ein. Der Stab Petljuras hatte die Anweisung ausgegeben, bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Denikinarmee zu vermeiden. Bereits am 1. September zogen sich die ukrainischen Streitkräfte unter dem Kommando des Generals der ukrainischen galizischen Armee Antin Kravs vor den in die ukrainische Hauptstadt einziehenden Truppen Denikins zurück. Die passive Haltung des ukrainischen Generalstabs erklärte sich offenbar daraus, daß er zu dieser Zeit ein Bündnis der ukrainischen Streitkräfte mit der Denikinarmee als möglich ansah.<sup>22</sup> Das ukrainische Oberkommando hatte eine Verhandlungsdelegation aus Vertretern beider

---

denz aus Paris: Panejko an Petruševyč vom 8.8.1919 (S. 58-66, S. 61, 64f.) sowie an Sinhalevyč vom 28.8.1919 (S. 66-79, S. 67f, 77), 17.10. (S. 79-81) und 20.10.1919 (S. 81f.).

<sup>20</sup> Vgl. Zaks, *Galicja Wschodnia*, S. 391.

<sup>21</sup> Vgl. J. S. Reshetar, *The Ukrainian Revolution 1917-1920. A Study in Nationalism*, Princeton 1952, S. 286.

<sup>22</sup> Vgl. Anna Procyk, *Russian Nationalism and Ukraine. The Nationality Policy of the Volunteer Army during the Civil War*, Edmonton 1995, S. 129.

ukrainischer Armeen, des Außenministeriums der UNR und der staatlichen Inspektion in Fastiv gebildet. Noch Ende August waren Unterhändler zu Verhandlungen über eine Demarkationslinie zur Denikinarmee entsandt worden, in deren Rücken bereits Aufstände ausbrachen.<sup>23</sup> Die Hoffnungen der Ukrainer, aufgrund der unsicheren militärischen und politischen Lage von Denikin weitgehende politische Zugeständnisse als Preis für eine Kooperation zu erlangen, erwiesen sich jedoch als illusorisch. Der General der Freiwilligenarmee Bredov lehnte Verhandlungen mit der von Omeljanovyč-Pavlenko geleiteten Kommission nicht nur ab, sondern drohte sogar, diesen für den Fall seines Erscheinens verhaften zu lassen. Die Gespräche, die so zwischen Vertretern der Denikinarmee und denen der ostgalizischen Armee geführt werden mußten, scheiterten an der konträren Einstellung ihrer Partizipanten. Auf der einen Seite beharrten die ostgalizischen Kommandeure darauf, daß ihre Streitkräfte einen Teil der einheitlichen ukrainischen Armee unter dem Oberbefehl Petljuras bildeten, auf der anderen Seite verkündete Bredov, daß die Freiwilligenarmee der Losung des „einen und unteilbaren Rußlands“ folge, dessen autonomen Bestandteil die Ukraine bilde. Nach Anerkennung dieser Losung sollte die Freiwilligenarmee bis zu den Grenzen Vorkriegsrußlands vorrücken.<sup>24</sup> Verhandlungen, die schließlich mit Wissen von Bredov zwischen Omeljanovyč-Pavlenko und dem General der Freiwilligenarmee Nepenin geführt wurden, wurden ergebnislos abgebrochen, Ende September brachen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den ukrainischen Streitkräften und der Denikinarmee aus.<sup>25</sup>

Die kampflöse Übergabe Kyjivs an die Denikinarmee brach die Moral der ostgalizischen Armee, deren Größe sich infolge von Infektionskrankheiten wie Typhus, Ruhr, Cholera und Influenza rapide verringerte. Aus Sicht des westukrainischen Offiziers Osyp Levyc'kyj ähnelten die eigenen Streitkräfte bereits im Oktober eher einer Gruppe, mit der sich das internationale Rote Kreuz befassen sollte, als einer regulären Armee.<sup>26</sup> Mangelnde Approvisionnement, Verzögerungen bei der Soldauszahlung und ständige Abwerbungsversuche westukrainischer Offiziere in die Reihen der ostukrainischen Armee verschlechterten das Verhältnis zwischen UNR und ZUNR weiter. Das Mißtrauen zwischen beiden ukrainischen Regierungen war Anfang September 1919 so tief ausgebildet, daß beide sich mit stark ausgerüsteten Truppen umgaben; die Residenz ähnelte zeitweise zwei Heerlagern.<sup>27</sup>

Die westukrainische Armee requirierte schließlich ihren Eigenbedarf selbst, stieß mit dieser Praxis jedoch auf den Widerstand der ostukrainischen Verwaltung. Eine Kommission zur Festlegung der wechselseitigen Beziehungen zwischen ost-

---

<sup>23</sup> Die militärisch-politische Delegation sollte darum nach den Vorstellungen des Staatsinspektors Zajernyj, der an den Gesprächen teilnahm, einen prinzipiellen Standpunkt einnehmen und auf der Eigenständigkeit der Ukraine beharren. Vgl. Kopien der Telegramme Nrn. 58 und 59 des Staatsinspektors der Kyjiver Gruppe Zajernyj vom 28.8.1919. CAW, Zespół sprzymierzonej Armii Ukraińskiej, sygn. I.380.3.74: Informacje o rozmowach z przedstawicielami wojsk Denikina (30.5.-16.9.1919), s. 3 und 4.

<sup>24</sup> Vgl. Offizielle Mitteilung des Stabs des Obersten Otamans, ohne Datum. CAW, Zespół sprzymierzonej Armii Ukraińskiej, sygn. I.380.3.74: Informacje o rozmowach z przedstawicielami wojsk Denikina (30.5.-16.9.1919), s. 15.

<sup>25</sup> Procyk, *Russian Nationalism and Ukraine*, S. 130.

<sup>26</sup> Vgl. Osyp Levyc'kyj, *Halyc'ka armija na velykij Ukrajin, Viden'* 1921. S. 53-55.

<sup>27</sup> Vgl. Kutschabsky, *Westukraine*, S. 381.



ukrainischen Zivilbehörden und Organen der ostgalizischen Diktatur wollte die westukrainische Regierung und Armee stärker kontrolliert und letztlich den entsprechenden ostukrainischen Behörden untergeordnet sehen. Sogar die Mobilisierung und Verhaftung ostgalizischer Flüchtlinge sollte dem westukrainischen Armeoberkommando erschwert, jede Einmischung in die Belange der ostukrainischen Verwaltung ihm und der westukrainischen Regierung untersagt werden. Regierungsorgane der ostgalizischen Zivilverwaltung dürften sich auf dem Territorium der Ostukraine nur mit Erlaubnis der Zentralverwaltung aufhalten, alle ostgalizischen Beamten müßten sich bei der Miliz melden. Die Kommission forderte ein Vorrücken der ostgalizischen Armee aus dem Bereich der Kreise Kamjanec' und Proskuriv in den Bezirk Voločysk-Proskuriv und weiter nach Norden, weil sonst die völlige Desorganisation des ostukrainischen Staatsapparats drohe.<sup>28</sup> So groß diese Gefahr auch gezeichnet wurde, konnte von einem „Staat“ nicht mehr die Rede sein: das Territorium, über das administriert wurde, reichte kaum noch über die Region um Kamjanec'-Podil's'kyj hinaus.

Rumänien hatte seine Grenzen geschlossen, so daß die ukrainischen Armeen von den polnischen Streitkräften und der Freiwilligenarmee Denikins eingeschlossen waren. Petruševyč ging am 9. Oktober auf einer Sitzung, an der unter anderem Starosol's'kyj, Makuch, Myron, Nazaruk und Holubovyč teilnahmen, davon aus, daß Polen und Denikin sich bereits auf ein militärisches Vorgehen gegen die Ukrainer verständigt hätten. Denikin greife bereits an, die polnische Armee könne in zwei Tagen in Proskuriv sein, wo 4.000 Verwundete Westukrainer lägen. Die ostgalizische Armee sei für den Übergang zu Denikin, den aufzuhalten sie nicht in der Lage sei. Holubovyč äußerte auf derselben Beratung mit Blick auf die UNR: „Eine Gruppe von Intelligenzlern erbaut keinen Staat. Die Katastrophe ist sicher“. Eine Verständigung mit den ostukrainischen Politikern auf eine gemeinsame politische Linie erachtete er als unerreichbar.<sup>29</sup>

In dieser ausgeweglosen militärischen Lage ging es den Westukrainern vorrangig darum, die eigene Armee zu bewahren, gleichsam als Symbol der Eigenstaatlichkeit. Petruševyč zufolge war Ende Oktober eine Kapitulation der ostgalizischen vor der Denikin-, keinesfalls aber vor der polnischen Armee denkbar. Auf Befehl des ostgalizischen Oberkommandos trafen Otaman Omeljan Lesnjak, Hauptmann Kuric und Osyp Levyc'kyj am 1. November 1919 mit Delegierten der Freiwilligenarmee zusammen, um neben der Frage des Gefangenaustauschs über eine Kapitulation zu verhandeln. Bei den Gesprächen bezeichnete der General der Freiwilligenarmee Jakov Aleksandrovič Slaščev die ostgalizische Armee als „exterritorial“. Die der Ostukraine hingegen setze sich aus Bürgern des ehemaligen russischen Staates zusammen, den nur die Freiwilligenarmee zu restituieren berechtigt sei. Die Soldaten der ostukrainischen Armee sollten die Waffen niederlegen und nach Hause gehen. Anschließend erhielten sie, wie andere Bürger Rußlands, einen Mobilisierungsbefehl. Vertreter der ostgalizischen Armee forderten die Zusicherung der vol-

<sup>28</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll der Kommission zur Aufrichtung gegenseitiger Beziehungen zwischen den Organen der Zivilverwaltung der UNR und denen der ostgalizischen Diktatur und ihrer Streitkräfte, 24.10.1919. CDAVOV, fd. 1092, op. 2, ark. 1, 2, 2 Rückseite.

<sup>29</sup> Vgl. Eintrag im Notizbuch Nazaruks unter dem 9.10.1919. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 12, ark. 60.

len Autonomie und Ganzheit der Armee, die erstens gegen andere ukrainische Streitkräfte nicht eingesetzt werden dürfe. Zweitens sollte Petruševyč‘ Diktatur weiterhin der Souverän und einzige Repräsentant Ostgaliziens sein. Die Beratungen, die für beide Armeen gemeinsam geführt werden sollten, wurden am 6. November fortgesetzt. Petruševyč, Petljura, Otaman Volodymyr Sal’s’kyj, Doležal‘, Andrij Makarenko und Mazepa berieten am 8. November über einen Vertragsentwurf der Denikinarmee, die weiter aus einer Position militärischer Stärke heraus Gespräche mit Vertretern der ostukrainischen Armee ablehnte. Petruševyč und Petljura ließen den Oberkommandierenden der ostgalizischen Armee Tarnavs’kyj sowie die ostgalizischen Mitglieder der Delegation am 9. November verhaften und vor ein Kriegsgericht stellen, das vier Tage später alle Angeklagten freisprach. Nach Abschluß eines Waffenstillstands unterzeichneten das ostgalizische Oberkommando und Bevollmächtigte der Freiwilligenarmee ein Protokoll, das zur Grundlage der weiteren Beziehungen beider Armeen wurde.<sup>30</sup>

Die militärische und politische Situation bildete den Gegenstand einer Sitzung, an der am 12. November 1919 Petruševyč, Repräsentanten beider Armeen und das Direktoriumsmitglied Makarenko teilnahmen. Petruševyč sah vier Wege, die von der ukrainischen Regierung eingeschlagen werden konnten. Der erste, die Fortführung des Krieges, fiel wegen der faktischen Kampfunfähigkeit der Streitkräfte weg. Darum seien nur ein Bündnis mit Polen, den Bolševiki oder der Freiwilligenarmee Denikins möglich. Der polnische Staat bestehe allein durch die Gnade der Entente und könne darum keine wirkliche Unterstützung gegen Denikin leisten. Vom Standpunkt des vereinten ukrainischen Staates aus seien die „Moskauer“ den Ostukrainern gegenüber keine so erbitterten Feinde, wie die Polen den ostgalizischen Ukrainern gegenüber. Petruševyč zeigte sich zwar von dem Sieg der Bolševiki über die Denikinarmee überzeugt, erwartete aber für den Fall eines Zusammengehens mit den Bolševiki, daß die Entente sich von der Ukraine vollständig abwenden würde. Auf der Grundlage dieser Überlegungen kam Petruševyč zu der paradox anmutenden Feststellung, daß eine Verständigung mit Denikin gerade wegen dessen bevorstehender militärischer Niederlage notwendig sei. So könnten sie mit Hilfe der Entente die eigene Armee bewahren und dann die Eigenständigkeit erkämpfen: „Wenn wir uns mit Denikin nicht verständigen, dann wird es uns im Moment seiner Zerschlagung nicht mehr geben“.<sup>31</sup> Vytvyč’kyj und Panejko verlangten Petruševyč zufolge mit Nachdruck eine Annäherung an antibolševistische Kräfte, wie sie die Freiwilligenarmee repräsentierte. Die Fähigkeit der Ostukrainer zur Staatsgründung schätzte der Diktator als gering ein: Diese verfügten seines Erachtens nicht einmal über 10 % der zur Schaffung einer Staatsverwaltung notwendigen Intelligencija.<sup>32</sup> Insgesamt zeigen seine Ausführungen das erschütternde Bild eines Menschen, der der ausweglosen politischen und militärischen Situation in zunehmendem Maße hilflos gegenüberstand.

---

<sup>30</sup> Vgl. Osyp Levyc’kyj, Halyc’ka Armija, S. 122-125, 141-145, 153-159; Nazaruk, Rik na Velykij Ukrajin, S. 280-297.

<sup>31</sup> Notizbuch Nazaruk, unter dem 12.11.1919: „Wichtige Sitzung“. CDIA Ukrainy u L’vovi, fd. 359, op. 1, spr. 12, ark. 73.

<sup>32</sup> Vergleiche ebenda, ark. 72-74: die Wiedergabe der Äußerungen von Petruševyč.

Eine dem Standpunkt von Petruševyč völlig entgegengesetzte Position nahm das Direktoriumsmitglied Makarenko ein, dem zufolge die UNR sich zwar nicht auf die Bolševiki, wohl aber auf Aufständische und bolševistische Überläufer orientieren sollte. Die Ostukrainer hätten ihr Einverständnis zu gemeinsamen Gesprächen mit Denikin gegeben, der aber nur mit der ostgalizischen Armee verhandeln wolle: „Wir wären zu einer Föderation der Völker Rußlands bereit. Von Euch, den Galiziern, hängt jetzt alles ab“.<sup>33</sup> Die anwesenden Repräsentanten der ukrainischen Streitkräfte Doležal' und Sal's'kyj hingegen maßen den Aufständen keine entscheidende Bedeutung bei. West- und Ostukrainer zogen aus der Lage unterschiedliche politische Direktiven. In der Nacht vom 15. auf den 16. November 1919 überschritt Petruševyč mit seiner Regierung die Grenze nach Rumänien.

### *1.3 Die Warschauer Gespräche im November 1919*

Der Waffenstillstand zwischen Polen und der Ukraine lief im November aus. Eine weitere Aussetzung der Kampfhandlungen mußte schon wegen der Kampfunfähigkeit beider ukrainischer Armeen dringend erwirkt werden. Švec' und Makarenko drohten sogar mit ihrem Rücktritt, um die Entsendung einer ukrainischen Delegation unter dem Außenminister der UNR Andrij Livyc'kyj nach Warschau durchzusetzen.<sup>34</sup> Ostgalizisch-ukrainische Positionen konnten in Warschau auf ebenso wenig Entgegenkommen rechnen, wie die ostukrainische Armee von der Freiwilligenarmee Denikins. Die ukrainischen Delegierten sahen sich daher mit weitreichenden Forderungen der polnischen Seite konfrontiert, die auf der Festlegung des Zbruch als der Grenze zwischen Polen und der Ukraine bestand. Die ukrainische Gesandtschaft erklärte daraufhin, daß eventuelle Gespräche in der Ostgalizienfrage zwischen zwei inoffiziellen Vertretern des polnischen Sejms und einem Vertreter der polnischen Regierung auf der einen und den ostgalizischen Delegationsmitgliedern Horbačevs'kyj, Mychajlo Novakovs'kyj und Vytvyč'kyj auf der anderen Seite geführt werden sollten. Zuvor sollte mit Panejko Rücksprache gehalten werden.<sup>35</sup>

Vytvyč'kyj nahm von Warschau aus Kontakt mit ukrainischen Politikern in Ostgalizien auf, wo die Warschauer Gespräche bereits zu diesem Zeitpunkt ein Politikum bildeten. Der „Vpered“ hatte am 30. Oktober 1919 in dem Artikel „Clara pacta, clari amici“ geäußert, daß zunächst der Krieg beendet werden, dann die Republik Polen und die UNR einander wechselseitig diplomatisch anerkennen und das Selbstbestimmungsrecht zugestehen sollten. Unklarheiten bei der Bestimmung der Grenzen und der staatsrechtlichen Zugehörigkeit strittiger Territorien, zu denen man neben Ostgalizien das Cholmer Land, Podlesien und das westliche Wolhynien zählte, sollten über ein Plebiszit entschieden werden. Die ostgalizische Repräsentation als integraler Bestandteil des ukrainischen Volkes dürfe bei den Gesprächen zwischen beiden Seiten nicht übergangen werden. Auf dieser Grundlage sei ein Mi-

<sup>33</sup> Ebenda, ark. 75 Rückseite. Zu den Ausführungen Makarenkos und zum folgenden vgl. ebenda, ark. 74-78.

<sup>34</sup> Vgl. Eintrag im Notizbuch Nazaruks unter dem 10.10.1919 zu einer Äußerung Petruševyčs. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 12, ark. 61 Rückseite.

<sup>35</sup> Vgl. Bericht Nr. 4 von Vytvyč'kyj an UNRada in Lemberg. Warschau, den 11.11.1919. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 3, 3 Rückseite.

litär- und Wirtschaftsbündnis möglich, aus dem in weiterer Perspektive sukzessive eine osteuropäische und europäische Union der Völker, oder sogar eine Union der Völker der Welt, entstehen könne.<sup>36</sup>

Die Ausführungen des „Vpered“ gingen letztlich nicht über vormalige Äußerungen führender Repräsentanten der USDP zur Lösung des ukrainisch-polnischen Konflikts und der Ostgalizienfrage hinaus. Nach dem westukrainisch-polnischen Krieg 1918/19 wurde dies jedoch in der ostgalizisch-ukrainischen politischen Öffentlichkeit als Provokation angesehen. Insbesondere die UNTP hielt eine Stellungnahme zu den Äußerungen des „Vpered“ für zwingend notwendig, zumal die Ostgalizienproblematik zum Gegenstand der Warschauer Gespräche werden konnte. Auf der Sitzung des erweiterten Präsidiums der UNRada vom 6. November 1919 sprachen sich die Mitglieder der UNTP und der Christlich-Sozialen Partei gegen die Einbeziehung der Ostgalizienfrage in die Warschauer Gespräche aus. Der Sozialdemokrat Lev Hankevyc̣ hingegen zeigte sich für die Erhaltung und Anerkennung der UNR sogar zur Opferung Ostgaliziens bereit. Vor einer erneuten Präsidiumssitzung am 8. November 1919 traf aus Warschau ein Kurier Vytvyč'kyjs ein, der die Lemberger Mitglieder der UNRada aufforderte, ihm ihren Standpunkt mitzuteilen. Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der UNRada bekräftigte ihre Position, die Ostgalizienproblematik von den ukrainisch-polnischen Gesprächen auszunehmen.<sup>37</sup>

Die ostgalizischen Ukrainer befürchteten, daß die ostukrainischen Mitglieder der Delegation offiziell das Desinteresse der UNR an Ostgalizien erklären könnten, um kurzfristig zumindest den polnisch-ukrainischen Waffenstillstand zu verlängern, langfristig vielleicht sogar ein Bündnis mit Polen gegen die Bolševiki abzuschließen. Diese Befürchtung erscheint begründet, da die verzweifelte militärische Lage der Ukrainer in Warschau bekannt war. „Czas“ drückte aus, was der allgemeinen Meinung der polnischen Öffentlichkeit entsprochen haben dürfte: Vytvyč'kyj, Horbačevs'kyj und Novakovs'kyj seien de facto polnische Bürger und es widerspreche allen staatsrechtlichen Grundlagen, sie in Warschau als Diplomaten der sogenannten „Westukrainischen Volksrepublik“ zu behandeln, die nur durch die gewaltsame Entreißung dieser Gebiete von Polen entstehen könne.<sup>38</sup> Zu Verhandlungen zwischen den Westukrainern und Vertretern der machtbewußten polnischen Regierung konnte es unter diesen Umständen nicht kommen. Erstere mußten sich so auf Einzelgespräche mit verschiedenen polnischen Politikern beschränken, die ihnen größtenteils aus der gemeinsamen Zeit im Wiener Abgeordnetenhaus oder im galizischen Landtag bekannt waren. Der Lemberger Abgeordnete Stesłowicz versprach, sich in den nächsten Tagen mit den polnischen Abgeordneten aus Ostgalizien über deren Ansichten in der Ostgalizienfrage auszutauschen. Finanzminister Biliński betonte zwar die große Bedeutung einer Verständigung mit den Ukrainern für Polen und dessen staatliche Existenz, schränkte aber zugleich ein, daß Polen auf die Entente nur bis zu gewissen Grenzen höre und in der allgemein-

<sup>36</sup> Vgl. *Clara pacta, clari amici*, in: *Vpered*, Nr. 132, 20.10.1920.

<sup>37</sup> Vgl. Schreiben der UNRada in Lemberg an Symon Petljura und Jevhen Petruševyč, ohne Datum. CDIA *Ukrajiny u L'vovi*, fd. 581, op. 1, spr. 113, ark. 2, 2 Rückseite.

<sup>38</sup> Vgl. *Czas*, Nr. 284, 1.11.1919: *Polska a Ukraina*.

ukrainischen Frage eine eigenständige Politik verfolge. Biliński, der bereits zu Zeiten der Habsburgermonarchie einem ukrainisch-polnischen Ausgleich zuneigte, soll sogar die Eigenständigkeit eines mit Polen verbundenen Ostgaliziens als in keiner Weise schädlich für den polnischen Staat bezeichnet haben. Dabei müsse jedoch die polnische Minderheit in Ostgalizien geschützt werden. So ermutigend diese in Vier-Augen-Gesprächen mit Vytvyč'kyj geäußerten Ansichten einzelner polnischer Politiker auch waren, politische Bedeutung erlangten sie nicht: Aufgrund der in der polnischen Öffentlichkeit vorherrschenden antiukrainischen Stimmungen konnten ukrainophile Positionen unmittelbar nach dem polnisch-ukrainischen Krieg vor einem breiteren Publikum oder in der örtlichen Presse kaum erörtert werden.

Der Delegationsleiter Andrij Livyc'kyj erklärte sich wegen der ausweglosen Lage der ukrainischen Streitkräfte im Kampf gegen die Denikinarmee zu weitgehenden politischen Zugeständnissen bereit: Die Agrarfrage sollte erst durch die ukrainische Konstituante entschieden werden und die Flüsse Bug, Styr und Zbruč die Grenze zwischen Polen und der Ukraine bilden. Dies bedeutete den Verzicht auf Ostgalizien, für das jedoch die Einführung einer Territorialautonomie, an deren Ausarbeitung Vertreter der UNR beteiligt werden sollten, vorgesehen war. Livyc'kyjs Vorschlag wurde nach einer von acht Uhr abends bis fünf Uhr morgens währenden Diskussion mit fünf zu vier Stimmen zwar abgelehnt.<sup>39</sup> Nach dem Übergang der ostgalizischen Armee zu Denikin und der Abreise von Petruševyč aus Kamjanec'-Podil's'kyj aber zerfiel die ukrainische Delegation, deren ostukrainische Mitglieder nun mit der polnischen Seite separat über den Abschluß eines polnisch-ukrainischen Vertrages verhandelten, der den Zbruč als Grenze zwischen beiden Staaten vorsah. Vytvyč'kyj hielt eine Rettung der ukrainischen Staatlichkeit wegen der politischen und militärischen Schwäche der ostukrainischen Regierung jedoch für unmöglich: „Die ukrainische Staatlichkeit stützt sich auf eine Regierung, die über Bewegungsfreiheit zwischen drei Eisenbahnstationen verfügt. Dies ist zwar schmerzlich, aber wahr.“<sup>40</sup> Eine Einigung der ukrainischen Delegation auf eine gemeinsame politische Linie war unmöglich. Am 2. Dezember 1919 beschloß eine ostukrainische Versammlung im zukünftigen Botschaftsgebäude der UNR in Warschau die Deklaration, die noch am selben Tag überreicht wurde.<sup>41</sup> In einem zwei Tage später an die Republik Polen gerichteten Protest sprachen Vytvyč'kyj, Novakovs'kyj und Horbačevs'kyj der Erklärung der ostukrainischen Delegationsmitglieder die Rechtskraft ab und stellten fest, daß eine polnisch-ukrainische Verständigung auf dieser Grundlage unmöglich sei. Gleichzeitig legten sie ihre Mandate nieder.<sup>42</sup>

Ukrainische politische Kreise in Lemberg sahen die Warschauer Erklärung vom 2. Dezember 1919 als unrechtmäßig an. Zunächst betonten die Lemberger

---

<sup>39</sup> Vgl. Bericht Nr. 9 von Vytvyč'kyj. Warschau, den 21.11.1919. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 12-16.

<sup>40</sup> Vgl. Bericht Vytvyč'kyjs an die UNRada in Lemberg. Warschau, den 27.11.1919. Vgl. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 39-40.

<sup>41</sup> Vgl. Schreiben Vytvyč'kyjs an die UNRada in Lemberg. Warschau, den 7.12.1919. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 62-63 Rückseite.

<sup>42</sup> Vgl. Protest von Vytvyč'kyj, Novakovs'kyj und Horbačevs'kyj an die Regierung der Republik Polen. Warschau, den 4.12.1919. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark.64-65 Rückseite.

Mitglieder der UNRada die „sobornist“ als „unauflösliche Vereinigung des westlichen Gebiets der UNR mit allen ihren Gebieten in einer souveränen und unabhängigen UNR, in jedem Falle aber in ein und demselben Staat“.<sup>43</sup> Wenig später verneinten sie das Bestehen eines gesamtukrainischen Staates und stellten fest, daß ZUNR und UNR nur ihre Absicht zu einer Vereinigung erklärt hätten.<sup>44</sup> Die Willkürlichkeit, mit der erst die nach wie vor bestehende „sobornist“ der Ukraine, dann aber das Weiterbestehen des westukrainischen Staates angeführt wurden, weist darauf hin, daß die politische Tätigkeit der ostgalizischen Ukrainer durch ihr Streben nach Eigenständigkeit und die daraus resultierende Ablehnung einer Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen nachhaltig bestimmt wurde. Argumente, mit denen diese Position begründet wurde, waren letztlich austauschbar. Nach dem Einbezogensein in ein polnisch dominiertes Galizien aus der Zeit des Habsburgerreiches, dem polnisch-westukrainischen Krieg und dem Bestehen eines eigenen, westukrainischen Staates waren die Vorbehalte national-ukrainischer Kreise gegen Polen kaum zu überwinden.

Die UNRada in Lemberg wies Vytvyč'kyj, Novakovs'kyj und Horbačevs'kyj an, bis zu ihrer Abberufung durch Petruševyč in Warschau zu bleiben.<sup>45</sup> Vytvyč'kyj traf am 6. Dezember 1919 mit dem Nationaldemokraten Władysław Grabski zusammen, dem zufolge die Ostukraine noch keine politische Größe bilde, auf die Polen seine Ostpolitik gründen könne. Polen wolle sich die ukrainische Bevölkerung in Ostgalizien nicht zum Feind machen und deren kulturelle Bewegung unterstützen, insbesondere im Schulwesen. Wegen der Übervölkerung Westgaliziens müßten masurische Bauern bei der Landvergabe in Ostgalizien berücksichtigt werden, aber auch der ukrainische Bauer solle Land erhalten. Grabski hielt Gespräche über eine polnisch-ukrainische Verständigung in Ostgalizien vorerst nicht für möglich. Stattdessen sollten Vertreter beider Völker auf apolitischem Gebiet zusammenarbeiten, etwa in einem dazu eigens zu bildenden, paritätisch besetzten Rat für kulturelle und wirtschaftliche Fragen.<sup>46</sup> Zwar hätte so über spill-over-Effekte auf weitere Bereiche des Zusammenlebens langfristig der Weg zu einer Verständigung zwischen beiden Völkern bereitet werden können. Es ist allerdings fraglich, ob diese Form der polnisch-ukrainischen Kooperation in dem durch die Kriegsergebnisse nationalpolitisch stark polarisierten Ostgalizien möglich gewesen wäre.

Grabskis Auffassung wurde von Piłsudski geteilt, der Vytvyč'kyj am 15. Dezember 1919 eine Audienz gewährte. Piłsudski betonte die Notwendigkeit, „gewisse Erscheinungen als reale Fakten zu objektivieren“: Ukrainer und Polen sollten Stimmungen und Traditionen des jeweils anderen so nehmen, wie sie seien, und

---

<sup>43</sup> Vgl. Präsidium der UNRada in Lemberg, Kopie ohne Datumsangabe. Der Beschluß wurde offenbar kurz nach Erhalt des Berichtes von Vytvyč'kyj vom 27.11.1919 gefaßt. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 41.

<sup>44</sup> Vgl. Kopie eines Schreibens der UNRada in L'viv an die ostgalizischen Mitglieder der ukrainischen Delegation Warschau, ohne Datum. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 61-61 Rückseite.

<sup>45</sup> Vgl. Undatierter Entwurf eines Schreibens der UNRada an die ostgalizischen Mitglieder der Warschauer Delegation. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 58.

<sup>46</sup> Vgl. Schreiben Vytvyč'kyjs an die UNRada in Lemberg. Warschau, den 7.12.1919. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 39-40.

nicht, wie sie sie sehen wollten. Das eigentliche Hindernis zu einer vollen Übereinkunft zwischen beiden Völkern sah er in der „Tiefe“ des polnisch-ukrainischen Krieges um Ostgalizien. Darum begrüßte Piłsudski die Gespräche Vytvyč'kyjs mit Mitgliedern des polnischen Sejms und Grabski als Schritt zu einer nur auf lange Sicht möglichen Verständigung. Polen und Ukrainer sollten miteinander Beziehungen unterhalten und die Unterredungen fortsetzen.<sup>47</sup> Piłsudski scheint angesichts der feindseligen Stimmungen auf beiden Seiten eine langfristig angelegte Politik der kleinen Schritte im polnisch-ukrainischen Verhältnis in Ostgalizien für einzig aussichtsreich gehalten zu haben.

---

<sup>47</sup> Vgl. Undatiertes Schreiben Vytvyč'kyjs an Delegation der UNRada in Lemberg. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 141, ark. 1-2.

## 2. Ostgalizien und die ostgalizisch-ukrainische Emigration in Wien von Juli 1919-März 1920

### 2.1 Die Aufnahme des Ostgalizienstatuts des Obersten Rats bei den Polen und den Ukrainern

Der Oberste Rat hatte am 21. November 1919 ein Ostgalizienstatut beschlossen, das Polen ein auf den Zeitraum von 25 Jahren begrenztes Mandat auf Ostgalizien zusprach. Anschließend war ein Plebiszit vorgesehen. Anfang Dezember 1919 protestierte die polnische Bevölkerung in Ostgalizien in Volksversammlungen gegen die Umsetzung des vom Obersten Rat vorgelegten Autonomiestatuts für Ostgalizien. Der Regierungskommissar in Halyč stellte in einem Bericht an das Warschauer Außenministerium vom 16. Dezember 1919 fest, daß die Exekutierung des Beschlusses des Obersten Rats Polen erneut teile. Außerdem werde eine freiwillige Verständigung des polnischen Volkes mit den Ruthenen erschwert, ebenso wie jedwede kulturelle und wirtschaftliche Tätigkeit, weil die polnische Bevölkerung, ungeachtet ihres kulturellen und wirtschaftlichen Gewichts, zur Rolle einer tolerierten Minderheit reduziert werde: Das Autonomieprojekt könne nicht angenommen werden, da es auf den Widerstand der ganzen polnischen Bevölkerung treffe.<sup>48</sup>

Der Schwerpunkt der Protestaktion lag im Lande selbst. Von den bis Mitte Februar 1920 eingelangten Deklarationen mit insgesamt 454.265 Unterschriften stammten 643 mit insgesamt 358.100 Unterschriften aus Ostgalizien, ein Großteil davon aus Lemberg. An den Protestversammlungen nahm vor allem die polnische Bevölkerung teil. Alle Resolutionen enthielten den Protest gegen jeden nur provisorischen Anschluß Ostgaliziens an Polen. Keine polnische Regierung würde es wagen, einen solchen Vertrag anzunehmen. Jede Form einer Territorialautonomie für Ostgalizien wurde scharf zurückgewiesen. Als Prototyp einer solchen Resolution wurde der Beschluß der Stadt Budzanów bezeichnet, wo die Bildung einer ostgalizischen Selbstverwaltungseinheit als „schreiende Ungerechtigkeit“ und Ausgangspunkt zu „Nationalitätenkämpfen“ bezeichnet wurde.<sup>49</sup> Das polnische Außenministerium in Warschau und Stanisław Patek vor Ort in Paris versuchten, den Obersten Rat zu einer Änderung seiner Entscheidung zu bewegen. Angesichts der unsicheren Lage in Rußland waren ihre Anstrengungen schließlich erfolgreich. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz George Clemenceau unterrichtete die polnische Delegation in einem auf den 22. Dezember 1919 datierten Schreiben, daß der Oberste Rat das Ostgalizienstatut ausgesetzt habe, sich aber eine erneute Betrachtung der Angelegenheit vorbehalte.<sup>50</sup> Einem militärischen Bericht zufolge hatte der Beschluß des Ostgalizienstatuts zunächst die nationalen Beziehungen verschärft, seine Ausset-

<sup>48</sup> Beirat der königlichen Landwirtschaftsverwaltung der Stadt Halyč, Regierungskommissar. An das Außenministerium. Halyč, den 16.12.1919. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5337, s. 7.

<sup>49</sup> Bericht über den Erfolg der Protestaktion gegen das Autonomiestatut des Obersten Rats für Ostgalizien. Warschau, den 17.7.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5337, s. 262-289. Das polnische Außenministerium stellte fest, daß sich sowohl die polnische als auch die ruthenische Bevölkerung Ostgaliziens in der Zahl von etwa einer Million entweder direkt oder indirekt über Gemeinden, Stadträte, etc. für den Anschluß Ostgaliziens an Polen ausgesprochen hätten (Ebenda, s. 261).

<sup>50</sup> Vgl. Mroccka, Spór o Galicję Wschodnią, S. 178-180.



zung hingegen beruhigend auf Ruthenen und Polen eingewirkt. Sogar ein Teil der ruthenischen Intelligencija, mit Ausnahme derer, die stark in der antipolnischen Bewegung engagiert seien, beginne sich mit der Sachlage abzufinden und suche einen *modus vivendi* in den gegenwärtigen Beziehungen. Die Erwartung, daß sich das polnisch-ukrainische Zusammenleben nun allgemein normalisieren werde,<sup>51</sup> sollte sich jedoch als ungerechtfertigt erweisen.

Es spricht für die Tiefe des polnisch-ukrainischen Gegensatzes in Ostgalizien, daß das vom Obersten Rat vorgeschlagene Statut für Ostgalizien von führenden Politikern der Polen und der ostgalizischen Ukrainer gleichermaßen abgelehnt wurde. In einer an die Ententestaaten und die Pariser Friedenskonferenz gerichteten Erklärung stellte die UNRada in Lemberg fest, daß die Übergabe Ostgaliziens an den polnischen Staat die Erbitterung des ukrainischen Volkes hervorriefe. Besser sei es, wenn ein neutraler Staat wie die Tschechoslowakei das Mandat für Ostgalizien erhielte. Insbesondere die Kompetenzen des Gouverneurs wurden als zu weitreichend kritisiert. Die UNRada drückte ihre Hoffnung aus, daß die Pariser Friedenskonferenz aus Ostgalizien eine gesonderte staatsrechtliche Einheit bilde, als der ersten Etappe zur vollen Selbstbestimmung seiner ukrainischen Bevölkerung.<sup>52</sup>

Wesentliche Vorschläge, wie das Ostgalizienstatut im ukrainischen Sinne abgeändert werden sollte, formulierte Kost' Levyc'kyj in einem Schreiben vom 20. Februar 1920 an Tomašivs'kyj. Die Ausführungen bildeten offenbar Anweisungen, die Tomašivs'kyj seiner diplomatischen Tätigkeit in London zugrunde legen sollte. Vor allem sollte ausdrücklich festgehalten werden, daß Polen nur mit der Einführung einer Zivilverwaltung in dem territorial autonomen Ostgalizien beauftragt worden sei. Über die staatsrechtliche Zugehörigkeit dieses Territoriums sollte seine Bevölkerung selbst entscheiden. Die Abgrenzung des autonomen Ostgaliziens vom polnischen Staat sollte nach den Vorstellungen Kost' Levyc'kyjs sehr umfassend sein. Er wollte das Statut ergänzt sehen um den Passus: „Für Personen, die zu Ostgalizien gehören, begründet sich ein gesondertes Staatsbürgerschaftsrecht“.<sup>53</sup>

Dementsprechend sollte jede Art der Kolonisierung Ostgaliziens untersagt werden. Weiter seien demokratische Rechte wie die Versammlungs- und Pressefreiheit zu gewährleisten. Das ostgalizische Parlament sollte ausdrücklich nach dem demokratischen Wahlrecht gewählt werden. Vorgesehen war eine Stärkung des Parlaments, dessen Zuständigkeit auf alle Ostgalizien betreffenden Fragen ausgedehnt werden sollte, insbesondere auf Finanzen, Bildung, Verwaltung, Gerichtswesen, Post, Telegraphen, Eisenbahn, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Armee. Die Wiener Ukrainer wollten die Vollmachten des Gouverneurs, der im Statut ein

---

<sup>51</sup> Führung der podolischen Front, Abteilung II: Politischer Wochenrapport. Berežany, den 8.1.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5338, s. 4-6, s. 4: „In den Städten begannen polnische und ruthenische Familien, die während und nach der Invasion zunächst Distanz gewahrt hatten, erneut Beziehungen miteinander anzuknüpfen. Diese Erscheinung, nur scheinbar ohne Bedeutung, kann nicht ohne Einfluß auf die allgemeinen Beziehungen bleiben“.

<sup>52</sup> Vgl. Erklärung der UNRada. Kopie ohne Datumsangabe, offenbar Anfang Dezember 1919. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 134, ark. 61-61 Rückseite.

<sup>53</sup> Vgl. Kost' Levyc'kyj an Tomašivs'kyj. Vorschläge der wichtigsten Veränderungen des Statuts für Ostgalizien. Wien, den 20.2.1920. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 179, ark. 10-18, ark. 11.

Vertreter des polnischen Staates in Ostgalizien war, durch das ostgalizische Parlament begrenzt sehen. Bis zum Zusammentritt des ostgalizischen Parlaments sei der Gouverneur durch ein aus einem Ukrainer, einem Polen und einem Juden zusammengesetztes Direktorium, dessen Ernennung der Entente oblag, zu kontrollieren. Ostgalizien sollte außerdem über eine dem eigenen Parlament verantwortliche Regierung verfügen, gebildet gemäß einem den Bevölkerungsverhältnissen entsprechenden nationalen Schlüssel. Außerdem sollten in Ostgalizien nur aus der örtlichen Bevölkerung gebildete Einheiten stationiert sein, mit der alleinigen Aufgabe, dieses Territorium zu verteidigen. Diese von der polnischen Armee gänzlich getrennten militärischen Formationen sollten ostgalizische Abzeichen tragen.<sup>54</sup>

Ein solches Statut hätte aus Ostgalizien letztlich eine unabhängige, kaum mehr als nominell zu Polen gehörende staatliche Einheit gebildet. Daß dieses Programm nicht umzusetzen war, dürfte auch Kost' Levyč'kyj selbst bewußt gewesen sein. Angesichts des Strebens der polnischen Regierung und führender Repräsentanten der polnischen Bevölkerung in Ostgalizien nach einer dauerhaften Angliederung dieses Territoriums an den polnischen Staat und der diametral entgegengesetzten Tendenz der ukrainischen Politik, die Autonomie Ostgaliziens zu einer Quasi-staatlichkeit auszudehnen, erscheint die Möglichkeit einer Einigung zwischen beiden Seiten zweifelhaft. Der Widerstand sowohl der Ukrainer als auch der Polen gegen das Autonomieprojekt des Obersten Rats verdeutlicht, daß Vermittlungsmöglichkeiten von neutraler Seite zumindest erschwert waren.

## ***2.2 Die ukrainische Herrschaft und ihre Folgen für das Zusammenleben von Ukrainern und Polen aus der Sicht polnischer Staroste***

Der Zustand der polnisch-ukrainischen Beziehungen in Ostgalizien nach der Besetzung durch die polnische Armee war für die Warschauer Regierung von höchstem Interesse. Auf Weisung des Generaldelegierten vom 7. Juli 1919 berichteten die ostgalizischen Behörden über das Zusammenleben von Polen und Ukrainern in ihrem Bezirk: als erste die Staroste in Javoriv schon am 10. Juli, als letzte die in Mostyska am 11. Dezember 1919.<sup>55</sup> Die Hauptaufmerksamkeit galt den polnisch-ukrainischen Beziehungen vor Ort, sowohl während der ukrainischen Herrschaft als

---

<sup>54</sup> Vgl. ebenda, ark. 10-18.

<sup>55</sup> Vgl. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 146, op. 8, spr. 3029, die Berichte: ark. 53-55: Kreisleitung der Gendarmerie in Dolyna. Polnisch-ruthenische Beziehungen. An die Staroste in Dolyna. Dolyna, den 9.8.1919; ark. 56-63: Polnisch-ruthenische Beziehungen in Ostgalizien. Staroste in Dolyna zu diesbezüglicher Diskussion der örtlichen polnischen Nationalorganisation vom 18.8.1919; ark. 20-28: Staroste in Drohobyč an Statthaltereipräsidium. Drohobyč, den 21.7.1919; ark. 11: Staroste in Javoriv an Statthaltereipräsidium in Lemberg. Javoriv, den 10.7.1919; ark. 19: Leiter der Staroste in Lisko an den Generaldelegierten der Regierung in Lemberg. Lisko, den 21.7.1919; ark. 82-83: Staroste in Mostyska an Statthaltereipräsidium. Mostyska, den 11.12.1919; Staroste in Novyj Targ an Statthaltereipräsidium. Polnisch-ruthenische Beziehungen im Kreis Novyj Targ. Novyj Targ, den 3.9.1919; ark. 15-17: Leiter der Staroste in Rava Rus'ka an Statthaltereipräsidium in Lemberg. Rava Rus'ka, den 18.7.1919; ark. 72-75: Staroste in Rohatyn an Statthaltereipräsidium. Rohatyn, den 29.8.1919; ark. 79f: Staroste in Skalat an Statthaltereipräsidium. Skalat, den 29.8.1919; ark. 51-52: Staroste in Saryj Sambir an die Generaldelegatur der polnischen Regierung in Lemberg. Saryj Sambir, den 7.8.1919; ark. 77-78: Staroste in Zboriv an Statthaltereipräsidium. Zboriv, den 12.9.1919.

auch nach der Besetzung ganz Ostgaliziens durch die polnische Armee. Besonders ausführlich äußerten sich die Starosteien in Dolyna, Rohatyn und Drohobyč.

Der Beteiligung der ukrainischen Intelligencija an der westukrainischen Staatsgründung, ihrer Haltung zum polnischen Staat und der Größe ihres Einflusses auf die eigene Bauernschaft kam in vielen Berichten große Bedeutung zu. Zwar wurde die leitende Funktion der ruthenischen Intelligencija bei der westukrainischen Staatsgründung betont, aber auch bäuerlichen Agitatoren eine bedeutende Rolle beigemessen. Dabei habe die Losung „Die Wälder und Weiden für die Bauern“ einen ungleich größeren Einfluß auf die Menge gehabt, als das *Ideal* einer Wiedererrichtung der Ukraine.<sup>56</sup> Interessant ist die Feststellung, daß Gymnasiasten, sowohl männliche als auch weibliche, zuerst nach den Waffen griffen und die polnischen Bewohner stark fühlen ließen, daß die Macht jetzt in ihren Händen liege.<sup>57</sup> Die Zeit der Herrschaft des Staatssekretariats und der Kreiskommissariate in Ostgalizien wird allgemein sehr negativ geschildert.<sup>58</sup>

Die russophile Bewegung wurde in faktisch allen Berichten als unbedeutend beschrieben, da die vormalig unter ihrem Einfluß stehenden Dörfer, analog zur russophilen Intelligencija, nun dem Ukrainismus zuneigten. Der Bedeutungsverlust der Russophilen bedingte, daß nationalpolnisch dominierte Behörden in Ostgalizien ihre in der Habsburgerzeit unterhaltene Praxis, die russophile auf Kosten der ukrainischen Bewegung zu unterstützen, revidieren mußten. Ein Eingehen auf kulturelle, wirtschaftliche und politische Forderungen der Ukrainer erachtete man als ungeeignetes Mittel, um eine weitere Vertiefung des polnisch-ukrainischen Gegensatzes in Ostgalizien zu vermeiden. Allgemein wurde bezweifelt, daß Vertreter der ukrainischen Intelligencija in absehbarer Zeit eine loyale Haltung zum polnischen Staat einnehmen würden.<sup>59</sup> Besonders deutliche Worte fand die Starosteie in Drohobyč, der zufolge das, was für den Bauern der Prügelstock, für die Intelligencija das Interniertenlager sei. Der Versuch, die ukrainische Intelligencija durch Garantien der freien kulturellen Entwicklung für Polen gewinnen zu wollen, wurde als Paradoxon bezeichnet. Wo man von einem ukrainischen Staat mit 50 Millionen Bewohnern geträumt und neun Monate lang einen eigenen, kleineren Staat errichtet habe, könne die kulturelle Entwicklung selbst niemals ein allgemeines Ziel werden.<sup>60</sup>

---

<sup>56</sup> Vgl. Bericht Starosteie Saryj Sambir.

<sup>57</sup> Vgl. Bericht Starosteie Rohatyn.

<sup>58</sup> Aus Drohobyč etwa hieß es, daß der Haß den Polen gegenüber die ukrainische Politik so nachhaltig bestimmt habe, daß mit diesem Haß auch die Ukrainer verschwänden. Diese gewiß stark übertriebene Feststellung verdeutlicht, wie sehr der Nationsbildungsprozeß der Ukrainer in Ostgalizien durch die Auseinandersetzung mit dem dort in den Bereichen Verwaltung und Bildung dominanten Polentum bestimmt worden war.

<sup>59</sup> Vgl. Bericht Starosteie Dolyna.

<sup>60</sup> Das Verhältnis der ukrainischen Intelligencija zu Polen wurde in dem Bericht aus Drohobyč widersprüchlich dargestellt. Auf der einen Seite hieß es, daß sie unter Führung von Politikern wie Staruch, Trylovs'kyj, Petro Petryc'kyj sowie den Geistlichen Stepan Onyškevyč und Javors'kyj eine antipolnische Agitation geführt und die Bauern zu Mord, Raub und Gewalt gereizt habe. Auf der anderen Seite wurde aber auch festgestellt, daß die Intelligencija sich nicht ausschließlich vom Haß auf alles Polnische habe leiten lassen, sondern die Sachlage nüchtern durch das Prisma eines echten Patriotismus betrachtet habe. Die ganze patriotische Intelligencija mit Bischof Chomyšyn an der Spitze habe sich eher auf Polen als auf Rußland, das mit dem Schisma und der Überflutung der ganzen Westukraine

Polnische Behörden vor Ort erklärten es darum zu ihrer vorrangigen Aufgabe, die ruthenische Bauernschaft für den polnischen Staat einzunehmen. Dazu solle dem Bauern gegenüber gerecht und fest aufgetreten werden, da ihm nur Kraft imponiere. Der politische Einfluß der ukrainischen Bewegung auf die Bauernschaft war so aber kaum dauerhaft einzudämmen, zumal die überwiegende Zahl der Berichterstatte den geringen Einfluß der ukrainischen Intelligencija auf den Bauern als eine nur vorübergehende, durch den Kriegszustand bedingte Erscheinung ansah.<sup>61</sup> Die Bauernschaft wende sich weiter an die Intelligencija um Rat. Nach außen zeige sich diese Gemeinschaft darin, daß die Bauern die ukrainische Intelligencija mit Artikeln vom Lande versorgten, wobei die polnische Bevölkerung übergangen werde.<sup>62</sup> Eher als Ausnahmen können die Feststellungen der Starosteien in Skalat und Mostyska angesehen werden, die einen bedeutenden Ansehensverlust der ukrainischen Intelligencija bei der Bauernschaft feststellten.

Frühe Stellungnahmen meldeten die Zufriedenheit der ruthenischen Bevölkerung wegen der Rückkehr „normaler“ Beziehungen.<sup>63</sup> In anderen Berichten wurde konstatiert, daß die Bravour der polnischen Streitkräfte dem ruthenischen Bauern imponiere. Jedoch dürfe man keine Schwäche zeigen, weil der Haß auf alles Polnische, den die österreichischen Behörden und das Militär im Kriege gesät hätten, durch die ukrainische Herrschaft noch verstärkt worden sei. Es sei ein großer Fehler zu glauben, sie lebten in einer ihnen freundlich gesonnenen Umgebung: Ruhe und Ordnung könnten vielmehr nur den Haß in Grenzen halten.<sup>64</sup> Wenn die Starosteie in Drohobyč feststellt, daß ganze Gemeinden mit dem Prügelstock pazifiziert worden seien, dann erscheint es als zweifelhaft, ob Vorgehen und Anwesenheit der polnischen Armee von den ruthenischen Bauern gutgeheißen wurden. Die Überparteilichkeit des bestehenden Verwaltungssystems der Starosteien wurde allgemein hervorgehoben.<sup>65</sup> Zwar sei die örtliche Bevölkerung zufrieden wegen der Rückkehr geordneter Verhältnisse, der Sicherheit von Gut und Leben sowie der Tätigkeit der alten und darum vertrauten Behörden.<sup>66</sup> Als ein möglicher Grund hierfür wurde angeführt, daß in der Starosteie auch Ruthenen gearbeitet hätten und ruthenische Parteien nach Möglichkeit auf ruthenisch bedient worden seien.<sup>67</sup> Es hieß aber

---

drohte, stützen wollen. Schließlich habe jedoch der Radikalismus die Geistlichen in den Schatten gedrängt, weil die Ukrainer, die abschätzig als „Hajdamaken“ bezeichnet wurden, ihren Staat unter der Losung „Ohne Popen und ohne Herren“ hätten errichten wollen. Die Tätigkeit der unierten Geistlichkeit wurde in vielen Rapporten über das Ende des polnisch-ukrainischen Krieges hinaus als besonders schädlich eingestuft. Aus Dolyna wurde berichtet, daß die unierten Geistlichen, ihrer christlichen Mission zum Trotz, Haß säten und Bescheinigungen ausstellten, in denen als Staat die ZUNR ausgewiesen werde.

<sup>61</sup> Vgl. Bericht Starosteie Rava Rus'ka.

<sup>62</sup> Vgl. Bericht der Leitung der Kreisgendarmarie Dolyna. Analog dazu meinte die Starosteie Rohatyn, daß die Intelligencija bei der Bauernschaft nichts an Achtung eingeebnet habe.

<sup>63</sup> Vgl. Bericht Starosteie Javoriv.

<sup>64</sup> Vgl. Bericht des Kreiskomitees der polnischen Nationalorganisation Dolyna.

<sup>65</sup> Die Starosteien seien, wie die Starosteie in Rava Rus'ka ironisch anmerkte, in den österreichischen Zeiten sowohl bei den Bauern als auch bei der ruthenischen und polnischen Intelligencija gleichermaßen „beliebt“ gewesen: Im Streitfall habe die Starosteie in der Vergangenheit mit ihrer Stellungnahme für die Ukrainer oder für die Polen die jeweilige Gegenseite gegen sich aufgebracht.

<sup>66</sup> Vgl. Bericht Starosteie Lisko.

<sup>67</sup> Vgl. Bericht Starosteie Rohatyn.

auch, daß die örtlichen Exekutivorgane, insbesondere die Gendarmerie, nicht auf der Höhe der Aufgaben stünden, was den Respekt der Bauern mindere. Dennoch habe der Bauer Vertrauen zu den Behörden vor Ort.<sup>68</sup>

Zum Verhältnis der ruthenischen Bauernschaft zum polnischen Staat wurde gemeldet, daß der Bauer zwar kriegsmüde sei. Es sei ihm aber nicht gleichgültig, ob die Regierung polnisch oder ukrainisch sei, worauf seine jetzige Apathie und Unlust zu produktiver Arbeit auf dem Feld verweise.<sup>69</sup> In manchen Rapporten wurden wirtschaftliche Gesichtspunkte als ausschlaggebend hierfür angesehen, etwa, daß die Loyalität der ruthenischen Landbevölkerung von ihrer Versorgung mit den wichtigsten Bedarfsgütern abhängig sei.<sup>70</sup> Häufig findet sich die Feststellung, daß nur eine harte, aber gerechte polnische Verwaltung von den Bauern respektiert werde.<sup>71</sup> Darum meinte man, daß allein eine starke und einheitliche polnische Regierung und im Lande stationierte polnische Militärkader das Land pazifizieren könnten.<sup>72</sup> Eine polnische Verwaltung „ohne die alte österreichische Korruption und Faulheit“ sollte, gestützt auf national gemischte Beiräte bei eventuellem polnischen Übergewicht das Vertrauen zur Regierung in kurzer Zeit gewinnen und das „nationale Ferment“ beruhigen. Wenn der Staat dem Bauern seine Einkünfte aus der Landarbeit überlasse, Handel ermögliche und keine allzu hohen Steuern erhebe, die Gendarmerie die individuelle Freiheit garantiere, dann stelle der Bauer auch den Rekruten. In der Armee aber ließe sich dessen Umwandlung am ehesten durchführen. Abschließend heißt es, daß es auf keinem Gebiet des nationalen, gesellschaftlichen oder Erziehungslebens eine Zeit grenzenloser Autonomie geben dürfe:

„Unsere schwere polnische Hand muß auf dem ruthenischen Leben ruhen, ohne Begierde nach Rache oder Vergeltung, aber nach dem Zwang der heutigen Menschen zu einer völligen Übereinkunft mit uns, und der Erziehung der morgigen Menschen zu einem herzlichen Zusammenleben.“<sup>73</sup>

Noch deutlicher waren die Ausführungen der Starostei in Drohobyč, der zufolge der Bauer zunächst an der eigenen Haut die Existenz des Staates fühlen müsse, weil in seinem Verständnis nur die Stärke Recht sei.

Kommunismus und Bolšewismus fanden dem überwiegenden Tenor der Berichte nach keinen günstigen Nährboden unter den ostgalizischen Bauern. Die Mehrzahl der Rapporte führte gleichsam die „Natur“ des Bauern, sein Rechts- und Eigentumsbewußtsein, als Ursache für dessen antibolšewistische Einstellung an. Dagegen wurde in einzelnen Berichten eine Radikalisierung der ruthenischen Bauernschaft in sozialistischer Richtung konstatiert,<sup>74</sup> so habe in Ostgalizien seit der Proklamation der ukrainischen Vereinigung in Kyjiv vom Januar 1919 eine Tendenz zur Entstehung von Räten analog zur Entwicklung in der Ostukraine bestan-

<sup>68</sup> Vgl. Bericht Starostei Staryj Sambir.

<sup>69</sup> Vgl. Bericht Rava Rus'ka.

<sup>70</sup> Vgl. Berichte der Starosteien Zboriv, Novyj Targ, Skalat.

<sup>71</sup> Vgl. Mitteilung der Kreisleitung der Gendarmerie in Dolyna an die dortige Starostei.

<sup>72</sup> Vgl. Bericht des Kreiskomitees der polnischen Nationalorganisation in Dolyna.

<sup>73</sup> Vgl. Bericht Starostei Dolyna.

<sup>74</sup> Vgl. Berichte der Starosteien aus Drohobyč, Rava Rus'ka und Dolyna.

den. Hätte sich die ukrainische Regierung etwas länger gehalten, so wäre es zu einem „Bauernbolševismus“ gekommen, einer gewöhnlichen, planlosen Bewegung gegen die Herren.<sup>75</sup> Die Herrngüter seien bei ukrainischen und polnischen Bauern, die in ihnen die Ursache ihrer Armut sähen, gleichermaßen verhaßt. Der Bauer sei sehr gefräßig, insbesondere auf Wälder und Weiden. Den Großgrundbesitz achte er überhaupt nicht und füge ihm Schaden zu, wo er nur könne. Die Parzellierung der Herrenböden erwarteten die Bauern in gleichem Maße, wie sie fürchteten, daß zuviel Land an masurische Kolonisten vergeben werde.<sup>76</sup> Das Verhältnis der ruthenischen Bauern zu den polnischen Gutsbesitzern, deren Land sie besitzen und in deren Wäldern sie jagen wollten, sei auch ohne Agitation feindlich.<sup>77</sup>

Über das Verhältnis zwischen ukrainischen und polnischen Bauern differierten die Angaben. Gleichgültigkeit, aber auch aus dem geringen geistigen Niveau der Bauernschaft resultierende, tendentielle Feindschaft wurden gleichermaßen festgestellt.<sup>78</sup> Ein Bericht führte als Grund für das freundschaftliche Auskommen von ukrainischen und polnischen Bauern das Bestehen von Mischehen an, in denen beispielsweise der Bruder Pole und die Schwester Ukrainerin sei.<sup>79</sup> Im ethnisch gemischten Ostgalizien wurden traditionell in Verbindungen, wo die Eltern verschiedenen Nationen und Konfessionen entstammten, der Sohn im Ritus des Vaters, die Tochter im Ritus der Mutter getauft und erzogen. Der stark auftretende Antagonismus zwischen Ukrainern und Polen muß in solchen Familien schmerzhaft empfunden worden sein. Andere Stellungnahmen sahen den Antagonismus zwischen Ukrainern und Polen innerhalb der Bauernschaft als eine verbreitete Erscheinung an. Nur die tief in den Karpathen lebenden Lemken und die Bojki würden sich zur ukrainisch-polnischen Auseinandersetzung indifferent verhalten.<sup>80</sup> Besonders interessant sind Beobachtungen, denen zufolge insbesondere die jüngere Generation der Bauern im Alter von 20 bis 30 Jahren die Polen fühlen ließe, daß sie Bewohner anderer Nationalität seien und diesen Probleme beim Kauf von Lebensmitteln bereite. Unter den Mitgliedern dieser Generation werde häufig geäußert, daß sie als Ukrainer den Polen zu nichts verpflichtet seien.<sup>81</sup>

Aus den Berichten geht hervor, daß die Möglichkeit zu einer polnisch-ukrainischen Verständigung nach der Niederlage der westukrainischen Armee nur in geringem Maße vorhanden war. Daß freilich die Politik einer „harten Hand“ oder einer „gerechten und harten Verwaltung“ den Bauern zu einem loyalen Bewohner des polnischen Staates machen könnte, muß bezweifelt werden. Zum einen, weil es der Bauernschaft darum ging, ihre elementaren Bedürfnisse nach Land und der Möglichkeit, in den Herrenwäldern jagen zu dürfen, zu befriedigen, nicht nur um eine Versorgung mit den dringendsten Bedarfsgegenständen. Eine Agrarreform, die eine Aufteilung des Herrenlandes unter günstigen Konditionen an die örtliche land-

---

<sup>75</sup> Vgl. Bericht des Kreiskomitees der polnischen Nationalorganisation in Dolyna.

<sup>76</sup> Vgl. Bericht Starostei Rava Rus'ka.

<sup>77</sup> Vgl. Mitteilung der Kreisleitung der Gendarmerie in Dolyna.

<sup>78</sup> Vgl. Mitteilung der Kreisgendarmerie in Dolyna. Auch die Starosteien in Drohobyč und Dolyna konstatierten ein feindseliges Verhältnis der ruthenischen Bauern den Polen gegenüber.

<sup>79</sup> Vgl. Bericht Starostei Rava Rus'ka.

<sup>80</sup> Vgl. Bericht Starostei Drohobyč.

<sup>81</sup> Vgl. Bericht Starostei Rohatyn.

arme Bevölkerung vorsah, hätte wohl am ehesten die Bauern für den Staat gewinnen können. Zum anderen, da der Mehrzahl der Rapporte zufolge der ruthenische Bauer sich nach wie vor um Rat an die eigene Intelligencija wandte, die dem polnischen Staat gegenüber feindlich eingestellt war. Es war eine Zeitfrage, wann die ukrainische Bewegung sich von der Niederlage erholt und ihre organisatorischen Strukturen, die den Bauern näher standen, als die Respekt fordernden polnischen Verwaltungsorgane, erneuert haben würde. Eine Verständigung mit politischen Organisationen der ostgalizischen Ukrainer war darum, deren politischem Maximalismus zum Trotz, für die polnische Seite eine Notwendigkeit, wenn sie eine Zuspitzung des polnisch-ukrainischen Gegensatzes in Ostgalizien verhindern wollte. Daß maßgebliche polnische Verwaltungsstellen und Organisationen in Ostgalizien jedwede Form einer Autonomie von vornherein ausschlossen, ließ wenig Gutes für das künftige Zusammenleben von Ukrainern und Polen in diesem Land hoffen. Eine einfache Rückkehr zu der Zeit vor 1914 war auch wegen der allseits geweckten Erwartungen unmöglich geworden.

### ***2.3 Neutralität: Jüdische Politik zwischen Ukrainern und Polen***

„Chwila“ konstatierte einen bestehenden anormalen Zustand, der dem ganzen öffentlichen und privaten Leben seinen Stempel aufdrücke, und äußerte Erstaunen darüber, daß in Mitteilungen über Warschauer Beratungen bezüglich einer Autonomie Ostgaliziens immer nur von Polen und Ruthenen, aber nicht von Juden die Rede sei. Die Umsetzung eines Autonomieprojekts, das die Juden als gesondertes, drittes Volk in Ostgalizien übergehe, trage nicht zur Beruhigung der Beziehungen und Heilung der vom Krieg zugefügten Wunden bei.<sup>82</sup>

Folgt man den Berichten der Staroste an den Generaldelegierten der Warschauer Regierung in Lemberg Galecki, dann war das anfangs sehr herzliche Verhältnis der Juden zu den Ukrainern zum Schluß merklich abgekühlt. Nur ein kleiner Teil sei der assimilatorischen Richtung treu geblieben.<sup>83</sup> Den Juden wurde unterstellt, daß sie in der ruthenisch-polnischen Sache auf seiten der Ruthenen stünden, jedoch „aus geschäftlichen Gründen“ ihren Standpunkt ändern könnten. In jedem Falle richte ihre Anstellung in Gendarmerie, Armeekorps und Verwaltung unermeßlichen Schaden an: „Sie müssen rücksichtslos entfernt werden.“<sup>84</sup> Orthodoxe und fortschrittliche Juden sollen dem Konflikt gegenüber eine neutrale Haltung gewahrt, Zionisten dagegen offen mit der ruthenischen Bewegung sympathisiert und diese mit Geld unterstützt haben.<sup>85</sup> Bereits eine etwaige Neutralität ostgalizisch-jüdischer Organisationen scheint vielfach als Parteinahme für die ukrainische Sache interpretiert worden zu sein. Beachtung verdient, daß die jüdische Unterstützung für polnische Bestrebungen in keinem der Berichte als bedeutend dargestellt wurde. Auf eine Assimilierung an die polnische Nation ausgerichtete nationalpolitische

---

<sup>82</sup> Vgl. Chwila, Nr. 213, 16.8.19: Los Wschodniej Galicyi.

<sup>83</sup> Vgl. Bericht Staroste Drohobyč.

<sup>84</sup> Vgl. Bericht des polnischen Nationalkomitees in Dolyna.

<sup>85</sup> Vgl. Bericht Staroste Mostyska.

Strömungen bildeten innerhalb des ostgalizischen Judentums mittlerweile eine Randerscheinung.

Die Frage der Zugangsberechtigung ostgalizisch-jüdischer Studenten zum Studium an der Lemberger Universität und dem dortigen Politechnikum veranschaulicht die Schwierigkeiten, denen sich die Warschauer Regierung in ihrer Ostgalizienpolitik wegen der angespannten nationalen Beziehungen vor Ort gegenüber sah. Der polnische Ministerrat, der sich mit der Frage am 18. September 1919 ausführlich befaßte, mußte einerseits mit Aspekten der Außenpolitik rechnen, die deren Zulassung zum Studium erzwangen; andererseits riefte eine völlige Umsetzung etwaiger jüdischer Forderungen sowohl unter der Professorenschaft als auch unter der gesamten polnischen Gesellschaft, insbesondere der Kresy, Empörung hervor. Die Professoren beider Lemberger Hochschulen vertraten einen offen nationalpolnischen Standpunkt, indem sie grundsätzlich erklärten, daß nur diejenigen, die sich zur polnischen Staatsbürgerschaft bekannten, zum Studium zugelassen werden dürften. Offenbar als Beleg für die positive Einstellung zum polnischen Staat sollte das Ableisten des Militärdienstes dienen. Die Forderung der Lemberger Professoren war jedoch problematisch, da Ostgalizien auf die Forderung der Entente hin entlang der Ostgrenzen der Kreise Sokil, Żovkva, Lemberg, Drohobyč und Turka in zwei Streifen aufgeteilt worden war. Für den westlichen Streifen bestand die Zustimmung der Entente zur zwangsweisen Musterung der polnischen und der freiwilligen Heranziehung der nichtpolnischen Bevölkerung; dagegen durften im östlichen nur Freiwillige polnischer Nationalität zur polnischen Armee eingezogen werden. Die Ansichten hinsichtlich der ostgalizischen Juden waren geteilt. Unterstaatssekretär Skrzyński warnte davor, die Juden als Nationalität anzuerkennen, befürwortete aber deren generelle Zulassung zu den Hochschulen. Finanzminister Biliński erklärte, daß Juden, die sich als polnische Bürger erklärten und nicht zur polnischen Armee eingezogen würden, von den Hochschulen als Studenten angenommen werden müßten.<sup>86</sup>

120 Delegierte aus 71 Städten und Kleinstädten Ostgaliziens trafen sich vom 14. bis 16. März 1920 im Saal des Lemberger Kahals zu einer Landeskonferenz, deren Beschlüsse „Chwila“ am 20. März veröffentlichte. Bemerkenswert ist, daß die Konferenz dafür eintrat, im polnisch-ukrainischen Konflikt weiter Neutralität zu wahren. National-jüdische Bestrebungen sollten nur der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der jüdischen Bevölkerung dienen. Eine Beteiligung an nationalen Kämpfen oder auch nur Konflikten anderer nationaler Gesellschaften wurde zurückgewiesen. Demgemäß bezogen die gefaßten Resolutionen sich nicht auf den politischen und sozialen Gegensatz zwischen Polen und Ukrainern, sondern formulierten in ihrer Gesamtheit ein politisches Programm zionistischer Gruppierungen in Ostgalizien. Im Vordergrund standen dabei die „Erkämpfung nationaler und politischer Rechte sowie die wirtschaftliche Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in den Ländern der Diaspora“.<sup>87</sup> Ausgehend von der Anerkennung der Ju-

---

<sup>86</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll des polnischen Ministerrats, 110. Sitzung, 18.9.1919. AAN, Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów RP, t. 7, s. 457 Rückseite-459.

<sup>87</sup> Z syonistycznej konferencji krajowej. Uchwalone przez konferencyę rezolucye polityczne, in: Chwila, Nr. 245, 20.3.1920.



den als „gesondertem Volk“ sollten deren Minderheitsrechte zu einer Personalautonomie erweitert werden. Bestehende jüdische Gemeindeinstitutionen wie der Kahal sollten über die Einführung des fünfschwänzigen Wahlrechts demokratisiert, zu autonomen national-jüdischen Gemeinden umgebildet und in einem Verband zusammengefaßt werden. Außerdem wurden Mißstände im Verhältnis zwischen Polen und Juden angeprangert, wie die als unrechtmäßig angesehene Auflösung jüdischer Nationalräte, Akte physischer Gewalt gegen Juden sowie wirtschaftlicher Boykott, den antisemitische Parteien organisierten und der teilweise von der örtlichen Verwaltung mitgetragen werde. Die Konferenz stellte fest, daß national-jüdische Bestrebungen in keinerlei Hinsicht der Ausübung bürgerlicher Pflichten oder dem Loyalitätsgefühl zum Staat im Wege stünden.<sup>88</sup>

#### ***2.4 Die Warschauer Regierung und die politische Situation in Ostgalizien nach der Besetzung durch polnische Streitkräfte***

Petruševyč und andere führende westukrainische Politiker hatten zusammen mit der westukrainischen Armee das Land verlassen. Vor allem Nationaldemokraten, die vor Ort verblieben waren, hatten in der ostgalizisch-ukrainischen Politik zuvor eine eher untergeordnete Rolle gespielt und mußten sich zudem in der neu entstandenen Situation erst orientieren.<sup>89</sup> Hinzu kam, daß das politische Leben nach der Besetzung Ostgaliziens durch polnische Truppen starken Beschränkungen unterlag. Aus der Gesamtzahl der Kriegsgefangenen und Internierten bildeten aus Ostgalizien stammende Personen die größte Gruppe, zu der neben Soldaten der westukrainischen Armee auch Zivilpersonen zählten.<sup>90</sup>

Warschau beschloß zwar bereits am 8. Oktober 1919, eine Kommission aus einem Vertreter des Justiz-, Innen- und Kriegsministeriums sowie jeweils zwei Vertretern der jüdischen und der ukrainischen Bevölkerung zu ernennen. Die Kommission sollte über die Freilassung aller Internierten und Konfinierten entscheiden, gegen die keine strafrechtlichen Verfahren anhängig waren. Einen Monat später wurde beschlossen, zwei Vertreter der polnischen Bevölkerung Ostgaliziens an der Arbeit der Kommission zu beteiligen. Der polnische Ministerrat sah sich in seiner Haltung zur inneren Politik in Ostgalizien starkem Druck seitens der dortigen polnischen Bevölkerung und ihrer politischen Vertreter ausgesetzt, um so mehr in der sensiblen Frage der Verfolgung etwaiger durch Ukrainer verübter Kriegsverbrechen. Die polnischen Vertreter sollten über das Schicksal der Internierten aller Konfessionen und Nationalitäten mitbestimmen, ukrainische und jüdische De-

---

<sup>88</sup> Vgl. ebenda.

<sup>89</sup> Vgl. Černec'kyj, Spomyny, S. 56.

<sup>90</sup> Vgl. Zbigniew Karpus, Jeńcy i internowani rosyjscy i ukraińscy w Polsce w latach 1918-1924. Z dziejów wojny polsko-radzieckiej, Toruń 1991, S. 41. Karpus beziffert für den November 1919 die Zahl der Kriegsgefangenen aus Ostgalizien auf 13.935, 6.000 davon in Arbeitskolonnen, die vorwiegend für den Eisenbahnbau eingesetzt wurden. Auch unter den 6.208 Internierten, die nicht näher differenziert sind, dürften Ukrainer einen bedeutenden Anteil gebildet haben, ebenso wie Juden.

legierte jedoch nur an den Sitzungen teilnehmen, die ihre Landsleute betrafen.<sup>91</sup> Die ersten Kriegsgefangenen und Internierten ukrainischer Nationalität wurden im Dezember 1919, die restlichen im Frühjahr 1920 aus den Lagern und Arbeitskolonien nach Hause entlassen.<sup>92</sup>

In der Diskussion des polnischen Ministerrats vom 18. September 1919 wurde allgemein die Notwendigkeit betont, eine ruthenische Universität in Lemberg einzurichten. Biliński lehnte einen kleineren Ort wie Stanislaw als ungeeignet ab, weil er für diesen Fall eine Umbildung der betreffenden Örtlichkeit zum „Nest einer ukrainischen Irredenta“ befürchtete. Zunächst mußte jedoch die Rücksprache mit dem Sejm, dem die Bewilligung der zur Gründung dieser Hochschuleinrichtung notwendigen Kredite oblag, gesucht werden. Außerdem sollte die polnische öffentliche Meinung in Lemberg von Parlamentsabgeordneten darauf vorbereitet werden. Der Ministerrat kam in seinem Beschluß der Ansicht der polnischen Bevölkerung in Ostgalizien weitestgehend entgegen:

„Alle Bürger des polnischen Staates, die zum Studium an Hochschulen berechtigt sind, werden nur unter der Bedingung zu diesen Schulen zugelassen, wenn sie nachweisen, daß sie dem zwangsweisen Militärdienst in der polnischen Armee Genüge geleistet haben.“<sup>93</sup>

Angesichts dessen, daß dies ukrainischen Studenten faktisch unmöglich war, fiel die Absichtserklärung, eine ruthenische Universität an einem nicht näher bestimmten Ort einrichten zu wollen, kaum ins Gewicht.<sup>94</sup> Dies gilt um so mehr, als der aus ukrainischer Sicht einzig akzeptable Ort für die Gründung einer ukrainischen Universität Lemberg war, das wirtschaftliche, kulturelle und politische Zentrum der eigenen Bewegung.

Ein weiteres Problem, das die Warschauer Regierung beschäftigte, war die Frage der Eidesformel für Beamte und Richter. Justizminister Sobolewski zufolge waren die Ukrainer, und teilweise auch die Juden bereit, ihre Treue dem polnischen Staat, nicht aber dem polnischen Volk gegenüber zu geloben.<sup>95</sup> Die ukrainischen Beamten bemühten sich zwar um die Wiederaufnahme in den Verwaltungsdienst, wollten aber gleichzeitig eine Anerkennung der polnischen Ansprüche auf Ostgalizien ihrerseits vermeiden. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Eidesformel nicht abzuändern, aber den Leitern einzelner Ressorts in Ostgalizien freie Hand bei der Eidesleistung der Beamten bis hin zur Ablegung eines Diensteids zu lassen. Dieser provisorische Zustand könne andauern, bis die Pariser Friedenskonferenz die Ostgalizienfrage endgültig geregelt habe.<sup>96</sup> Angesichts des nationalpolnischen Charakters der Verwaltung in Ostgalizien dürfte das Entgegenkommen

<sup>91</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll des polnischen Ministerrats, 114. Sitzung, 8.10.1919 sowie 120. Sitzung, 8.11.1919. AAN, Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów Republiki Polskiej, t. 8 s. 28-28 Rückseite, 181 Rückseite.

<sup>92</sup> Vgl. Karpus, Jeńcy i internowani, S. 41f.

<sup>93</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll des polnischen Ministerrats, 110. Sitzung, 18.9.1919. AAN, Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów RP, t. 7, s. 459.

<sup>94</sup> Vgl. ebenda, s. 457 Rückseite-459.

<sup>95</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll des polnischen Ministerrats, 116. Sitzung, 16.10.1919. AAN, Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów Republiki Polskiej, t. 8, s. 81-81 Rückseite.

<sup>96</sup> Vgl. ebenda, 123. Sitzung, 22.11.1919, s. 499 Rückseite-500.

ukrainischen Forderungen gegenüber vor Ort jedoch eher die Ausnahme gebildet haben.

Der Ministerrat setzte am 20. Dezember 1919 die Tätigkeit von Geschworenengerichten im Kreis des Apellationsgerichts von Lemberg bis Ende Juni 1920 weiter aus. Interessant sind die hierfür angeführten Motive. Neben der anormalen Funktionsweise von Gemeindeverwaltungen, der aus den militärischen und politischen Ereignissen resultierenden Fehlerhaftigkeit von Einwohnerverzeichnissen und wirtschaftlichen Erschwernissen für die Landbevölkerung wurde betont, daß Momente politischer, psychischer und moralischer Natur in diesem Teil des Landes unter den gegenwärtigen Umständen die Rechtsprechung in den schwersten Strafgerichtssachen ausschlossen:<sup>97</sup>

„Die politischen Beziehungen, die bislang ungeklärt und unreguliert sind sowie der noch anhaltende Kriegszustand bewirken, daß die durch den Novemberumsturz hervorgerufenen nationalen, teilweise auch religiösen und sozialen Antagonismen nichts an Anspannung verloren haben [...]“.<sup>98</sup>

Angesichts der aus einer katastrophalen Inflation und Teuerung begünstigten Verschlebung des Rechtsbewußtseins, der Demoralisierung und des Klassen- und Konfessionshasses sei eine „harte Hand“ nötig, die von Richtern und Geschworenen nicht erwartet werden könne.<sup>99</sup> Eine allzu energische Linie polnischer Zivil- und Militärbehörden in Ostgalizien mußte jedoch den Antagonismus zwischen Ukrainern und Polen weiter verschärfen.

Ostgalizien war nach dem Ersten Weltkrieg und dem polnisch-ukrainischen Krieg 1918/19 ein in weiten Teilen zerstörtes Land. Einem Bericht aus dem fünf Meilen von der russischen Grenze entfernten Kreis Trembovla vom 10. Februar 1920 zufolge waren die Höfe überwiegend vernichtet beziehungsweise beraubt worden und konnten wegen des Mangels an Inventar nicht bearbeitet werden. Einige Gemeinden waren vollkommen vernichtet worden. Der Wiederaufbau wurde durch das Fehlen von Baumaterial, die bestehende Teuerung und finanzielle Engpässe erschwert; außerdem war das Zusammenleben der nationalen Gesellschaften geschädigt worden. Zwar wurde das Verhalten der ruthenischen Bevölkerung zum Machtwechsel aber eine abwartende Haltung zu den polnischen Behörden und Mißtrauen zum Militär wegen einzelner Übergriffe konstatiert. Nach Ansicht des unbekanntenen Verfassers eines Antwortbogens aus dem Kreis Trembovla stärkte die Praxis der örtlichen katholischen Parafialverwaltung, keine gemischten Ehen zuzulassen, das Polentum in den Kresy.<sup>100</sup> Das Verbot gemischtkonfessioneller Ehen veranschaulicht, wie sehr sich das polnisch-ukrainische Zusammenleben auch vor Ort ver-

---

<sup>97</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll des polnischen Ministerrats, 126. Sitzung, 20.12.1920; ebenda die Motivierung des Gesetzentwurfs. AAN, Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów Republiki Polskiej, t. 8, 537 Rückseite, s. 568-569.

<sup>98</sup> Vgl. ebenda, s. 568 Rückseite.

<sup>99</sup> Vgl. ebenda, s. 568 Rückseite-569.

<sup>100</sup> Vgl. Kreis Trembovla. Antworten auf den Fragebogen. Trembovla, den 10.2.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, Sygn. 5338, S. 26-33.

schlechtern hatte. Angesichts des erwarteten Beginns der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Polen und Sowjetrußland war die politische Situation instabil. Aus Drohobyč wurde gemeldet, daß in großer Zahl aus den Lagern entlassene Agitatoren von Greueln berichteten und bei ihrer Agitation den in den Dörfern herrschenden Mangel an Brennholz und die Teuerung von Holz nutzten. Hinzu kamen verschärfend Machtmißbräuche durch untergeordnete Polizeiorgane vor Ort. Gedroht wurde bereits nicht mehr mit der Ukraine, sondern mit dem Bolševismus.<sup>101</sup>

---

<sup>101</sup> In Drohobyč am 1.2.1920 angefertigter Bericht, den der Generaldelegierte der polnischen Regierung am 11.2.1920 an das Warschauer Außenministerium weiterleitete. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5338, s. 11-12.

### 3. Ostgalizien und der polnisch-sovetische Krieg: April bis Oktober 1920

#### 3.1 Die Haltung politischer Parteien der ostgalizischen Polen und die Position der Warschauer Regierung in der Ostgalizienfrage

Bei der innerpolnischen Diskussion über die staatliche Zukunft der Länder, die von der polnischen Armee eingenommen werden sollten, zeichneten sich zwei Hauptkonzeptionen ab. Piłsudski wollte die Gebiete des ehemaligen Großfürstentums Litauen als eine territoriale Ganzheit betrachtet sehen. Auf diesem Territorium sollten ein litauischer, ein weißrussischer und ein ukrainischer Staat entstehen, jeweils mit Polen in einer engen Föderation verbunden. Dagegen vertrat die Nationaldemokratie ein Inkorporationsprogramm, das die Eingliederung von überwiegend oder in großer Anzahl von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebieten in den polnischen Staat vorsah.<sup>102</sup> Beiden Programmen war gemeinsam, daß die Zugehörigkeit Ostgaliziens zum polnischen Staat nicht in Frage gestellt wurde. Das der Nationaldemokraten zielte darauf ab, Minderheiten in einem kleineren Staat besser assimilieren und so ein Polen mit nationalen Vorzeichen zu begründen, Piłsudskis Föderationspläne ließen Raum für eine gegen Rußland gerichtete Staatswerdung der Ostukrainer.

Petljura und seine Diplomaten hatten sich bis in den März hinein gedulden müssen, bis Polen zu politischen Verhandlungen über ein Bündnis gegen die Bolševiki bereit war. Am 21. April schlossen schließlich in Warschau die polnische Regierung und die UNR einen politischen Vertrag ab, vier Tage später wurde zusätzlich eine Militärkonvention unterzeichnet. Beide Abkommen, die deutlich polnische Handschrift trugen, waren geheim; nur Punkt 2 des politischen Teils, der die Grenzziehung zwischen der Republik Polen und der UNR festlegte, wurde schon am 26. April 1919 vom polnischen Außenministerium der Presse mitgeteilt. Die Grenzziehung sollte ausdrücklich der zwischen Rußland und Österreich-Ungarn entsprechen, das heißt das gesamte Ostgalizien auf der polnischen Seite bleiben. An diesem Tage, an dem auch der polnisch-ukrainische Vormarsch auf Kyjiv begann, wandten sich sowohl Piłsudski als auch Petljura an das ukrainische Volk. Die militärischen Anfangserfolge des Bündnisses waren beachtlich, wenn auch nur von kurzer Dauer: Die ukrainische Hauptstadt fiel am 8. Mai, mußte aber am 11. Juni von Polen und Ukrainern wieder aufgegeben werden, die sich kontinuierlich nach Westen zurückzogen und schon Mitte Juli wieder auf polnischem Boden standen.<sup>103</sup>

Aus Sicht der für die loyale Mitarbeit an der Schaffung eines ukrainischen Staates werbenden Krakauer Konservativen bildete die ukrainische Frage, auch wenn die Ukraine nicht dauerhaft in den polnischen Einflußbereich eingebunden, sondern erneut zu einem Vasallen Moskaus werden sollte, ein Instrument, mit dessen Hilfe die Grundlagen der russischen Herrschaft nachhaltig geschädigt werden

---

<sup>102</sup> Vgl. Szczepański, *Spółczesność Polski*, S. 16-18.

<sup>103</sup> Vgl. Mark, *Symon Petljura und die UNR*, S. 168, 172. Dort in deutscher Übersetzung die politischen (S. 152f) und militärischen Abkommen (S. 153-156) sowie Auszüge aus den Aufrufen Piłsudskis (S. 166) und Petljuras (S. 167).

könnten.<sup>104</sup> Aus dieser gegen Rußland gerichteten politischen Taktik heraus, die der traditionellen Ausrichtung der Krakauer Konservativen entsprach, feierte „Czas“ den Abschluß des Vertrages Piłsudskis mit Petljura vom 22. April 1920 als Beginn einer neuen Ära in den polnisch-ukrainischen Beziehungen und „historischen Tag“, den noch ihre Enkel und Urenkel als großen Nationalfeiertag begehen würden. Ohne eine Basis für ihr friedliches Zusammenleben könnten sich weder Polen noch die Ukraine entwickeln, sondern allein Rußland auf den Gräbern beider wachsen und gedeihen.<sup>105</sup> Czas verschwieg allerdings, daß für den Fall einer erfolgreichen ostukrainischen Staatsgründung die polnische Regierung auch den Ukrainern des eigenen Staatsverbandes gegenüber eine konziliante Politik verfolgen müßte.

Die überschwengliche Aufnahme des Bündnisses zwischen Petljura und Piłsudski durch „Czas“ bildete jedoch in der polnischen Öffentlichkeit die Ausnahme. Sogar innerhalb der PPS, wo vor allem die Parteibasis für einen Friedensschluß war, herrschte Skepsis gegen einen Krieg mit Sowetrußland vor. Auch die galizische sozialistische Presse trat im Frühjahr 1920 für einen Friedensschluß mit Sowetrußland ein. Jan Kwapiński, Lieberman, Adam Próchnik und Zygmunt Zaremba verwiesen gleichermaßen auf Piłsudski als auf den für den Abbruch der Friedensverhandlungen mit Sowetrußland Verantwortlichen. In der Folge verstand die PPS es nicht, das Dilemma zwischen dem Streben nach Frieden und dem Willen zur Schaffung einer unabhängigen Ukraine zu entscheiden.<sup>106</sup>

Mit besonderem Nachdruck lehnten die ostgalizischen Nationaldemokraten den Vertrag zwischen Petljura und Piłsudski ab. Polen benötige keine föderativen Utopien, sondern eine Festlegung seiner Grenzen.<sup>107</sup> Das Organ der Lemberger Nationaldemokraten verurteilte föderalistische Konzepte einer Union des polnischen Staates mit Litauen, Weißrußland und der Ukraine als Imperialismus; die Ukrainer um Petljura und die ukrainische Gesellschaft insgesamt wurden abschätzig als „Anarchisten“ bezeichnet. Das polnisch-ukrainische Abkommen bekräftigte vor der ganzen Welt, daß Polen das Cholmer Land, Ostgalizien, Westwolhynien und Podlesien für Gebiete halte, die erst über eine Annexion an Polen angegliedert werden müßten.<sup>108</sup> Erstmals seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs versammelten sich am 31. Mai 1920 Delegierte der polnischen Nationaldemokratie und des Volks- und Nationalverbands des östlichen Kleinpolens zu einem Kongreß in Lemberg. „Słowo Polskie“ berichtete ausführlich über die „ruthenische Frage“, zu der Jan Zamorski als Vorsitzender der „Sejmkommission zur Erforschung der ukrainischen Grundelaten zur Zeit der ukrainischen Invasion“ eine Reihe von Resolutionen vorstellte. Der Regierung fehle ein Programm, wie die polnischen Behörden sich der ruthenischen Bevölkerung gegenüber verhalten sollten; untergeordnete Regierungsorgane würden mangels Anweisungen uneinheitlich, chaotisch und schädlich handeln. Es wurde festgestellt, daß die ukrainische Partei in Ostgalizien nicht das ruthenische Volk vertrete, sondern nur eine von vielen ruthenischen Parteien sei. „Ukrainische Agitatoren“ sollten nicht in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden, ruthenische

<sup>104</sup> Vgl. Problem ukraiński, in: Czas, Nr. 108, 7.5.1920.

<sup>105</sup> Vgl. Historyczny dzień, in: Czas, Nr. 103, 30.4.1920.

<sup>106</sup> Vgl. Koko, Wolni z wolnymi, S. 45, 49f, 53.

<sup>107</sup> Vgl. Utopie federacyjne, in: Słowo Polskie, Nr. 176, 15.4.1920.

<sup>108</sup> Vgl. Umowa z Petlurą, in: Słowo Polskie, Nr. 166, 9.4.1920.

Beamte in andere Gebiete des polnischen Staates versetzt werden. Als Ziel dieser Maßnahme wurde offen die Beibehaltung des polnischen Charakters der Verwaltung in Ostgalizien selbst genannt. Die polnische Regierung solle unter Umgehung der antipolnisch eingestellten ukrainischen Partei direkt den Kontakt mit dem ruthenischen Volk suchen, dessen überwältigende Mehrheit nur unter Zwang das Übergewicht der ukrainischen Partei erdulde, ohne deren Ideologie und Taktik zu teilen. Tatsächlich standen die Forderungen des nationaldemokratischen Kongresses in einem diametralen Gegensatz zu den Interessen der „ruthenischen Bevölkerung“, die man als „treue Bürger der Republik Polen“ darstellte. Im Vordergrund stand der Ausbau des polnischen „Besitzstandes“ in Ostgalizien. Dies zeigt eine Resolution zur Agrarreform in Ostgalizien, wo das Land polnischer Großgrundbesitzer ausschließlich in die Hände polnischer Bauern übergehen sollte. Ruthenische Bauern hingegen sollten sich mit den ebenfalls zur Parzellierung freigegebenen Ländereien ruthenischer Bischöfe und Gemeinden begnügen.<sup>109</sup> Spätestens eine Umsetzung dieser Anliegen hätte aus der vermeintlich dem polnischen Staat treu ergebenen ruthenischen Bevölkerung überzeugte Anhänger der ukrainischen Bewegung gemacht.

Im Zuge des polnisch-sovjetischen Krieges nahm die Rote Armee weite Teile Ostgaliziens ein. Vom 8. Juli bis 21. September 1920 bestand in Ternopil' ein „Galizisches Revolutionäres Komitee (GalRevKom)“ unter dem Kyjiver Kommunisten Volodymyr Zatons'kyj, das weitgehende Unabhängigkeit besaß und sich nicht als Teil der ukrainischen, polnischen oder russischen Bewegungen betrachtete, sondern als den Vorläufer einer separaten Galizischen SSR. Das GalRevKom führte eine neue Verwaltungsstruktur, ein neues Justiz- und Erziehungssystem sowie eine neue Miliz ein. Eine Galizische Rote Armee wurde gebildet und die sovjetische Währung eingeführt. Polnisch, ukrainisch und jiddisch wurden zu offiziellen Sprachen von gleichem Status erklärt. Aus den Erlassen des GalRevKom war nicht ersichtlich, daß es die zwei wichtigsten Gebiete Ostgaliziens, die Stadt Lemberg und die Rohölgebiete um Drohobycz und Boryslav, nicht kontrollierte. Das GalRevKom und ein gleichfalls bestehendes Polnisches Revolutionäres Komitee (PolRevKom) erreichten den Zenit ihres Einflusses Mitte August, als die Rote Armee kurz vor Warschau stand und Budennyj Lemberg belagerte. Beide Komitees bildeten Marionettenregimes im Gefolge einer Invasionsarmee.<sup>110</sup> Zatons'kyj soll später den in hohem Maße nationalistischen Charakter der russischen Propaganda als Ursache für das Scheitern der revolutionären Sache in Ostgalizien angesehen haben.<sup>111</sup>

Die vor diesem Hintergrund unternommenen Sondierungsversuche der polnischen Regierung, wie eine polnisch-ukrainische Verständigung in Ostgalizien zu erreichen war, scheinen vor allem durch die ungünstige militärische Situation der

---

<sup>109</sup> Vgl. Zjazd Stronnictwa N.D. Związku Ludowo-Narodowego Wschodniej Małopolski, in: Słowo Polskie, Nr. 250, 1.6.1920.

<sup>110</sup> Vgl. dazu Norman Davies, *White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War*, London 1972, S. 158f. Davies betont den Improvisationscharakter des PolRevKom und des GalRevKom. Politische Experimente seien als Antwort auf eine gegebene militärische Situation erfolgt, nicht umgekehrt. Die Galizische Sowetrepublik stufte er ein als „no more than an interesting experiment in a rural backwater“ (S. 159).

<sup>111</sup> Piotr S. Wandycz, *Soviet-Polish Relations, 1917-1921*, Cambridge (Mass.) 1969, S. 231f.

polnischen Streitkräfte gegen die Rote Armee hervorgerufen worden zu sein. Dies entsprach den Intentionen Petljuras, der in einem Brief an Piłsudski vom 14. Juli betonte, daß die ukrainische Bevölkerung in Ostgalizien für das polnisch-ukrainische Militärbündnis gewonnen werden müsse. Petljura mußte die Anliegen der ostgalizisch-ukrainischen Politik jetzt stärker betonen, da seine Streitkräfte auf ostgalizischem Territorium kämpften und seine Regierung sich über Stanislaw, Rzeszów nach Tarnów zurückzog, wo sie bis zum Ende residierte.<sup>112</sup> Er war aber nicht nur in höherem Maße auf die Unterstützung der ostgalizischen Ukrainer angewiesen, sondern befürchtete außerdem, daß Polen und Sowetrußland Friedensgespräche beginnen könnten. Diese Sorge war begründet, da die neue überwiegend nationaldemokratische Regierung unter Władisław Grabski in Spa am 10. Juli 1920 eine Übereinkunft mit den Alliierten unterzeichnet hatte, in der sie zustimmte, die eigenen Streitkräfte auf eine Linie zurückzuziehen, die der am 8. Dezember 1919 von der Friedenskonferenz als provisorische Grenze festgelegten entsprach. Anschließend sollte eine polnische Delegation nach London reisen, um dort mit Sowetrußland über einen dauerhaften Frieden zu verhandeln. Falls die Alliierten mit ihrer Vermittlung scheiterten, verpflichteten sie sich, Polen im Kampf gegen die Rote Armee zu unterstützen.<sup>113</sup>

Auf Anweisung des polnischen Ministerpräsidenten Władisław Grabski führten Kapitän Polakiewicz vom DOGen II und der Generaldelegierte der polnischen Regierung für Galizien Gałeczki Gespräche mit Vertretern der politischen Parteien in Ostgalizien, am 19. Juli mit den ukrainischen Sozialdemokraten Porfyr Bunjak und Horonko, die jedoch nur wenig Entgegenkommen zeigten. Am folgenden Tag verhandelte man mit den Nationaldemokraten Perfec'kyj und Bilak. Diese forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen, Internierten und Konfinierten, das generelle Verbot einer eigenmächtigen Verhaftung von Ukrainern, die Wiedereinführung von Wort-, Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit und eine Garantie, die ethnographische Gestalt Ostgaliziens nicht durch eine Kolonisierung zu verändern. Außerdem dürfe die griechisch-katholische Bevölkerung nicht in den lateinischen Ritus überführt werden. Weiter seien die ukrainische Jugend zum Studium zuzulassen, ukrainische Professoren zur Lehre an der Lemberger Universität und der technischen Hochschule, alle Beamten und Lehrer auf ihre vormaligen Dienststellen zu berufen sowie die ukrainische Sprache in Behörden, Staatsunternehmen und Schulen zu erlauben. Am 30. Juli fanden Gespräche mit Danylovyč, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der URP, und Meliton Tverdochlib statt, einem ehemaligen Starosten. Beide stellten eine polnisch-ukrainische Einigung in Aussicht, wenn die bei der Aufteilung des Gutsbesitzerlandes bestehende Kolonisierungstendenz abgestellt werde. Der Geistliche Dem'jan Lopatyns'kyj traf am selben Tag aus Wien mit der Direktive Petruševyčs ein, keine eigenen Schritte zu unternehmen und die Anweisungen der Emigration abzuwarten. Daraufhin nahm die UNTP eine Konfrontationshaltung ein, so daß die Einberufung einer zwischenpar-

---

<sup>112</sup> Vgl. Mark, Symon Petljura und die UNR, S. 174-176.

<sup>113</sup> Vgl. ebenda, S. 177f.



teilichen Konferenz durch Danylovyč scheiterte.<sup>114</sup> Polakiewicz suggerierte, daß der Widerstand der Nationaldemokraten gebrochen werden könne: Metropolit Šepc'kyj sei zu einer Zusammenarbeit und Intervention bereit, da er die Invasion der Bolševiki und eine Teilung Ostgaliziens fürchte.<sup>115</sup>

Ein erneuter, am 3. August 1920 in Lemberg unternommener Vermittlungsversuch durch den Generaldelegierten der polnischen Regierung in Lemberg Gałecki und den neuen polnischen Ministerpräsidenten Witos, der seit dem 24. Juli 1919 einer Allparteienregierung präsiidierte, scheiterte ebenfalls. Es ist allerdings fraglich, ob Warschau wirklich beabsichtigte, mit der ukrainischen Intelligencija zu kooperieren: erstens wegen deren offener Ablehnung, zweitens wegen dann zu erwartender massiver Widerstände führender Repräsentanten der dortigen polnischen Gesellschaft. Witos scheint den Gesprächen mit den ukrainischen Politikern keine große Bedeutung beigemessen zu haben. In seinen Erinnerungen erwähnte er nur Treffen mit ukrainischen Bauern, die allein wirtschaftliche Forderungen an ihn gerichtet hätten. Ihr Verhalten deutete er als ein sich Finden in den bestehenden Zustand, wenn auch mit offenbarem Schuldgefühl. Manifestationsversammlungen der polnischen Bevölkerung des östlichen Kleinpolens hingegen hätten deutlich deren Bindung an den Staat gezeigt. Auf einer Versammlung in Lemberg bezeichnete er einen polnischen Staat ohne das östliche Kleinpolen als „Krüppel, der unfähig ist zu Leben und Entwicklung“.<sup>116</sup> Nicht die Entente, sondern das polnische Volk entscheide über das Schicksal dieses Landes. Die gesamte polnische Gesellschaft im Osten habe parteiübergreifend Einheit und Solidarität gezeigt und sei zu allen Opfern bereit gewesen, um jeden Fußbreit Land zu behaupten.<sup>117</sup> Mit dem Sieg der polnischen Streitkräfte in der Schlacht um Warschau und der erneut erfolgreichen Verteidigung Lembergs war nun die polnische Regierung nicht mehr darauf angewiesen, mit der ukrainischen Bewegung zu kooperieren, da der Aufbau Ostgaliziens und dessen Eingliederung in den polnischen Staat in den Vordergrund des Interesses rückten.

### ***3.2 Zwischen taktischer Annäherung an Polen und dem Beharren auf Eigenständigkeit: Die Haltung der ukrainischen Politik im Lande***

Nach dem Rückzug der ukrainischen Truppen über den Zbruč entfaltete die UNRada eine sehr eingeschränkte Tätigkeit. Reinlander erhielt erst Anfang Februar 1920 auf streng vertraulichem Wege Nachrichten über Tendenzen zu einer Erneuerung der UNRada. Am 12. Februar trafen sich Vertreter der politischen Parteien der ostgalizischen Ukrainer, um die eigene Position zu Polen festzulegen. Angesichts dessen, daß diese Organisation bei jeder Gelegenheit, vor allem in Fällen von höchster politischer Bedeutung, nach außen als Repräsentation des ukrainischen Volkes auftreten und für sich alle Rechte und den Charakter eines repräsentativen Körpers beanspruchen werde, müsse man sie aufmerksam beobachten und ihr gegenüber

<sup>114</sup> Vgl. MSWojskowych, Oddział II Sztabu do Prezydium Rady Ministrów. Warschau, den 3.8.1920. AAN, KOD, sygn. 58, S. 140-141a.

<sup>115</sup> Vgl. ebenda.

<sup>116</sup> Wincenty Witos, *Moje wspomnienia II*, S. 405.

<sup>117</sup> Vgl. ebenda.

eine entschiedene Haltung einnehmen. Eine öffentliche Enunziation des Präsidiums der UNRada sei erstmals in der „Hromads'ka Dumka“ vom 1. April 1920 veröffentlicht worden.<sup>118</sup> Hier hieß es, daß alle Deklarationen und Verträge, die Ostgalizien und die Regelung der staatsrechtlichen Stellung der Völker Osteuropas auf dem Wege internationaler Verträge beträfen, das ukrainische Volk Ostgaliziens nur dann verpflichteten, wenn sie von Vertretern der UNRada ausgehandelt und beschlossen worden seien.<sup>119</sup> Zwischen ukrainischen politischen Organisationen vor Ort und in der Wiener Emigration bildete sich in der Folgezeit ein spannungsreiches Verhältnis aus, da beide Seiten tendentiell sich als das Zentrum der eigenen Bewegung, den jeweils anderen aber als ausführendes Organ betrachteten.

Das Bündnis zwischen dem polnischen Staatschef Józef Piłsudski und dem Obersten Otaman der Ostukraine Symon Petljura konnte schon darum, weil Letzterer offiziell sein Desinteresse an Ostgalizien erklärt hatte, von der dortigen politischen Öffentlichkeit nicht mit Stillschweigen übergangen werden. Die führende nationaldemokratische ukrainische Tageszeitung „Hromads'ka Dumka“ wandte sich in einer Reihe von Leitartikeln, von denen bereits der Titel des ersten, „Messer ins Herz“, die allgemeine Stimmung wiedergab, gegen den Pakt.<sup>120</sup> Das ukrainische Volk könne auf Ostgalizien, das in den letzten fünfzig Jahren der Hort seines ganzen kulturellen und politischen Lebens gewesen sei, unmöglich verzichten.<sup>121</sup> Die kritische Stellungnahme der „Hromads'ka Dumka“ entsprach der Haltung der Lemberger Delegation der UNRada. Diese protestierte gegen den Abtritt Ostgaliziens und weiterer westukrainischer Gebiete an den polnischen Staat: Der polnisch-ukrainische Vertrag binde weder das ukrainische Volk in seinem Streben nach nationalstaatlicher Einheit, noch löse er den alten Streit zwischen beiden Völkern.<sup>122</sup>

Angesichts der für das Bündnis zwischen Piłsudski und Petljura zunächst günstigen militärischen Entwicklung und der veränderten politischen Situation in der Ukraine begannen sich unter den politischen Parteien der ostgalizischen Ukrainer jedoch Tendenzen hin zu einer konzilianteren Politik Polen gegenüber zu zeigen. Die Konstituierung eines ostukrainischen Staates mußte die politischen Aussichten der ostgalizischen Ukrainer zumindest verbessern. Reinlender zufolge befaßte sich am 15. Mai 1920 eine Sitzung des Exekutivkomitees der UNTP mit der eigenen Position zu dem polnischen Staat, dessen Regierung und der polnischen Gesellschaft. Nach lebhafter Diskussion sei beschlossen worden, wenigstens aus taktischen Gründen einen gemäßigten Standpunkt einzunehmen. Ein eigens zu gründendes Komitee solle mäßigend auf die ukrainische Presse einwirken.<sup>123</sup>

---

<sup>118</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Statthaltereipräsidium in Lemberg. Lemberg, den 20.4.1920. AAN, KOD, sygn. 58, s. 112-114.

<sup>119</sup> Vgl. V spravi perehovoriv. Enuncijacija delegaciji Ukr.Nac.Rady, in: Hromads'ka Dumka, Nr. 78, 1.4.1920.

<sup>120</sup> Vgl. Niž v serce, in: Hromads'ka Dumka, Nr. 100, 29.4.1920.

<sup>121</sup> Vgl. Pols'ko-ukrajins'ka umova I, in: Hromads'ka Dumka, Nr. 101, 30.4.1920.

<sup>122</sup> Vgl. Ukrajins'kyj Narid i varšavs'kyj dohovir, in: Hromads'ka Dumka, Nr. 104, 5.5.1920.

<sup>123</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an das Innenministerium in Warschau. Lemberg, den 17.5.1920. AAN, KOD, sygn. 58, s. 112-114.

Vier Tage später fand auf Initiative des Vorsitzenden der Ukrainischen Radikalen Partei Lev Bačyns'kyj eine Konferenz der UNRada in Lemberg statt. An den Beratungen, die dem gleichen Ziel wie die der UNTP wenige Tage zuvor dienten, nahm auch Metropolit Šeptyc'kyj teil. Dieser drang darauf, vor Beginn der Diskussion festzustellen, wer der größere Feind sei: Rußland oder Polen. Dieser Grundsatz sollte den Ausgangspunkt für die weitere ostgalizisch-ukrainische Politik Polen beziehungsweise Rußland gegenüber bilden. Alle Anwesenden mit Ausnahme Volodymyr Ochrymovyčs seien der Überzeugung gewesen, daß Rußland für die Ukraine eine größere Gefahr bilde als Polen. Zwar seien in dieser Frage keine formellen Beschlüsse gefaßt worden, aber die obigen Ansichten der Versammelten sollten die Grundlage für die Haltung der ostgalizischen Ukrainer zu Polen bilden. Obwohl man die polnischen Behörden und deren Anordnungen von einem prinzipiellen Standpunkt aus ablehnte, müßten unverzüglich Verhandlungen mit Polen begonnen werden. Diese Gespräche ergäben gemäß der Ansicht des größeren Teiles der Mitglieder der UNRada im gegenwärtigen Augenblick keinerlei positives Resultat, da Forderungen der ostgalizischen Ukrainer einfach zurückwiesen werden würden. Weitere Punkte der Tagesordnung betrafen die Frage der Kolonisierung Ostgaliziens mit Masuren und die Registrierung von Fällen von Machtmißbrauch einzelner polnischer Behörden, offenbar mit dem Ziel, das betreffende Material später zu verwenden. Abschließend hätten die Versammlungsteilnehmer ihre Freude über die schon für Anfang Juni erwartete Rückkehr von Sydir Holubovyč, Kost' Levyc'kyj und Stepan Tomašivs'kyj nach Lemberg ausgedrückt, die das Steuer der zukünftigen ukrainischen Politik übernehmen sollten.<sup>124</sup> Während für Reinlender die Position der Ukrainer in Ostgalizien zu Polen grundsätzliche Bedeutung besaß, betrachtete er die politischen Bestrebungen ostgalizisch-ukrainischer Politiker im Ausland als zweitrangig.

Der Lemberger Polizeidirektor überschätzte jedoch die Bereitschaft der ostgalizischen Ukrainer zu einer politischen Verständigung mit Polen. Den Anstoß zu deren gemäßigter politischer Haltung zu Polen hatten letztlich die militärischen Anfangserfolge der polnischen Armee im Krieg gegen Sovetrußland und die damit mögliche Gründung eines ostukrainischen Staates gegeben. Die UNRada faßte keine grundlegenden Resolutionen, da der Ausgang des polnisch-sovetischen Krieges unsicher war. Angesichts dessen, daß maßgebliche polnische Kreise aus einem Gefühl eigener Stärke heraus zu ukrainischen Forderungen eine kritische Haltung einnahmen, erscheint es unmöglich, daß ernsthafte polnisch-westukrainische Verhandlungen im Mai oder Juni 1920 hätten geführt werden können.

Die offenbare Unsicherheit, wie man sich dem polnisch-sovetischen Krieg gegenüber verhalten sollte, bewirkte eine bisweilen unklare politische Linie der „Hromads'ka Dumka“. Das der UNTP nahestehende Organ erklärte die Vereinigung aller ukrainischen Gebiete in einen unabhängigen Nationalstaat zu seinem obersten Ziel. Auch eine Föderation mit einem Nachbarstaat wurde für möglich erachtet, aber nur als „ein Gleicher mit Gleichen“ und „ein Freier mit Freien“. Als ein weiteres programmatisches Anliegen nannte man, was bei der agrarisch über-

---

<sup>124</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium in Warschau. Lemberg, den 21.5.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5339, s. 59-62.

formten Bevölkerungsstruktur der ostgalizischen Ukrainer nur natürlich schien, eine Aufteilung des Großgrundbesitzes zugunsten der landarmen und landlosen Dorfbewölkerung. Eine Übereinkunft mit Polen oder Rußland hielt man für denkbar, wenn beide sich von ihren Plänen lossagten, das ukrainische Volk zu unterdrücken. Der Kommunismus bolschewistischer Prägung sei im „Moskauer Land“ ausgedacht worden und passe nicht für die Ukraine. Interessant ist, daß Petljura zwar wegen der Abtretung westukrainischer Gebiete, in erster Linie Ostgaliziens, an Polen kritisiert, jedoch auch eine Unterstützung der ostukrainischen Staatsgründung für möglich erklärt wurde.<sup>125</sup> Es ist bezeichnend, daß die ostgalizischen Ukrainer zu Petljura keine eindeutige politische Haltung einnahmen.

Während die in Ostgalizien dominante UNTP den Bolschewismus ablehnte, sympathisierten ukrainische Sozialdemokraten im Sommer 1920 mit Sowetrußland und der Sowetukraine. Erstens, weil auf diesem Wege eine Vereinigung des gesamten überwiegend von Ukrainern bewohnten Landes am ehesten zu erreichen sei; zweitens sah man sich den Bolschewiki in Hinsicht auf sozialistische Programmanliegen verwandt. Antin Černec'kyj vertrat auf einer Sitzung des Hauptrats der USDP vom 10. Juni in einem Referat die Auffassung, daß man den Krieg der Ukraine gegen Sowetrußland nicht unterstützen könne, weil die Bolschewiki ebenfalls Sozialisten seien. Obwohl die Ausführungen Černec'kyjs von fast allen Anwesenden angenommen wurden, war die Haltung der USDP insgesamt uneinheitlich. Lev Hankevyč hatte am gleichen Tag eine streng vertrauliche Konferenz mit Andrij Livyc'kyj, dem Justizminister im Kabinett Petljuras.<sup>126</sup> Reinlender berichtete schon einen Monat später von einer reservierten Haltung der ukrainischen Sozialdemokraten gegen eine bevorstehende Invasion Ostgaliziens durch bolschewistische Truppen.<sup>127</sup>

Mitte Juli hielt man eine Waffenruhe und darauf folgende Friedensverhandlungen zwischen Polen und Sowetrußland für wahrscheinlich. Allgemein verbreitet war in nationalukrainischen Kreisen die Ansicht, daß die Ententestaaten weiterhin auf dem in Paris 1919 festgelegten Standpunkt stünden, dem zufolge nach einer 25 Jahre dauernden Autonomie die Bevölkerung Ostgaliziens über dessen staatsrechtliche Zugehörigkeit entscheiden sollte. Von der Tätigkeit Petruševyčs versprach man sich die Möglichkeit, über die Unterstützung Englands Veränderungen zu den eigenen Gunsten hinsichtlich der Administration im Statut unterbringen zu können. Ukrainische Kreise hofften, daß die Verwaltung Polen entzogen und die Behörden entweder ihnen selbst oder einem anderen Staat, beispielsweise England, unterstellt würden. In Ostgalizien verbreitete Gerüchte, denen zufolge für den Fall eines Waffenstillstands tschechische Truppen das Ölgebiet von Boryslav besetzen sollten, fanden wohlwollende Aufnahme.<sup>128</sup> Die Ostgalizienfrage schien nach dem Scheitern des polnischen Vormarschs in die Ukraine auf dem Gebiet der internationalen Politik erneut an Aktualität zu gewinnen. Auf einer Konferenz in London sollten

---

<sup>125</sup> Naša Polityka, in: Hromads'ka Dumka, Nr. 146, 24.6.1920.

<sup>126</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium in Warschau. Lemberg, den 14.6.1920. AAN, KOD, sygn. 58, s. 115-117.

<sup>127</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium in Warschau. Lemberg, den 14.7.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5338, s. 64-66.

<sup>128</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium in Warschau. Lemberg, den 16.7.1920. AAN, KOD, sygn. 58, s. 137-139.

die Angelegenheiten Osteuropas entschieden werden. Neben Sovetrußland, Polen, Finnland, Litauen, Lettland und Estland sollten auch Delegierte Ostgaliziens ihre Sache vorstellen können. Polen verpflichtete sich in Spa, die Entscheidung des Obersten Rats in der Ostgalizienfrage anzunehmen.<sup>129</sup> Das Programm der Londoner Konferenz sah aber nicht etwa eine Diskussion über die Unabhängigkeit der Ukraine vor, sondern eher eine Besprechung von deren Autonomie.<sup>130</sup> Es ist darum mehr als fraglich, ob die Ostgalizienfrage in London gemäß den ukrainischen Vorstellungen entschieden worden wäre.

Ostgalizisch-ukrainische politische Organisationen nahmen nun, ungeachtet ihrer jeweiligen parteipolitischen Schattierung, erneut eine unversöhnliche Haltung zum polnischen Staat ein. Über die Bildung einer Einheitsfront gegen Polen sollte den Ententestaaten die eigene politische Entschlossenheit, sich keinesfalls wieder unter polnischer Suprematie befinden zu wollen, deutlich gemacht werden. Der Verzicht Petljuras auf Ostgalizien hatte zwar den Gegensatz zwischen Ost- und Westukrainern vertieft. Reinlender konstatierte aber auch eine gewisse Sympathie der ostgalizischen Ukrainer für Petljura, den man als Symbol der ukrainischen Sache und des ukrainischen Staates ansah.<sup>131</sup> Die der UNTP nahestehende Tageszeitung „Hromads'ka Dumka“ bezog in der ersten Augustwoche 1920 eine deutlich antipolnische Position. Erst dann, wenn ein unabhängiges Gremium auf internationaler Ebene über die staatsrechtliche Zugehörigkeit Ostgaliziens entschieden habe und die polnischen Streitkräfte das ukrainische ethnographische Territorium verlassen hätten, seien Verhandlungen möglich.<sup>132</sup> Die sovetsche Regierung verweigerte jedoch ihre Beteiligung an der Londoner Konferenz, wenig später entschied die polnische Armee die Schlacht um Warschau für sich. Damit waren die weitreichenden politischen Hoffnungen der ostgalizischen Ukrainer gescheitert.

Den Berichten Reinlenders zufolge blieben diese auch im Monat September bei ihrer unnachgiebigen Haltung zum polnischen Staat. Lebhaftes Interesse habe eine Nachricht aus der Umgebung von Petruševyč hervorgerufen, daß England endgültig für ihre Sache gewonnen sei. Ostgalizien solle demnach nicht in den polnischen Staat integriert werden, sondern eine gesonderte Verwaltungs- und politische Einheit unter dem Protektorat Englands oder des Völkerbundes bilden. Jedoch habe die UNRada schon seit längerer Zeit nicht mehr getagt, auch eine Resolution sei nicht gefaßt worden:

„Diese Beobachtung ist ein weiterer Beweis dafür, daß eine polnisch-ukrainische Verständigung auf der Plattform der Zugehörigkeit Ostgaliziens zum polnischen Staat [...] weiterhin in der Sphäre der Illusionen liegt.“<sup>133</sup>

<sup>129</sup> Insbesondere in der ukrainischen Literatur wird die Bedeutung der Londoner Konferenz meist als verlorene Chance für die ostgalizisch-ukrainische Politik dargestellt. Vgl. Sydir Jaroslavyn [Isidore Sochoc'kyj], *Vyzvol'na borot'ba na zachidno-ukrajins'kych zemljach u 1918-23 rr.*, Filadelfija 1956, S. 74-75.

<sup>130</sup> Vgl. Baczyński, *Akcja Ukraińców galicyjskich*. AAN, KOD, sygn. 56, s. 199.

<sup>131</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an das Innenministerium in Warschau. Lemberg, den 6.8.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5338, S. 73f, 83.

<sup>132</sup> Vgl. *Prystrasty potychajut' ?*, in: *Hromads'ka Dumka*, Nr. 181, 6.8.1920.

<sup>133</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. L'viv den 18.09.1920. AAN, KOD, sygn. 58, s. 164.

Aufgrund der längeren Inaktivität der UNRada kam es zu einem Zerwürfnis über die Form und Taktik innerhalb dieser Organisation. Es bestand eine Spannung zwischen zwei Gruppen, von denen die eine um Studyns'kyj massiv gegen die polnischen Behörden auftrat, während die andere um Volodymyr Bačyns'kyj eine gemäßigtere Form des Vorgehens befürwortete.

## 4. Zur Entstehung der westukrainischen Exilregierung unter Jevhen Petruševyč in Wien und deren Politik dem polnisch-sovetischen Krieg gegenüber

### 4.1. Zwischen Annäherung und Ablehnung: Das Verhältnis der ostgalizischen Ukrainer in Wien zu Polen

Jevhen Petruševyč richtete im Namen der in der Wiener Emigration versammelten Mitglieder der UNRada einen Protest an den Obersten Rat in Paris sowie an die Außenministerien Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten gegen den in der Warschauer Erklärung der UNR vom 2. Dezember 1919 enthaltenen Verzicht auf Ostgalizien. Bis zum Zusammentritt der allukrainischen Konstituante dürften sich im Namen der Bevölkerung Ostgaliziens und der nördlichen Bukowina allein die UNRada und die Regierung der ZUNR rechtskräftig über deren Territorium und Grenzen äußern. Die Bevölkerung dieses Landes habe wiederholt ihren Willen zur Selbstbestimmung, gegen jedweden Anschluß an Polen, ausgedrückt: durch die Proklamation eines westukrainischen Staates aus den als ethnisch-ukrainisch verstandenen Gebieten Österreich-Ungarns, den Erlass eines provisorischen Grundgesetzes für dieses Territorium und den siebenmonatigen Kampf der ostgalizisch-ukrainischen Armee gegen die polnische „Invasion“.<sup>134</sup>

Ostgalizien bildete nach Ansicht des „Ukrajins'kyj Prapor“ ein Objekt des internationalen Rechts. Von dieser Perspektive aus trat der Kampf der ostgalizischen Ukrainer gegen Polen nur in ein neues Stadium ein. Eher ein langfristiges politisches Ziel bildete dagegen das von der Zeitung propagierte Ideal der Vereinigung aller ukrainischen Territorien und des ganzen ukrainischen Volkes in einen freien und unabhängigen Staat.<sup>135</sup> In dem Artikel „Unsere Antwort“ verteidigte der „Ukrajins'kyj Prapor“ die Politik der ostgalizischen Ukrainer gegen den Vorwurf, die Eigenständigkeit verraten und einen Abgrund zwischen der Großukraine und Ostgalizien aufgeworfen zu haben. Ihre Losung sei immer gewesen: „Wo Kyjiv ist, da ist auch Lemberg“.<sup>136</sup> Auf den Spalten des „Ukrajins'kyj Prapor“ wurde vor allem von Januar bis März 1920 über die politische Orientierung der ostgalizischen Ukrainer diskutiert. Dabei unterschied man zwei Hauptrichtungen: eine erste auf den Westen, das heißt auf Polen, die allerdings kaum Fürsprecher fand, und eine zweite auf den Osten, das heißt auf Sovetrußland und die Sovetukraine beziehungsweise auf das antibolševistische Rußland. Lonhyn Cehels'kyj sprach Polen wegen dessen vermeintlicher imperialistischer und reaktionärer Psychologie die Fähigkeit zu einer positiven ukrainischen Politik ab. Sehr viel tiefere Wurzeln im ukrainischen Volk und mehr reale Aussichten als die mit Polen verbundene politi-

<sup>134</sup> Ukrajins'ka Nacional'na Rada v spravi schidnoji Halyčyny. Jevhen Petruševyč, Prezydent Nacional'noji Rady Zachidno-Ukrajins'koji Respubliki. Viden', 11. hrudnja 1919, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 36, 16.12.1919.

<sup>135</sup> Bez puttja, bez česty i povahy!, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 35, 12.12.1919.

<sup>136</sup> Naša vidpovid', in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 37, 19.12. und Nr. 38, 23.12.1919.

sche Option sah er bei der von Vynnyčenko vertretenen Orientierung auf die Bolševiki oder auf Denikin.<sup>137</sup>

Erst die Aussicht auf die Gründung eines ostukrainischen Staates ohne Ostgalizien führte zur erneuten Aktivierung des Wiener Lagers der ostgalizischen Ukrainer, die zwar den „Ukrajins'kyj Prapor“ als ihr Organ besaßen, aber nur gelegentlich zusammenkamen. Zunächst enthielt man sich einer Stellungnahme zum Bündnis zwischen Piłsudski und Petljura. Der „Ukrajins'kyj Prapor“ brachte am 1. Mai jeweils Aufrufe von Petljura und Piłsudski an das ukrainische Volk sowie eine kurze Meldung über einen entschiedenen Protest Jevhen Petruševyčs an den Obersten Rat in Paris.<sup>138</sup> Offenbar hatte Petruševyč die Redaktion angewiesen, in dieser Frage zunächst keine Stellung zu beziehen.<sup>139</sup> Trotz der entschieden antipolnischen Haltung von Petruševyč war die Position der ostgalizischen ukrainischen Emigration in Wien zu den Warschauer Verträgen vom April 1920 uneinheitlich.

Kost' Levyc'kyj rief die Wiener Mitglieder der UNRada für den 5. Mai 1920 zusammen, fand allerdings nur ein geringes Echo: Von mehr als 20 kamen neun, um gegenüber dem Pakt zwischen Petljura und Piłsudski Stellung zu beziehen. Sowohl Kost' Levyc'kyj als auch Holubovyč versuchten die Versammelten davon zu überzeugen, daß man Petljura unterstützen müsse. Kost' Levyc'kyj argumentierte, daß sie kein zweites Mal einen von fremden Staaten geschaffenen ukrainischen Staat zerschlagen sollten. Mit dem Aufstand gegen den Hetman hätten sie den eigenen Staat vernichtet. Petljura sollte eine Erklärung über die Einheit aller ukrainischen Länder erlassen, aber auch eine Autonomie Ostgaliziens bei Polen bildete für Kost' Levyc'kyj eine mögliche Variante. Holubovyč zufolge war Petljura zum Repräsentanten der ganzen Ukraine herangewachsen. Gemäß der polnischen Konzeption solle Rußland zerschlagen und die Ukraine anerkannt werden. In der Ukraine könne die über 90 % zählende ukrainische Bevölkerung nicht polonisiert werden. Auch vom Standpunkt der ostgalizischen Ukrainer war es nach Ansicht von Holubovyč zwingend notwendig, das polnisch-ukrainische Bündnis zu unterstützen, weil er von einem Sieg der Bolševiki den Wiederaufbau eines „großen Rußlands“ und gravierende Nachteile für die ukrainische Bewegung erwartete. Falls Ostgalizien und andere ethnisch überwiegend von Ukrainern bewohnte Gebiete bei Polen verblieben, müsse der polnische Staat aus Angst vor Deutschland den Ukrainern des eigenen Staatsverbandes gegenüber eine gemäßigte Politik betreiben. Die Mehrheit der anwesenden Mitglieder der UNRada verschloß sich jedoch den Argumenten Holubovyčs und Kost' Levyc'kyjs. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, gegen das Bündnis zwischen Petljura und Piłsudski Protest einzulegen.<sup>140</sup> Der Protest gegen den polnisch-ukrainischen Vertrag bildete keine hinrei-

---

<sup>137</sup> Cehels'kyj war bestrebt, die persönlichen Gegensätze innerhalb der ukrainischen Politik zu mildern, indem er feststellte, daß man sich den Weg zu einer Verständigung nicht verstellen und für das gemeinsame Ideal arbeiten solle. Vgl. Cehels'kyj, Do pytannja pro orijentaciju, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 5, 20.1.1920.

<sup>138</sup> Vgl. Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 29, 1.5.1920.

<sup>139</sup> So Nazaruk auf Sitzung der Mitglieder der UNRada in Wien vom 5.5.1920. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 14, ark. 28 Rückseite.

<sup>140</sup> Aus Sicht der vormaligen Lemberger Universitätsprofessoren Kolessa und Stanyslav Dnistrjans'kyj war es nötig, von einer ostgalizischen Position aus aufzutreten. Dnistrjans'kyj und Nazaruk meinten,



chende Festlegung der eigenen politischen Taktik. Dennoch konnten die Wiener Mitglieder der UNRada sich auch am 12. Mai nicht auf eine politische Linie Petljura gegenüber einigen.<sup>141</sup>

Inbesondere Holubovyč versuchte mehrfach, über den polnischen Botschafter Szarota Kontakt zu Warschauer Regierungskreisen aufzunehmen und eine polnisch-westukrainische Verständigung einzuleiten. Über eine Vertrauensperson gab Holubovyč bekannt, daß er eine Denkschrift zur Ostgalizienfrage vorlegen und den Standpunkt der polnischen Regierung dazu erfahren wolle. Er befürchtete jedoch eine Kompromittierung durch die Presse, die ihm eine weitere politische Tätigkeit unmöglich machen würde. Darum sollten etwaige Verhandlungen in Wien über den polnischen Botschafter geführt werden. Holubovyč meinte, daß die ostgalizischen Ruthenen das Pariser Statut für Ostgalizien annehmen würden. Falls die polnische Regierung das Statut nicht akzeptieren könne, müsse sie um so schneller mit einer neuen Konzeption auftreten. Um ein polonophiles Lager bilden zu können, wollte Holubovyč zunächst eine Reihe von Forderungen erfüllt sehen: An oberster Stelle rangierte eine Amnestie für politische Vergehen, wenigstens aber ein Bruch mit dem bisherigen Polizeisystem. Weiter sollten eine Universität mit wenigstens fünfzehn Lehrstühlen oder aber zumindest ein Verband solcher Lehrstühle als Grundstock einer künftigen ukrainischen Universität gegründet werden. Außerdem seien die ukrainischen und die jüdischen Beamten wieder in den Staatsdienst aufzunehmen und die internierten ukrainischen Offiziere freizulassen. Szarota maß der Anknüpfung von Verhandlungen mit Holubovyč hohe politische Bedeutung ein. Übereinkunftstendenzen der Ruthenen müßten um so schneller ausgenutzt werden, als diese selbst deren Tragweite und Dringlichkeit verstanden und großen Nachdruck auf eine schnellstmögliche Regelung legten.<sup>142</sup> Viele der hier von Holubovyč skizzierten Forderungen entsprachen dem, was im polnischen Ministerrat Ende 1919 besprochen worden war. In Ostgalizien war dies jedoch kaum umsetzbar.

Holubovyč überschätzte die Möglichkeit, eine polonophile Politik zu initiieren, bei weitem. Hinzu kam, daß die Warschauer Regierung im April und Mai 1920 nicht bereit war, auf die Offerte von Holubovyč einzugehen: Die dringliche Anfrage Szarotas in dieser Angelegenheit nach Warschau blieb unbeantwortet. Sowohl Ukrainer als auch Polen beurteilten eine etwaige Verständigung in Abhängigkeit von der militärischen Situation. Während die Ukrainer vor allem dann, wenn die Waage sich zugunsten der polnischen Streitkräfte neigte, eine Annäherung an den polnischen Staat in Betracht zogen, war umgekehrt die polnische Seite dann aus einer Position der Stärke heraus am wenigsten zu Verhandlungen bereit.

---

daß Petljura die Kraft fehle, seine politischen Ziele umzusetzen. Außerdem sei der polnische Staat nicht am Bestehen einer Ukraine interessiert. Lev Levyc'kyj betonte die schwere wirtschaftliche und innenpolitisch angespannte Situation in Polen, das er als Staat über einer Ruine bezeichnete. Vgl. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 13, ark. 28-31.

<sup>141</sup> Jevhen Levyc'kyj hielt eine rein negative Haltung für ausreichend: Polen könne Ostgalizien nicht behaupten und viele, wenn es den Marsch nach Osten nicht aushalte, auseinander. Kost' Levyc'kyj stellte, offenbar um einen gegen Petljura gerichteten Beschluß abzuwenden oder um die weitere militärische Entwicklung abzuwarten, den Antrag, daß man die Entscheidung der Frage erneut verschieben solle. Vgl. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 14, ark. 93-91 Rückseite.

<sup>142</sup> Vgl. Polnische Botschaft in Wien. Frage einer ruthenisch-polnischen Annäherung. Szarota an das polnische Außenministerium, den 21.5.1920. AAN, KOD, sygn. 57, S. 432-435.

Der „Ukrajins'kyj Prapor“ veröffentlichte erst am 18. Mai den Protest vormaliger Mitglieder der UNRada in Wien gegen den Warschauer Vertrag, vier Wochen nach dessen Abschluß und drei Wochen nach Publikation der Aufrufe von Petljura und Piłsudski an das ukrainische Volk. Dies und die Diskussion unter den Wiener Mitgliedern der UNRada verdeutlichen, daß die politische Haltung der ostgalizischen Ukrainer zum Bündnis zwischen Petljura und Piłsudski zunächst zwar scheinbar offen war. Antipolnische Stimmungen waren jedoch in der politisch aktiven westukrainischen Öffentlichkeit infolge des Krieges 1918/19 und der Repressionen von Zivil- und Militärbehörden gegen die ukrainische Bewegung so weit verbreitet, daß polonophile Tendenzen sich kaum entfalten konnten. Der Protest, den eine Versammlung von Mitgliedern der UNRada in Wien an die Ententestaaten, den Obersten Rat in Paris und den Völkerbund richtete, verdient im folgenden genauer vorgestellt zu werden, da er alle wesentlichen Argumente enthielt, die aus Sicht der ostgalizischen Ukrainer gegen die Gültigkeit des polnisch-ukrainischen Vertrages vom 22. April 1920 sprachen.<sup>143</sup>

Petljura als einem einzelnen Mitglied des Direktoriums der UNR wurde das Recht abgesprochen, weitgehende territoriale Zugeständnisse zugunsten des polnischen Staates eingehen zu dürfen. Der Vertrag sei ungültig, da Jevhen Petruševyč als ein Mitglied desselben Führungsgremiums gegen die Verzichtserklärung der UNR auf Ostgalizien offiziell Protest eingelegt habe. Das ukrainische Volk habe auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf dem Territorium Ostgaliziens einen ukrainischen Staat errichtet und seinen Willen zur Staatsgründung in einem neunmonatigen Krieg gegen den polnischen Staat manifestiert. Auch der Oberste Rat habe Polen nur zur Durchführung der Zivilverwaltung in Ostgalizien berechtigt. Die ganze ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens setze sogar nach der polnischen „Invasion“ ihren Protest gegen die polnische Herrschaft mit allen Mitteln fort. Polen habe die Notsituation Petljuras ausgenutzt und mit dem Vertrag vom 22. April das „höchste Ziel“ der Entente im Ersten Weltkrieg, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit Füßen getreten. Zwar wies man mit einer gewissen Berechtigung darauf hin, daß der Oberste Rat der Bevölkerung Ostgaliziens das Entscheidungsrecht über die eigene staatsrechtliche Zugehörigkeit überlassen habe. Die Tatsache, daß ein diesbezügliches Plebiszit erst nach 25 Jahren vorgesehen war, wurde jedoch ebenso übergangen, wie die fehlende Bereitschaft der Ententestaaten zur Gründung eines westukrainischen beziehungsweise ostgalizischen Kleinstaats zwischen Polen und der Sowetukraine. Nicht eine ostgalizische Eigenstaatlichkeit, sondern die Option: Polen oder ein demokratisches Rußland, bildete aus Sicht der Pariser Friedenskonferenz den Gegenstand eines eventuellen Plebiszits. Für den Fall einer Herrschaftsstabilisierung der Bolševiki war sogar zweifelhaft, ob ein Plebiszit überhaupt durchgeführt würde.

Die Denkschrift zeichnete ein gespaltenes Verhältnis der Westukrainer zur Ostukraine, indem sie – auch aus taktischen Erwägungen heraus – feststellte, daß die UNRada am 3. Januar 1919 nur die Absicht zur Vereinigung der West- mit der

---

<sup>143</sup> Vgl. Protest členiv Ukrajins'koji Nacional'noji Rady u Vidni proty dohovoru Poljakiv z Členom Dyrektoriji Ukrajins'koji Narodnoji Respubliky S.V. Petljuroju z 22. kvitnja 1920, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 31, 18.5.1920. Zum folgenden vgl. ebenda.

Ostukraine erklärt habe. Bis zur Zusammenkunft einer allukrainischen Konstituante übten die oberste gesetzgeberische Gewalt auf dem Territorium der ZUNR die UNRada, die zivile und militärische Exekutivgewalt das Staatssekretariat aus. Gleichzeitig verwiesen die Wiener Mitglieder der UNRada auf den Charakter Ostgaliziens als eines Piemonts der ukrainischen nationalen Idee und des Staatsgedankens. Dies entsprach zwar den programmatischen Erklärungen der wichtigsten politischen Parteien der ostgalizischen Ukrainer seit dem beginnenden 20. Jahrhundert, aber nicht deren politischer Praxis, in der man sich vor allem von pragmatischen und konkreten politischen Zielsetzungen leiten ließ. Daß die ostgalizischen Ukrainer die Bildung eines ukrainischen Staates ohne Ostgalizien für unmöglich erachteten, zeugt von ihrem ausgeprägten Überlegenheitsgefühl ostukrainischen politischen Bestrebungen gegenüber.

Jevhen Petruševyč war nach Paris gefahren, um sich über den Stand der Ostgalizienfrage in der internationalen Politik zu informieren, mittlerweile waren viele Mitglieder der UNRada aus Wien abgereist; in Lemberg hatte sich eine UNRada konstituiert. Die Frage des eigenen Verhältnisses zu politischen Organisationen in Ostgalizien stand im Mittelpunkt einer Diskussion führender ostgalizischer ukrainischer Politiker am 12. Mai 1920 in Wien. Organisatorische Fragen waren von großer Bedeutung, wenn man von Wien aus eine klare Position zu dem polnisch-sovetischen Krieg und den Lösungsmöglichkeiten der Ostgalizienfrage beziehen wollte. Nazaruk befürwortete eine Unterordnung der Lemberger UNRada unter ein in Wien erst noch zu gründendes Zentrum. Dies sei darum notwendig, weil man das Argument, daß die ukrainische Politik sich unter polnischer Verwaltung nicht entfalten könne, für die eigene Propaganda benötige. Kost' Levyč'kyj trat offen dagegen auf, sich mit politischen Organisationen in Ostgalizien zu verständigen. Man solle nur mit Petruševyč Rücksprache halten, da die Mitglieder der Delegation der UNRada in Lemberg sich selbst für „Leidende“ und ihre Organisation für ein Repräsentativorgan, die ostgalizischen Ukrainer in der Wiener Emigration hingegen für Flüchtlinge hielten. Petruševyč sollte in einem Schreiben darauf hingewiesen werden, daß eine UNRada in Wien konstituiert werden müsse.<sup>144</sup>

Tomašivs'kyj stellte Mitte Mai in Paris im Namen eines „ukrainischen Komitees“ eine Denkschrift mit dem Titel „La paix dans l'Est de l'Europe, ses conditions et ses adversités. A propos de la guerre entre la Pologne et la Russie“ vor. Seiner Ansicht nach konnte Osteuropa nur entlang ethnischer Grenzen in politischer Hinsicht dauerhaft aufgeteilt werden; daß Polen einen ukrainischen Staat gründen könne, bezeichnete Tomašivs'kyj als Mystifikation, die den „Appetit“ der polnischen Imperialisten befriedigen solle. Gefordert wurde, den polnischen Staat auf seine ethnischen Gebiete zu begrenzen, sowie das Selbstbestimmungsrecht für alle ethnischen Gruppen außerhalb dieses Territoriums. Für den Fall einer Föderalisierung Rußlands sollte ein neutraler ostgalizischer Staat gebildet werden, der zum einen Mitteleuropa vor Rußland schützen, zum anderen den Drang Polens nach Osten aufhalten sollte. Der Hinweis auf das mittelalterliche Königtum Halyč-Volodymyr sollte der historischen Legitimierung dieser Staatsgründung dienen, der, um lebensfähig zu sein, neben Ostgalizien das Cholmer Land, Westwolhynien

<sup>144</sup> Vgl. ebenda, ark. 91 Rückseite-88.

und den südlichen Teil des Gouvernements Grodno umfassen sollte.<sup>145</sup> Letztlich konnte die Konstituierung eines neutralen galizisch-wolhynischen Staates jedoch nicht zur Aufhebung gegensätzlicher Interessen zwischen Polen und Rußland beitragen. Gegen die territorialen Ansprüche zweier mächtiger Nachbarn hätte der neue Staat, der sich außerdem angesichts des Bestehens einer bedeutenden polnischen Minderheit in seinen Grenzen großen innenpolitischen Problemen ausgesetzt gesehen hätte, sich kaum behaupten können.

Nachdem die ostgalizischen Ukrainer in der Wiener Emigration sich auf die Fortsetzung ihres antipolnischen Kurses verständigt hatten, richtete Petruševyč seine Aufmerksamkeit darauf, die Entente für die eigenen politischen Ziele einzunehmen. Er hatte bei seinem fünfmonatigen Aufenthalt in Westeuropa die Überzeugung gewonnen, daß die Ostgalizienfrage in einem für Polen ungünstigen Sinne entschieden werde. Nach Informationen der polnischen Botschaft in Wien war ihm von England zugesichert worden, daß es einem Verbleib Ostgaliziens bei Polen keinesfalls zustimmen werde. Auch die öffentliche Meinung in Frankreich sei seines Erachtens Polen nicht wohlgesonnen. Petruševyč habe in Paris Verbindungen zum Außenminister der ČSR Beneš geknüpft und teile dessen Auffassung von einer zwischen England und Frankreich bestehenden Aufteilung der Interessenssphären, der gemäß Frankreich die baltischen Provinzen übernehme, England hingegen das südliche Rußland. Ciechanowski meldete daraufhin am 29.7.1920 aus London nach Warschau, daß Petruševyč offiziell von niemandem empfangen worden sei, sondern nur Kontakte zu einigen Parlamentsmitgliedern geknüpft habe.<sup>146</sup>

Dem „Ukrajins'kyj Prapor“ zufolge galt die Ostgalizienfrage als Teil der sogenannten östlichen Frage und werde entschieden, sobald sich die Beziehungen auf dem Gebiet des vormaligen Rußlands stabilisierten. Zwar sei man zur Zeit zu einer aktiven Politik nicht fähig, maß aber schon der passiven Haltung der ukrainischen Bevölkerung in Ostgalizien erstrangige politische Bedeutung bei. Der polnische Staat wurde als schwach und völlig von äußerer Hilfe abhängig eingestuft. Ostgalizien bilde für alle interessierten Seiten eine Brücke nach Zentraleuropa und sei darum ein Nerv der Weltpolitik. Politische Organisationen sowohl des Landes als auch der Emigration müßten sich jetzt auf dem Weg zum gemeinsamen Ziel vereinen: der Befreiung aus der Unterdrückung und der Vereinigung mit den übrigen ukrainischen Gebieten. Ostgalizisch-ukrainische Kreise um Petruševyč entwickelten eine politische Konzeption, die aus dem besonderen internationalen Status Ostgaliziens politisches Kapital schöpfen wollte. Ostgalizien war zwar von polnischen Truppen besetzt und wurde von polnischen Behörden verwaltet, unterstand staatsrechtlich gesehen jedoch weiterhin der Oberhoheit der Entente. Dabei vertraute man auf eine den ukrainischen politischen Zielsetzungen entsprechende Regelung der Ostgalizienfrage durch die Entente gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker; ihre

---

<sup>145</sup> Vgl. Baczyński, *Akcja Ukraińców galicyjskich*. AAN, KOD, sygn. 56, s. 195-196; Stepan Tomašivs'kyj, *The peace treaty in Eastern Europe. It's conditions and drawbacks (With regard to the War between Poland and Russia)*. Paris, den 14.5.1920. CDIA *Ukrajiny u L'vovi*, fd. 368, op. 1, spr. 48, s. 43-79.

<sup>146</sup> Vgl. *Polnische Botschaft an Warschauer Außenministerium*. Wien, den 26.6.1920. AAN, KOD, sygn. 59, s. 167f, sowie die Meldung *Ciechanowskis*: AAN, *Ambasada RP w Londynie*, Sygn. 442, s. 38f.

Heimat bilde zwar „das Gehirn und Herz der Ukraine“, sie müßten jedoch im Namen des ganzen ukrainischen Volkes eigene Wege verfolgen.<sup>147</sup>

Ende Juli 1920 konstituierte sich eine Wiener Exilregierung um den Diktator Jevhen Petruševyč. Beauftragte des Diktators waren für auswärtige Angelegenheiten Stepan Vytvyč'kyj, für Finanzen, Handel und Gewerbe Volodymyr Sinhalevyč, für Presse und Propaganda Kost' Levyc'kyj und für Inneres Osyp Haninčak.<sup>148</sup> Sinhalevyč vertrat gleichzeitig die Regierung Petruševyč in Wien. Jaroslav Selezinka stand der Militärkanzlei vor, Lev Petruševyč fungierte als Direktor der Präsidialkanzlei. Petruševyč erklärte zwar, eine parteiübergreifende Regierung bilden zu wollen, um so der Bürgerschaft einen wirklichen Einfluß auf die Ausübung der Staatsgewalt, die sich beim gegenwärtigen Rechtsstand ausschließlich in seiner Verantwortung befände, zu geben. Die Regierung Petruševyč setzte sich aber zunächst allein aus Mitgliedern der UNTP zusammen. Die Tatsache, daß für die Auswahl der Beauftragten das persönliche Vertrauen von Petruševyč ausschlaggebend gewesen war, rechtfertigte dieser damit, daß aufgrund der unterbrochenen Verbindungen mit dem von fremden Armeen besetzten Ostgalizien eine Verständigung mit allen dortigen politischen Gruppen und Organisationen unmöglich gewesen sei.<sup>149</sup> Petruševyč unterhielt Vertretungen in Paris, London, Wien, Berlin, Budapest, Prag, Rom, den Vereinigten Staaten, Kanada und Brasilien. Besondere Bedeutung kam den Gesandtschaften in Paris und London zu, die dem jeweiligen Delegationsleiter in Paris unterstanden. Ab Januar 1921 wurde diese Funktion von Stepan Vytvyč'kyj ausgefüllt. Den Repräsentanzen oblag es, für die Anerkennung einer staatlich unabhängigen Westukraine zu werben und vor allem unter der ukrainischen Emigration in den Vereinigten Staaten, Kanada und Brasilien finanzielle Mittel zu organisieren, mit denen die Regierung Petruševyč und dessen Presseaktion im Ausland unterstützt werden sollten.<sup>150</sup>

Petruševyč besprach sich in der Folgezeit mit engen politischen Vertrauten in Wien über die Ziele seiner Regierung. Stepan Rudnyc'kyj trat dafür ein, aus strategischen Gründen die ungarische Ukraine zu fordern, die gute Möglichkeiten zu einem Partisanenkampf bot. Im Kriegsfall sei das Land nördlich des Dnister schnell verloren, aber zwischen Dnister, San und den Bergen könne man sich lange behaupten. Außerdem solle man die Lemkivščyna erhalten. In dem Bestreben, die eigene Staatlichkeit historisch zu legitimieren, schlug er vor, Stanislaw in „Halyč“, die bereits bestehende Stadt dieses Namens hingegen in „Alt-Halyč“ umzubenennen. Denkbar ist auch, daß Rudnyc'kyj Lemberg wegen dessen Bedeutung im westukrainisch-polnischen Krieg 1918/19 als ungeeignete Hauptstadt ansah. Petruševyč sah in Rudnyc'kyjs Vorschlag einen zum Scheitern verurteilten Versuch,

---

<sup>147</sup> Vgl. Naša sprava u mižnarodnij polityci j najblyščy zavdannja urjadu, in: Ukrajin's'kyj Prapor, Nr. 37, 27.6.1920.

<sup>148</sup> Vgl. die Anordnung des Diktators der ZUNR vom 25.7.1920 über die Organisation der Regierung für die Ausübung der Staatsgewalt in der Westukrainischen Volksrepublik während der Dauer der Vollmachten des Diktators, in: Ukrajin's'kyj Prapor, Nr. 43, 8. 8.1920.

<sup>149</sup> Vgl. ebenda die Begründung des Diktators der ZUNR zur Ernennung seiner Bevollmächtigten.

<sup>150</sup> Vgl. Kost' Levyc'kyj, Dyplomatyčna dijəl'nist' ZUNR (1918-1923), in: Litopys Červonojij Kalyny 1938, Nr. 11, S. 3-4.

den Stellenwert Lembergs zu mindern.<sup>151</sup> In Lemberg als dem Zentrum des vormaligen österreichischen Kronlands Galizien befanden sich die Zentralen der Mehrzahl der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen der ostgalizischen Ukrainer.

Gleichzeitig versuchte Petruševyč, die Entwicklung in Ostgalizien zu beeinflussen. In einem Schreiben an den Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte Omeljanovyč-Pavlenko vom 27. Juli ordnete er an, diese seiner Regierung zu unterstellen. Der aktuelle Stand der Armee sollte bewahrt, Kämpfe mit der Roten Armee vermieden und keine Verträge politischen oder militärpolitischen Inhalts mit der sovietischen oder polnischen Seite abgeschlossen werden. Für den Fall eines Vorrückens der Roten Armee nach Westen war ein Rückzug von den der ZUNR treuen Abteilungen in Richtung Stryj, Drohobyč, Turka vorgesehen, um einen möglichst breiten Raum des westukrainischen Gebiets einzunehmen.<sup>152</sup> Am 30. Juli kamen Direktiven nach Lemberg, daß man keinerlei Schritte zu einer Verständigung mit Polen unternehmen solle,<sup>153</sup> um einer vermeintlich bevorstehenden Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz in der Ostgalizienfrage nicht vorzugreifen. Petruševyč zufolge wolle Frankreich Ostgalizien bei Polen belassen, daß dann gegen Rußland gestärkt und mit einer Territorialverbindung zu Rumänien versehen sei. Nazarak gegenüber zeigte er sich überzeugt, daß ihr Schicksal gut entschieden werde, und legte großen Nachdruck auf die Wahrung strengster Neutralität.<sup>154</sup>

Versuche Šeptyc'kyjs, Petruševyč zu einem Entgegenkommen Polen gegenüber zu beeinflussen, besaßen unter diesen Umständen kaum Erfolgsaussichten. Szarota war am 17. August 1920 mit dem jüdischen Journalisten Gelbwuchs-Nagel zusammengetroffen, der als Delegierter jüdischer Kreise nach Wien gereist war, um die dortigen ostgalizischen Ukrainer für eine polnisch-ukrainische Übereinkunft zu gewinnen. Gelbwuchs-Nagel, der über ein Empfehlungsschreiben Šeptyc'kyjs an Petruševyč verfügte, vertrat die Ansicht, daß im Falle einer Teilung Ostgaliziens die Polen immer Lemberg und das Ölgebiet erhielten. Die Teilung eines in wirtschaftlicher Hinsicht einheitlichen Gebiets sah Gelbwuchs-Nagel jedoch als weder im Interesse der Ukrainer, der Polen noch der Juden gelegen an. Seiner Ansicht nach sollten die antibolševistischen Kräfte aller Nationen auf der Plattform der Unteilbarkeit Ostgaliziens zusammengeführt werden. Szarota versprach sich nicht viel von den Bemühungen Gelbwuchs-Nagels, den er für einen politischen Wirrkopf hielt. Hinzu kam, daß das politische Lager um Petruševyč jeden Gedanken einer Übereinkunft mit Polen ablehnte und auf der Position eines unabhängigen westukrainischen Staates stand. Szarota verband seine Äußerungen mit der Anmerkung,

---

<sup>151</sup> Vgl. Notiz Nazaruks zu Gespräch mit Rudnyc'kyj und Petruševyč vom 28.7.1920. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 14, ark. 38-39.

<sup>152</sup> Abgedruckt bei Hunczak, Ukraine and Poland in Documents, Bd. 2, S. 145f. Koko zufolge übte die Anordnung von Petruševyč kaum größeren Einfluß auf die ukrainische Armee aus, der auch ostgalizische Ukrainer noch seit der Zeit ihres Aufenthalts in der Ostukraine angehörten. Nur die Gruppe des Generals Kravs überschritt Ende August 1920 über die Karpathen die Grenze zur ČSR. Vgl. Koko, Przed ryskimi przelinnariami, S. 136, Anm. 30.

<sup>153</sup> Vgl. Koko, Przed ryskimi przelinnariami, S. 124f.

<sup>154</sup> Vgl. Eintrag Nazaruks ohne Datum nach dem 30. Juli und vor dem 7.8.1920. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 14, ark. 43 Rückseite.

daß die polnisch-ukrainischen Beziehungen anders aussähen, wenn Holubovyč und anderen polonophilen Ukrainern die Rückkehr nach Ostgalizien gestattet worden wäre.<sup>155</sup>

#### **4.2 Ein Bündnis mit den Bolševiki gegen Polen?**

Die Geschichte der ukrainischen Staatsbildungsversuche nach dem Ersten Weltkrieg verdeutlicht, daß die Einheit der Ukraine, die „sobornist“, zu dieser Zeit zwar ein ideologisches Postulat, aber kein reales politisches Ziel bildete. UNR und ZUNR unterschieden sich nicht nur hinsichtlich der politischen Prägung und des Politikstils ihrer politischen Eliten, sondern auch in Bezug auf die dominanten Nationen, deren Herrschaft sie sich vormals unterworfen sahen und gegen deren konkurrierende Staatsbildungen sie sich behaupten mußten. Die ostgalizischen Ukrainer suchten im Sommer 1920 in ihrer Auseinandersetzung mit Polen ein Bündnis mit den Bolševiki. Die Notizbücher Nazaruks enthalten die Mitschrift einer im Café Astoria geführten Diskussion ostgalizisch-ukrainischer Politiker vom 26. Juni 1920 zu den Grundlagen eines etwaigen ostgalizisch-bolševistischen Bündnisses unter der bezeichnenden Überschrift „Phantasien“.<sup>156</sup>

Den Anlaß zu dem Meinungs austausch bildete offenbar die bevorstehende Reise Nazaruks nach Kopenhagen, wo dieser Kontakt zu dem dortigen sovetrussischen Botschafter Maksim Maksimovič Litvinov aufnehmen sollte. Die Notizen Nazaruks vermitteln ein Bild davon, unter welchen Bedingungen die ostgalizischen Ukrainer zu einem Bündnis mit den Bolševiki bereit waren. Lev Petruševyč stellte eine Art Konzept vor, dem zufolge Ostgalizien für die Bolševiki über Ungarn, Tschechien und Polen als Verbindung zum Westen besonderen Wert besaß. Jedoch dürfe man die ostgalizische Gesellschaft nicht gewaltsam der sovetschen Ordnung unterwerfen. Er betonte, daß die ostgalizischen Ukrainer in anderen kulturellen Umständen aufgewachsen seien und eine „neue Nation“ bildeten, die überwiegend aus Bauern und einer armen, aus der bäuerlichen Schicht hervorgegangenen Intelligencija bestehe. Einen Staat der Bourgeoisie würden sie darum nicht errichten. Die UNRada habe ein Agrargesetz beschlossen, das die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verstaatlichung der Wälder vorsah. Die Bolševiki sollten Ostgalizien der UNRada übergeben. Als Gegenleistung meinte man, eine Brigade im Kampf gegen Polen stellen zu können. Vorgesehen war eine föderative Verbindung zwischen der ukrainischen Sovetrepublik und Ostgalizien, das eine eigene Staatsduma als gesetzgebenden Körper, eine von diesem gewählte Regierung, eine eigene Armee und separate Auslandsvertretungen besitzen sollte. Dieser Pufferstaat sollte eher der sovetschen als der polnischen Einflußsphäre zugehören.

Das Minimum der Forderungen der ostgalizischen Ukrainer bildete Lev Petruševyč zufolge eine Autonomie gemäß dem Pariser Statut für Ostgalizien, deren Umfang in keinem Fall geringer als die Galiziens im Rahmen Österreichs sein dürfe. Die Ressorts Transport und Finanzen sollten von der Sovetukraine und

<sup>155</sup> Vgl. Polnischer Botschafter in Wien an Außenministerium. Wien, den 18.8.1920. AAN, KOD, sygn. 58, s. 146-147.

<sup>156</sup> Vgl. Notizbuch Nazaruks. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 14, ark. 4-10. Zum folgenden ebenda.

ürfe. Die Ressorts Transport und Finanzen sollten von der Sowjetukraine und Ostgalizien gemeinsam geführt werden. Der Tatsache, daß der polnische Staat sich mit dem Verlust Ostgaliziens nicht abfinden würde, war man sich bewußt. Die Teile der ostgalzischen Armee, die einen Teil der Roten Armee bildeten, sollten als Schutz vor einem polnischen Angriff nach Ostgalizien überführt werden. Von einem Bündnis mit den Bolševiki versprachen sich die ostukrainischen Ukrainer, daß die Grundlagen der polnischen Suprematie in Ostgalizien zerstört werden würden. In Detailfragen sollte man Sinhalevyč zufolge allem zustimmen, was gegen Großgrundbesitz und Kapital gerichtet sei, wie etwa der Sozialisierung von Fabriken und der Enteignung des Großgrundbesitzes, aber auf dem Privatbesitz an Land für die Bauern beharren. Außerdem müsse man eigene Kommissare und eine eigene Intelligencija besitzen. Bei Gesprächen mit den Bolševiki befanden sich die ostgalzischen Ukrainer in einer äußerst prekären politischen Lage. Zwar wollten sie einerseits Ostgalizien von der polnischen Herrschaft befreien. Andererseits befürchteten sie eine zu große Abhängigkeit von dem sovjetischen Bündnispartner. Für den Fall, daß etwaige Verhandlungen mit den Bolševiki an die Öffentlichkeit drängen, wären ostgalzisch-ukrainische politische Zielsetzungen vor der Entente diskreditiert worden. Die Regierung Petruševyč war politisch gelähmt, da sie meinte, auf gegensätzliche politische Interessen wie die der Entente und des bolševistischen Rußlands gleichermaßen Rücksicht nehmen zu müssen.

Nazaruks Reise zu Litvinov nach Kopenhagen Mitte Juli 1920 unterlag darum strengster Geheimhaltung. Petruševyč, der vor allem auf eine positive Entscheidung der Entente in der Ostgalizienfrage vertraute, beauftrage Nazaruk, über Litvinov und Moskau die unter bolševistischer Herrschaft befindlichen Einheiten der ostgalzischen Armee zu einer loyalen Haltung gegenüber den Bolševiki zu veranlassen, um so die Ganzheit dieser Einheiten aufrechterhalten und später gegen Polen einsetzen zu können. Als Tarnung diente ein Brief des Bundes der ukrainischen Frauen an den Bund der skandinavischen Frauen für die ostgalzische Waisenhilfe. Die Mission blieb jedoch ohne konkrete Resultate, zumal die ersten Einheiten der ostgalzischen Armee bereits zu Petljura übergegangen waren.<sup>157</sup> Nazaruk scheint gefordert zu haben, daß vor einer Vertragsunterzeichnung die Unabhängigkeit Ostgaliziens proklamiert werden müsse. Litvinov stellte aber nur eine Garantieerklärung in Aussicht.<sup>158</sup> Dmytro Levyc'kyj, der aus Ostgalizien stammende Leiter der diplomatischen Vertretung der UNR in Kopenhagen, stand ebenfalls in Opposition zum Bündnis Piłsudski–Petljura und kritisierte im Gespräch mit Nazaruk am 20. Juli 1920 die Orientierung führender ukrainischer Parteien in Ostgalizien auf den Westen. Als Gegenleistung gegen ein Militärbündnis mit den Bolševiki sollte Ostgalizien in einer Föderation mit der Sowjetukraine die volle Unabhängigkeit erhalten und eine Regierung aus Galiziern vom Volk gewählt werden. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten solle hingegen nicht möglich sein, da es sich sonst um eine sovjetische Okkupation handele.<sup>159</sup>

<sup>157</sup> Vgl. dazu die Erinnerungen Nazaruks: *Moji perehovory z bolševykamy II, IV, VI*, in: *Nova Zorja*, Nrn. 2, 6 und 12 (12. und 26.1.1930, 16.2.1930).

<sup>158</sup> Vgl. Gesprächsnotiz im Notizbuch Nazaruks. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 14, ark. 34.

<sup>159</sup> Vgl. Notizbuch Nazaruk. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 14, ark. 33 Rückseite.



Der ostgalizisch-ukrainischen Emigration in Wien blieb während des polnisch-sovietischen Krieges nur die Rolle eines passiven Observators. Jedoch zeigten sich im „Ukrajins'kyj Prapor“ in den Monaten Juli und August 1920 prosovietische Tendenzen, insbesondere in einer dreiteiligen Artikelreihe seines Hauptredakteurs Pavlo Lysjak unter dem Titel „Der bolševistische Angriff und die Angelegenheit Ostgaliziens“.<sup>160</sup> Nach Ansicht Lysjaks sollten die ostgalizischen Ukrainer ihrer nationalen Ideologie, das heißt dem Streben nach einem vereinten ukrainischen Staat treu bleiben, aber aus taktischen Gründen eine den Bolševiki zuneigende politische Haltung einnehmen. Er zeigte sich überzeugt von dem endgültigen Zusammenbruch des polnischen Regimes in Ostgalizien. Was immer danach komme, sei, wenn nicht die völlige Befreiung, so doch wenigstens deren hoffnungsvoller Beginn. Für den Fall einer längeren Besetzung Ostgaliziens durch die Rote Armee ging Lysjak davon aus, daß die Bolševiki, da Ostgalizien ein für sie fremdes Land darstelle, zu einer Zusammenarbeit mit dem dortigen ukrainischen Lager gezwungen seien. Die Interessen der ostgalizischen Ukrainer lägen allein im Osten. Jede von dort kommende Kraft vernichte erstens das soziale Übergewicht des adligbürokratischen Polentums über der ukrainischen Bevölkerung und vereinige zweitens das überwiegend von Ukrainern besiedelte Territorium in einen Staatsverband.

Die sovietophile Position Lysjaks und anderer Politiker um Petruševyč entsprang vor allem deren eigenem negativen Verhältnis zu Polen. Lysjak begrüßte ein bolševistisches Regime in Ostgalizien, weil dann der in polnischer und jüdischer Hand befindliche Großgrundbesitz sowie das Industrie- und Handelskapital zerschlagen würden. Es spricht für die negative Einstellung des Autors Polen gegenüber, wenn er zwar die Vernichtung der vormaligen Grundlagen der polnischen Herrschaft folgerichtig aus der sovietischen Politik ableitete, aber die Gefahren für die ukrainische Bewegung in Ostgalizien weit unterschätzte. Es ist beispielsweise nicht ersichtlich, warum die Bolševiki mit der dortigen ukrainischen Intelligencija zusammenarbeiten sollten, die trotz der von Lysjak festgestellten Nähe zum Volk stark von bürgerlich-konservativen Werten und dem österreichischen Parlamentarismus geprägt war. Ebenso unklar blieb, warum der Großgrundbesitz aufgeteilt, aber gleichzeitig nicht etwa der Agrarkommunismus verwirklicht, sondern kleiner Landbesitz auf der Grundlage des privaten und individuellen Besitzrechts geschaffen werden sollte. Als die Politik der ostgalizischen Ukrainer bestimmende Grundlagen sah Lysjak den Nationalismus, die Interessen der Bauernschaft und die Unausweichlichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen Polen und Rußland.<sup>161</sup>

Die Erfolge der Roten Armee im polnisch-sovietischen Krieg wurden vom „Ukrajins'kyj Prapor“ als Scheitern der französischen Konzeption eines großen Polens begrüßt. Ein Übereinkommen mit den Bolševiki bei weitgehender Eigenständigkeit Ostgaliziens, oder aber eine Regelung der Frage seiner staatsrechtlichen Zugehörigkeit gemäß dem Willen der örtlichen Bevölkerung durch die Entente in

---

<sup>160</sup> Vgl. Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 38-40, vom 4., 11. und 18.7.1920. Zur Darstellung der politischen Haltung der politischen Kreise um Petruševyč im Wiener Exil im Sommer-Herbst 1920 bis zur Unterzeichnung des Vorvertrags von Riga zwischen der Republik Polen und den Sowetrepubliken Rußland und Ukraine siehe insbesondere: Koko, Przed ryskimi preliminariami.

<sup>161</sup> Vgl. Koko, Przed ryskimi preliminariami, S. 131.

London wurden als gleichermaßen günstig erachtet.<sup>162</sup> Zaton'skyjs Ernennung zum Vorsitzenden des GalRevKom war gemäß einem Bericht Szarotas aus Wien vom 19. August 1920 von der ukrainischen Emigration mit Wohlwollen aufgenommen worden, insbesondere von Petruševyč: „Der Haß Petruševyčs auf Polen ist so stark, daß sogar gegensätzliche gesellschaftliche Ansichten ihn nicht schwächen können.“<sup>163</sup> Die stark antipolnisch geprägte Grundhaltung von Petruševyč bestimmte seine Politik nachhaltig.<sup>164</sup> Zwar wurde der konservativ geprägte Petruševyč deswegen nicht zum Revolutionär, erachtete aber zumindest eine taktische Verständigung mit den Bolševiki gegen den gemeinsamen Gegner Polen für wünschenswert. Auch der „Ukrajins'kyj Prapor“ bezog im Sommer 1920 sovetoophile Positionen, da eine größtmögliche Annäherung und Ausgleichung aller Gegensätze im ostgalizisch-ukrainischen und im bolševistischen Interesse liege. Jetzt, wo kraft der bolševistischen militärischen Siege die faktische Okkupation der Polen wegfallen, lebe ihr altes Staatsrecht wieder auf.<sup>165</sup>

Ende August 1920 liefen in Wien Nachrichten über einen in Ostgalizien ausgebrochenen Aufstand ein. Petruševyč besprach sich daraufhin mit engen politischen Vertrauten, wie man den Aufstand, an dem sich dem Vernehmen nach auch Offiziere der Armee Omeljanovyč-Pavlenkos beteiligten und der schnell niedergeschlagen zu werden drohe, unterstützen könnte. Petruševyč drang auf der Grundlage von Informationen einer Depesche und der Meldungen zweier tschechischer Zeitungen darauf, das vermeintliche Aufbegehren gegen die polnische Okkupation von Wien aus zu unterstützen, etwa durch die Entsendung von Offizieren. Die Ukrainer riefen überall Zirkel der nationalen Verteidigung mit der Zentrale in Stanislau ins Leben, angesichts des Munitionsmangels könnten sie sich jedoch nicht lange halten. Darum sollte man erst den Fall von Lemberg abwarten, um die eigenen Opfer gering zu halten. Der Aufstand sollte einen nationalen Charakter tragen, offenbar, um als Propaganda-Aktion gegenüber der westlichen Welt verwendet werden zu können. Der ehemalige Offizier der ukrainischen galizischen Armee Ilja C'okan stellte fest, daß der Aufstand sich auf alle Fälle auf die Bolševiki stützen müsse. Diese zögen, wenn auch nur vorübergehend, ein blau-gelbes Banner auf. Eine zweite Frage seien die Erfolgsmöglichkeiten, zumal eine nationale Regierung nicht zugelassen werde. Munition meinte man in Wien und in der ČSR von den Bolševiki erhalten zu können. Angesichts von Schwierigkeiten bei der Finanzierung der eigenen Pläne setzte sich schließlich Nazaruks realistische Lagebeurteilung durch, der zufolge man an allzu große Ausmaße nicht denken durfte. Alles hänge davon ab, ob der Aufstand herangereift sei und über welche Kräfte die Polen und die Bolševiki verfügten. Wenn die Sache gut stünde, so entwickle sie sich

---

<sup>162</sup> Vgl. Bil'shevyc'kyj pochid, doteperešni myry i naša sprava, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 43, 8.8.1920.

<sup>163</sup> Vgl. Zaks, Radziecka Rosja, S. 75.

<sup>164</sup> Entgegen der Ansicht von Zaks, die ebenda schreibt: „Es ist eine klare Sache, daß diese Ansichten deutlich überzeichnet sind. Der Unwille Polen gegenüber machte aus Petruševyč weder damals noch später einen Revolutionär.“

<sup>165</sup> Vgl. Bil'sovyky i samostijnist' Halyčyny, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 44, 15.8.1920.

elementar, andernfalls helfe nichts. Sie in Wien bräuchten allein tägliche Informationen für das Ausland.<sup>166</sup>

Petruševyč unternahm Ende August einen erneuten Versuch, seinen Einfluß in Ostgalizien zu verstärken. In dem vom „Ukrajins'kyj Prapor“ veröffentlichten Aufruf „An die Streitkräfte des galizischen Landes“ wandte Petruševyč sich gegen Versuche, seine Regierung zu diskreditieren: Wer das Vertrauen des Heeres und des Volkes in seine Regierung untergrabe, vergesse, daß nur diese Regierung dem westlichen Ausland gegenüber die Idee ihrer Staatlichkeit repräsentiere. Die Auflösung der westukrainischen Regierung müsse darum als Verzicht auf ihre Staatlichkeit aufgefaßt werden. Eine eigene Armee besaß die westukrainische Regierung zu dieser Zeit nicht: eine erste war auf dem Gebiet der ČSR in Lagern interniert, eine zweite als Rote Galizische Armee den Bolschewiki untergeben und eine dritte kämpfte als Teil der Armee Petljuras gegen die Rote Armee. Außerdem befanden sich Offiziere der vormaligen ostgalizischen Armee in der Emigration. Petruševyč, der die ostgalizische Armee dazu aufrief, im Vertrauen auf die eigene Regierung solidarisch auszuhalten und an die Gerechtigkeit der eigenen Sache zu glauben, wandte sich darum an Soldaten, auf die er kaum Einfluß besaß.<sup>167</sup> Er verfolgte offenbar das Ziel, verschiedene Gruppen der ehemaligen ostgalizischen Armee zu einer Streitkraft zu vereinen, da er von der Existenz eines ukrainischen Aufstands gegen die polnische Herrschaft überzeugt war. Die Hoffnungen auf eine national-ukrainische Erhebung in Ostgalizien trogen jedoch, wie auch die Wiener Emigration um Petruševyč bald feststellen mußten. Nazaruk notierte am 3. September 1920: „Bei den Aufständischen schlecht. Eine Räuberbande.“<sup>168</sup>

### ***4.3 Ohnmächtige Beobachter: Die ostgalizische Delegation auf der Friedenskonferenz in Riga vom 21. September-12. Oktober 1920***

Der Sieg der polnischen Streitkräfte in der Schlacht um Warschau am 15. August 1920 und deren anschließender Vormarsch entschieden den polnisch-sovetischen Krieg. Beide Seiten verhandelten nach ersten in Minsk vom 17. August bis zum 2. September 1920 geführten Friedensgesprächen schließlich in Riga über einen Waffenstillstand. Innerhalb der polnischen Delegation bestanden drei unterschiedliche Positionen, von denen die ersten beiden föderalistische Konzeptionen polnischer Staatlichkeit vertraten. Die erste war für eine Umsetzung föderalistischer Ideen auch zur Fortsetzung der Kriegshandlungen bereit, die zweite befürwortete einen sofortigen Friedensschluß, zog die sovetische Herrschaft als Alternative in Betracht und wollte bereits vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens alle strittigen Fragen klären. Eine dritte Position repräsentierte der Nationaldemokrat Stanisław Grabski, dessen territoriales Programm eine Teilung des weißrussischen und ukrainischen Territoriums zwischen Polen auf der einen und den sovetischen Staa-

<sup>166</sup> Vgl. Diskussion bei Diktator Petruševyč mit Sinhalevyč, Selezinka, Jaroslav Indyševs'kyj, C'okan und Nazaruk unter dem 23.8.1920. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 14, ark. 66 Rückseite-68 Rückseite.

<sup>167</sup> Vgl. Je. Petruševyč, Dyktator Zachidnoji Ukrainy: Do Vijs'ka halyc'koji zemli! V serpni, 1920 roku, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 46, 29.8.1920.

<sup>168</sup> Vgl. Notizbuch Nazaruk. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 359, op.1, spr. 14, ark. 76.

ten Rußland und Ukraine auf der anderen Seite vorsah. Gemäß den Vorstellungen der polnischen Nationaldemokratie meinte Grabski, daß der polnische Staat, wenn in seinen Grenzen nicht wenigstens zu 65 % Polen wohnten, über keine innere Ausgeglichenheit verfüge. Die Assimilation der nationalen Minderheiten an den polnischen Staat sei erstens nur bei einem deutlichen Übergewicht der polnischen Kultur, und zweitens nur als Ergebnis guter Beziehungen mit den Bolševiki möglich. Da sowohl die polnische als auch die sovietische Seite eine Fortführung des Krieges ablehnten, setzte sich Grabski durch.<sup>169</sup>

Petruševyč entsandte eine eigene Delegation zu den polnisch-sovietischen Verhandlungen in Riga, wo die Ostgalizienfrage gleichfalls besprochen werden mußte. Neben Kost' Levyc'kyj, Nazaruk, Luk Myšuk und dem als Übersetzer fungierenden Geistlichen kanadisch-französischer Abstammung Josafat Josyf Jean zählte der Pole Ernest Breiter zum Bestand der ostgalizischen Delegation. Die Absicht, der Delegation durch Vertreter der Ukrainer, Polen und Juden den Charakter einer Repräsentation der Bevölkerung Ostgaliziens zu verleihen, scheiterte, da führende jüdische Repräsentanten ihre Beteiligung verweigerten. Petruševyč bevollmächtigte die Delegation, die volle politische Eigenständigkeit Ostgaliziens in ethnischen Grenzen einzufordern und gegen eine etwaige Teilung dieses Territoriums aufzutreten. Außerdem sollten die Delegierten den Kontakt mit der Weltpresse suchen, um für den Fall, daß Polen sich unnachgiebig zeigte, öffentlich Protest einzulegen und die alleinige Kompetenz einer Weltfriedenskonferenz in der Ostgalizienfrage hervorzuheben. Mit allgemeinem Unverständnis reagierten die Delegationsmitglieder auf die Anweisung Petruševyčs, daß sie jedwede Beteiligung an der Konferenz, auch auf die Forderung beider Seiten hin, ablehnen sollten. Während Kontakte mit den Polen untersagt wurden, sollten Gespräche mit der russischen und der ukrainischen Delegation ausdrücklich gesucht werden. Petruševyč fürchtete offenbar, daß die polnische Seite bereits eine Teilnahme der ostgalizischen Delegation an der Konferenz als Anerkennung der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen propagandistisch hätte ausnutzen können.

Als die ostgalizische Delegation schließlich am 26. September 1920 in Riga eintraf, waren Polen und Bolševiki bereits übereingekommen, Ostgalizien auf der polnischen Seite der Demarkationslinie zu belassen. Die ostgalizische Delegation, die zur sovietischen, zur weißrussischen und zur Vertretung der UNR Kontakte unterhielt, legte gegen die bevorstehende Unterzeichnung des Vorfriedens von Riga am 7. Oktober Protest ein. Drei Tage später brachte sie gemeinsam mit der weißrussischen Delegation eine Protestnote ein.<sup>170</sup> Wie bereits zuvor, so befanden die Galizier sich auch in Riga in einer passiven Position, die um so schmerzlicher gewesen sein muß, als die Ostgalizienfrage durch den Abschluß des Vorfriedens von Riga *de facto* entschieden war. Nazaruk stellte im Rückblick fest, daß die ostgalizi-

---

<sup>169</sup> Vgl. Witold Wojdyło, Traktat w Rydze w koncepcjach politycznych obozu narodowego ze szczególnym uwzględnieniem roli Stanisława Grabskiego, in: Traktat ryski 1921 po 75 latach. Studia pod redakcją Mieczysława Wojciechowskiego, Toruń 1918, S. 47-61, S. 57, 60.

<sup>170</sup> Vgl. Eintrag im Notizbuch Nazaruks unter dem 15. und 26. September 1920. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 15, ark. 9; Osyp Nazaruk, Halyc'ka delegacija v Ryzi 1920 r. Spomyny učasnyka, L'viv 1930, S. 4-9, 57, 86-88, 145-147, 151-154; Koko, Przed ryskimi preliminarjami, S. 127-129.

sche Politik dort ihre schwersten Tage während der ganzen Kriegs- und Revolutionszeit erlebte.<sup>171</sup>

Die Entsendung einer Delegation durch Petruševyč zur Friedenskonferenz in Riga wurde von den ostgalizischen Ukrainern mit lebhaftem Interesse aufgenommen. Sie hofften, daß es gelänge, Kontakt zur Friedensdelegation Sovetrußlands oder der Sovetukraine aufzunehmen und diese zu bewegen, die Ostgalizienfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Als charakteristisch für die gegen eine Annäherung an den polnischen Staat gerichtete Stimmung nationalukrainischer Kreise sah Reinlender zwei konfiszierte Leitartikel der anstelle der verbotenen „Hromads'ka Dumka“ nunmehr erscheinenden „Ukrajins'ka Dumka“ an, die in ihrer ersten Ausgabe am 6. Oktober die eventuelle Gründung einer ukrainischen Universität in Stanislau allzu kritisch besprochen habe. In der folgenden Nummer habe der Autor des Leitartikels die ukrainische Gesellschaft vor einer „Realpolitik“ gewarnt. Nationalistische Kreise standen Reinlender zufolge unter dem Eindruck der politischen Anstrengungen von Petruševyč, der durch die Einflußnahme auf westliche Regierungen eine Lösung der Ostgalizienfrage im ukrainischen Sinne zu erreichen suchte.<sup>172</sup>

Die unnachgiebige Haltung politischer Organisationen der ostgalizischen Ukrainer gegenüber Polen, als ein zwischen den einzigen an Ostgalizien direkt interessierten Mächten abgeschlossener Friedensvertrag dieses auf der polnischen Seite der Grenze beließ, hatte die verschiedensten Ursachen. Zum einen sollte erwähnt werden, daß Tendenzen zu einer polnisch-westukrainischen Verständigung unter ostgalizischen politischen Organisationen der Ukrainer sich in einem Moment abgezeichnet hatten, als das Bündnis Piłsudski-Petljura erste militärische Erfolge errang und nach der Einnahme Kyjivs auch die Gründung eines ostukrainischen Staates mit polnischer Waffenhilfe eine reale Option bildete. Diese militärische und politische Entwicklung schien die Politik Petljuras, der auch in Ostgalizien als ein Symbol ukrainischer Staatlichkeit an Ansehen gewann, zu bestätigen. Das Bestehen eines ostukrainischen Staates mußte die polnische Regierung zu einer toleranten Politik der ukrainischen Bewegung gegenüber bewegen, um ein Gravitieren Ostgaliziens in Richtung eines Anschlusses an die Ostukraine auszuschließen. Das Scheitern der ostukrainischen Staatsgründung dagegen verstanden die ostgalizischen Ukrainern in dem Sinne, daß die polnische Regierung nun weniger Interesse an einer Politik zeigen würde, die ukrainischen politischen Parteien in Ostgalizien die nötigen Entfaltungsmöglichkeiten einräumte. Noch wichtiger dürfte gewesen sein, daß die ostgalizischen Ukrainer aufgrund eigener politischer Erfahrung überzeugt waren, daß die polnische Politik in Ostgalizien vorrangig daran interessiert war, den eigenen nationalen „Besitzstand“ zu wahren und zu mehren, was die Möglichkeit einer politischen Verständigung ohnehin zunichte machte.

Hinzu kamen andere Gründe: Erstens waren die ostgalizisch-ukrainischen Politiker überwiegend Juristen, was dazu beitrug, die Ostgalizienproblematik, wegen der noch nicht erfolgten formalen Regelung der Frage seiner staatsrechtlichen Zugehörigkeit, als weiterhin offen und eine Regelung zu den eigenen Gunsten im

---

<sup>171</sup> Vgl. Nazaruk, Halyc'ka delegacija, S. 3.

<sup>172</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 25.9.1920. AAN, KOD, sygn. 59, s. 248-250.

Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Nationen für möglich anzusehen. Zweitens befanden sich die maßgeblichen politischen Führer der ostgalizischen Ukrainer in der Emigration. Angesichts der unsicheren politischen Lage und dem Abgeschnittensein von außenpolitischen Entwicklungen erscheint es natürlich, wenn politische Organisationen der Ukrainer in Ostgalizien ihre politischen Hoffnungen mit der Tätigkeit der Wiener Exilregierung um Petruševyč verbanden und eine zunehmend negative Haltung dem polnischen Staat gegenüber einnahmen. Diese politische Haltung, von der abzugehen man nur für den Fall der dauerhaften Gründung eines ostukrainischen Staates jenseits des Zbruč zeitweilig Bereitschaft zeigte, entsprach zugleich der politischen Überzeugung der Ukrainer in Ostgalizien selbst: Insbesondere nach dem polnisch-westukrainischen Krieg und angesichts der als repressiv empfundenen Politik polnischer Behörden und Militär, in denen man vorrangig die Besatzer sah, nicht aber die Repräsentanten des Staates, in dessen Bestand Ostgalizien mit größter Wahrscheinlichkeit eingehen würde.

## **V. „De facto“, aber nicht „de jure“ Bestandteil des polnischen Staates: Ostgalizien vom Vorfrieden von Riga bis zur Anerkennung der polnischen Ostgrenze durch die Botschafterkonferenz am 14. März 1923**

---

### **1. Vom Vorfrieden von Riga bis in den September 1921**

#### ***1.1 Eingliederung in den polnischen Staat: Die Ostgalizienpolitik der Warschauer Regierung***

Der Abschluß des Vorfriedens von Riga am 12. Oktober 1920 und der des Rigaer Friedens am 18. März 1921 waren aus heutiger Sicht von grundlegender Bedeutung für die politische Neuordnung im Osten Europas, da die Grenze zwischen dem polnischen und dem sovietischen Staat für fast zwanzig Jahre stabilisiert wurde.<sup>1</sup> Aus polnischer Sicht war Ostgalizien zu einem festen Bestandteil des polnischen Staates geworden, in den es nun integriert werden mußte. Der Rigaer Frieden ermöglichte es der polnischen Regierung, über eine Politik der vollendeten Tatsachen die Eingliederung Ostgaliziens in den polnischen Staat unumkehrbar zu machen.<sup>2</sup> Wie dies geschah, veranschaulichen die ukrainischen Proteste.<sup>3</sup> Petruševyč zufolge führten polnische Behörden alle in Warschau beschlossenen Gesetze und Anordnungen in Ostgalizien aus, zogen Gelder zur Unterstützung der polnischen Armee ein und erhoben eine Zwangsanleihe für den polnischen Staat. Denjenigen Bewohnern, die sich nicht zu Bürgern des polnischen Staates erklärten, drohte der Verlust des Arbeitsplatzes.<sup>4</sup>

Eine weitere Note kritisierte die langfristige Verpachtung der ostgalizischen Ölgebiete und Gruben an ausländische Finanzgruppen wie die Standard Oil Company.<sup>5</sup> Sogar die Aufteilung des Eisenbahnparks unter die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns bildete den Gegenstand einer Beschwerde der westukrainischen Re-

---

<sup>1</sup> Vgl. Andrzej Ajnenkiel, *Od aktu 5 listopada do traktatu ryskiego. Kilka refleksji dotyczących kształtowania polskiej granicy wschodniej*, in: *Traktat ryski 1921 po 75 latach*, S. 19-29, S. 19.

<sup>2</sup> Vgl. Zaks, *Radziecka Rosja*, S. 84.

<sup>3</sup> Der „Ukrajins'kyj Prapor“ druckte einen Großteil der von Petruševyč an den Obersten Rat, den Botschafterrat und den Völkerbund gerichteten Proteste und Denkschriften ab, zum einen in dem Selbstverständnis, als Sprachrohr der unter der Okkupation des Erbfeindes Polen stehenden ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens fungieren zu müssen. Zum anderen aber auch unter dem Druck, den eigenen politischen Führungsanspruch vor den dortigen ukrainischen Organisationen und Parteien legitimieren zu müssen.

<sup>4</sup> Vgl. *Nota Urjadu Zachidnoji Ukrajiny do Najvyššoji Rady i Sojuzu Narodiv u spravi narušennja Pol'sščeju mižderžavnych postanov vidnosno Schidnoji Halyčyny*. *Viden'*, dnja 26. hru dnja 1920, in: *Ukrajins'kyj Prapor*, Nr. 1, 6.1.1921.

<sup>5</sup> Vgl. *Nota Urjadu ZUNR do Najvyššoji Rady v spravi halyč'kych naftovych tereniv*. *Viden'*, dnja 26. sičnja 1921, in: *Ukrajins'kyj Prapor*, Nr. 6, 12.2.1921.

gierung an den Obersten Rat vom 28. Januar 1921.<sup>6</sup> Petruševyč verurteilte in einer Note an den Botschafterrat vom 12. März die Unterstellung der ostgalizischen Kooperativen unter den zentralen Kooperativrat in Warschau als Streben nach der Vernichtung der ukrainischen Kooperativebewegung, die wesentlich auf wirtschaftlicher Selbsthilfe der Bevölkerung gegründet war.<sup>7</sup>

Außerdem wurden die polnischen Zivilbehörden in Ostgalizien unter Bezugnahme auf vorangegangene Denkschriften grober Verstöße gegen die Rechte der ukrainischen Bevölkerung des Landes bezichtigt, wie der Schließung ukrainischer Schulen, der Entfernung der ukrainischen Jugend von allen Hochschulen, der Abschaffung der Selbstverwaltung der ukrainischen Gemeinden, die durch unrechtmäßige Requisitionen und Kontributionen materiell ruiniert würden, der „Vernichtung“ des ukrainischen Beamtentums durch den „Terror“ der polnischen Gesellschaft, massenhafter Verhaftungen und der Schließung ukrainischer Zeitungen.<sup>8</sup>

Bereits 1920 wurden die Agenden der galizischen Landesregierung aufgelöst, Anfang 1921 der galizische Landesschulrat abgeschafft. Seine Aufgaben nahm ab dem 9. März der Kurator Sobiński wahr, dem die Sorge über das gesamte Mittel- und Volksschulwesen in Ostgalizien oblag.<sup>9</sup> Auf dem Territorium Ostgaliziens wurden polnische Reisepässe eingeführt. Außerdem hatte der Generaldelegierte der polnischen Regierung für Ostgalizien am 18. Mai ein Reskript an alle Kreisstarosten und an alle griechisch-katholischen Parochialverwaltungen gerichtet. Register sollten dem zufolge von unierten Geistlichen allein in lateinischer Schrift geführt, das Territorium Ostgaliziens in Registern und Bescheinigungen als „östliches Kleinpolen“ bezeichnet werden. Außerdem seien wieder in den Staatsdienst aufgenommene Beamte ukrainischer Nationalität „aus den Grenzen Ostgaliziens“ heraus in andere Regionen des polnischen Staates versetzt worden.<sup>10</sup>

Es kann kaum verwundern, wenn der zunächst durch eine Verwaltungskommission und dann durch den Sejm gefaßte Beschluß über die Teilung Ostgaliziens in einzelne Wojewodschaften von den ostgalizischen Nationaldemokraten als Eingliederung in die Verwaltungsstruktur des polnischen Staates begrüßt wurde.

---

<sup>6</sup> Der auf Ostgalizien entfallende Teil des Fuhrparks sollte als dessen Eigentum inventarisiert werden und der polnische Staat sich zur Übergabe an die nach der Entscheidung über den staatsrechtlichen Status Ostgaliziens dort gebildete Staatsmacht verpflichten. Polen als dem provisorischen Okkupanten Ostgaliziens wurde das Eigentumsrecht auf dieses Gut abgesprochen und die Ernennung eines Vertreters für Ostgalizien in der Reparationskommission in Wien gefordert. Vgl. Nota Urjadu Zachidnoji Ukrajiny do Najvyščoji Rady v spravi rozdilu poavstrijs'koho zaliznyčoho parku. Viden', dnja 28. sičnja 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 5, 5.2.1921.

<sup>7</sup> Die Verlagerung des Mittelpunkts der Organisation des Wirtschafts- und Kooperativelebens aus Lemberg nach Warschau wurde zum einen als Mißachtung der Rechte der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Ostgaliziens, zum anderen als Aneignung von Souveränitätsrechten kritisiert. Vgl. Nota Urjadu ZUNR do Rady Ambasadoriv v Paryži v spravi pidčynnennja kooperatyviv Sch[idoj] Halyčny varšavs'kij „Kooperatyvnij Radi“. Viden', dnja 12. marta 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 11, 19.3.1921.

<sup>8</sup> Vgl. Deržavna Nota Urjadu ZUNR do členiv Najvyščoji Rady Myrovoji Konferenciji. Viden', dnja 8. ljutoho 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 6, 12.2.1921.

<sup>9</sup> Vgl. Nota Urjadu ZUNR do Rady Ambasadoriv v Paryži v spravi rozvjazannja halyč'koji Rady Škil'noji Krajevoji. Viden', dnja 15. marta 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 11, 19.3.1921.

<sup>10</sup> Vgl. Nota halyč'koho Urjadu do Vysokoji Rady Ambasadoriv v spravi najnovijšych pol's'kych bezpravstv, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 32, 13.8.1921.



Die Einrichtung kleinerer Verwaltungseinheiten sei nicht nur aus verwaltungstechnischen Gründen, sondern auch durch die Unterschiedlichkeit der ethnographischen Beziehungen im westlichen, mittleren und östlichen Teil Ostgaliziens notwendig. In der neu zu schaffenden Wojewodschaft Lemberg machte „Słowo Polskie“ sogar eine schwache polnische Mehrheit aus, die durch die Angliederung von Teilen Kongreßpolens weiter hätte gestärkt werden können. Das „östliche Klempolen“ könne allein durch einen verlorenen Krieg von Polen abgetrennt werden. Ein Polen ohne Lemberg sei ebenso undenkbar wie ein solches ohne Posen oder ohne Krakau.<sup>11</sup> Ostgalizien wurde am 1. September 1921 in die Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Ternopil' unterteilt; es bestand nun als administrative Einheit nicht mehr.

Der Abhaltung der Lemberger Messe, die am 25. September 1921 durch den polnischen Staatschef Piłsudski eröffnet worden war, wurden von deutscher Seite wohl zu Recht weniger wirtschaftliche, sondern vor allem politische Motive der polnischen Regierung zugrundegelegt. Das Ziel der polnischen Regierung sei es, bekunden zu wollen, daß sie eine ostgalizische Frage nicht kenne und das Land als endgültig polnisches Gebiet betrachte. Die Messegesellschaft hatte Einladungen zur Teilnahme an alle Warschauer diplomatischen Vertretungen mit Ausnahme der deutschen gerichtet. Weder der englische, italienische noch der französische Geschäftsträger entsprachen der Einladung. Die Haltung der Entente verwies darauf, daß sie die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen noch nicht als endgültig ansah. Sowohl England als auch Frankreich sollten die Gewährung der Autonomie für Ostgalizien verlangen.<sup>12</sup>

### *1.1.1 Reform oder Kolonisierung: Zur Parzellierung des Großgrundbesitzes*

Im Konflikt zwischen landarmen ukrainischen Bauern des unierten Ritus und polnischen Großgrundbesitzern katholischen Glaubens verstärkten nationale, soziale und konfessionelle Gegensätze einander. Die agrarische Überformung der ukrainischen Bevölkerungsstruktur bedingte, daß der Agrarfrage in der Tätigkeit ukrainischer Parteien in Ostgalizien zentrale Bedeutung zukam. Bereits am 4. Dezember 1920 hatte Petruševyč im Namen der UNRada um ein Verbot der Vergabe parzellierten Landes an Kolonisten polnischer Nationalität ersucht. Es kann darum nicht verwundern, wenn Petruševyč in einer Note an die Mitglieder des Obersten Rats der Friedenskonferenz gegen die auf Beschlüsse des Warschauer Sejms vom 6. und 15. Juli 1920 erfolgte Einrichtung zweier Landgebietsbehörden in Przemyśl und Lemberg zum Zwangsaufkauf des Großgrundbesitzerlandes protestierte. In der Landvergabe an polnische Kolonisten durch die neu gegründeten Institutionen wurde ein unrechtmäßiger Akt gesehen, der die autochthone ukrainische Bevölkerung ihrer Arbeitsstätte beraube.<sup>13</sup> Auch das Nationalkomitee der UNTP sah in der

<sup>11</sup> Vgl. Województwa małopolskie, in: Słowo Polskie, Nr. 577, 12.12.1920.

<sup>12</sup> Vgl. Deutsche Gesandtschaft Warschau. K.Nr. 770. Geschäftsträger Hans von Schoen an das Auswärtige Amt. Warschau, den 26.9.1921. PA AA, R 81429.

<sup>13</sup> Vgl. Deržavna Nota Urjadu ZUNR do členiv Najvyščoji Rady Myrovoji Konferenciji. Viden', dnja 8. ljutoho 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 6, 12.2.1921.

Landvergabe an polnische Bauern aus anderen Regionen des polnischen Staates den Versuch, Ostgalizien zu kolonisieren.<sup>14</sup>

Massive Proteste der ostgalizischen Ukrainer gegen diese „Zwangskolonisierung“ mit polnischstämmigen Kolonisten wurden von der für die Parzellierung zuständigen Obersten Landbehörde (Główny urząd ziemski) in einem Schreiben an das Außenministerium als „gewöhnliches, heimtückisches Manöver ukrainischer Agitatoren“ abgetan. Letzteren ginge es darum, entgegen den Interessen und Wünschen der ruthenischen Bevölkerung die Entente im Glauben an die Rationalität ihrer Arbeit zu belassen und den Eindruck von der Intoleranz der polnischen Behörden hervorzurufen. Stattdessen wurden die östlichen Gebiete Polens als Territorien bezeichnet, zu denen bereits seit den ältesten Zeiten aus dem Westen wegen der dortigen Übervölkerung und des Landmangels nicht nur die polnische Bevölkerung, sondern auch Deutsche und Tschechen drängten. Ostgalizien sei durch Krieg und Krankheiten entvölkert, so daß Guts- und Bauernhöfe herrenlos lägen, wohingegen im Westen Landmangel herrsche. Daraufhin bewege sich die Bevölkerung elementar und unaufhaltsam in Richtung Osten. Nach Ansicht der Landbehörde nahm die Kolonisierung ohne jedes Eingreifen der Behörden zu, die unter Beiseitestellung von Aspekten wie Nationalität und Konfession nur kontrollierten, ob die Parzellierung rationell vollzogen werde. Im Gegenteil wirkten die Behörden aktiv in Richtung einer Berücksichtigung der örtlichen ruthenischen Bevölkerung, wozu privaten Parzellierungsinstituten wie der ukrainischen Gesellschaft „Zemlja“ Parzellierungsvollmachten ausgestellt worden seien. Teilweise sei der Verkauf von Land an Kolonisten wegen der Umgehung der örtlichen ruthenischen Bevölkerung rückgängig gemacht worden.<sup>15</sup>

### *1.1.2 Rekrutenaushebung zur polnischen Armee*

Ukrainische Proteste beharrten darauf, daß Bewohner ukrainischer Nationalität nicht zum Kriegsdienst in der polnischen Armee eingezogen werden dürften.<sup>16</sup> Die Leitungen aller ukrainischen Parteien in Ostgalizien richteten, ebenso wie die Russophilen, ihren Protest gegen die Einziehung der Beamten nichtpolnischer Nationalität zur polnischen Armee an den Völkerbund, die Ententestaaten und den Gene-

---

<sup>14</sup> Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 12.11.1920 sowie die vom Nationalkomitee der UNTP gemäß dem Text der „Ukrajins'ka Dumka“, Nr. 33, 13.11.1920, angenommenen Resolutionen. Die Herausgabe der „Ukrajins'ka Dumka“ wurde noch am selben Tag wegen der Veröffentlichung der Resolutionen der UNTP sowie der generellen, dem polnischen Staat gegenüber feindlichen Tendenz der Zeitung geschlossen. Vgl. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5354, s. 56-59.

<sup>15</sup> Vgl. Oberste Landbehörde an das Außenministerium. Warschau, den 6.9.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 879, s. 13-16, s. 16: „Derjenige, der behauptet, daß sich im östlichen Kleinpolen eine Zwangskolonisierung vollzieht, begeht eine bewußte Lüge, weil die Regierung bislang weder einen Fußbreit Boden parzellierte noch einen Fußbreit Boden zwangsweise aufkaufte, sondern außerdem bei privaten Parzellierungen aufmerksam und häufig sogar gegen den Willen des Eigentümers darauf achtete, daß ein entsprechender Anteil des Landes an die örtliche Bevölkerung verkauft wurde“.

<sup>16</sup> Vgl. Nota Urjadu Zachidnoji Ukrajiny do Najvyššoji Rady i Sojuzu Narodiv u spravi narušennja Pol'sheju mižderžavnych postanov vidnosno Schidnoji Halycyny. Viden', dnja 26. hrudnja 1920, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 1, 6.1.1921.

raldelegierten der polnischen Regierung Galecki. Eine Ausnahme bildeten die Sozialdemokraten, die sich an Galecki und an das internationale Proletariat wandten. Ostgalizien läge nicht innerhalb der Grenzen des polnischen Staates, so daß Staatsbeamte dort allein Dienst auf einem unter polnischer Okkupation stehenden Territorium leisteten, und nicht, wie in dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft gefordert, im polnischen Staate. In der Einziehung Staatsbediensteter ukrainischer Nationalität zur polnischen Armee sah das Nationalkomitee das Bestreben, ukrainische Beamte aus dem Staatsdienst vor Ort zu entfernen und durch polnische zu ersetzen, sowie die Einberufung der gesamten ukrainischen Bevölkerung zum Militärdienst vorzubereiten.<sup>17</sup>

Der polnische Ministerrat befaßte sich am 12. Juli 1921 mit einem Antrag des Ministers für militärische Angelegenheiten, der eine Registrierung der Geburtsjahrgänge von 1885 bis 1902 vorsah. Die Rekrutenaushebung der Männer der Jahrgänge 1899, 1900 und 1901 ohne Rücksicht auf deren Nationalität sollte in Verständigung mit dem Innenministerium vorbereitet werden. Letztlich bildete das Bestreben, die Musterungsbedingungen auf dem gesamten Gebiet des polnischen Staates vereinheitlichen zu wollen, einen Teilaspekt der Eingliederung Ostgaliziens in den polnischen Staat. Gerade auf dem stark vom Krieg geschädigten Gebiet Ostgaliziens belastete der Wehrdienst die polnische Bevölkerung, die teilweise ihre Nationalität als ruthenisch deklarierte und zum griechisch-katholischen Ritus konvertierte, um so dem Militärdienst zu entgehen. Angesichts der schwierigen innenpolitischen Situation war zunächst nur die Registrierung der besagten Jahrgänge vorgesehen, die dann aufgrund entsprechender Sejmbeschlüsse zum Militärdienst eingezogen werden sollten. Das Kriegsministerium war sich der Tragweite seiner Initiative durchaus bewußt, worauf die Vorsicht der Formulierungen verweist. So wurde unterstrichen, daß zunächst nur die anormalen Zustände beseitigt werden sollten, und die Anordnung von der späteren Entscheidung des Ministerrats abhängig gemacht.<sup>18</sup>

### *1.1.3 Volkszählung*

Die Ausdehnung der in der Republik Polen für den 30. September 1921 vorgesehenen Volkszählung auf Ostgalizien bildete bereits seit längerem den Gegenstand von Protesten ukrainischer politischer Organisationen im Lande und in der Wiener Emigration.<sup>19</sup> Das Nationalkomitee der UNTP verwahrte sich gegen die Zählung der Bevölkerung, Wohnhäuser, Landwirtschaften und Haustiere auf das Gebiet Ostgaliziens, dessen Souverän die Entente sei. Zum einen wurde eine korrekte Er-

---

<sup>17</sup> Vgl. die Proteste des Nationalkomitees der UNTP an Galecki in der Frage der Einziehung der Staatsdiener nichtpolnischer Nationalität zur polnischen Armee und der Durchführung einer Volkszählung. Lemberg, den 3.8.1921, abgedruckt in: *Ukrajins'kyj Vistnyk*, Nr. 155, 7.8.1921.

<sup>18</sup> Vgl. Protokoll der Ministerratssitzung vom 12.7.1921 und der entsprechende Antrag des Kriegsministeriums. AAN, *Protokoły posiedzeń Rady Ministrów Rzeczpospolitej Polskiej*, Bd. 15, s. 46 Rückseite, s.66 und s. 66 Rückseite.

<sup>19</sup> Vgl. Nota Urjadu Zachidnoji Ukrajiny do Najvyščoji Rady i Sojuzu Narodiv u spravi narušennja Pol'sčejju mižderžavnych postanov vidnosno Schidnoji Halycyny. *Viden'*, dnja 26. hruhnja 1920, in: *Ukrajins'kyj Prapor*, Nr. 1, 6.1.1921.

fassung der Daten unter polnischer Okkupation angesichts des Ausnahmezustands als unwahrscheinlich angesehen. Zum anderen sah man die Aufnahme der Rubrik „Staatsangehörigkeit“ in die Fragebögen als Versuch an, die ukrainische Bevölkerung über Repressionen zu einer für sie selbst ungünstigen Entscheidung zugunsten des polnischen Staates zu zwingen.<sup>20</sup>

Dagegen verlautete aus der Lemberger Statthalterei, daß die Ostgrenzen des polnischen Staates durch den Rigaer Frieden verbindlich festgestellt worden seien. Eine Volkszählung bilde einen Verwaltungsakt, den auch ein Mandatsträger durchführen könne. Es ist jedoch fraglich, ob eine effektive Kontrolle der Zählung angesichts der starken ukrainisch-polnischen Spannungen möglich war. Die Statthalterei beabsichtigte die ukrainische Agitation mit allen Mitteln zu bekämpfen. Weiter sollte auf die ruthenische Bevölkerung beruhigend eingewirkt und ihr der Zweck der Volkszählung erklärt werden.<sup>21</sup>

Dem Präsidialamt der Wojewodschaft Lemberg zufolge wandten die Verwaltungsbehörden nur äußerst bescheidene Repressionsmittel während der Volkszählung in Ostgalizien an. Die Bevölkerung habe zu lange anhaltendem Widerstand gereizt werden können, wenn die Agitation auf günstigen Boden gefallen wäre. Zumindest in der Wojewodschaft Lemberg sollen die Erfolge der Agitation gering gewesen sein. Abgesehen von sporadischen Fällen der Verweigerung der Angaben durch „fanatisierte Teile der städtischen Intelligenz“, vor allem in Lemberg, habe die gegen die Volkszählung gerichtete Bewegung am stärksten die folgenden Kreise ergriffen: Rava Rus'ka (70 % der Bevölkerung), Bibrka (40 von 91 Gemeinden), Żovkva (20 von 75), Javoriv (30 von 70), Przemyśl (16 von 123), Staryj Sambir (10 von 56), Cieszanów (13 von 66), Sokal' (10 von 105) und Dobromil (10 von 94). In anderen Kreisen sei der Widerstand schwächer gewesen. Nur in den Bezirken Rava Rus'ka, Bibrka, Cieszanów, Javoriv und Żovkva sei für längere Zeit die Hinzuziehung von Militär erforderlich gewesen. Der ruthenische Widerstand habe jedoch nicht den Charakter einer nationalen Bewegung gehabt. Vielmehr wurden auch in der Agitation in den Vordergrund gestellte wirtschaftliche Interessen wie die Furcht vor einer Wiederkehr der Pflichtarbeit auf den Herrengütern, Abgaben, etc., als bestimmend angesehen. Einen Beweis für diese Sichtweise sah man in der gleichfalls unwilligen Haltung der polnischen bäuerlichen Bevölkerung in den westlichen Kreisen.<sup>22</sup> Auch die Wojewodschaft Ternopil' konstatierte ein Scheitern der ukrainischen Agitation, da die Volkszählung abgeschlossen werden konnte. Als Grund für den verspäteten Abschluß der Erhebungen wurde angeführt, daß die Bauern mit der Feldarbeit beschäftigt gewesen seien. Die Angaben hätten darum nur früh mor-

---

<sup>20</sup> Vgl. die Proteste des Nationalkomitees der UNTP an Galecki in der Frage der Einziehung der Staatsdiener nichtpolnischer Nationalität zur polnischen Armee und der Durchführung einer Volkszählung. Lemberg, den 3.8.1921, abgedruckt in: *Ukrajins'kyj Vistnyk*, Nr. 155, 7.8.1921.

<sup>21</sup> Vgl. Bericht aus der Statthalterei an das Außenministerium. Lemberg, den 9.8.1921. AAN, KOD, sygn. 58, s. 221-223.

<sup>22</sup> Vgl. Wojewodschaft Lemberg. Präsidialamt an Innenministerium. Lemberg, den 13.12.1921. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 161, s. 7-12.

gens oder abends gesammelt werden können, wobei man von Hütte zu Hütte ging.<sup>23</sup>

#### 1.1.4 Die Aufnahme ukrainischer und jüdischer Beamter in den Staatsdienst

Die polnische Regierung wollte nicht nur Ostgalizien in den eigenen Staat integrieren, sondern außerdem die vor Ort entstandene Situation normalisieren, um die internationale Anerkennung der *de facto* bereits bestehenden Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen zu erlangen. Bereits am 20. Oktober 1920 hatte das polnische Ministerratspräsidium darauf gedrungen, innerhalb eines Monats disziplinarische Ermittlungen gegen ruthenische und jüdische Staatsfunktionäre, die der feindlichen Haltung gegenüber dem polnischen Staat in der Zeit des polnisch-westukrainischen Krieges beschuldigt worden waren, abzuschließen; Rehabilitierte seien unverzüglich wieder in den Verwaltungsdienst aufzunehmen. Am 21. Dezember 1920 billigte die polnische Regierung einen von Unterstaatssekretär Wróblewski referierten Antrag zur Bildung einer Kommission, die sich mit der Angelegenheit der nicht in den Staatsdienst übernommenen ehemaligen österreichischen Beamten und Funktionäre ukrainischer und jüdischer Nationalität befassen sollte. In dem Antrag heißt es, daß 258 Juden und 910 Ukrainer bislang nicht in den Dienst aufgenommen worden seien, trotz ihrer Bereitschaft, einen Dienst zu leisten und sich an die bestehenden Anordnungen und Vorschriften zu halten.

Zum Abschluß der Verfahren sollte, um Mißbräuche und Willkür durch örtliche Behörden einzudämmen, eine Sonderkommission als letzte Instanz gebildet werden. Bereits die Auswahlkriterien der Kommissionsmitglieder verdeutlichen die Schwere des Problems. Diese sollten die Verhältnisse in Ostgalizien zwar genauestens kennen, die polnische Bevölkerung und polnische Beamte aus Ostgalizien, die unmittelbar von der ukrainischen Invasion betroffen gewesen seien, an diesen Kommissionen aber nicht beteiligt werden, weil man die Mehrzahl der ehemaligen Beamten ukrainischer und jüdischer Nationalität nicht allzu streng verurteilen dürfe. Stattdessen müsse der moralische Zwang, dem die ruthenische Intelligencija sich durch die zum Kampf gegen das polnische Volk entschlossene ruthenische Bevölkerung ausgesetzt gesehen habe, berücksichtigt werden. Der Vorwurf des feindlichen Auftretens gegen die polnische Gesellschaft und die Ablegung eines Dienstes der westukrainischen Regierung gegenüber dürften nicht als Ablehnungsgrund dienen. Es wurde zur Staatsnotwendigkeit erklärt, ein einvernehmliches Zusammenleben beider Völker zu erzielen.<sup>24</sup>

In Warschau war man sich der Unzulänglichkeiten polnischer Verwaltungsorgane in Ostgalizien durchaus bewußt, ohne jedoch die Mißstände beheben zu können. Angesichts der angespannten nationalpolitischen Beziehungen auf diesem Territorium blieb es bei halbherzigen Versuchen der Warschauer Regierung zu einem Ausgleich mit den ostgalizischen Ukrainern. Ein Bericht des polnischen Au-

---

<sup>23</sup> Vgl. Wojewodschaft Ternopil' an Innenministerium, ohne Datum. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 161, s. 35-36.

<sup>24</sup> Vgl. Sitzung des Ministerrats der Republik Polen vom 21.12.1920 sowie den entsprechenden Antrag vom 18.12. AAN, Protokoły posiedzeń Rady Ministrów RP, t. 12, s. 576, s. 583-584.

Benministeriums erkannte an, daß die von den Ukrainern dem Obersten Rat mitgeteilten Umstände, gestützt auf völlig glaubwürdiges Material, vielsagend von dem Unverständnis der Pflichten staatlicher Einrichtungen zeugten:

„Der Grund dafür ist vor allem die Bereitschaft, in jedem Ukrainer einen Verbrecher zu sehen, den man des Verbrechens des Staatsverrats bezichtigen kann.“<sup>25</sup>

Die anschließende Übertragung der Schuld Einzelner auf das ganze ukrainische Volk, das aus diesem Grunde auf rücksichtsloseste Art verfolgt werde, erzeuge den Unwillen der ukrainischen Bevölkerung auf die polnischen Behörden. Unter diesen Umständen fände die antipolnische Agitation gerade unter den Bauern leicht Gehör. Neben den innenpolitischen Aspekten verwies der Bericht auf Übereinstimmungen in den Stellungnahmen westlicher Staatsmänner mit dem Inhalt der Denkschriften von Petruševyč. Das Außenministerium stellte abschließend fest, daß der faktische Zustand in Ostgalizien die Chancen auf die internationale Anerkennung der staatlichen Zugehörigkeit dieses Territoriums zu Polen beträchtlich verringere.

## ***1.2 Die Wiener Exilregierung um Petruševyč***

### *1.2.1 Neuorientierung: Ostgalizien als „Schweiz des Ostens“*

Das Organ der Exilregierung Petruševyč würdigte den Abschluß des Vorfriedens von Riga in einer ersten Stellungnahme als „Beginn einer neuen Etappe in der Politik des Ostens“. Es spricht aber für die streng rechtliche Denkweise der ostgalizisch-ukrainischen Politik, wenn der Vorfrieden von Riga gleichzeitig als „Übergangsetappe“ eingestuft wurde, da er von anderen europäischen Staaten wie England, Frankreich und Italien sowie den Vereinigten Staaten nicht anerkannt worden sei.<sup>26</sup> Zuvor hatte die westukrainische Exilregierung zumindest im geheimen auf einen Sieg der Bolševiki gegen Polen als den eigenen „Erzfeind“ gehofft. Jetzt stellte sie die ukrainische Frage vor der Entente als Mittel zur Untergrabung der bolševistischen Herrschaft dar. Wiener politische Kreise um den Diktator Petruševyč bezweifelten vor allem die Dauerhaftigkeit der in Riga getroffenen Vereinbarung. Nach Ansicht Nazaruks werde sich keine Regierung Rußlands auf Dauer mit der Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen abfinden. Die Ostgalizienfrage sei nur aufgeschoben: „Sie wird wie der Geist des Banko über Polen stehen, bis sie es zurück ins Grab jagt.“<sup>27</sup> Von einem Sieg der Bolševiki gegen Polen erwarteten die ostgalizischen Ukrainer zumindest die faktische Vereinigung der ukrainischen Territorien. Die „Zerstörung Polens“ und das Vordringen des Bolševismus in die Mitte Europas schufen augenblicklich Verständnis für die ukrainische Sache auf seiten der Entente.<sup>28</sup>

---

<sup>25</sup> Vgl. Die Situation in Ostgalizien auf der Grundlage der Noten Dr. Petruševyčs an den Botschafterrat. Kopie eines offenbar im März 1921 angefertigten Berichts des Warschauer Außenministeriums ohne Nennung von Ort und Datum. AAN, KOD, sygn. 59, s. 288-292. Zum folgenden siehe ebenda.

<sup>26</sup> Vgl. Nove položennja na Schodi i Ukrajina, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 53, 16.10.1920.

<sup>27</sup> Osyj Nazaruk, Ryga, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 54, 21.10.1920.

<sup>28</sup> Vgl. Na peredodni velykych podij, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 61, 4.12.1920.

Der „Ukrajins'kyj Prapor“ befaßte sich erst Ende Dezember 1920, mehr als zwei Monate nach Abschluß des Vorfriedens von Riga, erneut mit wesentlichen staatsrechtlichen Momenten der Ostgalizienfrage. Den Ausgangspunkt der eigenen Politik suchte die Zeitung darin, daß Ostgalizien bis 1918 zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehört hatte. In Artikel 91 des Friedensvertrags von Saint Germain verzichtete Österreich-Ungarn auf alle Rechte auf Territorien, deren staatsrechtlichen Status die Pariser Friedenskonferenz noch nicht geregelt hatte. Zu diesen Gebieten zählte Ostgalizien, das gemäß der Bevollmächtigung des Obersten Rats vom 25. Juni 1919 zwar von der polnischen Armee besetzt worden war. Auf Entscheidung des Obersten Rats vom 11. Juli 1919 sollte Polen jedoch nur dann mit der Einführung einer Ziviladministration in Ostgalizien bevollmächtigt werden, wenn es sich der Entente gegenüber vertraglich verpflichtete, diesem Territorium Territorialautonomie einzuräumen und seiner Bevölkerung politische, konfessionelle und persönliche Freiheiten zuzuerkennen. Das Selbstbestimmungsrecht sollte grundsätzlich in letzter Instanz von der Bevölkerung Ostgaliziens ausgeübt werden. Nach staatsrechtlichen Gesichtspunkten war es zwar richtig, daß Polen nur das Mandat zur „provisorischen Besetzung Ostgaliziens“ besaß. Der Abschluß des Vorvertrags von Riga relativierte jedoch die Verfügungsgewalt der Entente über Ostgalizien zu einer Formalität. Polen war nunmehr ein Staat mit festen Grenzen, denen allein die völkerrechtliche Anerkennung bislang versagt geblieben war. Zwar hatte die Entente die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen noch nicht anerkannt, verfügte aber andererseits über keine ausreichenden Druckmittel, um die Abtrennung des strittigen Gebiets von Polen durchsetzen zu können.

Ende April 1921 erhielt Petruševyč eine Depesche Vytvyč'kyjs, dem zufolge die Ostgalizienfrage möglicherweise kurz vor der Entscheidung stünde. Petruševč wollte in erster Linie polnische Bestrebungen auf die offizielle Anerkennung der Angliederung Ostgaliziens an den polnischen Staat zunichte machen. Dazu erachtete er die Ausarbeitung einer Verfassung für Ostgalizien, das einen unabhängigen, souveränen Staat unter Schutz der Ententestaaten oder des Völkerbunds bilden sollte, für notwendig. Interessant ist die Diskussion innerhalb des Rates der Bevollmächtigten des Diktators über Bezeichnung und Territorium des eigenen Staates. Kost' Levyc'kyj schlug den Staatsnamen „ostgalizisch“ (halyč'ka) vor, weil die Bukowina unter rumänischer und die Karpathoukraine unter tschechischer Herrschaft stünden. Es sei unnötig, auch diese „Feinde“ zu berühren. Polnischen Kolonisten sollten nicht nur die Teilnahme an einem Plebiszit über die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit des Landes, sondern nach Möglichkeit auch Bürgerrechte verwehrt bleiben.<sup>29</sup>

Nach Ansicht des „Ukrajins'kyj Prapor“ gab es zwischen Mittel- und Osteuropa nur Raum für einen polnischen Staat auf ethnographischer Grundlage. Die Zeitung berief sich bei ihren Ausführungen auf die Ansicht des ehemaligen Abgeordneten der Stadt Lemberg im österreichischen Reichsrat Ernest Breiter, daß die Zuerkennung nationalstaatlicher Rechte an die Ukrainer im Lebensinteresse der

---

<sup>29</sup> Vgl. Notizen Nazaruks nach dem 23.4.1921 zur Diskussion über die Verfassung eines ostgalizischen Staates im Rat der Bevollmächtigten des Diktators. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 38-40 Rückseite.

Polen selbst liege: „Dieses Territorium gibt niemand den Polen, und mit Gewalt können sie es nur kurze Zeit halten.“<sup>30</sup> Nazaruk kennzeichnete Breiter als idealistischen Polen, dem zufolge man das menschliche Miteinander in Ostgalizien nur nach dem Muster des Zusammenlebens dreier Völker in der Schweiz, aber nicht durch die Herrschaft eines Volkes über ein anderes einrichten könne.<sup>31</sup> Breiter befürwortete die Neutralisierung Ostgaliziens, das einen eigenständigen Staat unter dem Protektorat des Völkerbunds bilden sollte. Nach seiner Ansicht bildete die Schaffung eines ostgalizischen Staates nicht nur einen Teilaspekt zu einer Stabilisierung der politischen Lage in Ostmitteleuropa über die dauerhafte Trennung der beiden „Todfeinde“ Polen und Rußland. Das auf seine ethnographischen Gebiete begrenzte Polen „kristallisiere“ innerlich und erstarke politisch sowie moralisch. Gleichzeitig könnte die das Territorium Ostgaliziens umfassende „ostgalizische Republik“, in der alle Nationalitäten die gleichen politischen, kulturellen und religiösen Rechte besäßen, einen „idealen“ Staat bilden. Ostgalizien sei vom Territorium her größer als die Schweiz und verfüge wegen seiner reichen Bodenschätze über ausreichende wirtschaftliche Ressourcen zu staatlicher Eigenständigkeit. Die Ganzheit der vom Völkerbund garantierten politischen, kulturellen und religiösen Rechte würde den Polen Ostgaliziens alle Möglichkeiten zur Bewahrung und Entwicklung des Polentums und eines entsprechenden Einflusses auf das Schicksal dieses Landes bieten. Jeder ehrliche Pole, der nicht von Chauvinismus infiziert sei, solle für eine eigenständige, freie ostgalizische Republik ohne Unfreie und Herren kämpfen. Anhänger für die Idee der Schaffung einer Kette unabhängiger Staaten, die von der Ostsee bis ans Schwarze Meer Polen von Rußland trennten, machte Breiter nicht nur unter Litauern und Weißrussen, sondern auch unter Entscheidungsträgern der Entente in London und Paris aus.<sup>32</sup> Ein neutrales Ostgalizien bot nach Ansicht des „Ukrajins'kyj Prapor“ allen seinen Nationalitäten die Grundlage zu intensiver wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, „mit einem Wort: Schafft auf dem ostgalizischen Territorium eine Schweiz“.<sup>33</sup> Die Tätigkeit Breiters im Umfeld von Petruševyč konnte unter der damaligen polnischen Öffentlichkeit nur auf schärfste Zurückweisung stoßen. Wohl auch darum kehrte Breiter später nicht nach Polen zurück, sondern starb 1935 in großer Armut in Wien.

Die Regierung Petruševyč sah sich zu einer Festigung ihrer Position gegenüber politischen Organisationen der Ukrainer im Lande selbst gezwungen. Dazu legte sie ein Projekt zum Staatsaufbau der ostgalizischen Republik vor, die ein eigenständiger und souveräner Staat sein sollte, der allen Bürgern ohne Rücksicht auf Nationszugehörigkeit Gleichberechtigung garantiere. Neben der ukrainischen wurden die polnische und die jüdische als Nationen anerkannt. Andere Nationalitäten erhielten Minderheitenstatus, deren Rechte und Schutz die Verfassung sicherstellte.

---

<sup>30</sup> Vgl. Nevtral'na schidno-halyč'ka deržava, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 16, 23.4.1921.

<sup>31</sup> Breiter, dessen Position von ostgalizischen Polen als Verrat an der nationalen Sache aufgefaßt wurde, kehrte nicht in seine Heimat Ostgalizien zurück. Nazaruk hatte noch 1930 Skrupel, über Breiter zu schreiben, um ihm für den Fall seiner Rückkehr nicht zu schaden. Vgl. Nazaruk, Halyč'ka delegacija, S. 4, S. 84f.

<sup>32</sup> Vgl. Ernest Teodor Breiter. Do zemljakiv Schidnoji Halyčyny! Viden', v kvitni 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 16, 23.4.1921.

<sup>33</sup> Ebenda.



Der 1. November 1918 wurde als Stichtag für die Erlangung der Bürgerrechte festgelegt, so daß der Teil der polnischen Bevölkerung, der sich nach diesem Datum als Kolonist in Ostgalizien niedergelassen hatte, davon ausgeschlossen blieb. An der Spitze der ostgalizischen Republik sollte ein nach dem demokratischen Wahlrecht für sechs Jahre gewählter Staatspräsident stehen. Die Verteilung der Abgeordnetenmandate sollte in proportionaler Beziehung der Anzahl des Volkes zur allgemeinen Zahl der Staatsbevölkerung erfolgen. Gleichfalls nach einem Nationalitätenschlüssel sollten die Mitglieder der Staatsministerien ernannt und auch bei der Besetzung anderer Verwaltungsplätze die nationalen Verhältnisse berücksichtigt werden. Für alle Hauptnationen war die Organisierung von Schulen im Bedarfsfall vorgesehen, Universitäten und andere Hochschulen sollten allen zugänglich sein. Die innere Verwaltungssprache sollte das Ukrainische sein, äußere Verwaltungssprachen ukrainisch, polnisch und jiddisch (żydivs'ka). Allen Bürgern der ostgalizischen Republik wurden allgemeine bürgerliche Freiheiten zugesagt. Dies sei ihr Weg zur Lösung der Ostgalizienfrage. Auf diesen Weg riefte die ukrainische Mehrheit der Bevölkerung Ostgaliziens beide nationale Minderheiten, die polnische und die jüdische, im Namen der Kultur, des Friedens und der Gerechtigkeit vor das Weltforum.<sup>34</sup>

Stepan Rudnyc'kyj plazierte Mitte August 1921 im „Ukrajins'kyj Prapor“ einen Artikel mit dem Titel „Ostgalizien und die Einheitsukraine“, in dem er Ostgalizien die Rolle eines ukrainischen Piemonts zuwies: „Denn bis das osteuropäische Chaos sich geordnet hat, gibt der ostgalizische Staat allen schöpferischen Elementen der gesamten Ukraine die einzige Möglichkeit zur soliden Vorbereitungsarbeit in allen erforderlichen Richtungen“. Die aktuelle Etappe beim Bau der Einheitsukraine sei die Bildung eines neutralen ostgalizisch-ukrainischen Staates.<sup>35</sup> Politische Kreise um Petruševyč idealisierten zwar Ostgalizien als „Schweiz des Ostens“. Dennoch dürften die von Rudnyc'kyj vertretenen Ansichten von einer ukrainischen Prägung des künftigen ostgalizischen Staates denen von Petruševyč nahe gekommen sein.

### *1.2.2 Agitation für eine ostgalizische Eigenstaatlichkeit bis August 1921*

Nachdem der Oberste Rat am 26. Januar 1921 die Unabhängigkeit Estlands und Lettlands anerkannt und damit die Beziehungen im Nordosten konsolidiert hatte, sah der „Ukrajins'kyj Prapor“ die rechte Zeit gekommen, den staatsrechtlichen Status des im Südosten gelegenen Ostgaliziens zu entscheiden. Im Namen der UNRada forderte Petruševyč die unverzügliche Anerkennung des Staates Ostgalizien, der allen Bürgern ungeachtet ihrer Nationalität die gleichen Rechte einräume. Die polnische Okkupation sollte beendet und die Herrschaft der um Abgeordnete der nationalen Minderheiten ergänzten UNRada übergeben werden. Eine Übergabe der provisorischen Verwaltung an eine von der örtlichen Bevölkerung auf der Grundla-

<sup>34</sup> Vgl. Dolja Schidnoji Halyčyny z pryvodu pryhotovlennja projektu osnov deržavnoho ustroju Halyč'koi Respublyky, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 22, 4.6.1921. Zum Projekt einer Verfassung für die ostgalizische Republik siehe: Konstytucija dlja Schidnoji Halyčyny, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 24, 18.6.1921.

<sup>35</sup> Vgl. Halyčyna ta Soborna Ukrajina, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 32, 13.8.1921.

ge eines Nationalitätenschlüssels zu bildende Behörde wäre einer faktischen Einführung der ukrainischen Herrschaft in Ostgalizien gleichgekommen, wenn auch unter dem Protektorat einer vom Obersten Rat zu ernennenden zwischenstaatlichen Kommission.<sup>36</sup>

Tomašivs'kyj zufolge sollte aus Ostgalizien, Teilen der Bukowina, dem Cholmer Land, Wolhynien, Podlesien und der Karpathoukraine eine Verwaltungseinheit gebildet werden. Bereits diese weitreichenden territorialen Zielsetzungen waren kaum umsetzbar; er bezeichnete das Statut des Obersten Rats für Ostgalizien als „einzig großen Fehlschlag“, weil es dessen territoriale Unversehrtheit und das Selbstbestimmungsrecht seiner Bevölkerung mißachte. Ostgalizien erhalte weder Autonomie noch Selbstverwaltung, sondern werde wie eine polnische Provinz behandelt. Die Entente und der Völkerbund besäßen keine maßgeblichen Einflußmöglichkeiten, so lange Polen nicht durch einen Krieg besiegt worden sei. Das provisorische Mandat für Ostgalizien sollte an einen besser geeigneten Nachbarstaat übertragen werden, weil Polen wegen seiner „inhuman terroristic and rapacious administration“ die für ein internationales Mandat erforderliche Kompetenz verloren habe.<sup>37</sup>

Politische Kreise um Petruševyč entfalteten eine verstärkte Propagandatätigkeit für einen westukrainischen Staat vor dem Völkerbund.<sup>38</sup> Vom 15. bis 16. November 1920 befand sich eine Delegation aus Kost' Levyc'kyj, Ernest Breiter und Stepan Vytvyč'kyj unter Führung von Petruševyč beim Völkerbund in Genf. In einem offenbar an die politische Führung der Ukrainer in Ostgalizien gerichteten Rechenschaftsbericht wurde es zum eigenen Ziel erklärt, Mißbräuche der als Okkupationsregime bezeichneten polnischen Herrschaft in Ostgalizien vor den Augen von Delegierten aus aller Welt aufzuzeigen. Zwar versicherte der Bericht die Geneigtheit führender Ententedelegationen dem ukrainischen Standpunkt gegenüber: England sollte die Bildung eines gesonderten Ostgalizien unter internationaler Kontrolle befürworten. Frankreich sei zwar mit Polen in einer Interessengemeinschaft verbunden, jedoch gestünden einige Kreise Fehler in der Behandlung der Ostgalizienfrage ein. Die Vereinigten Staaten stimmten gemäß Berichten des dortigen westukrainischen Vertreters ebenfalls der Schaffung eines eigenständigen ostgalizischen Staates zu. Italien und Japan stünden dem englischen Standpunkt näher als dem französischen, ohne jedoch selbst die Initiative übernehmen zu wollen. Der Völkerbund sei aber nicht entscheidungsbefugt.

Die ukrainische Delegation in Genf entschied sich daraufhin, die eigene Sache nicht zu forcieren. Ungeachtet dessen sollte der Völkerbund aufgefordert werden, das Recht des ukrainischen Volkes auf nationale Selbstbestimmung zu unterstützen. Die Herrschaft sollte in Ostgalizien vorübergehend durch eine entsprechend einem Nationalitätenschlüssel gebildete Regierung ausgeübt werden. Es sei zur Zeit nicht angezeigt, die Ostgalizienfrage auf die Tagesordnung des Völker-

<sup>36</sup> Vgl. Deržavna Nota Urjadu ZUNR do členiv Najvyššoji Rady Myrovoji Konferenciji. Viden', dnja 8. ljutoho 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 6, 12.2.1921.

<sup>37</sup> Vgl. Stepan Tomašivs'kyj, A scheme that failed (Critical analysis). London, den 14.12.1920. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 46, ark. 196-274.

<sup>38</sup> Vgl. Bericht des polnischen Botschafters in Wien vom 19.11.1920 zu Tätigkeit der ostgalizischen Ukrainer und bolshevistischer Agenten in Wien. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 442, s. 42.

bunds zu bringen, da sie dort zurückgewiesen werde und dann zu einem gewissen Grad bereits vorentschieden sei.<sup>39</sup> Reinlender, der in den Besitz des Berichts durch eine in der Wohnung des Vorsitzenden des Sekretärs des „Ukrainischen Bürgerkomitees“ Volodymyr Celevyč erfolgte Revision gelangt war, sah in den Ausführungen wohl zu Recht ein Eingeständnis eigenen politischen Scheiterns. Nach Ansicht des Lemberger Polizeidirektors begannen vernünftiger Politiker aus dem Lager der UNTP nun Petruševyč' politische Tätigkeit realistisch zu betrachten.<sup>40</sup>

Ebenso wie Reinlender zeichnete auch Szarota ein negatives Ergebnis der ukrainischen Intervention beim Völkerbund. Englische Delegierte wie G. N. Barnes und Arthur James Balfour hätten nur allgemein versichert, daß die Ostgalizienfrage im Kontext des ganzen Komplexes östlicher Angelegenheiten erneut untersucht werde. Unterstützung fand Petruševyč bei der litauischen Delegation und dem „Jewish Action Committee“, das die Begrenzung des polnischen Staates auf ethnographisch polnische Gebiete postulierte. Die Politik des Komitees, das Ostgalizien von Polen abgetrennt sehen wollte, entsprach der von Petruševyč.<sup>41</sup>

Der Völkerbund befaßte sich auf seiner Sitzung vom 23. Februar 1921 in Paris mit den von der Wiener Exilregierung am 28. November und 4. Dezember 1920 eingereichten Denkschriften. Aus Sicht der Ukrainer bildete die Entscheidung des Völkerbunds einen Erfolg, da er Ostgalizien als ein außerhalb der Grenzen des polnischen Staates befindliches Territorium einstufte und Polen allein als militärischer Okkupant Ostgaliziens bezeichnet wurde. Die Souveränitätsrechte über das zwischen Ukrainern und Polen strittige Gebiet wurden den Ententestaaten zugeordnet. Zwar bestätigte der Völkerbund in seinem Beschluß, gegen den der Delegierte Polens Tobiasz Aszkenazy formellen Protest einlegte, im wesentlichen die Auffassung der ostgalizischen Ukrainer hinsichtlich des gegenwärtigen internationalen Zustands der Ostgalizienfrage. Gleichzeitig erklärte der Völkerbund sich jedoch als nicht zuständig bezüglich der ihm vorgelegten Forderungen, die er an den Botschafterrat als das allen Ententestaaten gemeinsame Organ delegierte.<sup>42</sup> Letztlich hatte nur das Prestige des polnischen Staates vor einem internationalen Gremium gelitten, ohne daß die ostgalizischen Ukrainer aus dessen Entscheidung Nutzen ziehen konnten.

Tomašivs'kyj, der für Petruševyč in London tätig war, hatte dem Bevollmächtigten des Diktators für Äußeres Kost' Levyč'kyj bereits am 5. April mitgeteilt, daß ihre Politik sich in einem sehr kritischen Stadium befände und in einer beschämenden Bankrotterklärung zu enden drohe, wenn sie nicht in den nächsten zwei bis drei Monaten etwas erreichten. Ihr Maximalprogramm paralysiere jede sachliche Diplomatie. Weder Vytvyč'kyj noch er selbst könnten irgendeinen prak-

---

<sup>39</sup> Vgl. Polnische Übersetzung des Rechenschaftsberichts zur Tätigkeit einer Delegation aus Kost' Levyč'kyj, Ernest Breiter und Vytvyč'kyj unter Führung von Petruševyč in Genf beim Völkerbund vom 15. bis 16.11.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5341, s. 7-12.

<sup>40</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 5.1.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5341, s. 4-6.

<sup>41</sup> Vgl. Polnische Botschaft in Wien an Außenministerium. Warschauer Abschrift, datiert auf den 21.12.1920. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 442, s. 47f.

<sup>42</sup> Vgl. Vyrışennja deržavno-pravnoho stanovyšča Schidnoji Halyčyny Radoju Sojuzu Narodiv, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 9, 5.3.1921.

tischen Schritt unternehmen, der von der politischen Linie Petruševyčs abweiche.<sup>43</sup> Nach dem 12. April äußerte Tomašivs'kyj in einem Schreiben an Vytvyč'kyj, daß sie völlig verloren hätten, wenn es ihnen nicht gelänge, ihre Sache zusammen mit der Festlegung der Grenzen in Oberschlesien durchzusetzen.<sup>44</sup>

Die Regierung Petruševyč hoffte, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur Deutschen und Polen, sondern auch Polen und Ukrainern gegenüber zur Grundlage der Entscheidung genommen würde.<sup>45</sup> Dazu versuchte sie die Ententestaaten zu einer Verknüpfung der Oberschlesienfrage mit der Ostgalizienfrage zu bewegen. Tomašivs'kyj richtete im Mai in London an Lord Curzon die Forderung, daß beide Angelegenheiten im Junktim zusammen entschieden werden sollten. Curzon antwortete jedoch nur allgemein, daß die Ostgalizienfrage gesondert entschieden werde und die Regierung Großbritanniens sich ihrer Bedeutung bewußt sei. Nazaruk, der die Aussichten der Politik von Petruševyč mit großer Skepsis beurteilte, notierte daraufhin: „Dies ist der erste Tag, an dem ich denke, daß ich nicht einer Komödie diene, sondern einer Sache, die ernsthaft behandelt werden kann“.<sup>46</sup> Der Pessimismus im Lager Petruševyč wurde durch finanzielle Engpässe verschärft. Petruševyč rechnete nach wie vor mit einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Polen, etwa für den Fall eines ukrainischen Aufstands in Ostgalizien.<sup>47</sup>

Stepan Vytvyč'kyj, der die diplomatischen Bestrebungen von Petruševyč in Paris und in London koordinierte, übte am 14. Juni 1921 innerhalb des Kreises von Petruševyč und dessen Vertrauten scharfe Kritik an der seit der Staatsgründung im November 1918 von den Westukrainern verfolgten Politik. Nur die Westukrainer hätten einen Staat gegen alle errichtet: gegen die Entente, Polen, Rumänien, die Bolševiki, das demokratische Rußland und selbst gegen die Ostukraine. Letztere habe den Kampf gegen Polen abgelehnt. Nach den Vorstellungen Vytvyč'kyjs sollte die Ukraine in Rußland ihre schöpferischen Kräfte beweisen und Teil eines großen Organismus werden. Er befürwortete eine enge Anbindung Ostgaliziens an ein demokratisches Rußland und hatte dessen Vertreter in Paris um Hilfe ersucht. Die ostgalizischen Ukrainer sollten alle ihre Kräfte gegen Polen richten. Von Vertretern der englischen und der französischen Regierung sei er informiert worden, daß Projekte zur Lösung der Ostgalizienfrage bereits in Vorbereitung seien. Vytvyč'kyj

<sup>43</sup> Vgl. Kopie von Brief Tomašivs'kyjs an Kost' Levyc'kyj, 5.4.1921. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 104, ark. 35-36.

<sup>44</sup> Sollte die Ostgalizienfrage unabhängig von der Oberschlesiens entschieden werden, so müßten sie einen neuen Krieg abwarten: „Aber was bleibt dann von unserem Ostgalizien“? Vgl. Entwurf zu Brief Tomašivs'kyjs an Vytvyč'kyj, verfaßt nach dem 12.4.1921. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 104, ark. 37. Tomašivs'kyj kündigte seinen Dienst bei Petruševyč im Juli 1921, um nicht für dessen politisches Scheitern mitverantwortlich zu sein. Die Idee eines ostgalizischen oder ostgalizisch-wolhynischen Staates, auch in neutraler Form, schätzte er spätestens seit dem Vorfrieden von Riga als utopisch ein. Er drang vergeblich darauf, rechtzeitig für die ukrainischen Gebiete diesseits des Zbruč auf international-rechtlichen Grundlagen volle Autonomie zu erlangen. Vgl. Lyst do redakciji, in: Dilo, 23.06.1923, S. 3-4.

<sup>45</sup> Vgl. Pol's'ka vjna na Zachodi, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 19, 14.5.1921.

<sup>46</sup> Vgl. Notiz von Nazaruk zu Gespräch mit Petruševyč unter dem 18.5.1921. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 54 Rückseite.

<sup>47</sup> Vgl. Notiz Nazaruks unter dem 31. Mai 1921. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 63-64. Nazaruk hielt fest, daß ihm bereits nur an einer möglichst reibungslosen Liquidierung der Regierung liege. Alle, die sich nicht politisch gegen Polen engagierten, sollten weggeschickt werden.

ging davon aus, daß bis September 1921 eine für die Ukrainer günstigere Entscheidung als die bislang von der Entente unterbreiteten Vorschläge fallen müsse. Ostgalizien werde entweder breite Territorialautonomie in Verbindung mit Polen erhalten, oder als selbständiger Staat konstituiert werden. Insofern, als Vytvyč'kyj die auf die Eigenständigkeit eines ostgalizischen Staates abzielende Politik von Petruševyč gewahrt sehen wollte, erscheint die Randbemerkung Nazaruks verständlich: „Wo sind die Konsequenzen?“<sup>48</sup>

Petruševyčs Versuch, die eigene Politik zu rechtfertigen, verdeutlicht die allgemeine Orientierungslosigkeit der ostgalizisch-ukrainischen Politik dieser Zeit. Die Feststellung, daß die Westukrainer gegen die Entente gekämpft hätten, wies er zurück. Zutreffender sei die gegenteilige Kritik an ihrer allzu einseitigen Orientierung auf die Entente. Ein Bündnis mit Rußland lehnte er ab, weil dieses aus Sicht der Ostukrainer ein ebenso großer Feind des ukrainischen Volkes sei, wie Polen aus Sicht der Westukrainer. Aus taktischen Gründen hielt er den Widerstand gegen ein Ostgalizienstatut für notwendig: „Wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß das Statut das Todesurteil für uns ist, dann erhalten wir vielleicht etwas.“ Darum sollte geklärt werden, welche Bestimmungen des Statuts für sie annehmbar seien. Eher denkbar als ein Aufstand seien terroristische Aktionen. Petruševyč appellierte, die Hoffnung auf die Anerkennung der Eigenständigkeit nicht aufzugeben.<sup>49</sup> Schon aus taktischen Gründen sollte die eigene zum Maximalismus tendierende Politik fortgesetzt werden. Er zeigte sich Anfang Juli von den Erfolgsaussichten der eigenen Politik so sehr überzeugt, daß er die Rückkehr nach Ostgalizien bis Mitte September für möglich hielt.<sup>50</sup>

Polen wurde wegen seines hohen nichtpolnischen Bevölkerungsanteils in Analogie zu dem vormaligen Österreich-Ungarn und der Türkei als „mosaikartiger Staat“ ohne Lebensfähigkeit bezeichnet. Die Ausführungen des „Ukrajins'kyj Prapor“ muten merkwürdig an, da es die ostgalizischen Ukrainer gewesen waren, die dem österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat bis zuletzt die Treue gehalten hatten und auch ein unabhängiger Staat Ostgalizien einen bedeutenden Anteil nicht-ukrainischer Bevölkerung besessen hätte. Sogar dann, wenn das „polnische Gerede“ über die nationale Unreife der Litauer, Weißrussen und Ukrainer wahr sei, seien alle Rechnungen der Polen ohne den Wirt gemacht, das heißt ohne Moskau. Als mittelgroßer Nationalstaat jedoch bilde Polen im Interesse des zukünftigen Friedens eine Notwendigkeit.<sup>51</sup>

Erste Nachrichten, denen zufolge die polnische Regierung die ostgalizischen Ukrainer über eine Autonomieregelung für eine Verbindung mit Polen gewinnen wolle, wurden als Schwäche der polnischen Seite und Erfolg der Einheitsfront dar-

<sup>48</sup> Vgl. Notizen Nazaruks zu Vortrag Vytvyč'kyjs vom 14.6.1921 in Wien. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 74-77.

<sup>49</sup> Vgl. Notizen Nazaruks zu Entgegnung Petruševyčs auf die Ausführungen Vytvyč'kyjs vom 14.6.1921 in Wien. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 78-80.

<sup>50</sup> Vgl. Eintrag im Notizbuchs Nazaruks zu Äußerung Petruševyčs vom 1.7.1921: „Bis Mitte September kehren wir ins Land zurück.“ Nazaruk hielt daraufhin seine eigene Ansicht fest, daß man vor dem Winter nicht einmal daran zu denken brauche. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 101.

<sup>51</sup> Vgl. Čy Pol'šča jako velyka deržava zdibna do žyttja?, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 28, 16.7.1921.

gestellt.<sup>52</sup> Nach dem Pariser Statut und der Gründung einer gesonderten ukrainischen Universität hätten die Polen sich einen neuen politischen Betrug ausgedacht: eine Autonomie für Ostgalizien.<sup>53</sup>

Versuche der Warschauer Regierung, die ukrainische Bevölkerung über etwaige Zugeständnisse auf kulturellem Gebiet für den polnischen Staat zu gewinnen, wurden von politischen Kräften um Petrushevych zurückgewiesen. Kost' Levyckyj stellte in einem Artikel unter der bezeichnenden Überschrift „Übereinkunftsangriff“ fest, daß das ukrainische Volk Ostgaliziens jedwede Verhandlungen mit Polen zurückweise und die völlige Unabhängigkeit in Form eines ostgalizischen Staates freier Völker anstrebe. Weder die „Übereinkunftsangriffe“ des polnischen Staates mit Täuschungsprojekten von Universitäten und Autonomien, noch Korruptionsversuche schwacher Individuen oder Repressionen hätten aus der ukrainischen Front in Ostgalizien auch nur eine einzige Partei oder Personengruppe für die polnische Staatlichkeit gewonnen. Levyckyj führte alte Erfahrungen und das bestehende Okkupationsregime als Beweis dafür an, daß die Polen mit allen Mitteln die kulturelle, wirtschaftliche und politische Vernichtung des ukrainischen Volkes beabsichtigten. Falls das polnische und jüdische Volk sich nicht auf die Grundlage eines unabhängigen Staates Ostgalizien verständigen wollten, sollte der Oberste Rat der Friedenskonferenz als das „moderne Tribunal der Völker Europas“ über sie richten.<sup>54</sup> Sowohl unter den Ukrainern in Ostgalizien selbst als auch in der Wiener Emigration überwog die unnachgiebige Haltung gegenüber dem polnischen Staat. Zudem wurden Autonomieprojekte von der örtlichen polnischen Bevölkerung gleichsam als Bedrohung des polnischen Besitzstandes zurückgewiesen. Polnisch-ukrainische Ausgleichsbestrebungen besaßen so kaum Erfolgsaussichten.

### *1.2.3 West- und Ostukrainer im Wiener Exil*

In einem Rückblick auf die Ereignisse des Jahres 1920 stellte der „Ukrajins'kyj Prapor“ fest, daß das ukrainische Volk seit den wegen des Verfalls des Hetmanats als „Ruine“ (ukr. rujina) bezeichneten 1670er Jahren kein so schweres Jahr habe durchleben müssen. In diesem Jahr, als alle europäischen Völker bereits ihre Staaten hatten, fielen die letzten Anzeichen ihrer staatlichen Eigenständigkeit. Das neue Jahr beginne jedoch unter dem Zeichen der inneren Konsolidierung, weil sich politische Parteien der West- und Ostukraine sowie des Kuban' in der Wiener Emigration auf einer gemeinsamen Plattform zusammengefunden hätten.<sup>55</sup> Die westukrainische Regierung behielt sich jedoch eine eigene innere und äußere Politik zu vor.<sup>56</sup>

<sup>52</sup> Vgl. *Polonia militans*, in: *Ukrajins'kyj Prapor*, Nr. 29, 23.7.1921, sowie ebenda: *Pol's'ka „avtonomija“ dlja Schidnoji Halyčyny*. Zur ukrainischen Einheitsfront und ihrer Genese siehe Abschnitt 1.3.1 dieses Kapitels.

<sup>53</sup> Vgl. „*Osnovy*“ *pol's'koji polityky suproty Schidnoji Halyčyny*, in: *Ukrajins'kyj Prapor*, Nr. 30, 30.7.1921.

<sup>54</sup> Vgl. *Kost' Levyckyj, Uhdovyyj nastup*, in: *Ukrajins'kyj Prapor*, Nr. 34, 27.8.1921. Der Titel des Artikels war dem „*Ukrajins'kyj Vistnyk*“ entlehnt, der unter dieser Überschrift in Nr. 160 vom 13.8. zu Übereinkunftsprojekten ostgalizischer polnischer Abgeordneter berichtete, ohne diese zu kommentieren, da seine Ansichten „allgemein bekannt“ seien.

<sup>55</sup> Vgl. *Z novym rokom*, in: *Ukrajins'kyj Prapor*, Nr. 1, 6.1.1921.

<sup>56</sup> Vgl. *Naše objednannja*, in: *Ukrajins'kyj Prapor*, Nr. 2, 15.1.1921.

Der in Wien am 27. Dezember 1920 gebildete Allukrainische Rat (Vseukrains'ka Nacional'na Rada – VUNRada) blieb letztlich eine Episode in der ukrainischen Emigrationsgeschichte. Das Territorium, als dessen Vertreter die einzelnen hier vertretenen Parteien auftraten, gehörte zu den Staaten Polen, Rumänien beziehungsweise der Sowetukraine. 18 von 75 vorgesehenen Sitzen in der VUNRada erhielten Vertreter der Westukraine.<sup>57</sup>

Bereits auf der ersten Sitzung der VUNRada am 1. Februar 1921 wurden die unterschiedlichen politischen Auffassungen zwischen West- und Ostukrainern unübersehbar, besonders prägnant in der Rede Nazaruks. Dieser wandte sich zunächst gegen die Meinung des ostukrainischen Sozialisten-Föderalisten Sljuzarenko, dem zufolge Ostgalizien zwar das kulturelle, aber nicht das politische Zentrum der Ukraine bildete. Nazaruuk meinte, daß nur Rußland über die Vereinigung aller ukrainischen Gebiete unter seiner Herrschaft die „sobornist“ der Ukraine verwirklichen könne, und warnte vor Schritten gegen das bolschewistische Rußland. Zwar bekräftigte er die Gültigkeit des Beschlusses der UNRada vom 3. Januar 1919 über die Bildung eines gesamtukrainischen Staates auf föderativen Grundlagen, Ostgalizien jedoch sollte bis zum Zusammentritt einer gesamtukrainischen Konstituante in Kyjiv einen gesonderten Staat mit eigener Regierung, Armee und Auslandsvertretung bilden.<sup>58</sup>

Der polnische Botschafter Szarota berichtete am 19. Februar aus Wien von einem Gespräch mit Hrekiv, daß Petruševyč von der VUNRada nur gelitten werde; man hoffe, daß dessen erfolglose Politik seine politischen Vertrauten gegen ihn aufbringe. Dann stehe ein isolierter Petruševyč einer polnisch-ukrainischen Verständigung nicht länger im Wege.<sup>59</sup> Eine Gruppe ostukrainischer Delegierter um Hrekiv stellte sogar den Ausschluß der westukrainischen Delegierten aus der VUNRada in Aussicht. Zunächst müsse eine Delegation der VUNRada in Paris die Ansichten der Entente zur Ostgalizienfrage einholen. Um Übereinkunftstendenzen zu verstärken, sollte die polnische Regierung den ostgalizischen Ukrainern weitgehende Zugeständnisse machen. Ostgalizien seien eine allgemeine Amnestie sowie behördliche und sprachliche Selbstverwaltung zuzuerkennen. Wenn die Entente dies billige, könne die VUNRada im Sinne Polens modifiziert werden. Szarota beurteilte Hrekivs Haltung folgendermaßen:

„Entweder erkennt die Entente Ostgalizien Polen zu oder nicht, in jedem Falle hat die polnische Regierung es nur mit der Entente zu tun, und die VUNRada wäscht ihre Hände sowohl Polen als auch der „Regierung“ Petruševyč gegenüber in Unschuld.“<sup>60</sup>

---

<sup>57</sup> Vgl. Plattform und Statut der VUNRada gemäß: Vseukrajins'ka Nacional'na Rada, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 2, 15.1.1921.

<sup>58</sup> Vgl. Z peršoji sesjiji Vseukrains'koji Nacional'noji Rady, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 7, 19.2.1921.

<sup>59</sup> Vgl. Polnischer Botschafter in Wien Szarota an Außenministerium zur Tätigkeit der Ukrainer auf dem Wiener Terrain. Wien, den 19.2.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5353, s. 178-184, s. 179.

<sup>60</sup> Vgl. Bericht Szarotas zu Gesprächen mit politischer Gruppe der VUNRada um Hrekiv. Wien, den 9.3.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5353, s. 277-281, s. 279f.

Der Gegensatz zwischen West- und Ostukrainern war nur vordergründig überdeckt worden. Politische Gruppen um Petruševyč verstanden es als Affront, daß ostukrainische Delegierte ihre Proteste gegen die vermeintliche Kolonisierung Ostgaliziens durch die polnische Regierung nicht mittragen. Hinzu kam, daß die Versuche Hrekyivs zu einer Kontaktaufnahme mit Polen und dessen Verhandlungen in Warschau bekannt geworden waren. Petruševyč forderte daraufhin am 14. April 1921 auf der Sitzung der westukrainischen Delegierten nachdrücklich deren Austritt aus der VUNRada, von der er sich eine kulturelle Vereinigung und politische Unterstützung durch die Ausgleichung unnötiger Gegensätze versprochen hatte. Nach Unterzeichnung des Rigaer Friedens war aus seiner Sicht die Staatlichkeit der Ostukraine gescheitert, die Ostgaliziens hingegen weiter aktuell. In Anknüpfung an dessen vermeintliche Rolle als ukrainisches Piemont hob Petruševyč die Bedeutung eines ostgalizischen Staates für die ukrainische Sache hervor.

Die Vehemenz, mit der Petruševyč gegen die Politik ostukrainischer Mitglieder der VUNRada Stellung bezog, dürfte zu einem Großteil durch die starken Gegensätze zwischen UNR und ZUNR in der zweiten Jahreshälfte 1919 bedingt gewesen sein. Der vom österreichischen Parlamentarismus tief geprägte Petruševyč machte bei den Ostukrainern eine „Ethik des Ostens“ aus, die er abfällig mit dem Grundsatz der Konspiration und der Absicht umschrieb, Alle mit Ausnahme der Partei zu betrügen.<sup>61</sup> Petruševyč verglich die Tätigkeit führender ostukrainischer Repräsentanten, die ihr Desinteresse an Ostgalizien erneuerten, einem Dolchstoß in den Rücken:

„Es ist meine Überzeugung, daß sie sich uns gegenüber ohne Ethik verhalten. [...] Sie folgen der Ethik des Ostens, dem Grundsatz der Konspiration und dem Grundsatz, alle mit Ausnahme der Partei zu betrügen. Sie ziehen alles aus einem heraus, stechen einem das Messer in den Rücken und grinsen hämisch“.<sup>62</sup>

West- und Ostukrainer würden zwei „zornigen Welten“ angehören. Letztere haßten sie aus Neid auf ihre Überlegenheit, Arbeitsamkeit und ihre organisatorischen Fähigkeiten. Bereits das fünfte Mal würden Vertreter der Ostukraine ihr Desinteresse an Ostgalizien erklären: Ostgalizien sei aus Sicht ostukrainischer Parteien ein der Ukraine fremdes Element, von dem man sich trennen konnte: „[Ost]Galizien halten sie für einen mißgestalteten Finger, den man zur Rettung des Kopfes abschneiden muß“.<sup>63</sup> Für Petruševyč waren die Ostukrainer „Abenteurer“, Pläne über einen ostukrainischen Staat Illusionen.

Trotz einzelner skeptischer Einwände gegen Petruševyč' Haltung beschloß die westukrainische Delegation schließlich ihren Austritt aus der VUNRada. Lysjaks Äußerung, daß sich dann endlich einmal die Nerven erholten, gibt die Anspannung innerhalb der ukrainischen Emigration in Wien wieder.<sup>64</sup> Der „Ukrajins'kyj

<sup>61</sup> Vgl. CDIA Ukrajiny u Lvovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 8, 7.

<sup>62</sup> Ebenda, ark. 7.

<sup>63</sup> Vgl. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 6. Zum folgenden ebenda.

<sup>64</sup> Vgl. Mitschrift der Diskussion der territorialen Gruppe der VUNRada unter Beteiligung von Petruševyč vom 14.4.1921 in den Notizbüchern Nazaruks. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 16, ark. 8, 7, 8 Rückseite, 4. Gleichzeitig äußerte Lysjak Zweifel an der von Petruševyč verfolgten



Prapor“ stellte fest: „Unsere politischen Wege mit den Brüdern der Dnjeprukraine teilen sich“.<sup>65</sup> Zwar distanzierte das Exekutivkomitee der VUNRada sich am 22. April nachdrücklich von der politischen Tätigkeit Hrekiivs. Angesichts der Erklärung nicht nur der westukrainischen territorialen Gruppe, sondern außerdem von vier ostukrainischen Parteien über ihren Austritt aus der VUNRada, teilte deren Exekutivkomitee mit, daß „mit dem heutigen Tag die VUNRada aufgehört hat zu bestehen“.<sup>66</sup>

Jevhen Levyc'kyj betonte, daß die Ostgalizienfrage eine internationale Angelegenheit sei und gesondert von der allgemeinukrainischen behandelt werden müsse. Außerdem sähen die Ostukrainer ihren einzigen Feind in den Moskauern, die ostgalizischen Ukrainer hingegen in den Polen.<sup>67</sup> Levyc'kyj erwähnte allerdings nicht, daß die von ihm konstatierten politischen Konzeptionen von West- und Ostukraine einander ausschlossen und darum die Differenzen in der ukrainischen Politik nicht allein taktische Fragen betrafen. Der Zerfall der VUNRada in Wien verdeutlicht, daß unter den nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Bedingungen die Bildung eines gesamtukrainischen Staats zwar ein ideologisches Desiderat, aber keine reale Variante ukrainischer Politik bildete. Anstelle des einen ukrainischen Staates gab es verschiedene ukrainische Territorien, deren nationale Eliten aufgrund ihrer jahrhundertelangen Zugehörigkeit zu den Vielvölkerreichen Rußland und Österreich-Ungarn ihre nationale Identität vorrangig in der Auseinandersetzung mit der polnischen oder mit der russischen Nation hatten behaupten müssen. Den nationalen Bewegungen der Ukrainer in beiden Vielvölkerreichen eignete, nicht zuletzt in dem ethnisch stark gemischten Ostgalizien, eine stark regionale Prägung.

Die Haltung des „Ukrajins'kyj Prapor“ zur Sovetukraine war ambivalent. Einerseits sorgte man sich über das Schicksal der dortigen Galizier, andererseits sah man im Erscheinen von bolschewistischen Zeitungen, Agitationsliteratur und Kalendern in ukrainischer Sprache positive Zeichen für die Chancen der dortigen ukrainischen Bewegung, die sich politisch in Richtung eines territorialen Ukrainismus, wirtschaftlich in Richtung einer Autonomie entwickelte.<sup>68</sup> Die Liquidierung der Regierung Petljuras wurde als Ende der „ruhmreichen Konzeption der Erbauung der Ukraine durch Polen auf Kosten der Interessen und des Lebens Ostgaliziens“ aufgefaßt. Leider hätten traurige Erfahrungen sie gelehrt, daß die polonophile Konzeption tief im Unterbewußtsein der Ostukrainer verwurzelt sei und diese „zu immer verrückteren Schritten“ veranlasse.<sup>69</sup>

---

politischen Linie; die Polen würden nicht allein wegen der Verfolgung der Ukrainer aus Ostgalizien herausgeworfen.

<sup>65</sup> Vgl. Zrada, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 17, 30.4.1921.

<sup>66</sup> Vgl. Uchvaly Vyk[onavčoho] Komitetu Vseukrajins'koji Nacional'noji Rady z dnja 22. kvitnja 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 17, 30.4.1921.

<sup>67</sup> Vgl. Ukrajina i schidno-halyc'ka sprava, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 17, 30.4.1921.

<sup>68</sup> Vgl. Na zemljach Ukrajiny. Vistky z Radjans'koji Ukrajiny, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 18, 8.5.1921.

<sup>69</sup> Vgl. Pol's'ko-bil'sovyc'kyj konflikt i sprava Schicnoji Halyčyny, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 18, 8.5.1921.

#### 1.2.4 Die Haltung der ČSR in der Ostgalizienfrage

Bereits die Offensivhandlungen des Bündnisses Piłsudski-Pełjura waren von der tschechoslowakischen Regierung als Ausbruch eines neuen Krieges verurteilt worden. Die Prager Regierung strebte zu dieser Zeit den Aufbau von Beziehungen zum bolschewistischen Rußland an. Beneš erklärte gemäß einem Bericht des französischen Außenministeriums vom 24. Mai 1920, daß Prag einen ukrainischen Staat, der seiner Ansicht nach früher oder später unter deutschen Einfluß geraten mußte, niemals anerkennen werde. Die Kramář nahestehenden *Narodní listy* schrieben am 20. April 1920, daß die Tschechen ein vitales Interesse an einer gemeinsamen Grenze mit dem um Ostgalizien erweiterten Territorium des ehemaligen russischen Staates besäßen. Die unterschiedliche Position, die die ČSR und Polen in der russischen Frage einnahmen, verhinderte eine Kooperation zwischen beiden Staaten in höherem Maße als die Teschenfrage. Paderewski berichtete am 6. Dezember 1920 aus Genf, daß es den Tschechen um Einfluß in Rußland ginge. Er konstatierte die Bereitschaft der ČSR, für eine gemeinsame Grenze mit Rußland die ostgalizischen Ukrainer zu unterstützen.<sup>70</sup>

Sowohl Szarota als auch das Warschauer Außenministerium nahmen seit dem Herbst 1920 ein deutliches Engagement der tschechoslowakischen Regierung zugunsten der ostgalizischen Ukrainer wahr. Das Warschauer Außenministerium faßte in einer Denkschrift vom Januar 1921 die gegen Polen gerichtete Tätigkeit der ČSR in der Ostgalizienfrage zusammen. Beneš sollte sich offen dazu bekannt haben, daß Ostgalizien früher oder später von Polen abfallen müsse, da es unmöglich sei, Rußland von den Staaten des Westens abzugrenzen. Die Ansicht von Beneš entspreche der der tschechischen Regierung und Gesellschaft, die in ihrer Mehrheit immer russophil gewesen sei und nach einer möglichst engen und starken Anbindung an Rußland strebe. Eine ganze Reihe von Fakten wurde dafür angeführt, daß die ČSR auf die Loslösung Ostgaliziens von Polen hinarbeite. Schon bald nach Unterzeichnung des Vorfriedens von Riga seien unter der ruthenischen Bevölkerung in den südöstlichen Kreisen Gerüchte verbreitet worden, daß der gegenwärtige Zustand sich nicht lange halte. Bereits im Frühjahr sollten ukrainische Einheiten als Avantgarde der tschechoslowakischen Armee in Ostgalizien einziehen und ein ruthenischer Staat in Verbindung mit den Tschechen oder unter deren Protektorat gebildet werden. Prag wurde als wichtigstes Zentrum der antipolnischen Aktion der ostgalizischen Ukrainer dargestellt. Der ehemalige bukowinische Abgeordnete Stepan Smal'-Stoc'kyj, das Haupt der dortigen westukrainischen Gesandtschaft, galt als Vertrauensperson von Beneš. Das eigentliche Ziel der tschechoslowakischen Aktivität zugunsten der ostgalizischen Ukrainer wurde darin gesehen, sich über die Schaffung von Schwierigkeiten in der Ostgalizienfrage den Besitz Schlesiens zu sichern.<sup>71</sup>

<sup>70</sup> Vgl. Piotr S. Wandycz, *France and her Eastern Allies 1919-1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis 1962, S. 151-152, S. 205. Paderewski schrieb weiter: „They [die Tschechen, T.W.] would like to be the representatives of the League [of Nations] in the East, and we stand clearly in their way“. Zitiert ebenda.

<sup>71</sup> Vgl. Warschauer Außenministerium an Botschaft in London. Memorandum bezüglich der Propaganda unter der ruthenischen Bevölkerung in den nahe den Karpathen gelegenen Kreisen des „östli-

Die Denkschrift zeichnete ein eindeutiges Bild: Die Zugehörigkeit Ostgaliziens zum polnischen Staat als dessen unverzichtbarer Bestandteil werde nur aus taktischen Erwägungen heraus durch die ČSR in Frage gestellt: Letztere bediene sich in ihrer Politik fragwürdiger Mittel, wie etwa der Unterstützung ukrainischer Nationalisten und sogar der ukrainisch-bolšewistischen Agitation gegen Polen. Szarota hob in seinen Berichten aus Wien Ende 1920 bestehende Beziehungen zwischen politischen Kreisen um Petruševyč und führenden Politikern der ČSR hervor. Gemäß einem abgefangenen Brief Smal'-Stoc'kyjs vom 12. November an Vytvyč'kyj sei es den Ukrainern gelungen, sich die Unterstützung von Beneš und dessen Hilfe vor dem Völkerbund zu sichern. Zwar sei es nicht zu einer formellen Übereinkunft zwischen Petruševyč und Beneš gekommen. Die ČSR verfolge jedoch konsequent eine eigene politische Linie in der Ostgalizienfrage, ungeachtet des von Beneš gegenüber dem polnischen Vertreter in Prag erklärten Desinteresses an diesem Territorium. Beneš sollte in einem vertraulichen Vortrag vor einer Parlamentskommission für auswärtige Angelegenheiten ausgeführt haben, daß die Prager Regierung sich zu einer aktiveren Politik für die Eigenständigkeit Ostgaliziens entschieden habe. Szarota kommentierte das offenbare Doppelspiel des Außenministers mit den Worten: „Entweder ist Beneš unserem Vertreter gegenüber falsch, oder aber gegenüber den Ukrainern.“ Ersteres hielt Szarota für wahrscheinlicher, weil westukrainische Freiwilligeneinheiten sich auf dem Territorium der ČSR befanden.<sup>72</sup> Eine wesentliche Ursache für das problematische Verhältnis zwischen Warschau und Prag muß in der russophilen Ausrichtung der tschechoslowakischen Politik gesehen werden.

In einem im Dezember 1920 an das Warschauer Außenministerium gesandten Bericht zur ostgalizischen Delegation in Genf konkretisierte Szarota seine Auffassung zur Haltung von Beneš. Dieser hielt es für wahrscheinlich, daß Ostgalizien von Polen abgetrennt werde. Szarota zufolge verfolgte Beneš eine eigene politische Konzeption, die darauf abzielte, eine tschechisch-slowakisch-ruthenische Föderation zu bilden. Vor dem Hintergrund dieses Konzepts sei es zu Differenzen innerhalb der ukrainischen Delegation gekommen. Während Petruševyč als bedingungsloser Anhänger der Eigenständigkeit Ostgaliziens die Pläne von Beneš kategorisch zurückgewiesen haben soll, vertrat Vytvyč'kyj anscheinend eine andere Auffassung. Erst nach der Abreise von Petruševyč sei es zu Konferenzen zwischen Mitgliedern der ukrainischen und der tschechoslowakischen Delegation gekommen, auf denen Beneš seine Idee entwickelt und es als Opfer der ČSR vorgestellt habe, daß sie durch die Verbindung mit den ostgalizischen Ukrainern nicht nur in offenen Konflikt mit Polen trete, sondern auch die schwere Aufgabe des Wiederaufbaus der vom Krieg zerstörten Wirtschaft in Ostgalizien übernehme. Ebenso wie Smal'-Stoc'kyj in Prag befürwortete auch Vytvyč'kyj die Konzeption des tschechoslowakischen Außenministers.<sup>73</sup> Innerhalb der polnischen Delegation auf der

---

chen Kleinpolens“ und der Bildung einer ukrainischen Armee in der ČSR. Die Denkschrift war am 29.1.1921 dem britischen Vizekonsul in Lemberg Whitehead übergeben worden. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 449, s. 4-7.

<sup>72</sup> Vgl. Bericht des polnischen Botschafters in Wien vom 19.11.1920 zu Tätigkeit der ostgalizischen Ukrainer und bolšewistischer Agenten in Wien. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 442, s. 42.

<sup>73</sup> Vgl. Polnische Botschaft in Wien an Außenministerium. Warschauer Abschrift, datiert auf den 21.12.1920. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 442, s. 46f. Tadeusz Dąbkowski zufolge sollten

Pariser Friedenskonferenz herrschte sogar die Überzeugung vor, daß die tschechoslowakische Diplomatie maßgeblich dazu beigetragen habe, daß Ostgalizien nicht an Polen angegliedert worden war.<sup>74</sup>

Ein Rapport zur Auslandspropaganda der Westukrainer stufte den tschechoslowakischen Staat als Quasi-Verbündeten der Westukraine ein. Die Ukrainer führten dort eine intensive Arbeit durch, deren Ziel die Erlangung der Unabhängigkeit bilde. Kraft eines Vertrages sollte die Prager Regierung die Unabhängigkeit der Westukraine anerkennen. Ein gegen Polen gerichteter Vertrag sehe vor, für den Fall eines polnisch-tschechischen Krieges einen westukrainischen Staat unter dem Protektorat der ČSR zu bilden. Im Kriegsfall sollten die ukrainischen Streitkräfte von Deutschgabel nach Ostgalizien verlagert und unter den Oberbefehl der ukrainischen Regierung gestellt werden. Die ČSR habe Gerüchten zufolge vergeblich versucht, rumänische Unterstützung zu erlangen.<sup>75</sup>

Es ist nur schwer einzuschätzen, ob Beneš die tschechisch-slowakisch-ruthenische Föderation ernsthaft in Erwägung zog, da ein so weitreichendes Engagement der ČSR in der Ostgalizienfrage vermutlich zum Ausbruch eines Krieges mit Polen geführt hätte. Eher schon scheinen die utopisch anmutenden Pläne zur Bildung einer tschechisch-slowakisch-ruthenischen Föderation für den Fall des Ausbruchs eines polnisch-tschechischen Krieges angedacht gewesen zu sein. Die Überlegungen von Beneš sind darum eher ein Symptom für die im Herbst 1920 stark angespannten tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen, die sich zwar um die Jahreswende 1920/21 kurzfristig besserten. Prag unterstützte die politischen Bestrebungen von Petruševyč jedoch weiterhin. Krzysztof Lewandowski zufolge verfolgte die ČSR das Ziel, über die Unterstützung englischen Kapitals zur dritten Kraft zu werden. Dabei sei die ukrainische Karte als Substitut, zeitweise als Teil der russischen Karte gespielt worden.<sup>76</sup> Wenn die ukrainische Frage in Ostgalizien in der Außenpolitik von Beneš vorrangig in Abhängigkeit von rußlandpolitischen Erwägungen gesehen wurde, dann entsprach dies dem traditionell hohen Stellenwert, der russophilen Strömungen innerhalb der tschechischen Gesellschaft zukam. Außerdem wurde die Bedeutung ostgalizisch-ukrainischer Freiheitsbestrebungen dadurch gemindert, daß die tschechoslowakische Außenpolitik die Ostgalizienfrage für andere politische Zwecke instrumentalisierte.

Die polnisch-tschechische Annäherung im Herbst 1921 änderte die politischen Bestrebungen der ostgalizischen Ukrainer nicht, denen zufolge Polen im eigenen wirtschaftlichen Interesse der Tschechoslowakei einen freien Warentransit nach Rußland und in die Ukraine auf lange Sicht nicht würde gestatten dürfen. Das einzige hoffnungsvolle Fenster der Tschechoslowakei nach Osten sei ein eigen-

---

die ukrainischen Delegierten in ihrem Protest gegen den Abschluß des Vorfriedens von Riga geäußert haben, daß ihnen eine Föderation mit der ČSR mehr entspreche als jedwede Zusammenarbeit mit Polen. Vgl. Tadeusz Dąbkowski, *Ukraiński ruch narodowy w Galicji Wschodniej 1912-1923*, Warszawa 1985, S. 181, unter Hinweis auf Meldung in „Česke Slovo“ vom 20.11.1920.

<sup>74</sup> Vgl. Direktion für politische Angelegenheiten des Außenministeriums. Östliche Sektion: Die Ostgalizienfrage. Warschau, den 24.1.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 208, s. 7-15, s. 12.

<sup>75</sup> Vgl. Ukraine. Propaganda der westukrainischen Republik. Rapport Nr. 4. Wien, den 20.3.1921. AAN, KOD 59, s. 321-321 Rückseite.

<sup>76</sup> Vgl. Krzysztof Lewandowski, *Sprawa ukraińska w polityce zagranicznej Czechosłowacji w latach 1918-1932*, Wrocław u.a. 1974, S. 177-179, 183-185.

ständiges Ostgalizien, das mit dieser im industriellen und gewerblichen Bereich niemals konkurrieren könne: „Die ostgalizische Eigenständigkeit sichert der Tschechoslowakei eine unbegrenzte Wirtschaftsexpansion im Osten Europas und eine beständige Zukunft sowohl in politischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.“<sup>77</sup>

### **1.3 Ukrainische, polnische und jüdische politische Bestrebungen in Ostgalizien**

#### **1.3.1 Die ukrainische Einheitsfront gegen den polnischen Staat**

Die „Ukrajins’ka Dumka“ verurteilte den Rigaer Frieden als Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die sovjetische Herrschaft in der Ukraine wurde offen als sovjetrussische Okkupation bezeichnet. Die ukrainische Revolution habe die ukrainische ethnische Masse in den „starken Stahl einer modernen Nation“ umgebildet. Nicht Verträge, sondern das Volk selbst verwirkliche in seinem Befreiungskampf die tatsächliche Unabhängigkeit der Ukraine auf allen ukrainischen Territorien.<sup>78</sup> Wem außer den Sowetstaaten Rußland und Ukraine der Kampf erklärt wurde, war klar: dem polnischen Staat, in dem die ostgalizischen Ukrainer den „Erbfeind“ des ukrainischen Volkes sahen. Die innerhalb der ostgalizischen Politik weitgehend einflußlose ukrainische Sozialdemokratie hatte sich nicht nur von Petljura und Petruševyč distanziert, sondern auch gegen das sovjetische Rußland Stellung bezogen. In der Sovetukraine sahen die ukrainischen Sozialdemokraten nun kaum mehr als nur eine Fiktion. Die russischen Bolševiki würden danach streben, alle Apparate und die Staatsorganisation zu zentralisieren und die Ukraine zugunsten des bolševistischen Rußlands in einer sogar zu Zeiten des Zarismus unerhörten Art auszubeuten.<sup>79</sup>

Am wesentlichsten war die Position der UNTP, deren Hauptleitung am 10. November zusammentraf. Gegen die starke Opposition Vjačeslav Budzynovs’kyjs und Ivan Kyveljuks wurde Volodymyr Bačyns’kyj zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, der wegen der Abwesenheit von Petruševyč deren Politik vor Ort koordinierte. Bačyns’kyj galt als Politiker, der zur polnischen Gesellschaft eine gemäßigte Position einnahm. Reinlender sah die gesamte Aktion als durch im Ausland befindliche Elemente um Petruševyč vorbereitet an und konstatierte mit offener Verwunderung, daß die neuesten politischen Nachrichten von der Friedenskonferenz in Riga zu keiner Ernüchterung unter nationalistischen ukrainischen Kreisen geführt hätten, weder bei der UNTP noch bei der URP, in die in letzter Zeit große Hoffnungen auf die Initiierung einer polnisch-ukrainischen Verständigung gesetzt worden seien.<sup>80</sup> Das Nationalkomitee der UNTP hielt einen ukrainisch-polnischen Ausgleich nur für möglich, wenn der polnische Staat seinen Verzicht auf Ostgalizien erklärte. Es stellte fest, daß die polnischen Besatzungsbehörden der

<sup>77</sup> Vgl. Pol’s’ko-čes’ke zbyžennja i halyč’ka sprava, in: Ukrajins’kyj Vistnyk, Nr. 161, 14.8.1921.

<sup>78</sup> Vgl. „Nezaležnist“ Ukrajiny, in: Ukrajins’ka Dumka, Nr. 13, 20.10.1920 [Hervorhebungen im Original, T.W.].

<sup>79</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 5.11.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5338, s. 88-91.

<sup>80</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 9.11.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5353, s. 76f.

ukrainischen Bevölkerung gegenüber eine „Exterminationspolitik“ verfolgten und zahlreiche Mißbräuche begingen: Verhaftungen, Internierungen und Zwangsrequisitionen, sowie die Nichtzulassung ukrainischer Studenten zum Studium in Lemberg.<sup>81</sup>

Mychajlo Jackiv, der der URP angehörte, gab seit dem 23. November 1920 das ukrainischsprachige Tageblatt „Ridnyj Kraj“ heraus, dessen Ziel die Propaganda für eine polnisch-ukrainische Verständigung bildete.<sup>82</sup> Regen Anteil daran nahm Danylovyč, der im Dezember 1920 seine Vorstellungen zu einem ukrainisch-polnischen Kompromiß in Ostgalizien darstellte. Er wollte alle ukrainischen Gebiete des polnischen Staates zu einer konstitutionell und international anerkannten staatlichen Einheit zusammengefaßt sehen, mit einem auf der Grundlage des demokratischen Wahlrechts gewählten Landtag, dem allein die Regierung verantwortlich sein solle. Neben allen Angelegenheiten, die Verfassungsänderungen betrafen, sollte der Landtag in der Agrargesetzgebung autonom sein. Eine Umsetzung seiner Vorstellungen hätte einen mit Polen verbundenen westukrainischen Staat mit eingeschränkter Souveränität geschaffen. Die ukrainische Provinz sollte in Fragen der Verwaltung, Bildung, Kultur und Religionsausübung autonom sein, bei Wahrung der Rechte nationaler Minderheiten. Miliz und Polizei gehörten nach Ansicht Danylovyčs ebenfalls zur Prerogative des westukrainischen Landtags und der westukrainischen Regierung. Die Beamtenstellen sollten nach einem Nationalitäten-schlüssel besetzt werden. Zwar sollte das Oberhaupt des gemeinsamen Staates den Statthalter und die Landesregierung berufen, diese aber nur in allgemein-staatlichen Fragen der Zentralregierung untergeordnet sein.

In der Zentralverwaltung des Staates sollten sich, neben einem Ministerium für Fragen der ukrainischen Provinz, gesonderte Sektionen für ukrainische Angelegenheiten bei allen Staatsministerien und obersten Gerichtshöfen befinden. Beide Staaten sollten eine gemeinsame Armee unter einem gemeinsamen Kommando haben, die ukrainischen Einheiten in Friedenszeiten jedoch in der ukrainischen Provinz stationiert werden. Witos versicherte Danylovyč nur allgemein seine Geneigtheit für eine ukrainische Autonomie,<sup>83</sup> gewiß auch darum, weil die polnische Bevölkerung in Ostgalizien der Einführung einer Territorialautonomie ablehnend gegenüberstand.<sup>84</sup>

Die Erwartung des polnischen Botschafters in Wien Szarota, der nach Abschluß des Vorfriedens von Riga mit der Ausbreitung von Defätismus unter der

---

<sup>81</sup> Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 12.11.1920 sowie die vom Nationalkomitee der UNTP gemäß dem Text der „Ukrajins’ka Dumka“, Nr. 33, 13.11.1920, angenommenen Resolutionen. Die Herausgabe der „Ukrajins’ka Dumka“ wurde noch am selben Tag wegen der Veröffentlichung der Resolutionen der UNTP sowie der generellen, dem polnischen Staat gegenüber feindlichen Tendenz der Zeitung eingestellt. Vgl. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5354, s. 56-59.

<sup>82</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 10.12.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5354, s. 80f.

<sup>83</sup> Severyn Danylovyč, Zi šljachu do porozuminnja, in: Ridnyj Kraj, Nr. 67, 26.3.1921.

<sup>84</sup> Vgl. Šljach pid pol’s’ke jarmo. Zamitky do „uhodovych“ mirkuvan’ Dr. S. Danylovyča, in: Ukrajins’kyj Prapor, Nr. 14, 9.4.1921: Danylovyč fände im ganzen polnischen Staat keinen Polen, der sich mit seinem Projekt einverstanden erklärte.

ukrainischen Intelligencija rechnete<sup>85</sup>, erfüllte sich nicht. Nur das Auftreten Lev Bačyns'kyjs verhinderte auf der Sitzung der Hauptleitung der URP am 25. Dezember 1920 den Parteiausschluß von Danylovyč, der zusammen mit Franko und Pavlyk zu den Gründern der Partei im Jahre 1890 zählte. Das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden wurde Danylovyč jedoch entzogen. Jackiv sei nicht zur Herausgabe des „Ridnyj Kraj“ autorisiert gewesen, Danylovyč habe rein privat mit Witos gesprochen. Berichte über den Inhalt der Verhandlungen entsprächen darum nicht der Position der URP.<sup>86</sup> Die Parteileitungen von UNTP und URP verknüpften ihre politischen Hoffnungen mit der diplomatischen Tätigkeit der Regierung Petruševyč in Wien, so daß eine polnisch-ukrainische Übereinkunft in Ostgalizien kaum zu erreichen war.

Die Position des griechisch-katholischen Metropoliten zur Ostgalizienfrage war uneinheitlich, trotz seiner Bemühungen um eine gütliche Beilegung der ukrainisch-polnischen Auseinandersetzung. Šeptyc'kyj war Mitte Dezember 1920 in Rom eingetroffen.<sup>87</sup> Der Verfasser eines Berichts der polnischen Botschaft beim Apostolischen Stuhl an das polnische Außenministerium stellte dessen Tätigkeit in Rom als gegen Polen gerichtet dar. Šeptyc'kyj habe Polen als unbeständigen Staat mit Übergangscharakter bezeichnet. Nach Ansicht Šeptyc'kyjs kam der griechisch-katholischen Kirche eine zentrale Rolle bei der Überführung der orthodoxen Bevölkerung zum Katholizismus zu, weil der lateinische Ritus in der Ostukraine fremdartig sei.<sup>88</sup> In einem dem Warschauer Innenministerium vorliegenden Brief an Petruševyč vom 12. Januar 1921 berichtete Šeptyc'kyj über eine ihm versprochene Intervention Roms zugunsten der ostgalizischen Ukrainer. Besonderen Eindruck habe seine Schilderung der Verfolgungen des griechisch-katholischen Klerus durch die polnische Administration hinterlassen.<sup>89</sup>

Der Delegierte für Auslandspropaganda Major Bolesław Poraj-Madejski nahm in Rom Kontakt zu Šeptyc'kyj auf, mit dem er seit der Studienzeit bekannt war. Poraj-Madejski, der seit 1902 in Rom wohnhaft und mit einer Ukrainerin verheiratet war, hatte den Metropoliten der tiefen Überzeugung der polnischen Regierung von einem möglichen friedlichen Zusammenleben mit den Ukrainern vergewissert und eine ukrainische Nationalautonomie in Aussicht gestellt. Šeptyc'kyj sei in Lemberg isoliert und einseitig informiert gewesen, habe sich aber zu Gesprächen mit den polnischen Erzbischöfen Fürst Adam Sapieha und Teodorowicz bereit gefunden. Auf dem Treffen habe Šeptyc'kyj in formeller Weise erklärt, daß er und sein Klerus bereit seien, ukrainisch-polnische Verhandlungen in Ostgalizien zu in-

---

<sup>85</sup> Vgl. Bericht des polnischen Botschafters in Wien vom 19.11.1920 zur Tätigkeit der ostgalizischen Ukrainer und bolschewistischer Agenten in Wien. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 442, s. 43.

<sup>86</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 28.12.1920. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5354, s. 78f.

<sup>87</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 11.1.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5354, s. 74f.

<sup>88</sup> Vgl. Polnische Botschaft beim Apostolischen Stuhl an das Außenministerium in der Sache des Metropoliten Šeptyc'kyj in Rom. Rom, den 27.12.1920. AAN, Botschaft der Republik Polen in London, sygn. 879, s. 37-38a.

<sup>89</sup> Vgl. Innenministerium an Außenministerium in der Frage eines Briefes des Metropoliten Šeptyc'kyj an Petruševyč. Warschau, den 19.5.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 879, s. 1. Ebenda Auszüge aus Brief Šeptyc'kyjs an Petruševyč aus Rom, datiert auf den 12.1.1921.

itieren. Damit verbundene Bedingungen des Metropoliten wollte Poraj-Madejski in Warschau vorstellen.<sup>90</sup> Es ist bezeichnend für die stark angespannten nationalen Beziehungen zwischen Ukrainern und Polen in Ostgalizien, daß sogar der hier geschilderte Versuch einer ukrainisch-polnischen Annäherung auf Initiative hochrangiger Kirchenfürsten, die bereits seit langer Zeit miteinander vertraut waren, nicht über anfängliche Absichtserklärungen hinaus gelangte.

Entgegen der optimistischen Sichtweise Poraj-Madejskis beurteilte der polnische Vertreter beim Apostolischen Stuhl Wierusz-Kowalski die Tätigkeit Šeptyc'kyjs als destruktiv und schädlich für die polnische Sache. Insbesondere sollte Šeptyc'kyj Polen als Staat ohne Grundlagen für eine längere Existenz vorgestellt und dessen innere Verhältnisse scharf kritisiert haben. Wierusz-Kowalski sah es als Glück an, daß Šeptyc'kyj sich in den Augen des Papstes wegen seiner unnachgiebigen politischen Haltung in der Ostgalizienfrage die Reputation verdorben habe. Šeptyc'kyj führe in den nächsten Tagen nach Nordamerika, um im Auftrag des Vatikans den Zustand der dortigen griechisch-katholischen Kirche zu erforschen. Wierusz-Kowalski zeigte sich von der feindlichen Haltung Šeptyc'kyjs so sehr überzeugt, daß er seinen dauerhaften Verbleib in Nordamerika als Metropolit der dortigen griechisch-katholischen Kirche für wünschenswert ansah.<sup>91</sup> Nach Ansicht des polnischen Vertreters beim Apostolischen Stuhl hatte Poraj-Madejski seine Kompetenzen deutlich überschritten und unter dem Einfluß Šeptyc'kyjs der polnischen Sache beträchtlichen Schaden zugefügt. Etwaige Versuche zur Erzielung einer polnisch-westukrainischen Übereinkunft erwähnte Wierusz-Kowalski nicht. Stattdessen sah er seine eigenen Versuche, die von Šeptyc'kyj in vatikanischen Kreisen entfaltete Propaganda zu konterkarieren, durch Poraj-Madejski als geschwächt an.<sup>92</sup>

Šeptyc'kyj, der als Kirchenfürst über bedeutenden diplomatischen Einfluß verfügte, zählte gewiß zu den entschiedensten Befürwortern eines polnisch-ukrainischen Ausgleichs in Ostgalizien. Gerade angesichts der weitgehenden Einflußlosigkeit ostgalizisch-ukrainischer Gesandtschaften und ihrer Vertretungen im westlichen Ausland muß er aber einem moralischen Druck ausgesetzt gewesen sein, die eigene Tätigkeit in den Dienst der westukrainischen Sache zu stellen. Hinzu kam, daß Šeptyc'kyj der griechisch-katholischen Kirche wegen deren byzantinischem Ritus eine wesentliche Funktion bei der Rückgewinnung der Ostkirche für Rom beimaß. Vor und während des Ersten Weltkriegs verknüpfte er diese kirchenpolitische Vision mit der Einrichtung eines griechisch-katholisch geprägten Kronlands im Rahmen der Habsburgermonarchie, später mit der Schaffung eines westukrainischen respektive ostgalizischen Staates. Šeptyc'kyj mag darum innerlich zerrissen gewesen sein zwischen dem gewiß aufrichtigen Streben nach einer polnisch-ukrainischen Verständigung, einer empfundenen Verpflichtung, sich für die ukrainische Sache einzusetzen und der eigenen Vision einer Überführung der Ost-

<sup>90</sup> Vgl. Bericht des Delegierten für Auslandspropaganda Major Boleslaw Poraj-Madejski. Rom, den 2.2.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 879, s. 39-45.

<sup>91</sup> Vgl. Polnische Botschaft beim Apostolischen Stuhl an Außenministerium in der Sache des Erzbischofs Šeptyc'kyj. Rom, den 17.3.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 879, s. 48-51.

<sup>92</sup> Vgl. Polnische Botschaft beim Apostolischen Stuhl an Außenministerium in der Frage des Verhältnisses des Apostolischen Stuhls gegenüber der griechisch-katholischen Kirche. Rom, den 9.6.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 879, s. 60-65.



kirche unter den kirchenpolitischen Einfluß des Vatikans. Es ist zweifelhaft, ob er angesichts dieser gegensätzlichen Grundtendenzen in seiner national- und kirchenpolitischen Tätigkeit eine maßgebliche Rolle bei der Initiierung einer Verständigung zwischen Polen und Ukrainern in Ostgalizien hätte übernehmen können.

Reinlender teilte dem Innenministerium Ende April seine Beobachtungen zur Position ukrainischer politischer Kräfte in Ostgalizien zu Polen mit. Unter Vorsitz von Ivan Kyveljuk fand am 23. April eine Sitzung des Nationalkomitees der UNTP statt. Den einzigen Tagesordnungspunkt bildete ein Referat Miroslav Zderkovs'kyjs im Auftrag von Petruševyč zum Stand der Ostgalizienfrage auf dem Forum der internationalen Politik. Gemäß Berichten Vytvyč'kyjs und Tomašivs'kyjs hatten Vertreter der Ententestaaten, sogar Frankreichs, erklärt, daß Ostgalizien auf keinen Fall in den polnischen Staat als dessen integraler Bestandteil eingehen sollte. Am ehesten dürften hier Überlegungen über die Einrichtung einer Territorialautonomie für dieses überwiegend von Ukrainern bewohnte Land eine Rolle gespielt haben. Die Ententestaaten standen jedoch vor dem grundlegenden Problem, daß sie nach dem Rigaer Frieden, da ein demokratisches Rußland unmöglich restituiert werden konnte, über keine wirkliche politische Alternative zur Angliederung Ostgaliziens an Polen verfügten. Sowohl Rumänien als auch die Tschechoslowakei hätten die Übernahme des Mandats für Ostgalizien abgelehnt. Eine Diskussion habe nicht stattgefunden, aber die Information sei mit Befriedigung zur Kenntnis genommen worden. Reinlender stellte unter ukrainischen Kreisen eine gehobene Stimmung fest.<sup>93</sup>

Ein Bericht des Lemberger Statthaltereipräsidioms an das Warschauer Außenministerium vom 19. Mai 1921 zeichnete ein deutliches Bild von der unveröhnlichen Einstellung der ruthenischen Gesellschaft zum polnischen Staat und dessen Behörden. Unter dem Einfluß der ruthenischen Intelligencija sei auch die Bevölkerung überzeugt, daß der Rigaer Frieden die Ostgalizienfrage nicht entschieden habe. Anstelle von Loyalitätsbezeugungen wurden Mißtrauen und nur scheinbar bewahrte Ruhe festgestellt, die man einzig der Angst vor Repressionen zuschrieb. Bezeichnenderweise habe entsprechend den bislang eingegangenen Berichten der Leiter der Starosteien in keiner griechisch-katholischen Gemeinde ein Gottesdienst zum Feiertag des 3. Mai stattgefunden. Die ruthenische Bevölkerung nahm an den Feierlichkeiten keinen Anteil, die Beteiligung eines örtlichen griechisch-katholischen Priesters in Berežany wurde von der ukrainischen Presse verurteilt.<sup>94</sup>

Die Starosteie in Staryj Sambir stellte in einem Bericht an das Lemberger Statthaltereipräsidium vom 21. Mai 1921 eine belebte Bewegung und antipolnische Agitation unter den Ukrainern fest. Wegen Mängeln im Polizeidienst, der zumeist von jungen und unerfahrenen, in moralischer Hinsicht häufig zweifelhaften Elementen ausgeübt werde, sei es unmöglich, sich in der Situation zu orientieren. Vier Tage später meldete auch die Starosteie in Sokal' eine verstärkte Tätigkeit unter der

<sup>93</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 27.4.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 1-3.

<sup>94</sup> Vgl. Statthaltereipräsidium in der Sache der polnisch-ruthenischen Beziehungen im östlichen Kleinpolen an das Außenministerium und den Delegierten für Fragen des östlichen Kleinpols in Warschau. Lemberg, den 19.5.1921. AAN, KOD, sygn. 58, s. 174f.

ruthenischen Intelligencija. Polnische Jugendorganisationen sollten als Aufklärungsdienst herangezogen werden, um Mängel im Polizeidienst auszugleichen. Nach Ansicht des Starosten bildete die erneute Machtübernahme in der überwiegenden Mehrzahl der Kreise wegen des Fehlens von Streitkräften eine leichte Aufgabe. Anfang Juni alarmierte die Lemberger Statthalterei das Präsidium des Ministerrats wegen Gerüchten über einen vermeintlich bevorstehenden ukrainischen Aufstand in Ostgalizien.<sup>95</sup>

Der polnische Generalstabschef Sikorski ging davon aus, daß die antipolnische Aufstandsbewegung der ostgalizischen Ukrainer am Vorabend des Ausbruchs stehe. In militärischer Hinsicht maß Sikorski der Bewegung, deren Unterstützung durch deutsche Monarchisten und Militärs sowie die Bolschewiki er als gleichermaßen möglich erachtete, keine größere Bedeutung bei. Schwerwiegender schienen die politischen Folgen, da es das Ziel der Aufständler sei, die Aktualität der Ostgalizienfrage vor einem internationalen Forum vorzustellen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung sowie deren Streben nach eigenständigem staatlichen Leben zu unterstreichen.<sup>96</sup> Die Gefahr eines ukrainischen Aufstands scheint übertrieben, da der bäuerlichen Bevölkerung auf diesen in weiten Teilen zerstörten Gebieten vor allem an Ruhe und einer Parzellierung des Gutsbesitzerlandes gelegen war. Dies war jedoch keineswegs gleichbedeutend mit einer Akzeptanz der polnischen Herrschaft. Im Sommer 1921 kam es in Ostgalizien offenbar wiederholt zu Bauernaufständen, die jedoch schnell durch Truppen unterdrückt werden konnten;<sup>97</sup> die Tätigkeit von Schwurgerichten wurde kurzzeitig ausgesetzt.<sup>98</sup>

Ein sowjetischer Geheimbericht aus dieser Zeit kennzeichnete Ostgalizien als „kochenden Tiegel nationalen Hasses“, wo bereits der kleinste Vorwand zu blutigen Zusammenstößen führen könne. Von Krakau kommend nehme nach Lemberg hin die unter der Bevölkerung herrschende Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens, der Ressentiments und der Ungewißheit zu. Insbesondere die polnische Gendarmerie verleihe durch ihr Verhalten der Überzeugung der Polen Ausdruck, daß sie absolut Herren der Situation seien. Die Behörden wiederum gäben entgegen elementaren Begriffen der Gerechtigkeit immer den Polizeikräften Recht.<sup>99</sup> Auch „Chwila“ beklagte, daß Ostgalizien seit dem Zerfall Österreichs nicht zur Ruhe gekommen sei. Offene Gegensätze, die in der ersten Zeit nach dem Umsturz zu Blut-

<sup>95</sup> Vgl. Statthaltereipräsidium an das Präsidium des Ministerrats, 7.6.1921. AAN, KOD, sygn. 58, s. 193-201. Ebenda Berichte aus Staryj Sambir (s. 193f), sowie aus Sokal' (s. 195) an das Statthaltereipräsidium.

<sup>96</sup> Vgl. Oberkommando der polnischen Streitkräfte, Generalstab. Abteilung II. Chef des Generalstabs Generaloberst Sikorski an Außenministerium. Warschau, den 16.6.1921. AAN, KOD, sygn. 58, s. 202f.

<sup>97</sup> Vgl. Deutsche Gesandtschaft. K.Nr. 446. Geschäftsträger Herbert von Dirksen an das Auswärtige Amt. Warschau, den 18.6.1921. PA AA, R 81428. Der Bericht stützt sich auf von durchreisenden Galiziern übermittelte Informationen.

<sup>98</sup> Vgl. Protokolle der Ministerratssitzungen vom 20. und 21. Juli sowie vom 9. 8.1921. AAN, *Protokoły posiedzeń Rady Ministrów Rzeczypospolitej Polskiej*, Bd. 15, s. 167, 168 und 302-302 Rückseite.

<sup>99</sup> Vgl. Botschaftssekretär Raczyński an Außenministerium. Kopenhagen, den 24.5.1921. Ebenda, s. 181-183: Bericht des sowjetischen Agenten Bobrik-Borovskij „K peremjenje soveckoj politiki k Polše“ zu Reise nach Galizien, sowie s. 184f: Auszüge aus sowjetischem Geheimbericht zur Lage in Ostgalizien, vom Referenten für Fragen des östlichen Kleinpole am 2.7.1921 an die Generaldelegatur der Regierung in Lemberg Stanislaw Łoś weitergeleitet. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5340, s. 180.

vergießen geführt hatten, hätten sich in einen ruhigen, aber nicht weniger erbitterten Antagonismus gewandelt, der diesem Land die Ruhe nehme und jedwede auf Dauer angelegte Arbeit unmöglich mache:

„Wer die Beziehungen kennt, der weiß, wie unangenehm, schwer und drückend die Atmosphäre ist, die sich über diesem Land ausgebreitet hat“.<sup>100</sup>

Sogar die moskophile Partei, die seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs aufgrund von Repressionen aus der Zeit der österreichischen Herrschaft keinerlei Tätigkeit hatte entfalten können, bezog am 26. Mai 1921 auf ihrem ersten Parteitag seit 1914 eine ablehnende Haltung gegenüber dem polnischen Staat. An dem Kongreß beteiligten sich insgesamt 500 Vertrauensleute der Partei aus Lemberg, der ostgalizischen Provinz und der Lemkivščyna. Nach Ansicht des Redners Stefanovyč sei der Krieg 1918/19 kein Krieg zwischen Polen und Ukrainern, sondern der gesamten ruthenischen Bevölkerung in Ostgalizien ungeachtet der Parteizugehörigkeit gewesen. Der Blick auf den „galizischen Krieg“ als notwendigen Volksakt der Befreiungsbewegung sollte die führende Grundlage der Politik des Exekutivkomitees der moskophilen Partei bilden. Das Führungsmitglied des linken Parteiflügels Kyrjlo Valnyc'kyj maß der Enunziation des Völkerbundes, dem zufolge Ostgalizien keinen integralen Bestandteil des polnischen Staates bilde, sondern nur polnischer Okkupation unterliege, weitreichende Bedeutung bei. Auch der Rigaer Frieden wurde nicht als Vorentscheidung zugunsten der Zugehörigkeit dieses Territoriums zu Polen gesehen. Reinlender stellte fest, daß die moskophile Partei, ebenso wie die ukrainischen Parteien, eine offen antistaatliche Front gebildet habe.<sup>101</sup>

Es ist bezeichnend, daß 1921 erstmals seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in dessen Verlauf das österreichisch-ungarische Militär die Parteiorganisation der Moskophilen als vermeintliche „Verräter“ und Kollaborateure mit der zarischen Besatzungsarmee faktisch vernichtet hatte, ein moskophiler Parteikongreß abgehalten wurde. Deren Bedeutungsverlust verstärkte die nationalpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und Polen, weil nach 1914 nur Parteien mit ukrainischer Orientierung die ruthenische Bevölkerung vertraten. Russophile Gruppierungen, die im 19. Jahrhundert das ruthenische gesellschaftliche Leben zu einem Großteil bestimmt hatten, konnten sich in der Zwischenkriegszeit nur in einigen Randgebieten Ostgaliziens behaupten und sahen sich auf für die ukrainische Nationsbildung „marginale Territorien“ zurückgeworfen, die überwiegend nicht zum heutigen ukrainischen Staatsgebiet zählen.<sup>102</sup>

Das Nationalkomitee der UNTP lud die Vertrauensleute am 3. Juni zur Beratung über die politische Lage, Parteitaktik und -strukturen im Land. 40 der bedeutendsten ukrainischen Politiker, ehemalige Abgeordnete des österreichischen Reichsrats, des galizischen Landtags und der UNRada sowie gesellschaftliche Aktivisten beteiligten sich an den Beratungen. Holubovyč und Kormuš, die beide eine polnisch-ukrainische Verständigung befürworteten, waren der Zusammenkunft

<sup>100</sup> Vgl. Galicya Wschodnia, in: Chwila, Nr. 904, 25.7.1921.

<sup>101</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 3.6.1921. AAN, KOD, sygn. 58, s. 176b-180.

<sup>102</sup> Vgl. Wendland, Die Rückkehr der Russophilen in die ukrainische Geschichte, S. 196f.

ferngeblieben. Ihnen dürfte bewußt gewesen sein, daß der Kongreß Beschlüsse fassen würde, die der von ihnen befürworteten polonophilen Linie diametral entgegenstanden. Volodymyr Bačyns'kyj hob hervor, daß die Entscheidung über die staatsrechtliche Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen noch nicht gefallen sei, sondern entsprechend dem Vertrag von Saint-Germain den Ententestaaten als dem eigentlichen Souverän des Landes obliege. Ostgalizien, das in seiner überwiegenden Mehrheit von einer ukrainischen Bevölkerung bewohnt werde, könne niemals in den polnischen Staat als dessen integraler Bestandteil eingegliedert werden. In diesem Zusammenhang wies er Petruševyč das Verdienst dafür zu, daß noch keine gegen die Ukrainer gerichtete Entscheidung der Entente gefallen sei. Bačyns'kyj verurteilte die Politik der polnischen Behörden gegenüber der ukrainischen Bevölkerung als „Exterminationspolitik im ganzen Sinne des Wortes“ auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sogar religiösen Lebens; er forderte die Bildung eines unabhängigen ostgalizischen Staates. Baran betonte die Notwendigkeit einer Erneuerung der Parteistrukturen. Jede Kreisstadt sollte ein Kreis-, jede noch so kleine Örtlichkeit ein Lokalkomitee besitzen, die alle miteinander in Kontakt stehen sollten. Der Parteitagsbeschluß zur Wahrung der Loyalität gegenüber den Moskophilen, deren Position als Annäherung an ukrainische Standpunkte verstanden wurde,<sup>103</sup> verdeutlicht den hohen Grad antipolnischer Stimmungen unter der ukrainischen Gesellschaft in Ostgalizien:

„Aus den Resolutionen sowohl des Kongresses der Partei der Arbeit, als auch der Moskophilen und des Zwischenparteilichen Kongresses entstand die ukrainische Einheitsfront gegen Polen, den Rigaer Frieden und die eventuelle Angliederung Ostgaliziens an Polen als integraler Bestandteil des polnischen Staates“.<sup>104</sup>

Auf Initiative der UNTP wurde am Abend des 3. Juni ein „Zwischenparteilicher Kongreß“ abgehalten, an dem sich mit Ausnahme der USDP alle ukrainischen Parteien beteiligten. Der Kongreß verfolgte das Ziel, eine gemeinsame Plattform für die Tätigkeit aller teilnehmenden Parteien aufzustellen, vor allem in der Ostgalizienfrage. Reinlender konstatierte, daß die drei wichtigsten ukrainischen Parteien des Landes eine offene Front gegen die polnische Staatlichkeit gebildet hätten und bestrebt seien, diese Aktion auf andere nach dem Rigaer Frieden an Polen angegliederte ukrainische Territorien auszudehnen. Negative Folgen für den Staat befürchtete er gerade durch die Stimulierung des Hasses in der ukrainischen Landbevölkerung auf alles, was als polnisch betrachtet wurde.<sup>105</sup>

Der „Ukrajins'kyj Vistnyk“ berichtete ausführlich über den „Zwischenparteilichen Kongreß“, der am 4. Juni fortgesetzt wurde.<sup>106</sup> Infolge der Verhaftungen, Internierungen und Verfolgungen durch das polnische Regime sei zwar nicht nur die Verbindung zum Dorf, sondern sogar zwischen einzelnen Städten unterbrochen

<sup>103</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 9.6.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5351, s. 59-67.

<sup>104</sup> Vgl. Baczyński, Akcja ukraińców galicyjskich. AAN, KOD, sygn. 56, s. 167.

<sup>105</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 9.6.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5351, s. 59-67.

<sup>106</sup> Vgl. Mižpartijnyj zjazd, in: Ukrajins'kyj Vistnyk, Nr. 110, 9.6.1921.

gewesen; gleichzeitig aber habe die Härte der polnischen Besatzung das Gefühl der nationalen Würde und den Wunsch ausgebildet, Herr auf dem eigenen Land zu sein: „Jeder polnische Gendarm wurde, indem er sein Handwerk ausübte, unbewußt zum Agitator unserer Partei“ [der UNTP, T.W.].<sup>107</sup> Die ganze Nation, alle ihre politischen Parteien, Richtungen, Organisationen, Kreise und Strömungen, solle sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Feinde des Volkes zusammenschließen, mit dem Ziel, gemeinsam bedrohte Positionen und die Nation zu verteidigen, und das natürliche Recht jedes Volkes zu verwirklichen: Herr in der eigenen Hütte und Eigentümer aller Schätze des eigenen Landes zu sein.<sup>108</sup> Der „Ukrajins'kyj Vistnyk“ verurteilte die Tätigkeit der USDP, die am Zwischenparteilichen Kongreß nicht teilgenommen hatte und deren Organ „Vpered“ Kritik an der Bildung einer Einheitsfront geübt hatte.<sup>109</sup>

Die dominante politische Strömung unter den ostgalizischen Ukrainern war Mitte 1921 die Abgrenzung gegen jedwede Verständigung mit der polnischen Regierung. Baran stellte im „Ukrajins'kyj Vistnyk“ fest, daß sie nicht gegen gutnachbarschaftliche Beziehungen mit Polen seien, gemäß der Grundlage „suum cuique“. Erst dann, wenn die Staatsgrenzen entlang ethnographischer Grenzen verliefen, könnten sie einander gute Nachbarn sein und gemeinsam die Losung „Für unsere und eure Freiheit“ verwirklichen.<sup>110</sup> Er befürwortete die staatliche Separierung Kyjivs von Moskau und deren Umbildung zu zwei Mittelpunkten auf einer Ellipse. Als Analogie sah er das britische Imperium und die dort ausgebildeten Beziehungen zwischen der Metropole und den Dominions, von denen jede ein eigenes Parlament, eine eigene Währung, Armee und das Recht auf eigene Auslandsbeziehungen habe. Indem die ostgalizischen Ukrainer heute ihre engeren Staatsforderungen stellten, schüfen sie gleichzeitig neue gemeinsame kulturelle und staatliche Kostbarkeiten für die zukünftige gemeinsame ukrainische Staatskapelle (ukr. chram) als Etappe auf dem Weg zu einem vereinten ukrainischen Staat. Der Hauptgedanke des Artikels, dem zufolge die Ukraine nur eine dominiale Unabhängigkeit von Rußland anstreben sollte,<sup>111</sup> stieß in der ukrainischen Gesellschaft in Ostgalizien jedoch auf großen Widerspruch. Die Redaktion stellte daraufhin fest, daß sie auf der Unabhängigkeit eines ukrainischen Staates und der vollen Separation der Ukraine von Rußland bestünden. In redaktionellen Artikeln hätten sie immer die Plattform der vollen Unabhängigkeit der Ukraine und der ukrainischen Einheit vertreten.<sup>112</sup>

Am 3. September 1921 tagte der zweite Zwischenparteiliche Kongreß aus Repräsentanten der nationalukrainischen Parteien unter Beteiligung von Vertretern ukrainischer nationaler Institutionen und der organisierten Studentenschaft. Ähnlich dem Kongreß vom 3. und 4. Juni 1921 maßen auch die Teilnehmer des Kongresses vom 3. September ihrer Veranstaltung vorrangig Verteidigungscharakter bei. Das ukrainische Volk habe die Befriedigung seiner Bedürfnisse auf den Gebieten Kultur und Bildung selbst in die Hand genommen, um dann die eigene Tätig-

<sup>107</sup> Vgl. Po zjyzdach, in: Ukrajins'kyj Vistnyk, Nr. 111, 10.6.1921.

<sup>108</sup> Vgl. Odyn front I, in: Ukrajins'kyj Vistnyk, Nr. 114, 15.6.1921.

<sup>109</sup> Vgl. Odyn front I-III, in: Ukrajins'kyj Vistnyk, Nr. 114-116, 15., 16. und 17.6.1921.

<sup>110</sup> Vgl. Stepan Baran, Za naszą i waszą wolność!, in: Ukrajins'kyj Vistnyk, Nr. 150, 2.8.1921.

<sup>111</sup> Vgl. Stepan Baran, Likvidacija koncepciji Petljury, in: Ukrajins'kyj Vistnyk, Nr. 154, 6.8.1921.

<sup>112</sup> Vgl. Povna čy dominijal'na nezaležnist'?, in: Ukrajins'kyj Vistnyk, Nr. 186, 14.9.1921.

keit auf das breitere Feld des nationalpolitischen Lebens zu erweitern. In der Universitätsfrage forderte der Kongreß die Bildung einer ukrainischen Universität und anderer Hochschulen in Lemberg. Die ganze Gesellschaft wurde zur materiellen und moralischen Unterstützung bei der Errichtung dieser Institutionen aufgerufen. Gleichzeitig wandte man sich gegen die Einschreibung ukrainischer Studenten an der Lemberger Universität und anderen Lemberger Hochschulen. Nur diejenigen Absolventen, die ihre Studien vor dem 1. November 1918 beendet hatten, sollten Examina und Rigorosa ablegen dürfen. Aus öffentlichen Fonds sollte das Studium an auswärtigen Hochschulen unterstützt werden. Universitätsprofessoren und Dozenten wurden zur Rückkehr ins Land aufgerufen.<sup>113</sup>

### *1.3.2 Der Wiederaufbau des Polentums*

„Słowo Polskie“, das Organ der in Ostgalizien einflußreichen Nationaldemokraten, feierte den Waffenstillstand von Riga als „unvergängliches Denkmal“ und „Triumph der Ideologie und Politik des Pariser Nationalkomitees“. Dieses habe bei der Konzeption der Ostgrenzen des polnischen Staates „geniale Voraussicht“ und Nüchternheit bewiesen und gleichzeitig „romantische Föderationsträume“ beendet. Die Zeitung bezeichnete die „endgültige und definitive Inkorporierung“ des östlichen Kleinpolens in den polnischen Staat als „heilige und erste Aufgabe der polnischen Regierung“. Gerade die zaghafte Politik der polnischen Regierung wurde als Ursache dafür angesehen, daß ein Teil der polnischen Gesellschaft vor Ort Rückhalt bei nichtpolnischen, das heißt ruthenischen, jüdischen und umstürzlerischen Elementen, gesucht habe. Auf diese Art habe das östliche Kleinpolen – in den Zeiten der Unfreiheit „Kader des Polentums in den Kresy“ –, gegenwärtig viel von seinem Charakter, seiner Widerstandskraft und seinem tiefen Bürgerbewußtsein eingebüßt. Nach Abschluß des Vorfriedens von Riga sollte eine entschiedene Ruthenenpolitik verfolgt werden, damit das Polentum im östlichen Teil Galiziens wieder aufgebaut werde und gesunden könne.<sup>114</sup> Józef Rudnicki forderte in „Słowo Polskie“ den Aufbau eines langfristig angelegten innenpolitischen Programms mit nationalpolnischer Grundlage. Dazu seien die Wojewodschaftsverwaltung einzuführen, das Wirtschaftsleben und die Kultur allseitig aufzubauen, das Polentum zu schützen und die Beziehungen den Ruthenen gegenüber gerecht, aber entschieden zu regeln.<sup>115</sup>

Die sozialistische Presse reagierte auf den Abschluß des polnisch-sovetischen Waffenstillstandsabkommens sehr uneinheitlich. Der ostgalizische Nationaldemokrat Waclaw Mejbaum stellte in „Słowo Polskie“ fest, daß die PPS, indem sie den Rigaer Frieden akzeptierte, sich selbst und ihrer bisherigen Politik und Tätigkeit ein Mißtrauensvotum aussprach. Daszyński hielt ein Plebiszit in Ostgalizien für die gerechteste, jedoch nicht zu verwirklichende Lösung. Er setzte sich darum für eine Lösung der Ostgalizienfrage auf dem Boden des polnischen Staates

<sup>113</sup> Vgl. Druhij miżpartijnyj zjazd, in: Ukrajins'kyj Vistnyk, Nr. 180, 7.9.1921.

<sup>114</sup> Vgl. O przyszłość wschodniej Małopolski, in: Słowo Polskie, Nr. 518, 7.11.1920.

<sup>115</sup> Vgl. Józef Rudnicki, O program wewnętrzny, in: Słowo Polskie, Nr. 15, 12.1.1921.

ein.<sup>116</sup> Offenbar wurde innerhalb der PPS das Ziel einer Föderation Polens mit Litauen, Weißrußland und der Ukraine als ungerechtfertigter Optimismus angesehen.<sup>117</sup> Der aus Przemyśl stammende polnische Sozialdemokrat Lieberman merkte in seinen Erinnerungen nur lapidar an, daß die polnisch-russische Grenze im Rigaer Frieden endgültig festgelegt worden sei. Ein wesentlich dringlicheres Problem bildete aus seiner Sicht die zwischen Deutschland und Polen umstrittene Oberschlesienfrage.<sup>118</sup> Wie schon die Ratifizierung des Vorfriedens von Riga vollzog sich auch die des Rigaer Friedens durch den Warschauer Sejm ohne Schwierigkeiten.

Józef Rudnicki kritisierte Ende April 1921 in „Słowo Polskie“ die Auffassung, daß durch die definitive Angliederung Ostgaliziens an Polen im Rigaer Frieden alle Ruthenen nunmehr Bürger des polnischen Staates seien und somit auch von dessen Rechten profitieren sollten. Es entsprach gewiß der Ansicht der Mehrheit der politisch interessierten Öffentlichkeit der Polen in Ostgalizien, daß keine Verträge, sondern das „lebendige, selbstlose Blut der Verteidiger Lembergs im November 1918 und des östlichen Kleinpolens in den vergangenen zwei Jahren“ über die Zugehörigkeit dieses Territoriums zu Polen entschieden habe. Ukrainern und Juden gegenüber mahnte Rudnicki die „harte und rücksichtslose Einforderung“ aller Pflichten an, deren Erfüllung die Ukrainer sich aufgrund ihrer fiktiven antipolnischen Staatlichkeit widersetzen. Der Inanspruchnahme von Bürgerrechten sollte die Erfüllung von Bürgerpflichten vorausgehen: „Heute zwingt uns die harte Wirklichkeit zur Einnahme eines Standpunkts der wachsamten Selbstverteidigung. Und Selbstverteidigung ist gleichwohl kein Mangel an Toleranz, sondern deren Grenze“.<sup>119</sup>

Die Beschlüsse des Zwischenparteilichen Kongresses wurden vom Organ der polnischen Nationaldemokraten in Lemberg „Słowo Polskie“ als Verlagerung des Schwerpunkts der ruthenischen Unabhängigkeitsaktion aus dem Ausland nach Ostgalizien interpretiert. Die Regierung und vor allem der künftige Lemberger Woiwode sollten ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Position der UNTP in der Frage der Ganzheit der ruthenischen Politik in der Republik Polen richten. Anstatt wegen Hochverrats verhaftet zu werden, seien die Teilnehmer des Zwischenparteilichen Kongresses ruhig auseinandergegangen, versehen mit Agitationsmaterial, Instruktionen und Mandaten zur Entfaltung der erloschenen „Agitationsnester“ und bäuerlicher Ressentiments gegen Polen. Nicht nur die politischen Aktivitäten der Ukrainer, die eine erneute Aktualisierung der Ostgalizienfrage auf internationalem Gebiet anstrebten, sondern auch die der Juden wurden scharf kritisiert. Letztere strebten nach Ansicht Rudnickis die Umbildung Polens in eine „Judeo-Polonia“ an und wollten aus den derzeitigen Möglichkeiten den maximalen Nutzen für den kämpferischen Panjudaismus in Polen erreichen.<sup>120</sup>

Anstelle einer den Forderungen der Ukrainer und Juden entgegenkommenden Politik befürworteten die Lemberger Nationaldemokraten die Einnahme einer unnachgiebigen Haltung gegenüber den nationalen Minderheiten. Eine nationale

<sup>116</sup> Vgl. Koko, *Wolni z wolnymi*, S. 56f.

<sup>117</sup> Vgl. Ders., *W nadziei na zgodę*, S. 40.

<sup>118</sup> Vgl. Herman Lieberman, *Pamiętniki*. Bearbeitet von Andrzej Garlicki, Warszawa 1996, S. 175.

<sup>119</sup> Vgl. Józef Rudnicki, *Granice tolerancji*, in: *Słowo Polskie*, Nr. 191, 29.4.1921.

<sup>120</sup> Vgl. Józef Rudnicki, *Próby ruskie*, in: *Słowo Polskie*, Nr. 252, 10.6.1921.

Minderheit, so führte Mejbaum aus, könne in einem demokratischen Staat nur eine Bewegung sein, die diesen mit unwiderstehlicher Konsequenz zerschlagen oder seinen demokratischen Aufbau vernichten wolle. Der Logik des Artikels entsprechend durfte ein demokratischer Staat keine nationalen Minderheiten anerkennen oder tolerieren. Nach Ansicht Mejbaums und anderer politischer Repräsentanten der polnischen Bevölkerung in Ostgalizien bildeten die Ukrainer keine Nation, der eine eigene Entwicklung eingeräumt werden mußte. In der Minderheitenpolitik der polnischen Regierung sah er das Bestreben, die ethnische Minderheit der Ruthenen nach altem österreichischen Muster hartnäckig als nationale Minderheit zu behandeln.<sup>121</sup> So zutreffend es scheint, daß nationale Minderheiten nach 1918 als Endziel Eigenstaatlichkeit anstreben, mußte der von den Nationaldemokraten verfolgte Weg die nationalen Gegensätze vertiefen und so den Nationsbildungsprozeß der Ukrainer weiter beschleunigen.

Der Warschauer „Naród“, das Organ des politischen Denkens des Belweder, erklärte Ende Juli 1921 die Gewinnung der ruthenischen Bevölkerung zur dringenden Aufgabe der polnischen Innenpolitik: Zum einen würde der Westen dann die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen anerkennen, zum anderen die Integration der Ruthenen in den polnischen Staat den Ausbruch eines Krieges gegen die Bolschewiki verhindern. Dagegen stellte Mejbaum fest, daß im Gegenteil das Verhältnis der Ruthenen zu Polen von der Entscheidung des Westens in der Ostgalizienfrage abhängig sei. Im polnisch-westukrainischen Krieg habe die Bevölkerung Ostgaliziens, trotz fehlenden Beistands seitens der Warschauer Regierung und gegen den Willen des Belweders, die Zugehörigkeit ihres Landes zu Polen durchgesetzt.

In der westukrainischen Staatsgründung wurde eine durch die „ukrainische Partei“ durchgeführte Revolte gesehen, der gegenüber die „Massen der ruthenischen Bevölkerung“ einen passiven, die Säuberung Ostgaliziens von „ukrainischen Banden“ erst ermöglichenden Standpunkt gewahrt hätten. Die polnische Regierung solle endlich auf das Gebiet „realer Fakten“ übergehen und aufhören, aus dem polnischen Charakter des östlichen Kleinpolens und dem seiner Zugehörigkeit zur Republik Polen eine Frage zu machen. Weder durch eine Entscheidung des Westens noch eine Invasion aus dem Osten, sondern von seiten doktrinärer Regierungen sei dessen Eingliederung in den polnischen Staat am meisten gefährdet.<sup>122</sup> Breite Kreise der polnischen Gesellschaft in Ostgalizien teilten die entschiedene, von „Słowo Polskie“ artikulierte Ablehnung der ukrainischen Bewegung.

### *1.3.3 Zwischen der Annäherung an Polen und Neutralität*

Führende Vertreter des ostgalizischen Judentums tendierten zumindest im Herbst 1920 in den von der Besatzung durch bolschewistische Truppen befreiten Gebieten Ostgaliziens dazu, für die polnische Seite Partei zu ergreifen. Den sichtbarsten Ausdruck hierfür bildete die Entstehung eines Bürgerkomitees aus Vertretern des Ternopiler Judentums im September/Oktober 1920. Die Mitglieder dieses Bürgerkomitees erklärten in einem Schreiben an den Delegierten für Fragen des östlichen

<sup>121</sup> Vgl. W[acław] M[ejbaum], Mniejszości narodowe, in: Słowo Polskie, Nr. 256, 12.6.1921.

<sup>122</sup> Vgl. W[acław] M[ejbaum], Najpilniejsze zagadnienie, in: Słowo Polskie, Nr. 342, 4.8.1921.



Kleinpolens beim Warschauer Außenministerium Henryk Löwenherz am 28. Mai 1921, daß sie nach den Erfahrungen der letzten Jahre und der bolshevistischen Herrschaft allein im polnischen Staat eine „Lebensbastion“ und Existenzmöglichkeit sahen. Ihr Ziel sei es, der Weltöffentlichkeit die Schädlichkeit des Bolshevismus bekanntzugeben. Außerdem sollte eine Erklärung des ostgalizischen Judentums zugunsten des definitiven Anschlusses Ostgaliziens an Polen herbeigeführt werden. Bereits zur Zeit der Friedensverhandlungen in Riga hatte das Bürgerkomitee am 6. Oktober 1920 entsprechende Aufrufe an alle gerade von der bolshevistischen Herrschaft befreiten jüdischen Gemeinden gerichtet. Vier Tage später votierte eine Versammlung der Juden von Ternopil' für den Anschluß Ostgaliziens an Polen. In 30 Städten und Kleinstädten seien einmütige Resolutionen in demselben Geiste gefaßt worden. Nur technische Schwierigkeiten und die zu hohen Kosten hätten der vom Komitee als Krönung ihrer Aktion geplanten Einberufung eines Landeskongresses nach Lemberg oder eventuell nach Ternopil' im Wege gestanden.<sup>123</sup> Der polnische Botschafter in Wien Szarota stellte befriedigt fest, daß nach dem Abschluß des Präliminarfriedens von Riga der Standpunkt der Juden deutlich polonophile Tendenzen zeigte.<sup>124</sup>

Die Position des jüdischen Bürgertums von Ternopil' sollte jedoch nicht als allgemeine Orientierung des ostgalizischen Judentums angesehen werden. „Chwila“ beispielsweise ging auch nach Abschluß des Vorvertrags von Riga nicht von der eigenen neutralen Haltung im polnisch-ukrainischen Konflikt um Ostgalizien ab. Zionistische politische Gruppierungen waren bestrebt, die angespannten polnisch-jüdischen Beziehungen zu normalisieren und die Lage der jüdischen Bevölkerung im polnischen Staat zu verbessern. Die Zeitung charakterisierte die Minderheitenpolitik der polnischen Regierung als „Exterminationspolitik“. Insofern, als die polnische Bevölkerung mit nur knapp mehr als 60 % nicht die überwältigende Mehrheit im Staat bildete, wurde die Polonierung der Minderheiten als aussichtslos eingestuft. Hier schwang die Drohung mit, eine Opposition nichtpolnischer Parteien unter Einschluß der Zionisten gegen die polnische Regierung zu bilden. Der polnischen Bevölkerung und den Angehörigen der nationalen Minderheiten wurde eine gleichwertige Stufe in ihrer nationalen Entwicklung bescheinigt. Analphabetismus sei etwa unter der durchweg national denkenden jüdischen Bevölkerung faktisch nicht ausgeprägt.<sup>125</sup> Nationale Gleichberechtigung in Form der nationalen Personalautonomie wurde als die *conditio sine qua non* zu einer Behauptung in den politischen Bedingungen der eigenen Zeit bezeichnet.<sup>126</sup>

Für die Distanz zwischen Polen und Juden spricht auch die Ablehnung des Rigaer Friedens durch jüdische Abgeordnete im Sejm. Diese verurteilten auf der 224. Sitzung des polnischen Parlaments vom 15. April 1921 die Angliederung der Gebiete der „Kresy“ im Rigaer Frieden als „Annexion“ und kritisierten, daß in dem

---

<sup>123</sup> Vgl. Jüdisches Bürgerkomitee in Ternopil' an den Delegierten für Fragen des östlichen Kleinpolen beim Warschauer Außenministerium. Ternopil', den 28.5.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 446, s. 1-6.

<sup>124</sup> Vgl. Bericht des polnischen Botschafters in Wien vom 19.11.1920 zur Tätigkeit der ostgalizischen Ukrainer und bolshevistischer Agenten in Wien. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 442, s. 43.

<sup>125</sup> Vgl. W. Berkelhammer: O politykę tolerancyi narodowej, in: Chwila, Nr. 641, 29.10.1920.

<sup>126</sup> Vgl. W. Berkelhammer: Kto nam da autonomię?, in: Chwila, Nr. 668, 25.11.1920.

Vertrag nicht die Rechte aller nationaler Minderheiten garantiert, sondern privilegierte und verfolgte Minderheiten geschaffen worden seien. Zu den Letzteren zählte der Repräsentant der Jüdischen Volkspartei Samuel Hirschchron die jüdische Minderheit. Ähnlich äußerte sich Farbstein aus dem Klub der Abgeordneten jüdischer Nationalität.<sup>127</sup>

Die Rolle der Juden im polnisch-westukrainischen Krieg um Lemberg und Ostgalizien sowie die Frage der ukrainisch-jüdischen Beziehungen beschäftigten Ende 1920 führende Kreise der ostgalizischen Ukrainer in der Wiener Emigration. Dem „Ukrajins'kyj Prapor“ zufolge habe der Lemberger Pogrom vom November 1918 einen Schatten auf das „ehemals idyllische polnisch-jüdische Zusammenleben in Ostgalizien“ geworfen. Das ukrainische Volk erwarte im blutigen und erbitterten Kampf gegen seinen „Erbfeind“ Polen von den Juden die Wahrung voller und aufrichtiger Neutralität. Während die jüdische Intelligencija überwiegend auf der polnischen Seite gegen die Ukrainer kämpfe, stehe die Allgemeinheit der jüdischen Bevölkerung Ostgaliziens auf einem neutralen Standpunkt. Die Feststellung, daß die Ukrainer das Verhalten der Juden aufmerksam beobachten und in Erinnerung behalten würden, trug einen drohenden Unterton. Das Organ der Wiener Exilregierung Petruševyč erinnerte daran, daß die ostgalizischen Ukrainer als erstes der Völker Osteuropas der eigenen jüdischen Bevölkerung volle Gemeinde-, kulturelle und religiöse Autonomie zugestanden hatten, um die Juden als aktive Helfer beim Bau eines westukrainischen Staates zu gewinnen: „Wir sind zu vernünftig, um nicht wegen unserer Armut an gebildeten Kräften die zukünftige jüdische Hilfe ausreißend zu würdigen.“<sup>128</sup>

#### *1.4 Tyt Vojnarovs'kyjs Vermittlungsversuch*

Der Anstoß zu Überlegungen innerhalb der polnischen Regierung über eine Regelung der Ostgalizienfrage ging vom polnischen Außenministerium aus. Am 9. August waren der polnische Außenminister Konstanty Skirmunt und der Delegierte für Fragen des östlichen Kleinpolens beim Außenministerium übereingekommen, daß die polnische Regierung unverzüglich mit Vorbereitungen zur Ausgestaltung der Beziehung der ruthenischen nationalen Minderheit gegenüber polnischer Regierung und Gesellschaft beginnen sollte. Dabei wurde die Lösung der „ruthenischen Frage“, die man einem aide-memoiré des polnischen Außenministeriums zufolge besser und eigentlich als „Frage der östlichen Kresy Polens“ bezeichnen könne, als Mittel angesehen, das dem polnischen Staat den Besitz der östlich von Bug und San gelegenen Gebiete sichern sollte. Die Arbeit an der Regelung der Frage der östlichen Kresy sollte in außenpolitischer Hinsicht die Ententestaaten dazu bewegen, deren Zugehörigkeit zu Polen anzuerkennen. Dabei dürfe jedoch keinesfalls der irriige Eindruck entstehen, daß diese Territorien nur provisorisch besetzt seien, bis ein zukünftiges Rußland oder eine zukünftige Ukraine sie für sich einforderten. Darum sollte die Gewinnung der ruthenischen Bevölkerung für den polnischen

<sup>127</sup> Vgl. Piotr Stawecki, Ratyfikacja umowy preliminarnej i traktatu ryskiego przez Sejm ustawodawczy, in: Traktat ryski 1921 po 75 latach, S. 111-123, S. 120f.

<sup>128</sup> Vgl. Naši vzajemny z žydamy, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 61, 4.12.1920.

Staat das Ergebnis einer unmittelbaren Verständigung zwischen der polnischen Regierung und einer Vertretung des ruthenischen Volkes sein. Das Eingreifen fremder Kräfte hingegen, und sei es in der Rolle eines Vermittlers, sei *a limine* zurückzuweisen. Gleichzeitig sollte das Innenministerium beginnen, eine auf dem Standpunkt der polnischen Staatlichkeit stehende ruthenische Partei auszubilden.<sup>129</sup> Außenminister Skirmunt referierte auf einer geheimen Sitzung des polnischen Ministerrats vom 19. August 1921 die Frage des östlichen Kleinpolens vom Standpunkt der internationalen Politik aus. Es wurde beschlossen, eine Kommission aus dem Außenminister, dem Innenminister und dem Minister für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Bildung unter Führung des Innenministers zu bilden, die sich mit der Ostgalizienfrage befassen und ihre Vorschläge dem Ministerrat vorstellen sollte.<sup>130</sup>

Graf Stanisław Łoś<sup>131</sup> hatte im August 1921 Staatschef Piłsudski, Ministerpräsident Witos und Außenminister Konstanty Skirmunt überzeugt, daß die polnische Regierung den Versuch zu einer Verständigung mit den ostgalizischen Ukrainern unternehmen sollte.<sup>132</sup> Ende des Monats reiste Łoś mit weitreichenden Vollmachten zu politischen Verhandlungen in der Ostgalizienfrage nach Lemberg und veranlaßte Vojnarovs'kyj zu einem Treffen mit Skirmunt.<sup>133</sup> Der griechisch-katholische Metropolit Šeptyc'kyj zählte fraglos zu den Befürwortern einer ukrainisch-polnischen Verständigung. Gleichzeitig stellte er seine eigene Tätigkeit aber in vielen Fragen weitgehend in den Dienst von Petruševyč. Inwieweit Vojnarovs'kyj bei seiner Kontaktaufnahme auf Anordnung Šeptyc'kyjs handelte, kann aufgrund bekannter Archivmaterialien und Publikationen nicht nachgewiesen werden.<sup>134</sup> Einem Bericht des polnischen Außenministeriums von Ende November 1921 zufolge hatte sich Vojnarovs'kyj im September 1921 mit den folgenden Fragen an die polnische Regierung gewandt: Ob die ostgalizischen Ukrainer für den

---

<sup>129</sup> Vgl. Aide-memoiré für den polnischen Außenminister. Warschau, den 10.8.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 208, s. 50-51.

<sup>130</sup> Vgl. Protokoll der Ministerratsitzung vom 19.8.1921. AAN, Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów Rzeczpospolitej Polskiej, Bd. 15, s. 413-413 Rückseite.

<sup>131</sup> Łoś hatte beim Außenministerium in Warschau das Ressort für die Ostgalizienangelegenheit übernommen. Er behielt sich, ohne ein Gehalt zu beziehen oder Beamter geworden zu sein, weitgehende Selbständigkeit vor. Vgl. Stanyslav Los', Miżnarodne položennja Pol'shi ta halycki Ukraincy, L'viv 1932, S. 4.

<sup>132</sup> Vgl. Los', Miżnarodne položennja, S. 4f.

<sup>133</sup> Mychajlo Švahuljak, Ukrajin'ski konservatory i sprava ukrajin'sko-pol's'kich vzajemyn (1921-1939), in: Polska i Ukraina. Sojusz 1920 roku i jego następstwa. Toruń 1997, S. 371-395, S. 378-381.

<sup>134</sup> Daß der Metropolit in diesem Kontext in polnischen Archivdokumenten für die zweite Hälfte des Jahres 1921 meines Wissens nicht erwähnt wird, läßt Zweifel an der Rolle Šeptyc'kyjs als Initiator einer ukrainisch-polnischen Verständigung im Herbst 1921 aufkommen. Švahuljak nimmt an, daß Vojnarovs'kyj im Auftrag Šeptyc'kyjs handelte, aber später in seinen Publikationen die Rolle des Metropoliten übergibt, da dieser mit politischen Fragen nicht habe in Verbindung gebracht werden wollen. Es ist jedoch fraglich, ob tatsächlich ein so enger Zusammenhang zwischen den Gesprächen in Rom von Anfang 1921 und der Mission Vojnarovs'kyjs bestand, wie Švahuljak meint. Šeptyc'kyj soll im Sommer 1921 eine den Ukrainern ungünstige Regelung der Ostgalizienfrage für möglich erachtet haben. Wahrscheinlich meinte Vojnarovs'kyj, mit seinem Vermittlungsversuch im Sinne des Metropoliten zu handeln. Vgl. Mychajlo Švahuljak, Do istoriji ukrajin'sko-pol's'kich perehovoriv u 1921 roci. Misija Tyta Vojnarovs'koho, in: Zapysky naukovoho tovarystva imeni Ševčenka, Bd. CCXXXIII. Praci Istoryčno-filosofs'koji sekciji, L'viv 1997, S. 126-143, S. 132.

Fall einer Anerkennung der polnischen Staatlichkeit ihrerseits auf nationale Selbstverwaltung rechnen könnten, und ob eine unmittelbare polnisch-ukrainische Verständigung möglich sei. Eine weitere Bedingung bildete die Durchführung einer Amnestie für diejenigen, die militärisch oder politisch gegen Polen gekämpft hätten. Vojnarovs'kyj wurde sogar zugesagt, daß im Falle der loyalen Anerkennung der polnischen Staatlichkeit die ostgalizisch-ukrainischen Führer als Experten bei der Lösung der nationalen Frage in den südöstlichen Wojewodschaften gehört würden. Die Selbstverwaltung für die Ruthenen bilde so ein Verständigungsprodukt und eine Art der Selbstbestimmung.<sup>135</sup> Vojnarovs'kyj zufolge sahen die Vorschläge der polnischen Regierung Territorialautonomie für ein mit Polen föderativ verbundenes Ostgalizien vor.<sup>136</sup> Das Vojnarovs'kyj unterbreitete Angebot trug wohl vorrangig Sondierungscharakter. Vojnarovs'kyj meinte jedoch 1932 rückblickend, daß, wenn auch nur ein Teil des von ihm vorgelegten Autonomieprojekts realisiert worden wäre,

„sie heute völlig andere Entwicklungsmöglichkeiten und völlig andere Möglichkeiten beim Kampf gegen eventuelle spätere polnische Bestrebungen zur Begrenzung ihrer politischen und nationalen Wirtschaftsrechte besäßen“.<sup>137</sup>

Den Erinnerungen Vojnarovs'kyjs ist zu entnehmen, daß die westukrainische Regierung den Verhandlungsvorschlag der polnischen Regierung mit Empörung zurückgewiesen habe, weil „der Oberste Rat auf der Grundlage des Artikels 91 des Vertrags von Saint-Germain der Souverän Ostgaliziens sei und man deshalb keine Verhandlungen mit der polnischen Regierung eingehen dürfe“.<sup>138</sup> Von den weitgehenden Autonomievorschlügen, die Vojnarovs'kyj am 6. September 1921 in Wien unterbreitete, zeigte sich Petruševyč so beeindruckt, daß er, wie er im Kreise seiner engen politischen Mitarbeiter einen Tag später bekannte, zunächst auf die polnische Verhandlungsinitiative habe eingehen wollen, dann aber eine negative Antwort gegeben habe:

„Im Land hätte man dies als Kapitulation angesehen, die Regierung hätte das gesamte Vertrauen eingebüßt und könnte keine Politik machen, ebensowenig wie das Land“.<sup>139</sup>

---

<sup>135</sup> Vgl. Außenministerium an Londoner Botschaft zu bisherigen Verständigungsversuchen zwischen Ruthenen und Polen. Warschau, den 28.11.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 14-16.

<sup>136</sup> Vgl. Tyt Vojnarovs'kyj, Spohady z moho žyttja, in: Istoryčni postati Schidnoji Halyčyny XIX-XX st., hg. von Isydore Sochoc'kyj (Naukove Товариство Шевченка, Biblioteka Ukrajinoznavstva, Bd. VIII, N'ju Jork, Paryž, Sidnej, Toronto 1961, S. 15-75, S. 68: Die Selbständigkeit in der Verwaltung des eigenen Territoriums mit Jevhen Petruševyč als Statthalter und ein ostgalizischer Sejm (Verwaltungs- und Kulturfragen, Gerichtsbarkeit) wurden zugesagt, alle Starosty und Verwaltungschefs in Ostgalizien sollten Ukrainer, nur deren Stellvertreter Polen sein. Allein Armee und Äußeres bildeten die Prärogativen der Warschauer Zentralregierung, die aber nicht bereit war, über die Frage der Souveränität Ostgaliziens zu diskutieren.

<sup>137</sup> Tyt Vojnarovs'kyj, Sprba pol's'ko-ukrajins'koho zamyrennja v 1921 roci, in: Dilo, 12.07.1931.

<sup>138</sup> Ebenda.

<sup>139</sup> Vgl. Zapys pro zasidannja kolegiji upovnovaženych urjadu Dyktatora ZUNR 7 veresnja 1921 r., zroblenyj Ospyom Nazarukom, ediert von Švahuljak in: Zapysky naukovoho tovarystva imeni Ševčenka, Bd. CCXXXIII. Praci Istoryčno-filosofs'koji sekciji, L'viv 1997, S. 143-146, S. 144.

Er gab sofort eine negative Antwort und erklärte, daß nur die Anerkennung der staatlichen Eigenständigkeit Ostgaliziens die Basis für freundschaftliche Beziehungen bilden könne. Petruševyč sah in der polnischen Offerte eine politische Intrige der polnischen Regierung. Außerdem stand die von Petruševyč in Wien im Juli 1920 gegründete Regierung offen vor der Frage der eigenen Autorität, und dies in zweierlei Hinsicht: Zum einen gegenüber den Ententestaaten und dem Obersten Rat in Paris, von denen sie nicht als rechtmäßige Vertretung der ostgalizischen Bevölkerung angesehen wurde. In Noten an den Obersten Rat in Paris und den Völkerbund prangerte sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die repressive Praxis der polnischen Okkupationsmacht gegenüber der ukrainischen Bevölkerung an und forderte eine schnelle Lösung der Ostgalizienfrage.

Vor allem aber drohte die Regierung Petruševyč im Falle eines Eingehens auf die Offerte der polnischen Regierung das Vertrauen des „Landes“ zu verlieren, das zu vertreten sie sich verpflichtet fühlte. Diesen Gesichtspunkt betonte auch Kost' Levyc'kyj, der Bevollmächtigte des Diktators für Äußeres: „Und wenn man uns verwirft, dann wird auch das österreichische Verkehrsministerium nicht mit dem Land sprechen“. <sup>140</sup> Erst wenn sie den Prozeß vor der Entente verlören, so meinte Kost' Levyc'kyj, würden sie, um sich nicht der Gnade des Okkupanten auszuliefern, mit den Polen vor Zeugen reden. <sup>141</sup> Für die westukrainischen Politiker, die überwiegend von Beruf Anwälte waren, bildete die Ostgalizienfrage einen internationalen „Prozeß“, in dem die Entente die Entscheidung zu fällen hatte. Politische Verhandlungen mit der polnischen Regierung konnten aus ihrer Perspektive nur negative Folgen haben. Ihr Trumpf war Kost' Levyc'kyj zufolge die Einheitsfront. Wenn man einer Gruppe erlaube, Verhandlungen zu führen, sei man verlorren, weil die Polen nichts gäben, bevor man nicht unterschrieben habe:

„Und dann bringt man Vojnarovs'kyj nach Paris. Die Juden springen in diesem Moment ab. Das Land verliert das Vertrauen. Wir erleben den exodus und verlieren jedwede Autorität [...] Und allen muß verboten werden, nach Warschau zu fahren, weil das nicht unser Souverän ist, sondern nur ein gewöhnlicher Okkupant“. <sup>142</sup>

Politiker wie Kost' Levyc'kyj waren aufgrund eigener langjähriger politischer Erfahrungen in Verhandlungen mit den Polen überzeugt, daß diese keine der Zusagen einhalten würden. Alle an der Beratung vom 7. September 1921 beteiligten Bevollmächtigten und politischen Vertrauten des Diktators befürworteten eine Zurückweisung der polnischen Offerte.

Interessant ist jedoch, daß Volodymyr Sinhalevyč, der ostgalizische Botschafter in Wien, gewichtige Zweifel daran äußerte, ob die eigene Sache gut ende, wobei er eine Analogie zwischen der Verschleppung grundlegender Reformen im Habsburgerreich und der Politik der westukrainischen Regierung herstellte: „Österreich hypnotisierte sich so lange selbst, bis die Katastrophe da war. Wir sind ebenfalls in Wien“. <sup>143</sup> Der Fehler Vojnarovs'kyjs bestünde darin, die Regierung, die auf

<sup>140</sup> Zapys pro zasidannja kolegiji upovnovaženych, S. 144.

<sup>141</sup> Ebenda, S. 145.

<sup>142</sup> Ebenda.

<sup>143</sup> Ebenda.

der Linie der Eigenstaatlichkeit aushalten müsse, hinzugezogen zu haben. Sie sollten jedoch einer Gruppe von westukrainischen Politikern außerhalb der eigenen Regierung die Erlaubnis zu Gesprächen mit der polnischen Regierung erteilen, damit diese ihre Bereitschaft zu Zugeständnissen beweisen könne: „Sie sollen ein ebenso schweres Opfer auf sich nehmen, wie Biliński gegenüber Österreich und Dmowski gegenüber Rußland“.<sup>144</sup> Sinhalevyč war zwar für eine prinzipielle Linie der Regierung. Diese sollte jedoch eine flexiblere Politik verfolgen, um auch für den Fall des eigenen Mißerfolgs über Handlungsalternativen zu verfügen und ihr gegenüber feindlich eingestellten Gruppierungen nicht die politische Initiative bezüglich eines politischen Kompromisses mit der polnischen Regierung zu überlassen.<sup>145</sup> Anders als Petruševyč und Levyc'kyj, die im Falle von Verhandlungen durch eine Gruppe ukrainischer Politiker den „massenhaften Verzicht“ auf die Staatlichkeit fürchteten, erwartete Sinhalevyč eine Stabilisierung des eigenen politischen Lagers.

Sinhalevyč blieb jedoch mit seinen politischen Ansichten allein und konnte sich insbesondere gegen Kost' Levyc'kyj und Jevhen Petruševyč nicht durchsetzen. Petruševyč meinte, daß sie schlimmstenfalls Autonomie auf begrenzte Zeit bis zur Durchführung eines Plebiszits über den staatsrechtlichen Status Ostgaliziens erwartete. Sie würden im Ausland und in Ostgalizien nur so lange als Regierung geachtet, wie es eine Einheitsfront gebe:

„Warten wir wenigstens ein paar Jahre! Nur in einer Einheitsfront können wir siegen. [...] Zur Kapitulation ist immer noch Zeit. Und zur Verzweiflung gibt es keinen Grund. Um so mehr, als Vojnarovs'kyj sagt, daß das Land aus der Letargie erwacht ist und der Eifer wächst, das ganze Volk steht solidarisch hinter unserer Linie: Die Jackiv-Gruppe ist boykottiert, sogar die Jugend [...] geht jetzt mit den Älteren“.<sup>146</sup>

Im „Ukrajins'kyj Prapor“, dem Organ der ostgalizischen Exilregierung in Wien, erschien am 17. September 1921 im offiziellen Teil ein Kommunikat des ostgalizischen Botschafters Sinhalevyč über die Versuche der polnischen Regierung, Vermittlungsgespräche mit der Regierung Petruševyč in der Ostgalizienfrage aufzunehmen. Daraufhin veröffentlichte das polnische Außenministerium eine Mitteilung, daß Nachrichten, denen zufolge Delegierte der polnischen Regierung um eine Audienz bei Petruševyč gebeten hätten, unwahr seien.<sup>147</sup> Vojnarovs'kyj, der den Glauben an eine für die Ukrainer günstige Lösung der Ostgalizienfrage durch die Entente für absurd hielt, weil diese die vollendeten Tatsachen, das heißt die Besetzung Ostgaliziens durch Polen, nur mit Waffengewalt hätte ändern können, stellte seine Sache anschließend erfolglos auf der Sitzung des Nationalrats in L'viv vor. Dort mußte er sich den Vorwurf des Verrats gefallen lassen und wurde aus dem Nationalkomitee der UNTP ausgeschlossen.<sup>148</sup>

---

<sup>144</sup> Ebenda.

<sup>145</sup> Ebenda, S. 146.

<sup>146</sup> Ebenda [Hervorhebung im Original, T.W].

<sup>147</sup> Vgl. Nejasna sprava. Perehovory Poljakiv z Petruševyčem, in: Ridnyj Kraj, 18.10.1921, S. 2.

<sup>148</sup> Vgl. Vojnarovs'kyj, Sproba pol's'ko-ukrajins'koho zamyrennja.

Das Leben in der ständigen Erwartung, daß die eigene Sache kurz vor der Entscheidung stünde, bildete vielleicht eine Ursache für das starre Festhalten der Regierung Petruševyč an der Propagierung der staatlichen Unabhängigkeit Ostgaliziens.<sup>149</sup> Hinzu kam der tief verwurzelte Legitimus westukrainischer politischer Kreise, die nicht verstehen konnten, daß ihre durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker legitimierten Forderungen von der Entente mißachtet werden könnten. In diesem Sinne urteilte Vasyľ Kučabs'kyj, daß der Kampf im Rahmen des formellen Rechts die politische Haltung der westukrainischen politischen Führung bestimmte, wobei nun anstelle Wiens die Entente entscheidungsbefugt war.<sup>150</sup> Vor allem aber wäre der Regierung Petruševyč für den Fall direkter Verhandlungen mit der polnischen Regierung über eine ostgalizische Autonomie von dem „Land“, welches ihr ohnehin mit Skepsis begegnete, das Vertrauen entzogen worden. Petruševyč war im Herbst 1921 zum Gefangenen seiner eigenen Politik geworden, die er bis zum Ende weiter verfolgen mußte. Die Erfolgsaussichten des Versuchs von Vojnarovs'kyj, eine politische Einigung in der Ostgalizienfrage zu erzielen, waren gering. Während die Zurückweisung des polnischen Autonomieprojekts durch Petruševyč darum verständlich erscheint, erwies sich dessen prinzipientreue und unflexible Politik als verhängnisvoll. Er wisse aus Erfahrung, so formulierte Petruševyč seine politische Überzeugung, daß

*„ein Politiker nur dann etwas erreicht, wenn er eine prinzipielle Linie verfolgt. Wenn es nötig ist, harrt er länger aus“.*<sup>151</sup>

Diese auf ein politisches Ziel hin ausgerichtete „prinzipielle Linie“ bot wenig Möglichkeiten zu Kompromissen und war zum einen für den politischen Gegner leicht auszurechnen. Zum anderen trug sie dazu bei, daß die Handlungsoptionen von kompromißbereiten politischen Gruppen auf beiden Seiten, der westukrainischen und der polnischen, stark begrenzt und die politische Position nationalchauvinistisch eingestellter politischer Gruppen gestärkt wurde. Petruševyč hätte darum wohl besser daran getan, eine Gruppe von westukrainischen Politikern zu Gesprächen mit der polnischen Regierung zu autorisieren, um auch für den Fall des eigenen politischen Scheiterns über politische Alternativen zu verfügen. Sinhalovyč übte scharfe Kritik an der Taktik der „Einheitsfront“ und stellte fest: „Die Politik der Regierung ist gut, wenn wir siegen. Wenn nicht, dann gibt es ein Vakuum“.<sup>152</sup>

---

<sup>149</sup> Wie Stepan Vytvyč'kyj in einem Rechenschaftsbericht zur eigenen politischen Tätigkeit an Volodymyr Ochrymovyč am 16. Juni 1923 schrieb, unterrichtete er die eigene Regierung gemäß Informationen aus englischen und französischen politischen Kreisen vor jeder Versammlung des Obersten Rats und internationalen Konferenz davon, daß die Ostgalizienfrage zum Gegenstand der Diskussion werden könne. Vgl. CDIA, F. 368, op. 1, Spr. 159, ark. 63 Rückseite-64.

<sup>150</sup> Vgl. Kutschabsky, Westukraine, S. 53.

<sup>151</sup> Zapys pro zasidannja kolegiji upovnovaženych, S. 145 [Hervorhebung im Original, T.W.].

<sup>152</sup> Ebenda.

## 2. Zwischen Ausgleich und Konfrontation: Von Oktober 1921 bis Juli 1922

### 2.1 Autonomieprojekte der Warschauer Regierung

Das polnische Außenministerium bezeichnete die Rechtstitel Polens auf Ostgalizien als sehr stark, die der Ententestaaten hingegen als verschwindend gering. Ohne Lockerung der Bande zum „schönsten von den polnischen Gebieten der Republik“ müsse die polnische Regierung konsequent nach der Anerkennung des eigenen Standpunkts durch die Ententestaaten streben.<sup>154</sup> Ende September 1921 berichtete der polnische Botschafter in Paris Zamoyski an das Warschauer Außenministerium, daß Paris den gegenwärtigen Stand der Ostgalizienfrage mit einer gewissen Beunruhigung einschätze. Da der Botschafterrat sich bereits in nächster Zeit mit der Problematik befassen könne, müsse die Verwaltung vor Ort umgehend verbessert werden.<sup>155</sup>

Die Ententestaaten übten in der Ostgalizienfrage einen beachtlichen diplomatischen Druck auf die polnische Regierung aus, so daß das Warschauer Außenministerium die Vorbereitungen zu einem Autonomieprojekt verstärkte. Łoś erarbeitete zwei Autonomieprojekte, von denen das erste die bestehende Wojewodschaftsteilung beibehalten, das zweite hingegen das gesamte Territorium des vormaligen Ostgaliziens in einen autonomen Körper zusammengefaßt sehen wollte. Projekt Nr. I sprach von der Anerkennung des ehemaligen österreichischen Teilungsgebiets als Teil Polens. „Ostgalizien“ wurde als nicht bestehender politischer Begriff angesehen. Die „ruthenische Frage“ sei im Statut für die Minderheiten geregelt. Weitere Punkte bezogen sich auf die Nationalitätenfrage in den Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Ternopil<sup>1</sup> als den Verwaltungseinheiten, in die Ostgalizien seit dem 1. September 1921 geteilt war. Die Vereinbarungen besaßen den Charakter einseitiger polnischer Deklarationen, deren Umsetzung die polnische Verfassung gewährleisten sollte. Bei der Wojewodschaftsselbstverwaltung seien darum folgende Grundlagen zu wahren: Keine Nationalität sollte durch die andere majorisiert werden können und den Ruthenen ein gewisser „Besitzstand“ in staatlichen und Selbstverwaltungsinstitutionen garantiert werden. Weiter waren Schul- und Wirtschaftsautonomie beider Nationalitäten sowie deren volle sprachliche und kulturelle Gleichberechtigung vorgesehen.<sup>156</sup>

Als Alternative wurde ein zweites Projekt erarbeitet, in dem Polen die Souveränität über Ostgalizien als integralen Bestandteil des eigenen Staates erhielt. Die Möglichkeit der Separation Ostgaliziens von Polen wurde darum nicht besprochen.

---

<sup>154</sup> Vgl. aide-mémoire zu den Ansichten des polnischen Außenministeriums zur Frage des sogenannten Ostgaliziens, ohne Ort und Datum. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 435, s. 72-81, s. 74.

<sup>155</sup> Zamoyski an Außenminister Skirmunt. Paris, den 29.09.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 435, s. 25-26. Das Außenministerium bevollmächtigte seine Pariser Vertretung daraufhin am 5.11.1921, dem Quai d'Orsay mitzuteilen, daß die polnische Regierung ernsthaft erwäge, Anordnungen des Minderheitenstatuts auf die in den südöstlichen Wojewodschaften wohnenden Ruthenen anzuwenden. Entsprechende Regierungsprojekte würden zur Meinungs sondierung an die Ententestaaten weitergeleitet (ebenda, s. 27).

<sup>156</sup> Łoś an Außenminister. Projekt Nr. I eines Traktats zwischen den Großmächten und Polen zur Ostgalizienfrage, 7.10.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5353, s. 599-600.



Das autonome Territorium sollte als „ruthenische“ oder als „Lemberger Wojewodschaft“ bezeichnet und die Kolonisierung Ostgaliziens auf dem Wege privater Initiative zugelassen werden. Die ruthenische Bevölkerung sollte sich in den Bereichen Bildung und Kultur frei entwickeln können und entsprechend ihrer zahlen-, wirtschafts- und bildungsmäßigen Kraft Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten erlangen. Gleichzeitig war ein Schutz der polnischen Minderheit vor einer Majorisierung durch die ruthenische Mehrheit vorgesehen. Außerdem sollte der „nationale Kampf“ eingegrenzt werden, der früher bei Wahlen und Kämpfen um für Bildung und Kultur vorgesehene Geldmittel ausgeprägt war. Łoś kennzeichnete sein Projekt als kulturell-wirtschaftliche Selbstverwaltung der ruthenischen Bevölkerung in den drei südöstlichen Wojewodschaften.<sup>157</sup>

Im Oktober 1921 war das politische Komitee des Ministerrats gegründet worden, um Innen- und Außenpolitik zu koordinieren. Dem vom Ministerpräsidenten geleiteten Komitee gehörten der Innenminister, der Außenminister und ein weiterer Minister an.<sup>158</sup> Dem polnischen Innenminister Downarowycz zufolge machte es die vor allem unter der polnischen Gesellschaft in der Wojewodschaft Lemberg herrschende Stimmung unmöglich, ein Autonomieprojekt einzuführen, das das gesamte Ostgalizien umfasse. Allein eine Autonomieregelung für die Wojewodschaften Lemberg, Ternopil', und Stanislaw sei innenpolitisch tragbar. Dagegen betonte Skirmunt, daß

„auf internationalem Gebiet das Projekt einer Autonomie im Rahmen einzelner Wojewodschaften vermutlich keine Erfolgsaussichten besitzt. Wegen der Unmöglichkeit, die Angelegenheit auf dem inneren Gebiet selbst zu regeln, werden wir vermutlich gezwungen sein, die von der Regierung beschlossenen Grundlagen der Autonomie den Ententemächten vorzulegen, damit diese die Autonomie des sogenannten Ostgaliziens oktroyieren“.<sup>159</sup>

Nicht nur Petruševyč, sondern auch die Warschauer Regierung unterlag in ihrer Ostgalizienpolitik starken Beschränkungen. Das politische Komitee des Ministerrats beschloß am 21. Oktober 1921 die Bildung einer gemischten Kommission aus Vertretern des Innen-, des Außen- und des Ministeriums für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Bildung, die ein Autonomieprojekt ausarbeiten und dazu gegebenenfalls andere Zentralbehörden und Ministerien kontaktieren sollten. Ein etwaiges Statut sollte von der Regierung gebilligt, die Meinung der Entente sondiert und erst nach deren Zustimmung dem Sejm zur Ratifizierung vorgelegt werden.<sup>160</sup>

Am 7. November trat die Kommission unter Beteiligung der Vertreter des Innenministeriums Hausner, des Ministeriums für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Bildung Okęcki und des Außenministeriums Łoś erstmals zusammen. Polen sollte Łoś zufolge die Ostgalizienfrage schnell und großzügig lösen, da sonst

---

<sup>157</sup> Łoś an Außenminister. Projekt Nr. II eines Traktats zwischen den Großmächten und Polen zur Ostgalizienfrage, 6.10.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5353, s. 594-598.

<sup>158</sup> Andrzej Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939* (Polska myśl polityczna XIX. i XX. wieku 3), Wrocław u.a. 1979, S. 28.

<sup>159</sup> Vgl. *Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów*, Nr. 3, 21.10.1921: Małopolska Wschodnia. Statut autonomiczny. AAN, Mf. 20188, s. 29.

<sup>160</sup> Ebenda.

der Oberste Rat selbst die Initiative übernehme. Łoś favorisierte eine das gesamte Ostgalizien umfassende Autonomieregelung, um das Polentum in den südöstlichen kresy über ein Kurienwahlsystem zu stärken. Andernfalls drohe die polnische Bevölkerung in den Wojewodschaften Stanislaw und Ternopil' majorisiert zu werden. Wenn aber die ruthenischen Wojewodschaften zu 47 % polnische Bevölkerung zählten, die 60 % des Steueraufkommens trügen, sei die nationale Parität schon dadurch gerechtfertigt. Über eine vorsichtige Ansiedlung von Bauern polnischer Nationalität von außerhalb sollte der Anteil der polnischen Bevölkerung erhöht werden. Hausner stellte dagegen fest, daß die „öffentliche polnische Meinung im östlichen Kleinpolen die Beibehaltung der gegenwärtig bestehenden drei Wojewodschaften als Palladium des Polentums des Landes ansieht“. Sollte das Prinzip der Wojewodschaftsteilung abgeschafft werden, seien die schwerwiegendsten inneren Probleme zu befürchten.

Zwar konstatierten die Diskutanten eine passive Haltung des Gros' der ruthenischen Bevölkerung. Unter den ostgalizischen Ruthenen wurde jedoch gleichzeitig die Ausbildung eines Ferments konstatiert, vergleichbar dem der polnischen Gesellschaft unmittelbar vor Ausbruch des Januaraufstands: Auf der einen Seite extreme, vor allem in Jugendorganisationen wie „Volja“ und dem „Komitee der ukrainischen Jugend“ (Komitet Ukrajin's'kiej Molodiży) vertretene Kräfte, die über den bewaffneten Kampf eine Intervention des Auslands herbeiführen wollten. Auf der anderen Seite frage sich die offizielle Führung der ruthenischen Politik vor Ort, ob man nicht besser mit Polen eine Übereinkunft suchen solle, bevor die Ententestaaten die Ruthenen aufgäben. Politiker der älteren Generation seien unzufrieden mit Petruševyč. Ihre schwankende Haltung resultiere aus der Furcht vor einer etwaigen Kompromittierung durch die Verständigung mit Polen und davor, durch die „chauvinistische Pädokratie“ zu einer Verzweigungsbewegung mitgerissen zu werden: Dieser Zustand wurde, da ein „terroristisch-mörderischer“ Aufstand ausbrechen könne, als sehr gefährlich eingestuft: Die polnische Gesellschaft werde darauf mit „Gegenterror“ reagieren, den dann die ruthenischen Notabeln verurteilten.

Auch führende ukrainische Politiker vor Ort fürchteten eine mögliche Eskalation. Baran hatte der polnischen Seite zwei Listen von Experten vorgelegt, die an der Ausarbeitung der Autonomie beteiligt werden sollten. Auf der ersten figurierten im polnischen Staatsdienst verbliebene ukrainische Beamte, auf der zweiten „bedeutende politische Führer“, deren Berücksichtigung die Kommission für möglich erachtete. Dazu sollte jedoch die polnische Regierung ein klares Programm entwickeln und vorsichtig sondieren, ob „die ruthenischen Führer ihre Zusammenarbeit aufrichtig anbieten, und nicht nur, um einen eventuellen Aufruf demonstrativ und lautstark zurückzuweisen“.<sup>161</sup> Am 25. September hatte der Student Stefan Fedak ein Attentat auf den Lemberger Wojewoden Grabowski begangen, der leicht verletzt wurde; dem gleichfalls anwesenden Piłsudski geschah hingegen nichts. Aus ukrainischer Sicht war das Attentat ein Protest gegen die polnische Okkupation der westukrainischen Gebiete und das erste Signal der kämpferischen Aktivität des

---

<sup>161</sup> Rechenschaftsbericht über Beratung der zwischenministeriellen Kommission vom 7.11.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 437, s. 103-106.

ukrainischen militärischen Untergrunds.<sup>162</sup> „Terror“ und „Gegenterror“: Dieser Entwicklung wollte man zuvorkommen. Das Attentat auf den Wojewoden Grabowski im September 1921 verdeutlichte, daß es bereits damals zu spät dazu war.<sup>163</sup>

Die Kommission gelangte zu keinem Ergebnis. Während das Innenministerium die Beibehaltung der Wojewodschaften Lemberg, Ternopil' und Stanislaw forderte und nationale Kataster bei der Wahl zum Wojewodschaftssejm ablehnte, favorisierte das Außenministerium die Bildung einer alle drei Wojewodschaften umfassenden territorialen Einheit. Beide Ministerien wollten das Autonomieprojekt mit den Ententemächten abgestimmt, aber durch einen Akt der polnischen Legislative verwirklicht sehen. Weiter sollte die Kompetenz des Wojewodschafts Sejms an das Projekt der Ententestaaten vom 21. November 1919 weitestgehend angenähert werden, damit diese die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen billigten. Die Kommission wollte die Agrargesetzgebung dem einmütigen Beschluß des Wojewodschafts Sejms und des polnischen Parlaments überantwortet sehen.<sup>164</sup> Das in nationaler Hinsicht gemischte Territorium des ehemaligen österreichischen Teilungsgebiets sollte keinesfalls zu einer autonomen Provinzialverwaltung erhoben werden, die eine eigene Regierung besäße und deren Bürger beziehungsweise Bewohner nur mittelbar am staatlichen Leben der Republik teilnahmen. Jede der beiden Nationalitäten sollte frei über aus Steuern resultierende Geldmittel verfügen, die Gesetzgebung auf den Gebieten Bildung, Religion und Wissenschaft vom Einfluß der jeweils anderen unabhängig sein. Dagegen sei zu vermeiden, daß sich eine im Gegensatz zur staatlichen Beamtenhierarchie stehende autonome Beamtenhierarchie ausbilde; alle Behörden auf dem Gebiet der Wojewodschaft mit Ausnahme von Militär-, Gerichts- und Schulbehörden seien konsequent unterzuordnen.<sup>165</sup>

Łoś faßte seine Ansichten in einem Schreiben vom 21. November 1921 an den Ministerpräsidenten und den Minister für religiöse Bekenntnisse und öffentliche Bildung zusammen. Die Ostgalizienfrage müsse geklärt werden, um die Gefahr eines künftigen Krieges zwischen Polen und seinem östlichen Nachbarn beziehungsweise einem nach dessen Zerfall erneut entstehenden ukrainischen Staates zu bannen. Obwohl ukrainische Kreise verstünden, daß ein den eigenen Kräften überlassenes Ostgalizien entweder sterbe oder unter russische Herrschaft gelange, kön-

<sup>162</sup> Vgl. Švahuljak, Do istoriji ukrajins'ko-pol's'kich perehovoriv u 1921 roci, S. 142.

<sup>163</sup> Vgl. Deutsche Gesandtschaft Warschau. K.Nr. 787. Rauscher an Auswärtiges Amt. Warschau, den 22. November 1923. PA AA, R. 81429. Der wiederholt verschobene Prozeß gegen Stepan Fedak und einige seiner Genossen ging nach mehrwöchiger Dauer am 18. November 1922 zu Ende. Fedak war wegen Mordversuchs am Staatschef Piłsudski und dem Lemberger Wojewoden Grabowski angeklagt, seine Gefährten als Teilnehmer des Anschlags. Die Gerichtsverhandlung bestand größtenteils aus politischer Agitation beider Seiten. Fedak, die übrigen Angeklagten und ihre Anwälte traten als Wortführer der unterdrückten Ukrainer auf, die Vertreter der polnischen Justiz hingegen verwiesen auf die Haltlosigkeit der ukrainischen Beschwerden. Fedak wurde nur wegen Mordversuchs am Wojewoden, nicht aber an Piłsudski, zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt, vier weitere Angeklagte zu ein- einhalb bis zweieinhalb Jahren. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

<sup>164</sup> Ergebnisprotokoll der Beratung der zwischenministeriellen Kommission vom 14.11.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 437, s. 107-108.

<sup>165</sup> Rechenschaftsbericht von Stanisław Łoś zu Tätigkeit der zwischenministeriellen Kommission bei der Ausarbeitung eines Autonomieprojekts für die ruthenische Bevölkerung des östlichen Kleipolens. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 437, s. 109-110.

ne man von keinem national denkenden Ukrainer erwarten, „daß er freiwillig und offen, bevor der letzte Funken Hoffnung nicht erloschen ist, eine andere Staatlichkeit als die eigene akzeptiert“.<sup>166</sup> Das Außenministerium favorisierte die Einrichtung eines einheitlichen autonomen Territoriums aus den drei südöstlichen Wojewodschaften auf paritätischer Grundlage. Getrennte Wojewodschaften stärkten zwar den polnischen Charakter der Wojewodschaft Lemberg, schufen aber in den Wojewodschaften Ternopil’ und Stanislaw eine autonome ruthenische Provinz. Lemberg bliebe jedoch in geographischer, kommunikationstechnischer, wirtschaftlicher, kultureller und informationstechnischer Hinsicht das Zentrum der ruthenischen Bewegung.

Das polnische Außenministerium maß Ende November Bestrebungen ukrainischer politischer Kräfte in Ostgalizien auf einen Ausgleich mit Polen tiefgreifende Bedeutung bei. Petruševyč werde auf die Übereinkunftspolitik führender ukrainischer Parteien und Organisationen hin die Botschaften der Entente in Wien kontaktieren. Da er dort nicht zur Beibehaltung seiner kompromißlosen Haltung ermutigt werde,

„gibt es eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß er sich zur ehrenvollen Kapitulation entschließt [...] Es braucht nicht eigens erwähnt zu werden, welche Bedeutung die Kapitulation eines Menschen besäße, der zu einer Art Symbol des ostgalizischen Separatismus geworden ist, und welche große Bedeutung die dem Diktator der westukrainischen Republik in einer kritischen Phase erteilten Ratschläge hätten“.<sup>167</sup>

Zwar trat die vom Warschauer Außenministerium erwartete Annäherung der Ukrainer in Ostgalizien an den polnischen Staat nicht ein, und Petruševyč behielt seine stark antipolnisch geprägte Politik bei. Eben die Einseitigkeit von Petruševyč’ Politik erleichterte der polnischen Regierung ihre Ostgalizienpolitik. In diesem Sinne stellte das Warschauer Außenministerium fest, daß „die Verantwortung dafür, daß die Übereinkunftsaktion keinerlei Resultate zeitigt, nicht auf die polnische Regierung fällt“.<sup>168</sup>

Neben den beiden vom Warschauer Außenministerium erarbeiteten Projekten bestanden auf Regierungsseite zwei weitere: eines von einer „Provisorischen Selbstverwaltungsabteilung“ und ein zweites vom ehemaligen galizischen Statthalter Bobrzyński. Alle Projekte beinhalteten den Grundsatz der nationalen Parität von Ukrainern und Polen sowie deren völlige Selbstverwaltung auf den Gebieten Bildung und Kultur. Das Außenministerium bezeichnete es als wünschenswert, wenn die Londoner Botschaft bei der Entente zu sondieren beginne, welche gemeinsamen Grundzüge aller Projekte angenommen werden könnten.<sup>169</sup> Die polnische Regie-

---

<sup>166</sup> AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 437, s. 60-70, s. 61. Zum folgenden vgl. ebenda.

<sup>167</sup> Vgl. Information des Außenministeriums an die Botschaft in London zu den bisherigen Versuchen, eine Verständigung zwischen Ruthenen und Polen herbeizuführen, mit dem Ziele einer etwaigen Verwendung. Warschau, den 28.11.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 16.

<sup>168</sup> Ebenda.

<sup>169</sup> Vgl. Außenministerium in Frage des Projektes eines Statuts für die galizischen Wojewodschaften an die Londoner Botschaft. Warschau, den 9.12.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 437, s. 164-165.

rung verfolgte die Frage eines Ostgalizienstatuts in der Folgezeit mit weniger Aufmerksamkeit, da die Boschafterkonferenz vom Januar 1922 darüber offenbar nicht beraten würde. Paris schien entschlossen, eine zögernde Haltung einzunehmen, damit Polen die Ostgalizienfrage innenpolitisch lösen konnte.<sup>170</sup> Außerdem bestanden weiter gegensätzliche Auffassungen zwischen Innen- und Außenministerium in der Autonomiefrage.<sup>171</sup>

Ein Anstoß des Stanislawer griechisch-katholischen Bischofs Chomyšyn zu einer ukrainisch-polnischen Übereinkunft scheiterte Mitte Januar 1922 bereits im Ansatz. Chomyšyn hatte im Gespräch mit dem Stanislawer Wojewoden die Einberufung eines gemeinsamen Kongresses des katholischen und griechisch-katholischen Episkopats auf Initiative des päpstlichen Nuntius angeregt. Das politische Komitee des Ministerrats der Republik Polen sah den Kongreß aufgrund „außergalizischer“ Umstände jedoch als verfrüht an. Der podlesische Bischof Przeździecki hatte dem polnischen Ministerpräsidenten gegenüber kritisiert, daß die Staatsorgane sich in ihren Weisungen an die katholische Kirche weiter auf alte zarische Vorschriften beriefen. Die Geistlichkeit beabsichtigte, sich öffentlich über diese Kränkung der Kirche und des katholischen Klerus zu beklagen.<sup>172</sup> Einer solchen Kompromittierung wollte die polnische Regierung nicht auch noch durch ein Forum wie eine gemeinsame Bischofskonferenz Vorschub leisten.

## *2.2 Zur Aufnahme von Autonomieprojekten vor Ort*

Im November 1921 stand das Autonomieprojekt für Ostgalizien des Sejmabgeordneten und Theoretikers der PPS Mieczysław Niedziałkowski im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses faktisch aller nationalen Gesellschaften dieses Territoriums. Für die negative Haltung der polnischen Bevölkerung gegen eine Territorialautonomie spricht, daß sogar der in Lemberg erscheinende sozialdemokratische „Dziennik Ludowy“ so weitreichende Veränderungen gegen den Willen der Bevölkerung des östlichen Kleinpolens für nicht durchsetzbar erklärte.<sup>173</sup> Mit Ausnahme des Organs der PSL „Kurjer Lwowski“ distanzierte sich die gesamte polnische Presse in Lemberg vom Autonomieprojekt der PPS. Die Zurückhaltung des „Kurjer Lwowski“ wurde damit erklärt, daß ihr Redaktionsstab aus „Menschen geringen Temperaments“ bestehe und zumindest Teile der Partei auf

---

<sup>170</sup> Polnische Botschaft in Paris. Abschrift von Rapport in der Ostgalizienfrage. Paris, den 15.12.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 438, 1. Am 30.01.1922 teilte auch die Londoner Vertretung mit, daß die englische Regierung die Frage offenbar nicht vorbringen werde (ebenda, s. 2).

<sup>171</sup> Vgl. Stanisław Łoś: Rapport für den Außenminister, Warschau, den 10.1.1922. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 208, s. 126-129. Łoś kritisierte den Innenminister, der für die Zusammenfassung des autonomen Territoriums in eine Wojewodschaft eintrat, aber westlich der Linie vom 21.11.1919 gelegene Kreise davon ausnehmen wollte; dann aber würde das Polentum nicht mehr als 20 % der Bevölkerung in der autonomen Provinz ausmachen.

<sup>172</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung Nr. 11 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 17.1.1922. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów. Mf. 20188, s. 50 Rückseite.

<sup>173</sup> Vgl. Raport o stosunkach we wschodniej Małopolsce ze szczególnym uwzględnieniem Lwowa (za miesiąc listopad 1921 r.), in: Ukraine and Poland in Documents, Bd. 2, S. 430-441, S. 431.

Temperaments“ bestehe und zumindest Teile der Partei auf Stimmengewinne unter ruthenischen Bauern hofften.<sup>174</sup>

Insbesondere die nationaldemokratische Presse bezog eine feindselige Position. „*Slowo Polskie*“ stellte fest, daß die sozialistischen Ukrainophilen aus Naivität und politischer Unreife für ihre eigenen Gegner arbeiteten: Kommunisten und russische Monarchisten, den Erben einer „ostgalizischen Ukraine“.<sup>175</sup> Die Autonomiebefürworter sollten wissen, daß in Lemberg „jedes Kind und jeder Greis nicht nur singt, sondern mit jedem Blutstropfen fühlt: ‘Wir geben kein Land, von dem unser Geschlecht abstammt’“.<sup>176</sup> Da westeuropäische Politiker kein Interesse an der Vergrößerung der bolschewistischen Staaten hätten, könne Ostgalizien nur vorbehaltlos und ohne Bedingungen bei Polen belassen werden.

Das Projekt Niedziałkowskis traf auf den massiven Widerstand der polnischen Bevölkerung in Lemberg. Bereits einige Tage nach Bekanntwerden des Autonomieprojekts initiierten die Nationaldemokraten eine Protestversammlung auf dem Rathausplatz. Vergleichbare Veranstaltungen wurden in Stryj, Ternopil', Stanislau und Kolomyja durchgeführt. Ebenso wie die „Verteidiger Lembergs“ protestierten die Lemberger Hochschullehrer gegen eine etwaige Territorialautonomie. Innerhalb der Lemberger Gruppe der PSL begrüßten vor allem ältere Mitglieder, die sich aus der *Intelligencija* rekrutierten und am politischen Leben keinen aktiven Anteil mehr nahmen, das Projekt. Ausschlaggebend dafür war offenbar der Glaube, die Ukrainer durch politische Zugeständnisse für sich gewinnen und unter ihnen eine starke, dem polnischen Staatsgedanken zuneigende Gruppe ausbilden zu können. Von den politisch aktiven Teilnehmern wurde die projektierte Territorialautonomie scharf angegriffen. Rataj bezeichnete das Projekt in einem programmatischen Referat zur Außenpolitik als sehr schädlich.

Dem Berichterstatter der „Gesellschaft der Grenzwache“ zufolge waren Niedziałkowskis Vorstellungen unmöglich umzusetzen, da sich mit Ausnahme einiger weniger Idealisten die gesamte polnische Gesellschaft ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit jeder Territorialautonomie widersetze. Ausschlaggebend dafür war die allgemeine Stimmung nach den lang andauernden Kämpfen mit den Ukrainern um Ostgalizien und Lemberg, sowie die Befürchtung, historisch entstandenen „Besitzstand“ der eigenen Nation durch die Einführung einer Territorialautonomie verlieren zu können. Angesichts der als ebenso chauvinistisch eingestuft Haltung der ukrainischen *Intelligencija*, die sich in der Rolle der Führerin der ukrainischen Massen gebärde, befriedige eine Territorialautonomie auch die politischen Anliegen der Ukrainer nicht. Außerdem könne das polnische Element im Verwaltungsapparat unter dem Druck der ukrainischen Mehrheit keinen Rückhalt für den polnischen Staatsgedanken bilden. Nur durch die rechtschaffene Tätigkeit der Verwaltung sei es möglich, unter den Bauern und einem Teil der *Intelligencija* Übereinkunftstendenzen mit dem polnischen Staat auszubilden. Zentrale Bedeutung wurde in diesem Zusammenhang der Verteilung von Land an die Bauern, die es am nötig-

---

<sup>174</sup> Vgl. ebenda.

<sup>175</sup> Vgl. *Oczekiwanie*, in: *Slowo Poskie*, Nr. 458, 27. Oktober 1921.

<sup>176</sup> Vgl. *Enuncjacje ukraińskie*, in: *Slowo Polskie*, 24. November 1921. Zum folgenden ebenda.

sten bräuchten und die dem polnischen Staat nicht feindlich gegenübergestanden hätten, beigemessen.

Die Lemberger Expositur der „Grenzwache“ maß dem Januar 1922 hinsichtlich der Ostgalizienfrage Umbruchscharakter bei. Die polnische öffentliche Meinung verweigere den Ukrainern sogar die von der Verfassung garantierte Gleichberechtigung. Nicht einmal die Lemberger Mitglieder des Haupttrats der PPS besäßen den Mut, sich für das Projekt Niedziałkowskis auszusprechen, das bald als Gesetzesvorlage in den Sejm eingebracht werden sollte:

„Wenn nämlich in Sphären, die aufgrund der Logik ihrer Ideologie dazu neigen sollten, die angespannten Beziehungen durch eine Übereinkunft beizulegen, die Stimmung so unfreundlich ist, was soll man dann erst von der nichtsozialistischen Meinung sagen, von Organisationen wie: Nationalorganisation, Verein der Verteidiger Lembergs, Komitee der Zukunft Lembergs und anderen die Tradition der polnisch-ukrainischen Kämpfe kultivierenden und jedweden Verständigungsgedanken abgeneigten Organisationen?“<sup>177</sup>

Der Widerstand der ostgalizischen Mitglieder der PPS gegen das Autonomieprojekt der eigenen Parteizentrale verdeutlicht, wie allgemein Vorbehalte in dieser Frage durch die polnische Öffentlichkeit vor Ort geteilt wurden.<sup>178</sup> Dem Berichterstatter der Grenzwache zufolge verfügte die Endecja als einzige über eine wirklich entschiedene Position in der ukrainischen Frage: Erstens sei die Angelegenheit des östlichen Kleinpolens durch den Rigauer Frieden endgültig im Sinne des polnischen Staates entschieden worden. Die Bevölkerung dieses Territoriums sei zweitens mit den ihr in der Verfassung gewährten Rechten vollauf zufrieden. Drittens gingen die Aspirationen der zahlenmäßig unbedeutenden ukrainischen Intelligencija zu weit,

„weil man dann gänzlich auf den Besitz des östlichen Kleinpolens verzichten müsse. Dies wäre die Bestattung der Idee der Staatsmacht und dem könne keine polnische Partei zustimmen“.<sup>179</sup>

Nur über die in der Verfassung vorgesehene kulturell-nationale Selbstverwaltung sei die nationale Frage beizulegen, bei polnischer Mehrheit in den Institutionen.

Die Lemberger Vertretung der Gesellschaft der Grenzwache entwarf im Juli 1922 ein Programm, dessen Verwirklichung den dauerhaften Besitz Ostgaliziens sichern sollte. Die polnische Gesellschaft in Ostgalizien sei durch den Krieg in ihrer zahlenmäßigen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung geschwächt. Hinzu komme das Fehlen eines klaren Programms seitens des Staates und der örtlichen Gesellschaft. Der Mangel an römisch-katholischen Kirchen und polnischen Schulen „entnationalisiere“ die polnische zugunsten der ruthenischen Bevölkerung. Die Stärke der polnischen Stadtbevölkerung werde dadurch bedroht, daß die rutheni-

---

<sup>177</sup> Vgl. Expositur der Grenzwache in Lemberg. Rapport für den Monat Januar 1922, s. 2.

<sup>178</sup> Vgl. Pressebericht der Grenzwache für den Monat Februar. Lemberg, den 7.3.1922. AAN, Towarzystwo Straży Kresowej, sygn. 102, s. 14-20, s. 18. Zum Vorausgehenden und Folgenden vgl. allgemein diesen Bericht.

<sup>179</sup> Expositur der Grenzwache in Lemberg. Rapport für den Monat Januar 1922. s. 3. Zum folgenden vergleiche diesen Bericht.

sche Bevölkerung ein starkes Streben nach der Ausbildung eines eigenen „dritten Standes“ zeige und die ruthenische Jugend in Handels- und Gewerbeschulen schicke. Aufgrund der Vertiefung des Nationalbewußtseins in den ruthenischen Massen gewinne der polnisch-ruthenische Gegensatz an Schärfe:

„Die wechselseitigen polnisch-ruthenischen Beziehungen kennzeichnet ein tiefer Unwille oder Mißtrauen. Beide Gesellschaften grenzen sich immer weiter voneinander ab [...] Dieser Stand der Dinge schafft eine günstige Basis für separatistische Arbeit unter der ruthenischen Gesellschaft“.<sup>180</sup>

Das in der Denkschrift entfaltete Programm ging aber nicht über die in vormaligen Berichten suggerierten Vorschläge hinaus. Daß die gesamte Bevölkerung ohne Rücksicht auf nationale Zugehörigkeit durch eine energische und gerechte Regierungsweise der örtlichen Behörden für den polnischen Staat einzunehmen war, muß bezweifelt werden, da die geforderte Stärkung des polnischen „Besitzstands“ in Stadt und Land die ruthenische Bevölkerung zurücksetzte. Gerechtfertigte Forderungen der ruthenischen Gesellschaft seien zu erfüllen und vorhandene Übereinkunftstendenzen zu unterstützen. Außerdem sollte die ruthenische Bevölkerung zum Militärdienst herangezogen werden, um den Wechsel vom römisch-katholischen zum griechisch-katholischen Ritus unattraktiv werden zu lassen.<sup>181</sup>

Einem Monatsrapport des Kommandos der Staatspolizei in Ternopil' vom 5. November 1921 zufolge riefen im Land verbreitete Aufrufe von Petruševyč gegen die Durchführung der Volkszählung in Ostgalizien unter der ruthenischen Bauernschaft Unruhe hervor. Aus dem Munde des Volkes seien Äußerungen zu hören, wie etwa: „Es wird nicht so bleiben, es wird eine Ukraine geben“. Infolgedessen mißtraue die örtliche Bevölkerung der polnischen Regierung und deren Anordnungen. Der Bauer fühle sich erst dann als polnischer Bürger, wenn er den Rekruten stellen und Steuern zahlen müsse. Das Fehlen dieser Verpflichtungen werde von der ukrainischen Propaganda ausgenutzt, der zufolge die polnische Herrschaft in Ostgalizien nur provisorisch sei. Allgemein charakterisierte der Bericht das Verhältnis der Ruthenen zu den Polen als von Mißgunst geprägt, weil die Ruthenen bei den ersten Landverteilungen übergangen worden seien.<sup>182</sup>

Ostgalizien zählte zu den vom Krieg am meisten geschädigten Territorien. Es ist zweifelhaft, ob die ukrainische Bauernschaft zu dieser Zeit für nationalukrainische Ziele wie das eines unabhängigen Ostgaliziens politisch in größerem Umfang hätte mobilisiert werden können:

„Sogar in den am meisten bearbeiteten Gegenden, wo eine Reihe äußerer Faktoren, wie die Ansiedlung polnischer Kolonisten, der Kampf um den polnischen Großgrundbesitz,

---

<sup>180</sup> Gesellschaft der Grenzwache. Denkschrift in der Angelegenheit der Beziehungen im östlichen Kleinpolen. Lemberg, im Juli 1922. AAN, Towarzystwo Straży Kresowej, sygn. 107, s. 22-35, s. 30. Vgl. hierzu diese Denkschrift.

<sup>181</sup> Vgl. ebenda, s. 30-34.

<sup>182</sup> Kommando der Staatspolizei, Abschnitt IX: Ternopil'. Monatsrapport. Ternopil', den 5.11.1921. AAN, MSZ, Wydział wschodni, sygn. 5353, s. 590-593.



etc. die Verschärfung der nationalen Beziehungen weiter vertieft, will der ruthenische Bauer vor allem Ruhe“.<sup>183</sup>

Die ruthenische Intelligencija klammerte sich an angeblich unmittelbar bevorstehende internationale Entscheidungen und sei bestrebt, die Stimmung durch das Versprechen wirtschaftlicher Vorteile aus der Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten: Dem Bauern gehe es vor allem um Land, Ideen von einem unabhängigen Staat verstehe er nicht. Jenseits des Zbruč begannen für die Bauern allein Bolševismus und Krieg. Ein Bericht aus dem Warschauer Außenministerium vom April 1922 zum Verhältnis von West- und Ostukrainern bestätigte diese Sichtweise. Der ostgalizische Bauer könne sich vielleicht ein Untertanenverhältnis gegenüber einem nicht-bolševistischen Rußland oder Österreich vorstellen, aber nicht die Ukraine, die bis 1914 nur kulturell auf Ostgalizien einwirkte, ohne mit ihm politisch verbunden zu sein. Die Bauern unterlägen nach wie vor der Agitation in Richtung einer ostgalizischen Ukraine, aber von einer großen, vereinten Ukraine träume niemand mehr. Für diesen Umstand wurde unter anderem der militärische Untergang der ukrainischen galizischen Armee im Bürgerkrieg in der Ostukraine verantwortlich gemacht. In jeder Nummer der „Gazeta Lwowska“ fänden sich Edikte über ukrainische Bauern, die von dort nicht zurückgekehrt waren:

„Das Gericht ruft dann den besagten Vasył' auf, zu einem bestimmten Tag vor Gericht zu erscheinen, da er sonst für verstorben erklärt wird und Frau und Boden verliert. Von den 100.000 Bauern Ostgaliziens, die zur Armee der ZUNR eingezogen wurden, sind so nahe zu alle verschwunden. Sie sind lebende Tote, und das deprimiert auf dem Dorfe sehr“.<sup>184</sup>

In den Bereichen Kultur und Bildung zeigte sich, wie groß die Wunden waren, die der Erste Weltkrieg und die folgenden militärischen Auseinandersetzungen um Lemberg und Ostgalizien hinterlassen hatten. Insbesondere der Wiederaufbau öffentlicher Institutionen wie der vor 1914 in fast jedem Dorf vorhandenen Volksschulen ging nur langsam voran. Daß dabei Lehrer und Inspektoren ruthenischer Nationalität in den Westen versetzt und durch polnische Lehrer ersetzt wurden, bildete keine Ausnahme. Wenn ein unbekannter Berichtersteller der Grenzwaiche diese Versetzungen als „durch die antipolnische Tätigkeit der ruthenischen Lehrer vollauf gerechtfertigt“<sup>185</sup> bezeichnet, dann verweist dies auf die unverändert starken nationalen Spannungen zwischen Ukrainern und Polen vor Ort. Nur die politische Aktionen weitgehend einschränkende Tätigkeit der Behörden hemme die Entwicklung der ukrainischen Bewegung; dennoch sei eine ganze Reihe kultureller Mittelpunkte entstanden, von der Prosvitafiliale bis zum Amateurtheater.<sup>186</sup>

Kirchenfragen kam in der ostgalizisch-ukrainischen Politik traditionell große Bedeutung zu. Reinlender konstatierte Mitte März 1922 Tendenzen zu einer Ukrai-

---

<sup>183</sup> Dnjeprukrainern und Dnjesterukrainern. Außenministerium. Warschau, den 20.4.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 428, s. 23-34, s. 33. Zum folgenden ebenda, s. 33-34.

<sup>184</sup> Ebenda, s. 34.

<sup>185</sup> Vgl. Expositor der Grenzwaiche in Lemberg. Rapport für den Monat Januar 1922. Die Ostgalizienfrage. AAN, Towarzystwo Straży Kresowej, sygn. 102, s. 10.

<sup>186</sup> Vgl. ebenda, s. 13.

nisierung der griechisch-katholischen Kirche. Hauptsächlich wurde eine rege Übersetzungstätigkeit entfaltet, um die Ersetzung der altkirchlichen Sprache durch das Ukrainische als Liturgiesprache einzuleiten, und dies nicht nur in Ostgalizien, sondern auch in Wolhynien. Das griechisch-katholische Ordinariat in Lemberg habe die Aktion jedoch offiziell nicht gutgeheißen:

„Die Einführung der ukrainischen Sprache in die kirchlichen Riten trägt völlig den Charakter der Nationalisierung, und muß damit eine Verstärkung und Kontinuierung des Ukrainismus bewirken, so daß dann schon nicht mehr eine Kirche des griechisch-katholischen Ritus, sondern eine ukrainische Kirche für die ukrainische Bevölkerung das in nationaler Hinsicht wichtigste Element wird. Mit einem Wort: Die ukrainische Kirche wird mit dem ukrainischen Volk identisch“.<sup>187</sup>

Eine analoge Aktion vollzog sich in der Ostukraine, allerdings nicht in Verbindung mit dem Katholizismus, sondern mit der Rechtgläubigkeit. Reinlender befürchtete nicht nur eine enge Verbindung zwischen den Ukrainern des östlichen Kleinpolens und denen der Ostukraine, sondern deren nationale und gleichzeitig politische Bewußtwerdung, die bekanntlich die politische Einheit anstrebe.<sup>188</sup>

Neben ukrainisierenden Tendenzen gab es auch gegenläufige, auf eine Latinisierung abzielende Strömungen innerhalb der griechisch-katholischen Kirche. Chomyšyn, der sich wiederholt von nationalukrainischen Gruppierungen distanzierte, befürwortete die Unifizierung des Kalenders und die Einführung des Zölibats. Die ukrainische Presse verurteilte dies als Annäherung an die römisch-katholische Kirche, beschwor die Gefahr einer möglichen Denationalisierung des eigenen Volkes und führte eine Kampagne für die Reinheit des griechisch-katholischen Ritus als Trumpf der katholischen Propaganda in der Ukraine und in Rußland. Die Kirchenfrage berührte das ukrainisch-polnische Verhältnis nachhaltig. In der ukrainischen Presse stieß der Bau römisch-katholischer Kirchen in Ostgalizien auf starken Widerstand. Łoś rechtfertigte die Gründung polnischer Kirchen mit dem allgemeinen Mangel an römisch-katholischen Kirchen. Als mögliche Folge befürchtete er die Ruthenisierung eines großen Teils der polnischen Bauern in diesem Teil des Landes. Zwar gebe es Übertritte zum römisch-katholischen Ritus, jedoch träten weniger nationalbewußte Katholiken zum griechisch-katholischen Ritus über, um so dem Militärdienst zu entgehen. Łoś versprach sich von einer vernünftigen, von der örtlichen polnischen Gesellschaft initiierten und durch die polnische Regierung unterstützten Kirchenpolitik großen Nutzen für das Polentum in Ostgalizien.<sup>189</sup> Daß die Kirchenpolitik in der Folgezeit von führenden Repräsentanten beider Nationen im Kontext der Stärkung des „Polentums“ respektive des

---

<sup>187</sup> Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 21.3.1922. AAN, Ambasada RP w Moskwie, sygn. 107, s. 14-16, s. 16. Zum folgenden ebenda.

<sup>188</sup> Reinlender zufolge verteidigten jedoch die moskophile Intelligencija und weite Teile der ruthenischen Landbevölkerung das Altkirchenslavische als Kirchensprache. Geplant sei unter anderem die Ausarbeitung eines entsprechenden Memorials an die Apostolische Kurie. Vgl. Polizeipräsidium in Lemberg an Innenministerium. Lemberg, den 6.5.1922. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 157, s. 299.

<sup>189</sup> Stanisław Łoś. Rapport für die Zeit vom 1.4.-1.5.1922. Warschau, den 20.6.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 38-45.

„Ukrainismus“ betrachtet und konzipiert wurde, verdeutlicht, wie wenig die Kirche ihre Rolle als eine die nationalen Gegensätze mildernde Instanz wahrzunehmen imstande war. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Entwicklungen auf sozialem, Bildungs- und kirchenpolitischem Gebiet diskutierten die ostgalizischen Ukrainer über ihr weiteres politisches Vorgehen.

Niedziałowski besprach sein Autonomieprojekt mit Mykola Hankevyč, der die Einbeziehung aller Kreise mit eindeutig ukrainischer Mehrheit in das zu bildende autonome Gebiet verlangte. Eine Gruppe von Politikern der USDP um den „Vpered“ forderte, daß zunächst die Ostgalizienfrage über ein Plebiszit entschieden werden sollte. Erst nach der internationalen Anerkennung der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen könne man über eine Territorialautonomie verhandeln.<sup>190</sup>

Die ukrainische Presse mit Ausnahme des „Ridnyj Kraj“ betonte das Recht des ukrainischen Volkes auf volle nationale Selbstbestimmung. Den Pressestimmen zufolge rief das Autonomieprojekt in ukrainischen Kreisen großes Interesse hervor und stieß im Falle seiner Umsetzung auf keine wesentliche Gegenwehr.<sup>191</sup> Ausgleichsbestrebungen mit dem polnischen Staat auf der Grundlage einer Territorialautonomie für Ostgalizien gewannen unter ukrainischen Politikern im Spätherbst 1921 kurzzeitig an Bedeutung. Vojnarovs'kyj wurde bereits bald nach seinem Ausschluß aus dem Nationalkomitee der UNTP erneut kooptiert und in ein aus vier Personen bestehendes Komitee delegiert, das darüber zu entscheiden hatte, ob man den unnachgiebigen Standpunkt beibehalten oder aber Wege zu einer Verständigung mit Polen suchen sollte. Ein Kongreß der Parteiführer vom 20. bis 22. November 1921 beschloß schließlich, Beziehungen mit der polnischen Regierung anzuknüpfen.<sup>192</sup>

Auch ein Situationsbericht der Lemberger Wojewodschaft für November 1921 konstatierte im ukrainischen politischen Lager Tendenzen zu einer Verständigung mit dem polnischen Staat, da Terror und Agitation eine entsprechende Gegenaktion der polnischen Behörden und Sicherheitsorgane zur Folge haben mußten. Einen ersten Schritt zu einer taktischen Neuorientierung sollte der griechisch-katholische Klerus unternommen haben. Das offizielle Organ der griechisch-katholischen Metropole in Lemberg „L'vivske Archiparochial'ni Vidomosty“ rief in Nr. 4 vom 25. November 1921 im Schlußabschnitt die griechisch-katholische Geistlichkeit dazu auf, sich um eine Verständigung mit den Polen, die aufrichtig nach einer Versöhnung beider Völker strebten, zu bemühen. Ihr beider Wohl erfordere es, „daß die brüderliche Übereinkunft endlich eintritt und beiden Völkern die gleichen Rechte zur Kultivierung ihrer nationalen und gesellschaftlichen Rechte zuerkannt werden“.<sup>193</sup>

---

<sup>190</sup> Vgl. Koko, *Wolni z wolnymi*, S. 80f.

<sup>191</sup> Raport o stosunkach we wschodniej Małopolsce ze szczególnym uwzględnieniem Lwowa, S. 431-435.

<sup>192</sup> Vgl. Außenministerium an Londoner Botschaft zu bisherigen Versuchen in Richtung einer unmittelbaren Verständigung zwischen Ruthenen und Polen. Warschau, den 28. November 1921. AAN, *Ambasada RP w Londynie*, sygn. 440, s. 14-16.

<sup>193</sup> Vgl. Abschrift von Auszug aus Situationsbericht der Lemberger Wojewodschaft zur ukrainischen Frage für November 1921, ohne Ort und Datum. AAN, *Ambasada RP w Londynie*, sygn. 440, s. 24.

Die Befürworter einer unnachgiebigen Linie setzten sich jedoch auf einer von etwa 30 Personen besuchten Sitzung des „Nationalkomitees“ der UNTP vom 6. bis 8. Dezember 1921 erneut durch. Baran konstatierte, daß die Ostgalizienproblematik voraussichtlich nicht im Sinne der ukrainischen Zielsetzungen entschieden werde, und gab auf „außerordentlich delikate Weise“ zu verstehen, daß man Verbindungen zu den Polen aufnehmen und den lange andauernden Streit über eine Verständigung beilegen sollte. Die Mehrheit der Versammelten mit Ivan Kyveljuk an der Spitze bestritt jedoch, daß die Ostgalizienfrage in der internationalen Politik an Bedeutung verloren habe. Nach Ansicht Kyveljuks sollten sich die Ukrainer bei ihrem Kampf für ihr nationales Recht terroristische Anschläge nach irischem Vorbild zu nutze machen. Volodymyr Bačyns'kyj, Fed Fedorciv, Jaroslav Olesnyc'kyj, Stepan Baran, Alfred Hovykovyč und Les' Kulčyc'kyj sprachen sich nach zweitägigen Beratungen für die Aufnahme von Verhandlungen mit den Polen aus, wogegen der Rest der Versammelten einfach eine entgegengesetzte Haltung einnahm. Die Befürworter einer Annäherung an Polen stellten daraufhin fest, daß ihre Auffassungen nur als informeller Vorschlag gemeint gewesen seien. Interessant ist außerdem die Position des als Vertreter der akademischen Jugend auftretenden Dmytro Palijev, der den Versammelten offen drohte, daß „niemand es wagen soll, irgendwelche Schritte in Richtung einer Verständigung mit den Polen zu unternehmen, weil er auf den Terror der Jugend trifft“.<sup>194</sup> Eine polnisch-ukrainische Übereinkunft war damit erneut in weite Ferne gerückt.

Am 30. Dezember 1921 trafen sich die Vertrauensleute der UNTP im Lokal der Gesellschaft „Prosvita“ zu einer geheimen Sitzung. Nachrichten, denen zufolge Mitglieder des Nationalkomitees mit der polnischen Regierung verhandelten, wurden dementiert und Petruševyč die alleinige Berechtigung zum Abschluß wichtiger politischer und internationaler Verträge zugesprochen. Seine Tätigkeit wollte das Nationalkomitee jedoch einer Kontrolle unterworfen sehen, worauf der Passus „nach Einholung der Meinung und in Verständigung mit der politischen Führung im Land“ verweist. Die Selbstsicherheit führender politischer Kräfte der Ukrainer in Ostgalizien resultierte unter anderem aus Informationen, die Petruševyč aus Wien übermittelt hatte, denen zufolge westeuropäische Staaten, insbesondere England, der Bildung eines unabhängigen ostgalizischen Staates zugestimmt hätten, der wenigstens über eine Militärkonvention eng mit Polen verbunden sein sollte. Petruševyč soll nur eine Anbindung Ostgaliziens an die Tschechoslowakei für möglich erklärt haben.<sup>195</sup>

In Autonomieprojekten sahen national-ukrainische Kreise Anzeichen von Schwäche sowie den Versuch, die ukrainische Einheitsfront zu zerstören und vor dem Ausland den Eindruck zu erwecken, daß der Konflikt durch einen Kompromiß beigelegt werden könne. Der eine Übereinkunftstendenz mit den Polen vertretende Mykola Hankevč wurde aus der USDP ausgeschlossen. Die einzigen Presseorgane, die sich ständig für eine Territorialautonomie aussprachen, waren neben dem

---

<sup>194</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 12.12.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 17-19, 18.

<sup>195</sup> Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 3.1.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 20-23.

einflußlosen „Ridnyj Kraj“ das Organ der Warschauer PPS „Robotnyk“ und das zionistische „Chwila“, das man eines antipolnischen Standpunkts in der Ostgalizienfrage verdächtigte. Bačyns'kyj scheint jedoch den Gedanken einer ukrainisch-polnischen Übereinkunft weiterverfolgt zu haben. Das Warschauer Innenministerium entsprach seiner Bitte um einen Paß zur Ausreise nach Wien, wo er sich offenbar überzeugen wolle, ob die antipolnische Politik des Nationalkomitees zu vernünftigen Resultaten führen könne oder ob es nicht eher angezeigt sei, sich einen Rückzugsweg über die Initiierung einer Übereinkunftspolitik zu eröffnen. Das Außenministerium sah es als wünschenswert an, etwaige Vertretungen der Ententestaaten von einer möglichen Visite Bačyns'kyjs in Kenntnis zu setzen.<sup>196</sup>

Reinlender registrierte Mitte Februar 1922 eine Belebung unter politischen ukrainischen Kreisen, jedoch auch einen Verlust von Selbstsicherheit unter ukrainischen Politikern, die aus Passivität nun auf die internationale Politik hofften.<sup>197</sup> Polnische, ruthenische und jüdische Blätter führten eine rege Diskussion über das weitere Schicksal Ostgaliziens.<sup>198</sup> Der „Vpered“ verwies im März darauf, daß in Ostgalizien auf allen möglichen Feldern vollendete Tatsachen geschaffen worden seien und betrachtete nun die Herausbildung einer realen Kraft als vorrangiges Ziel.<sup>199</sup> Er sah in der Sowetukraine einen unabhängigen Kern, um den herum eine ukrainische Regierung aller Landesteile gruppiert werden könne. Die UNTP identifizierte diesen Kern hingegen mit Ostgalizien, das als Sitz des Unabhängigkeitsgedankens eine ausreichende Intelligencija besitze, um im westeuropäischen Geiste die zukünftige ukrainische Staatlichkeit zu begründen. Hinzu kam ein Moment sozialer Natur, da die UNTP sich vor allem auf Bauern stützte, die USDP hingegen auf Arbeiter. Daraus resultiere ein Antagonismus auf der Grundlage unterschiedlicher Interessen von Stadt und Land. Die Anerkennung des Status quo in Ostgalizien war jedoch nicht gleichbedeutend mit einer positiven Haltung zum polnischen Staat. Sowohl der „Vpered“ als auch der der UNTP nahestehende „Hromads'kyj Vistnyk“ verurteilten einen Auftritt von Mykola Hankevčyč in Warschau, der die Einführung einer Autonomie als einzig mögliche Lösung des Ostgalizienkonflikts bezeichnet und nach Ansicht dieser Zeitungen jede Autorität verloren habe.<sup>200</sup>

<sup>196</sup> Polnisches Außenministerium an Delegierten der polnischen Regierung in Genf. Warschau, den 31.1.1922. AAN, Delegacja RP przy Lidze Narodów, sygn. 263, s. 1.

<sup>197</sup> Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 20.2.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 25-31.

<sup>198</sup> Polnische Zeitungen stellten nach dem Sieg der polnischen Armee die faktische Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen in den Vordergrund und forderten vor allem eine gute, auf den in der Verfassung festgeschriebenen Rechtsgrundsätzen gegründete Verwaltung. Dagegen bestand die ruthenische Presse auf dem internationalen Charakter der Ostgalizienfrage. Eine Mittelposition nahm die jüdische Presse ein, die mit der faktischen Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen rechnete: Ostgalizien sollte definitiv an den polnischen Staat angegliedert werden, jedoch mit Territorialautonomie. Vgl. Pressebericht der Grenzwaache für den Monat Februar. Lemberg, den 7.3.1922. AAN, Towarzystwo Straży Kresowej, sygn. 102, s. 14-20, s. 18. Zum Vorausgehenden und Folgenden vgl. allgemein diesen Bericht.

<sup>199</sup> Vgl. Presserapport der Grenzwaache für den Monat März 1922. AAN, Towarzystwo Straży Kresowej, sygn. 102, s. 21-27, s. 23. Zum Folgenden vgl. ebenda.

<sup>200</sup> Als charakteristisch für diese Stimmungen wurde ein Vorfall beim Jubiläum der verdienten dramatischen Künstlerin Irena Trapszo angesehen. Eine Delegation des ukrainischen dramatischen Theaters unter Führung Zacharovs wollte die Künstlerin ehren, aber die Leitung des polnischen Theaters erlaubte aus Angst vor einer Empörung der polnischen Öffentlichkeit nicht, eine Rede auf ukrainisch zu

Neben dem Bestehen einer absolut feindseligen Haltung zu Polen machte das Warschauer Außenministerium unter den Ukrainern den häufig opportunistisch geprägten Willen zur Annäherung aus, bis hin zu aufrichtigem Polonophilismus:

„Diese Erscheinungen werden jedoch von den Polen nicht bis zum Letzten ausgenutzt. Man kann dafür sogar allgemein die ostgalizisch-polnische Gesellschaft beschuldigen, die in einem grundsätzlichen Haß und Hochmut gegenüber dem Ukrainismus erzogen wurde. Auf diese Art wird jede für uns günstige Bewegung bereits im Keim erstickt und kann sich nur mit Mühe offen zeigen, sowohl aus Angst vor Ablehnung als auch der Kompromittierung vor den eigenen Leuten“.<sup>201</sup>

Es wäre darum eine Vereinfachung, wenn man allein die negative Einstellung der Ukrainer gegenüber Polen herausstellte, da antiukrainische Ressentiments unter der polnischen Öffentlichkeit weit verbreitet waren. Erst wenn man all dies berücksichtige, könne man die Haltung der Ukrainer zum polnischen Staat verstehen. Hinzu komme, daß patriotische ukrainische Kreise die baldige Entscheidung der Ostgalizienfrage zu ihren Gunsten als Gewißheit ansähen.<sup>202</sup>

Der österreichische Generalkonsul in Lemberg Eugen von Wurzian faßte Mitte März 1922 seine Eindrücke zu den in Ostgalizien ausgebildeten Zuständen zusammen. Die Ruthenen wollten aus Ostgalizien, der Bukowina und der Karpatho-Ukraine einen Pufferstaat bilden, mit der griechisch-katholischen Religion als einigendem Band. Eine zweimonatige Blockade der Entente zwänge die Polen zum Verzicht auf Ostgalizien. Interessant ist, daß Kreise der polnischen Konservativen über einen unabhängigen ostgalizischen Staat reflektierten, da sie den Einfluß Warschaws als Veröstlichung Ostgaliziens fürchteten. Die Stimmung unter den Ruthenen sei äußerst entschieden und Kompromissen abgeneigt. Führende ruthenische Politiker zeigten kaum Interesse an der Ostukraine: „Viel wichtiger ist ihnen ihr selbständiger westukrainischer griechisch-katholischer Fünfmillionenstaat.“<sup>203</sup> Nachrichten über Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und den Westukrainern wurden sowohl vom „Ukrajins'kyj Vistnyk“ als auch vom polnischen Innenministerium dementiert. Die Westukrainer hofften auf die nächste internationale Konferenz.<sup>204</sup>

Die Position der ostgalizischen Ukrainer wurde Ende Juni 1922 geschwächt, da der rechte Flügel der Moskophilen sich von der Politik der Einheitsfront distan-

---

halten. Die ukrainische Delegation beschränkte sich daraufhin auf das Niederlegen eines silbernen Kranzes. Zum besseren Verständnis für das unpassende Verhalten der Theaterdirektion wurde hinzugefügt, daß einige Wochen zuvor beim Jubiläum des bekannten ukrainischen Schauspielers Rubčak eine polnische Delegation auf polnisch sprach und vom ukrainischen Publikum im Saal mit einer herzlichen Ovation bedacht wurde. Vgl. ebenda, s. 27.

<sup>201</sup> Vgl. Stimmungen in Ostgalizien, 22.3.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 32-34, s. 32.

<sup>202</sup> Dnjeprukraier und Dnjesterukraier. Außenministerium. Warschau, den 20.4.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 428, s. 23-34, s. 34.

<sup>203</sup> Vgl. den Bericht des österreichischen Generalkonsuls in Lemberg Eugen von Wurzian an das österreichische Bundesministerium für Äußeres (pol. Sektion): Die ostgalizische Frage, Lemberg den 27. März 1922. AdR, Neues Politisches Archiv, Karton 651, Liasse Polen 8/1 - 9/5, Faszikel Polen 9/III.

<sup>204</sup> Vgl. Wurzian an Bundesministerium für Äußeres (Politische Sektion). Lemberg, den 12.7.1922, in: Ereignisse in der Ukraine IV, S. 335f.

zierte. Eine gemeinsame Politik mit den Ukrainern, die das Bestehen eines „galizisch-ruthenischen Volkes“ auf dem Gebiet Ostgaliziens verneinten, sei unmöglich. Dieses Volk bestehe jedoch und bilde in kultureller und nationaler Hinsicht einen integralen Bestandteil des russischen Volkes, mit dem es auch eine politische Einheit bilden solle. Reinlander wertete die Äußerungen Javorskij's als programmatische Rede des rechten Flügels der altruthenischen Partei, der die Rückgabe von Institutionen wie dem staupopigianischen Institut und dem Nationalhaus fordere.<sup>205</sup> Die innerlich zerstrittene, in ihren Strukturen infolge des Ersten Weltkriegs unwiederbringlich geschädigte moskophile Partei entfaltete in der Folgezeit keinen maßgeblichen Einfluß. Hierzu mag beigetragen haben, daß eine Verschmelzung Ostgaliziens mit dem bolschewistischen Rußland keine Anziehung ausübte, ein zarisches oder demokratisches Rußland hingegen nicht bestand. Auch unter den Moskophilen überwog eine distanzierte Einstellung zum polnischen Staat.

### ***2.3 Petruševyč' Kampf für eine ostgalizische Eigenstaatlichkeit***

Ungeachtet bestehender polonophiler Tendenzen behielten die ostgalizischen Ukrainer ihre unnachgiebige Haltung zum polnischen Staat bei. Petruševyč zufolge sollte Ostgalizien entweder als unabhängiger Staat konstituiert werden oder aber zumindest eine weitreichende Territorialautonomie erhalten. Der Oberste Rat war 1921 zweimal zusammengekommen, im April in der Frage der Kriegsentschädigungen Deutschlands an Frankreich, im August in der Oberschlesienfrage. Politische Kreise der ostgalizischen Ukrainer um Petruševyč in Wien setzten ihre diplomatische und propagandistische Aktion für eine ostgalizische Republik nach dem Vorbild der Schweiz fort.

Ein wichtiges Gremium, vor dem die ostgalizische Exilregierung ihre politischen Forderungen vortrug, bildete der Völkerbund. Am 10. September traf eine ukrainische Delegation aus Vytvyč'kyj, Kost' Levyc'kyj und dem als Sekretär fungierenden Geistlichen Josafat Jean in Genf ein. Ein Antrag des kanadischen Delegierten Doherty vom 15. September, dem zufolge der Völkerbund den Obersten Rat zu einer baldigen Entscheidung der Ostgalizienfrage aufrufen sollte, wurde zur Ausarbeitung eines entsprechenden Appells an ein Initiativkomitee unter Lord Robert Cecil übergeben.<sup>206</sup> Der polnische Vertreter im Völkerbund Aszkenazy erhob Bedenken gegen den englischen Begriff „status of Eastern Galicia“. Anstelle der französischen Variante „Statut de la Galicie Orientale“, die „Verfassung für Ostgalizien“ bedeutete, schlug er „Situation de la Galicie Orientale“, später „Situation juridique de la Galicie Orientale“ vor. Dieser Vorschlag wurde in der Empfehlung des Völkerbunds an den Obersten Rat in Paris aufgegriffen.<sup>207</sup>

Der 1. November 1918 als Jahrestag der ukrainischen Machtübernahme in Lemberg und in der ostgalizischen Provinz erlangte als „Staatsfeiertag des ostgali-

<sup>205</sup> Polizeidirektor Kreiner an Innenministerium. Lemberg, den 1.7.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 48-59.

<sup>206</sup> Vgl. S[tepan] V[ytvyč'kyj]: Sprava Halyčyny na sesiji Sojuza Narodiv. Ženeva, 15. veresnja 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 38, 24.9.1921.

<sup>207</sup> Vgl. S[tepan] V[ytvyč'kyj]: Sprava Halyčyny na Sojuzi Narodiv. Ženeva, 22. veresnja 1921, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 39, 1.10.1921.

zischen Landes“ Bedeutung. In der Sonderausgabe des „Ukrajins'kyj Prapor“ zum 1. November 1921 forderte Kost' Levyc'kyj die Befreiung und Anerkennung des unabhängigen ostgalizischen Staates.<sup>208</sup> Nazaruk kennzeichnete Polen als „dreifachen Kain-Barabas“ und Mörder nicht nur des ukrainischen, sondern auch des weißrussischen und des litauischen Volkes: „Das ewige Zeichen und Symbol, das in Golgotha aufgerichtet wurde, ist dein Symbol, ukrainisches Volk“!<sup>209</sup> Ebenso wie die polnische Regierung rechnete auch die Exilregierung um Petruševyč Ende 1921 mit einer kurz bevorstehenden Entscheidung der Ostgalizienfrage und rief zur Geschlossenheit auf, weil „der kleinste Versuch einer Übereinkunft katastrophale Folgen für unsere Staatlichkeit haben kann“.<sup>210</sup>

Die wirtschaftliche und politische Annäherung der ČSR an Polen Ende 1921 erschütterte Petruševyč' Optimismus nicht.<sup>211</sup> Politische Kreise um Petruševyč intensivierten ihre Propagandatätigkeit und riefen zum Ausharren in der Einheitsfront auf.<sup>212</sup> Der „Ukrajins'kyj Prapor“ hielt eine endgültige Regelung der Ostgalizienfrage durch die Ententestaaten bereits unmittelbar nach der Washingtoner Konferenz für möglich, auf der die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan, Frankreich und Italien seit dem 12. November 1921 vor allem mit Fragen der Abrüstung befaßt waren. Polen sei bestrebt, führende ukrainische Politiker zu einer Übereinkunft zu verleiten, weil die Inkorporation Ostgaliziens in den polnischen Staat als dessen integraler Bestandteil von den Ententestaaten nicht gestattet würde. Verhandlungen mit Polen seien ein „Verrat an der nationalen Sache“. Selbst wenn eine Eigenstaatlichkeit Ostgaliziens nicht erreicht werde, sei doch zumindest eine weitreichende Autonomie sicher: „Darum fordern wir im Namen der Gerechtigkeit von den siegreichen Staaten der Entente: Man möge über uns vor dem Angesicht der kultivierten Welt richten“!<sup>213</sup>

In der österreichischen Hauptstadt konstituierte sich am 20. und 23. Januar 1922 die mit der Regierung Petruševyč eng verbundene „westukrainische Gesellschaft der Liga der Nationen“ (Zachidno-Ukrajins'ke Tovarystvo Ligi Nacij – ZUTLN), der Roman Perfec'kyj vorstand; dem Präsidium gehörten Nazaruk sowie Breiter und Waldmann als Vertreter der polnischen und der jüdischen Minderheit an. Das Präsidium stellte fest, daß die westukrainische Bevölkerung ihr Recht auf Selbstbestimmung durch die Proklamation eines eigenen Staates realisiert und in einem dreijährigen Kampf ihre Ablehnung gegen die ihr gewaltsam aufgezwungene Okkupation gezeigt habe. Alle von Polen und Rumänien abgeschlossenen Verträge

---

<sup>208</sup> Vgl. Kost' Levyc'kyj, Treti rokovyny, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 43, 1. November 1921.

<sup>209</sup> Vgl. Osyp Nazaruk, Peršyj den lystopada ... V treti rokovyny vidnovy Halyc'koji Deržavy, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 43, 1. November 1921.

<sup>210</sup> K[ost'] L[evyc'kyj], Sučasna dolja Halyc'koji Ukrajiny, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 46, 19.11.1921; (ik.) Vgl. Vlasnymy sylamy, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 46, 19.11.1921.

<sup>211</sup> Vgl. Eintrag ohne Datum in den Notizbüchern Nazaruks, der mit Bezug auf eine entsprechende Mitteilung von Beneš festhielt: „Petruševyč ist weiter Optimist. Eine glückliche Natur“. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 17, ark. 42.

<sup>212</sup> Der Bevollmächtigte des Diktators für Presse und Propaganda Osyp Nazaruk notierte unter dem 18.12.1921, daß der laufende Monat reich an Ereignissen gewesen sei. Es sei darum keine Zeit für die Anfertigung von Notizen gewesen. Vgl. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 359, op. 1, spr. 17, ark. 73.

<sup>213</sup> Vgl. Koly i jak?, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 49, 10.12.1921.



seien für die Westukraine nicht bindend.<sup>214</sup> Im Unterschied zum Völkerbund als Staatenvertretung sollte der Verband der Gesellschaften der Liga der Nationen eine Repräsentanz der Nationen bilden. Perfec'kyj begründete die Konstituierung der ZUTLN damit, daß Ostgalizien gemäß dem Friedensvertrag von Saint-Germain ein gesondertes Objekt des internationalen Rechts unter Oberhoheit der Entente sei. Die Bildung einer gesamtukrainischen Gesellschaft brächte deren Tätigkeit zum Erliegen.<sup>215</sup> Ost- und Westukrainer vertraten weiter ihre eigenen, aber keine gesamtukrainischen Interessen.

Anfang 1922 konnte die Regierung Petruševyč ihre Position aufgrund der Einheitsfront ostgalizisch-ukrainischer politischer Kräfte als gestärkt ansehen. Der Zwischenparteiliche Rat Ostgaliziens unter Bačyns'kyj hatte Petruševyč als einzigen internationalen Repräsentanten der ostgalizischen Bürgerschaft bezeichnet.<sup>216</sup> Ungeachtet dieses Vertrauensbeweises vertieften sich die Spannungen zwischen Petruševyč und politischen Gruppierungen in Ostgalizien weiter. Petruševyč behauptete jedoch seine Position als Vertreter Ostgaliziens vor der Entente gegenüber politischen Gruppierungen und Organisationen der Ukrainer im Lande selbst, wo er über Vertrauensleute beträchtlichen Einfluß entfaltete. Ein Stimmungsbericht zu Ostgalizien aus dem Umfeld des Warschauer Außenministeriums bezeichnete ihn als vielleicht einzigen Vertreter seines Volkes, der eine gewisse deutlich bestimmte Individualität besäße und dessen Bestrebungen in reale Postulate fasse.<sup>217</sup> Petruševyčs antipolnisch geprägte Politik gab die allgemeine Haltung der ukrainischen Intelligencija nach dem ukrainisch-polnischen Krieg 1918/19 wieder. Tatsächlich besaß ein eigenständiges Ostgalizien zwischen Polen und Rußland nicht nur kaum eine Chance auf eine wirkliche Selbständigkeit, sondern hätte die vom „Ukrajins'kyj Prapor“ perhorreszierte Balkanisierung dieses Landes geradezu provoziert.

Am 10. April 1922 kamen in Genua die Vertreter 28 europäischer Staaten, Japans und der englischen Dominions zu einer Konferenz zusammen, auf der internationale Wirtschafts- und Reparationsprobleme geregelt werden sollten. Gleichfalls in Genua anwesend war eine ostgalizische Delegation, die auf eine Entscheidung der Ostgalizienfrage im ukrainischen Sinne hoffte. Der „Ukrajins'kyj Prapor“ berichtete Ende Mai 1922 in einem offiziellen Kommunikat von der Tätigkeit der aus Kost' Levyc'kyj, Stepan Vytvyc'kyj, Ernest Breiter, Stepan Rydnyc'kyj und dem Geistlichen Josafat Jean bestehenden Delegation der UNRada Ostgaliziens. Am 12. April war der Konferenz eine Denkschrift überreicht worden, in der die Aufhebung der polnischen Okkupation in Ostgalizien und die Anerkennung eines unabhängigen ostgalizischen Staates gefordert wurden. Erst einen Monat nach Beginn der Konferenz erkannten die Großmächte die Legitimation der UNRada Ostgaliziens und ihres Präsidenten Petruševyč an, der in der zweiten Aprilhälfte in Ge-

---

<sup>214</sup> Vgl. Zachidno-Ukrajins'ke Tovarystvo Ligy Nacij, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 4, 28.1.1922; Z Zachidno-Ukrajins'koho Tovarystva Ligy Nacij. Komunikat, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 8, 25.2.1922.

<sup>215</sup> Vgl. Roman Perfec'kyj, Zachidno-Ukrajins'ke Tovarystvo Ligy Nacij i joho vaha, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 6, 11.2.1922.

<sup>216</sup> Zajava kraju. Mižpartijna Rada Halyčyny. U L'vovi, dnja 22. sičnja 1922, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 6, 11.2.1922.

<sup>217</sup> Vgl. Stimmungen in Ostgalizien, 22.3.1921. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 32.

nua war. Nach Informationen des „Ukrajins'kyj Prapor“ durfte die ostgalizische Delegation ihre Sache vor der Konferenz vertreten. Auf die Weigerung Sovetrußlands hin, die russischen Vorkriegsschulden anzuerkennen, wurde die Konferenz jedoch am 19. Mai 1922 ergebnislos abgebrochen.<sup>218</sup>

Der „Ukrajins'kyj Prapor“ wertete die Konferenz von Genua dennoch als Erfolg und rief führende ukrainische Kräfte in Ostgalizien zu einer verstärkten Aktivität auf, von der das Schicksal ihrer Heimat abhinge.<sup>219</sup> Ein negatives Bild von der Tätigkeit der ukrainischen Delegation in Genua zeichnete hingegen Reinlender. In Einzelgesprächen mit Mitgliedern der an der Konferenz beteiligten Staaten sei den Delegierten von Petruševyč versichert worden, daß Ostgalizien nur in den Bestand eines bereits bestehenden Staates eingehen könne, in erster Linie Polens; für die ukrainische Bevölkerung wurde Territorialautonomie in Aussicht gestellt.<sup>220</sup> Die ukrainische Delegation entgegnete,

„daß angesichts der Stimmung und der Position der polnischen Gesellschaft im östlichen Kleinenpolen im Verhältnis zur ukrainischen Bevölkerung keine polnische Regierung imstande ist, diesem Teil des Landes eine ausreichende und die ukrainische Bevölkerung zufriedenstellende Autonomie zuteil werden zu lassen. Eintreten kann dies nur auf die ausdrückliche Anweisung beziehungsweise den Druck der Entente“.<sup>221</sup>

In Prag fand Anfang Juni 1922 der 6. internationale Kongreß des Verbandes der Gesellschaften der Liga der Nationen statt. Gegen den Widerstand vor allem der polnischen Delegierten wurde die ZUTLN offiziell aufgenommen.<sup>222</sup> Politischer Einfluß auf die Entente konnte jedoch kaum ausgeübt werden. Der „Ukrajins'kyj Prapor“ kennzeichnete Ostgalizien als ein von „irischen Beziehungen“ geprägtes Land: „Irische Methoden des Kampfes haben auf dem galizischen Boden bereits begonnen, und Polen gießt nur noch Öl ins Feuer“.<sup>223</sup> Außerdem wurde eine „Balkanisierung Ostgaliziens“ beschworen, da die ukrainische Bevölkerung auf den „polnischen Terror“ mit „Selbstverteidigung bis zu den letzten Kräften und zum notwendigen Erfolg“ antworte.<sup>224</sup> Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß eine ostgalizische Regierung der Radikalisierung der Beziehungen zwischen Ukrainern und Polen wirksam hätte Einhalt gebieten können.

---

<sup>218</sup> Vgl. Schidna Halyčyna na Mižnarodnij Konferenciji v Genuji. Oficijal'nyj komunikat. Viden', 24. maja 1922, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 21, 27.5.1922.

<sup>219</sup> Vgl. vyslidy Mižnarodnoji Konferenciji v Genuji dlja schidno-halyč'koji spravy, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 21, 27.5.1922.

<sup>220</sup> Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 21.4.1922. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 159, s. 13-14.

<sup>221</sup> Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 15.5.1922. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 159, s. 134.

<sup>222</sup> Vgl. Oleksandr Maritčak, Vražinnja z VI. Kongresu Mižnarodn'oho Sojuza Tovarystva Ligy Nacij u Prazi, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 25, 24.6.1922.

<sup>223</sup> Vgl. Irljands'ki vidnosyny v Halyčyni. Pered procesom Fedaka, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 25, 24.6.1922.

<sup>224</sup> Vgl. Balkanizacija Halyčyny, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 28, 15.7.1922.

### 3. Vor der internationalen Anerkennung der Ostgrenzen der Zweiten Polnischen Republik: August 1922 bis März 1923

#### 3.1 Unter dem Primat der Außenpolitik: Warschau und Ostgalizien

Die Wahlen zum polnischen Sejm und Senat am 5. und 12. November 1922 dominierten in Ostgalizien, das de jure nach wie vor nicht zu Polen gehörte, spätestens seit Juli desselben Jahres das politische Leben seiner einzelnen nationalen Gesellschaften. Mit Blick auf den internationalen Stand der Ostgalizienfrage beschloß das politische Komitee des Ministerrats, ein Autonomiestatut für dieses Territorium vorzubereiten. Der Außenminister sollte das Gespräch mit den bei der polnischen Regierung akkreditierten Auslandsbotschaftern suchen und dann ohne Rücksprache mit Sejm oder Senat in Paris das Selbstverwaltungsprojekt vorstellen. Die Ausarbeitung des Statuts und die Verständigung über diesen Gegenstand mit dem Obersten Rat sollte noch vor Verkündung des Wahldekrets am 18. August 1922 erfolgen.<sup>225</sup> Am 9. August 1922 beriet eine Konferenz unter Beteiligung des Ministerpräsidenten Julian Nowak, des Außenministers Narutowicz, des Innenministers Kamiński sowie des Delegierten der polnischen Regierung beim Völkerbund Szymon Aszkenazy und den Experten Bobrzyński, Löwenherz und Łoś über das Selbstverwaltungsgesetz für die drei südöstlichen Wojewodschaften, wobei das Projekt Bobrzyńskis zugrunde gelegt werden sollte. Insbesondere Bobrzyński orientierte sich stark an der Autonomie Galiziens unter österreichisch-ungarischer Herrschaft,<sup>226</sup> wie auch Wurzian mit Genugtuung vermerkte:

„Vater des Autonomieprojekts ist der frühere Statthalter von Galizien Bobrzyński und verrät in jeder Zeile den mit allen Künsten der altösterreichischen Nationalitätenpolitik vertrauten Verwaltungsjuristen.“<sup>227</sup>

Die polnische Regierung befürchtete, daß die Wahlen in Ostgalizien den Charakter eines von ukrainischen Parteien initiierten Plebiszits gegen die definitive Angliederung dieses Territoriums an Polen annehmen könnten. Der polnische Außenminister Narutowicz wies darum die Londoner Dependence an, das Postulat der formalen und definitiven Anerkennung der Zugehörigkeit Ostgaliziens zum polnischen Staat in den Vordergrund der eigenen Tätigkeit zu stellen. Warschau verstärkte Arbeit an einem Autonomieprojekt erfolgte in der Hoffnung auf eine Entscheidung der Ostgalizienfrage noch vor den Wahlen Anfang November 1922.<sup>228</sup> Die Annah-

---

<sup>225</sup> Vgl. Sitzung Nr. 22 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 7.8.1922. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów, Mf. 20188, s. 98-98 Rückseite.

<sup>226</sup> Vgl. Andrzej Partyka, *Polskie koncepcje autonomii Galicji Wschodniej w latach 1919-1922*, in: *Studia Historyczne* 19 (1976), S. 563-576, S. 569, 576.

<sup>227</sup> Vgl. Wurzian an das österreichische Bundesministerium für Äußeres (pol. Sektion): Das Autonomieprojekt für Ostgalizien und die Stimmung im Lande, Lemberg, am 12. September 1922. AdR, Neues Politisches Archiv, Karton 651, Liasse Polen 8/1 - 9/5, Faszikel Polen 9/III.

<sup>228</sup> Das Autonomieprojekt war durch den englischen und den französischen Botschafter wohlwollend aufgenommen worden, wogegen der italienische die Beibehaltung der Wojewodschaftsteilung kriti-

me des Ostgalizienstatuts als allgemeines Gesetz zur Wojewodschaftsselbstverwaltung lehnte der polnische Ministerpräsident Nowak als gefährlich ab, weil dann Privilegien der polnischen Minderheit in Ostgalizien auf die übrigen Minderheiten des Staates ausgedehnt werden müßten. Das Regierungsprojekt sollte aus Vorsicht vor der Einbringung in den Sejm nicht bekanntgegeben werden. Głabiński hatte bereits das Komitee der „Verteidiger Lembergs“ einberufen, auf dessen Sitzung offenbar weitreichende Anträge gestellt werden sollten. Besondere Aufmerksamkeit richtete die polnische Regierung auf das Funktionieren der Verwaltung; die Polen sollten ohne Parteiunterschiede unterstützt werden. Nowak bezeichnete die bäuerliche Bevölkerung als passives Element, das die Macht spüren müsse.<sup>229</sup>

Außenminister Narutowicz befürchtete, daß der Sejmarschall und rechte Parteien das Regierungsprojekt für Ostgalizien zu Fall bringen wollten, und in der Folge erneute Schwierigkeiten auf dem Gebiet der internationalen Politik. Aufgrund eines Dringlichkeitsantrags des Sejms war die Regierung verpflichtet, ihr Autonomieprojekt vorzulegen. Innenminister Kamiński hielt den Beschluß des Gesetzes im gegenwärtigen, in nationaler Hinsicht einheitlichen Sejm für einfacher, als im kommenden, in dem sich eine bedeutende Anzahl von Ruthenen befinden könne.<sup>230</sup> Der polnische Ministerrat beschloß auf der Sitzung vom 11. September 1922 ein Gesetzesprojekt zur Selbstverwaltung der Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Ternopil', das sich von dem Bobrzyńskis nur stilistisch unterschied.<sup>231</sup>

Am 17. September war schließlich der Regierungsentwurf des Autonomiegesetzes für Ostgalizien veröffentlicht worden, über das der polnische Sejm in seiner am 19. September beginnenden Sitzungsperiode beraten sollte. Ein Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Warschau machte das wahre Motiv für die Einbringung des Projekts darin aus, einem befürchteten Widerspruch der Entente gegen die Ausschreibung der Wahlen in Ostgalizien vorbeugen zu wollen. Der Gesetzentwurf sei darum mehr ein „außenpolitisches Manöver“ als eine „tatsächliche Anbahnung einer Minderheitsgesetzgebung im Innern“, zumal der neu gewählte Sejm das ostgalizische Autonomiegesetz wieder beseitigen könne. Im Sejm habe die Regierung Nowak für ihr Projekt keine Mehrheit, da es den nationalistischen Rechten zu weit, den Sozialdemokraten nicht weit genug gehe und die Juden die Einführung einer eigenen Kurie verlangten: „Eine Einigung erscheint unter diesen Umständen nur in der Form eines Kompromisses möglich, den keine Seite ernst nimmt“.<sup>232</sup>

Bei den Beratungen im Sejm am 26. September 1922 wurde das Regierungsvorhaben auf Initiative Głabińskis hin weitgehend verändert. Der Sejm erarbeitete

---

sirt hatte. Vgl. Narutowicz an polnische Botschaft in London. Warschau, August 1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 438, s. 13-17.

<sup>229</sup> Vgl. Sitzung Nr. 23 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 25.8.1922. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów, Mf. 20188, s.99-100.

<sup>230</sup> Vgl. Sitzung Nr. 24 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 28.8.1922. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów, Mf. 20188, s.101 Rückseite-102.

<sup>231</sup> Vgl. Partyka, Polskie koncepcje autonomii Galicji Wschodniej, S. 569.

<sup>232</sup> Deutsche Gesandtschaft. K.Nr. 655. Inhalt: Ostgalizische Autonomie. Deutscher Gesandter Ulrich Rauscher an Auswärtiges Amt. Warschau, den 20.9.1922. PA AA, R. 84129.

schließlich eine eigene Gesetzesvorlage zu den Grundlagen der Wojewodschaftsverwaltung für das ganze Territorium des polnischen Staates, mit Sonderbestimmungen für die drei südöstlichen Wojewodschaften. Das am 26. September beschlossene Gesetz bestand aus drei Teilen, von denen der erste die Bestimmungen zur Wojewodschaftsselbstverwaltung enthielt, der zweite sich auf die drei südöstlichen Wojewodschaften bezog. Im dritten Teil wurde die Ausführung des Gesetzes dem Innenminister anvertraut. Der Zeitpunkt der Einführung des Gesetzes in den Wojewodschaften sollte durch ein gesondertes Gesetz geregelt werden.<sup>233</sup> Nach Ansicht Bobrzyńskis schränkten die Bestimmungen des ersten Teils die im zweiten Teil für die Wojewodschaften Lemberg, Ternopil' und Stanislaw vorgesehene Selbstverwaltung ein.<sup>234</sup> Von deutscher Seite wurden die Abänderungen des Regierungsentwurfs durch den Sejm als Zeichen dafür gesehen, daß es sich allein um eine taktische außenpolitische Maßnahme handele.<sup>235</sup> Wurzian wertete das Autonomiegesetz gleichfalls als „schöne Geste gegenüber den Westmächten, um ihre Zustimmung zur Durchführung der Wahlen in Ostgalizien zu erwirken“.<sup>236</sup> Die ukrainische Frage, der er die gleiche Bedeutung wie der polnischen für das zarische Rußland beimaß, sah er als durch den Erlaß des Gesetzes eher verschärft an.

Den regsten Anteil an den Wahlvorbereitungen nahm in Ostgalizien die polnische Bevölkerung. In der Verfassungsgebenden Versammlung war sie durch die polnischen Abgeordneten zum österreichischen Parlament vertreten gewesen, Ukrainer und Juden wegen des besonderen staatsrechtlichen Charakters des Landes dagegen nicht. Es spricht für die starke nationalpolitische Polarisierung in Ostgalizien, daß der Nationaldemokratie, die aus taktischen Gründen gegen das Regierungsprojekt einer Wojewodschaftsautonomie agitierte, im Vorfeld der Wahl die meisten Stimmgewinne zugetraut wurden. In ländlichen Bezirken mit polnischer Mehrheit wurden Stimmgewinne der PSL Piast, in ethnisch gemischten hingegen der PSL Wyzwolenie erwartet. Die PPS war vor allem in Lemberg und Borislaw unter Eisenbahnern stark, stellte aber überall eine Liste auf.<sup>237</sup> Diese Wahlprognose bewahrheitete sich weitgehend, da Zentrums- und Rechtsparteien die größten Stimmgewinne verzeichneten. Die aus der Wahl hervorgegangenen fünf ukrainischen Abgeordneten gründeten die ukrainische Bauernpartei der „Chliboroby“ (dt. Bauer), die trotz der Anstrengungen der polnischen Behörden in Ostgalizien keinen Rückhalt fanden.<sup>238</sup>

---

<sup>233</sup> Vgl. Partyka, *Polskie koncepcje autonomii*, S. 571f. Zu den Bestimmungen des vom Sejm am 26.9.1922 beschlossenen Gesetzes vgl. ebenda.

<sup>234</sup> Vgl. ebenda, S. 574.

<sup>235</sup> Deutsche Gesandtschaft Warschau. K.Nr. 669. Benndorf an Auswärtiges Amt. Warschau, den 27.9.1922. PA AA, R. 84129: Tatsächlich sei die Durchführung des Selbstverwaltungsgesetzes völlig in das Belieben des nächsten Sejms gestellt. Keine ruthenische Partei werde das Gesetz als hinreichendes Entgegenkommen werten.

<sup>236</sup> Vgl. Wurzian an das österreichische Bundesministerium für Äußeres (pol. Sektion): Das Autonomiegesetz für Ostgalizien, Lemberg, am 9. Oktober 1922. AdR, Neues Politisches Archiv, Karton 651, Liasse Polen 8/1 - 9/5, Faszikel Polen 9/III. Zum folgenden ebenda.

<sup>237</sup> Vgl. Außenministerium zur Lage in Ostgalizien. Lemberg, den 30.10.1922. AAN, Ambada RP w Londynie, sygn. 439, s. 122-130, s. 126-127. Zum folgenden vgl. diesen Bericht.

<sup>238</sup> Vgl. Papierzyńska-Turek, *Sprawa ukraińska*, S. 135-140.

Das polnische Außenministerium erklärte die vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung in Ostgalizien, die außerdem durch terroristische Aktionen von ukrainischer Seite um knapp 20 Prozent gesenkt worden sei, durch das niedrige kulturelle Niveau der ländlichen Bevölkerung. Sogar unter politischen Gruppen um Petruševyč herrsche Konsternierung über den wenig befriedigenden Ausgang des ukrainischen Wahlboykotts.<sup>239</sup> Die Beteiligung aller ukrainischen Parteien an den Wahlen und die Einberufung einer ukrainischen Konstituante gemäß den Vorstellungen Bačyns'kyjs hätten wohl bei westeuropäischen Staaten mehr Eindruck hinterlassen, als die von Petruševyč so vehement eingeforderte Boykottaktion,<sup>240</sup> deren Ergebnisse verschieden ausgelegt wurden: Sowohl Ukrainer als auch Polen fanden Gründe, die Erfolg oder Scheitern der ukrainischen Aktion gleichermaßen glaubhaft werden ließen.

Das Verhältnis zwischen der ČSR und der Republik Polen unterlag trotz des Abschlusses des Beneš - Skirmunt Pakts weiter starken Anspannungen, zumal das Abkommen von polnischer Seite nicht ratifiziert worden war. Zwar hatte Beneš das Desinteresse des eigenen Staates an Ostgalizien erklärt und sich von Skirmunt das Desinteresse des polnischen Staates an der Slowakei bestätigen lassen. In Prag rief jedoch die slowakische Irredenta auf polnischem Boden und die „chronische Unzufriedenheit“ der polnischen Regierung mit der tschechoslowakischen Politik und der Grenzziehung Mißstimmung hervor.<sup>241</sup> Das Streben tschechoslowakischer Wirtschaftskreise nach einem direkten Zugang zum osteuropäischen Markt bedingte, daß die ostgalizische Klausel offenbar nur zu äußeren Resultaten wie der Auflösung einzelner westukrainischer bewaffneter Verbände auf tschechoslowakischem Boden führte. Neben zahlreichen Zivilpersonen konnten sich Informationen der deutschen Gesandtschaft zufolge noch Anfang November 1922 etwa 1500 ukrainische Soldaten und Offiziere weitgehend frei in der ČSR bewegen.<sup>242</sup> Eine in Prag bestehende ukrainische Fakultät, an der 1000 ukrainische Studenten eingeschrieben waren, wurde als „nationale Lemberger Universität im Exil“ bezeichnet.<sup>243</sup> Das Verhältnis zwischen der ČSR und Polen wurde von deutscher Seite als von den unterschiedlichen Interessen beider Staaten in ihrem Verhältnis zu einem kommenden Rußland geprägt angesehen. Im Unterschied zu den Polen waren die Tschechen russophil. Auch die deutsche Gesandtschaft in Prag ging davon aus, daß die tschechische Seite einen Erfolg Polens in der Ostgalizienfrage mit deutlicher Reserve aufnehmen werde.<sup>244</sup> Polnische Befürchtungen über eine vermeintlich feindliche

---

<sup>239</sup> Vgl. Außenministerium zu nach der Wahl in Ostgalizien entstandenen Situation. Warschau, den 15.11.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 138.

<sup>240</sup> Vgl. zu ukrainischer Wahlbeteiligung oder -boykott Abschnitt 3.3.1 dieser Arbeit.

<sup>241</sup> Vgl. Deutsche Gesandtschaft. Nr. A. 2026. Inhalt: Die ostgalizische Frage und ihr Einfluß auf die tschechisch-polnischen Beziehungen. Deutscher Gesandter Walter Koch an Auswärtiges Amt. Prag, den 3.11.1922. PA AA, R. 81429.

<sup>242</sup> Ebenda.

<sup>243</sup> Vgl. Deutsches Konsulat Krakau. Bericht Nr. 38. Inhalt: Ruthenische Bewegung in Ostgalizien. Deutscher Konsul Theodor Freiherr von Hahn an Auswärtiges Amt. Krakau, den 21.2.1923. PA AA, R. 81429.

<sup>244</sup> Vgl. Deutsche Gesandtschaft. Nr. A. 2026. Inhalt: Die ostgalizische Frage und ihr Einfluß auf die tschechisch-polnischen Beziehungen. Koch an Auswärtiges Amt. Prag, den 3.11.1922. PA AA, R. 81429.

Haltung der ČSR und eine etwaige Unterstützung der terroristischen Bewegung dürften deutlich überzeichnet gewesen sein, resultierten aber daraus, daß die ČSR die Tätigkeit politischer und militärischer ukrainischer Kräfte auf ihrem Staatsgebiet weitgehend duldete.

Auf Antrag des Ministerratsvorsitzenden und Innenministers Władisław Sikorski sollte die polnische Politik sich auf den auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit stehenden Abgeordnetenklub der „Chliboroby“ stützen. Die polnische Regierung lehnte inoffiziell aus Kreisen der ruthenischen Nationalisten vorgebrachte Übereinkunftsvorschläge als unaufrichtig ab und schloß Gespräche mit der UNTP kategorisch aus. Stattdessen sollten ukrainische Organisationen, die dem polnischen Staat gegenüber eine Verständigung anstrebten, wirtschaftlich gefördert werden. Staatliche Subventionen für die Herausgabe eines bäuerlichen Wochenblatts in Stanislau und einer Tageszeitung für die Intelligencija sollten auf ein Minimum begrenzt, das über Dotationen aus dem Staatshaushalt geförderte Erscheinen der Zeitungen „Ridnyj Kraj“ und „Chlops’ka Pravda“ eingestellt werden.<sup>245</sup> In der UNTP, der in Ostgalizien einflußreichsten ukrainischen Partei, überwogen deutlich antipolnische Tendenzen, so daß der polnischen Regierung kaum mehr blieb als die Propagierung einer ukrainisch-polnischen Versöhnung; vor allem aber sollte Ostgalizien in den polnischen Staat eingegliedert werden.

Damit korrespondierte die Tätigkeit der polnischen Außenpolitik, die sich seit Ende 1922 infolge der den polnischen Interessen günstigen internationalen Konstellation verstärkt um die internationale Anerkennung der im Rigaer Frieden entstandenen Ostgrenzen des polnischen Staates bemühte. Erstmals war eine Situation entstanden, in der nicht Polen die Protektion der Großmächte suchte, sondern umgekehrt diese Polen für die eigenen politischen Ziele zu gewinnen suchten. Die aus den britischen Parlamentswahlen siegreich hervorgegangenen britischen Konservativen und der neue Premierminister Andrew Bonar Law zeigten sich, offenbar aufgrund einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung im Nahen Osten zwischen Großbritannien und der Türkei, Polen gegenüber aufgeschlossener. Frankreich war infolge der Besetzung der Ruhr durch französische und belgische Streitkräfte auf einen starken polnischen Bündnispartner gegen Deutschland angewiesen und begann seinen aus der Hoffnung auf die Restituierung eines demokratischen Rußlands resultierenden Widerstand gegen eine Anerkennung der polnischen Ostgrenzen aufzugeben. Italien signalisierte nach dem Abschluß eines Ölabkommens gleichfalls Bereitschaft zur Anerkennung der im Rigaer Frieden entstandenen polnischen Ostgrenze. Am 24. Februar legte der französische Vertreter in Paris Maurycy Zamoyski dem Botschafterrat eine Note vor, in der die Anerkennung der polnischen Ostgrenzen gefordert wurde. Deutliche Beunruhigung rief in Warschau die Haltung Großbritanniens hervor, das die Zuerkennung Ostgaliziens an Polen durch den Botschafterrat mit einer genauen Festlegung des autonomen Status dieser Region verknüpft sehen wollte. Der polnische Ministerrat stellte daraufhin am 10. März 1923 fest, daß die Ostgrenzen des polnischen Staates im Rigaer Frieden defi-

---

<sup>245</sup> Vgl. Sitzung Nr. 40 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 15.2.1923. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów, Mf. 20188, s. 156.

nitiv geregelt worden seien. Weiter hieß es, daß Polen von den eigenen Rechten auf das gesamte Ostgalizien niemals zurücktrete. Die Entscheidung des Botschafterrats vom 14. März kam den polnischen Forderungen in Gänze nach: Die polnische Souveränität über Ostgalizien wurde ohne Vorbehalte anerkannt, mit der Feststellung, daß Polen der Einführung einer Autonomie zugestimmt habe.<sup>246</sup> Innen- und außenpolitische Auswirkungen dieses Ereignisses kommentierte ein Bericht der deutschen Gesandtschaft in Warschau folgendermaßen:

„Daß die Ukrainer durch eine weitgehende Autonomie zu einer Versöhnung mit Polen gebracht werden, ist kaum annehmbar; denn für eine wirkliche territoriale Autonomie Ostgaliziens treten nur die Sozialisten ein, ohne darin irgendwelche Unterstützung bei anderen Parteien zu finden. [...] Außerdem wäre eine Befriedigung der Ukrainer und auch Weißrussen mit einer weitgehenden Autonomie Ostgaliziens noch nicht erreicht, sondern diese müßte sich auch auf die Ostgebiete nördlich Ostgaliziens erstrecken – Gedanken, für die keine polnische Partei zugänglich ist.“<sup>247</sup>

Parteien und Redner sprachen sich im polnischen Sejm nachdrücklich für eine Polonisierung der nichtpolnischen Gebietsteile des polnischen Staates aus. In diesen Parlamentsvorgängen sah man auf deutscher Seite ein neu erwachtes polnisches Selbstbewußtsein, daß seinen Ausdruck in einer schärferen Politik gegenüber den nationalen Minderheiten fände.<sup>248</sup>

Die Autonomiepläne der polnischen Regierung und die schließlich durch das Sejmggesetz vom 26. September 1922 beschlossene Selbstverwaltung der Wojewodschaften Lemberg, Ternopil' und Stanislaw in der Folgezeit waren vor allem durch außenpolitische Gründe bestimmt gewesen. Nach der internationalen Anerkennung der Ostgrenzen des polnischen Staates am 14. März 1923 verlor die Rücksichtnahme auf die Meinung der Ententestaaten an Aktualität. Ostgalizien erhielt bis zum Ende der zweiten polnischen Republik keinen autonomen Aufbau.<sup>249</sup> Die Feststellung, daß die polnische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach die weitreichenden ukrainischen Forderungen nicht hätte befriedigen können, umschreibt nur einen Teil der Konsequenzen aus dem stark angespannten ukrainisch-polnischen Gegensatz in Ostgalizien. Hinzu kam, daß eine Territorialautonomie gegen den Widerstands der dortigen polnischen Bevölkerung undurchführbar war.

### ***3.2 Polnische und jüdische politische Positionen vor Ort gegenüber den Sejm- und Senatswahlen***

Die Massivität der Proteste von seiten der polnischen Bevölkerung läßt es als zweifelhaft erscheinen, daß eine die ukrainischen Forderungen auch nur annähernd satu-

---

<sup>246</sup> Vgl. Zaks, *Galicja Wschodnia w polskiej polityce zagranicznej*, S. 26-32; Jerzy Kumaniecki, *Uznanie wschodniej granicy Polski przez Radę Ambasadorów*, in: *Kwartalnik Historyczny* 76 (1969), S. 73-92, S. 88-89.

<sup>247</sup> Vgl. Deutsche Delegation in Warschau. K.Nr. 157. Rauscher an Auswärtiges Amt. Warschau, den 21.3.1923. PA AA, R. 81429.

<sup>248</sup> Vgl. Deutsche Gesandtschaft in Warschau. G.26/23. Rauscher an Auswärtiges Amt. Warschau, den 21.3.1923. PA AA, R. 81959.

<sup>249</sup> Vgl. Partyka, *Polskie koncepcje autonomii*, S. 574-575.



rierende Selbstverwaltung für die drei südöstlichen Wojewodschaften von einer polnischen Regierung hätte durchgesetzt werden können. Die polnische Nationaldemokratie lehnte das Autonomieprojekt der Regierung als schädlich für das Polentum in den Kresy ab und berief für den 10. September eine Manifestationsversammlung auf den Rathausplatz.<sup>250</sup> Sie sah in dem Entwurf eine maskierte Territorialautonomie und den Beginn der Loslösung des die drei Wojewodschaften umfassenden Landes von Polen. Insbesondere wurde befürchtet, daß die Abgeordneten der Wojewodschaftsejms sich in einem einzigen Sejm mit ukrainisch-jüdischer Mehrheit vereinigen und eine sich von Warschau emanzipierende Regierung bilden könnten. Außerdem wurde das Verbot einer Kolonisierung wegen des Übergangs des Landes an ruthenische Bauern ebenso abgelehnt, wie die weitreichenden Kompetenzen der Wojewodschaftssejms in Fragen des Volks- und Mittelschulwesens. Maueranschläge forderten die polnische Bevölkerung zu Demonstrationen auf.<sup>251</sup>

Am 17. September veranstaltete die Gesellschaft der „Verteidiger Lembergs“ zwei Protestversammlungen gegen das Autonomieprojekt der polnischen Regierung. Eine Zusammenkunft von etwa eineinhalbttausend Teilnehmern unter Leitung des Vorsitzenden der „Verteidiger Lembergs“ Domaszewicz fand im Saal des „Falken des Vaterlandes“ (Sokoł Macierzy) statt. Die Teilnehmer beschloßen Resolutionen, in denen die Frage der Zugehörigkeit des östlichen Kleinpolens als endgültig entschieden und als innere Frage des polnischen Staates bezeichnet wurde. Sie seien zu einem friedlichen Zusammenleben mit den Bürgern ruthenischer Nationalität bereit, widersetzten sich aber einer „Verschacherung“ Ostgaliziens. In der vorgesehenen Selbstverwaltung wurde eine verborgene Territorialautonomie gesehen, weil das östliche Kleinpolen künstlich von Polen abgetrennt werde. Nötig seien nicht etwa Selbstverwaltungsprojekte, über die man mit keiner ukrainischen Vertretung verbindlich verhandeln könne und die allein Agitation ermöglichten, sondern die Verständigung mit der ukrainischen Gesellschaft. In der Schaffung einer gesonderten Provinz mit unerhörten Rechten im Schul-, Wirtschafts- und Agrarbereich sah man die Vorstufe zur Abtrennung der Kresy von Polen. Stattdessen sollte gemäß der Verfassung die Wojewodschaftsselbstverwaltung auf das gesamte Territorium des polnischen Staates ausgedehnt werden, unter Berücksichtigung gesonderter Umstände in Wojewodschaften mit gemischter Bevölkerung.

Auf einer zweiten, von mehr als tausend Teilnehmern besuchten Versammlung im Saal der Pädagogischen Gesellschaft erklärte der Vorsitzende des „Falken des Vaterlandes“ Borowiec das Ostgalizienstatut zu einer das ganze polnische Volk betreffenden Staatsangelegenheit. Europa dürfe keinen Einfluß auf innerpolnische Fragen nehmen. Das polnische Volk müsse diesen auf eine Losreißung des östlichen Kleinpolens von der Republik Polen abzielenden Anschlag zunichte machen. Ohne Diskussion wurde eine identische Resolution angenommen, wie im „Falken des Vaterlandes“. Eine bedeutende Anzahl von Personen, die in den Sälen keinen Platz gefunden hatte, versammelte sich vor dem Lokal der Pädagogischen Gesell-

<sup>250</sup> Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 7.9.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 438, s. 41.

<sup>251</sup> Vgl. Wurzian an das österreichische Bundesministerium für Äußeres (pol. Sektion): Das Autonomieprojekt für Ostgalizien und die Stimmung im Lande, Lemberg, am 12. September 1922. AdR, Neues Politisches Archiv, Karton 651, Liasse Polen 8/1 - 9/5, Faszikel Polen 9/III.

schaft und der Redaktion des „Słowo Polskie“. Zu ihnen sprach vom Balkon Głabiński. Im Anschluß begaben sich alle zum Mickiewiczdenkmal, wo erneut Głabiński und der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft der „Verteidiger Lembergs“ Kurkowski eine Rede hielten. Eine Delegation überreichte dem Wojewoden Grabowski die beschlossenen Resolutionen.<sup>252</sup> Befürchtungen über eine Schwächung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Polen in einem etwaigen territorial-autonomen Ostgalizien waren unter der polnischen Gesellschaft weit verbreitet. Die Umsetzbarkeit des am 26. September beschlossenen Gesetzes einer Selbstverwaltung für die Wojewodschaften Lemberg, Ternopil’ und Stanislaw erscheint zweifelhaft, weil die überwiegende Mehrheit der dortigen polnischen Gesellschaft darin eine Abtrennung Ostgaliziens vom polnischen Staat sah.

Der polnische Nationaldemokrat Stanisław Grabski bezeichnete die Polonisierung der bäuerlichen Bevölkerung in den Kresy als Hauptaufgabe der polnischen Politik auf diesen Territorien. Da die Masse der Bevölkerung sich als „Hiesige“ verstünde, könne darin keine Entnationalisierung gesehen werden.<sup>253</sup> Die Wahlergebnisse in den Kresy bezeichnete er als fatal: In Wolhynien und Podlesien hätte die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung für den Minderheitenblock gestimmt, im östlichen Kleinpolen die Ruthenen sich der Teilnahme an den Wahlen weitgehend enthalten. Die Ruthenen zu regieren bezeichnete er als nicht schwierig. Ihr Wunsch sei keine Nationalitätenpolitik, sondern eine gute und konsequente Verwaltung, die loyalen Bewohnern Schutz gewähre und feindliche Auftritte gegen den polnischen Staat bestrafe. Die Nationalitätenpolitik werde vor Ort besser durchgeführt als von Warschau aus. Das „Politisieren“ mit Ruthenen und Weißrussen sei sinnlos und behindere die „natürliche“ Expansion der polnischen Zivilisation. Grabski zufolge konnten die Ruthenen nicht glauben, daß die Umbrüche nach dem Zerfall Österreichs beendet seien, wenn die Regierung keine Rekruten einziehe, ruthenische Beamte wieder in die Verwaltung aufgenommen würden und die polnische Regierung um die internationale Anerkennung ihrer Rechte auf das östliche Kleinpolen bitte.<sup>254</sup>

Den größten Widerstand setzten dem Autonomieprojekt der polnischen Regierung offenbar jüdische Nationalisten entgegen. Die Zentraleitung der zionistischen Partei Ostgaliziens protestierte in schärfster Form gegen das Projekt, das die Juden als Nation übergehe. Für den Fall der Nichtberücksichtigung der jüdischen Forderungen werde die zionistische Partei sich entgegen dem ursprünglich gefaßten Beschluß der Abstinenz an den Wahlen in Ostgalizien beteiligen. „Chwila“ kritisierte, daß das Regierungsprojekt zur Quelle unglücklicher Konflikte werden müsse. Wegen des Fehlens einer jüdischen Kurie, deren Einrichtung die jüdische Politik bereits seit Jahren anstrebe, müsse die jüdische Bevölkerung entweder im polni-

---

<sup>252</sup> Polizeidirektor Reinlender an Außenministerium. Lemberg, den 18.9.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 879, s. 56-58.

<sup>253</sup> Vgl. Stanisław Grabski: Zagadnienie kresów, in: Słowo Polskie, Nr. 6, 7.1.23. Grabski zufolge habe die Kyjiv-Expedition gezeigt, daß es das ukrainische Volk in Wahrheit nicht gebe. Wer immer in die Ukraine mit einem national-ukrainischen Programm gegangen sei, habe sich nicht halten können, ob er von den Deutschen unterstützte Skoropads’kyj, oder der von Piłsudski protegierte Petljura.

<sup>254</sup> Vgl. Stanisław Grabski, Zadania rządu na kresach, in: Słowo Polskie, Nr. 37, 7.2.23.

schen oder im ruthenischen Wahlkreis abstimmen.<sup>255</sup> Die Zeitung suggerierte zu Recht, daß die jüdische Bevölkerung zwischen die Fronten der nationalen Auseinandersetzung von Ukrainern und Polen geraten könnte. Wurzian konstatierte, daß führende Repräsentanten der Zionisten für den Fall einer Einführung des Regierungsprojekts entweder Verfolgungen durch die Regierung oder Pogrome in den ruthenischen Landgemeinden befürchteten.<sup>256</sup> Die Teilnahme der jüdischen Zionisten an den Wahlen wurde im polnischen Außenministerium mit offener Befriedigung als Abkehr von der bisherigen Neutralität aufgenommen.<sup>257</sup> Außer den Zionisten nehme keine jüdische Partei an den Wahlen teil, da die Gruppierung von Assimilatoren „Vereinigung“ (poln. *zjednoczenie*) es nicht gewagt habe, eine Liste aufzustellen.

Das Warschauer Außenministerium sah den Wahlausgang in Ostgalizien als unbefriedigend an:

„Der Ausgang der Wahlen in Ostgalizien ist ein untrüglicher Beweis für den großen Wandel der politischen Atmosphäre, der sich in diesem Land vollzogen hat. Diese Wahlen, die ersten seit der Zeit der Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen, fanden in einer solchen Atmosphäre statt, daß der Jude für den Juden stimmte, der Christ für den Christen“.<sup>258</sup>

Der Bericht stellte außerdem fest, daß der Einfluß der Assimilatoren in Ostgalizien stark nachgelassen habe, und bezeichnete deren Repräsentanten in Bezug auf die Zukunft ihrer Idee als Optimisten.<sup>259</sup> Der Bedeutungsverlust der Assimilatoren in Ostgalizien verdeutlicht, wie sehr die nationalen Gegensätze in Ostgalizien aufgebrochen waren.

### ***3.3 Der Widerstand der Ukrainer gegen die Integration Ostgaliziens in den polnischen Staat***

#### *3.3.1 Zur politischen Haltung ukrainischer Parteien in Ostgalizien*

Die Ursachen für die Schärfe des ukrainisch-polnischen Konflikts beschäftigten auch Vojnarovs'kyj, der in einem Brief vom 15. August 1922 an Stanisław Łoś die grundlegende Veränderung der ukrainischen Gesellschaft von 1914 bis 1919 charakterisierte. Das ukrainische Volk des Jahres 1920 sei nicht mehr das von vor 1914, da der nationalstaatliche Gedanke sich während des Ersten Weltkriegs kri-

---

<sup>255</sup> Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 7.9.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 438, s. 41, sowie der beiliegende Artikel „Zła robota“, aus Chwila, 8.9.1922.

<sup>256</sup> Vgl. Wurzian an das österreichische Bundesministerium für Äußeres (pol. Sektion): Das Autonomieprojekt für Ostgalizien und die Stimmung im Lande, Lemberg, am 12. September 1922. AdR, Neues Politisches Archiv, Karton 651, Liasse Polen 8/1 - 9/5, Faszikel Polen 9/III.

<sup>257</sup> Vgl. Außenministerium zur Lage in Ostgalizien. Lemberg, den 30.10.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 122-130, s. 126-127. Zum folgenden vgl. diesen Bericht.

<sup>258</sup> Vgl. Außenministerium zur nach der Wahl in Ostgalizien entstandenen Situation an die polnische Botschaft in London. Warschau, den 15.11.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 135-143, s. 141. Die polnische Rechte sei mit der Losung des Kampfes gegen die Juden aufgetreten, was den Zionisten die Möglichkeit zu einem Auftreten als Verteidiger jüdischer Interessen gegeben habe.

<sup>259</sup> Vgl. ebenda, s. 143.

stallisiert habe und während der Befreiungskriege 1918/19 in den breitesten Kreisen der ukrainischen Gesellschaft popularisiert worden sei. „Uns hat die Blockade Europas besiegt, das wir vor dem Bolševismus verteidigten“.<sup>260</sup> Die militärische Niederlage habe die moralische nicht nach sich gezogen, so daß sich in der ukrainischen Gesellschaft keine Übereinkunftstendenzen zeigten. Repressionen der Zivil- und Militärbehörden in Ostgalizien verstärkten in der Folgezeit den Widerstand der Ukrainer:

„Der populärste Politiker im Lande oder in der Emigration, der mit Übereinkunftsvorschlägen aufträte, würde diskreditiert und erlitte als Nichtswürdiger den politischen Tod. Die antipolnische Stimmung im ganzen Lande ist elementar und massenhaft ausgeprägt, und die Regierung Petruševyč nur ein Ausdruck der Meinung dieser Massen“.<sup>261</sup>

In der zweiten Jahreshälfte 1921 trat eine Gruppe junger Politiker und Offiziere auf, die eine Entscheidung der Entente im Sinne der Ukrainer als unausführbar ansah und als Losungen den „Glauben“ an die eigenen Kräfte und den „Kampf auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens“ propagierte. Dazu sollte der Kontakt zu den Ukrainern in Wolhynien und im Cholmer Land gesucht werden. Vor einer Übereinkunft mit Polen sei es notwendig, die Gehirne der ostgalizischen polnischen Gesellschaft zu ändern, „deren Ansichten über die ukrainische Frage pathologisch sind“.<sup>262</sup> Der Kampf müsse auch dann geführt werden, wenn die Entente ihnen ein Statut aufzwänge oder Petruševyč sich zu einer Einigung mit Polen genötigt sehe. Die Repressionen gegen die ukrainische Bevölkerung wurden als im ukrainischen Interesse gelegen und die polnische Kolonisation als der „beste Schlüssel zu den Volksmassen“ bezeichnet. Vojnarovs'kyj zufolge stand eine bedeutende Gruppe von ukrainischen Politikern der Entwicklung machtlos gegenüber, auch wegen der imperialistischen Politik der polnischen Regierung und des unnachgiebigen Chauvinismus der polnischen Gesellschaft. Ein erneuter Konflikt zwischen Ukrainern und Polen schade beiden.<sup>263</sup>

Differenzen zwischen Petruševyč und dem Nationalkomitee der UNTP hatten sich bereits seit längerer Zeit abgezeichnet. Die Krise erreichte ihren Kulminationspunkt, als Volodymyr Bačyns'kyj und andere begannen, den Gedanken einer ukrainischen Beteiligung an den Sejm- und Senatswahlen zu lancieren. Petruševyč verurteilte dies schriftlich in scharfer Form als Verrat. Auf Beschluß des Nationalkomitees begab sich Bačyns'kyj am 12. Juli 1922 nach Wien, um die politische Taktik zwischen ukrainischen Organisationen im Lande und Petruševyč abzustimmen.<sup>264</sup> Anfang Juli nahmen die Ukrainer drei Positionen zu den Wahlen in Ostgalizien ein. Nur ein kleiner Teil trat für die Beibehaltung der bisherigen negativen

<sup>260</sup> Vgl. Vojnarovs'kyj an Łoś. Lemberg, den 15.8.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 42a-42f, 42a.

<sup>261</sup> Vgl. ebenda, s. 42b.

<sup>262</sup> Vgl. ebenda, s. 42d.

<sup>263</sup> Der konservative Vojnarovs'kyj wurde in dieser Position durch seine antibolševistische Einstellung bestärkt: „Dieses unnatürliche ukrainisch-bolševistische Bündnis lastete sogar im Falle eines Sieges tragisch auf der ganzen historischen Entwicklung des ukrainischen Volkes“. Vgl. ebenda, s. 42f.

<sup>264</sup> Agentur Nr. 5 beim Kommando der Staatspolizei an das Polizeipräsidium in Lemberg. Lemberg, den 15.7.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 27.

Politik und einen Wahlboykott ein. Eine zweite Gruppe befürwortete die Teilnahme an der Wahl. Die gewählten Abgeordneten ukrainischer Nationalität sollten auf der ersten Sitzung des Sejms feierlich Protest einlegen, die Durchführung der Wahlen in Ostgalizien als illegal bezeichnen und sich jeder weiteren Tätigkeit im polnischen Sejm enthalten. Die meisten Ukrainer meinten, daß aus der Wahl hervorgegangene ukrainische Repräsentanten unmittelbar nach den Wahlen beziehungsweise am Tag der Eröffnung des polnischen Parlaments offen oder konspirativ eine ukrainische Konstituante in Lemberg oder einer anderen Örtlichkeit Ostgaliziens initiieren sollten, um die Beratungen des Völkerbunds beeinflussen zu können.<sup>265</sup>

Petruševyč' entschiedene Haltung führte einen Wandel in der Haltung ukrainischer politischer Organisationen im Lande herbei. Hierzu trug die Wahlordnung bei, die eine Erklärung über die polnische Staatsbürgerschaft zur Voraussetzung für die Ausübung des passiven Wahlrechts machte. Während Anfang August ukrainische politische Kreise noch keine feste Haltung gegenüber den Wahlen besaßen,<sup>266</sup> bestand bereits drei Wochen später eine völlig veränderte Situation. Ein Leitartikel der Nr. 148 des „Hromads'kyj Vistnyk“ vom 23. August 1922 hatte festgestellt, daß eine Entscheidung über eine ukrainische Wahlbeteiligung noch nicht gefallen sei. Maßgebliche Kreise würden versuchen, die Meinung breiter Bevölkerungskreise einzuholen. Führende ukrainische Politiker zeigten sich empört. Ochrymovyč berief auf denselben Tag eine Sitzung des Nationalkomitees der UNTP ein, wo nach kurzer Diskussion ohne abweichende Meinungen einstimmig beschlossen wurde, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen. An Stelle des kompromittierten „Hromads'kyj Vistnyk“ war die Herausgabe von „Dilo“ vorgesehen, das eine entschiedene Haltung einnehmen und die Idee der völligen Abstinenz bei den Wahlen propagieren sollte.<sup>267</sup>

Volodymyr Bačyns'kyj befürwortete nicht nur die Beteiligung der Ukrainer an den Wahlen, sondern neigte einer Übereinkunft mit der polnischen Regierung zu. In einem Schreiben aus Marienbad an Tomašivs'kyj bezeichnete er das Bedürfnis nach einer anderen als der Okkupationsatmosphäre und der Heilung des Körpers als Gründe für seinen Kuraufenthalt. Noch wichtiger sei jedoch die Notwendigkeit, sich in ihrer politischen Lage zu orientieren. Er beklagte sich über die aus seiner Sicht unmöglichen Umstände, unter denen er an der Spitze der politischen Organisationen in Ostgalizien arbeitete. Die Tomašivs'kyj zur Beantwortung vorgelegten Fragen verdeutlichten die Tiefe des Gegensatzes zwischen Bačyns'kyj und Petruševyč'. Tomašivs'kyj sollte sich zu den polonophilen und russophilen Orientierungen in der ukrainischen Politik äußern, außerdem zur Sovetukraine und der voraussichtlichen Zukunft der Ostukraine. Besondere Bedeutung maß Bačyns'kyj dem gegenwärtigen Stand der Ostgalizienfrage und einer Beurteilung von Petruševyč' Politik bei. Außerdem meinte er anscheinend, daß eine für die polnische Seite unannehmbare Regelung der Ostgalizienfrage nicht durchsetzbar sei. Er fragte darum

---

<sup>265</sup> Vgl. Polizeidirektor Kreiner an Innenministerium. Lemberg, den 14.7.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 28-30.

<sup>266</sup> Vgl. Polizeidirektor Kreiner an Innenministerium. Lemberg, den 4.8.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 61.

<sup>267</sup> Vgl. Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 28.8.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 60.

ausdrücklich, was politische Organisationen der Ukrainer in Ostgalizien tun sollten und ob die Regierung Petruševyč überhaupt notwendig sei. Tomašivs'kyj sollte darlegen, ob und welche Verhandlungen mit Polen er für zweckmäßig hielt. Bačyns'kyj plante offenbar eine Abkehr der ostgalizisch-ukrainischen Politik im Lande vom persönlich antipolnisch geprägten Petruševyč. Stattdessen sollten Gespräche mit der polnischen Regierung initiiert werden.<sup>268</sup> Daß die Stimmung in ukrainischen politischen Kreisen seiner Politik abträglich war, muß von ihm schmerzhaft erlebt worden sein. Bačyns'kyj als dem faktischen Leiter der ukrainischen Politik in Ostgalizien gelang es nicht, die eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen. Schon daraus ist die Tiefe des Gegensatzes der ukrainischen Intelligencija zum polnischen Staat ersichtlich.

Das Autonomieprojekt der polnischen Regierung stieß auf den starken Widerstand führender politischer Gruppierungen aller Nationen in Ostgalizien. In der ukrainischen Politik waren die Auffassungen geteilt. Zwar sahen eine Reihe von Personen in der Vorbereitung eines Autonomiegesetzes einen Fortschritt. Die unachgiebige Haltung der UNTP war jedoch zu dominant, als daß polonophile Tendenzen sich offen hätten zeigen können. „Dilo“ verurteilte das Autonomieprojekt als „Annexion“ und stellte fest, daß das ukrainische Volk nach dem schweren Kampf für die eigene Staatlichkeit nicht einfach zu den Vorkriegsbestrebungen zurückkehren, sondern die Eigenstaatlichkeit verteidigen werde.<sup>269</sup>

Das Warschauer Außenministerium berichtete Anfang Oktober 1922, daß sowohl die Wiener Mitglieder der UNRada um Petruševyč als auch die Lemberger UNRada unter Bačyns'kyj in ihrem Protest mit der Führung eines „illegalen Kampfes gegen die Polen in der Verteidigung Ostgaliziens“ drohten.<sup>270</sup> Die gegenwärtigen Beziehungen in Ostgalizien sollten vor dem Ausland als „gewalttätiger Hauskrieg“ zwischen Polen und Ukrainern dargestellt werden. Die Entente sollte nach den ukrainischen Vorstellungen einen selbständigen „Ostgalizischen Staat der freien Völker“ bilden, um die vermeintlich in der Luft liegende Gefahr für den Frieden in Osteuropa abzuwenden. Die UNRada bezeichnete die Staatswerdung Ostgaliziens als ersten Schritt zur Erneuerung des ganzen ukrainischen Staates nach dem in näherer Zukunft erwarteten Fall des bolschewistischen Regimes. Offenbar wollten die ukrainischen Politiker mit diesem Hinweis bestehende Einwände gegen die Staatswerdung Ostgaliziens widerlegen, wie etwa dessen fehlende Lebensfähigkeit zwischen Polen und Rußland.<sup>271</sup> Der von ihnen projektierte Fall des Bolschewismus und die Errichtung eines gesamtukrainischen Staates Ereignisse waren aber nur als Ergebnis eines erneuten Krieges im Osten Europas denkbar.

Anfang Oktober 1922 kam das Erweiterte Nationalkomitee der UNTP zu einer Sitzung zusammen, an der sich etwa 40 bis 50 Personen beteiligten. Bačyns'kyj

---

<sup>268</sup> Vgl. Volodymyr Bačyns'kyj an Tomašivs'kyj. Marienbad, den 8.9.1922. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 155, ark. 5-5 Rückseite.

<sup>269</sup> Polizeidirektor Reinlender an Innenministerium. Lemberg, den 7.9.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 438, s. 41, sowie der in polnischer Übersetzung beiliegende Artikel „Avtonomija“, aus: Dilo, 3.9.1922.

<sup>270</sup> Vgl. Drohungen der UNRada. Außenministerium, Warschau, den 3.10.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 56-58, s. 56.

<sup>271</sup> Vgl. ebenda, s. 56-58.

zufolge war die Entscheidung der Ostgalizienfrage erneut verschoben worden, weil der griechisch-türkische Konflikt die Aufmerksamkeit der Großmächte vollständig absorbierte. Einem Bericht Vytvyč'kyjs zufolge sollte der Wahlausgang in Ostgalizien darüber entscheiden, ob Frankreich seine bisherige Politik in dieser Frage beibehalte:

„Angesichts dessen erteilte Petruševyč die Weisung, die Energien und Anstrengungen der ostgalizischen Ukrainer bis zu einer solchen Stufe zu verdoppeln, daß der Wahlausgang für das Ausland eine möglichst deutliche Demonstration bildete und kein Ukrainer oder Moskophtler in den Warschauer Sejm einzieht“.<sup>272</sup>

Die Position von Petruševyč, die Bačyns'kyj hier vertrat, dürfte kaum seinen eigenen Ansichten entsprochen haben. Eine Instruktion an ukrainische Politiker und Aktivisten auf Kreis- und Dorfebene ermahnte diese zu einer intensiven Aktivität, damit der Boykott vollständig sei. Ein in jedem Kreis zu bildendes Kreiskomitee sollte die Boykottaktion leiten und Fälle von Mißbräuchen seitens der Behörden verzeichnen. Insbesondere sollten für jede Örtlichkeit ein oder mehrere Beauftragte abgestellt, Kreiskongresse und Versammlungen einberufen sowie Ukrainer von einer Kandidatur abgehalten und am Wahltag notiert werden, wer die nationale Disziplin bräche.<sup>273</sup>

Parallel entwickelten nationalistische ukrainische Kräfte eine terroristische Aktion, um die Durchführung der Wahlen in Ostgalizien unmöglich zu machen. Das politische Komitee des polnischen Ministerrats beschloß am 18. September 1922 Gegenmaßnahmen. Erstens sollte eine mit Defensivaufgaben betraute Zentrale für die Wojewodschaften Lemberg, Stanislau und Ternopil' gebildet werden, zweitens der Kriegsminister die betreffenden Garnisonen verstärken und bedrohte Starosteien militärisch unterstützen. Drittens war eine Verstärkung der Polizeikräfte vorgesehen.<sup>274</sup> Das politische Komitee des Ministerrats widmete den von ukrainischen Kampfgruppen entfalteten terroristischen Anschlägen weit mehr Aufmerksamkeit, als den Boykottvorbereitungen.<sup>275</sup> Am 23. Oktober wurde als Gegenwehr gegen ständig sich wiederholende Terrorakte und gegen das Bandenunwesen eine erneute Erhöhung der Streitkräftepräsenz beschlossen.<sup>276</sup> Eine weitere Verstärkung

---

<sup>272</sup> Vgl. Außenministerium in der Sache einer Versammlung des Erweiterten Nationalkomitees in Lemberg vom 14.10.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 60-61.

<sup>273</sup> Vgl. Bericht des Hauptkommandos der Staatspolizei vom 6.10.1922. Ukrainische Agitation in der Angelegenheit der Wahlen zum Sejm. Instruktion für Kreis- und örtliche Aktivisten in der Frage der Wahlen zum Warschauer Sejm und Senat. AAN, KOD, sygn. 58, s. 240-241.

<sup>274</sup> Vgl. Sitzung Nr. 26 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 18.9.1922. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów, Mf. 20188, s. 105.

<sup>275</sup> Vgl. Sitzung Nr. 29 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 15.10.1922. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów, Mf. 20188, s. 119.

<sup>276</sup> Vgl. Sitzung Nr. 30 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 23.10.1922. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów, Mf. 20188, s. 121-121 Rückseite.

der militärischen Kräfte wurde fünf Tage später mit Rücksicht auf die Außenpolitik als unerwünscht erklärt.<sup>277</sup>

Dem polnischen Außenministerium zufolge überzog ein enges Netz ukrainischer Kampfgruppen das Land. Der ukrainische Terror richtete sich jedoch nicht nur gegen die polnische Bevölkerung, sondern auch gegen den Teil der ruthenischen Gesellschaft, der sich dem polnischen Staat und dessen Behörden gegenüber loyal verhielt. Die Feststellung, daß es das Ziel des Terrors bilde, die ruthenische Bevölkerung zum Gehorsam gegenüber der Regierung Petruševyč und der UNRada zu zwingen, überschätzt deren Einfluß auf die Terroreinheiten. Die Angst der Bevölkerung bedingte, daß gemäß Berichten der ruthenischen Presse in vielen Dörfern keine Wahlkomitees gebildet werden konnten. Der ukrainische Terror richtete sich auch gegen polnische Kolonisten, von allen Seiten lagen Berichte über Massenfeuer vor. Die Losung zum Gegenterror war von der Städtischen Bürgerwehr (poln. Miejska Straż Obywatelska) ausgegeben worden. In der Kennzeichnung des „polnischen Gegenterrors“ als einzig erfolgversprechender Antwort auf den „ukrainischen Terror“ zeigt sich, welche Eigendynamik die Ereignisse in Ostgalizien aufgrund der scharfen nationalen Gegensätze mittlerweile entfalteten.<sup>278</sup>

Besonderes Aufsehen erregten politische Morde, denen unter anderem der Chefredakteur des „Ridnyj Kraj“ Tverdochlib zum Opfer fiel. Ein Bericht aus dem polnischen Außenministerium zur nach den Wahlen in Ostgalizien entstandenen Situation kam zu dem Ergebnis, daß unter bedeutenden politischen Kreisen im östlichen Kleinpolen einschließlich höherer Vertreter der dortigen Verwaltung allgemein der Wunsch nach einem Kompromiß mit Petruševyč verbreitet sei. Ein Operieren der Verwaltung auf dem Bajonett sei auf lange Sicht unmöglich. Der Bericht konstatierte eine teilweise starke, insgesamt bedeutende ruthenische Wahlbeteiligung, in der ein Beweis für das Scheitern der ruthenischen Boykottaktion gesehen wurde. In Lemberg seien im Verlauf von zwei Wochen 260 Personen festgenommen worden. Die Verhaftungen und die Anwesenheit des polnischen Militärs in jedem Dorf hätten psychisch die Boykottstimmung gebrochen.<sup>279</sup>

Die terroristische Aktion der Ukrainer war kein Verteidigungskrieg der ostgalizisch-ukrainischen Bevölkerung, sondern trug überwiegend Emigrationscharakter. Als Zentrale der Bewegung fungierte der Stab von General Kraus in der ČSR, der sich abwechselnd in Prag und Jablonko aufhielt: „Spontane Aktivitäten ukrainischer Militärs auf dem Gebiet Ostgaliziens, später umgebildet in terroristische Kampfseinheiten, befreiten sich von Beginn an von der Oberherrschaft Petruševčs“.<sup>280</sup> Infolge äußerer Faktoren sei es schließlich zu einer Verselbständigung der terroristischen Bewegung gekommen.

---

<sup>277</sup> Vgl. Sitzung Nr. 31 des politischen Komitees des Ministerrats der Republik Polen vom 28.10.1922. AAN, Protokoły Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Rady Ministrów, Mf. 20188, s. 121-121 Rückseite.

<sup>278</sup> Vgl. ebenda, s. 127, 130.

<sup>279</sup> Vgl. Außenministerium zur nach der Wahl in Ostgalizien entstandenen Situation an die polnische Botschaft in London. Warschau, den 15.11.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 135-143, s. 136-137.



In Ostgalizien selbst unterschied man zwischen terroristischen Organisationen im engeren Sinne und spontan entstehenden Propagandaorganisationen, die aus Amateurhaftigkeit oder unter dem Einfluß der allgemeinen psychischen Erregung häufig eigenständig handelten. Der Leiter der terroristischen Abteilung kooptierte überwiegend Kandidaten aus der örtlichen Bevölkerung für weniger bedeutende Aufgaben, wie etwa Brandstiftung, Angriffe auf einzelne Personen oder Polizeidienststellen. Die höchste Instanz für die terroristische Organisation in Ostgalizien seien die unregelmäßig stattfindenden Kongresse von Vertretern der Bezirke. Die terroristischen Gruppierungen agierten eher nach Art fliegender Abteilungen.<sup>281</sup>

Die während des polnisch-sovetischen Krieges im Juli 1920 vom Rat der Verteidigung des Staates getroffene Entscheidung, Musterungen in Ostgalizien nur unter der örtlichen polnischen Bevölkerung durchzuführen,<sup>282</sup> hatte bis zum 22. November 1922 Bestand. An diesem Tag beschloß der polnische Ministerrat auf Antrag des Kriegsministeriums die Normierung der Musterungsbestimmungen in den Ostgebieten des polnischen Staates. In Ostgalizien sollten im Dezember 1922 die Rekruten der Jahrgänge 1900 und 1901 ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntnis oder Nationalität ausgehoben werden. Neben militärischen Argumenten betonte das Kriegsministerium in seinem Antrag, daß die Stimmung der dortigen Bevölkerung beruhigt und der allgemeine Militärdienst im polnischen Staat vereinheitlicht werden sollten.<sup>283</sup>

Informationen des Warschauer Innenministeriums zufolge verlief die Musterung in den Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Ternopil' ordnungsgemäß und wies eine normale Frequenz Gemusterter auf. Zu Fällen von passivem Widerstand sei es allein in den Wojewodschaften Stanislaw und Ternopil' gekommen. Einige griechisch-katholische Gemeinden hätten sich geweigert, die für die Musterung erforderlichen Metrikauszüge bereitzustellen. Vom 23. bis 25. Januar 1923 sollten die ausgehobenen Rekruten zur polnischen Armee eingezogen werden.<sup>284</sup> Mit den Ergebnissen der Musterung zeigte sich auch das Kriegsministerium zufrieden, allein in den Städten habe die ruthenische Intelligencija sich der Musterung massenhaft entzogen. Der vermeintlich ruhige Verlauf der Musterung wurde als Loyalitätsbeweis der ostgalizischen Bevölkerung den polnischen Behörden gegenüber bezeichnet.<sup>285</sup>

Dieses Bild vom ruhigen Verlauf der Musterungen in Ostgalizien und der loyalen Haltung der örtlichen Bevölkerung traf jedoch nur zu deren Beginn zu. Der

---

<sup>280</sup> Vgl. Außenministerium zur Kenntnisnahme an polnische Botschaft in London. Die terroristische Bewegung in Ostgalizien. Warschau, den 20.11.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 441, s. 124-133, s. 124.

<sup>281</sup> Vgl. diesen Bericht.

<sup>282</sup> Vgl. Sitzung des Rates der Verteidigung des Staates vom 15.7.1920. Prezydjum Rady Ministrów. Protokoły Posiedzeń Rady Obrony Państwa 1920, Mf. 20189, s. 68 Rückseite.

<sup>283</sup> Vgl. Protokoll der 112. Sitzung des polnischen Ministerrats vom 20.11.1922 und der entsprechende Antrag des Kriegsministeriums vom selben Tag. AAN, Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów RP, Bd. 20, s. 412 und s. 415-416.

<sup>284</sup> Vgl. Innenministerium an Außenministerium, östliche Sektion. Warschau, den 20.1.1923. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 298, s. 23.

<sup>285</sup> Vgl. Kriegsministerium an Außenministerium, ohne Datum. Der Bericht wurde am 10.3.1923 an die polnische Botschaft in Paris weitergeleitet. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 298, s. 33-35.

österreichische Konsul in Lemberg Wildner stellte am 25. Januar fest, daß die polnische Regierung bei der Durchführung der Musterungen, die anfangs einen glatten Verlauf zu nehmen schienen, immer größeren Schwierigkeiten begegne. Die Bauern verbargen sich vor den Musterungskommissionen in den Wäldern. In der Stanislawer Wojewodschaft kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rekruten und Militär: „Die Rekruten überfielen zwei Gendarmerieposten, töteten und verwundeten mehrere Gendarme. Erst eine größere Militärmacht konnte die Ruhe wiederherstellen“.<sup>286</sup>

Die polnischen Behörden ergriffen gegen diese Auflehnungsversuche scharfe Maßnahmen. Dörfer, in denen man flüchtige Musterungspflichtige vermutete, wurden in der Nacht umstellt und dann gemustert. Ortschaften, in denen Deserteure gefunden wurden, erhielten eine Strafeinquartierung.<sup>287</sup> Ein Bericht der Lemberger Garnison stellte fest, daß die Musterung der Jahrgänge 1900 und 1901 gezeigt hätten, daß mit der Entziehung ganzer Gemeinden und einzelner Bürger zur Stellung vor den Kontrollkommissionen gerechnet werden müsse. Um den Widerstand ganzer Gemeinden zu brechen, sollte eine sich der Musterung in Gänze widersetzen-  
de Gemeinde bereits am Folgetag eine Strafabteilung der Armee zu spüren bekommen und einen Tag später unter Zwang gemustert werden. Polizei und Militärpatrouillen suchten nach Einzelpersonen, die sich der Musterung entzogen.<sup>288</sup> Die Vereinheitlichung der Musterungsbestimmungen bedeutete einen weiteren Schritt bei der Inkorporation Ostgaliziens in den polnischen Staat und fand, wie schon die Sejm- und Senatswahlen, in einer Atmosphäre der nationalen Auseinandersetzung statt. Der Ausnahmezustand wurde jedoch nicht verhängt.<sup>289</sup>

Petruševyč geriet Ende 1922, Anfang 1923 zunehmend in die Kritik führender ostgalizisch-ukrainischer Organisationen. Ein bedeutender Teil der ukrainischen Gesellschaft sah den Wahlboykott Anfang Dezember als fehlerhaft an. Aus dem Präsidialamt der Wojewodschaft Stanislaw wurde eine Ausnutzung dieser Stimmungen suggeriert: „Am Horizont der ukrainischen Einheit sammeln sich Wolken, die meiner Ansicht nach entsprechend vergrößert und für die staatlichen Interessen ausgenutzt werden sollten“.<sup>290</sup> Volodymyr Bačyns'kyj trat auf einer von etwa 40 Personen besuchten Versammlung vom 25. Dezember 1922, die aufgrund der Teilnahme führender Mitglieder der UNTP und Vertretern aus der Provinz den Charakter einer Sitzung des Nationalkomitees erhalten habe, mit Nachdruck für eine Änderung der politischen Linie der ostgalizischen Ukrainer ein. Dazu müsse die Regierung Petruševyč reorganisiert werden. Petruševyč sollte die Bereitschaft erklärt haben, seine diktatorischen Vollmachten an die möglichst vollzählig versammelte UNRada abzutreten. Dann werde eine Regierung gebildet, die als offizielle Repräsentation der ukrainischen Bevölkerung Ostgaliziens außerhalb Polens

---

<sup>286</sup> Konsul Wildner an Bundesministerium für Äußeres (politische Sektion). Lemberg, den 25.1.1923. AdR, Neues Politisches Archiv, Karton 648, Liasse Polen 4a/1.

<sup>287</sup> Zeitungen, die über die Vorgänge berichteten, würden konfisziert oder brächten in ihrer nächsten Nummer ein Dementi. Vgl. ebenda.

<sup>288</sup> Vgl. D.O.K. VI. Lemberg, den 17.3.1923. CAW, DOK VI, sygn. 371.6.17.

<sup>289</sup> Vgl. Zofija Zaks, *Galicja Wschodnia w polskiej polityce zagranicznej*, S. 25.

<sup>290</sup> Vgl. Wojewodschaft Stanislaw. Präsidialamt in der Sache der Stimmungen unter den Ukrainern an das Innenministerium. Stanislaw, den 5.12.1922. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 298, s. 11-12.

bleibe, ebenso wie der Präsident der UNRada, als der Petruševyč zu fungieren bereit sei. Die Regierung sei nicht wie bislang eigenständig mit diktatorischer Vollmacht, sondern der UNRada und ihrem Präsidenten verantwortlich, und somit ein einfacher Vollstrecker des Volkswillens. Das Außenministerium machte drei Positionen unter ukrainischen Kreisen den Äußerungen Bačyns'kyjs gegenüber aus. Eine erste Gruppe um den Geistlichen Kunyc'kyj und Vjačeslav Budzynovs'kyj befürwortete die Beibehaltung einer unerbittlichen Haltung gegenüber der polnischen Staatlichkeit. Eine zweite, als deren Arrangeur Stepan Baran genannt wurde, war für eine Annäherung an Polen, aber über Ochrymovyč. Schließlich gab es eine dritte Gruppe aus Jaroslav Olesnyc'kyj, Alfred Hovykovyč, Fed Fedkovyč, Mychajlo Strutyns'kyj und allgemein Personen um die Redaktion der Zeitung „Svoboda“, die Gespräche mit der polnischen Seite allein über Volodymyr Bačyns'kyj geführt sehen wollten.<sup>291</sup>

Auch der griechisch-katholische Metropolit Šeptyc'kyj befürwortete Ende 1922 Kontakte zu Warschauer Regierungskreisen, ohne jedoch die Ostgalizienfrage vorzuentcheiden.<sup>292</sup> Die zunehmend kritische Haltung ostgalizisch-ukrainischer politischer Gruppierungen Petruševyč gegenüber bedeutete keinen grundlegenden Wandel der angespannten ukrainisch-polnischen Beziehungen vor Ort. Volodymyr Bačyns'kyj, der Mitte Januar 1923 auf der Sitzung der UNRada eine Verständigung mit Polen hatte initiieren wollen, stieß auf einhellige Ablehnung. Außerdem wurde Bačyns'kyj das Amt des Vizepräsidenten der UNRada entzogen und wegen eigenmächtiger Verhandlungen mit den Polen vor ein Ehrengericht gestellt,<sup>293</sup> das ihn von allen Vorwürfen lossprach. Interventionen bei polnischen Behörden und private Äußerungen über Wege zu einer ukrainisch-polnischen Verständigung reichten nicht hin, den Vorwurf der Eigenmächtigkeit zu rechtfertigen. Gleichzeitig stellte das Ehrengericht fest, daß nur die Regierung Petruševyč in Verständigung mit dem Land und nicht eines dieser Elemente gesondert Verhandlungen führen könne.<sup>294</sup>

Daß hierin nicht zuletzt Spannungen zwischen der Regierung Petruševyč und politischen ukrainischen Organisationen in Ostgalizien zum Ausdruck kamen, verdeutlichte ein in Nr. 21 vom 28. Januar 1923 des „Hromads'kyj Vistnyk“ erscheinener Artikel mit dem Titel „Das Land und die Emigration“. Der ukrainischen Emigration, die nur in loser Verbindung mit der ukrainischen Gesellschaft in Ostgalizien stehe, wurde das Recht auf die alleinige Vertretung des ostgalizisch-ukrainischen Volkes abgesprochen und Petruševyč vorgeworfen, niemals mit den faktischen Zuständen in Ostgalizien gerechnet zu haben. Der Wahlboykott habe dem Ansehen der ostgalizischen Ukrainer bei westeuropäischen Staaten geschadet. In Wien sollte ein Petruševyč unterstehendes Außenministerium eingerichtet werden, das einer von der UNRada erst noch zu bildenden ukrainischen Regierung un-

---

<sup>291</sup> Vgl. Außenministerium in Sache der politischen Stimmungen unter ukrainischen Kreisen im östlichen Kleinpolen. Warschau, den 9.2.1923. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 65-67.

<sup>292</sup> Vgl. Außenministerium zu Ansichten des Metropoliten Šeptyc'kyj. Warschau, den 28.2.1923. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 879, s. 173-175, s. 175.

<sup>293</sup> Außenministerium an polnische Botschaft in London in der Angelegenheit der ukrainischen Bewegung in Wien. Warschau, den 27.1.1923. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 444, s. 51-52.

<sup>294</sup> Außenministerium an polnische Botschaft in London in der Angelegenheit der ukrainischen Bewegung in Wien. Warschau, den 7.2.1923. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 444, s. 74-75.

terstehen sollte. Die Äußerungen des „Hromads'kyj Vistnyk“ wurden allgemein als Kriegserklärung des Nationalkomitees der UNTP an Petruševyč angesehen und teilten die öffentliche Meinung in zwei Lager: auf der Seite des Nationalkomitees dessen Mitglieder und ein Teil der ukrainischen Intelligencija, auf der Seite von Petruševyč die ganze ukrainische Jugend und ein Teil der älteren Gesellschaft, vorwiegend Anwälte, Gerichtsangestellte, Professoren und ein Teil der unabhängigen Intelligenz.<sup>295</sup>

Volodymyr Bačyns'kyj stand am 2. Februar 1923 einer Versammlung der UNRada vor. Einer ersten von dieser Versammlung gefaßten Resolution zufolge hatten weder ukrainische Parteien oder Organisationen noch einzelne Politiker Verhandlungen mit der polnischen Regierung geführt oder gedachten dies zu tun. Eine zweite Resolution wies Gerüchte über Gegensätze zwischen Petruševyč und der politischen Führung in Ostgalizien zurück. Beide würden mit gemeinsamen Kräften danach streben, die Ziele der ukrainischen Politik zu realisieren.<sup>296</sup>

### 3.3.2 Petruševyč' politisches Scheitern

Bačyns'kyjs Forderung nach einer Beteiligung der ostgalizischen Ukrainer an den Wahlen zum polnischen Sejm und Senat war bei Petruševyč, der hierin zumindest eine Anerkennung der Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen erblickte, auf Unverständnis gestoßen. Petruševyč protestierte gegen die Ausdehnung der Wahlen zum polnischen Sejm und Senat auf Ostgalizien, das *de jure* nicht zu Polen gehörte.<sup>297</sup> Petruševyč und Kost' Levyc'kyj verurteilten Ende August 1922 das Autonomieprojekt der polnischen Regierung als gewaltsame Inkorporierung Ostgaliziens in den polnischen Staat: Ostgalizien sei der Kern der Ukraine. Polen würde, wenn das Regierungsprojekt umgesetzt werde, dieses zu einem wirklichen östlichen Kleinpolen umformen, das wirtschaftlich ruiniert werde; als Folge wurden revolutionäre Erschütterungen und internationale Konflikte beschworen. Die Ententestaaten wurden aufgerufen, die Ostgalizienfrage durch die Einrichtung eines unabhängigen Staates der freien Völker zu lösen.<sup>298</sup>

Der „Ukrajins'kyj Prapor“ deutete den Ausgang der Wahlen in Ostgalizien als Bestätigung der eigenen politischen Linie. In Wolhynien seien 14 ukrainische Abgeordnete, aber nicht ein polnischer aus den Wahlen hervorgegangen. Die Wahlbeteiligung in Ostgalizien sei sogar gemäß polnischen Zeitungen unerwartet schwach gewesen und habe auch in einer solchen „Hochburg des Polentums wie Lemberg“ unter 60 Prozent betragen. In dem vermeintlichen Fernbleiben von 75 Prozent der ostgalizischen Bevölkerung von der Wahl wurde ein deutlicher Beweis

<sup>295</sup> Bezirkskommando der Staatspolizei in Lemberg an das Präsidium der Wojewodschaft. Lemberg, den 14.2.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 444, s. 90.

<sup>296</sup> Vgl. Außenministerium in der Sache der Zwischenparteilichen Konferenz in Lemberg. Warschau, den 29.3.1923. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 440, s. 69-70.

<sup>297</sup> Vgl. Jevhen Petruševyč. Prezydent UNRady Schidnoji Halyčyny. Proty vyboriv u Schidnij Halyčyni, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 34, 20.8.1922.

<sup>298</sup> Vgl. Jevhen Petruševyč, Kost' Levyc'kyj, Het' z pol's'koju avtonomijeju! Ukrajins'ka Nacional'na Rada Schidnoji Halyčyny proty pol's'koho pljanu avtonomiji u Schidnij Halyčyni. Viden', 26. serpnja 1922, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 35, 16.9.1922.

dafür gesehen, daß das ukrainische Volk die Wahlen nicht anerkannt habe. Die Wahl jüdisch-nationaler Abgeordneter durch jüdische Wähler sei einem Boykott gleichgekommen. Im Wahlausgang sah die Zeitung ein Plebiszit gegen die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen:

„[...] Nur 12 Prozent der ostgalizischen (polnischen) Bevölkerung können, wie die nationale Statistik Ostgaliziens lehrt, für Anhänger der Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen gehalten werden, oder umgekehrt: etwa 88 Prozent der ostgalizischen Bevölkerung wünschen keine Vereinigung Ostgaliziens mit Polen“.<sup>299</sup>

Die vom „Ukrajins'kyj Prapor“ veröffentlichten Angaben zur Wahlbeteiligung erscheinen jedoch geschönt. In der Wojewodschaft Lemberg nahmen an den Abstimmungen 52,7 Prozent teil, in den Wojewodschaften Ternopil' und Stanislaw hingegen deutlich weniger: 35,1 beziehungsweise 32,1 Prozent. Der Boykott nahm in den an die Wojewodschaft Kargo grenzenden Kreisen, dem engeren Grenzgebiet, keine größeren Ausmaße an. Aufgrund der relativ hohen Wahlbeteiligung in den Kreisen Przemysł, Dobromyl, Sanok, Jaroslaw und Brzozów sowie in den benachbarten sechs Kreisen Turka, Staryj Sambir, Cieszanów, Lisko, Kosiv und Rudky wurden fünf ukrainische Abgeordnete der Partei der „Chliboroby“, deren Organ „Ridnyj Kraj“ war, gewählt. In 19 Kreisen zeigten die Wahlergebnisse als Plebiszit gegen die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen einen teilweisen, in 22 einen Erfolg des ukrainischen Wahlboykotts. Weitgehende Schlüsse hinsichtlich der Motive der von langen Kriegen und Nationalitätenkonflikten erschöpften Bevölkerung sollten aus deren Wahlverhalten aber nicht abgeleitet werden. In Westeuropa wurde die geringe Wahlbeteiligung nicht im Sinne von Petruševyč als Verteidigung der eigenen nationalen Sache verstanden, sondern im Gegenteil als Zeichen für ein nur ungenügend entwickeltes politisches und nationales Bewußtsein der ukrainischen Bevölkerung.<sup>300</sup>

Anfang Oktober 1922 hatten der Bevollmächtigte für Äußeres Kost' Levyc'kyj und der Wiener Botschafter Sinhalevyč in der Angelegenheit ihres weiteren Asyls im österreichischen Außenministerium vorsprechen müssen.<sup>301</sup> Am 17. November schließlich war Sinhalevyč auf die Wiener Polizeidirektion bestellt worden. Dort sollen ihm jedwede Demonstrationen verboten und die Einstellung ostgalizisch-ukrainischer politischer Aktivitäten in der österreichischen Hauptstadt nahegelegt worden sein. Außerdem habe man Sinhalevyč zu verstehen gegeben, daß einzelne Personen ukrainischer Herkunft Wien so schnell wie möglich verlassen sollten. Andernfalls müsse die österreichische Regierung die ihr zur Verfügung stehenden Zwangsmittel gegen Ausländer anwenden. Eine Audienz Kost' Levyc'kyjs beim österreichischen Kanzler Seipel trug zu keiner Verbesserung der zunehmend schwieriger werdenden Situation der Regierung Petruševyč in Wien bei. Seipel riet Levyc'kyj, sich an Weißkirchner zu wenden, der bei Gesprächen über den Abschluß des Handelsvertrags Österreichs mit Polen die Frage des Verbleibs der west-

<sup>299</sup> Vgl. Pohrom pol's'koji polityky, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 45, 25.11.1922.

<sup>300</sup> Mrocza, Spór o Galicję Wschodnią, S. 206-207.

<sup>301</sup> Vgl. Polnische Botschaft in Wien an Außenministerium. Wien, den 18.11.1922. AAN, Poselstwo RP w Wiedniu, sygn. 523, s. 45-47.

ukrainischen Botschaft in Wien berühren könne.<sup>302</sup> Dies schien jedoch wenig aussichtsreich, da der Druck in Richtung einer Liquidierung der Regierung Petruševyč eben von Polen ausging.

Kost' Levyc'kyj äußerte sich am 22. Dezember 1922 auf einer Sitzung der dortigen Mitglieder der UNTP zum Stand der Ostgalizienfrage in der internationalen Politik. Aufgrund des faschistischen Umsturzes in Italien, der Wahlniederlage von Lloyd George in England und der türkischen Krise sei die Entscheidung über die staatsrechtliche Zugehörigkeit Ostgaliziens erneut verschoben worden. Es spricht für die Machtlosigkeit der ostgalizischen Regierung, daß sie ihre Tätigkeit vor allem auf die Kooperation mit Abgeordnetengruppen in den Ententestaaten ausrichten mußte, aber kaum mehr als unverbindliche Zusagen wie die einer gerechten Entscheidung der Ostgalizienfrage erhielt. Die Versammlung nahm innere Resolutionen an, die durch die regelmäßige Einberufung der UNRada in Ostgalizien und von deren Mitgliedern in Wien, der sogenannten Auslandsgruppe der UNRada, auf eine faktische Parlamentarisierung der Regierung Petruševyč abzielten.<sup>303</sup>

Glaubt man einem Bericht aus dem polnischen Außenministerium, dann war die Atmosphäre im Lager Petruševyč eine solche, daß allgemein eine Annäherung an Polen erwartet wurde, aber niemand sich zu einem entschiedenen Schritt entschließen konnte. Auf Beschluß der UNRada in Wien fuhr Breiter nach Berlin, um sich mit dem dortigen Vertreter der Sovietukraine zu treffen.<sup>304</sup> Breiter, der bereits während der Friedenskonzferenz in Riga in gutem Kontakt zu dem sovietischen Delegationsleiter Joffe gestanden hatte, setzte sich schon Ende August 1922 für ein enges Zusammengehen mit den Bolševiki ein: „Heute können wir nur mit den Bolševiki etwas erreichen“.<sup>305</sup> In Genua hatten Rakovs'kyj und Petruševyč miteinander verhandelt. Nach Gesprächen zwischen Breiter und dem sovietischen Vertreter in Berlin Aussen wurde zwar ein Vertragsprojekt an die Regierung der Sovietukraine nach Charkiv übersandt. Der Vertragsabschluß scheiterte jedoch an der ablehnenden Haltung Moskaus, das die Auslandsvertretungen der Sovietukraine in die Schranken wies. Ukrainischer Patriotismus, der nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Bereich zu Separatismus strebe, wurde verurteilt. Die Ukraine solle verstehen, daß sie selbst politisch völlig von Moskau abhängt. Der Kommissar in Charkiv sollte den sovietukrainischen Auslandsvertretungen untersagen, ohne Beteiligung der russischen Gesandtschaft Verträge abzuschließen. Nach Ansicht der polnischen Botschaft in Charkiv konnte darum vom Abschluß eines Vertrages zwischen der Regierung der Sovietukraine und der Regierung Petruševyč im engeren Wortsinn nicht gesprochen werden.<sup>306</sup>

<sup>302</sup> Vgl. Polnische Botschaft in Wien an Außenministerium. Wien, den 17.11.1922. AAN, Poselstwo RP w Wiedniu, sygn. 523, s. 48-51.

<sup>303</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung der UNTP vom 22.12.1922 in Wien und der dort gefaßten Resolutionen. CDIA Ukrainy u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 95, ark. 2-9.

<sup>304</sup> Vgl. Außenministerium in der Sache der ukrainischen Bewegung in Wien. Warschau, den 21.11.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 42, s. 108.

<sup>305</sup> Vgl. Polnische Botschaft in Wien an Außenministerium. Wien, den 31.10.1922. AAN, Poselstwo RP w Wiedniu, sygn. 523, s. 28-32, s.28.

<sup>306</sup> Vgl. Außenministerium, Östliche Sektion, Gegenstand: Vertrag der Sovietukraine mit Petruševyč. Warschau, den 3.1.1923. AAN, Ambasada RP w Moskwie, sygn. 42, s. 138-139.

Vytvyč'kyj wies Petruševyč in einem Schreiben vom 20. November 1922 darauf hin, daß ein äußerst ungünstiger Moment für die Beilegung der Ostgalizienfrage eingetreten war. Sowohl England als auch Frankreich tendierten zu einer Annahme des polnischen Standpunkts. Petruševyč scheint jedoch weiter von einer Entscheidung der Ostgalizienfrage zugunsten der Ukrainer überzeugt gewesen zu sein. Mehr Realitätsinn zeigte hingegen Vytvyč'kyj, der Petruševyč am 19. Februar 1923 mitteilte, daß Polen die internationale Anerkennung seiner Ostgrenzen gefordert habe:

„In ihrem ganzen Brief vom 13. dieses Monats [...] schreiben Sie, daß der „gegenwärtige Moment der Entscheidung unserer Sache günstig ist. Ich erlaube mir festzustellen, daß dies nicht zutrifft, weder hinsichtlich der polnischen Rekrutierungen im Lande noch hinsichtlich meines allgemeinen Standpunkts“.<sup>307</sup>

Kost' Levyc'kyj erklärte der Auslandsgruppe der UNTP in Wien am 23. Februar 1923, daß Polen Frankreich gebeten habe, die Frage der eigenen Ostgrenzen vorzubringen. Er schlug vor, daß sie den Obersten Rat zur Übertragung der Entscheidung an den Völkerbund bewegen sollten, weil sie dort eine Mehrheit für sich fänden. Dieser Vorschlag Levyc'kyjs sollte als Zeichen dafür gesehen werden, daß er sich der Erfolglosigkeit der eigenen Politik vor der Entente bewußt war.<sup>308</sup>

Zu einer Anhörung von Delegierten der UNRada mit dem Ziel einer Unterbreitung genauer Informationen und Forderungen kam es nicht mehr. Bei der Ankunft von Kost' Levyc'kyj und Petruševyč am 14. März 1923 in Paris war die Ostgalizienfrage bereits vom Botschafterrat zugunsten der polnischen Seite entschieden worden. Der griechisch-katholische Metropolit Šeptyc'kyj wurde nach der Entscheidung des Botschafterrats von Poincaré und Cambon empfangen. Šeptyc'kyj legte die Erklärung ab, daß Polen Ostgalizien eine entsprechende Autonomie gewähren und die Verfolgung der dortigen ukrainischen Bevölkerung einstellen sollte.<sup>309</sup> Eine von Wielowieyski vorgeschlagene Antwort an Šeptyc'kyj fand die volle Zustimmung Cambons. Der besondere Nachdruck lag darauf, daß die Ruthenen in den Interessen Polens entgegenstehenden Angelegenheiten nicht auf die Unterstützung der französischen Regierung rechnen könnten.<sup>310</sup>

Die Ostgalizienproblematik war aufgrund der Anerkennung der Ostgrenzen des polnischen Staates durch den Botschafterrat vom 14. März 1923 zu einer inneren Frage des polnischen Staates geworden. Außerdem hatte der Botschafterrat es unterlassen, seine Entscheidung mit einer Konkretisierung der diesem Territorium zu gewährenden Autonomie zu verbinden und war damit den polnischen Anliegen weitestgehend gefolgt. Den Protesten von Petruševyč und der Auslandsgruppe der

---

<sup>307</sup> Stepan Vytvyč'kyj an Volodymyr Ochrymowyč. Wien, den 16.6.1923. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 159, ark. 52-64 Rückseite, ark. 53, 54 Rückseite-56, ark. 63-64.

<sup>308</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll des Komitees der Auslandsgruppe der UNTP vom 23.2.1923. CDIA Ukrajiny u L'vovi, fd. 581, op. 1, spr. 95, ark. 18.

<sup>309</sup> Vgl. Zaks, *Galicja Wschodnia w polskiej polityce zagranicznej*, S. 33-34.

<sup>310</sup> Vgl. *Polnische Botschaft in Paris an Außenministerium in der Frage des Treffens des Metropoliten Šeptyc'kyj mit Poincaré und Botschafter Cambon*. Paris, den 28.3.1923. AAN, Ambasada RP w Paryżu, sygn. 879, s. 182-184; Zaks, *Galicja Wschodnia w polskiej polityce zagranicznej*, S. 34.

UNRada in Wien kam kaum mehr als deklarative Bedeutung zu. Petruševyč hob noch am 15. März 1923 in Paris hervor, daß das ukrainische Volk weiter für einen unabhängigen ostgalizischen Staat der freien Völker kämpfe. In der Entscheidung des Botschafterrats ohne Anhörung der ukrainischen Bevölkerung oder ihrer Vertreter sah er einen Bruch des von der Entente zum Prinzip erhobenen Selbstbestimmungsrechts der Völker.<sup>311</sup> Keiner von ihnen sei, so bekannte Kost' Levyc'kyj auf der Sitzung der Auslandsgruppe der UNTP vom 13. April 1923 in Wien, ein übertriebener Optimist gewesen, aber die Entscheidung der Botschafterkonferenz sei für alle überraschend ausgefallen, weil niemand sich habe vorstellen können, daß die Entente die eigenen Versprechungen ignoriere.<sup>312</sup>

Aus Sicht der Pariser Friedenskonferenz war die Verwirklichung der von ihr postulierten nationalen Selbstbestimmung keineswegs gleichbedeutend mit der Konstituierung neuer Nationalstaaten. Eher schon ging es darum, den einzelnen Nationen auf dem Territorium bereits bestehender Staaten über die Gewährung von Autonomie eine weitestgehende kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Der Vorwurf, daß die Entscheidung der Botschafterkonferenz das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes Ostgaliziens mißachte, traf darum nur bedingt zu. Hinzu kam, daß dem Botschafterrat keine andere Möglichkeit als die Anerkennung des Status quo blieb, da er eine den polnischen Vorstellungen entgegengesetzte Entscheidung in Ostgalizien nicht hätte durchsetzen können.

Dies befreite Petruševyč jedoch nicht davon, die politische Verantwortung für das völlige Scheitern der politischen Bemühungen seiner Regierung übernehmen zu müssen. In Wien erstattete Kost' Levyc'kyj am 30. März vor der dortigen Auslandsgruppe der UNRada Rechenschaft über die eigenen politischen Anstrengungen in Paris. Kost' Levyc'kyj sollte ebensowenig wie Sinhalevyč bereit sein, Petruševyč ins Ausland zu folgen. Kost' Levyc'kyj und Jevhen Petruševyč wurden in Prag durch einen politischen Delegierten aus Ostgalizien über die Ansichten der dortigen Bevölkerung zur politischen Lage informiert. Die Entscheidung des Botschafterrats führte zur Auflösung der ostgalizischen Exilregierung in Wien, wo ein Komitee die Rückkehr der Ukrainer nach Ostgalizien vorbereitete. Petruševyč kehrte am 11. April nach Wien zurück, einen Tag später traf Vytvyč'kyj ein. Kost' Levyc'kyj, der Geistliche Jean und Waldmann verpflichteten sich vor der Wiener Polizei schriftlich, jede Art von politischer Tätigkeit zu unterlassen.<sup>313</sup>

Vytvyč'kyj wies jede Verantwortung zurück und stellte fest, daß die politischen Bestrebungen der ostgalizischen Ukrainer bereits im Herbst 1918 durch die Niederlage der Mittelmächte als der Macht, mit der diese ihr politisches Geschick faktisch hätten verbinden müssen, aussichtslos gewesen seien. Die Schlußepisode sei der Moment gewesen, als ihre Streitkräfte sich über den Zbruch zurückzogen. Die politische Tätigkeit der Regierung Petruševyč im Ausland habe aus ihrer unmittelbaren Vergangenheit und aus dem juristischen Umstand, daß die Ostgalizien-

<sup>311</sup> Vgl. Jevhen Petruševyč, Prezydent Ukrajins'koji Nacional'noji Rady Schidnoji Halyčyny. Nasyli ne piddamosja! Protest Ukrajins'koji Nacional'noji Rady proty prylučennja Schidnoji Halyčyny do Pol'shi. Paryž, 15. marta 1923, in: Ukrajins'kyj Prapor, Nr. 12, 24.3.1921.

<sup>312</sup> Vgl. CDIA Ukrajiny u L'vovi, F. 581, op. 1, Spr. 95, ark. 44 Rückseite.

<sup>313</sup> Vgl. die Berichte der Polnischen Botschaft in Wien an das Außenministerium vom 15.4. und 20.5.1923. AAN, Poselstwo RP w Wiedniu, sygn. 523, s. 58-59 und 60-61.



frage formal noch nicht entschieden war, profitieren und aus für die ostgalizischen Ukrainer günstigen Umständen, die sich letztlich ihrem Einfluß entzogen, den größtmöglichen Nutzen erzielen wollen:

„Ganz zu schweigen von der faktischen Kraft, waren diese Umstände im entscheidenden Augenblick so gut wie nur möglich für unsere Gegner, und so schlecht wie nur möglich für uns selbst“.<sup>314</sup>

Nach dem Scheitern der Regierung Petruševyč wurden dessen Auslandsvertretungen aufgelöst. Nazaruk und Ivan Bobers'kyj, die in Kanada Geld zur Unterstützung der ostgalizischen Exilregierung gesammelt hatten, übersandten die der Gesandtschaft verbliebenen Gelder direkt an ukrainische politische Organisationen in Lemberg. Nazaruk bedauerte diese Entscheidung später als Illoyalität Petruševyč gegenüber.<sup>315</sup> Die UNTP unter Ochrymovyč ging auf Distanz zu Petruševyč und erklärte am 30. Juni 1923, daß die bisherige ostgalizische Regierung mit der Entscheidung der Botschafterkonferenz aufgehört habe zu bestehen.<sup>316</sup>

Petruševyč hatte eine politische Agitation für die Schaffung eines unabhängigen Ostgaliziens geführt, Gespräche über eine etwaige Autonomie eines mit dem polnischen Staat verbundenen Ostgaliziens aus einer stark antipolnischen Grundhaltung heraus jedoch wiederholt zurückgewiesen. Eine Rückkehr unter polnische Herrschaft kam für ihn nicht in Frage.<sup>317</sup> Nach vergeblichen Versuchen, führende politische Organisationen der Ukrainer in Ostgalizien zur Anerkennung einer von ihm geleiteten Exilregierung zu gewinnen, verlagerte Petruševyč den Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit nach Berlin. Dort nahm er Kontakt zu Nikolaj Kreťstinskij auf, dem Beauftragten Sowetrußlands für Deutschland. Petruševyč änderte seine Orientierung nun von der Entente auf die Sowetukraine, mit der Ostgalizien vereinigt werden sollte.<sup>318</sup> Seine politische Haltung zu Polen entsprach der Position führender politischer Gruppierungen der Ukrainer in Ostgalizien nach 1918 weitestgehend. Bei aller gewiß berechtigten Kritik an Petruševyč muß ihm zugestanden werden, das aus seiner Sicht Bestmögliche für das eigene Land erreicht haben zu wollen. Ivan Kedryn-Rudnyc'kyj kennzeichnete ihn als einen zwar ukrainischen, in noch größerem Maße aber als einen ostgalizischen Patrioten.<sup>319</sup>

<sup>314</sup> Vgl. Vytvyč'kyj an Ochrymovyč. Wien, den 16.8.1923. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 368, op. 1, spr. 159, ark. 64-64 Rückseite.

<sup>315</sup> Vgl. Nazaruk, Biberovvyč, Bericht der Vertretung der ZUNR in Kanada für die Jahre 1922/23, den 31.10.1923. CDIA Ukrajinu u L'vovi, fd. 372, op. 1, Spr. 17, ark. 16-17 Rückseite; Osyp Nazaruk, V ukrajins'kij dypl'omatyčnij službi v rokach 1915-1923, in: Litopys Červonoji Kalyny 1938, Nr. 10, S. 16-17. Ebenda, S. 17: „Zuerst hätte man sich loyal von seinem Chef trennen, und dann erst dessen Politik kritisieren sollen“.

<sup>316</sup> Vgl. Ihor Soljar, Ukrajins'ke Nacional'ne Demokratične Objednannja, L'viv 1995, S. 6f.

<sup>317</sup> Vgl. die Berichte der Polnischen Botschaft in Wien an das Außenministerium vom 15.4. und 20.5.1923. AAN, Poselstwo RP w Wiedniu, sygn. 523, s. 58-59 und 60-61.

<sup>318</sup> Vgl. Alexander J. Motyl, The Turn to the Right: The Ideological Origins and Development of Ukrainian Nationalism, 1919-1928 (East European Monographs LXV), New York 1980, S. 36.

<sup>319</sup> Vgl. Ivan Kedryn[-Rudnyc'kyj], Žyttja – Podiji – Ljudy. Spomyny i kometari, N'ju-Jork 1976.



*Fragment des Friedhofs der Adlerskinder<sup>320</sup>, Lyčakivs'kyj-Friedhof im heutigen L'viv, Ukraine  
(Privatphoto, Olena Wehrhahn)*

<sup>320</sup> Mit „Adlerskinder“ (polnisch „orleta“) wurden die zumeist jungen polnischen Kämpfer der Stadt Lemberg im ukrainisch-polnischen Krieg 1918/19 bezeichnet; zur problematischen Geschichte des „Friedhofs der Adlerskinder“ vgl. Mick, „Wer verteidigte Lemberg?“



*Denkmal zu Ehren der ukrainischen Gefallenen im ukrainisch-polnischen Krieg 1918/19, Lyčakivs'kyj-Friedhof im heutigen L'viv, Ukraine  
(Privatphoto, Olena Wehrhahn)*

Beide Gedächtnisstätten verbindet ein Tor, über dem ein gemeinsames Wort des polnischen Präsidenten Alexander Kwaśniewski und des ukrainischen Präsidenten Leonid Kučma steht: „*Unterwegs ins 21. Jahrhundert sollen wir die Vergangenheit nicht vergessen, denken wir aber an die Zukunft!*“!



Die Polen besaßen im Vergleich zu den Ukrainern den bei weitem größeren Einfluß. Dies galt bereits mit Bezug auf die Vielvölkerreiche, in deren Grenzen sowohl von Polen als auch von Ukrainern bewohnte Territorien vor 1914 lagen. Im Zarenreich waren die Polen, anders als die Ukrainer, zumindest als Nation anerkannt gewesen. Hinzu kam, daß die Polen als „alte“ Nation über eine eigene herrschende Schicht, die Szlachta, verfügten. In Galizien erlangte der polnische Adel durch den galizischen Ausgleich von 1868 die dominante Position. Galizien entwickelte sich zu einer Art polnischen Surrogatstaat, dessen Berechtigung allerdings mit zunehmendem Fortschreiten des Nationsbildungsprozesses der Ukrainer in Frage gestellt wurde. Ukrainische Postulate wie das der Kronlandsteilung wurden in Wien nur kurzzeitig und jeweils unter Ausnahmebedingungen diskutiert, wohingegen weitreichende Konzeptionen wie die der austropolnischen Lösung die österreichisch-ungarische Außenpolitik in wesentlichem Maße bis in das Jahr 1918 hinein bestimmten. Auch in den Überlegungen der Entente kam der polnischen Frage eine zentrale Bedeutung zu. Die Einrichtung eines polnischen Staates, wenn auch auf den ethnographisch polnischen Gebieten, zählte seit den 14 Punkten Wilsons zu ihren Kriegszielen. Auf der Pariser Friedenskonferenz konnten die Polen, anders als die ostgalizischen Ukrainer, auf ihren Status als mit der Entente verbündete Nation verweisen. Frankreich setzte sich für die Bildung eines großen und mächtigen polnischen Staates gegen Deutschland ein. Zwar hatte die Entente die Losung des Selbstbestimmungsrechts der Völker postuliert, auf das die Ukrainer sich in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen beriefen. Darunter wurde jedoch nicht zwangsläufig die Bildung eines Staates verstanden. Im Falle der ostgalizischen Ukrainer wurden vorrangig Autonomieprojekte diskutiert, die ihnen eine weitestgehende kulturelle und politische Entwicklung im Rahmen des polnischen Staates gewährleisten sollten. Selbstbestimmung setzte im Verständnis der Entente ein Entwicklungsniveau voraus, das der überwiegend agrarischen ukrainischen Landbevölkerung abgesprochen wurde. Darum sah das Statut des Obersten Rats für Ostgalizien die Durchführung eines Plebiszits erst in 25 Jahren vor. In weiterer Perspektive wurde der Anschluß Ostgaliziens an ein nach dem Fall des Bolševismus zu bildendes demokratisches Rußland reflektiert.

Vieles von mir in der vorliegenden Arbeit Beschriebene wirft ein neues Licht auf die Vorgeschichte. Insbesondere sollte beachtet werden, daß die nationalen Gruppen der Ukrainer und der Polen keineswegs, wie etwa die Entwicklung im Ersten Weltkrieg zeigt, festgefügte Blöcke bildeten. Trotz des gewiß vorhandenen Aspekts der nationalen Solidarität bestanden innerhalb der ukrainischen und innerhalb der polnischen Politik starke Gegensätze. Der Erste Weltkrieg, vor allem die Periode nach dem Abschluß des Brester Friedens zwischen den Mittelmächten und der Ukraine vom 9. Februar 1918, bildete einen Zeitabschnitt von eminenter Be-

deutung für die Entwicklung der ukrainisch-polnischen Beziehungen in Ostgalizien. Aus Sicht der ostgalizischen Ukrainer war dieser Friedensschluß der erste konstitutionelle Akt des aus den ukrainischen Territorien des vormaligen Zarenreichs gebildeten ukrainischen Staates. Die Friedensbestimmungen von Brest-Litovsk zur Cholmer Frage wurden von ihnen wohl vorrangig als Zeichen für die vermeintliche Bereitschaft Wiens gedeutet, in nächster Zukunft die Teilung des Kronlands Galizien durchführen und dessen östlichen Teil mit anderen überwiegend ukrainischen Territorien des Habsburgerreiches zu einer eigenen Verwaltungseinheit zusammenfassen zu wollen. Diese Hoffnung schien begründet, da die österreichische Regierung in einem geheimen Zusatzprotokoll vom 8. Februar 1918 die Durchführung der Kronlandsteilung bis zum 20. Juli 1918 in Aussicht gestellt, aber mit der Lieferung von 1 Million Tonnen Brotgetreide in einem Junktim verknüpft hatte. Die galizischen Polen vollzogen wegen der von ihnen als vierte Teilung Polens perhorreszierten Abtretung des Cholmer Landes an den ostukrainischen Staat eine so vollständige Abkehr von Wien, daß eine austropolnische Lösung in der polnischen Öffentlichkeit kaum noch Befürworter fand. Im Unterschied dazu sahen die ostgalizischen Ukrainer sich in ihrer Loyalität der Habsburgerdynastie gegenüber bestätigt, ohne daß ihre weitreichenden politischen Hoffnungen jedoch Erfüllung finden sollten.

Bis zum Kriegsausbruch hätten die wichtigsten ukrainischen Parteien sich mit einem ukrainisch-polnischen Ausgleich zufrieden gegeben. Dies entsprach den Bemühungen der Wiener Regierung, der daran gelegen war, die Arbeitsfähigkeit des Wiener Parlaments garantiert zu sehen. Das von den Ukrainern nun verstärkt vorgetragene Postulat der Kronlandsteilung war zwar eines ihrer traditionellen Anliegen, hatte aber in der praktischen Politik verglichen mit anderen Anliegen wie der Reform des Wahlrechts zum galizischen Landtag und der Einrichtung einer ukrainischen Universität in Lemberg zuvor nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Die Radikalisierung der polnischen und insbesondere der ukrainischen Forderungen seit Kriegsausbruch gefährdeten die Position der österreichischen Regierung, die sich vor 1914 stark für einen Ausgleich zwischen Ukrainern und Polen in Galizien eingesetzt hatte. Die Ausgleichsbemühungen der Wiener Regierung konnten allerdings nur solange erfolgreich sein, wie eine Begrenzung des Konflikts zwischen Ukrainern und Polen gelang.

Das weitgehende Eingehen Czernins auf ukrainische politische Aspirationen in Brest-Litovsk blieb in der österreichisch-ungarischen Politik Episode. Es spricht für die polnischen politischen Aspirationen geneigte Politik der österreichischen Regierung, daß diese trotz des zunehmenden Desinteresses der polnischen Öffentlichkeit an Österreich-Ungarn die austropolnische Lösung im Sommer 1918 wieder aufnahm, zu einer Zeit, als diese politische Konzeption wegen des inneren Zerfallsprozesses Österreichs am Widerspruch der machtbewußten Berliner Regierung scheitern mußte. Ostgalizisch-ukrainische Politiker versuchten erfolglos, über die Einflußnahme auf die Berliner Regierung Wien zu einem Entgegenkommen ihren politischen Forderungen gegenüber zu veranlassen. Hierin kamen letztlich vor allem die begrenzten politischen Möglichkeiten der Ukrainer in Österreich-Ungarn zum Ausdruck. Wenn die Berliner Regierung sich solchen Anfragen zumeist mit dem Hinweis auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs

verweigerte, dann entsprach dies ihrer politischen Grundlinie, die Anfang November 1918 offenbar wurde: Ein Eingreifen in die Ostgalizienfrage zugunsten der ostgalizischen Ukrainer hielt man wegen der daraus mit hoher Wahrscheinlichkeit resultierenden Trübung der Beziehungen zwischen dem Hetman-Staat und dem Königreich Polen für nicht opportun.

Der Brester Friede vom 9. Februar 1918 führte zu einer dramatischen Zuspitzung der ukrainisch-polnischen Beziehungen in Ostgalizien selbst, da führende politische Gruppierungen beider Nationen nun verstärkt bemüht waren, ihre nationale Agitation in die politischen Fragen eher indifferent gegenüberstehende Landbevölkerung hineinzutragen. Galizien stand aufgrund der scharfen Protestkundgebungen der polnischen Bevölkerung gegen den Brester Frieden kurz vor der Verhängung des Ausnahmezustands. Unter der ukrainischen Landbevölkerung entwickelte sich eine Agrarbewegung, in deren Verlauf ukrainische Bauern, ähnlich den Agrarstreiks des Jahres 1902 und der Jahre 1906/07, die Arbeitsleistung beim polnischen Großgrundbesitz verweigerten. Militärische Berichtersteller sahen in der Agrarbewegung in Ostgalizien einen Kampf der Nationen auf sozialistischer Grundlage und konstatierten eine Verschärfung des ukrainisch-polnischen Gegensatzes bis in das private Leben hinein.

In Ostgalizien stationierte k. k. Militärkommandos berichteten 1918 über die zunehmende Dynastiefeindlichkeit unter der polnischen Bevölkerung und beschworen die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden polnischen Aufstands, gegen den die Ukrainer ein politisches und militärisches Gegengewicht zu bilden schienen. Aus dieser Lageeinschätzung heraus vorgenommene Verlagerungen polnischer Truppenteile und Beurlaubungen polnischer Soldaten wurden in der polnischen Historiographie als Zeichen für eine zwischen AOK auf der einen Seite und ostgalizisch-ukrainischen Politikern auf der anderen Seite bestehende Übereinkunft mißdeutet. Nichts lag den militärischen Entscheidungsträgern in Österreich-Ungarn jedoch ferner, als die Vorbereitung eines ukrainischen Staatsstreichs in Ostgalizien. Wahrscheinlicher ist, daß sie aufgrund von aus der Region einlangenden Berichten die Bedrohung durch polnische Aufständische überschätzten und die Präsenz von Streitkräften mit hohem Soldatenanteil polnischer Nationalität vor Ort gering halten wollten. Die ostgalizischen Ukrainer sollten darum eher als Nutznießer von Präventivmaßnahmen gegen einen vermeintlich drohenden Aufstand der galizischen Polen gesehen werden. Der rapide Zerfallsprozeß, dem sich k. k. Militärkommandos Ende Oktober, Anfang November 1918 ausgesetzt sahen, trug, wie die Entwicklung in Przemyśl verdeutlicht, zu einer Eskalation der Ereignisse insofern bei, als damit eine Kraft wegfiel, die zwischen Ukrainern und Polen erstens hätte vermitteln und zweitens die Situation militärisch unter Kontrolle halten können. Ukrainer und Polen sahen sich angesichts dessen bei der Verwirklichung ihrer zutiefst gegensätzlichen politischen Interessen auf die eigenen politischen und militärischen Kräfte verwiesen.

Die Kronlandszentrale Lemberg bildete im Jahre 1918 aufgrund der Präsenz der galizischen Statthalterei und der erfolgten Rückverlagerung des politischen Lebens der Ukrainer und der Polen den Mittelpunkt von das ganze Land durchziehenden politischen Strömungen. Ostgalizien konnte schon aus kommunikationstechnischen Gründen ohne Lemberg nicht kontrolliert werden. Lemberg war aus polni-

scher Sicht eine „urpolnische Stadt“ mit einer Universität, die für alle polnischen Teilungsgebiete vor 1914 eine Art nationale Institution gebildet hatte. Den Verzicht auf die Zugehörigkeit dieser Stadt zu einem künftigen Polen erachtete jede galizisch-polnische Partei für undenkbar. Aus ukrainischer Sicht wiederum bildete Lemberg trotz seines vergleichsweise geringen ukrainischen Bevölkerungsanteils als der „natürliche“ Mittelpunkt der ukrainischen Bewegung in Ostgalizien nicht nur den einzig denkbaren Standort für die Errichtung einer ukrainischen Universität, sondern außerdem die Hauptstadt eines westukrainischen Staates. Es war darum keineswegs ein Zufall, daß die Umwandlung des ukrainisch-polnischen Gegensatzes in einen Krieg eben in Lemberg erfolgte, auf das keine der beiden Nationen verzichten wollte und konnte.

Die Gründe dafür, daß die UNRada am 19. Oktober 1918 nicht den Anschluß der ukrainischen Territorien des Habsburgerreiches an den bereits bestehenden ostukrainischen Staat, sondern die Konstituierung eines westukrainischen Staates proklamierte, sind vielschichtig und verweisen auf die wechselseitige Beziehungsgeschichte der Ukrainer beider Vielvölkerreiche vor 1914. Ostgalizien bildete nämlich zwar in kultureller, nicht aber in politischer Hinsicht ein ukrainisches Piemont. Die stark von bürgerlich-konservativen Werten und dem österreichischen Parlamentarismus geprägten ostgalizischen Ukrainer postulierten bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs aufgrund eines tief verinnerlichten Loyalismus gegenüber der Habsburgerdynastie die Befreiung der Ostukrainer von der Zarenherrschaft, gingen selbst aber über die Forderung nach der Einrichtung eines ukrainischen Kronlands im Rahmen eines reorganisierten österreichisch-ungarischen Staates nicht hinaus. Daß die Ursachen hierfür tiefer reichen als nur die Rücksichtnahme auf die österreichische Regierung, dies verdeutlichen die Ereignisse des Jahres 1918, an dessen Beginn im Zuge der Brester Friedensverhandlungen am 25. Januar 1918 ein ostukrainischer Staat seine volle politische Souveränität und Unabhängigkeit erklärt hatte. Die UPR und das Nationalkomitee der UNDP, die beiden führenden Organisationen der ostgalizisch-ukrainischen Politik im Ersten Weltkrieg, betrachteten den ostukrainischen Staat vorrangig als Machtmittel in der Auseinandersetzung mit der österreichischen Regierung, die ihrer Ansicht nach nun die Loyalität der Ukrainer des eigenen Reichsverbandes über weitgehende politische Zugeständnisse sicherzustellen hatte. Irredentistische Losungen, denen in der ostgalizisch-ukrainischen Politik kaum mehr als taktische Bedeutung zukam, wurden jedoch durch die bestehende innere Schwäche des Hetman-Staates marginalisiert.

Hinzu kam, daß die Einrichtung eines ukrainischen Kronlands aus Ostgalizien und anderen ukrainischen Gebieten der Habsburgermonarchie bei dem russophilen Hetman Skoropads'kyj nicht nur auf keine Unterstützung, sondern offenbar eher auf dessen Widerstand rechnen mußte. Die ostgalizischen Ukrainer standen Ende 1918 vor dem grundlegenden Problem, daß Skoropads'kyj sie aufgrund ihrer nationalukrainischen Ausrichtung ablehnte, sie selbst jedoch wegen ihrer eigenen konservativen Prägung einem Zusammengehen mit zu dem Hetman in Opposition stehenden Gruppierungen sozialistischer Prägung, die im Nationalbund zusammengeschlossen waren, kritisch gegenüberstanden. Angesichts der unklaren politischen Lage in der Ostukraine Mitte Oktober 1918, wo mit dem Zusammenbruch der Mittelmächte der Aufstandsausbruch des Nationalbunds gegen den Hetman erwartet



wurde, und wegen der noch ungewissen Zukunft Österreichs schien es natürlich, wenn die UNRada zunächst einen westukrainischen Staat proklamierte, ohne jedoch die Brücken zu Wien ganz abbrechen zu wollen.

Die am 3. Januar 1919 in Stanislaw gefaßte Entscheidung der UNRada zum Zusammenschluß der ZUNR mit der UNR in einen Staat war in sich widersprüchlich. Nazaruk sah in der EntschlieÙung der UNRada vom 3. Januar 1919 später den berechtigten Ausdruck von Angst vor einer vorbehaltlosen Vereinigung mit der Ostukraine und meinte, daß die „Vertretungen dieser beider ukrainischen staatlichen Territorien sich mal miteinander vereinten, mal voneinander trennten, und dies sogar in demselben Dokument“.<sup>1</sup> Der 22. Januar wird vom heutigen ukainischen Staat in Erinnerung an das Jahr 1919 als „Feiertag der Vereinigung“ begangen. Vor dem Hintergrund tiefgreifender Gegensätze zwischen den politischen Eliten von UNR und ZUNR muß gefragt werden, warum überhaupt am 22. Januar 1919 hochrangige Vertreter beider ukrainischer Staaten feierlich ihren Willen zur Vereinigung in einen Staat proklamierten. Die Widersprüchlichkeit gerade der Haltung der Westukrainer bezüglich der Frage einer staatlichen Vereinigung mit der UNR scheint durch verschiedene Ursachen bedingt gewesen zu sein. Zum einen ist hier deren Sicht auf die Ostukraine als ein in nationaler Hinsicht wenig entwickeltes Territorium und auf dessen Führung als „Abenteurer“ ohne Rückhalt in der eigenen Bevölkerung zu nennen. Zum anderen scheinen führende ostgalizisch-ukrainische Politiker eine Art moralische Verpflichtung zu einem Zusammengehen mit der Ostukraine empfunden zu haben. Formal gesehen bildete der Akt vom 22. Januar 1919 kaum mehr als eine Absichtserklärung zur Bildung einer vereinten Ukraine. Für die nach dem Zerfall Österreichs auf sich allein gestellten ostgalizischen Ukrainer stand offenbar die Suche nach finanzieller und militärischer Unterstützung im Kampf gegen Polen im Vordergrund.

In der Ausschau ostgalizisch-ukrainischer Politiker nach einem anderen Staat, mit dem sie bei weitgehender Eigenständigkeit in Form von Autonomie eine föderative Verbindung anstrebten, zunächst mit Österreich, dann mit der UNR, kamen sowohl Scheu vor der Übernahme der vollen Verantwortung als auch die Befürchtung, sich allein nicht behaupten zu können, zum Ausdruck. Die ZUNR behielt sich eine eigene Verwaltung, die gesetzgeberische und exekutive Gewalt sowie eigene Streitkräfte vor. Ostukrainer und Westukrainer unternahmen zwar erste Schritte zu einer staatlichen Vereinigung und vereinbarten insbesondere ein gemeinsames Auftreten auf internationaler Ebene. Getrennte Auslandsvertretungen sollten nur dort bestehen, wo die Interessen des einen oder anderen Teiles dies verlangten. Insbesondere das Auseinanderbrechen der gesamtukrainischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz verdeutlicht jedoch, daß diese Abmachungen keine vereinte Ukraine schufen. Es blieb vielmehr beim Bestehen zweier ukrainischer Staaten, die sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik verschiedene Konzepte verfolgten. Daß die UNR einen denkbar ungünstigen Partner für die ZUNR in ihrem Kampf gegen Polen bildete, sollte in der Folgezeit klar werden. Der Grund hierfür liegt darin, daß Polen der „natürliche“ Bündnispartner der UNR in ihrer militärischen Auseinandersetzung mit den Bolßewiki war.

---

<sup>1</sup> Nazaruk, Halyc'ka delegacja, S. 101. Vgl. ebd., S. 15.

Der Frage nach den Chancen auf eine Bewahrung der ukrainischen Staatlichkeit eignet in hohem Maße spekulativer Charakter. Die Behauptung der ukrainischen Staatlichkeit gegen die Bolševiki, die Denikinarmee und den polnischen Staat hätte erstens eine national bewußte Bevölkerung auf dem gesamten überwiegend von Ukrainern bewohnten Territorium erfordert. Zweitens wäre wohl eine mehr oder minder einheitliche ukrainische Intelligencija auf beiden Seiten des Zbruč notwendig gewesen, die für die Sache der Ukraine zu großen politischen Konzessionen, darunter dem möglicherweise dauerhaften Verzicht auf große Teile der eigenen Heimat, hätte bereit sein müssen. Das jahrhundertelange Einbezogen-sein ukrainischer Territorien in zwei so grundverschiedene Vielvölkerreiche wie das Zarenreich und die Habsburgermonarchie hatte jedoch zwei disparate ukrainische Führungseliten entstehen lassen. Die Führung einer gesamtukrainischen Politik, vor allem unter den besonderen Bedingungen, mit denen die Westukrainer sich in ihrem Krieg gegen den neu entstehenden polnischen Staat und die Ostukrainer im russischen Bürgerkrieg konfrontiert sahen, war unmöglich. Der polnische Aufstand in Lemberg, vor dessen Ausbruch hohe österreichisch-ungarische Beamte und Militärs für den Fall einer Durchführung der Kronlandsteilung im Verlauf des Jahres 1918 gewarnt hatten, und der Verlauf des ukrainisch-polnischen Krieges um Ostgalizien ließen deutlich werden, daß keine Chance auf die Behauptung eines westukrainischen Staates auf dem gesamten von ihm beanspruchten Territorium bestand. Insbesondere die Zurückweisung eines von einer Ententekommission unter dem französischen General Barthélemy vorgelegten Waffenstillstandsprojekts durch die ostgalizischen Ukrainer wird in der Forschung meist als vertane Chance auf die Bewahrung eines ukrainischen Rumpfstaats beurteilt, der von den Entente-staaten als antibolševistische Kraft hätte anerkannt werden und sich zu einem selbständigen ukrainischen Staat, wenn auch nicht auf allen von Ukrainern bewohnten Territorien entwickeln können. Tatsächlich kommt diesen Überlegungen aber kaum mehr als theoretische Bedeutung zu, da die Westukrainer über keine wirkliche Alternative zur Ablehnung des sogenannten Barthélemy-Friedens verfügten.

Erstens war ein so weitgehendes Opfer wie der Verzicht auf Lemberg und das Rohölgebiet von Drohobyč aus ihrer Sicht wegen der für sie günstigen militärischen Situation unnötig. Die Rückeroberung des vollständig von ukrainischen Truppen eingeschlossenen Lemberg schien Mitte Februar 1919 kurz bevorzustehen. Zweitens machten neben nationalpolitischen Erwägungen soziale und wirtschaftliche Gründe eine Annahme des Angebots der Interalliierten Kommission unter Barthélemy unmöglich. Insbesondere hätte die von der eigenen Bauernschaft eingeforderte Agrarreform faktisch nicht durchgeführt werden können, da eine Aufteilung des Großgrundbesitzerlandes bis zur Entscheidung der Ostgalizienfrage durch die Pariser Friedenskonferenz untersagt worden wäre. Die westukrainische Regierung und Armeeführung hatten die Bauernschaft aber durch das Inaussichtstellen weitgehender wirtschaftlicher und sozialer Reformen für den militärischen Kampf gegen Polen zu gewinnen versucht. Vor diesem Hintergrund erscheinen Befürchtungen hochrangiger Politiker der Westukraine für den Fall der Annahme des Barthélemy-Friedens bezüglich eines Stimmungsumschwungs in Bevölkerung und Armee gegen die westukrainische Regierung nur allzu begründet. Hinzu kamen fehlendes Vertrauen in die Absichten der polnischen Politik und Zweifel, ob die

UNR ihre Staatlichkeit im Kampf gegen Sowjetrußland würde behaupten können. Außerdem fühlte die westukrainische politische Führung sich nicht einem gesamtukrainischen Staat, sondern Ostgalizien verbunden. Dies galt in besonderem Maße für Petruševyč. Wenn aber die Loyalität der Mitglieder des Staatssekretariats und der UNRada weniger der Ukraine, als vielmehr Ostgalizien galt, dann konnte die von Barthélemy in Aussicht gestellte Anerkennung eines ukrainischen Staates die von ihm verlangten territorialen Opfer bei weitem nicht aufwiegen.

Aufgrund der völlig konträren politischen Zielvorstellungen der Ukrainer und der Polen konnte der Krieg mit politischen Mitteln wohl kaum beendet werden. Beide Konfliktparteien setzten auf eine militärische Lösung des Streits um Ostgalizien. Die Ostgalizienfrage erlangte in der polnischen Öffentlichkeit einen solchen Stellenwert, daß schon die Zustimmung der polnischen Seite zum Barthélemy-Frieden, der Lemberg und das ostgalizische Rohölgebiet auf der polnischen Seite beließ, als ungünstig für die polnische Seite aufgefaßt wurde. Der an den Verhandlungen beteiligte Nationaldemokrat Skarbek befürchtete für den Fall der Annahme einer zu weit nach Westen gelegenen Demarkationslinie durch den polnischen Generalstab eine gewaltsame, wenn schon nicht revolutionäre, so doch in ihren Folgen unabsehbare Reaktion der polnischen Gesellschaft. Für den Fall der Abgabe Lembergs oder des Rohölgebiets von Drohobyč beschwor er sogar so weitreichende Gefahrenmomente, wie etwa eine mögliche „Depression“ unter der polnischen Bevölkerung, die Desorganisation der Armee und ein Abgleiten des Landes in den Bolševismus. Aspirationen auf die Zugehörigkeit des ganzen Ostgaliziens zum polnischen Staat wurden von weiten Teilen der polnischen Bevölkerung geteilt.

Es bildete darum eine Vereinfachung, die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen der ukrainischen Seite zuzuweisen, da die Zustimmung der polnischen Delegation zu den von Barthélemy vorgelegten Waffenstillstandsbedingungen, die grundlegende polnische Postulate befriedigten, vorrangig der Einsicht in die für die polnische Seite ungünstige militärische Situation entsprang. Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Ukrainern und Polen unter Vorsitz des amerikanischen Generals Kernan vom 27. März besaßen kaum Erfolgsaussichten, da das Einverständnis der ukrainischen Seite mit dem von Kernan vorgestellten Projekt einer Einstellung der Kampfhandlungen entsprechend der bestehenden Frontlinie vorrangig durch das eigene militärische Scheitern und das Erstarken der polnischen Seite, die ihrerseits nun weniger Interesse an einer politischen Lösung des Ostgalizienkonflikts zeigte, hervorgerufen worden war. Ein Charakteristikum des ukrainisch-polnischen Krieges bestand darin, daß Bereitschaft zu Waffenstillstandsverhandlungen immer die Seite zeigte, die sich militärisch im Nachteil sah. Bis Ende März waren das die Polen, dann in zunehmendem Maße die Ukrainer, die sich nun ihrerseits über die Entschlossenheit der Polen zur Beendigung des ukrainisch-polnischen Konflikts über ein militärisches *fait accompli* nicht zu beklagen brauchten. Die offensichtliche Unmöglichkeit, den Krieg um Ostgalizien mit politischen Mitteln zu lösen, resultierte nicht zuletzt aus der Tatsache, daß eine territoriale Abgrenzung angesichts der besonderen ethnischen Verhältnisse in Ostgalizien, wo ukrainischen Mehrheiten auf dem Lande polnisch-jüdische Majoritäten in den Städten und Kleinstädten gegenüberstanden, scheitern mußte.

Der Staatssekretär der ZUNR für Äußeres Panejko, der als stellvertretender Leiter der ukrainischen Delegation in Paris fungierte, machte sich keine Illusionen über die negative Haltung der Pariser Friedenskonferenz den Ukrainern gegenüber, die nur zeitweise als antibolšewistische Kraft Bedeutung erlangten. Erstens, weil die Ententestaaten im Russischen Bürgerkrieg auf die Denikinarmee setzten, die das einige und unteilbare Rußland zu restituieren sich anschickte. Zweitens, weil die militärische Entwicklung auf die schwindende militärische Kraft der Ukrainer hindeuten schien: In Ostgalizien gewann die polnische Armee ab April 1919 die Oberhand, in der Ostukraine konnten die ukrainischen Streitkräfte kaum die Front gegen die Rote Armee behaupten. Die Haltung der an der Pariser Friedenskonferenz beteiligten Staaten dem ukrainisch-polnischen Krieg gegenüber war außerdem uneinheitlich. Frankreich etwa stand einem militärischen *fait accompli* durch polnische Streitkräfte positiv gegenüber, während Großbritannien und Amerika zwar eine politische Lösung vorzogen, aber keinesfalls Anhänger der Idee eines west-ukrainischen Staates waren.

Die Pariser Friedenskonferenz konnte darum der Offensive der polnischen Streitkräfte in Ostgalizien keinen konsequenten Widerstand entgegensetzen. Vor allem die in Paris unter dem Vorsitz des britischen Generals Botha von Ende April bis Mitte Mai 1919 zwischen Ukrainern und Polen geführten Verhandlungen zeigten deutlich, daß die Friedenskonferenz in dieser Phase der ukrainisch-polnischen Auseinandersetzung offenbar über keine Möglichkeit zur Entfaltung einer effektiven Vermittlungstätigkeit verfügte. Die einzige Druckmöglichkeit, mit der man die polnische Seite zum Einlenken zu bewegen versuchte, war die Drohung einer für den polnischen Staat ungünstigen Festlegung seiner Westgrenzen mit Deutschland. Der Rat der Außenminister erteilte Polen am 25. Juni 1919 die Erlaubnis zur militärischen Besetzung des ganzen Ostgaliziens bis zum Zbruč. Damit sanktionierte die Pariser Friedenskonferenz eine Entwicklung, die sie letztlich kaum noch hätte abwenden können.

Vojnarovs'kyj, der selbst eine maßgebliche Rolle bei einem vom polnischen Außenminister Skirmunt initiierten Verständigungsversuch mit der Wiener Exilregierung Petruševyč im September 1921 übernommen hatte, äußerte sich Mitte August 1922 rückblickend zu den Gründen für die vermeintliche Aussichtslosigkeit von ukrainisch-polnischen Ausgleichsversuchen in Ostgalizien. Bestrebungen zur Annäherung von Ukrainern und Polen konnten sich unmittelbar nach Beendigung des ukrainisch-polnischen Krieges um Ostgalizien, das Mitte Juli 1919 vollständig durch polnische Streitkräfte besetzt worden war, kaum offen zeigen. Es spricht für die Schärfe der Auseinandersetzung zwischen den ostgalizischen Ukrainern und Polen, daß Vojnarovs'kyj den Augenblick unmittelbar nach der militärischen Niederlage der Westukrainer für eine Verständigung zwischen beiden Völkern am besten geeignet ansah. Er beschuldigte die polnische Seite, diese Möglichkeit durch Repressionen zunichte gemacht zu haben:

„Alle Elemente, und zwar sowohl die Zentral-, Landes- und Kreisbehörden und das Militär, als auch die gesamte ostgalizisch-polnische Gesellschaft machten und machen gegen-

wärtig alles nur Erdenkliche, um die Kampf Stimmung der ukrainischen Gesellschaft zu stärken und mit allen Kräften deren Streben nach Eigenstaatlichkeit zu unterstützen“.<sup>2</sup>

Es ist nicht abzusehen, welches Angebot die polnische Regierung der ukrainischen Seite hätte unterbreiten können, um diese zu einer Annäherung an den polnischen Staat zu bewegen. Die Vehemenz, mit der die galizischen Polen sich Ende 1919 und Anfang 1920 der Einführung des vom Obersten Rat beschlossenen Statuts für Ostgalizien widersetzen, verdeutlicht, wie tiefgreifend die nationalen Gegensätze vor Ort durch den ukrainisch-polnischen Krieg verschärft worden waren. Es scheint so, als habe die Entwicklung in Ostgalizien infolge des ukrainisch-polnischen Krieges 1918/19 eine solche Eigendynamik erlangt, daß eine Einflußnahme von außen, sei es von seiten der Entente, sei es von seiten der polnischen Regierung zumindest keine unmittelbare Übereinkunft zwischen Ukrainern und Polen erzielen, sondern nur deren Idee popularisieren konnte.

Die Haltung der ostgalizischen Ukrainer im Lande und in der Wiener Emigration wurde in der Folgezeit zunächst wesentlich durch den wechselhaften Verlauf des polnisch-sovietischen Krieges des Jahres 1920 bestimmt. Insofern, als sie auf den Gang der Ereignisse keinen nennenswerten Einfluß besaßen, blieb ihre Rolle auf die passiver Observatoren beschränkt. Erste Bestrebungen zu einer Annäherung an Polen zeigten sich im Mai 1920 sowohl unter führenden ostgalizisch-ukrainischen Politikern in der Wiener Emigration als auch in Ostgalizien selbst. In Wien setzten sich Anfang Mai Holubovyč und Kost' Levyč'kyj für eine Unterstützung des Bündnisses Piłsudski-Petljura ein. Ausschlaggebend war dabei offenbar die Hoffnung auf die Entstehung eines ostukrainischen Staates. In dem Bestehen dieses Staates sahen sie ein ihre eigene Position der polnischen Regierung gegenüber stärkendes Element. Ukrainische Forderungen wie die Einführung einer dem Pariser Statut angenäherten ukrainischen Autonomie, die Bildung einer ukrainischen Universität und der Erlass einer Amnestie für politische Vergehen konnten nach Ansicht von Holubovyč und Kost' Levyč'kyj nun gegen Warschau mit mehr Nachdruck vorgetragen werden. Von einem Sieg der Bolševiki hingegen erwartete insbesondere Holubovyč die Wiedererrichtung eines „großen“ Rußlands.

Die Tatsache, daß die von Holubovyč und Kost' Levyč'kyj vertretene gemäßigte Linie dem polnischen Staat gegenüber sich nicht durchzusetzen vermochte, verdeutlicht, daß polonophile Orientierungen nach dem ukrainisch-polnischen Krieg 1918/19 innerhalb der ostgalizisch-ukrainischen Politik kaum über Rückhalt verfügten. Der griechisch-katholische Metropolit Šeptyc'kyj unterstützte aus einer antibolševistischen Grundhaltung heraus Ansätze zu einer polonophilen Tendenz nachdrücklich, da er Rußland für den größeren Feind der Ukraine hielt als Polen. Die Entwicklung in Ostgalizien selbst, wo die UNTP und führende politische Gruppierungen wie die UNRada vorsichtige Bereitschaft zu einer Revision ihres bisherigen Programms und die Einnahme einer gemäßigten Position dem polnischen Staat und der polnischen Gesellschaft gegenüber signalisierten, verdeutlicht, daß Überlegungen über die Initiierung von ukrainisch-polnischen Verhandlungen vorrangig taktischen Überlegungen entsprangen. Den vorsichtig geäußerten Ten-

<sup>2</sup> Vojnarovs'kyj an Łoś. Lemberg, den 15.8.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 42b.

denzen der ostgalizischen Ukrainer zu einer Annäherung an den polnischen Staat lag die Erwartung zugrunde, aus der möglichen Staatswerdung der Ostukraine, analog zur Situation des Jahres 1918, den größtmöglichen politischen Nutzen für die eigene Bewegung ziehen zu können. Die Möglichkeit zu einem politischen Dialog zwischen den ostgalizischen Ukrainern und der polnischen Regierung im Mai 1920 bestand darum kaum.

Für diese Sichtweise spricht, daß die polnische Regierung zu dieser Zeit keine Bereitschaft zur Unterstützung polonophiler Tendenzen unter den Ukrainern zeigte. Der polnische Botschafter in Wien Szarota meinte wenige Monate später, daß die Chancen zu einem Ausgleich mit den Ukrainern besser stünden, wenn die polnische Politik seinen Anregungen gefolgt wäre und Holubovyč die Ausbildung einer polonophilen Strömung innerhalb der ukrainischen Gesellschaft ermöglicht worden wäre. Dem Urteil Szarotas gegenüber ist jedoch Skepsis angebracht, da angesichts der Repressionen durch zivile und militärische Behörden vor Ort und der negativen Haltung des überwiegenden Teiles der politisch interessierten polnischen Öffentlichkeit und Presse den Ukrainern gegenüber polonophile Strömungen unter der ukrainischen Bevölkerung kaum Entfaltungsmöglichkeiten besaßen. Einen dezidiert antiukrainischen Standpunkt bezog die polnische Nationaldemokratie, die zwar einerseits unter Umgehung der ukrainischen Partei den direkten Kontakt zur ruthenischen Bevölkerung suchen wollte. Andererseits befürwortete sie in der Landfrage eine Politik der Wahrung des nationalen „Besitzstands“ durch die Parzellierung des Landes polnischer Gutsbesitzer an Bauern polnischer Nationalität. Wenn man sich klar macht, daß die von der Nationaldemokratie vertretenen Ansichten von weiten Kreisen der polnischen Bevölkerung in Ostgalizien geteilt wurden, dann wird deutlich, welchen Hindernissen die Warschauer Regierung sich bei etwaigen Ausgleichsversuchen mit den Ukrainern gegenübersehen mußte.

Das Interesse Warschaus an Verhandlungen mit den ostgalizischen Ukrainern in der zweiten Julihälfte 1920 wurde offenbar durch die vermeintlich bevorstehende Konferenz in London hervorgerufen, auf der auch Vertreter der Bevölkerung Ostgaliziens gehört werden sollten. Erste zu dieser Zeit im Auftrag der Warschauer Regierung geführte Sondierungsgespräche in der Frage einer polnisch-ukrainischen Einigung scheiterten jedoch an der unnachgiebigen Haltung der ukrainischen Parteien, die zunehmend auf eine Entscheidung der Ostgalizienfrage gemäß ihren politischen Zielsetzungen durch die Entente vertrauten. Keine der einflußreichen ukrainischen politischen Gruppierungen ließ Bereitschaft zur Annäherung an den polnischen Staat erkennen. Die der UNTP nahestehende Presse lancierte Artikel, denen zufolge die Ostgalizienfrage eine internationale Angelegenheit und Polen allein ein provisorischer militärischer Okkupant in Ostgalizien sei. Das Organ der USDP „Vpered“ zeigte sogar Sympathien zugunsten des bolschewistischen Rußlands.

Die Bildung einer westukrainischen Exilregierung unter Jevhen Petruševyč in Wien Ende Juli 1920 bildete ein bedeutendes Moment für die weitere Entwicklung der ukrainisch-polnischen Beziehungen. Petruševyč vertrat aus einer entschiedenen antipolnischen Haltung heraus den Gedanken der Bildung eines unabhängigen ostgalizischen Staates. Die offizielle Politik seiner Regierung zielte darauf ab, eine Entscheidung der Ostgalizienfrage durch die Entente zugunsten der Ukrainer durch

eine Propagandaaktion zu unterstützen. Inoffiziell wurden im Auftrag von Petruševyč Verhandlungen mit der sovetischen Seite geführt, die allerdings erfolglos blieben. Der Vorfrieden von Riga am 12. Oktober 1920 und der Rigaer Frieden am 18. März 1921 zwischen der Republik Polen auf der einen Seite und den Sovetrepubliken Rußland und der Ukraine auf der anderen beließen Ostgalizien auf der polnischen Seite der beschriebenen Grenzlinie. Die Ostgalizienfrage war damit *de facto* zugunsten des polnischen Staates entschieden, selbst wenn die Entente *de jure* der rechtmäßige Souverän Ostgaliziens war.

Die Tiefe des ukrainisch-polnischen Gegensatzes ist daraus ersichtlich, daß führende ostgalizisch-ukrainische Organisationen sogar nach Abschluß des Rigaer Friedens keine nennenswerten Tendenzen zur Annäherung an den polnischen Staat zeigten, sondern ihre antipolnische Position Anfang Juni 1921 im Gegenteil durch die Bildung einer Einheitsfront verstärkten. 1921 war darum ungeachtet bestehender Kontakte zwischen beiden Seiten vor allem ein Jahr der Konfrontation. Dafür spricht auch die Art, in der der vom polnischen Außenminister Skirmunt initiierte Verständigungsversuch über Vojnarovs'kyj mit der Wiener Exilregierung Petruševyč im September dieses Jahres scheiterte. Petruševyč ging völlig zu Recht davon aus, daß ihm politische Organisationen der Ukrainer in Ostgalizien wie etwa die UNRada für den Fall eines Eingehens auf das Angebot der polnischen Seite das Vertrauen entziehen würden. Nach der Zurückweisung der polnischen Offerte durch Petruševyč trug Vojnarovs'kyj sein Anliegen der UNRada in Lemberg vor. Hier sah er sich offen mit dem Vorwurf des Verrats der nationalen Sache konfrontiert. Die kompromißlose Politik von Petruševyč Polen gegenüber, insbesondere seine Ablehnung jedweden Dialogs mit der polnischen Seite, war gewiß ein schwerer politischer Fehler. Entscheidender ist aber, daß seine politische Haltung der allgemein verbreiteten antipolnischen Stimmung unter der ostgalizisch-ukrainischen Intelligencija zu dieser Zeit entsprach.

Hinzu kam, daß auch die polnische Regierung über keine so weitreichende politische Bewegungsfreiheit in der Ostgalizienfrage verfügte, um die politischen Aspirationen der ostgalizischen Ukrainer befriedigen zu können. Jedwedes Autonomieprojekt, das nicht die drei südöstlichen Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Ternopil' zur Grundlage hatte, sondern das gesamte Territorium des vormaligen Ostgaliziens unter Einschluß der ehemaligen Kronlandshauptstadt Lemberg umfaßte, mußte bei der polnischen Bevölkerung vor Ort auf einhellige Ablehnung stoßen. Dieser Tatsache war man sich in Warschau durchaus bewußt. Skirmunt, dem offenbar in besonderem Maße an einer ukrainisch-polnischen Verständigung gelegen war, scheint sogar den Gedanken einer Lancierung der Grundlagen einer Territorialautonomie für Ostgalizien an die Ententestaaten erwogen zu haben. Diese sollten dann ihrerseits die Autonomieregelung, zu deren Durchsetzung die polnische Regierung selbst sich außerstande sah, Polen gegenüber in einem Oktroj durchsetzen. Letztlich bildete dies ein offenes Eingeständnis der eigenen Machtlosigkeit der Situation gegenüber, die in Ostgalizien infolge der militärischen Auseinandersetzung von 1918/19 zwischen Ukrainern und Polen entstanden war. Jede Form von Territorialautonomie für Ostgalizien, unabhängig davon, ob sie eine Beibehaltung der Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw und Ternopil' vorsah oder diese zu einer Selbstverwaltungseinheit zusammengefaßt wissen wollte, mußte nicht

nur auf den erbitterten Widerstand der polnischen Bevölkerung vor Ort stoßen. Der ukrainisch-polnische Krieg hatte über Ostgalizien hinaus ein so weitgehendes Interesse hervorgerufen, daß die Einführung einer Territorialautonomie für Ostgalizien wohl von breiten Kreisen der polnischen Öffentlichkeit als Bedrohung der Zugehörigkeit dieser Gebiete zum polnischen Staat verstanden und auf allgemeine Ablehnung gestoßen wäre. Keine polnische Regierung hätte gegen so weitreichende Widerstände eine Territorialautonomie für das gesamte Ostgalizien unter Einfluß Lembergs durchsetzen können. Umgekehrt wäre jede andere Form von Autonomie von den ostgalizischen Ukrainern als unzureichend angesehen worden.

Es ist darum fraglich, ob die Autonomie- und Selbstverwaltungsprojekte, die im Umfeld der Warschauer Regierung vom Herbst 1921 an bis zur Vorlage eines Gesetzesprojekts Mitte September 1922 zur Selbstverwaltung der drei südöstlichen Wojewodschaften erarbeitet wurden, wirklich dem Willen zur Beilegung des ukrainisch-polnischen Gegensatzes in Ostgalizien entspringen konnten. Wenn überhaupt, dann scheint diese Absicht bei Skirmunt ausgebildet gewesen zu sein. Wesentlicher dürften zwei Beweggründe gewesen zu sein. Erstens sollte die Erarbeitung eines Autonomie- oder Selbstverwaltungsgesetzes nicht den Ententestaaten überlassen werden. Zweitens verfolgte der Erlaß des Selbstverwaltungsgesetzes für die drei südöstlichen Wojewodschaften am 26. September 1922 durch den polnischen Sejm vorrangig außenpolitische Zwecke. Zum einen sollten die Ententestaaten dazu veranlaßt werden, die Durchführung der Wahlen zum polnischen Sejm und Senat auch in Ostgalizien, das *de jure* nach wie vor keinen Bestandteil des polnischen Staates bildete, zu tolerieren. Zum anderen war das Gesetz eine Geste des guten Willens den Ententestaaten gegenüber, damit diese die im Rigaer Vertrag festgelegten Ostgrenzen des polnischen Staates und damit die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen anerkannten.

Die ZUNR konnte ihre Staatlichkeit auf dem Territorium Ostgaliziens zwar nur eine verhältnismäßig kurze Zeit behaupten, vom 1. November 1918 bis Mitte Juli 1919. Die Politiker, die an den ukrainischen Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg unmittelbar Anteil genommen hatten, erlebten sie häufig aus einer Perspektive des Scheiterns heraus. Als Erklärung dienten eine noch nicht hinreichende Entwicklung der ukrainischen Nation und die in politischer Hinsicht vermeintlich unzureichende Führung der ostgalizischen Ukrainer.<sup>3</sup> In der nur etwa achteinhalbmonatigen Existenz dieses Staates kann jedoch kein Grund zu einer Marginalisierung seiner Bedeutung liegen.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die ZUNR ein Staatsbildungsversuch der ostgalizischen Ukrainer war. Daß UNR und ZUNR sich trotz der feierlichen Absichtserklärung hochrangiger Vertreter beider Staaten über ihren Zusammen-

---

<sup>3</sup> Makuch betonte das eifrige Bemühen aller ukrainischer Parteien bei der Staatsgründung, stellte aber fest: „Man muß jedoch offen eingestehen, daß wir von den historischen Ereignissen überrascht wurden und auf den revolutionären Umbruch, den Bau und die Verteidigung unseres Staates, zu wenig vorbereitet waren. Es ging über unsere Kraft, in revolutionären Zeiten das zu tun, was in ruhigen Zeiten hätte getan werden müssen: Eine große Anzahl von Menschen zum Staatsaufbau zu erziehen und in der Welt Freunde zu erringen“. Ivan Makuch, *Na narodnij sluzbi, Ditrojt 1959*, S. 261-262. Eine ähnliche Auffassung vertrat Nazarusk, *Halyc'ka delegacija*, S. 56: „Kurz und klar: Wir waren damals unzureichend zur Ausführung der diplomatischen Aufgaben, die vor uns standen“.



schluß am 22. Januar 1919 in Kyjiv im Laufe des Jahres 1919 immer weiter voneinander entfernten, trug in erheblichem Maße zu einer Vertiefung des Gegensatzes zwischen Westukrainern und Ostukrainern bei. Wie tiefgreifend diese Differenzen waren, zeigt die Feststellung Ivan Lysjak-Rudnyc'kyjs aus dem Jahre 1948, dem zufolge man über die Beziehungen beider ukrainischer Staaten nach dem Ersten Weltkrieg nur mit einem größtmöglichen Gefühl an Maß und Verantwortung reden könne.<sup>4</sup> Die ukrainischen Staatsgründungen nach dem Ersten Weltkrieg verdeutlichen, daß regionalen Faktoren im Vergleich zu nationalen Ansprüchen zu dieser Zeit die bei weitem größere Bedeutung zukam. Im Falle der Ukrainer in Ostgalizien erwies es sich als entscheidend, daß die Nationsbildung sich gegen die Vorherrschaft der Polen im ungeteilten Kronland Galizien vollzog. Ihre Konnationalen hingegen sahen sich im Russischen Reich mit der Dominanz der russischen Nation konfrontiert, in der sogar Liberale das Bestehen der Ukrainer als Nation verneinten. Unter den besonderen Bedingungen nach dem Ersten Weltkrieg, als sich auf den ukrainischen Territorien zweier so grundverschiedener Vielvölkerreiche wie dem der Zaren und dem der Habsburger zwei ukrainische Staaten konstituierten, die jeder zur Selbstbehauptung letztlich ein Bündnis mit dem „Erzfeind“ des anderen eingehen mußten, konnte keine gesamtukrainische Politik geführt werden. Beide Seiten bezichtigten einander nach dem Scheitern der ukrainischen Staatsgründungen des nationalen Verrats. Die Verzichtserklärung einer Gruppe ostukrainischer Politiker um Hrekiv auf Ostgalizien, auf die hin die VUNRada in der Wiener Emigration im April 1921 auseinanderfiel, bildete nicht nur aus Sicht von Petruševyč einen erneuten Beweis dafür, daß Ostgalizien einen eigenen Weg verfolgen müsse. West- und Ostukrainer gehörten seiner Auffassung nach zwei verschiedenen Welten an.

Die Frage, inwieweit die ZUNR bei der eigenen Bauernschaft maßgeblichen Rückhalt erfuhr, kann kaum beantwortet werden. Schon von den Zeitgenossen wurde sie je nach nationalpolitischem Standpunkt verschieden beurteilt. Ukrainische Politiker sahen in der Beteiligung der Bauern als Soldaten der ukrainischen galizischen Armee im ukrainisch-polnischen Krieg einen Beweis für deren hohes Nationalbewußtsein. Ihre polnischen Kontrahenten hingegen argumentierten, daß die Bauern nur mit Gewalt in die Armee gepreßt worden seien und nicht für einen westukrainischen Staat kämpften, sondern für eigene wirtschaftliche und soziale Anliegen. Aufgrund dessen, daß verläßliche Studien zur Entwicklung des bäuerlichen Bewußtseins in dieser Zeit fehlen und keine Regionalstudien zu Dorfgesellschaften vorliegen, kann die Frage der bäuerlichen Motivation nicht entschieden werden. Nach dem Ersten Weltkrieg war es nur natürlich, wenn die Bauern grundlegende Zielsetzungen wie das einer Landreform verwirklicht sehen wollten, für nationalpolitische Anliegen aber nur schwer zu motivieren waren. Dies gilt um so mehr, als das Territorium, auf dem die ZUNR gebildet wurde, einen der Hauptschauplätze des Ersten Weltkriegs gebildet hatte. Der Untergang der ukrainischen

---

<sup>4</sup> Vgl. Ivan Lysjak-Rudnyc'kyj, Vklad Halyčyny v ukrajins'ki vyzvol'ni zmahannja, in: Ivan Lysjak-Rudnyc'kyj, Istoryčni ese (Centr doslidžen' istoriji im. Petra Jacyka kanads'koho instytutu ukrajins'kych studij al'berts'koho universytetu. Zachidna istorija Ukrajinjy I), Bd. 2 Kyjiv 1994, S. 54-61, S. 54.

galizischen Armee in den Wirren des russischen Bürgerkriegs 1919/20 scheint dazu beigetragen zu haben, daß die ukrainische Bauernschaft der Ostukraine zunehmend distanziert gegenüberstand. Eher schon dürfte die Agitation für einen westukrainischen Staat, mit dessen Behörden die Bauern vor Ort konfrontiert gewesen waren, auf dem Lande Spuren hinterlassen haben.

Die Konstituierung der ZUNR bildete in vielerlei Hinsicht eine wesentliche Etappe in der Entwicklung der ukrainischen Nationalbewegung in Ostgalizien. Dies ist bereits daraus ersichtlich, daß die politischen Bestrebungen der ostgalizischen Exilregierung auf die Konstituierung eines unabhängigen ostgalizischen Staates als einer „Schweiz des Ostens“ ungeachtet bestehender Spannungen zu politischen Organisationen in Ostgalizien selbst zumindest bis Ende 1922 im Lande Unterstützung fanden. Vojnarovs'kyj konstatierte eine tiefgreifende Umbildung der ukrainischen Geistesverfassung von 1914 bis 1919:

„Im Jahre 1914 war sie [die ukrainische Staatlichkeit, T.W.] die irrealen Phantasie eines kleinen Kreises von Idealisten, die kein Realpolitiker ernsthaft in Erwägung zog. Im Jahre 1914 waren die Ukrainer ein Volk, das 400 Jahre keine Staatlichkeit besaß, heute sind wir ein Volk, das seine Unabhängigkeit gerade erst verloren hat und von ihrer Wiedergewinnung träumt“.<sup>5</sup>

Das ukrainische Volk des Jahres 1922 sei nicht mehr das der Zeit vor 1914, weil der ukrainische nationalstaatliche Gedanke sich während des Ersten Weltkriegs kristallisiert habe und während der Befreiungskriege 1918/19 in den breitesten Kreisen der ukrainischen Gesellschaft popularisiert worden sei. Zugeständnisse der polnischen Seite an die ukrainische Bewegung im kulturellen Bereich, die vor 1914 von ostgalizisch-ukrainischen Politikern als bedeutender politischer Erfolg angesehen worden wären, mußten von ihnen nach dem Bestehen der ZUNR als unzureichend aufgefaßt werden. Ein Grund für das Scheitern einer polnisch-ukrainischen Verständigung wird in der Forschung häufig im tiefverwurzelten Legitimitismus der ostgalizisch-ukrainischen Politiker gesehen, die nicht verstehen konnten, daß die von ihnen vorgebrachten und mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker begründeten Forderungen von der Entente mißachtet werden könnten. In diesem Zusammenhang wird ihre politische Tätigkeit meist als Ausdruck von politischem Maximalismus verurteilt.

Diese Sichtweise trifft jedoch nur zum Teil zu. Insbesondere vernachlässigt sie die tiefgreifenden Auswirkungen des ukrainisch-polnischen Krieges um Ostgalizien auf das Zusammenleben von Ukrainern und Polen, die vor die Notwendigkeit gestellt worden waren, für eine der beiden Seiten optieren zu müssen. Das durch die Ereignisse nationalpolitisch zusätzlich polarisierte Ostgalizien kam auch aufgrund der späten internationalen Anerkennung seiner Zugehörigkeit zum polnischen Staat nicht zur Ruhe. In der ukrainischen politischen Öffentlichkeit waren antipolnische Stimmungen so tief verwurzelt, daß Einzelne zwar eine Annäherung an den polnischen Staat und an die polnische Gesellschaft als notwendig ansahen,

---

<sup>5</sup> Vojnarovs'kyj an Łoś. Lemberg, den 15.8.1922. AAN, Ambasada RP w Londynie, sygn. 439, s. 42a. Im folgenden ebenda.

aus Furcht vor gesellschaftlicher Ächtung und in letzter Konsequenz vor dem Verlust der eigenen Erwerbsquelle aber keine entsprechenden Schritte unternehmen konnten. Eine ukrainisch-polnische Verständigung scheint unter diesen Umständen unmöglich gewesen zu sein. Dies gilt um so mehr, als mit dem Bestehen der ZUNR für die polnische Öffentlichkeit Ereignisse verbunden waren wie die sechsmonatige Belagerung Lembergs durch ukrainische Truppen. Nach dem ukrainisch-polnischen Krieg nahmen insbesondere die ostgalizischen Polen eine ablehnende Haltung gegen jedwede Zugeständnisse an die ukrainische Bewegung ein. Die Einführung einer Territorialautonomie für Ostgalizien, die die nationalpolitischen Aspirationen der ostgalizisch-ukrainischen Politik zu dieser Zeit nicht erfüllt hätte, muß von der dortigen polnischen Bevölkerung nicht nur als Schritt in Richtung einer Abtrennung dieses Territoriums von Polen angesehen, sondern als Auslieferung an die Ukrainer gefürchtet worden sein. Eine wirkliche Chance zu einer Verständigung zwischen beiden Nationen bestand darum von 1918 bis 1923 nicht. Der Weg in die Konfrontation und in letzter Konsequenz in erneute militärische Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und Polen war damit vorgezeichnet.



## VII. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 1. Archive

*Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukrainy u L'vovi - CDIA Ukrainy u L'vovi:*

- fd. 146, Halyc'ke Namisnyctvo.
- fd. 211, Pol's'ka likvidacijna komisija u Krakovi.
- fd. 355, Zachidno-Ukrajins'ke Tovarystvo Lihy Nacij.
- fd. 359, Osyp Nazaruk.
- fd. 368, Stepan Tomašivs'kyj.
- fd. 372, Volodymyr Ochrymovyč.
- fd. 581, Kolekcija dokumentiv pro dijəl'nist' urjadiv ta armij UNR i ZUNR.
- fd. 681, Mychajlo Tyškevyč.

*Deržavnyj Archiv L'vivs'koji Oblasti – DALO:*

- fd. 257, Tovarystvo vyvčennja istoriji oborony L'vova i pivdenno-schidnych vojevodstv rr. 1918-1920 u L'vovi.

*Central'nyj Deržavnyj Archiv Vyščych Orhaniv Vlady i Orhaniv Deržavnogo Upravlinnja Ukrainy – CDAVOV:*

- fd. 1065, Rada narodnych ministriv UNR, m. Kyjiv, Vinnycja, Rivne, Kamjanec'-Podil's'kyj.
- fd. 1092, Ministerstvo vnutrišnih sprav UNR.
- fd. 2188, Načal'naja komanda galickoj armii zapadnoj oblasti Ukrainskoj Narodnoj Respubliki, g. Čortkiv.
- fd. 3766, Ministerstvo zakordonnych sprav Ukrajins'koji Deržavy, m. Kyjiv, 1918 rik.
- fd. 3695, Serhej Šeluchin.
- fd. 3696, Ministerstvo inozemnych sprav UNR.
- fd. 3933, Isaak Mazepa.
- fd. 4440, Predstavnyctvo ZUNR u Prazi.
- fd. 4453, Osyp Bezpalko.

*Archivum Akt Nowych – AAN:*

- Ambasada RP w Paryżu.
- Ambasada RP w Londynie.
- Delegacja RP przy Lidze Narodów w Genewie.
- Paderewski, Ignacy Jan.

Kolekcja opracowań i odpisów dokumentów dotyczących stosunków Polski z Litwą, Łotwą, Rosyjską Republiką Radziecką, Ukrainą – KOD.

Ministerstwo Spraw Wewnętrznych.

Ministerstwo Spraw Zagranicznych, wydział wschodni.

Piłsudscy, Józef i Aleksandra, cz. 1: Adiutantura Belwederu z lat 1918-1923.

Poselstwo RP w Moskwie.

Poselstwo RP we Wiedniu.

Prezydium Rady Ministrów:

Protokoły Posiedzeń Rady Ministrów z lat 1918-1923.

Protokoły Posiedzeń Komitetu Politycznego Ministrów z lat 1920-1923.

Towarzystwo Straży Kresowej.

*Centralne Archiwum Wojskowe – CAW:*

371.6 DOK VI.

I.301.7.2 Zespół oddziału I Naczelnego Dowództwa WP.

I.304.1 Dowództwo WP na Galicję Wschodnią.

I.380 Zespół sprzymierzonej armii ukraińskiej.

I.440.12, Teki Laudańskiego.

Wojskowe bjuro historyczne – WBH.

*Biblioteka Narodowa:*

Archiwum Towarzystwa im. Tarasa Szewczenki.

*Österreichisches Staatsarchiv, Wien:*

Kriegsarchiv:

Militärkanzlei Seiner Majestät – MKSM.

Präsidium des Kriegsministeriums – KMPräs.

Allgemeines Verwaltungsarchiv - AVA:

Staatsarchiv des Innern und der Justiz, Ministerratsprotokolle 1914-1918.

Ministerium des Innern, Präsidiale: Galizien – Unruhen und Exzesse, Signatur 22.

Haus-, Hof- und Staatsarchiv - HHStA:

Ministerium des Äußern (1848-1918), Politisches Archiv I, X, Literarisches Büro (Presseleitung).

Archiv der Republik – AdR:

Neues Politisches Archiv:

Karton 374, Liasse Österreich 23.

Karton 644, Liasse Polen X/1.

Karton 648 Liasse Polen 2/7-2/8, 3, 4a/1.

Karton 651, Liasse Polen 8/1-9/5.

Karton 786, Liasse Ukraine 2/3.

R. 8971-8981, Die Angelegenheiten Galiziens.

R. 81428-81429, Akten betreffend Galizien, auswärtige Politik.

R. 81959, Nationalitätenfrage, Fremdvölker, Sprachenfrage (Polen).

## **2. Gedruckte Quellen**

### **2.1 Zeitungen**

Dilo 1918, 1922-1923.

Ukrajins'ke Slovo 1918.

Republyka 1919.

Narod 1919.

Vpered 1918-1920.

Ukrajins'kyj Holos, Ternopil' 1918.

Nove Žyttja, Stanislau 1918-1919.

Ukrajins'ka Dumka, Lemberg 1920.

Hromads'ka Dumka, Lemberg 1920.

Ukrajins'kyj Vistnyk, Lemberg 1921.

Hromads'kyj Vistnyk 1922.

Ukrajins'kyj Prapor, Wien 1919-1923.

Czas, Krakau 1918-1923.

Słowo Polskie, Lemberg 1918-1923.

Chwila, Lemberg 1919-1923.

### **2.2 Dokumentenpublikationen**

Archiwum polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. II. 1919-1921. Bearbeitet von Witold Stankiewicz und Andrzej Biber. Wrocław, Warszawa, Kraków, Gdańsk 1974.

Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung. hg. von Otto Hoetzsch, Reihe II: Vom Kriegsausbruch bis zum Herbst 1915, 6. Band, 1. Halbband: 5. August 1914 bis 1. November 1914, Berlin 1934.

Ereignisse in der Ukraine 1914-1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe, hg. von Theophil Hornykiewicz, 4 Bde Horn (Öst.)-Philadelphia 1966-1969.

Liliana Hentoš, Lysty Symona Petljury do hrafa Mychajla Tyškevyča, in: *Ukrajina Moderna* 1 (1996), S. 157-171.

Nieznaną korespondencją arcybiskupów metropolitów lwowskich Józefa Bilczewskiego z Andrzejem Szeptyckim w czasie wojny polsko-ukraińskiej 1918-1919 (Biblioteka historyczna archiwum metropolii lwowskiej obrządku łacińskiego w Krakowie, seria A: Źródła i materiały, Bd. 2), hg. von Józef Wołczański, *Lwów-Kraków* 1997.

Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały, Bd. II, Warszawa 1967.

Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrates im Jahre 1917 und 1918, XXII. Session.

Ukraine and Poland in Documents 1918-1922 (Sources for the History of Rus'-Ukraine 12), hg. von Taras Hunczak, 2 Bde New York 1983.

### **2.3 Memoiren und Erinnerungen**

Leon Biliński, Wspomnienia i dokumenty, Bd. 1: 1846-1914, Warszawa 1924.

Il'ko Borščak, Jak zorganizovana Myrova Konferencija 1919 r., in: Iljustruvanyj kalendar' Almanachu Červonoji Kalyny na 1918 rik, S. 102-114.

Andrij Čajkovs'kyj, Čorni rjadky. Moji spomyny za čas vid 1 lystopada 1918 do 13 travnja 1919. L'viv 1930.

Lonhyn Cehels'kyj, Vid legend do pravdy. Spomyny v Ukrajinu vzjazani z Peršym Lystopadom 1918 r., N'ju-Jork, Filadelfija 1960.

Antin Černec'kyj, Spomyny z moho žyttja, Londyn 1964.

Marceli Chlamtacz, Na marginesie relacji prof. A. Jakubskiego, in: Obrona Lwowa, Bd. 2, S. 763-779.

Ders., Relacja o obronie Lwowa w listopadzie 1918 r., in: Obrona Lwowa, Bd. 2, S. 113-120.

Čomu bula prohološena v žovtni 1918 r. okrema zachidno-ukrajins'ka deržava?, in: Ukrajins'kyj Prapor (Berlin), Nr. 17-19, 1.11.1928, Nr. 1-2, 1.1.1929.

Ignacy Daszyński, Pamiętniki, Bd. 2 Kraków 1926.

Den' 22. sičnja 1919 roku v Kyjivi, in: Litopys Červonoji Kalyny 1937, Nr. 1, S. 3.

Dmytro Dorošenko, Moji spomyny pro nedavne-mynule (1914-1920), 2. Aufl. München 1969.

Solomon Gol'del'man, Lysty žydivs'koho socijal-demokrata pro Ukrajinu. Materijaly do istoriji ukrajins'ko-žydivs'kych vidnosyn za čas revoljuciji, Viden' 1921.

Artur W. Hausner, Listopad 1918 r. W dziesiątą rocznicę, Lwów 1928.

Antoni Jakubski, W obronie prawdy, in: Obrona Lwowa, Bd. 2, S. 783-815.

Ivan Jurijiv, Akt 22. sičnja 1919 roku, in: Litopys Červonoji Kalyny 1938, Nr. 1, S. 4-6.

Ivan Kedryn, Žyttja – Podiji – Ljudy. Spomyny i komentari, N'ju-Jork 1976.

Franciszek Salezy Krysiak, Z dni grozy we Lwowie (od 1-22 listopada 1918 r.), Kraków 1919.

Vgl. V[olodymyr] Kušnir, Zamitky do halyc'ko-ukrajins'koji polityky, in: Volja, Viden' 1920. Bd. 1, Nr. 1, S. 5-12.

Ludwik de Laveaux, Rola POW w przygotowaniu obrony Lwowa i ro-kowania polsko-ukraińskie, in: Obrona Lwowa, Bd. 1, S. 281-305.

Kost' Levyc'kyj, Dyplomatyčna dijaj'nist' ZUNR (1918-1923), in: Litopys Červonoji Kalyny 1938, Nr. 11, S. 3-4.



Ders., Peršyj deržavnyj sekretarijat u L'vovi, in: Ukrajins'kyj Skytalec' 1923, Nr. 11 (33), S. 15-18.

Ders., Rozpad Avstriji i ukrajins'ka sprava (polityčni spomyny z r. 1918), in: Volja, Viden' 1920, Bd. 3, Heft 2, S. 54-59.

Osyp Levyc'kyj, Halyc'ka armija na velykij Ukrajinii, Viden' 1921.

Herman Lieberman, Pamiętniki. Bearbeitet von Andrzej Garlicki, Warszawa 1996.

Mychajlo Lozyns'kyj, Halyčyna na myrovij konferenciji v Paryži, Kaminec'[-Podils'kyj] 1919.

Ders., Zahranyčne zastupnyctvo Ukrajins'koji Narodnoji Respublyky, in: Narodnij kaljendar tovarystva „Prosvita“ z literaturnym zbirnykom na zvyčajnyj rik 1921, ričnyk 43, L'viv 1921, S. 90-95.

Vgl. Stanyslav Los', Mižnarodne položennja Pol'sšči ta halyc'ki ukrajinci, L'viv 1932.

Czesław Mączyński, O stanowisku Żydów w czasie walk listopadowych, in: Obrona Lwowa, Bd. 2, S. 816-825.

Ivan Makuch, Na narodnij službi, Ditrojt 1959.

Isaak Mazepa, Ukrajina v ohni j buri revoljuciji 1917-1921, Bd. I-II, o.O. 1950-1951.

M.Č., Desjat' dniv u Kyjivi v sični 1919 r. Spomyny z Trudovoho Konhresu, in: Litopys Červonoji Kalyny 1931, Nr. 5, S. 5-8; Nr. 6, S. 3-6.

Osyp Nazaruk, Halyc'ka delegacija v Ryzi 1920 r. Spomyny učasnyka, L'viv 1930.

Ders., Moji perehovory z bolševykamy II, IV, VI, in: Nova Zorja, Nrn. 2, 6 und 12 (12. und 26.1.1930, 16.2.1930).

Ders., Rik na Velykij Ukrajinii. Spomyny z ukrajins'koji revoljuciji, Viden' 1920.

Ders., V ukrajins'kij dypł'omatyčnij službi v rokach 1915-1923, in: Litopys Červonoji Kalyny 1938, Nr. 10, S. 16-17. Ebenda, S. 17.

Obrona Lwowa. Źródła do dziejów walk o Lwów i województwa południowo-wschodnie. Relacje uczestników, 2 Bde Warszawa 1991-1993.

Mychajlo Omeljanovyč-Pavlenko, Ukrajins'ko-pol's'ka vijna 1918-1919, Praha 1929.

Dmytro Palijiv, Lystopadova revoljucija, in: Ukrajins'ka Halyc'ka Armija, Bd. III, Vinnipeg 1966, S. 20-39.

Vasyl' Panejko, Pered peršym lystopadom. Šmatok spohadiv, in: Dilo, Nr. 245, 1.11.1928.

Ders., Ukrajins'ki legiony po boci Antanty (Uryvok iz spomyniv), in: Polityka, 10.10.1925, S. 8-12; 10.11.1925, S. 46-49.

Ders., Zjedyneni deržavy Schidnoji Jevropy. Halyčyna j Ukrajina suproty Pol'sšči i Rosiji, Viden' 1922.

Maciej Rataj, Pamiętniki 1918-1927. Zum Druck vorbereitet von Jan Dębski, Warszawa 1965.

Bolesław Roja, Legendy i fakty, Warszawa 1931.

Pavlo Skoropads'kyj, Spohady. Kinec' 1917 – hruden' 1918. Hg. von Jaroslav Pelens'kyj, Kyjiv, Filadelfija 1995.

Hnat Stefaniv, *Za L'viv*, in: *Ukrajins'kyj Skytalec'* 1923, Nrn. 21-22 (43-44), S. 8-12.

Władysław Stesłowicz, *Relacja z czasu walk listopadowych o Lwów*, in: *Obrona Lwowa*, Bd. 2, S. 421-448.

Stepan Šucevyč, *Spomyny z ukrajins'ko-halyc'koji armiji (1918-1920)*, Bd. I und II, *L'viv* 1928-1929.

Tyt Vojnarovs'kyj, *Spohady z moho žyttja*, in: *Istoryčni postati Schidnoji Halycyny XIX-XX st.*, hg. von Isydore Sohoc'kyj (Naukove Tovarystvo Ševčenko, Biblioteka Ukrajinovnavstva, Bd. VIII), N'ju Jork, Paryż, Sidnej, Toronto 1961, S. 15-75.

Ozjasz Wasser, *Rola Żydów w listopadowej obronie Lwowa*, in: *Obrona Lwowa*, Bd. 2, S. 830-841.

Wincenty Witos, *Moje wspomnienia* (Biblioteka Kultury XCIX), Bd. II Paryż 1964.

### 3. Monographien

Henryk Batowski, *Rozpad Austro-Węgier 1914-1918 (Sprawy narodowościowe i działania dyplomatyczne)*, Wrocław-Warszawa-Kraków 1965.

Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Wien, München 1966.

Wolfdieter Bihl, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk*, Wien-Köln-Graz 1970.

Michał Bobrzyński, *Wskrzeszenie państwa polskiego. Szkic historyczny*. Bd. II 1919-1923, Kraków 1925.

Peter Borowski, *Deutsche Ukrainepolitik*, Lübeck 1970.

Jan Jacek Brucki, *Centrum państwowe Ukrainiejskiej Republiki Ludowej na wychodźstwie (1919-1924)*, Kraków 2000.

Andrzej Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939 (Polska myśl polityczna XIX. i XX. wieku 3)*, Wrocław u.a. 1979.

Tadeusz Dąbkowski, *Ukraiński ruch narodowy w Galicji Wschodniej 1912-1923*, Warszawa 1985.

Norman Davies, *White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War*, London 1972.

Vgl. Sydir Jaroslavyn [Isydore Sohoc'kyj], *Vyzvol'na borot'ba na zachidno-ukrajins'kych zemljach u 1918-23 rr.*, Filadelfija 1956, S. 74-75.

Wilhelm Feldman, *Stronnictwa i programy polityczne w Galicji 1846-1906*, Bd. 2 Kraków 1906.

Jan Gella, *Ruski miesiąc 1.XI.-22.XI. 1918. Ilustrowanyj opis walk listopadowych we Lwowie*, Lwów 1919.

*Die Habsburgermonarchie 1848-1918*. Hg. von Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch. Bd. III: *Die Völker des Reiches*, 1. Teilband, Wien 1980.

John-Paul Himka, *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement*, New York 1988

Ders., *Socialism in Galicia. The Emergence of Ukrainian Radicalism and Polish Social Democracy (1860-1890)*, Cambridge (Mass.) 1983.

Kerstin S. Jobst, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Die polnische und ukrainische Sozialdemokratie in Galizien von 1890 bis 1914. Ein Beitrag zur Nationalitätenfrage im Habsburgerreich (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas 2)*, Hamburg 1996.

Klaus Kindler, *Die Cholmer Frage 1905-1918 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 424)*, Frankfurt/Main, Bern, New York, Paris 1990.

Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, München 1994.

Michał Klimecki, *Polsko-ukraińska wojna o Lwów i Wschodnią Galicję 1918-1919*.

Eugeniusz Koko, *W nadziei na zgodę. Polski ruch socjalistyczny wobec kwestii narodowościowej w Polsce (1918-1939) (Uniwersytet Gdański. Rozprawy i monografie 207)*, Gdańsk 1995.

Ders., *Wolni z wolnymi. PPS wobec kwestii ukraińskiej w latach 1918-1925 (Uniwersytet Gdański, rozprawy i monografie 165)*, Gdańsk 1991.

Maciej Kozłowski, *Zapomniana wojna. Walki o Lwów i Galicję Wschodnią 1918-1919*, Bydgoszcz 1999.

Orest Krasivs'kyj, *Schidna Halyčyna i Pol'sčča v 1918-1923 rr.*, Kyjiv 1998.

Ders., *Halyčyna u peršij čverti XX. st. Problemy pol's'ko-ukrajins'kych stosunkiv*, L'viv 2000.

Wasył' Kutschabsky, *Die Westukraine im Kampfe mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918-1923 (Schriften der kriegsgeschichtlichen Abteilung im historischen Seminar der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, allgemeine Reihe, Heft 8)*, Berlin 1934.

Oleksa Kuz'ma, *Lystopadovi dni 1918 r.* L'viv 1931.

Heinz Lemke, *Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und die Polen im Ersten Weltkrieg*, Berlin (Ost) 1977.

Kost' Levyc'kyj, *Istorija polityčnoji dumky halyč'kych Ukrajinciv 1848-1914*, 2 Bde L'viv 1926.

Ders., *Istorija vyzvol'nych zmanan' halyč'kych Ukrajinciv z času svitovoji vijny 1914-1918*, 2 Bde L'viv 1928.

Ders., *Velykyj zryv. Do istoriji ukrajins'koji deržavnosti vid bereznja do lystopada 1918 r.*, L'viv 1931.

Krzysztof Lewandowski, *Sprawa ukraińska w polityce zagranicznej Czechosłowacji w latach 1918-1932*, Wrocław u.a. 1974.

Mychajlo Lozyns'kyj, *Halyčyna v rr. 1918-1920 (Ukrajins'ka revolucija. Rozvidky i materialy 5)*, Viden' 1922 (Reprint New York 1970).

Kay Lundgren-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study of the Policies of the Great Powers and the Poles (Odense University Studies in History and Social Sciences 59)*, Odense 1979.

Mykola Lytvyn, *Ukrajins'ko-pol's'ka vijna 1918 – 1919 rr.*, L'viv 1998.

Paul-Robert Magocsi, *Galicia: A Historical Survey and Bibliographical Guide*, Toronto 1983.

Rudolf A. Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung (Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 13), Marburg 1994.

Ders., Symon Petljura und die UNR. Vom Sturz des Hetmans Pavlo Skoropadskij bis zum Exil in Polen, in: Forschungen zur Geschichte Osteuropas 40 (1988), S. 7-228.

Petro Mirčuk, Peršyj listopad, Toronto 1958.

Alexander J. Motyl, The Turn to the Right: The Ideological Origins and Development of Ukrainian Nationalism, 1919-1928 (East European Monographs LXV), New York 1980, S. 36.

Ludwik Mroczyka, Spór o Galicję Wschodnią 1914-1923 (Wyższa Szkoła Pedagogiczna im. Komisji Edukacji Narodowej w Krakowie. Prace monograficzne 242), Kraków 1998.

Walentyna Najdus, Ignacy Daszyński 1866-1936, Warszawa 1988.

Ders., Polska Partia socjalno-demokratyczna Galicji i Śląska 1890-1919, Warszawa 1983.

Oleksandr Pavljuk, Borot'ba Ukrajiny za nezaležnist' SŠA (1917-1923), Kyjiv 1996.

Mirosława Papierzyńska-Turek. Sprawa ukraińska w Drugiej Rzeczpospolitej 1922-1926, Kraków 1979.

Iryna Pohrebyns'ka, Maksym Hon, Jevreji v Zachidnoukrajins'kij Respublici (Do problemy ukrajins'ko-jevrejs'kych vzajemyn), Kyjiv 1997.

Polska i Ukraina. Sojusz 1920 roku i jego następstwa. Materiały z konferencji naukowej „Polska i Ukraina. Sojusz 1920 roku i jego następstwa.“ Toruń 16-18 listopada 1995 r., Toruń 1997.

Vasyl' Rasevyč, Ukrajins'ka Nacional'no-Demokratyčna Partija (1899-1918). Dysertacija na zdobuttja naukovoho stupenja kandidata istoryčnych nauk. Na pravach rukopysu. Nacional'na Akademiya Nauk Ukrajiny, Instytut Ukrajinoznavstva im. I. Kryp'jakevyča, L'viv 1996.

J. S. Reshetar, The Ukrainian Revolution 1917-1920. A Study in Nationalism, Princeton 1952.

Ivan L. Rudnytsky, Essays in Modern Ukrainian History, hg. von Peter L. Rudnytsky, Edmonton 1987.

[Ders.] Ivan Lysjak-Rudnyč'kyj, Istoryčni ese (Centr doslidžen' istoriji im. Petra Jacyka kanads'koho instytutu ukrajins'kych studij al'berts'koho universytetu. Zachidna istorija Ukrajiny I), 2 Bd. Kyjiv 1994.

Ihor Soljar, Ukrajins'ke Nacional'ne Demokratyčne Ob'jednannja, L'viv 1995.

Matvij Stachiv, Zachidnja Ukrajina. Narys istoriji deržavnoho budivnyctva ta zbrojnoji i dyplomatyčnoji oborony v 1918-1923, 5 Bde (num. als III-VI,2) Skrenton 1959-61.

Janusz Szczepański, Społeczeństwo Polski w walce z najazdem bolszewickim 1920 roku, Warszawa, Pułtusk 2000.

Jerzy Tomaszewski, Rzeczpospolita wielu narodów, Warszawa 1985.

Traktat ryski 1921 po 75 latach. Studia pod redakcją Mieczysława Wojciechowskiego, Toruń 1918.

Ukrajins'ka Halyc'ka Armija 1918-1921. Materijaly do istoriji, Bd. I-V Vin-nipeg 1958-1976.

Piotr. S. Wandycz, France and Her Eastern Allies 1919-1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno, Minneapolis 1962.

Ders., Soviet-Polish Relations, 1917-1921, Cambridge (Mass.) 1969.

Wojna polsko-ukraińska 1918-1919: Działania bojowe - aspekty polityczne - kalendarium, hg. von Grzegorz Łukomski, Czesław Partacz, Bogusław Polak, Koszalin-Warszawa 1994.

Przemysław Piotr Żurawski, Sprawa ukraińska na konferencji pokojowej w Paryżu w roku 1919, Warszawa 1995.

#### 4. Artikel

Andrzej Ajnenkiel, Od aktu 5 listopada do traktatu ryskiego. Kilka refleksji dotyczących kształtowania polskiej granicy wschodniej, in: Traktat ryski 1921 po 75 latach, S. 19-29.

Henryk Batowski, Die Polen, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. III, 1. Teilband Wien 1980, S. 522-554.

Wolfdieter Bihl, Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 14 (1966), S. 51-62.

Ders., Österreich-Ungarn und der „Bund zur Befreiung der Ukraine“, in: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag, Graz, Wien, Köln 1965, S. 505-526.

Ders., Die Ruthenen, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Bd. III, 1. Teilband, Wien 1980, Wien 1980, S. 555-584.

Ders., Die Tätigkeit des ukrainischen Revolutionärs Mykola Zaliznjak in Österreich-Ungarn, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 13 (1965), S. 226-230.

Hans-Jürgen Bömelburg, Die polnisch-ukrainischen Beziehungen 1922-1939. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 81-102.

Myron Dol'nyc'kyj, Vijs'kova pidhotovka lystopadovoho zryvu ta jiji zdijs-nennja, in: Ukrajins'ka Halyc'ka Armija I, Vinnipeg 1958, S. 49-59.

Nahum Michael Gelber, The National Autonomy of Eastern-Galician Jewry in the West-Ukrainian Republic, 1918-1919, in: A History of Polish Jewry during the Revival of Poland. Hg. von Isaac Lewin, New York 1990, S. 221-326.

John-Paul Himka, Priests and Peasants: The Greek-catholic Pastor and the Ukrainian National Movement in Austria, 1867-1900, in: Canadian Slavonic Papers 21 (1979), S. 1-14.

[Ders.] Ivan-Pavlo Chymka, Ukrajins'kyj nacional'nyj ruch u Halyčyni v svitli novych teoretyčnych prac' pro nacionalizm i nacional'ni ruchy, in: Druhij mižnarodnyj konhres ukrajinistiv (L'viv, 22.-28. serpnja 1993 r.). Dopovidi i povidomlennja. Istorija. Častyna I, L'viv 1994, S. 215-220.

Helga Grebing, Österreich-Ungarn und die „Ukrainische Aktion“ 1914-1918. Zur österreichisch-ungarischen Ukrainepolitik im Ersten Weltkrieg, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 7 (1959), S. 270-296.

Kerstin S. Jobst, Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917, in: *Geschichte der Ukraine*, hg. von Frank Golczewski, Göttingen 1993, S. 158-171.

Andreas Kappeler, Nacional'nyj ruch Ukrajinčiv u Rossiji ta Halyčyni: Sproba porivnannja, in: *Ukrajina: Kul'turna spadščyna, nacional'na svidomist', deržavnist'*, Kyjiv 1992, S. 104-119.

Eugeniusz Koko, Polskie partie socjalistyczne wobec walk polsko-ukraińskich (październik-grudzień 1918 r.), in: *Z pola walk* 1988, *Rocznik XXXI*, Nr. 3 (123), S. 81-92.

Ders., Przed ryskimi prelinnariami. Z dziejów stanowiska Ukraińców Galicyjskich w 1920 r., in: *Polacy o Ukraińcach, Ukraińcy o Polakach. Materiały z sesji naukowej pod redakcją Tadeusza Stignera*, Gdańsk 1993.

Ders., Ukraińscy socjaldemokraci galicyjscy w okresie międzywojennym (1918-1939), in: *Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego MLXXXVIII, Prace Historyczne* z. 103 (1993), S. 125-141.

Jerzy Kumaniecki, Uznanie wschodniej granicy Polski przez Radę Ambasadorów, in: *Kwartalnik Historyczny* 76 (1969), S. 73-92.

Heinz Lemke, Die Regierung Stürgkh und die Pläne zur Teilung Galiziens, in: *Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900 bis 1918*, Berlin (Ost) 1965, S. 267-283.

Rudolf Mark, Das Problem einer ukrainischen Nationalstaatsbildung im 20. Jahrhundert, in: *Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*, hg. von Guido Hausmann und Andreas Kappeler, Baden-Baden 1993, S. 82-99.

Ders., Die gescheiterten Staatsversuche, in: *Geschichte der Ukraine*, hg. von Frank Golczewski, Göttingen 1993, S. 172-201.

Christoph Mick, Nationalisierung in einer multiethnischen Stadt. Interethnische Konflikte in Lemberg 1890-1920, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 40 (2000), S. 113-146, S. 113.

Ders., „Wer verteidigte Lemberg?“ Totengedenken, Kriegsdeutungen und nationale Identität in einer multiethnischen Stadt, in: *Der Krieg in religiösen und nationalen Deutungen der Neuzeit*, hg. von Dietrich Beyrau, Tübingen 2001, S. 189-216.

Ders., Ethnische Gewalt und Pogrome in Lemberg 1914 und 1941, in: *Osteuropa* 2003 (Dezember), S. 1810-1829.

Laurence J. Orzell, A "Hotly disputed" Issue: Eastern Galicia at the Paris Peace Conference, 1919, in: *Polish Review* 25 (1980), S. 49-68.

Andrzej Partyka, Polskie koncepcje autonomii Galicji Wschodniej w latach 1919-1922, in: *Studia Historyczne* 19 (1976), S. 563-576.

Oleh Pavlyšyn, Orhanizacija cyvil'noji vlady ZUNR u povitach Halyčyny (lystopad-hruden' 1918 roku), in: *Ukrajina Moderna*, Nr. 2-3, L'viv 1999, S. 132-193.

Vasyl' Rasevyč, Dijal'nist' ukrajins'kych polityčnych orhanizacij u Vidni pid čas peršoju svitovoju vijny, in: *Visnyk L'vivs'koho universytetu. Serija istoryčna*, vyp. 34 (1999), S. 317-330.

Ivan L. Rudnytsky, Polish-Ukrainian Relations: The Burden of History, in: Ders., Essays in Modern Ukrainian History, hg. von Peter L. Rudnytsky, Edmonton 1987, S. 49-76.

Ders., The Ukrainians in Galicia under Austrian Rule, in: Ders., Essays in Modern Ukrainian History, S. 315-352.

[Ders.] Ivan Lysjak-Rudnyč'kyj, Četvertyj universal ta joho ideolohični poperednyky, in: Ders., Istoryčni ese, Bd. 2, S. 1-27

Ders., Vklad Halyčyny v ukrajins'ki vyzvol'ni zmahannja, in: Ders., Istoryčni ese, Bd. 2, S. 54-61.

Ihor Soljar, Ukrajins'ke Nacional'ne Demokratyčne Ob'jednannja, L'viv 1995.

Piotr Stawecki, Ratyfikacja umowy preliminaryjnej i traktatu ryskiego przez Sejm ustawodawczy, in: Traktat ryski 1921 po 75 latach, S. 111-123.

Kai Struve, Bauern und Nation in Ostmitteleuropa: Soziale Emanzipation und nationale Identität der galizischen Bauern im 19. Jahrhundert, in: Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich. Hg. von Ulrike v. Hirschhausen und Jörn Leonhard, Göttingen 2001, S. 347-371.

Ders., „Chłopi z chłopami“ albo „Ziemia polska dla Polaków. Das Verhältnis des *ruch ludowy* zu Weißrussen und Ukrainern bis 1939, in: Oblicza wschodu w kulturze polskiej. Hg. von Grzegorz Kotlarski und Marek Figura. Poznań 1999, S. 99-122.

Mychajlo Švahuljak, Ukrajins'ki konservatory i sprava ukrajins'ko-pol's'kych vzajemyn (1921-1939), in: Polska i Ukraina. Sojusz 1920 roku, S. 371-395.

Ders., Do istoriji ukrajins'ko-pol's'kych perehovoriv u 1921 roci. Misija Tyta Vojnarovs'koho, in: Zapysky naukovocho tovarystva imeni Ševčenko, Bd. CCXXXIII. Praci Istoryčno-filosofs'koji sekciji, L'viv 1997, S. 126-147.

Jerzy Tomaszewski, Lwów w dniach 22-23 listopada 1918, in: Przegląd Historyczny 75 (1984), Heft 2, S. 279-285.

Rex A. Wade, Maklakov, Vasilij Aleksevič, in: The Modern Encyclopedia of Russian and Soviet History, hg. von Joseph L. Wiczyński, Bd. 21, Gulf Breeze (Fl.) 1981, S. 23-25.

Piotr Wandycz, Z zagadnień współpracy polsko-ukraińskiej w latach 1919-1920, in: Zeszyty Historyczne 12 (1967), S. 3-24.

Anna Veronika Wendland, Die Rückkehr der Russophilen in die ukrainische Geschichte: Neue Aspekte der ukrainischen Nationsbildung in Galizien, 1848-1914, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 49 (2001), S. 178-199.

Roman Wapiński, Endecja wobec kwestii ukraińskiej i białoruskiej, in: Słowianie w dziejach Europy. Studia Historyczne ku uczczeniu 75 rocznicy urodzin i 50-lecia pracy naukowej Profesora Henryka Łowmiańskiego (Uniwersytet im. Adama Mickiewicza w Poznaniu, wydział filozoficzno-historyczny, Seria historia 58), Poznań 1974, S. 301-308.

Ders., Endecka koncepcja polityki wschodniej w latach II Rzeczypospolitej, in: Studia z dziejów ZSRR i Europy Środkowej 5 (1969), S. 55-102, S. 59.

Witold Wojdyło, Traktat w Rydze w koncepcjach politycznych obozu narodowego ze szczególnym uwzględnieniem roli Stanisława Grabskiego, in: Traktat ryski 1921 po 75 latach, S. 47-61, S. 57, 60.

Zofija Zaks, Galicja Wschodnia w polityce Zachodnio-Ukraińskiej Republiki Ludowej i Ukraińskiej Republiki Ludowej w drugiej połowie 1919 r., in: Naród i państwo. Prace ofiarowane Henrykowi Jabłońskiemu w rocznicę urodzin, Warszawa 1969, S. 387-405.

Dies., Galicja Wschodnia w polskiej polityce zagranicznej (1921-1923), in: Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Studia i materiały VIII (1971), S. 3-37.

Dies., Radziecka Rosja i Ukraina wobec sprawy państwowej przynależności Galicji Wschodniej 1920-1923, in: Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Studia i materiały VI (1970), S. 69-95.

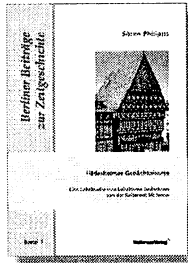


■ **Sören Philipps**

## Hildesheimer Gedächtnisorte

Eine Lokalstudie zum kollektiven Gedächtnis von der Kaiserzeit bis heute

Berliner Beiträge zur Zeitgeschichte [ISSN 1610-5818], Bd. 1



Wie wird geschichtliche Vergangenheit in die Gegenwart transportiert? Welcher Mechanismus steht hinter der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Geschichte? Warum entfalten historische Symbole auch noch nach langer Zeit eine starke Wirkung?

Mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigt sich das „Kollektive Gedächtnis“, ein Untersuchungsansatz, der in den letzten Jahren nicht nur ein starkes Echo in der historischen Forschung hervorgerufen hat, sondern als Terminus auch aus öffentlichen Diskursen und dem alltäglichen Sprachgebrauch nicht mehr wegzudenken ist. Der Autor gibt eine Einführung in die Grundzüge dieses Konzepts und illustriert es am konkreten Beispiel der Stadt Hildesheim. Mit detektivischem Gespür und großer Anschaulichkeit werden ihre Straßen, Plätze und Denkmäler von der Zeit des Kaiserreiches bis in die Gegenwart einer spannenden Untersuchung unterzogen.

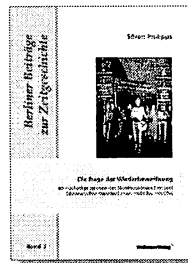
232 Seiten, Berlin 2002

ISBN 3-934479-75-8, Preis: EUR 24,00

■ **Sören Philipps**

## Die Frage der Wiederbewaffnung im Hörfunkprogramm des Nordwestdeutschen und Süddeutschen Rundfunks von 1949 bis 1955/56

Berliner Beiträge zur Zeitgeschichte [ISSN 1610-5818], Bd. 2



Die Debatte um eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik spaltete Politik und Öffentlichkeit im Nachkriegsdeutschland der 50er Jahre. Die Sorge um Krieg und Frieden, erneuten Militarismus und die Gefahr einer Perpetuierung der deutschen Teilung mobilisierte Tausende zur Teilnahme an Demonstrationen gegen die politischen Entscheidungen, an deren Ende die Aufstellung der Bundeswehr im Rahmen der NATO stand.

Die vorliegende Studie geht der Frage nach, wie sich der Rundfunk als zentrales Massenmedium der 50er Jahre in dieser gesellschaftlichen Debatte positionierte und vergleicht dazu den NWDR als bedeutendste Rundfunkanstalt der damaligen Zeit mit dem Süddeutschen Rundfunk (SDR), der als besonders „politischer“ Sender galt. Die Reaktionen der Hörer auf das bei beiden Sender produzierte Programm steht dabei ebenso im Mittelpunkt wie die Öffentlichkeitschance außerparlamentarischer Protestbewegungen.

419 Seiten, Berlin 2004

ISBN 3-89998-035-2; Preis: EUR 26,00

**Jan Nikolas Dicke**

## Eugenik und Rassenhygiene in Münster zwischen 1918 und 1939

*Berliner Beiträge zur Zeitgeschichte [ISSN 1610-5818], Bd. 3*



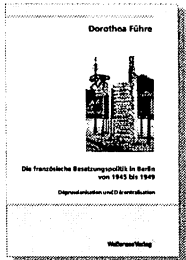
Der Wert, den die Gesellschaft einem Menschenleben zubilligt, lässt sich messen – in Heller und Pfennig, in Euro und Cent. Die Entscheidung, ob ein medizinischer Eingriff „lohnt“ oder nicht, ist selbst im modernen Wohlfahrtsstaat nicht nur eine Frage des medizinisch Notwendigen. Immer hat sie sich auch daran zu orientieren, was die Solidargemeinschaft finanziell leisten kann, beziehungsweise: was sie zu leisten bereit ist.

Bis zum Ende des 'Dritten Reiches' galt das in verstärktem Maße. Diese Arbeit untersucht den schleichenden Erosionsprozess etablierter Moralvorstellungen an der Universität und im Gesundheitswesen der Stadt Münster zwischen 1918 und 1939. Anhand biographischer Einzelskizzen weist sie nach, wie Mediziner und Wissenschaftler das Wohl des Patienten opferten, um sich den eigenen Einfluss in der eugenisch-rassenhygienischen Theorie und Praxis zu sichern. Zugleich räumt sie mit Vorstellungen auf, das kirchlich-konservative Milieu der Stadt Münster habe ein wirksames „Bollwerk“ gegen die NS-Rassenhygiene gebildet.

167 Seiten, Berlin 2004  
ISBN 3-89998-035-2; Preis: EUR 26,00

**Dorothea Führe**

## Die französische Besatzungspolitik in Berlin von 1945 bis 1949. Déprussianisation und Décentralisation



Die Untersuchung rekonstruiert die Besatzungspolitik im französischen Sektor und in Berlin insbesondere auf der Grundlage der im Colmarer Archiv recherchierten Quellen. Die französischen Pläne in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg wurden überdeckt von der Politik der beiden Großmächte Sowjetunion und USA.

In dieser Arbeit werden französische Politikhandlungen im Detail und ihren Widersprüchen sichtbar gemacht: Auf sektoraler Ebene stellten sich die Franzosen in erster Linie die Aufgabe, die Alltagsprobleme der Berlinerinnen und Berliner zu lösen. Sie stießen dabei an organisatorische und materielle Grenzen. Doch aufgrund ihrer miserablen Ausstattung waren lang andauernde Beschlagnahmungen erforderlich. Das sollte aber nicht als Rache für das durch die Deutschen erlittene Unrecht während des Zweiten Weltkrieges verstanden werden. Hier demonstrierte eine Siegermacht nicht ihre Größe, sondern folgte den Gesetzen der eigenen Notlage. In der Öffentlichkeit entstand das Bild vom armen Besatzer. Weit über die Sektorengrenzen hinaus belebte die französische Besatzungsmacht die Berliner Kulturszene, getragen von der Hoffnung, eine Demokratisierung des deutschen Geisteslebens befördern zu können (déprussianisation). Die Wirtschaftspolitik orientierte sich an der Idee der décentralisation, deshalb war der französische Sektor nicht an das zentrale Verteilungsamt der Stadt angeschlossen; Versorgungsgengpässe bei ausbleibenden französischen Lieferungen folgten zwangsläufig. Auf gesamtberliner Ebene konnten sich die Franzosen erst nach den Wahlen im Dezember 1948 dazu durchringen, die städtische Selbstverwaltung als eigenständige politische Kraft zu akzeptieren.

431 Seiten, Berlin 2001  
ISBN 3-934479-53-7; Preis: EUR 24,54